

Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872–1932

Von
Franz Boese



Duncker & Humblot *reprints*

Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872–1932

SCHRIFTEN
DES VEREINS FÜR SOZIALPOLITIK
188

Geschichte
des Vereins für Sozialpolitik
1872–1932

Im Auftrage des Liquidationsausschusses
verfaßt vom Schriftführer Dr. Franz Boese



1939

DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN NW 7



GUSTAV SCHMOLLER

etwa 1872

Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872–1932

Im Auftrage des Liquidationsausschusses
verfaßt vom Schriftführer

Dr. Franz Boese



1939

DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN NW 7



Pierersche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co., Altenburg, Thür.

Inhaltsverzeichnis

I. Die Gründung	Seite
1. Die Eisenacher Tagung von 1872	1
2. Die Eisenacher Tagung von 1873	13
II. Die Epode von 1874 bis 1879	
3. Die Eisenacher Tagung von 1874	21
4. Die Eisenacher Tagung von 1875	23
5. Die Bremer Generalversammlung von 1876 und die Berliner Tagung von 1877	25
6. Die Frankfurter Tagung von 1879	32
III. Die Epode von 1880 bis 1890	
7. Die Frankfurter Tagung von 1882	43
8. Die Frankfurter Tagung von 1884	48
9. Die Frankfurter Tagung von 1886	51
10. Die Frankfurter Tagung von 1888	55
IV. Die Epode von 1890 bis 1905	
11. Die Frankfurter Tagung von 1890	60
12. Die Berliner Tagung vom Frühjahr 1893	65
13. Die erste Wiener Tagung vom Herbst 1894	69
14. Die Kölner Jubiläumstagung von 1897	75
15. Die Breslauer Tagung von 1899	85
16. Die Münchener Tagung von 1901	93
17. Die Hamburger Tagung von 1903	98
18. Die Mannheimer Tagung von 1905	103
V. Die Epode von 1906 bis 1914	
19. Die Magdeburger Tagung von 1907	123
20. Die zweite Wiener Tagung von 1909	129
21. Die Nürnberger Tagung von 1911	137
22. Die Vorbereitungen für eine Düsseldorfer Tagung von 1914. Die Werturteilsdiskussion	143
VI. Die Kriegszeit	
23. Die Erörterung über eine Zollannäherung zwischen den verbündeten Mächten von 1916	149
24. Die Erörterung über die Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft	153
VII. Die Epode von 1919 bis 1932	
25. Die Regensburger Tagung von 1919	156
26. Die Kieler Tagung von 1920	163
27. Die Eisenacher Jubiläumstagung von 1922	169
28. Die Stuttgarter Tagung von 1924	180
29. Die dritte Wiener Tagung von 1926	190
30. Die Züricher Tagung von 1928	200
31. Die Königsberger Tagung von 1930	208
32. Die Dresdener Tagung von 1932	227

Anhang

	Seite
I. Die Einladung zur Eisenacher Versammlung von 1872	241
II. Liste der Teilnehmer an der Eisenacher Versammlung von 1872	243
III. Aufruf zur Gründung eines Vereins für Sozialpolitik	248
IV. Aus der Eröffnungsrede Schmollers nach seiner Wahl zum Vereins- vorsitzenden auf der Frankfurter Tagung von 1890	250
V. Schmollers Eröffnungsrede zum 25jährigen Bestehen des Vereins auf der Kölner Tagung von 1897	253
VI. Vertrauliches Rundschreiben Schmollers von 1906	266
VII. Vereinsdrucksachen aus letzter Zeit	270
<hr/>	
Personenverzeichnis	296
Verzeichnis der Schriften des Vereins für Sozialpolitik	305

Vorbemerkung

Vielen Lesern dieser Arbeit — wenn es überhaupt viele sein sollten — wird sie eine Enttäuschung sein. Denn sie ist ja eigentlich nur eine Chronik geworden, ein Versuch der fortlaufenden nüchternen Feststellung von tatsächlichen Vorgängen, die sich in einem Personenkreise, Verein für Sozialpolitik genannt, in den Jahren 1872 bis 1932 abgespielt haben. Zu einer „Geschichte“ einer Vereinigung von dieser Art würde viel mehr gehören. Es müßten die jeweils zeitgenössischen Vorgänge in der Umwelt des Vereins, also zum Beispiel die Vorgänge der großen Politik und der gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik im Reiche und den Ländern des europäischen Kulturkreises geschildert und das Leben des Vereins nur in die Schilderung dieser Geschehnisse hineingestellt werden, eine Darstellung der zugehörigen Ideengeschichte dürfte nicht fehlen. Nicht minder würde dazu gehören, daß untersucht würde, ob und in welcher Weise die mündlichen Erörterungen und gedruckten Abhandlungen des Vereins nun wieder in die Weite gewirkt, etwa Einfluß auf den Gang der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Staates oder auf die Kämpfe in der öffentlichen Meinung, zum mindesten aber auf die literarische Entwicklung in der umfassenden Fachwissenschaft der Nationalökonomie ausgeübt haben. Vielleicht wäre auch durchgehend eine sorgsame „Bewertung“ der Leistungen des Vereins am Platze gewesen.

Von allen diesen Forderungen an eine wirkliche Geschichte des Vereins ist in der folgenden Darstellung nur wenig erfüllt. Hier und da ist ja wohl einmal mit zwei Worten auf die zu fordernden Ergänzungen verwiesen. So verlockend es gewesen wäre, so mancher wichtigen Richtung zu folgen, der einzuhaltende Umfang der Arbeit verbot es, denn dieser wäre bei Erfüllung der Forderungen mindestens auf das Dreifache gewachsen. Das erschien bei dieser Arbeit, die ja auf den letzten Wunsch der den Verein auflösenden Mitgliederversammlung vom 19. Dezember 1936 hin verfaßt ist, nicht angezeigt. Vielmehr nahm der Verfasser an, daß eine schlichte Schilderung des Geschehens im Verein durch sechzig Jahre hindurch das eigentlich Beabsichtigte war.

So muß auch dieses Vorwort wie tausend andere um Nachsicht bitten. Die Arbeit ist nüchternste Beschränkung, sie setzt Leser voraus, die das alles schon von sich aus ungefähr wissen, was hier nicht geboten wird. Hoffentlich erscheint sie deshalb nicht als wertlos. Ich denke, so mancher, der das hier Geschilderte wenigstens zum Teil miterlebt hat, wird es immerhin begrüßen, das hier aus den Akten Zusammengetragene in seinem Gedächtnis wiederzufinden und wiederzubeleben und manchmal

erst richtig zu wissen, „wie es denn eigentlich gewesen ist“ (Ranke). Daneben bin ich freilich auf Einsprüche gefaßt. Ich muß mich mit dem aristokratischen Schillerschen Distichon trösten:

Kannst du nicht allen gefallen durch deine Tat und dein Kunstwerk,
mach es wenigen recht, vielen gefallen ist schlimm.

Der Jugend als meinen Nachfolgern bleibt es überlassen, wenn es sie lockt, noch einmal mühsam in die Protokolle, Verhandlungs- und Schriftenbände, in den Briefwechsel und die Notizen der leitenden Personen im Verein hinabzutauchen und eine Darstellung zu verfassen, die einer besseren Einsicht im kleinen und den oben genannten großen Forderungen an eine wirkliche „Geschichte des Vereins für Sozialpolitik“ mit Schwung und innerer Teilnahme Rechnung trägt. Die gesamten Akten des Vereins werden dem Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem übergeben werden.

Berlin-Halensee, im April 1939.

Franz Boese

I. Die Gründung

1. Die Eisenacher Tagung von 1872

Die Idee der Sozialpolitik oder Sozialreform als bewußte Einsicht in die Notwendigkeit, daß Staat und Gesellschaft zur Herbeiführung eines Ausgleichs zwischen den auseinanderstrebenden Interessen und Willensrichtungen der verschiedenen vom Staate umschlossenen sozialen Schichten des Volkes tätig werden müßten, war bestimmten, zuerst noch eng begrenzten Personenkreisen in Deutschland zu Anfang der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts bereits geläufig. Die damals voranschreitende Industrialisierung mit ihrer Anhäufung von Arbeitermassen an bestimmten Orten, die Agitation Lassalles hatten aufmerken lassen, und eine Literatur erwägenden, nicht unmittelbar und jedenfalls nicht radikal propagandistischen Charakters war bereits neben der sozialistischen deutlich hervorgetreten. Was danach von Wichtigkeit wurde, war die Frage, ob einem sozialpolitischen praktischen Bemühen, das jener Idee irgendwie entsprach, eine wirkende Organisation geschaffen werden sollte. Der Gedanke und der Wunsch, sie zu schaffen, lag nahe. Die Frage wurde denn auch gestellt, die Organisation geschaffen.

Wer den späteren Charakter des Vereins für Sozialpolitik kennt, der eine gewisse Vorherrschaft der akademischen Lehrerschaft im Verein bis zu seinem Ende zeigt, vernimmt sicher mit einer gewissen Überraschung, daß der erste Anstoß zur Gründung dieser Organisation von einem nicht zu diesem Kreise gehörigen Manne, nämlich von dem damaligen Chefredakteur des „Hamburgischen Correspondenten“ Julius v. Eckardt ausgegangen ist. Der Artikel über den Verein in der 3. Auflage des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften¹ von Dr. Else Kesten-Conrad hebt das schon richtig hervor. v. Eckardt berichtet in seinen „Lebenserinnerungen“², die der Verfasserin des besagten Artikels offenbar noch nicht vorgelegen haben, über seinen Anstoß das Folgende:

„... Vor allem erschien es mir notwendig, daß die Gesinnungsgenossen — für welche eben damals die Bezeichnung Kathedersozialisten auf-

¹ Bd. VIII (1911), S. 144 ff.

² J. v. Eckardt, Lebenserinnerungen. Leipzig 1910.

gekommen war — sich zusammentaten, um eine Gegenwirkung gegen die Pression zu versuchen, welche die Berliner Ökonomen (C. Braun, H. B. Oppenheim, L. Bamberger, Faucher, Prince-Smith usw.) auf die Haltung der Presse übten und die sie dazu geführt hatte, daß höchstens gewisse Organe der äußersten Rechten (‘Kreuz-Zeitung’ und ‘Berliner Revue’) andere als die kapitalistischen Interessen zur Geltung kommen ließen. In diesem Sinne schrieb ich im Mai 1872 an den einige Jahre zuvor von Dorpat nach Berlin berufenen Professor Adolph Wagner, den ich flüchtig kennengelernt hatte. Wagner gab zur Antwort, daß er sich längst mit ähnlichen Gedanken getragen habe und daß er im Begriff stehe, mit seinem Halleschen Kollegen Gustav Schmoller in bezügliche Verhandlungen zu treten ...“

Ad. Wagner zögerte nach weiterem Briefwechsel und verschiedenen Erkundigungen nicht, die v. Eckardt versprochene Anregung weiterzugeben. In einem Brief vom 20. Mai 1872 schrieb er an Schmoller:

„Verehrter College! Der Ihnen vermutlich bekannte brave Redakteur des ‘Hamburger Correspondenten’, J. Eckardt aus Riga, welcher so mannhaft unsere Sache in der Presse vertritt, hat bei mir folgenden Plan angeregt, dem ich ganz beistimme, und mich gebeten, die Sache in die Hand zu nehmen.

Eckardt bedauert, daß zwischen den akademischen Nationalökonomen, anderen Männern in Beamtenstellungen, Publizisten und Journalisten der von uns in Volkswirtschaft und speziell sozialer Frage vertretenen Richtung so wenig Fühlung bestehe. Darunter litte nach seiner Ansicht die Journalistik und die Sache selbst. Er regte daher bei mir eine private Zusammenkunft zwischen Personen unserer Richtung an, wo man sich über einige nächste Ziele, Taktik usw. verständige. Mir beistimmend meint auch E., es müßte sich dabei über die bestehenden politischen Parteien hinweggesetzt und gerade Männer und Zeitungen sehr verschiedener politischer Richtung hinzugezogen werden, wenn dieselben nur in ein paar Hauptpunkten über die Staatsstellung zur sozialen Frage und zur Volkswirtschaft einig seien. Namentlich erwünscht scheint es ihm, daß man Blättern der Mittelgröße Mut mache, sich von der Tyrannei der manchesterlichen frei zu machen. Bis jetzt — ich sehe es in der Sache mit Oppenheim und Eras — sind meist die extrem rechten und linken Blätter auf unserer Seite.

Die Idee einer solchen Zusammenkunft besprach ich mit Engel, Brentano, Schwabe, Nagel, Schuhmacher, Schönberg, die alle beistimmen. Nasse äußerte mir brieflich spontan einen ähnlichen Gedanken, ist also auch dafür. Ich wollte nur zunächst noch einige Kollegen und Männer außerhalb der Berufsjournalistik um ihre Beteiligung fragen und schreibe daher jetzt an Nasse, Held, Conrad, Scheel, Jannasch, Lange, Rodbertus, vielleicht M. Hirsch u. a. m.

Sie speziell möchte ich nun zuerst fragen, was Sie von der Sache halten, und ob Sie bereit wären, sich zu beteiligen.

Die Sache ist vertraulich, die Zusammenkunft privat, Ort und Zeit wären erst zu bestimmen, wenn weitere Beteiligung feststeht. Eckardt meinte Harz, andere Berlin.

Diesen oder jenen Abgeordneten herbeizuziehen, würde wohl auch gelingen.

Erst wenn die Sache so weit, sollte zur Einladung einiger Zeitungen geschritten werden. Ich wünschte, daß die Aufforderung dazu von Engel, der

bereit ist, und etwa vier bis sechs anderen Kollegen ausginge. Ich frage Sie, ob Sie dazu bereit wären? Hier in Berlin wird mündliche Verständigung mit Redaktionen das Nächstliegende sein.

In Aussicht genommen sind: Concordia, Kreuzzeitung, Berliner Revue, Volkszeitung, Staatsbürger-Zeitung, Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Hamburger Correspondent, Augsburgs Allgemeine Zeitung, Frankfurter Zeitung, Frankfurter Journal und nach Umständen kleinere.

Es wäre der Wunsch, daß jeder, der sich beteiligt, eventuell ein paar Freunde mitbrächte. Ich würde Sie bitten, mit Eckardt näher zu sprechen.

Ob die älteren Herren, Hanssen, Roscher, Knies, Hildebrand usw., zu bitten wären, ist mir noch nicht ganz klar. Ich denke aber doch sie aufzufordern, wenn auch die traditionelle Ängstlichkeit der älteren Herren mich auf Körbe gefaßt macht.

Bitte, antworten Sie mir gefälligst bald!“

Wie die weiteren Briefe Ad. Wagners an Schmoller in dieser Sache zeigen, fand die durch Wagner aufgegriffene Anregung v. Eckardts bei Schmoller vollen Anklang. Es folgten Erwägungen, welche Persönlichkeiten man zu der Vorbesprechung herausuchen solle und ein entsprechender Briefwechsel. Schließlich wurde die erforderliche erste Besprechung auf den 13. Juli 1872 in Halle festgesetzt. Als erschienene Teilnehmer nennt Else Kesten-Conrad wohl auf Grund damals noch vorhandener Unterlagen, da sie ein Zitat wie aus einem Protokoll bringt, Roscher, Engel, Hildebrand, Ad. Wagner, Conrad, Knapp, Brentano, v. Eckardt, Schmoller, Mithoff, E. Meier, Anschütz, Dernburg, Fitting, v. Helldorf. Brentano³ nennt auch noch den Literaturhistoriker Haym und den Halleschen Oberbürgermeister Voß, doch nehmen diese beiden nach der Darstellung v. Eckardts nur an dem „heiteren und anregenden“ Mittagessen teil, das Schmoller nach Abschluß der Besprechungen gab. Das ist auch das Wahrscheinlichere. Als Vorsitzenden bei der Beratung bezeichnet Else Kesten-Conrad Hildebrand, während v. Eckardt sich zu erinnern glaubt, daß Schmoller die Diskussion geleitet habe. Vermutlich verhielt es sich so, daß Hildebrand als der Älteste und Angesehenste formell den Vorsitz innehatte, daß aber Schmoller tatsächlich auf den Verlauf der Besprechung den entscheidenden Einfluß ausübte.

Über den grundlegenden Beschluß, alljährlich eine Versammlung zur Besprechung der „sozialen Frage“ abzuhalten, einigte man sich zunächst. Die Einladungen zu der ersten solchen Versammlung sollten von einem Komitee ausgehen. Doch über den Kreis der Einzuladenden entstand sogleich die grundsätzliche Frage, ob — wie v. Eckardt sich ausdrückt —, nur eine kleinere Zahl entschiedener „kathedersozialistischer“ Ge-

³ „Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands.“ Diederichs, Jena 1931. S. 72 ff.

sinnungsgenossen oder ein weiterer Kreis gesinnungsverwandter Männer zur Teilnahme aufgefordert werden sollte. Hildebrand soll nach v. Eckardt für den kleineren Kreis gestimmt gewesen sein, welche Meinung v. Eckardt selbst und Brentano teilten. Aber Schmoller setzte sich für den weiteren Kreis ein, und da Hildebrand sich zurückhielt, wagten nach v. Eckardt auch dieser und Brentano als die Jüngeren sich nicht mit ihrer Meinung hervor. Wichtig für die späteren Geschehnisse sind noch die folgenden Sätze v. Eckardts⁴:

„Über die einzuladenden akademischen Lehrer hatte man sich bald geeinigt. Verhandlungen fanden nur rücksichtlich Gneists statt, von dem man wußte, daß ihm, wenn er zutrat, eine einflußreiche Stellung innerhalb des Vereins im voraus gesichert sei, daß seine volkswirtschaftlichen Ansichten sich mit den unsrigen aber nur teilweise deckten. Damit war zugleich anerkannt, daß man das Bewußtsein hatte, mit der Heranziehung dieses Gelehrten einen prinzipiell wichtigen und dabei nicht ganz unbedenklichen Schritt zu tun. Für die getroffene Entscheidung waren die Wünsche Schmollers und des Geheimrats Engel maßgebend. Nachdem einmal beschlossen war, den Kreis möglichst weit zu ziehen, verstand sich Gneists Heranziehung eigentlich von selbst und konnte von der ‚kleinen, aber mächtigen Partei‘, die Brentano und ich in der Stille gewünscht hatten, nicht mehr die Rede sein.“

Die Vorbereitung der ersten der alljährlich abzuhaltenden Versammlungen nahm nun alle Kräfte in Anspruch. Aus dem vorhandenen Briefwechsel läßt sich schließen, daß, nachdem das Datum der Tagung und mühsam auch der Text der Einladung festgelegt war, die Versendung der Einladungen in der Hauptsache durch v. Eckardt besorgt wurde, der offenbar auch die einzuladenden Zeitungs- und Zeitschriften-Redaktionen und etliche Arbeiterführer auswählte, daß er dabei aber sonst, namentlich bezüglich der Gelehrten, hohen Beamten und Fabrikanten den Anweisungen Schmollers folgte. Manche von den bereits Eingeladenen, so Roscher und Held, machten in Briefen an Schmoller Vorschläge für weitere Einladungen, so wie auch Interessierte aus den verschiedensten Kreisen im Reiche selbst um eine Einladung baten. Vorher hatte schon die Abfassung der Einladung und die Gewinnung des Einverständnisses derjenigen, deren Unterschrift die Einladung tragen sollte, einen umfangreichen Briefwechsel erforderlich gemacht, dessen Last anscheinend Schmoller fast allein zu tragen hatte, der gerade nach Straßburg berufen war und vor dem Umzug stand. Es kamen daher auch manche Fehler und Versehen vor. Vermerkt sei hier indessen noch, daß die Anregung zur Einladung des Verlagsbuchhändlers Carl Geibel jun. in der Firma Duncker & Humblot, die dann die Verlegerin der Vereinsschriften für

⁴ v. Eckardt, S. 275.

die ganze Zeit des Bestandes des Vereins wurde, von Held in Bonn ausgegangen ist.

Die Frage der Eröffnungsrede machte ebenfalls einige Mühe. In einer Antwort Helds vom 24. September 1872, also ziemlich kurz vor der Tagung, auf eine vorgängige Anfrage Schmollers heißt es: „Sybel neigt sich zu der Ansicht, das Gescheiteste sei, Sie blieben bei Ihrem ersten Vorhaben, Ihrer Erörterung über die Gewerkvereine einfach Allgemeines, Programmatisches vorzuschicken, da er eine andere Persönlichkeit nicht vorzuschlagen wußte und es doch im ganzen bequemer ist, Sie sprechen der Form nach nur einmal, nicht zweimal. Sie können in der Einleitung zu den Gewerkvereinen ein vollständiges Programm geben. So Sybel.“ Held entwickelt dann jedoch seine eigene Meinung dahin, daß auf jeden Fall eine besondere programmatische Eröffnungsrede gehalten werden müsse und daß dafür nur Sybel oder Schmoller in Betracht kämen. Und er entscheidet sich für Schmoller. „Ganz objektiv betrachtet, erscheint es sachlich richtiger, wenn Sie es tun, weil es sich doch einmal in erster Linie um nationalökonomische Dinge handelt, Sie also die größere Sachkunde haben und übrigens es für uns Nationalökonomenseltensam ist, wenn wir uns den Hauptredner pumpen. Dagegen spricht für Sybel auch etwas. Ich weiß nämlich durchaus gar nicht, in welcher Weise das wirklich erscheinende Publikum zusammengesetzt sein wird. Gesetzt, die Nationalökonomens seien in der Minderzahl, durchaus überwiegend Männer der Politik und des öffentlichen Lebens im allgemeinen — dann könnte es wirksam sein, zuerst den politisch bekannten Sybel sprechen zu lassen — natürlich eine in der Vorversammlung bereits unterbreitete und approbierte Rede, was den Inhalt betrifft.“

Da am Tage darauf Held brieflich berichtete, der nach Bonn zurückgekehrte Nasse habe sich strikt gegen eine Einleitungsrede eines Nicht-Nationalökonomens erklärt, entschloß sich Schmoller, die Eröffnungsrede selbst zu halten, und zwar als selbständige Rede, nicht als allgemeine Einleitung zu seinem Referat über „Arbeitseinstellungen und Gewerkvereine“. Das wurde offenbar der Grund dafür, daß in der Versammlung die Reihenfolge der Referate entgegen der Einladung verändert wurde, daß Brentanos Referat an die erste Stelle nach Schmollers Eröffnungsrede rückte und Schmoller erst an zweiter Stelle sein Referat hielt. Held hatte geschlossen: „Ich bin sehr begierig, wie alles ablaufen wird“ und fügte hinzu: „jedenfalls bin ich überzeugt, daß die oben erwähnte Aufgabe“ (nämlich der Eröffnungsrede) „von niemanden mit mehr Sachkunde und zugleich Takt gelöst werden wird als gerade von Ihnen.“

Es ist anzunehmen, daß die Spannung bei allen an der Vorbereitung der Versammlung Beteiligten nicht geringer war als bei Held.

So nahm denn die Tagung, die das Vorspiel für die Entstehung einer durch viele Jahrzehnte dauernden Organisation werden sollte, am 8. Oktober 1872 in Eisenach ihren Anfang.

Die Eröffnungsrede Schmollers lautete:

Meine Herren! Erlauben Sie, daß ich, ehe wir in die Tagesordnung und in die Debatte eintreten, im Namen der Herren, welche Sie zu der heutigen Versammlung eingeladen haben und spezieller noch im Namen derer, welche das Vorbereitungskomitee gebildet haben, Sie alle herzlich willkommen heiße, Ihnen unsern Dank für Ihr Erscheinen ausspreche und mit wenigen Worten die Gedanken kennzeichne, mit denen wir diese Versammlung berufen haben. Wir haben uns zu rechtfertigen, daß wir — meist Gelehrte, die sonst dem öffentlichen Leben ferne stehen — es gewagt haben, ein solch stattliche, ehrenwerte Versammlung zu berufen, in der Hoffnung, hier eine Basis zu finden für die Reform unserer sozialen Verhältnisse, allgemeine Zustimmung zu erwerben für Gedanken, die da und dort längst vorhanden, doch in der öffentlichen Meinung noch nicht zur Herrschaft gelangt sind.

Der tiefe Zwiespalt, der durch unsere gesellschaftlichen Zustände geht, der Kampf, welcher heute Unternehmer und Arbeiter, besitzende und nicht-besitzende Klassen trennt, die mögliche Gefahr einer uns zwar bis jetzt nur von ferne, aber doch deutlich genug drohenden sozialen Revolution, haben seit einer Reihe von Jahren auch in weiteren Kreisen Zweifel erregt, ob die auf dem Markt des Tages unbedingt herrschenden volkswirtschaftlichen Doktrinen, die in dem volkswirtschaftlichen Kongreß ihren Ausdruck fanden, immer die Herrschaft behalten werden, ob mit Einführung der Gewerbefreiheit, mit der Beseitigung der ganzen veralteten, mittelalterlichen Gewerbe-gesetzgebung in der Tat die vollkommenen wirtschaftlichen Zustände eintreten werden, welche die Heißsporne jener Richtung prophezeiten.

In der Wissenschaft der deutschen Nationalökonomie zeigten sich längst abweichende Richtungen von großer Bedeutung; eine historische, eine philosophische, eine statistische Schule entstand, die auf anderen Grundlagen bauten, andere Methoden anwandten als die an die englische Manchesterschule sich anlehrende deutsche volkswirtschaftliche Agitationspartei. Aber in den zunächst auf der Tagesordnung stehenden praktischen Fragen war man doch einig. Auch diese Schulen verlangten eine Reform des Zollltarifs, verlangten die Gewerbefreiheit; sie waren den damaligen konservativen Forderungen, welche die Erhaltung des Zunftwesens und die Beibehaltung feudaler Einrichtungen im Auge hatten, fernerstehend als den Zielen des volkswirtschaftlichen Kongresses.

Nachdem aber diese Ziele erreicht, nachdem das Prinzip unbedingter volkswirtschaftlicher Freiheit bis zur letzten Konsequenz verfolgt war, mußte der innere Gegensatz sich zeigen. Er trat schnell um so schroffer zutage, als die soziale Frage, täglich an Bedeutung wachsend, am allerwenigsten geeignet war, nur mit dem Prinzip der Nichtintervention des Staates, nur mit dem Dogma, den Egoismus des Einzelnen walten zu lassen, gelöst zu werden. Auch unser politisches Leben war unterdessen ein anderes geworden; in der Zeit der Kleinstaatserei und des preußischen Verfassungskonflikts war es verständlich, daß man jede staatliche Tätigkeit mit Mißtrauen ansah, jede Reform

lieber den Einzelnen und Vereinen als der Gesetzgebung überlassen wollte. Der großartige Aufschwung des Deutschen Reiches seit 1866 und 1870, die Versöhnung von Volk und Regierung, Parlament und Staatsgewalt warf auch auf volkswirtschaftliche Fragen ein neues Licht. In der Bank-, in der Versicherungs-, in der Eisenbahnfrage sprach der Handelsstand sich in einer Weise aus, die vor 6—8 Jahren undenkbar gewesen wäre. Aus dem Arbeiterstande und seinen erprobten Führern entwickelten sich Bildungen, von denen die Doktrinäre der Manchesterschule nur mit Achselzucken oder Erbitterung sprachen.

Eine Anzahl zwar der regelmäßigen Besucher des volkswirtschaftlichen Kongresses verschloß sich dem großen Umschwung der Verhältnisse und Ansichten nicht. Andere gehörten diesem Kreise mehr durch persönliche Beziehungen als durch ihre Prinzipien an. Die eigentlichen Führer aber verhielten sich um so schroffer gegen alle Reformpläne, die nicht unbedingt mit ihren einseitig doktrinären Prinzipien in Einklang waren. Es gäbe gar keine Arbeiterfrage — so hieß es —, es sei eine Gedankenverwirrung oder demagogische Hetzerei, von einer solchen zu sprechen; der Arbeiterstand habe jetzt alles, was er brauche; wer nicht vorwärts komme, sei persönlich selbst daran schuld; selbst das Genossenschaftswesen wurde von einzelnen scheel angesehen, die Beteiligung des Arbeiters am Gewinn wurde als ein Eingriff in den Unternehmergewinn verurteilt, die Gewerkvereine wurden angegriffen, weil man neue Zunftgedanken in ihnen witterte, überhaupt jede korporative Gliederung haßte; der Fabrikgesetzgebung, dem Fabrikinspektorate wurde so ziemlich jede Berechtigung für unsere deutschen Verhältnisse abgesprochen. Über Schiedsgerichte und Einigungsämter hielt man ein verwerfendes Ketzergericht in der Berliner volkswirtschaftlichen Gesellschaft. Es nahm jetzt fast den Anschein, als ob die Partei, die früher im Namen der Menschenrechte die Erlösung der nicht privilegierten Klassen von hartem Drucke gefordert, jetzt nur noch Sinn und Interesse für den einseitigen Klassenstandpunkt der Unternehmer hätte, als ob sie unter volkswirtschaftlicher Freiheit jetzt nur noch Freiheit für die großen Unternehmer und Kapitalbesitzer, für die großen Gesellschaften verstände, das Publikum auszubeuten.

Eine dieser entgegengesetzte Richtung konnte von einem Auftreten auf dem volkswirtschaftlichen Kongreß nichts erwarten; es galt auch hier, nicht den neuen Wein in alte Schläuche zu fassen, selbständig vorzugehen und für die Anschauungen, die in den verschiedensten politischen und wissenschaftlichen Kreisen längst Wurzel gefaßt hatten, eine einheitliche Sammlung, eine praktische Organisation zu schaffen. Denn nur dadurch konnte man hoffen, eindringlicher auf die öffentliche Meinung und Gesetzgebung zu wirken. So entstand der Plan zu der heutigen Versammlung, als im Juli dieses Jahres eine kleinere Anzahl Beamte, Abgeordnete, Professoren und Journalisten zur Besprechung dessen, was zu tun sei, sich in Halle versammelt hatte.

Man verhehlte sich dabei die Schwierigkeit nicht, eine Einigung zu erzielen unter all denen, die als Gegner der sogenannten Manchesterpartei bekannt sind; die Schwierigkeit liegt darin, daß dieselben so verschiedenen politischen Parteien angehören.

Die Professoren und Gelehrten dieser Richtung, die von ihren Gegnern sogenannten Kathedersozialisten, zwar gehören fast alle den sich nahestehenden Parteien der politischen Mitte an; aber sie beherrschen mit ihren volkswirt-

schaftlichen Ansichten nicht diese Parteien, die gesellschaftlich auf den Unternehmerstand sich stützen und im Kampfe dieses Standes mit den Arbeitern diesen sozialen Ursprung schwer ganz verleugnen können. Dieselben mußten, als sie diese Versammlung beriefen, sich klar sein, daß sie sowohl im fortschrittlichen als im konservativen Lager sich Stützen suchen mußten; oder vielmehr, daß sie alle volkswirtschaftlichen Gesinnungsgenossen ohne jede Rücksicht auf politische Parteistellung zu gemeinsamer Beratung einladen mußten, wie es nunmehr geschehen. Wir haben absichtlich auch gemäßigte Sozialisten und Mitglieder der Zentrumsparthei eingeladen.

Bei solcher Zusammensetzung schien es aber geraten, die Versammlung das erstemal nicht zu groß werden zu lassen, das heißt, nur eine bestimmte Anzahl der hervorragendsten Parteiführer, Journalisten, Gelehrten, Industriellen und Arbeiter einzuladen. Nur in diesem Sinne haben wir die Besprechung als eine private bezeichnet, nicht in dem andern, als ob wir geheimhalten wollten, was hier geplant werde.

Weiter war durch diesen Charakter der Versammlung geboten, hier nicht über Prinzipien zu debattieren, sondern gleich in medium rem zu gehen, die wichtigsten im Augenblick schwebenden Reformpunkte herauszugreifen, wie die Frage der Arbeitseinstellungen, der Gewerkvereine, der Fabrikgesetzgebung und die Wohnungsfrage, und zu versuchen, in ihnen zu einem praktischen Resultate zu kommen. Gelingt das, so wird allseitig eine Wiederholung der Versammlung auf breiterer Basis gern in Aussicht genommen werden.

Treten wir aber auch so ohne allgemeines Programm vor die Versammlung, das glaube ich zum Schlusse meiner Einleitung doch aussprechen zu sollen, — die Mehrzahl derer, welche die Versammlung berufen und die Einladung unterzeichnet haben —, die Männer, welche auf den deutschen Universitäten Nationalökonomie, Geschichte und Jurisprudenz lehren, und die ersten statistischen Büros leiten, stehen auf dem Boden einer durchaus einheitlichen prinzipiellen Überzeugung und haben, gerade von ihr getragen, diesen Schritt getan.

Sie kommen überein in einer Auffassung des Staates, die gleich weit von der naturrechtlichen Verherrlichung des Individuums und seiner Willkür, wie von der absolutistischen Theorie einer alles verschlingenden Staatsgewalt ist. Indem sie den Staat in den Fluß des historischen Werdens stellen, geben sie zu, daß seine Aufgaben je nach den Kulturverhältnissen bald engere, bald weitere sind; niemals aber betrachten sie ihn, wie das Naturrecht und die Manchesterschule, als ein notwendiges, möglichst zu beschränkendes Übel: immer ist ihnen der Staat das großartigste sittliche Institut zur Erziehung des Menschengeschlechts. Aufrichtig dem konstitutionellen System ergeben, wollen sie doch nicht eine wechselnde Klassenherrschaft der verschiedenen einander bekämpfenden wirtschaftlichen Klassen; sie wollen eine starke Staatsgewalt, welche, über den egoistischen Klasseninteressen stehend, die Gesetze gebe, mit gerechter Hand die Verwaltung leite, die Schwachen schütze, die unteren Klassen hebe: sie sehen in dem zweihundertjährigen Kampfe den das preußische Beamtentum und das preußische Königtum für Rechtsgleichheit, für Beseitigung aller Privilegien und Vorrechte der höheren Klassen, für Emanzipation und Hebung der unteren Klassen siegreich gekämpft, das beste Erbteil unseres deutschen Staatswesens, dem wir niemals untreu werden dürfen.

In Beurteilung unserer volkswirtschaftlichen Zustände leugnen sie entfernt nicht die glänzenden unerhörten Fortschritte unserer Zeit in Technik und Produktion, in Handel und Verkehr, aber sie erkennen auch offen die tiefen Mißstände an, die steigende Ungleichheit des Einkommens und Vermögens, das unreelle Treiben, die mangelnde Solidität in einzelnen Kreisen des Handels, die Roheit und Zügellosigkeit, die sich als Folge allgemeiner Ursachen in einem Teil der unteren Klassen in steigendem Maße zeigt. Als Hauptursache davon sehen sie den Umstand an, daß man in letzter Zeit bei allen Fortschritten der Arbeitsteilung, bei allen Neubildungen des Betriebs, der Geschäftseinrichtung, der Arbeitsverträge, wie der Gesetzgebung über diese Dinge, stets nur fragte, wird im Augenblicke dadurch die Produktion gesteigert, und nicht die ebenso wichtige Frage stellte, welche Wirkung wird das auf die Menschen haben? gibt diese neue Organisation den genügenden Anhalt für Erzeugung der moralischen Faktoren, ohne welche die Gesellschaft nicht bestehen kann? erzieht sie die jugendlichen Elemente genügend? wirkt sie bei den Erwachsenen so auf Fleiß, Sparsamkeit, Ehrbarkeit, Familienleben, daß auch hier Fortschritte neben den volkswirtschaftlichen wahrscheinlich sind? Sie sind überzeugt, daß das Übersehen dieses psychologischen Zusammenhangs zwischen den Organisationsformen der Volkswirtschaft und dem ganzen sittlichen Zustand einer Nation der Kernpunkt des Übels ist, daß von der Erkenntnis dieses Zusammenhangs ihre Form auszugehen hat.

Ihr Urteil über die Arbeiterfrage gründet sich auf diese Anschauungen. Sie geben zu, daß die Arbeiter sich heute etwas besser kleiden und nähren, daß vielleicht nicht so viele Tausende heute eines langsamen Hungertodes sterben wie in vergangenen Jahrhunderten. Aber es scheint das ihnen ein geringer Trost. Sie fragen in erster Linie, ob die Lebensbedingungen, unter denen die meisten Arbeiter heute leben, ihren sittlichen und wirtschaftlichen Fortschritt wahrscheinlich machen, und sie müssen das wenigstens für einen großen Teil der Arbeiter verneinen. Statt dessen sehen sie dieselben mit den besitzenden und gebildeten Klassen in immer schrofferen Gegensatz treten, und dabei scheint ihnen nicht der Gegensatz der wirtschaftlichen Lage, sondern die Kluft in Gesittung, Bildung, Anschauungen und Idealen als das Gefährlichere. Sie erinnern sich aus der Geschichte, daß alle höhere Kultur wie die der Griechen, der Römer und anderer Völker an ähnlichen Gegensätzen, an sozialen Klassenkämpfen und Revolutionen, an der Unfähigkeit, eine Versöhnung zwischen den höheren und den unteren Klassen zu finden, — zugrunde gegangen ist. Wenn auch noch in weiter Ferne, sehen sie ähnliche Gefahren für unsere Kultur, wenn es nicht gelingt, auf Grund unserer Rechtsgleichheit, unserer allgemeinen Schul- und Wehrpflicht sowie auf Grund all der weiteren Reformen, an denen die Gegenwart arbeitet, die unteren Klassen so weit zu heben, zu bilden, zu versöhnen, daß sie in Harmonie und Frieden sich in den Organismus der Gesellschaft und des Staates einfügen.

Nicht eine Nivellierung im sozialistischen Sinn ist unser Gesellschaftsideal; wir halten die Gesellschaft für die normalste und gesündeste, die eine Stufenleiter verschiedener Existenzen, aber mit leichtem Übergang von einer Sprosse zur andern darstellt; unsere heutige Gesellschaft aber droht mehr und mehr einer Leiter zu gleichen, die nach unten und oben rapide wächst, an der aber die mittleren Sprossen mehr und mehr ausbrechen, an der nur noch ganz oben und ganz unten ein Halt ist.

Unzufrieden mit unseren bestehenden sozialen Verhältnissen, erfüllt von der Notwendigkeit der Reform, predigen wir doch keine Umkehr der Wissenschaft, keinen Umsturz aller bestehenden Verhältnisse, wir protestieren gegen alle sozialistischen Experimente. Wir wissen, daß die großen Fortschritte der Geschichte nur das Resultat jahrhundertelanger Arbeit sind, wir wissen, daß stets das Bestehende dem Neuen einen fast unüberwindlichen zähen Widerstand entgegensetzt, weil eben das Bestehende in den Überzeugungen und Lebensgewohnheiten der Masse wurzelt. Wir erkennen nach allen Seiten das Bestehende, die bestehende volkswirtschaftliche Gesetzgebung, die bestehenden Formen der Produktion, die bestehenden Bildungs- und psychologischen Verhältnisse der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen als die Basis der Reform, als den Ausgangspunkt unserer Tätigkeit an; — aber wir verzichten darum nicht auf die Reform, auf den Kampf für eine Besserung der Verhältnisse. Wir wollen keine Aufhebung der Gewerbefreiheit, keine Aufhebung der Lohnverhältnisse; aber wir wollen nicht einem doktrinären Prinzip zuliebe die grellsten Mißstände dulden und wachsen lassen; wir treten für eine maßvolle, aber mit fester Hand durchgeführte Fabrikgesetzgebung auf, wir verlangen, daß nicht ein sogenannter freier Arbeitsvertrag in Wahrheit zur Ausbeutung des Arbeiters führe, wir verlangen die vollste Freiheit für den Arbeiter, bei Feststellung des Arbeitsvertrages mitzureden, selbst wenn er da Ansprüche erheben sollte, die scheinbar mit dem alten Zunftwesen eine gewisse Analogie haben. Wir verlangen, daß die Freiheit überall durch die Öffentlichkeit kontrolliert werde, und daß, wo die Öffentlichkeit tatsächlich fehlt, der Staat untersuchend eintrete und, ohne in die Unternehmungen sich zu mischen, das Resultat publiziere. Wir verlangen von diesem Standpunkt ein Fabrikinspektorat, ein Bank-, ein Versicherungskontrollamt, wir fordern von diesem Standpunkt aus hauptsächlich Enqueten in bezug auf die soziale Frage. Wir verlangen nicht, daß der Staat den unteren Klassen Geld zu verfehlten Experimenten gebe, aber wir verlangen, daß er ganz anders als bisher für ihre Erziehung und Bildung eintrete, wir verlangen, daß er sich darum kümmere, ob der Arbeiterstand unter Wohnungsverhältnissen, unter Arbeitsbedingungen lebt, die ihn notwendig noch tiefer herabdrücken.

Wir glauben, daß eine zu große Ungleichheit der Vermögens- und Einkommensverteilung, daß ein zu erbitterter Klassenkampf mit der Zeit auch alle freien politischen Institutionen vernichten muß, und uns wieder der Gefahr einer absolutistischen Regierung entgegenführt. Schon darum glauben wir, daß der Staat einer solchen Entwicklung nicht gleichgültig zusehen dürfe.

Wir verlangen vom Staate, wie von der ganzen Gesellschaft und jedem Einzelnen, der an den Aufgaben der Zeit mitarbeiten will, daß sie von einem großen Ideale getragen seien. Und dieses Ideal darf und soll kein anderes sein als das, einen immer größeren Teil unseres Volkes zur Teilnahme an allen höheren Gütern der Kultur, an Bildung und Wohlstand zu berufen, das soll und muß die große im besten Sinne des Wortes demokratische Aufgabe unserer Entwicklung sein, wie sie das große Ziel der Weltgeschichte überhaupt zu sein scheint. —

Doch genug. Wir wollen ja nicht von den großen prinzipiellen Fragen heute sprechen, sondern einzelnen praktischen Problemen näher treten. Es schien nur zweckmäßig, ehe wir in die Debatte eintreten, wenigstens den prinzipiellen

Standpunkt derer, welche hauptsächlich die Versammlung veranlaßt haben, loyal und offen darzulegen.

Nach Beendigung der Eröffnungsrede, die Brentano⁵ als eine glänzende bezeichnet, schlug Schmoller der Versammlung vor, Gneist zum Vorsitzenden der Tagung zu wählen, was widerspruchslose Zustimmung fand. Gneist berief Staatsminister Frhrn. v. Roggenbach und Prof. Hildebrand (Jena) zu stellvertretenden Vorsitzenden, den Redakteur v. Bojanowsky, den Verlagsbuchhändler Carl Geibel jun. und Prof. Held (Bonn) zu Schriftführern der Versammlung.

Die eigentlichen Verhandlungen der Tagung nahmen auch für den heutigen Leser einen achtungsgebietenden Verlauf. Das Referat Brentanos über „Fabrikgesetzgebung“, also im wesentlichen über das, was nachmals „Arbeiterschutzgesetzgebung“ genannt wurde, das Referat Schmollers über „Arbeitseinstellungen und Gewerkvereine“, beide waren in der Sache fest, aber doch gemäßigt und taktvoll, das letzte von Engel über die „Wohnungsnot“ ist im Verhandlungsbande auf Grund schriftlicher Festlegung in voller Ausdehnung wiedergegeben, während auf der Tagung Engel nur einen Auszug gab. Es ist erfüllt von einer erstaunlichen Kenntnis des Statistikers von den einschlägigen Einzelheiten in den Tatsachen. Leicht wurden die Verhandlungen den Teilnehmern nicht gemacht. Man tagte in vier Sitzungen am ersten Tage (Sonntag) von vormittags 10½ Uhr bis 3 Uhr und am Abend von 7 Uhr bis 11 Uhr, am folgenden Tage vormittags von 10 Uhr bis zu einer nicht angegebenen Nachmittagsstunde und abends um 7 Uhr versammelte man sich noch einmal, um erst um 10 Uhr abends zu schließen.

Auch die Debatten waren lebhaft und standen auf hoher Ebene, darin war von besonderen Folgen die Rede Gneists zu Schmollers Referat. Die liberale Presse hatte in ihren Berichten über die Tagung mit Freuden aufgegriffen, daß dort Gneist zuletzt „ein Wort über die soziale Frage überhaupt“ gesprochen, dem Staate das Recht auf Umwandlung der wirtschaftlichen Gesetze durch staatliche Regelung von Angebot und Nachfrage, durch Staatskredit oder durch Ausdehnung seiner Tätigkeit als wirtschaftlicher Unternehmer bestritten und auf die „doch wohl ewigen Wahrheiten des wirtschaftlichen Lebens“ des Adam Smith mahnend hingewiesen hatte. Der Gedanke, „die Volkswirtschaft auf ethische Grundsätze zu basieren“ erschien Gneist als „ein Widerspruch im Ausdruck“. Im Verhandlungsbericht wird hier schon Widerspruch aus der Versammlung heraus verzeichnet, Schmoller aber nahm in seinem Schlußworte noch ausdrücklich, wenn auch sehr milde in der Form, gegen diese Auffassung Stellung. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ polemisierte

⁵ Mein Leben, S. 79.

gegen die liberalen Blätter, indem sie bestritt, daß diese Meinungsverschiedenheit einen wirklichen Konflikt auf der Tagung bedeutet hätte. Es war ja auch so etwas wie eine „Szene“ nicht entstanden. Aber die Abweichung der Meinungen war doch in voller Deutlichkeit hervorgetreten, und sie führte schließlich dazu, wie hier vorwegnehmend bemerkt sei, daß Gneist schon am Ende der Tagung des folgenden Jahres den Vorsitz niederlegte. Daß die Wirkung der ersten Eisenacher Tagung in der Öffentlichkeit eine für damalige Verhältnisse bedeutende war, kann nicht bezweifelt werden. Auch die Geringschätzung von sozialdemokratischer Seite fehlte schon damals nicht.

Für die organisatorische Frage der Begründung eines besonderen Vereins zur Verfolgung der neuen volkswirtschaftlichen Richtung leistete die Eisenacher Versammlung das, daß Gneist die Niedersetzung eines Ausschusses ohne jede Schwierigkeit durchbrachte, der die Vorbereitung einer „analogen Versammlung“ für das nächste Jahr in die Hand nehmen und auch die Begründung eines Vereins durch die nächstjährige Versammlung vorbereiten sollte. Gneist betitelte vorläufig diesen Verein als „Sozial-Reform-Verein“, wogegen übrigens sogleich ein „Ungenannter“ Einspruch erhob. Die von Gneist vorgeschlagenen und von der Versammlung gebilligten Namen dürften von Interesse sein, weil die meisten von ihnen bereits die Protagonisten der Bewegung gewesen waren oder es noch werden sollten. Die Namen waren:

Dr. Bitzer, Staatsrat (Stuttgart), Borchert jun., Fabrikant (Berlin), Dr. Brentano, Prof. (Breslau), Duncker, Franz, Buchhändler (Berlin), Dr. Eckardt, Redakteur (Hamburg), Dr. Engel, Geh. Oberreg.-Rat (Berlin), Geibel jun., Buchhändler (Leipzig), Dr. Gneist, Prof. (Berlin), von der Goltz, Prof. (Königsberg), Härtel, Präsident des Buchdruckerverbandes (Leipzig), Dr. Hildebrand, Prof. (Jena), Dr. Max Hirsch (Berlin), Dr. v. Holtzendorff, Prof. (Berlin), Dr. Knapp, Prof. (Leipzig), Dr. Knies, Prof. (Heidelberg), Dr. Meitzen, Geh. Reg.-Rat (Berlin), Dr. Mithoff, Abgeordneter (Göttingen), Dr. Nasse, Prof. (Bonn), Freiherr von Roggenbach, Staatsmin. a. D. (Karlsruhe), Dr. Roscher, Geh. Hofrat Prof. (Leipzig), Dr. Schmoller, Prof. (Straßburg i. E.), Schulze, J., Sekretär der Handelskammer (Mainz), Sombart, Rittergutsbesitzer u. Fabrikant (Ermsleben), Tiedemann, Landrat (Mettmann), Dr. Wagner, Prof. (Berlin), von Wedell-Malchow, Rittergutsbesitzer (Malchow).

Schon der Umstand, daß eine so große Zahl von Teilnehmern als ganz selbstverständlich mit der Begründung eines Vereins sich einverstanden erklärte, also mit der dauernden Fortsetzung der Bestrebungen, die die Versuchsversammlung, wenn man so sagen darf, darstellte, konnte die Anreger und Einrichter dieser Versammlung hoffnungsfroh und tatenlustig stimmen und hat es auch getan, wie ihr weiteres Tun deutlich zeigt.

2. Die Eisenacher Tagung von 1873

Die Tätigkeit des niedergesetzten Ausschusses ist nach den noch vorliegenden Zeugnissen nicht mehr in allen Punkten mit voller Sicherheit festzulegen. Gleich nach Abschluß der Tagung von 1872 hat eine Sitzung des Ausschusses stattgefunden. Offenbar schon in dieser ist Gneist zum Vorsitzenden und Meitzen zum Schriftführer gewählt worden. Belegt sind Sitzungen des Ausschusses vom 4. Januar und vom 31. Mai 1873 in Berlin. Erwähnt wird aber im Protokoll der ersten Sitzung außerdem eine „Beratung“ vom 20. November 1872 ohne Nennung des Ortes. Anscheinend zum Zweck dieser Beratung hatte Schmoller bei Knapp angefragt, welche Verhandlungsthemen er für die Versammlung von 1873 für angezeigt halte. Knapps Antwort wird im Nachfolgenden mitgeteilt. Jedenfalls sah sich der Ausschuß hauptsächlich vor drei Aufgaben gestellt: 1. die Verhandlungsthemen der nächsten Versammlung festzulegen und sie möglichst durch gedruckte „Gutachten“ vorzubereiten, 2. einen Aufruf zur Gründung eines Vereins für Sozialpolitik zu verfassen und 3. einen Entwurf für die Satzung dieses Vereins aufzustellen. Der Ausschuß hat sich der Lösung dieser Aufgaben mit Eifer und Genauigkeit unterzogen.

Als Verhandlungsthemen nahm die Sitzung am 4. Januar die Frage der Organisation von Schieds- und Einigungsämtern, die Einrichtung einer Enquete über die Wirkungen der Fabrikgesetzgebung und die Reform der Gesetzgebung über die Aktiengesellschaften in Aussicht. Es ist ersichtlich, daß die beiden ersten Themen die in der ersten Versammlung eingehaltene Linie gewissermaßen fortsetzen sollten, während das Thema der Aktiengesellschaftsreform wohl durch den damals gerade aktuellen volkswirtschaftlichen Vorgang des Zusammenbruchs der Gründerperiode veranlaßt war, der ja einen harten Schlag gegen den Optimismus der liberalen Wirtschaftspolitiker darstellte. Die Tagung hat dann an diesen Themen auch tatsächlich festgehalten. Vermutlich hat aber erst die Ausschußsitzung vom 31. Mai 1873 die Themen der Versammlung endgültig festgelegt, die Referenten bestimmt und auch sonst alles in Bereitschaft gesetzt. Ein Protokoll dieser Sitzung ist nicht mehr erhalten. Wohl aber sind in ihrem Gefolge die Entwürfe zu einem Aufruf zur Vereinsgründung und zu den Statuten, wie man damals sagte, an alle Mitglieder des Ausschusses zur etwaigen Gegenäußerung namentlich der in der Sitzung nicht anwesend gewesenen verschickt worden. An solchen Gegenäußerungen hat es nicht gefehlt. Denn ein zweiter Entwurf der Statuten wurde ein paar Wochen später verschickt, der eine ganze Anzahl von Änderungen aufweist, und über den Einspruch von Meitzen gegen die Fassung des Aufrufs sind

wir durch ein Rundschreiben Gneists vom 13. Juni 1873 unterrichtet. Meitzen weigerte sich, die Fassung des ersten Entwurfs zu unterschreiben. Der dann gedruckte und veröffentlichte Aufruf weicht denn auch erheblich von dem ersten Entwurfe ab. Die zweite Fassung der Statuten dagegen, die zum Beispiel den Vereinsvorsitzenden, der mit einem beigegebenen Ausschusse den Verein leiten sollte, abschaffte und die Leitung dem Ausschusse allein übergab, so daß es jahrzehntelang gar keinen Vereinsvorsitzenden, sondern nur einen Vorsitzenden des Ausschusses gegeben hat, behauptete sich in allen wesentlichen Punkten auch in der Versammlung vom 13. Oktober 1873 und wurde dort zum Beschlusse erhoben. So viele Satzungsänderungen später auch vorgenommen wurden, der ganze Zuschnitt der ersten Satzung ist auch in der letzten Fassung von 1930 noch zu erkennen.

Die Vorbereitung der Tagung von 1873 durch gedruckte „Gutachten“, die rechtzeitig zuvor in den Händen der Teilnehmer sein sollten, war als eine fortschrittliche Besonderheit des Vereins gegenüber dem Verfahren des Kongresses deutscher Volkswirte gedacht. Es ist nicht direkt nachweisbar, daß der Grundgedanke dieses Verfahrens auf Schmoller zurückging, doch hat Schmoller später immer wieder das Nützliche einer solchen Vorbereitung besonders betont. Jedenfalls führte die Einführung dieses Verfahrens zu der Entstehung der „Schriften des Vereins für Sozialpolitik“, die dann zu einem so beträchtlichen Teil des deutschen Schrifttums auf dem wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Gebiete geworden sind. Streng genommen, entstand sogar die Schriftenreihe früher als der Verein selbst: die ersten drei Bändchen tragen als Erscheinungsjahr 1873 und sind nachweislich vor der Tagung des gleichen Jahres erschienen, auf der die Gründung des Vereins erst zum Beschluß erhoben wurde. Es ist unbestimmt, auf wen die Benennung der Reihe zurückzuführen ist. Die Vermutung spricht dafür, daß sie vom Verlagsbuchhändler Carl Geibel jun. in Firma Duncker & Humblot stammt, der ja in den Ausschuß gewählt worden war und sich offenbar eifrig für die Übernahme der Schriften in seinen Verlag erboten hatte. —

Es konnte nach allgemeiner Lebenserfahrung nicht fehlen, daß schon in diesem Vorstadium der Entstehung des Vereins verschiedene Strömungen unter den Teilnehmern sich einfanden und daß sich, wenn man diese Begriffe anwenden will, ein rechter und ein linker Flügel und dazwischen ein vermittelndes Zentrum herausbildete. Der rechte Flügel gruppierte sich damals um die Männer, die vom liberalen Kongresse der deutschen Volkswirte herkamen, ihm teilweise sogar auch nach der Gründung des Vereins noch angehörten, überhaupt von wirtschafts-

politisch liberalen Auffassungen ausgingen, eben nur vor dem Problem „soziale Frage“ vom geschlossenen Liberalismus abrückten und leicht vor einem Zuviel an Reformen zurückwichen. Es waren das im allgemeinen die älteren Männer, die dabei von dem Gefühl erfüllt waren, die besonnenen zu sein und der reformerischen Sache am besten durch Fernhaltung von jeder Übertreibung zu dienen. Den linken Flügel bildeten die entschlossenen Reformer, die in der Reform ahnungsvoll etwas unbegrenzt Neues sahen, das sich möglicher- oder sogar erhoffterweise zu einer vollständigen Umformung des wirtschaftspolitischen Denkens und des Handelns auswachsen könnte und würde. Das waren die Jüngeren. Über Gneists Stellung wurde oben schon gesprochen. Er gehörte nach der hier gebrauchten Unterscheidung selbstverständlich zum rechten Flügel, stellte diesen sogar als vorläufiger Vorsitzender mit besonderer Bedeutung dar. Und dazu gehörte auch Meitzen, der vorläufige Schriftführer. Von ihm haben wir einen hierfür lehrreichen Brief, den er am 2. Oktober 1873, also kurz vor der zweiten Tagung, an Schmoller schrieb. Es heißt darin, nachdem er mitgeteilt, daß er aus verschiedenen Gründen nicht nach Eisenach kommen könne:

„... Ich bin auch nicht besonders nötig, meine Rechnungslegung werde ich Gneist übergeben. Der Sache selbst aber glaube ich durch meine nähere Beteiligung eher zu schaden als zu nützen. Die jüngeren Mitglieder des Vereins nehmen aus meiner etwas ruhigeren Betrachtung der Sachlage Veranlassung, desto heftiger aufzutreten und zeigen nicht undeutlich ein Mißtrauen, zu welchem ich wenigstens nicht weiter Anlaß geben will. Wenn ich auch nach Eisenach käme, würde ich jedenfalls ablehnen, in dem Ausschuß ferner zu bleiben. Zur vollen Wirksamkeit in diesem fehlt mir, wie die Erfahrung gezeigt hat, die Zeit. Ich kann nicht mit dem durchdringen, was ich für vernünftig halte, wenn ich nicht eine lebhaftere und vorbereitende Korrespondenz unterhalte, was mir unmöglich ist. Wenn ich aber für übereilte Majoritätsbeschlüsse meinen Namen nicht hergeben will, dann schilt man mich ängstlich oder gewalttätig. Deshalb mögen es jetzt einmal andere versuchen.

Ich werde sehr gern und mit voller Teilnahme Mitglied des Vereins sein und von meiner amtlichen Stellung aus als solches unbehinderter für die Förderung des vorschwebenden Zieles wirken können denn als Ausschußmitglied.

Wundern Sie sich also nicht, wenn ich eine etwaige Wahl ablehne, oder verhindern Sie eine solche lieber, dann kommt der Gegensatz, der sich nicht leugnen läßt, nicht erst zur Sprache!

Daß ich auch dem letztamendierten Aufruf nur mit Widerstreben zugestimmt habe, bedarf dem ersten Entwurf gegenüber keines Beweises. Ich würde in meinem Sinne schlechterdings mehr Bestimmtheit des Urteils und Klarheit über die Ausführbarkeit der Ziele fordern.“

Von der damaligen Stimmung der Jüngeren gibt der bereits oben kurz erwähnte Brief Knapps vom 15. November 1873 an Schmoller ein um

so deutlicheres Bild, als er auf eine Anfrage Schmollers über geeignete Bearbeitungsgegenstände antwortete:

„Lieber Schmoller! Eben erhalte ich Ihre freundlichen Zeilen: freilich war unsere Ausschußsitzung am Ende des letzten Kongresses eine ganz verfehlte: Engel, welcher keine Einordnung in ein Ganzes kennt, hat uns mit der ‚Teilhaberschaft‘ geradezu überrumpelt: das Thema ist etwas verbraucht, und schon früher pflegte er es stark im Borchardtischen Sinne zu behandeln. Die ‚Staatsbahnen‘ sind ein lächerlicher Nachhieb, nachdem ganz Deutschland über Eisenbahnen jammert seit Lasker. Die ‚Steuer‘ ist ganz verfahren, denn das hat weder Anfang noch Ende.

Ich habe daher an Eckhardt bereits gestern geschrieben, daß ich für Ihren ‚Kontraktbruch‘ bin, und wünsche, daß derselbe an erste Stelle gesetzt wird.

Ein anderes Thema fällt mir nicht ein, es wäre aber sehr wünschenswert. Meine ‚Erbchaftssteuer‘ fiel ja glänzend durch.

Hüten wir uns, daß die Speisekarte nicht zu langweilig wird!

Der Ausschuß war überhaupt in seiner letzten Sitzung höchst schläfrig: ewig und ewig diese dummen Kooptationen von Messingfabrikanten und Schneidergesellen. Es ist doch wirklich zu kolossal unpraktisch: wir haben Regenten genug, schafft lieber, daß wir etwas zu verwalten haben.

Und dann dieses wohlerzogene Stillschweigen, sobald Engel oder Gneist wieder eine Hauptmaßregel, eine Kooptation vorschlagen! Der Verein geht einer schleunigen Unbedeutendheit entgegen, wenn nicht mehr auf die Sache selbst gesehen wird.“

So Knapp. Und v. Eckardt hatte schon im Herbst 1872 an Schmoller mit Klagen über Gneist in den Ohren gelegen. In einem Briefe vom 21. Oktober 1872 heißt es bereits:

„Hochverehrter Herr Professor! In der Breslauer Zeitung findet sich die beiliegende Einsendung Gneists, die ich Ihnen zur Kenntnissnahme sende, da mir der Abdruck im ‚Hamburgischen Correspondenten‘ nicht opportun erscheint. Meiner Meinung nach kann man sich zu einer Versammlung, deren Präses man gewesen ist, nicht lauer und reservierter verhalten, als Herr Gneist es in diesen Zeilen tut. Mir scheint es nicht unbedenklich, daß unsere Sache von den eignen Teilnehmern in solcher Weise behandelt wird, zumal gegenwärtig, wo Berlin und die Berliner das entscheidende Wort zu sagen haben. Unter allen Umständen erschien es mir Pflicht, Sie mit dieser Kundgebung bekannt zu machen, denn in Ihnen sehe ich das Oberhaupt der ‚Kathedersozialisten de la veille‘, während Herr Gneist zu der Sache nicht einmal am lendemain feste Stellung genommen zu haben scheint. Halten Sie eine fernere, vielleicht resumierende Kundgebung von Ihrer Seite für geboten, so würde es mir eine besondere Genugtuung gewähren, dieselbe in unserem Blatt abgedruckt zu sehen.“

⁶ Da der kleine Zeitungsausschnitt erhalten ist, soll die inkriminierte Verlautbarung Gneists zur Vergleichsmöglichkeit hier gleichfalls im Wortlaut wiedergegeben werden:

„Ihre Zeitung vom 11. d. M. enthält eine Korrespondenz aus Berlin, in welcher dem Eisenacher Kongreß der Vorwurf der Maßlosigkeit, der wüsten und wilden Klassen-Agitation gemacht wird. Der wildeste Parteigeist habe dort seine Orgien gefeiert, sowohl in Privatgesprächen wie in den öffentlichen Verhandlungen. Die ersteren entziehen

Nach einem weiteren Briefe hat v. Eckardt den gewünschten Beitrag von Schmoller erhalten und in Nr. 2511 des „Hamburgischen Correspondenten“ sofort zum Abdruck gebracht. Die Kritik v. Eckardts an Gneist ging in seinen Briefen an Schmoller aber weiter. —

Die zweite Eisenacher Versammlung vom 12. und 13. Oktober 1873 wurde von Gneist eröffnet.

Über das Thema „Fabrikgesetzgebung“, das, wie schon gesagt, ungefähr als gleichbedeutend mit der späteren Bezeichnung „Arbeiterschutz“ anzusehen ist, referierte diesmal F. J. Neumann, Professor in Freiburg. Gemäß den Beschlüssen des Ausschusses hat das Referat die Form einer Erörterung der Gesichtspunkte, die bei einer Enquete des Reiches, die man anstrebte, hauptsächlich Beachtung finden mußten. Besonders die vielfach beobachtete Tatsache, daß die bereits vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen über Arbeiterschutz, namentlich die über die Kinderarbeit, in der Praxis nur höchst mangelhaft durchgeführt wurden, weil es an einer zureichenden behördlichen Beaufsichtigung der Durchführung fehlte, gab den Verhandlungen die spezifische Note. Neumann schloß sein Referat mit einer vorgeschlagenen Resolution, die sorgfältig in die Einzelheiten ging. Korreferent war Ludwig-Wolf, damals Bürgermeister von Großenhain in Sachsen, nachmaliger langjähriger Schatzmeister des Vereins. Er bekannte sich als Nichtredner und begnügte sich mit ein paar kurzen Worten zur Erläuterung von einigen Abänderungsanträgen, die er zu der Resolution des Referenten stellte. Bei dem zweiten Thema „Aktiengesellschaften“ bietet das Referat Ad. Wagners noch heut ein geschichtliches Interesse, indem es viele Einzelheiten aus den Methoden des damals blühenden oder soeben verblühten Gründungsschwinds einflocht. Das Korreferat des Berliner Justizrats Wiener rückte selbstverständlich vor allem für die Rechtspraxis bedeutsame Überlegungen zu einer Reform der Gesetzgebung über die Aktiengesellschaften in den Vordergrund. Die Debatten zu den beiden ersten Themen waren überwiegend ruhig und sachlich gehalten. Beim dritten Thema „Einigungsämter und

sich der Natur nach freilich jedem zusammenfassenden Urteil. In den öffentlichen Verhandlungen sind die beiden Seiten des im Fluß begriffenen Klassenstreites allerdings mit Lebhaftigkeit vertreten worden, wie dies in der Bestimmung jener Versammlung lag. Aber nicht bloß die eine Seite. Schon die Haltung der sozialdemokratischen Presse gegen den Kongreß widerlegt jene Behauptungen Ihres Korrespondenten. Noch mehr werden die in wenigen Wochen erscheinenden stenographischen Berichte ergeben, daß die entgegengesetzten Standpunkte und Interessen ziemlich gleichmäßig vertreten worden sind und daß insbesondere Herrn Professor Schmoller in seiner überaus schwierigen Berichterstattung der Vorwurf einer Klassen-Agitation gewiß nicht trifft. Die Verabredung einer Wiederholung dieser Besprechungen ist übrigens von allen Seiten übereinstimmend gewünscht und auch von meiner Seite befürwortet worden. Berlin, den 15. Oktober 1872. Gneist.“

Schiedsgerichte“ wurde die Debatte bei aller Kürze lebendiger. Das Thema war für die im Verein zusammengefaßten Gemüter das packendste. Das Referat hatte Dr. Max Hirsch, der Gründer der nachmals wohlbekannten nichtsozialdemokratischen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Brentano als Korreferent verzichtete auf ein ausführliches Korreferat und legte nur mit kurzen Worten eine Resolution zugunsten einer gesetzlichen Einführung von Einigungsämtern und einen entsprechenden Gesetzentwurf vor.

Das organisatorisch Wichtige der Versammlung war, daß am zweiten Verhandlungstage, am 13. Oktober 1873, die vom Ausschusse vorgeschlagenen Statuten mit geringfügigen Änderungen angenommen und der Verein damit offiziell begründet wurde. Auch die Wahlen zu dem nunmehr statutengemäßen Ausschusse wurden vorgenommen und sie fielen auf die zwölf Herren Gneist, Brentano, Nasse, Knies, v. d. Goltz, Knapp, v. Eckardt, Hildebrand, Neumann, Borchert, v. Roggenbach, Duncker. In der nachfolgenden Ausschußsitzung wurden zugewählt noch einmal zwölf Herren: Engel, Geibel jun., Held, Hirsch, Löwe-Calbe, Mithoff, Roscher, Schmoller, Schulze-Mainz, Sombart-Ermsleben, v. Sybel, Ad. Wagner. Schließlich auch noch (vgl. den oben abgedruckten Brief Knapps) die Herren Bacmeister, Bitzer, v. Holtzendorff, Janson, Tiedemann-Mettmann. Der Rücktritt Meitzens, des Schriftführers des vorläufigen Ausschusses, und seine Ablehnung einer Wiederwahl war also anerkannt worden. In einem offiziellen Rundschreiben, dem ersten des endgültig begründeten Vereins, wird Gneist als Vorsitzender, Nasse als stellvertretender Vorsitzender, v. Eckardt als Schriftführer und Geibel jun. als Schatzmeister benannt.

In dem launigen Bericht Brentanos⁷ über die Wahl zu den Vereinsämtern im nachfolgenden Jahre sind also bezüglich der Personen einige Irrtümer enthalten. Sie sollen später berichtigt werden.

⁷ Brentano, a. a. O. S. 94.

II. Die Epoche von 1874 bis 1879

Nach der erfolgten Gründung des Vereins war es nun die große Frage, welche Wege der Verein weitergehen sollte. Es ist in weitem Umfange zutreffend, wenn zu diesem Punkte Brentano¹ sagt, der Schwerpunkt der Vereinstätigkeit sei nunmehr in die Veranlassung monographischer Untersuchungen über einzelne brennende Fragen verlegt worden, während die Vereinsversammlungen zu etwas relativ Nebensächlichem herabsanken. Die ersten Versammlungen hatten vornehmlich als Weckrufe gegolten und allen Eifer der Teilnehmer auf sich gezogen. Aber ihre sorgfältige Vorbereitung, namentlich schon die der Versammlung von 1873, mit ihren „Gutachten“, hatte doch, wenn auch zunächst scheinbar so nebenher, die Schwerpunktsverlegung bei der Vereinstätigkeit schon vorbereitet. Die große Schriftenreihe des Vereins war begonnen worden, es war ein Bett da, in das sich der Strom der Vereinstätigkeit ergießen konnte. Erst in der allerletzten Zeit im Leben des Vereins wurden aus seinen Reihen heraus Zweifel an dem Werte des mit dieser Schriftenreihe Gebotenen laut. Durch Jahrzehnte hindurch waren die „Schriften des Vereins für Sozialpolitik“, in denen ja auch die Bände mit den Verhandlungsberichten eine wichtige Stelle einnahmen, das deutlich wahrnehmbare und dauernde Zeichen der Vereinstätigkeit. Auf fast allen der für die Volkswirtschaftslehre in Betracht kommenden Sachgebieten brachte im Laufe der Jahre die Schriftenreihe wichtige Abhandlungen, und ihr Einfluß auf den Fortgang des nationalökonomischen Schrifttums besonders der deutschsprechenden Länder war nachweislich nicht gering. Irgendeine Systematik bei der Auswahl der behandelten Gebiete wurde dabei selbstverständlich nicht innegehalten. Als eine notwendigerweise immer auf das Wirken nach außen Bedacht nehmende Organisation war der Verein darauf angewiesen, sich bei den Beschlüssen vornehmlich „brennenden Fragen“ zuzuwenden. Aber was die Schriften und Verhandlungen dadurch an Systematik verloren, gewannen sie auf der anderen Seite durch eine Anpassung an die jeweiligen Forderungen des Tages, so daß sie bis zu einem gewissen Grade den Gang

¹ a. a. O. S. 92/93.

der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Reiches und der Gliedstaaten, namentlich Preußens, widerspiegeln. In der Literatur ist dann die Herausholung einer Systematik versucht worden².

Es war jedoch keineswegs so, daß durch die Entwicklung der Schriftenreihe die Vereinstagungen überhaupt zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken wären. Vielmehr bildeten sie sogar die immer wiederkehrende Bekrönung des Vereinsschrifttums, indem aus den in den Schriften behandelten Gegenständen die wichtigsten oder geeignetsten zu Themen der Verhandlungen ausgewählt wurden und hier durch die nochmalige Erörterung in Rede und Gegenrede eine besondere Betonung erhielten. Daß ausnahmsweise auf den Tagungen auch Gegenstände zu Themen der Verhandlungen wurden, die nicht zuvor in den Schriften behandelt worden waren, wodurch diese Tagungen dann wieder mehr oder weniger den anfänglichen Weckrufcharakter erhielten, wird sich in der nachfolgenden Darstellung noch zeigen. Nicht immer wirkte sich das zum Vorteil der Tagungen aus.

Nach außen war zunächst die Stellung des Vereins noch weiter so, daß er von der liberalen Publizistik mit Mißtrauen und Ablehnung behandelt wurde. Brentano führt das darauf zurück, daß die Liberalen die Männer des Vereins als „geheime Schützlinge“ Bismarcks ansahen, der zu jener Zeit zwar mit den Liberalen regierte, aber ihnen nach ihrem Gefühl keine Sicherheit für den vorläufigen Bund darbot. Es scheint auch, daß, wenn auch vielleicht nicht Bismarck selbst, so doch die ihm in der Publizistik besonders dienstbeflissenen Männer zuweilen den Versuch machten, den Verein für eine nichtliberale Politik zu benutzen³.

Für die Gruppierung im Innern des Vereins ist oben über die Bildung eines rechten und eines linken Flügels nebst einer dazwischenstehenden Mitte schon einiges gesagt. Es ist niemals zu festen Zusammenschlüssen dieser Gruppen gekommen, und ihre Abgrenzung blieb daher immer unbestimmt, aber im ganzen ist doch auch diese Gruppierung wieder nicht zu verkennen, und besonders Schmoller hat es immer wieder ausgesprochen, daß die Sorge um das Bestehen und Wirken des Vereins sich zu einem guten Teile darin zu erschöpfen habe, die auseinanderstrebenden Gemüter möglichst in jedem Falle auf einer mittleren Linie zu einigen. Für die Zeit der ersten tastenden Schritte des Vereins trifft die von Brentano gegebene Charakteristik wohl im allgemeinen zu. Man kann sie dahin auslegen, daß Brentano selbst sich als den Repräsentanten des linken Flügels empfand, während Ad. Wagner und die ihm Nahestehenden den

² Else Conrad, *Der Verein für Sozialpolitik*, Jena 1906, und in dem genannten Artikel im Handwörterbuch.

³ Vgl. hierzu Brentano, a. a. O. S. 94 ff.

rechten darstellten und Schmoller mit Gneist und Nasse im Anfang die Mitte bildete. Brentano wünschte, daß der Verein sich auf die Verfolgung der Idee der Sozialpolitik im engeren Sinne, also auf eine Politik zugunsten der Hebung der Arbeiterklasse beschränkte, wobei er selbstverständlich als Mittel besonders die Stärkung der Arbeiter durch Zusammenschlüsse im Auge hatte, Ad. Wagner wollte gemäß seiner Rede vom 12. Oktober 1872 die Inangriffnahme einer grundsätzlichen sozialen Reform in Gestalt sehr verschiedener Mittel, während über Schmoller gut treffend Brentano sagt, ihm wie auch Gneist habe vorgeschwebt, den Verein zu einem nationalökonomischen Seitenstück des Juristentages zu machen, also vor allem die Tätigkeit der Verwaltung auf wirtschaftlich-sozialem Gebiete zu beeinflussen. Man wird sagen können, daß sich im ganzen sachlich zumeist der Geist der Mitte durchsetzte, der sich zuweilen dem rechten Flügel zuneigte, daß zuzeiten aber auch der linke Flügel seine Auffassungen wirksam in den Vordergrund zu schieben verstand. Der Gang der großen Politik und die Gestaltung der äußeren Verhältnisse hat bei diesem Hin- und Herschieben des Schwerpunktes im Verein oft entscheidenden Einfluß ausgeübt.

3. Die Eisenacher Tagung von 1874

Für die Verfolgung der Vereinstätigkeit ist es das Gegebene, von den Tagungen des Vereins auszugehen, ihre Vorbereitungen sowohl durch die Ausschlußbeschlüsse wie durch die zugehörigen Schriftenbände zu verzeichnen und dann den Verlauf der Tagungen selbst zu schildern. Es kommen hier also die Tagungen von 1874, 1875, 1877, 1878 als eine Gruppe in Betracht, während die Tagung von 1876 sozusagen nur eine formale Bedeutung hatte und die von 1879 einen Verlauf nahm, der für die Weiterentwicklung des Vereins von besonderer Bedeutung war und sogar leicht seinem Fortbestehen hätte gefährlich werden können.

Für die Leitung des Vereins brachte die Tagung von 1874 die Veränderung, daß der Vorsitz aus den Händen des Juristen Gneist in die des Nationalökonomen Nasse überging. Der Stimmung der Jüngeren oder, wie man auch sagen könnte, des linken Flügels ist oben schon Erwähnung getan, auch dessen, daß wir allein Brentano eine Schilderung verdanken, wie es zu diesem Wechsel im Vorsitz gekommen war, denn in den offiziellen Protokollen ist die eigentliche Motivation des Vorgangs begreiflicherweise übergangen, und auch in den erhaltenen Briefwechsel ist sie nicht gedrungen. Während der Tagung von 1873 hatten sich nach Brentano diejenigen aktiven Vereinsmitglieder, die mit Gneists Leitung unzufrieden waren, im Hotelzimmer des einen von ihnen zusammen-

gefunden und berieten über Wege, wie man ohne Konflikt Gneist zum Niederlegen des Vorsitzes bringen könne. Daß der beste Weg nach Meinung der Anwesenden darin bestanden habe, Held solle das Schriftführeramt niederlegen, dann würde Gneist mit der Abgabe des Vorsitzes folgen, kann insoweit nicht richtig sein, als Held damals noch gar nicht Schriftführer war. Wohl aber wird es zutreffen, daß das Hotel dünne Wände hatte und somit der daneben wohnende Gneist die an ihm geübten Kritiken selbst gehört hatte und am nächsten Tage seinen Rücktritt in überlegenem Humor mit all den gegen ihn gerichteten Argumenten begründete, seine unfreiwillige Lauscherschaft offen zugebend. Sicher war eine solche Situation für alle Beteiligten, Kritiker und Nichtkritiker, sehr peinlich, und vermutlich waren es die vermittelnden Naturen, die es zustande brachten, daß Gneist sich bereit erklärte, vorläufig die Leitung beizubehalten, ohne nach Annahme der Wahl auf Grund der Satzung und Konstituierung des Vereins rite Vorsitzender zu bleiben. Ein gedrucktes Rundschreiben vom Oktober 1873 nennt ausdrücklich und ohne Einschränkung Gneist als Vorsitzenden, Nasse als Stellvertreter, v. Eckardt als Schriftführer, Geibel jun. als Schatzmeister. In der Praxis spielten sich die Dinge auch so ab, daß Gneist noch die Einberufung der Ausschußsitzungen vom 20. Dezember 1873 und vom 1. Februar 1874 veranlaßte und sie leitete, während die Sitzung vom 12. Juli 1874 bereits stellvertretend von Nasse geleitet und in dieser Sitzung eine Danksagung an Gneist für die bisherige Leitung beschlossen wurde. Als völlig irrtümlich erweist sich die Angabe Brentanos, daß bei diesem Revirement von 1873 Meitzen zum Schriftführer gewählt worden sei. Schon der oben abgedruckte Brief Meitzens vom 2. Oktober 1873 zeigt deutlich den Irrtum Brentanos. In dem Protokoll der Ausschußsitzung vom 12. Oktober 1874 abends in Eisenach, also nach Abschluß der Versammlung, heißt es in endgültiger Regelung: „Präsident des Ausschusses wird Nasse, zur Vertretung des Präsidenten eventuell berechtigter Sekretär Held.“ Das bedeutet zugleich den Rücktritt v. Eckardts vom Schriftführeramt. Er war inzwischen in Hamburg vom Chefredakteur des „Hamburgischen Correspondenten“ zum Senatssekretär aufgestiegen und erklärte, als solcher keine Zeit mehr zur Führung dieses Vereinsamtes zu haben.

Wenn in der Ausschußsitzung vom 12. Juli 1874 wenigstens theoretisch noch mit fünf Verhandlungsgegenständen für die Tagung des gleichen Jahres gerechnet wurde (Bestrafung des Kontraktbruchs, Invaliden- und Alterskassen, Personalbesteuerung, Staats- und Privatbahnen, Arbeitergewinnbeteiligung), so zeigt der Verhandlungsbericht, daß auf der Tagung nur zwei Themen, und zwar die beiden ersten zur Besprechung kamen. Über die Bestrafung des Kontraktbruchs referierten Prof. Held und der

Hamburger Redakteur Dannenberg, beide mit einigen Vorbehalten für die Bestrafung eintretend. In der Debatte, in die auch v. Sybel und Const. Rößler eingriffen, war die Gewerkvereinsseite selbstverständlich gegen die Bestrafung, die Arbeitgeberseite — nur durch Syndici vertreten — dagegen versprach sich wenigstens eine moralische Wirkung von einer Strafandrohung. Die angenommene Resolution spricht sich unter starken Vorbehalten für eine Bestrafung aus. Die ganzen Verhandlungen zu diesem Punkte zeigen, daß sich damals die Entwicklung des Arbeitsverhältnisses noch in einem Frühstadium befand. Von dem Thema der Alters- und Pensionskassen sei gesagt, daß die Diskussion hier einen organisatorischen Gedanken erörterte, der dann im Hilfskassengesetz vom 7. April 1876 den ersten Versuch einer gesetzlichen Regelung zeigt. Das Referat des Fabrikbesitzers Kalle und des Verlagsbuchhändlers Duncker laufen beide auf die Anerkennung der Notwendigkeit einer baldigen gesetzlichen Regelung hinaus, und auch in der Debatte zeigte sich weitgehende Übereinstimmung; nur die Frage, ob gesetzlicher Beitrittszwang vorzusehen sei oder nicht, führte zu starker Verschiedenheit der Meinungen.

Vorbereitet war die Tagung von 1874 durch die Bände 5—8 der Vereinsschriften, aus denen die Gutachten von Ludwig-Wolf und Max Hirsch über die Alters- und Invalidenkassen, die von dem Österreicher v. Plener und von J. Neumann über Gewinnbeteiligung und schließlich die von Roscher, Schmoller und Brentano über die Bestrafung des Arbeitsvertragsbruches hervorzuheben sind.

4. Die Eisenacher Tagung von 1875

Der Ausschuß des Vereins ging also mit starken Restbeständen an die Vorbereitung der Tagung des nächstfolgenden Jahres, 1875, der vorläufig letzten in Eisenach. Eine Sitzung vom 3. Januar 1875 in Frankfurt war nur von Nasse, v. Roggenbach, Schmoller, Schulze (Mainz) und Held besucht, wofür Helds Protokoll die schlechte Witterung verantwortlich machte. Man hielt sich daher in Beschlüssen zurück. Erst die Sitzung vom 9. Mai in Berlin brachte die endgültige Festlegung des Programms für die Generalversammlung. Zu den Themen der Personalbesteuerung und des Lehrlingswesens, die schon in der Januarsitzung in Aussicht genommen waren und die jetzt etwas enger als „Die Einkommensteuer im Verhältnis zur Ertragsbesteuerung, insonderheit zur Grundsteuer“ und als „Reform des Lehrlingswesens“ formuliert wurden, trat als drittes Thema der „gegenwärtige Stand der Münzreform in Deutschland“. Angesichts des Überganges des Reiches zur Goldwährung (1871—1873) war dieses Thema das eigentlich aktuelle.

Wäre Neumann in der Lage gewesen, auf der Tagung das ihm zugedachte Referat oder Korreferat zu halten, dann wäre das Steuerthema gewiß in einer breiteren Ausdehnung behandelt worden, denn sein Gutachten von 238 Druckseiten, das den Band 8 der Schriften füllt, „Die progressive Einkommensteuer im Staats- und Gemeindehaushalt“, rollte das ganze Problem der Einkommensteuer auf, das ja zum Beispiel für Preußen erst zwanzig Jahre später seine Verwirklichung finden sollte. Der Leipziger Handelskammersekretär Gensel hielt sich in seinem Referat durchaus an die enger gesteckten Grenzen des Verhandlungsthemas und der für Neumann eingesprungene Held erst recht. Die Einengung des Themas führte dann auch zu einem Vorherrschen der Spezialfragen. Neumann, der schließlich doch noch auf der Tagung erschien, gab ihr eine vorübergehende Wendung ins Allgemeine, den einleitenden Thesensatz der Referenten herausfassend. Die Überleitung zum zweiten Thema, dem Lehrlingswesen, brachten die Vorträge des österreichischen Legationsrates v. Plener über die Regelung des Lehrlingswesens in der österreichischen Gewerbegesetzgebung und des Berner Professors v. Scheel über die gleiche Regelung in der Schweiz. Das eigentliche Referat hielt der Hamburger Gewerbekammersekretär Dr. J. Brinckmann, das Korreferat Professor Schönberg (Tübingen), wozu noch ein weiteres ganz kurzes Korreferat von Fr. Liebau (Berlin) trat, der als Vertreter der deutschen Gewerkvereine sprach. Diese drei Referate und auch die Debatte sahen die Fragen des Lehrlingswesens durchaus im Zusammenhange mit dem Innungswesen. Die Gattung der Fabriklehrlinge war damals noch nicht entwickelt. Selbstverständlich spielte auch die Frage der Fortbildungsschulen dabei eine große Rolle. Es war hier jedenfalls ein Thema angesprochen, das noch für Jahrzehnte eine Bedeutung in der Sozialpolitik gehabt und eine entsprechende Spezialliteratur hervorgerufen hat. Das Referat Nasses über „Münzreform“, dem ein Korreferat des Königsberger Bankiers und Ausschußmitgliedes Samter zur Seite trat, ging von der damals betrüblichen Tatsache aus, daß die Goldwährung erst unvollkommen durchgeführt war und die vorläufig beibehaltenen Silbertaler das Gold vertrieben, und zwar hauptsächlich ins Ausland. Der Korreferent billigte Nasses vorgeschlagenen Ausweg, die Annahmepflicht von Talern auf den Betrag von 100 M. gesetzlich zu beschränken, nicht, er nahm an, daß sich die gegenwärtigen Schwierigkeiten von selbst beheben würden, wenn erst die neuen silbernen Scheidemünzen in angemessenem Umfange ausgeprägt sein und vom 1. Januar 1876 an die Taler in den Kassen zurückgehalten werden würden. Die Debatte war kurz und in der Hauptsache auf die anwesenden Spezialisten beschränkt, auch der Zeitungsgründer Sonnemann (Frankfurt) beteiligte sich daran als Gast. Nasses

Thesen fanden aber trotz mannigfachen Widerspruchs zuletzt Annahme unter Ablehnung aller Änderungsvorschläge.

5. Die Bremer Generalversammlung von 1876 und die Berliner Tagung von 1877

Zu einer normalen Tagung des Vereins im Jahre 1876 ist es nicht gekommen, die Generalversammlung dieses Jahres in Bremen war auf die Erledigung einer Satzungsänderung beschränkt, weshalb auch im Verzeichnis der Schriftenreihe ein Band über Verhandlungen der „vierten“ Generalversammlung fehlt. Die Zählung der Tagungen wurde übrigens bald darauf aufgegeben.

Den Anlaß zu dieser Satzungsänderung bildete das Verhältnis des Vereins zum Kongreß deutscher Volkswirte. Der Verein war, das bezeugte besonders Schmollers Eröffnungsrede von 1872, im bewußten sozialpolitischen Gegensatz zum Kongreß ins Leben getreten. Aber zugleich war es doch so, daß eine große Zahl von Vereinsmitgliedern aus der Kongreßorganisation herübergekommen war, ihr auch nach der Vereinsgründung weiter angehörte, darunter sogar solche, wie zum Beispiel Gneist, die im neuen Verein eine einflußreiche Rolle spielten. Im Kongreß andererseits befanden sich ebenfalls Männer, die einer arbeiterfreundlichen Politik durchaus zustimmend gegenüberstanden, so zum Beispiel Lasker, der damalige Führer der Nationalliberalen. Andere freilich, wie Bamberger und Alexander Meyer verhielten sich durchaus ablehnend, sogar feindlich. Bamberger hielt am 27. Januar 1876 im Reichstage eine Rede, die nach Brentano⁴ „von Schmähungen und Denunziationen gegen die Kathedersozialisten strotzte“. Von H. B. Oppenheim stammt das zuerst durchaus böse gemeinte Stichwort „Kathedersozialisten“. Natürlich fehlte es auch unter den Vereinsmitgliedern nicht an solchen, die im ausgesprochenen Gegensatz zum Kongreß standen. Aber die versöhnlich gestimmten Gemüter auf beiden Seiten gewannen schließlich die Oberhand.

Schon unterm 8. Februar 1873 war vom Volkswirtschaftlichen Kongreß, unterzeichnet noch von Prince-Smith als dem damaligen Vorsitzenden der ständigen Deputation des Kongresses, eine Einladung an den Vorstand und die sämtlichen Mitglieder der Eisenacher Versammlung zu Händen von Gneist gekommen, der Tagung des Kongresses vom 11. bis 14. August 1873 in Wien beizuwohnen. Die Überbrückungsbestrebungen hatten seitdem auf beiden Seiten nicht geruht, und die Ausschußsitzung des Vereins vom 9. Mai 1875 hatte ausdrücklich „beschlossen, den Ausschuß des Volkswirtschaftlichen Kongresses in Deutschland und Österreich sowie

⁴ a. a. O. S. 95.

einige Italiener zur Generalversammlung einzuladen, nachdem von seiten der Österreicher und Italiener uns Artigkeiten erwiesen worden sind“. Diesem Beschlusse zufolge verschickte Nasse unterm 27. Dezember 1875 an die Ausschußmitglieder des Vereins ein Rundschreiben, dem er als Anlage seinen Briefwechsel mit dem nunmehrigen Vorsitzenden des Kongresses, Justizrat Dr. C. Braun (Berlin), beifügt, und setzt auseinander, wie eine Zusammenarbeit des Vereins mit dem Kongreß in Zukunft gedacht sei. Diese sollte in der Hauptsache darin bestehen, daß die Selbständigkeit beider Organisationen zwar erhalten bleiben sollte, daß aber beide nur abwechselnd ein um das andere Jahr ihre Versammlungen halten sollten. Großmütig räumte Nasse sogar dem Kongreß die Entscheidung ein, ob er schon 1876 oder erst 1877 tagen wolle. Ein weiteres Rundschreiben Nasses vom 5. Februar 1876 erwähnt, daß ein Widerspruch gegen seinen Vorschlag nicht eingelaufen sei und setzt dann die Gründe auseinander, weshalb er und Held der Einladung des Kongresses, an der Sitzung der Ständigen Deputation des Kongresses am 11. Februar 1876 in Berlin teilzunehmen, nicht Folge leisten konnten. Die feindliche Rede Bambergers im Reichstage wird ebenfalls erwähnt und als böse Störung der im Gange befindlichen Verhandlungen verurteilt, zugleich aber die Hoffnung auf Beilegung der Verstimmung durch „geeignete Schritte des angreifenden Teils“ ausgesprochen. Und das Protokoll der Ausschußsitzung des Vereins vom 19. März 1876 verzeichnet denn auch wirklich den Bericht Helds über seinen mit Bamberger gepflogenen Privatbriefwechsel. Bamberger wollte zur Beseitigung aller Schwierigkeiten aus der Ständigen Deputation des Kongresses austreten, was aber die Deputation nicht annahm. So schrieb Bamberger zuletzt einen Brief „zu beliebigem Gebrauch“, in dem er betonte, daß er „in seiner Rede die Lauterkeit der Absichten der von ihm angegriffenen Professoren ausdrücklich anerkannt habe und schließlich den ihm in der Flucht der Improvisation entfallenen verletzenden Ausdruck bedauert und zurücknimmt“.

Nachdem die Stellungnahme des Vereinsausschusses Dr. Braun mitgeteilt und ihm vorgeschlagen worden war, daß auf den Versammlungen beider Vereinigungen die Mitglieder der einen bei der andern als geladene Gäste ohne Beitragszahlung auftreten, das Wort ergreifen und mit Ausnahme der inneren Vereinsangelegenheiten auch mitabstimmen könnten, welchem Vorschlage der Kongreß offenbar auch zugestimmt hat, fand dann im Anschluß an die Tagung des Kongresses in Bremen eine Generalversammlung des Vereins dortselbst am 25. September 1876 statt, in der nach den Abmachungen mit dem Kongreß die nötigen Änderungen der Satzung (zweijährige Tagungen, Rechte der Mitglieder des Kongresses auf den Vereinstagungen) rechtsgültig beschlossen wurden.

Daß diese etwas mühsam hergestellte Verbindung zwischen Verein und Kongreß nicht von langer Dauer war, wird sich noch zeigen.

Nachzutragen ist noch, daß schon die Ausschußsitzung vom 19. März 1876 Anlaß hatte, sich mit der „Kompetenzentscheidung zwischen Verleger, Kassierer und Ortsausschuß“ zu beschäftigen. Während die Bremer Generalversammlung auf die Vornahme von Ausschußwahlen verzichtete und den Ausschuß in seiner Zusammensetzung bestehen ließ, beschloß der Ausschuß vom 25. September 1876, daß das Amt des Kassierers auf Antrag Geibel an den Fabrikanten Roth in Chemnitz überging. Geibel blieb nur noch Verleger der Vereinsschriften.

Für die Vorbereitung der Generalversammlungen war es eine Erleichterung der Ausschußgeschäfte, wenn die Tagungen nunmehr zwei Jahre auseinanderlagen. Allerdings machte sich das für die Tagung von 1877 noch nicht geltend, da die Satzungsänderung erst im Herbst 1876 zustande gekommen war. Erst am 13. Mai 1877 faßte der Ausschuß Beschluß über die Verhandlungsthemen der Herbsttagung des gleichen Jahres und entschied sich für die folgenden: 1. Die Kommunalsteuerfrage (Referenten: Neumann und Ludwig-Wolf). 2. Die Reform der Gewerbeordnung mit besonderer Bezugnahme auf die im Reichstage eingebrachten Anträge (Referenten: Brentano und Dannenberg). 3. Auf Wunsch des Volkswirtschaftlichen Kongresses: Der Handelsvertrag mit Österreich (Referenten: Weigert und Hertzka).

Vermerkt sei hier noch, daß in dieser Ausschußsitzung das Schatzmeisteramt von Roth (Chemnitz) auf Ludwig-Wolf, nunmehr Stadtrat in Leipzig, überging, der es bis 1915 verwaltet hat.

Die Verhandlungen der Tagung vom 8. bis 10. Oktober 1877 verliefen bis auf die Auswahl der Referenten ohne Abänderung nach dem vom Ausschusse aufgestellten Programm, Tagungsort war beschlußmäßig Berlin und hier das Architektenhaus. Sie boten unter anderem das interessante Bild, daß die beiden nachher zu so großem wissenschaftlichem Ansehen gelangten Volkswirtschaftslehrer Wagner und Schmoller darin nebeneinander als Referenten auftraten, allerdings zu verschiedenen Themen und dabei die für sie charakteristischen Richtungen und Wesensarten bereits auf das Deutlichste an Spezialthemen offenbarten. Zunächst Adolph Wagner beim ersten Thema. Er hatte eigentlich nur über die Kommunalsteuerfrage zu sprechen, aber er entrollte schon hier seine ganze, späterhin immer festgehaltene, damals noch neue Auffassung von der Rolle, die er dem Steuerwesen und der Finanzpolitik für die Zwecke des sozialen Ausgleichs zuschrieb. Sogar seine Gesamtauffassung von der zu erstrebenden Verfassung der Volkswirtschaft überhaupt trat klar zutage. „Mehr und mehr wird in der Tat unsere Volkswirtschaft kom-

munistisch und mehr und mehr werden deshalb für sie die Steuerfragen praktisch so wichtig, weil der Bedarf zur Deckung der Staats- und Kommunalausgaben immer größer wird und die Steuerleistung doch nur zu einem Teile nach ‚Leistung und Gegenleistung‘ erfolgen kann⁵.“ Die Thesen Wagners sind für einen Vergleich mit der deutschen Finanzgesetzgebung der folgenden Jahrzehnte noch heute durchaus lesenswert.

Der Oberbürgermeister Wegner (Duisburg) hielt sich als Korreferent in engeren Grenzen und wollte, wie er selbst einleitend hervorhob, sein Thema „vom Standpunkte eines praktischen Verwaltungsbeamten aus erörtern“. Auf diese Weise war für die Erörterung sowohl von der idealen wie von der praktischen Seite gut vorgesorgt. Übrigens hatte die einleitende Diskussionsrede des Fabrikanten L. F. Seyffardt (Krefeld) auch noch den Charakter eines Korreferates und nicht weniger die zweite Diskussionsrede von Professor Held. Seyffardt wie Held hatten sogar beide wohlformulierte Resolutionen eingebracht. Der Debatte waren durch diese einleitenden großen Diskussionsreden die Hauptgesichtspunkte vorweggenommen, sie war verhältnismäßig kurz und brachte enger sachlich zur Kommunalsteuerfrage eigentlich nur die Debatterede Nasses. Dafür hatte es aber dem anwesenden Führer des Volkswirtschaftlichen Kongresses, Dr. Braun, das Bekenntnis Wagners zum „Kommunismus“ angetan, gegen das er sich in der Debatte — man muß zugeben: in höflicher und maßvoller Form — offen und ausdrücklich wandte. Daß Adolph Wagner bei seiner bekannten Heftigkeit diesen Einspruch mit leicht persönlich gefärbter Polemik zurückwies und so dem Abschluß der Debatte zu dem üblichen Anhang eines Geplänkels von „persönlichen Bemerkungen“ verhalf und sogar dieses Geplänkel am übernächsten Tage noch einmal aufleben ließ, konnte nicht überraschen. In der Abstimmung verfielen die Wagnerschen Thesen der Ablehnung, die Heldschen wurden angenommen, noch dazu mit einer von Braun beantragten Milderung.

Die Verhandlungen über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag, der auf dieser Tagung an zweiter Stelle stand, waren ihr aktuelles Thema. Der bestehende Handelsvertrag des Reiches mit Österreich lief am 31. Dezember 1877 ab und mußte erneuert werden. Diese Erneuerung war zur Zeit der Tagung noch nicht perfekt geworden, obwohl die Verhandlungen darüber bereits seit dem Frühjahr liefen. Die handelspolitischen aggressiven Tendenzen der österreichischen Politik trugen die Schuld an dem schleppenden Gange der Verhandlungen, die ja auch nicht zu einem guten Ende führten. Auf diese objektive Sachlage waren die Referate und Debattereden der Vereinstagung abgestimmt: man hoffte damals noch

⁵ Schriften, Bd. 14, S. 9.

auf einen positiven Vertragsabschluß zwischen den beiden Staaten, hatte aber schon kein richtiges Vertrauen mehr, daß es dazu kommen würde. Zugleich fehlte es selbstverständlich nicht an konkreten Einzelwünschen bezüglich der endgültigen Ordnung der Beziehungen im Falle des Zustandekommens eines neuen Handelsvertrages. Schon das Referat des Berliner Fabrikbesitzers Dr. Max Weigert — anscheinend eines Textilindustriellen — zeigte diese grundsätzliche Haltung der gegebenen Lage gegenüber: er hoffte noch, schloß aber seine Rede mit der Erwägung, daß ja Deutschland nicht schlecht dastehen würde, falls eine Einigung nicht zustande käme, sondern beiderseits ohne Meistbegünstigung autonome Grenzzölle in Kraft träten. Er setzte dabei große Hoffnungen auf den Schmuggel. Der in der Einladung genannte Korreferent, Dr. Hertzka aus Wien, hatte, wie Braun bei Eröffnung der Verhandlungen zum zweiten Thema mitteilte, im letzten Augenblick abgesagt, er war „durch dringende Geschäfte“ am Erscheinen verhindert. Die Versammlung genehmigte den Vorschlag Brauns, daß dafür H. A. Bueck improvisiert einsprang, der sich dazu bereit erklärt hatte. Bueck, der späterhin nicht nur im Verein eine gewisse und nach Austritt aus dem Verein in der Bekämpfung des Vereins noch eine große Rolle spielen sollte, trat hier im Leben des Vereins zum ersten Male deutlicher hervor. Dieser damalige Generalsekretär des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, nachmals meist „Langnamenverein“ benannt, war schon in der Teilnehmerliste der Tagung von 1873 aufgeführt, da der sehr gewandte Mann, der stets das Muster eines Interessenvertreters war und wohl für alle späteren Zeiten das selten wieder erreichte Vorbild eines solchen abgegeben hat, früh herausgespürt hatte, welche Bedeutung der Verein für die von Bueck vertretenen Interessen noch gewinnen könnte. Nun kam er durch einen Zufall in den Vordergrund. Seine Ausführungen zeigten, daß damals der Kampf zwischen „Freihändlern“ und „Schutzzöllnern“ im Reiche bereits in Gang gekommen war, und wie die Trennungslinie zwischen beiden Richtungen sich mitten durch die Industriellen hindurchzog. Merkwürdig ist freilich, daß gerade der geschworene Freihändler Braun einen Schutzzöllner zum Korreferenten vorschlug. Allerdings hielt sich in diesem Punkte Bueck noch vorsichtig zurück, die eigentlichen Kampffarolen waren noch nicht ausgegeben. Er beantragte in seiner Resolution für den Fall, daß ein neuer umfassender Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn jetzt nicht zustande käme, ein Provisorium, das in einer kurzen Verlängerung des bisherigen Zustandes bestehen sollte, während Weigert in diesem Falle, wie gesagt, in seinem Antrag vor einem vertraglosen Zustande ohne Meistbegünstigung nicht zurückschreckte. Die gewonnene Zeit wollte Bueck für „Ermittlungen über die Lage und Be-

dürfnisse der vaterländischen Produktion“ ausgenützt wissen. Eine solche Enquete lag ihm offenbar sehr am Herzen. In der Debatte trat der Gegensatz zwischen Freihändlern und Schutzzöllnern deutlicher hervor als in den Referaten, so daß der Referent Weigert in seinem Schlußworte beklagte, die Debatte sei leider zu sehr in die Allgemeinheiten abgeirrt. Und das geschah, obwohl die Rednerliste so geordnet war, daß die sehr konkreten Anträge des Referenten zum entscheidenden Moment beim Für und Wider in der Reihenfolge der Diskussionsredner gemacht worden waren. Braun mußte gegen Bueck auftreten, der Breslauer Handelskammersekretär Dr. Eras, früher als Protagonist im Volkswirtschaftlichen Kongreß ein Rufer im Streite gegen den Verein, jetzt sein „altes“ Mitglied, wie die Teilnehmerliste aussagt, gegen Weigert unter Aufstellung eigener Thesen. Auch Schmoller und Held griffen in die Debatte ein, beide für Weigerts Anträge, wenn auch aus verschiedenen Gründen. Schmoller entwickelte hierbei schon seine grundsätzliche handelspolitische Einstellung, wie sie auf der Tagung von 1879 dann mit so deutlicher und folgenreicher Wirkung zutage treten sollte. Schließlich siegten in der Abstimmung die Thesen Weigerts, wenn auch gegen eine starke Minderheit. Schon hier zeigte sich in Schmollers Ausführungen, daß er die strenge theoretische Scheidung der Freihändler und Schutzzöllner für seinen Standpunkt verwarf. Es ist für später wichtig, das festzuhalten.

Das dritte Thema, bescheiden als „Reform der Gewerbeordnung“ benannt, wurde zeitweise zu einer grundsätzlichen Erörterung über eine neue zu erstrebende Wirtschaftsverfassung im allgemeinen. Denn jener Komplex von prinzipiellen Stellungnahmen, der unter dem Stichwort „Gewerbefreiheit“ damals und auch noch später ging, mußte natürlich die Gemüter magisch anziehen. Das Konkrete in der Diskussion boten aber die Einzelbestimmungen der Gewerbeordnung von 1869, um deren Veränderung man sich bemühte. Zu seinen in fünf Gruppen zusammengefaßten Thesen, die auf die nach seiner Ansicht vornehmlich zu ändernden Bestimmungen der geltenden Gewerbeordnung abzielten (1. Allgemeines. Verbände der Unternehmer und Arbeiter, gewerbliche Schiedsgerichte, Gewerbekammern. 2. Gesundheitsbehörden und Gesundheitswesen. 3. Kinderarbeit, Lehrlingswesen, Frauenarbeit. 4. Arbeitsrecht für erwachsene Arbeiter. 5. Sonstige gewerbliche Spezialreformen), gab Schmoller eine die Gegenwart mit der Vergangenheit in Deutschland vergleichende Übersicht, eine kurzgefaßte Geschichte der Gewerbepolitik etwa seit 1650. Schmollers ganze Art, solche Dinge anzufassen, kam in dem Referate, das er an Stelle von Brentano hielt, zum vollkommenen Ausdruck. Das geltende Recht rückte in die historische Perspektive, und

seine angestrebte Wandlung behandelte Schmoller mit entschlossener Kritik, aber auch mit Optimismus. Sein ebenfalls im Verhandlungsbande abgedruckter „Umriß zu einem Programm für Reform der Gewerbeordnung“ führte die Thesen noch weiter aus und begründete sie näher. Der Hamburger Redakteur J. F. H. Dannenberg hielt sich mehr an die konkreten Forderungen für eine Reform und brachte in Korreferat und Anträgen zum Teil noch andere reformbedürftige Punkte als Ergänzungen in den Vordergrund. Die Debatte sah sich also gleichzeitig vor die Erörterung ganz grundsätzlicher Fragen und vor eine Fülle von Einzelheiten gestellt, zumal Max Hirsch als erster Diskussionsredner fast ein weiteres Korreferat von seinem gewerkvereinlichen Standpunkte aus vortrug. Es war in der Debatte bemerkenswert, daß die anwesenden Mitglieder des Volkswirtschaftlichen Kongresses bereits stark hervortraten. So ein Fabrikant Lohren aus Potsdam, ein Fabrikant Haßler aus Augsburg, vor allem aber H. B. Oppenheim. Dieser betonte mehrfach, wie sehr er und die Mehrheit des Volkswirtschaftlichen Kongresses mit der Reformbeftissenheit der Referenten und Mitglieder des Vereins grundsätzlich übereinstimmten. Die neue Freundschaft bewährte sich also hier. Auch Adolph Wagner sprach in der Debatte. Er hatte zu Schmollers Thesen ein besonderes Amendement eingebracht in Form eines „vorauszustellenden Satzes“, der inhaltlich noch weit über Schmollers einleitenden Satz mit seiner Ablehnung des individualistischen Prinzips hinausging und eine grundsätzliche Änderung der gesamten geltenden Wirtschaftsverfassung verlangte. „Die gewerblichen Verhältnisse verlangten außer einer Reform der Gewerbegesetzgebung auch eine anderweite planvolle Regelung der materiellen Produktion dadurch, daß auf diesem Gebiete die privatwirtschaftliche Spekulation soweit als technisch möglich durch eine zweckmäßige Ausdehnung der Staats- und Kommunalitätigkeit eingeengt wird.“ Der Antrag Wagner steuerte also unverhohlen auf eine großzügige Verstaatlichungsaktion zu und fiel deshalb in der Abstimmung. Die Debatte hatte sich überhaupt mit einer Generaldiskussion begnügt und wegen sonst zu befürchtender Uferlosigkeit auf eine Spezialdiskussion verzichtet, worauf auch in der Abstimmung nur der einleitende Satz der Schmollerschen Thesen zur Annahme gelangte. Er lautete:

„Die derzeitige notwendige Reform der Gewerbeordnung kann weder in einer Wiederbelebung des Zunftrechts noch in einer allgemeinen staatlichen Organisation der Industrie oder der gewerblichen Verbände bestehen, sondern sie hat zu versuchen, diejenigen Punkte unseres gewerblichen Lebens, die bedeutende Mißstände und empfindliche Lücken zeigen und durch die bloße Sitte und das private Vereinsleben nicht zu bessern und auszufüllen sind, einer neuen der modernen Technik und den politischen und sittlichen Ideen unserer Zeit entsprechenden, in ihrem Geiste einheitlichen rechtlichen Ordnung zu unterwerfen.“

6. Die Frankfurter Tagung von 1879

Der für die soziale Entwicklung in Deutschland wichtige Erlass des Sozialistengesetzes vom 21. Oktober 1878 hat auf die Vorgänge innerhalb des Vereins nicht so stark gewirkt wie Bismarcks Umsteuerung in der Handelspolitik in den Jahren 1878/79. Über die Bedeutung des Sozialistengesetzes für den Verein äußert sich ein Rundschreiben des Vereinsausschusses vom 26. Juni 1878, das sich mit den nächsten Aufgaben des Vereins (neue Tagung, Volkswirtschaftlicher Kongreß, neue Vereinsschriften) beschäftigte, folgendermaßen:

„Was die weitere Aufgabe des Vereins angeht, so war keine Meinungsverschiedenheit darüber vorhanden, daß es ganz außerhalb der Kompetenz unseres Vereins liege, sich mit der jetzt so lebhaft ventilierten politischen Tagesfrage polizeilichen oder kriminellen Einschreitens gegen die Sozialdemokratie zu befassen, daß aber unter allen Umständen die langsamere und mühevollere Arbeit der positiven sozialen Reform nicht ins Stocken geraten dürfe, und daß dieser Arbeit der Verein nach wie vor seine Kraft zu widmen habe. Ja, man war der Ansicht, daß gerade jetzt, wo die öffentliche Meinung auf die in der Sozial-Demokratie liegende Gefahr allgemein aufmerksam geworden ist, die Bedeutung unseres Vereins nur eine um so größere ist. Denn ganz besonders dringend und wichtig ist es jetzt geworden, die soziale Reform innerhalb des nationalen Staates, mit seiner Mithilfe und auf dem Boden der bestehenden Rechtsordnung vorzubereiten und zu fördern.“

Gegenüber Brentanos Erinnerung⁶: „Noch heftiger“ (nämlich als in der Frage der Schutzzollpolitik) „standen sich die Meinungen in Sachen des Sozialistengesetzes gegenüber“, wäre die offizielle Verlautbarung des Ausschusses vielleicht als bewußt beschwichtigender Euphemismus aufzufassen, um den Verein beisammen zu halten, obwohl wirkliche Anhaltspunkte für eine solche Auslegung sich nicht ergeben haben. Die etwaige Absicht solcher Art war jedenfalls insofern von Erfolg gekrönt, als aus dieser Meinungsverschiedenheit ein so offener Konflikt im Verein nicht entstanden ist, wie es in der Schutzzollfrage geschah.

In der Ausschußsitzung vom 25. Juni 1878 in Wiesbaden, in der auch der Inhalt des vorstehend zitierten Rundschreibens festgelegt wurde, war allerdings von einer Tagung, die die Zolltarifvorlagen behandeln sollte, noch nicht die Rede. Vielmehr nahm die Sitzung für die Tätigkeit des Vereins ganz andere Themen in Aussicht, zum Teil solche, die gelegentlich schon früher angeregt worden waren. Auf weitere Sicht, da in der Vereinskasse gerade Ebbe herrschte, wurde beschlossen, folgende Arbeiten ins Leben zu rufen:

1. eine Schrift über die französischen Syndikate;
2. eine Schrift, welche die englischen Friendly Societies, Trade's Unions

⁶ a. a. O. S. 122.



ERWIN NASSE

etwa 1889

und Cooperative Societies nach ihrer historischen Entwicklung, ihrem jetzigen Zustande, ihrer Gesetzgebung und ihrer relativen Bedeutung darstellt;

3. eine Schrift über die nordamerikanischen Gewerkvereine;

4. aus Deutschland eine objektive Schilderung des Buchdruckerverbandes, der Produktivassoziationen, der neuen Innungen in Hamburg und eines älteren Arbeitgebervereins.

Damit bewegte sich der Verein in seinen bisherigen Bahnen. Die Arbeiten über die französischen Verhältnisse (Lexis) und über die amerikanischen (Farnam) erschienen auch wirklich, und zwar noch 1879 als Bd. 17 und 18 in den Schriften, zu den anderen ist es nicht gekommen. Ein Schriftenband mit sieben Gutachten über das gewerbliche Fortbildungswesen (15), ebenfalls noch 1879 erschienen, und ein weiterer mit zehn Gutachten zur Haftpflichtfrage (19), der einzige, der in der Reihe die Jahreszahl 1880 trägt und in dem sich auch der Nachruf Nasses auf Held befindet, gingen auf frühere Beschlüsse zurück. Wahrscheinlich hätten die Themen dieser Schriftenbände die Verhandlungsgegenstände für die Tagung von 1879 gebildet, wenn nicht die Zolltariffrage dazwischen gekommen wäre.

Die Bedeutung, die die Zolltarifvorlage Bismarcks an der Wende der Jahre 1878 zu 1879 im öffentlichen Meinungsstreit des Reiches gewann, kann nicht leicht groß genug vorgestellt werden. Sie ist ja auch für die Gruppierung der politischen Parteien im Reiche von nachhaltiger Wirkung geworden. Schmoller scheint damals herausgefühlt zu haben, daß Bismarck mehr beabsichtige, als eine bloße Umsteuerung in der Außenhandelspolitik, nämlich etwa durch Änderung der staatlichen Institutionen einer organischen Einrichtung der heimischen Volkswirtschaft Kraft und Gestalt zu geben gegenüber der liberal-optimistischen Auffassung, daß ein staatlich ungehemmtes Erwerbsstreben letzten Endes ungewollt zum höchsten Heile des nationalen Ganzen führe. Es wird sich vielleicht niemals mit voller Sicherheit feststellen lassen, ob der mehr freihändlerische Nasse oder der „Organiker“ Schmoller, wenn man ihn so nennen darf, den entscheidenden Anstoß zu dem Beschluß gegeben haben, daß eine Tagung des Vereins sich mit den neuen Zolltarifvorlagen beschäftigen solle. Doch ist ein Brief Nasses an Schmoller vorhanden, aus dem hervorgeht, daß es Nasse war, der eine derartige Tagung für notwendig hielt. Er schrieb unterm 26. März 1879:

„Unter diesen Verhältnissen ist meines Erachtens eine Neutralität des Vereins für Sozialpolitik in der Zollfrage nicht mehr möglich. Wenn wir eine Generalversammlung beriefen und über diese, unsere Nation bis ins Innerste be-

Schriften 188

wegende Frage schwiegen, wird man uns auf beiden Seiten nicht mit Unrecht für schlechte Bürger halten.“

Und weiterhin heißt es sogar in dem Briefe:

„Der Ernst der Lage ist meines Erachtens auch hinlängliche Veranlassung zur Berufung einer außerordentlichen⁷ Versammlung.“

Ob Schmoller der Einberufung einer Tagung mit der Zolltarifvorlage als Verhandlungsgegenstand an sich widerstrebte, ist nicht deutlich ersichtlich. Es ist möglich, daß in diesem Punkte des Ob Einigkeit zwischen beiden Männern bestand. Aber Nasse steuerte auf eine Tagung hin, deren Mehrheitsvotum die Zolltarifvorlage nach seiner Hoffnung ablehnen würde. Denn Nasse fährt im gleichen Briefe fort: „Nach dem Vorstehenden bedarf es keiner Ausführung, auf welche Seite wir“ (also wohl der ganze Verein) „nach meiner Ansicht zu treten haben“, er schlägt eine gemeinsame Tagung mit dem Volkswirtschaftlichen Kongreß vor, indem er sich auf das grundsätzliche Freihändlertum dieser Organisation verließ, obwohl dieses auf dem Münchener Kongreß vom September 1875 bereits von den plötzlich auftretenden Schutzzöllnern majorisiert worden war. „Trennen wir uns vom Volkswirtschaftlichen Kongreß und berufen eine eigene Versammlung, so liefern wir unsern Verein den Schutzzöllnern in die Hände.“ Hierin ging nun Schmoller nicht mit. Offenbar wollte er nicht, daß der Verein sich in einer sozialpolitisch neutralen Angelegenheit einseitig festlegte. Nasse hatte allerdings in seinem Briefe hier sogleich vorzubeugen gesucht, indem er ausführte, der durch die Zollvorlagen und schon vorher entstandene Streit habe „nicht bloß eine handels- oder gewerbepolitische, sondern eine eminent sozialpolitische Bedeutung“.

„Denn es handelt sich bei der Schutzpolitik, wie sie vom Fürsten Bismarck und seinen Organen befürwortet wird, gar nicht um die staatliche Leitung der gewerblichen Entwicklung oder um Schutz von in vorübergehender Not befindlichen Industriezweigen. Die Absicht ist einfach nur die, den Eigentümern von Grundstücken und einer Anzahl von Großindustriellen einen größeren Anteil vom Gesamteinkommen zu sichern. Das wird aufs klarste ausgesprochen und tritt bei den verlangten Zöllen auf Rohprodukte der Forst- und Landwirtschaft am deutlichsten zutage. Soeben hat man die sozialdemokratische Bewegung unterdrückt, welche Gesamteigentum an den Produktionsmitteln verlangte, da kommen die Eigentümer des wichtigsten und von der Natur beschränktesten Teils dieser Produktionsmittel und erklären: Ihr Nichtbesitzenden zahlt uns für unsere Äcker und Wälder bei freiem Verkehr noch lange keine genügende Rente. Zwar die Bevölkerung hat in zwei Menschenaltern sich verdoppelt, aus weiter Ferne müssen die Nahrungsmittel hergeschafft werden, die Preise der Grundstücke sind kontinuierlich gestiegen, aber dieses Steigen droht im Augenblicke aufzuhören, an einzelnen Orten ist

⁷ Von Nasse unterstrichen.

vielleicht sogar ein kleines Sinken eingetreten, wir verlangen deshalb eine künstliche Verteuerung der Bodenprodukte, damit unser Einkommen wieder anwache. — Mir scheint, selbst in der Gründerperiode hat sich der rücksichtslose Egoismus eines Teils der besitzenden Klassen nicht in so widerwärtiger Weise breitgemacht wie in den letzten Monaten.“

Und später heißt es noch in Nasses Brief:

„Die Masse der Konsumenten, besonders die besitzlosen Klassen, erscheinen nicht bei uns. Sie sind ja überhaupt mundtot (durch das Sozialistengesetz), und unsere Pflicht ist es, dieselben zu vertreten, nicht aber unsern Verein, der jedenfalls das Renommee der Interesselosigkeit hat, den großen Grundeigentümern und Industriellen auszuliefern. Hätten wir uns dem Bündnis der Agrarier und Schutzzöllner anschließen wollen, so hätten wir besser getan, 1873 die von Herrn R. Meyer und Konsorten gebotene Hand anzunehmen. Es waren dieselben Pläne, welche jene Herren hegten, und die jetzt der Fürst dem deutschen Volke vorlegt. Wir hätten dann die Ehre gehabt, unter den Ersten gewesen zu sein, welche die Schleusen aufzogen und die unreinen Wasser einließen, welche jetzt Deutschland überfluten.“

Dieser bei Nasses gemessener Art ungewöhnlich leidenschaftliche Appell zeigte aber wohl Schmoller eben gerade die Gefahr für den Verein, wenn er in der Handelspolitik einfach zu einem Sturmbock für das Freihandelsideal werden wollte. Da Nasse mit den Worten schloß:

„Entschuldigen Sie, verehrter Kollege, die lange und unumwundene Darlegung meiner Ansichten und erhalten Sie mir Ihr Wohlwollen und Ihre Freundschaft, auch wenn unsere Überzeugungen weit auseinandergehen.

Ich bin, wie gesagt, für jede Belehrung dankbar und insbesondere für jeden anständigen Ausweg, welcher uns der Parteinahme in der oben berührten Frage enthöbe. Nur wenn wir aufhören, ein sozialpolitischer Agitationsverein zu sein und eine wissenschaftliche Gesellschaft würden, die etwa, wie Kollege Knapp vorschlägt, in erster Linie agrarische Fragen diskutierte, wäre das, soweit ich bis jetzt sehe, tunlich. Aber hat dann der Verein überhaupt noch eine Bedeutung?“

Nun hat wohl Schmoller vor allem nach einem Ausweg gesucht, zumal Nasse „mit besten Grüßen und in aufrichtiger Verehrung“ abschloß, und ihn darin gefunden, daß er sich mit der Setzung der Zolltariffrage auf ein Tagungsprogramm einverstanden erklärte, aber strengste Parität in der Behandlung der beiden handelspolitischen Richtungen bei der Durchführung der Verhandlungen forderte. Nur für den Fall der Nichterfüllung dieser Bedingung scheint Schmoller seinen Austritt aus dem Verein „durchschimmern gelassen“ zu haben^s. Gemäß diesem Standpunkte wollte auch Schmoller von einem programmatischen Zusammenwirken mit dem freihändlerisch festgelegten Volkswirtschaftlichen Kongresse nichts wissen, meinte vielmehr, der Kongreß hätte das Thema für

^s Vgl. Brentano, a. a. O. S. 112.

sich aufgreifen sollen, woran dann die Vereinsmitglieder teilnehmen konnten, ohne die Verantwortung für das Ganze zu tragen. Möglicherweise erschien das Schmoller überhaupt als die günstigste Lösung für den Verein. In einem eigens für Nasse verfaßten, leider nicht erhaltenen, Exposé legte Schmoller seine Auffassung von der Handelspolitik überhaupt klar.

Wenige Tage später, am 1. April 1879, dankte Nasse Schmoller für seine Bereitwilligkeit, zu einer kurzen Besprechung nach Frankfurt zu kommen, und sagte sein Erscheinen dortselbst mit genauer Zeitbestimmung an. Dann fährt er einlenkend fort:

„Nicht minder danke ich Ihnen für Ihr Exposé. Wir gehen allerdings weit auseinander, und ich fürchte, es wird kaum etwas anderes übrigbleiben als die Auflösung des Vereins. Denn wenn Sie und Knapp ausscheiden, werden Held und ich die Geschäfte nicht weiterführen. Aber unsere Differenz ist doch nicht eigentlich eine prinzipielle. Denn fast allen den allgemeinen Sätzen über Freihandel und Schutzzoll, die Sie in Ihrer Ausführung aufstellen, stimme ich unumwunden zu. Ich bin sogar mit Ihnen der Ansicht, daß es gegenwärtig ganz zweckmäßig sein mag, Zölle auf einzelne Gattungen industrieller Produkte vorübergehend zu erhöhen, soweit dadurch nicht die Rohstoffe und Halbfabrikate für andere wichtige exportierende Industriezweige verteuert werden. Es sind ganz andere Pläne, ganz andere Vorschläge, welche eine Organisation des Widerstandes mir als notwendig erscheinen lassen. Eine prinzipielle Rechtfertigung des mir in so hohem Maße Anstößigen versuchen Sie in Ihrem Exposé nicht, und deshalb gebe ich mich der Hoffnung hin, daß unsere Meinungsverschiedenheit keine eigentlich prinzipielle ist, sondern sich nur auf die verschiedene Beurteilung politischen Handelns bezieht.“

Die Frage nach der Initiative für die Tagung von 1879 und ihre Durchführung dürfte durch diese Briefe Nasses so ziemlich klargestellt sein. Die Unterredung der beiden Männer in Frankfurt führte an den nachfolgenden Tatsachen gemessen dazu, daß Schmoller der Abhaltung der Tagung zustimmte, Nasse andererseits sich Schmollers Wünsche anbequeme, die Tagung nicht einfach zu einer Freihandelsdemonstration zu machen. Es wurde nun schnell gehandelt. Eine Ausschußsitzung vom 6. April 1879 in Weimar beschloß, um vor der Beratung der Zolltarifvorlage im Reichstage noch zurechtzukommen, die im Jahre 1879 ohnehin im Herbst fällige Tagung auf den April vorzuverlegen und außer der Neuwahl des Ausschusses „die Zolltarifvorlage zum einzigen Gegenstand der Tagesordnung“ zu machen. Zum Tagesort wurde Frankfurt a. M. bestimmt als ein für die streitenden handelspolitischen Gruppen „neutraler“ und verkehrsmäßig leicht erreichbarer Ort, zu Referenten der Leipziger Handelskammersekretär Gensel und Schmoller. „Es wird Sorge getragen werden, daß sachverständige Redner aus beiden Lagern sprechen

werden“, fügte die Einladung hinzu. Hierbei waren als Einzelgebiete des Zollschutzes die landwirtschaftliche Produktion, die des Bergbaus und der Metallindustrie sowie die der chemischen, der Textil-, der Lederindustrie mit einem Usw. erwähnt. Eine Ausschußsitzung am Vorabend der Tagung (20. April 1879) ordnete die Regie der Tagung in vielem genauer, als es sonst üblich war, ein Zeichen, wie sehr man sich der Möglichkeit von starken Gegensätzen in der Versammlung bewußt war.

So nahm denn die auch für den Verein selbst wichtige Tagung ihren Anfang. Nasse rief bei ihrer Eröffnung ins Gedächtnis, daß die Grundlagen des Vereins auf seiner sozialreformerischen Tendenz und auf der Auffassung beruhten, der Staat habe nicht nur den Zwecken der Einzelnen zu dienen, sondern sei „eine über den Individuen stehende Anstalt zur Erziehung der Menschen, zur mannigfachen Förderung seiner sittlichen Lebenszwecke und zur Erhaltung der harmonischen Entwicklung der Gesellschaft“. Aus diesen Grundlagen folgte Nasse, daß der Verein „in der Zollfrage keine prinzipielle Stellung einnehmen“ könnte. Daraus ergab sich, daß der Verein eben nur den beiden Parteien der Freihändler und Schutzzöllner Gelegenheit zu einem Meinungskampf geben dürfe. Nasse waltete auch, obwohl selbst auf der freihändlerischen Seite stehend⁹, mit gewissenhafter Korrektheit seines Amtes als Vorsitzender der Versammlung. Trotzdem ging es zuletzt nicht ohne Konflikt von besonderer Art ab.

Dr. Gensel als Referent nahm teils mit alten freihändlerischen Argumenten, teils mit konkreter Kritik an den Einzelheiten der Zollvorlage ablehnend zu ihr Stellung. Bereits er räumte der Geschichte der deutschen Zollpolitik in den vorangegangenen Jahrzehnten einen breiten Raum ein, war aber schließlich der Meinung, daß die gewissermaßen historisch zufällig im deutsch-französischen Handelsvertrag von 1862 gewonnene freihändlerische Haltung Bismarcks das bleibend Richtige gefunden habe, wovon abzuweichen Torheit wäre, wenn auch die gegenwärtige Krisis diese Einsicht bei vielen irrtümlich verdunkele. Gensel verfuhr dann so, daß er aus den Warengattungen, für die die Vorlage Zölle vorsah, etliche herausgriff, von denen er glaubte nachweisen zu können, daß hier der Schutz seinen Zweck verfehlen oder an anderer Stelle Nachteile herbeiführen würde, die die Vorteile überwögen. Auch machte er zuletzt, da Bismarck auch den finanzpolitischen Zweck des neuen Zolltarifs stark

⁹ Vgl. hierzu Nasses Schriften: Der Cobdenclub und die deutsche Warenausfuhr. Jbb. f. Nat. u. Stat., N. F. Bd. IV, 1882, S. 409 ff., Die Richtung der deutschen Warenausfuhr. Jbb. f. Nat. u. Stat., N. F. Bd. VI, 1883, S. 381 ff. Dazu auch: Ein Blick auf die kommerzielle und industrielle Lage Englands, Jbb. f. Nat. u. Stat., N. F. Bd. XIV, 1887, S. 97 ff. und The economic movement in Germany, The Quarterly Journal of Economics, Boston 1887, Vol. I, No. 4, S. 498 ff.

betont hatte, eine Liste von Abgaben auf Massenverbrauchsartikel auf, die den Ertrag der eigentlichen Schutzzölle ersetzen könnten. Von späteren Erfahrungen her ist vielleicht hervorzuheben, daß die Getreidezölle in Gensels Referat nur eine nachgeordnete Rolle spielten. Sie waren ja damals auch noch sehr niedrig angesetzt.

Demgegenüber relativierte Schmoller in einer großen historisch-handelspolitischen Übersicht die Bedeutung einer freihändlerischen oder schutzzöllnerischen Haltung der großen Staaten grundsätzlich und brachte sie in Zusammenhang mit den großen politischen oder wirtschaftlichen Aufschwungs- und Krisenepochen der Staaten. Er wollte zeigen, daß man die handelspolitische Haltung eines Staates nur nach Zweckmäßigkeitsrücksichten je nach der jeweiligen Gesamtsituation der Volkswirtschaft des betreffenden Staates einrichten dürfe. Die Situation der deutschen Volkswirtschaft in damals gegebener Zeit schien ihm eine schutzzöllnerische Haltung zu rechtfertigen. Seine Skizze der Wirkung von Schutzzöllen überhaupt ist dann ganz allgemein gehalten, zugleich aber so, daß er in der gegebenen Lage das Verhältnis von Nachteilen zu den Vorteilen einer Schutzzollpolitik optimistisch beurteilte. Dementsprechend waren auch seine Themen gefaßt.

Von der Debatte wurde offenbar ihre Endlosigkeit befürchtet. Daher nahm die Versammlung vor Beginn einen Antrag Dannenberg auf zehn Minuten Redezeit als absolutes Gebot an, auch die Versammlung sollte keinem Redner durch einen Beschluß die Rededauer verlängern dürfen.

Und nun wechselten, ebenfalls programmgemäß, in der Generaldebatte immer ein Freihändler und ein Schutzzöllner ab: der Bremer Handelskammersyndikus Barth, der Generalsekretär Bueck (Düsseldorf), der Kaufmann Philippson (Berlin), der Fabrikdirektor Haßler (Augsburg), Prof. Held (Bonn). Dann wurde auf einen Antrag des Frankfurter Bankiers Sonnemann die Fortsetzung der Generaldebatte bis nach Beendigung der Spezialdebatte vertagt.

Die Spezialdebatte beschäftigte sich zunächst mit den land- und forstwirtschaftlichen Zollvorschlägen, und es ist lehrreich zu beobachten, daß schon damals das ganze gleiche Arsenal an Argumenten im Kampfe verwertet wurde wie fünfzig Jahre später bei demselben Streitgegenstand, die Abweichungen sind gering, höchstens daß die Brotverteuerung als Argument noch nicht die große Rolle spielte wie später, dazu waren die Zollsätze noch zu gering. Sombart (Ermsleben), nach Besitz halb Landwirt, halb Industrieller, war der einzige Referent und sprach als Zollgegner. Nasse selbst verließ hier seinen Präsidentenstuhl, den Vorsitz an v. Roggenbach übergebend, und mischte sich als Agrarzollgegner in den Streit. Es war aber interessant und auch zutreffend, wenn er von

seinem Standpunkte aus mit Resignation das Bündnis „zwischen den agrarischen und den industriellen Schutzzöllnern“ als das „charakteristische Moment der gegenwärtigen Situation“ betonte, das überhaupt erst der Zollvorlage Aussicht auf Erfolg gebe. Die Abstimmung ergab die Annahme der zollgegnerischen Resolution Sombarts mit 52 Stimmen gegen 50 Stimmen. Es folgten dann am nächsten Tage die Spezialdebatten, die die chemischen Produkte, die Lederwaren und die Textilerzeugnisse betrafen. Bei den chemischen Produkten ist vielleicht bemerkenswert, daß einer der Mitbegründer der späteren Höchster Farbwerke, Dr. Brüning, als Referent und Schutzzöllner auftrat und besonders von dem alten Vereinsmitglied Fabrikbesitzer Kalle (Biebrich) bekämpft wurde. Bei den Lederwaren referierte der Gerbermeister May (Frankfurt), und zollfreundlicher Korreferent war der nachmalige preußische Handelsminister Dr. Moeller (Kupferhammer bei Brackwede). Bei den Textilzöllen endlich referierte ein altes Vereinsmitglied, das, obwohl durchaus sozial-reformerisch gestimmt, nach Brentanos Mitteilung¹⁰ auf das Referat von Brentano über Fabrikgesetzgebung hin auf der Eröffnungstagung von 1872 „voll Entrüstung noch am selben Tage den Kongreß verließ“, sich aber später wieder einfand und sogar von Anfang an als Ausschußmitglied figurierte, der Fabrikant und Landtagsabgeordnete Seyffardt (Krefeld), und äußerte sich zollgegnerisch. Die Kampffronten waren bei den Textilzöllen ziemlich stark besetzt. Verschiedene Anträge der Gelehrten suchten einem Sichverlieren der Debatte in Einzelheiten entgegenzuwirken. Was die Abstimmungen in den Spezialdebatten betrifft, so hat eine solche für die chemischen Produkte nicht stattgefunden, bei den Lederzöllen ergab sich eine Mehrheit für den freihändlerischen Standpunkt, bei den Textilzöllen für den schutzzöllnerischen. Von einer Behandlung der wichtigen Eisenzölle wurde der vorgeschrittenen Zeit halber abgesehen. Diese weckten bekanntlich eine große Literatur.

Nun war der Weg für die Wiederaufnahme der Generaldebatte frei. Sie setzte auch noch einmal ein, freilich nur mit kurzen Reden. Es traten der Senator Godefroy (Hamburg), der Redakteur Dannenberg (Hamburg) und der Kommerzienrat Baare (Bochum) für und gegen auf, und es war kein rechtes Ende abzusehen, das erst ein Schlußantrag herbeiführte. Schmollers Korreferenten-Schlußwort war ganz kurz, auch das des Referenten Gensel nicht umfangreich, und man schritt zu der für den Verein bedeutungsvollen Abstimmung.

Das Ergebnis dieser Abstimmung wurde bereits entschieden durch die Abstimmung über die Thesen des relativ freihändlerischen Referenten

¹⁰ a. a. O. S. 79.

Gensel. 82 Stimmen lehnten diesen Antrag ab, 63 Stimmen erklärten sich dafür. Die Abstimmung war ungewöhnlicherweise eine namentliche, und die Namen sind im Verhandlungsbande veröffentlicht. Es wurde sogar nicht versäumt, auch die Namen von 30 Versammlungsteilnehmern darin zu verewigen, die bei der Abstimmung abwesend waren. Sinngemäß erfolgte dann mit einfacher Mehrheit die Annahme des Antrags, in dem Schmoller die Stellungnahme aus seinem Korreferat verdichtet und ihr eine sozialreformerisch auslaufende Schlußwendung gegeben hatte.

Der eben erwähnte Schlußantrag für die Generaldebatte hatte zugleich den Übelstand geschaffen, daß mit ihm auch gerade dem Vorsitzenden der Versammlung wie des Ausschusses, Nasse, das Wort abgeschnitten worden war. Es hat sich nicht feststellen lassen, ob dieser Schlußantrag, wie Brentano behauptet¹¹, wirklich von Schmoller selbst gestellt worden war. Sicher ist nach dem Verhandlungsbericht, daß Schmoller noch vor dem eigentlichen Beginn der Abstimmung zur Geschäftsordnung das Wort ergriff und sagte:

„Ich erfahre zu meinem größten Leidwesen, daß unser Herr Präsident, dem wir so außerordentlich viel verdanken in bezug auf die unparteiische Geschäftsleitung, verletzt ist dadurch, daß ihm vorhin durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten wurde. Es ist gewiß von der ganzen Versammlung ohne Dolus geschehen, und ich möchte daher beantragen, daß wir unsern Herrn Präsidenten bitten, noch zu reden und nachher abzustimmen.“

Merkwürdigerweise erklärte v. Roggenbach als gerade antretender Vizepräsident: „Dieser Antrag ist jetzt unzulässig, da wir zur Abstimmung schreiten.“ Eine Befragung der Versammlung in solchem Ausnahmefalle war doch sicher möglich und hätte wohl bestimmt zu einer Annahme von Schmollers Antrag geführt. Da v. Roggenbach anscheinend die besondere Lage nicht erkannte und so ihre erforderliche Heilung unterblieb, war eine Verstimmung Nasses unvermeidlich. Knapp schildert den Vorgang jedoch zum Lobe Nasses in seinem Nekrolog¹² folgendermaßen:

„Er“ — d. h. Nasse — „beherrschte sich vollkommen, auch damals, als die Versammlung in vielköpfiger Zerstreuung den Schluß der Debatte annahm, während er, der Vorsitzende, noch auf der Rednerliste vorgemerkt war. Wir hatten den Sachkenner, unseren Präsidenten, zum Schweigen verurteilt! Er wurde bleich und zog sich in eine Ecke des Saales zurück; seine Hand spielte hastig mit der Uhrkette. Als einige Herren begütigend und besänftigend auf ihn einredeten, antwortete er nichts: er bestieg nach einigen Minuten seinen Sessel wieder und verkündete fest und ruhig den Schluß der Debatte. Keiner aus der Menge ahnte, was in ihm vorgegangen war.“

¹¹ a. a. O. S. 112.

¹² Schriften, Bd. 47, 1890, S. 13.

Es sei hinzugefügt, daß am Schlusse der ganzen Verhandlung auch der oben erwähnte, als Gast und Mitglied des Volkswirtschaftlichen Kongresses anwesende Fabrikant Haßler (Augsburg) noch einmal die Wortabschneidung für Nasse bedauerte, die Versammlung zu entschuldigen suchte und um Verzeihung bat. Er verband das mit dem Dank für Nasses Leitung und dem Wunsche, Nasse möchte, gestärkt durch allgemeines Vertrauen, die Geschäfte des Vereins auch ferner führen. Unter allgemeiner lebhafter Zustimmung erhoben sich sämtliche Teilnehmer spontan von ihren Sitzen.

Der Ausbruch einer Vorsitzendenkrise, vielleicht einer Vereinskrisis, schien aber damit noch nicht endgültig beschworen. Bedeutungsvoller als die persönliche Verletzung Nasses war ja die Tatsache, daß sich in der Abstimmung eine völlige Zweiteilung der sachlichen Meinungen bei den Vereinsmitgliedern gezeigt hatte. Von der Ausschußsitzung, die am 22. April 1879 unmittelbar der Vollversammlung folgte, berichtet das Protokoll:

„Es wurde die Frage angeregt, ob nicht angesichts der heutigen, immerhin bedeutungsvollen Abstimmung ein Wechsel des Präsidiums am Platze sei. Einstimmig war jedoch der Ausschuß, in dem die Mitglieder der Majorität und der Minorität der heutigen Versammlung zu genau gleichen Hälften vertreten waren, der Meinung, daß die Abstimmung eine solche Bedeutung für den Verein nicht habe, da zur Lösung der im engsten Sinne des Wortes sozialen Fragen Freihändler und Schutzzöllner gleichmäßig berufen seien.“

Es wurden dann auch sogleich Nasse zum Vorsitzenden, v. Roggenbach zum stellvertretenden Vorsitzenden, Held zum Schriftführer und Ludwig-Wolf zum Schatzmeister wiedergewählt. Daß die Geschehnisse, zum mindesten die *itio in partes* in der Handelspolitik (vielleicht auch ein wenig die Wortabschneidung), trotzdem in Nasse nachwirkten, geht aus einem erhaltenen Briefe v. Roggenbachs an Nasse vom 28. April 1879, also wenige Tage nach Schluß der Versammlung geschrieben, hervor. Nasse muß in einem vorangegangenen Briefe an v. Roggenbach die Frage der Niederlegung des Vorsitzes noch einmal aufgeworfen haben. Denn v. Roggenbach erwidert zu diesem Punkte an genanntem Datum aus Schopfheim:

„Eine andere Frage ist es mir, ob nicht die freihändlerische Minorität der Versammlung des 21./22. 4. cr. und namentlich die alten Vereinsmitglieder darunter ihrerseits nicht einen Schritt tun sollten, um ihre entgegengesetzte Ansicht, die nur ungenügend konstatiert werden konnte, kundzutun. Ich denke dabei an einen Eintritt in den Berliner Freihandelsverein oder die Volkswirtschaftliche Gesellschaft. Ob infolge eines solchen Schrittes die Möglichkeit eines fernerer Bestandes des sozialpolitischen Vereins gebessert wird, steht freilich dahin.

Zu einer unmittelbaren Entscheidung scheint mir die Lage aber immerhin noch nicht reif zu sein. Keinesfalls glaube ich, daß der Ausweg einer Umbildung in eine wissenschaftliche Gesellschaft offenblieb. Schmoller räsionierte absolut unwissenschaftlich und seine Anhänger nicht minder. Aus solcher Kooperation kann nichts herauskommen.

Ihre Niederlegung des Präsidiums hätte, wie die Dinge liegen, die Leitung des Vereins notwendig in Schmollers Hände gebracht, was zum Austritt der Minorität führen müßte, wie die Gegensätze liegen.

Ich für meinen Teil sehe in Ihrer Beibehaltung des Präsidiums die einzige Aussicht, die Zukunft zu retten.“

III. Die Epoche von 1880 bis 1890

7. Die Frankfurter Tagung von 1882

Weder das Vertrauensvotum des Ausschusses noch die beschwichtigenden Worte des ihm sehr befreundeten Freiherrn v. Roggenbach scheinen bei Nasse alle Abneigung gegen die Fortführung der Vereinsgeschäfte verscheucht zu haben, ja der Zweifel, ob der Fortbestand des Vereins überhaupt angezeigt sei und in welcher Form, war offenbar nicht behoben. Eine gewisse Lähmung, Entschlußlosigkeit und Untätigkeit waren eingetreten. Held, inzwischen nach Berlin berufen, wo er sein neues Amt mit dem Beginn des Wintersemesters 1879/80 angetreten hatte, fragt unterm 25. Januar 1880, also volle drei Vierteljahre nach dem Vertrauensvotum, mit sichtlicher Selbstüberwindung brieflich bei Nasse an, ob nun wohl nicht bald eine neue Ausschußsitzung angezeigt sei. „Wir können's doch leider¹ nicht ganz einschlafen lassen.“ Das ist alles andere als Begeisterung und Tatendrang. Es ist fast erstaunlich, daß der Verein überhaupt diese in der Stimmung seiner Leitung wühlende Krisis überwinden konnte.

Doch die Leitung raffte sich schließlich dennoch auf und berief zum 1. April 1880, also fast ein Jahr nach der ominösen Tagung, eine Ausschußsitzung nach Frankfurt ein. Es wurde hier nur über neue Schriften Beschluß gefaßt, und zwar ohne auf die 1878 gefaßten Ausschußbeschlüsse ausdrücklich zurückzugreifen. Immerhin ergaben sich inhaltlich gewisse Anknüpfungen. So bei der Frage der Haftpflichtgesetzgebung, für die die Herausgabe eines Sammelbandes beschlossen wird. Auch der Beschluß des Auftrags an Schmoller, „Vorbereitungen zu treffen für eine künftig zu edierende Vereinsschrift für deutsche Unternehmer- und Arbeiterverbände“ kann als eine Folge der Anregung von 1878 angesehen werden, den Versuch zu machen, das Preußische Handelsministerium zur „Veranstaltung eines allgemeinen Überblicks über die gewerblichen Korporationen in Deutschland“ zu bewegen. Vielleicht ist das Ministerium wirk-

¹ Von mir gesperrt. Der Verf.

lich ersucht worden und hatte ablehnend geantwortet, so daß man jetzt vom Verein aus zum Ziele zu kommen versuchen wollte. Das waren Dinge, die zur sozialen Frage gehörten. Neu aber war die Wendung zur Agrarpolitik in den diesmaligen Ausschlußbeschlüssen, hinter der vermutlich Knapp stand². Gleich an erster Stelle wurde der anwesende v. Miaskowski, der auf der Tagung von 1879 erstmalig hervorgetreten und in den Ausschluß gelangt war, beauftragt, möglichst bis zum November des laufenden Jahres eine Arbeit über Grunderbrecht als Vereinsschrift fertigzustellen. Und auch der Auftrag an Knapp, Vorbereitungen zu einer Vereinsschrift zu treffen, „welche die bäuerlichen Verhältnisse in den periodisch von Notstand betroffenen ländlichen Distrikten Deutschlands zum Gegenstande hat“, war agrarpolitischer Natur. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die agrarpolitischen Literaturpläne eine Flucht auf ein sozusagen neutrales Gebiet darstellten, das weder mit der Zollpolitik etwas zu tun hatte noch auch die Gefahren des Sozialistengesetzes heraufbeschwor, von denen sich ja auch die ihren Themen nach sozialpolitischen Publikationsbeschlüsse vorsichtig fernhielten. So war zunächst durch die Fortführung der Schriftenveröffentlichung der Verein vorläufig am Leben erhalten.

Vielleicht aber war mit diesen Beschlüssen neben der etwaigen Flucht auf ein neutrales Gebiet zugleich auch für den Verein der „Umbildung in eine wissenschaftliche Gesellschaft“ (v. Roggenbach, s.o.) bereits präjudiziert. Es dauerte allerdings noch ein volles Jahr, bis diese Umbildung eine sichtbare Form annahm. Erst ein Rundschreiben vom 21. April 1881 an alle Vereinsmitglieder, hervorgegangen aus einer Ausschußsitzung vom gleichen Tage, gibt davon Kunde. Es enthält zunächst die Mitteilung, daß der Volkswirtschaftliche Kongreß unterm 28. März 1881 das Bremer Abkommen von 1876, das das Abwechseln der Tagungen beider Organisationen Jahr um Jahr eingeführt hatte, offiziell gekündigt hätte, nachdem der Vorsitzende Dr. Braun bereits gleich nach der Tagung des Vereins von 1879 ab irato aus dem Verein ausgetreten war. Das Rundschreiben des Ausschusses motivierte sogar den Übergang zur Form der wissenschaftlichen Gesellschaft nach außen hin mit dieser Kündigung.

„In unserer heutigen Sitzung haben wir auf diese Mitteilung hin beschlossen, die Verfassung unseres Vereins eigenartiger zu gestalten. Es soll künftig nicht mehr — wie auf dem Volkswirtschaftlichen Kongresse — über Thesen abgestimmt, sondern es sollen in der Hauptsache Vorträge über geeignete Gegenstände der Sozialpolitik gehalten werden, an welche sich Verhandlungen zwanglos anschließen können.

Auf diese Weise wird der Verein seine agitatorische Richtung verlassen und sich ausschließlich die Aufgabe einer vielseitigen und gründlichen Erörterung jener Gegenstände stellen.“

² Vgl. Nasses Brief an Schmoller, oben S. 35.

Eine entsprechende Änderung der Satzung durch die nächste Generalversammlung wird in Aussicht gestellt.

Die Meinung, daß der Verein 1881 auch tatsächlich diese Umstellung von einer propagandistischen Behandlung der Themen zu einer objektiv wissenschaftlichen vollzogen habe, ist weitverbreitet³. Die Zeitgenossen teilten wohl ebenfalls diese Meinung. Die Schriften und Verhandlungen des Vereins von 1881 bis 1932 zeigen jedoch, daß der Verein, abgesehen von den theoretischen Arbeiten seit 1922, doch fast immer bei der Behandlung von wirtschaftspolitischen Themen geblieben ist, und daß beim Für oder Wider zu der oder jener staatlichen Maßregel deutlich genug sichtbar bestimmte Willensrichtungen hervortraten. Der Wegfall der Abstimmungen über Thesen hat das nur nach außen ein wenig verschleiert. Andererseits sind manche der vor 1881 herausgekommenen Schriften bereits als wissenschaftlich-distanzierte wirtschafts- oder sozialpolitische Arbeiten zu bewerten. Die Bedeutung der Umstellung war also in Wirklichkeit nicht groß.

Bemerkenswert in dem Rundschreiben des Ausschusses vom 21. April 1881 ist noch, daß in dieser Sitzung der Verlagsbuchhändler C. Geibel jun. zum Schriftführer gewählt wurde, der dann dieses Amt bis zu seinem Tode im Jahre 1910 bekleidet hat. Den jähen Tod des bisherigen Schriftführers Prof. Held hatte Nasse in besonderem Rundschreiben vom 16. September 1880 bereits den Vereinsmitgliedern gemeldet. Im übrigen blieb es durch Neuwahl bei der bisherigen Zusammensetzung des Vorstandes.

Über die bis 1880 erschienenen Schriftenbände wurde oben bei der Behandlung der Ausschußsitzung von 1878 bereits berichtet. Die Arbeit von v. Miaskowski, „Das Erbrecht und die Grundeigentumsverteilung im Deutschen Reiche, ein sozialwirtschaftlicher Beitrag zur Kritik und Reform des deutschen Erbrechts“, erste Abteilung, erschien als Band 20 erst 1882, anscheinend im Sommer, die zweite Abteilung im Jahre 1884 als Band 25 der Schriften.

Endlich „im Juni 1882“ konnte wieder eine vorläufige Einladung zu einer Vereinsversammlung ergehen, die dabei für den 9. und 10. Oktober in Frankfurt a. M. in Aussicht genommen wurde. Es wird in dieser Einladung einleitend eine Ausschußsitzung vom 29. Dezember 1881 erwähnt, die einen Unterausschuß, bestehend aus den Herren Nasse, v. Roggenbach und Geibel niedergesetzt hatte, der über das Ob und Wie einer Vereinsversammlung beschließen sollte. Ein Protokoll der Dezember-sitzung war nicht aufzufinden, doch trägt die abgeänderte Satzung, die die

³ So auch Else Kesten-Conrad im Art. „Verein für Sozialpolitik“ im Handwörterb. d. Staatswiss., 3. Aufl., Bd. 8, S. 147.

Abstimmung abschaffte, den Vermerk: „Wiederholt revidiert in Frankfurt a. M. am 29. Dezember 1881“. Auch nimmt Nasse in seinem Vorwort zu den Bänden 22—24 auf diese Sitzung Bezug. Sie brachte die endgültige Schwenkung zur Agrarpolitik. Der Unterausschuß hatte am 30. Mai 1882 seine Beschlüsse gefaßt, deren Inhalt die vorläufige Einladung war. Für die Tagesordnung der Vereinsversammlung waren drei Themen in Aussicht genommen: 1. Grundeigentumsverteilung und Erbrechtsform im Deutschen Reiche (Referent: v. Miaskowski [Breslau]) mit in Aussichtstellung eines folgenden Vortrags des Oberbürgermeisters Dr. Miquel (Frankfurt a. M.) über „Bildung und Erhaltung von Mittelbesitz“, 2. Die Frage der großen und kleinen Armenverbände und ihres Verhältnisses zu einander sowie des Versicherungszwanges (Referent: Frhr. v. Reitzenstein, Korreferenten: Bürgermeister Adickes [Altona] und Redakteur Lammers [Bremen]), 3. Internationale Fabrikgesetzgebung (Referent: Prof. Dr. G. Cohn [Zürich]). Die endgültige Einladung, ebenfalls vom Juni 1882 datiert, wies gegenüber der vorläufigen in Themen und Referenten keine Veränderungen auf.

Die Tagung verlief bis auf eine Umstellung der Themen diesem Programm gemäß, nur rückte die Rede Miquels, obwohl eine Art von Korreferat, in die Debatte. Aus Nasses Eröffnungsrede ist hervorzuheben, daß er des zehnjährigen Bestehens der von ihm geleiteten Organisation gedachte und ihre Zusammensetzung aus Männern aller nationalen Parteien betonte und feststellte, daß der einstmalige Protest gegen den liberalen Optimismus in der Beurteilung der sogenannten sozialen Frage und die Herausstellung der sittlich erziehenden Aufgabe auf wirtschaftlichem Gebiete zu einer gründlichen Umwandlung der öffentlichen Meinung geführt habe, und zwar so weitgehend, daß jetzt wieder vielfach der Glaube an die Allmacht des Staates bekämpft werden müsse. Der Verein, der so seine erste Aufgabe erfüllt habe, hätte damit aber seine Daseinsberechtigung nicht verloren. „Er hat es unternommen, eine vom Kampf der Parteien und Interessen möglichst unabhängige, sachgemäße und gründliche Erörterung sozialpolitischer Fragen in Schrift und Wort zu veranstalten und so die Gesetzgebung auf diesem Gebiet anzuregen und vorzubereiten.“ Dies sei bei der Überhäufung der Oberbehörden und der Parlamente und der immer mehr emporwachsenden Interessenverbände keineswegs überflüssig. Hiermit umriß Nasse die neue Frontstellung des Vereins sehr klar und trug damit zugleich den Ergebnissen der Kämpfe innerhalb des Vereins loyal Rechnung. Er erwähnte schließlich die Umgestaltung der Satzung durch Abschaffung der Abstimmungen über Thesen. Nicht erwähnte er, von welchem Organ diese Satzungsänderung vorgenommen worden sei, die doch der Vereinsversammlung vorbehalten war, während eine solche in-

zwischen gar nicht stattgefunden hatte. Aber dieser Einwand ist von keiner Seite erhoben worden, wie es denn überhaupt an Einwänden vollkommen fehlte.

Das Referat v. Miaskowskis über Grundeigentumsverteilung und Erbrechtsform war jedenfalls das bemerkenswerteste der Tagung. Sein agrarpolitisches Ziel, die Verhinderung einer hemmungslosen Bodenzersplitterung beim bäuerlichen Besitz oder einer zuletzt vielleicht vollkommenen Vorherrschaft des landwirtschaftlichen Großbetriebs, also eine Zweifrontenstellung, hat dann die wirtschaftliche Behandlung der Agrarpolitik, soweit sie Besitz- und Betriebsgrößen betrifft, für Jahrzehnte beherrscht und drang in alle Lehrbücher ein. Sein Hauptmittel zur Erhaltung und Festigung des mittleren Besitzes, das Anerbenrecht, wurde schon nach einigen Jahren bei der preußischen Ansiedlungspolitik in den Provinzen Posen und Westpreußen in die Praxis übernommen. Die Debatte erfreute sich reicher Beteiligung von seiten guter Sachkenner, war aber, wie Nasse in seinem Resumé hervorhob, von einer ungewöhnlich weitgehenden Einmütigkeit und Übereinstimmung mit dem Referat getragen. — Beim zweiten Thema, der internationalen Fabrikgesetzgebung, stand schon der Referent seinem Gegenstande skeptisch gegenüber: Gustav Cohn bezeichnete sich gleich eingangs als einen „schlechten Anwalt“ seines Themas. Die entgegenstehenden Schwierigkeiten, verschiedene Staaten zu einer möglichst einheitlichen Regelung des Arbeiterschutzes zu bringen, seien zu groß, die einzelnen Staaten müßten zusehen, wie sie ihren eigenen inneren Verhältnissen gemäß und in selbstgeübter Rücksicht auf das in den andern Staaten Vorsichgehende ihre Reformen ausbauten. Höchstens internationale Kongresse und Vereine könnten einen auf leidlichen Parallelismus in den Staaten gerichteten Einfluß in der öffentlichen Meinung dortselbst ausüben. Der Korreferent, Fabrikbesitzer Dr. Franck (Charlottenburg), hieb letztlich in die gleiche Kerbe, betonte die Veränderlichkeit der Verhältnisse durch die sich fortentwickelnde Technik. meinte aber, die sozialen Reformen innerhalb der einzelnen Staaten dürften sich dadurch nicht aufhalten lassen. Von Interesse ist heute wohl sein Schlußsatz: „Daß es der Industrie nicht an gutem Willen fehlt, den Arbeitern ihr Recht zukommen zu lassen, diese Versicherung glaube ich abgeben zu können, denn schließlich ist ja jeder Industrielle selbst Arbeiter und fühlt und weiß, daß der Arbeiter seines Lohnes wert ist.“ Die Debatte war, da es sich um eine Nachmittagssitzung handelte, verhältnismäßig kurz, aber lebendig, wie Nasse abschließend anerkannte. Der Skeptizismus der Referenten erschien nicht allen Debatterednern angebracht. — Von dem umfangreichen Referate des Bezirkspräsidenten z. D. Frhrn. v. Reitzenstein (Freiburg i. Br.) zum dritten Thema, das hier unter dem kürzeren Titel „Versiche-

rungszwang und Armenverbände“ erschien, wurde nur der erste Teil des im Verhandlungsbande abgedruckten Ganzen vorgetragen. Die zu Beginn der Rede aufgeworfene Frage: „Inwieweit ist von der in Aussicht genommenen Organisation der Arbeiterversicherungen eine Verminderung der Armenlast zu erwarten?“ zeigt die historische Tatsache der damals soeben in Deutschland begonnenen großen Sozialversicherungs-Gesetzgebung an und nimmt aus ihren voraussichtlichen Wirkungen die eine als Frage heraus, die für die staatlich geordneten Träger der Armenlast vermutlich von großer Bedeutung werden konnte. Der Referent und auch der zweite Korreferent, Bürgermeister Adickes (Altona) — das sehr kurze weitere Korreferat des Redakteurs Lammers (Bremen) brachte wegen der entschuldigend angeführten mangelhaften Vorbereitung infolge beruflicher Überlastung kaum etwas Neues — waren in der schwierigen Lage, die fragliche Rückwirkung der kommenden Arbeiterversicherung auf die Armenlast eben nur rein vermutungsweise behandeln zu können. Aber ihre Vermutungen waren durch eine große Sach- und Einzelkenntnis gestützt und vieles, was sie so ungefähr abschätzten, dürfte später Wirklichkeit geworden sein. Zum mindesten zeigten sie die Punkte auf, die für spätere ausgleichende Eingriffe der Gesetzgebung die Richtung angaben. Die unvermeidlich hypothetische Behandlung der Sache durch die Referenten färbte auch auf die Debatte ab. Nasse hob das am Schlusse ausdrücklich hervor.

So verlief die nur von etwa 60 Teilnehmern besuchte Versammlung ohne Zwischenfall in der früher gewohnten Form und stärkte wohl dadurch das Vertrauen der Vereinsleitung auf das schon bezweifelte Fortbestehen des Vereins, denn solche Zweifel finden sich von jetzt an nicht mehr ausgesprochen.

8. Die Frankfurter Tagung von 1884

Noch für einige Jahre blieb die Agrarpolitik für die Vereinstätigkeit das beherrschende Thema. Aus ihm erwuchs sogar die erste eigentliche „Enquete“ des Vereins, wenn man darunter eine aus Monographien zusammengesetzte beschreibende Schilderung wirtschaftlicher und sozialer Tatbestände auf einem bestimmten Gebiete der Volkswirtschaft versteht. Sie ist mit dem Titel „Bäuerliche Zustände in Deutschland“ in den drei Bänden 22—24 enthalten, die zusammen 1045 Druckseiten umfassen und damit alle bis dahin erschienenen Veröffentlichungen des Vereins bei weitem an Umfang übertreffen. Ein Zuschuß des Preußischen Landwirtschaftsministers Dr. Lucius in Höhe von 1000 Mark ermöglichte ein rasches Erscheinen dieser Bände im Jahre 1883. Ein großer Teil der landwirtschaftlichen Gebiete Deutschlands, zur Ergänzung auch der schweizerische Kanton

Zürich, ist darin behandelt. Vollständigkeit zu erreichen, war einem privaten Verein nicht möglich, auch nicht eine gleichmäßige Behandlung durch die mühsam gefundenen Mitarbeiter trotz eines an diese ausgehängten von Nasse sorgfältig aufgestellten Fragebogens mit 22 Punkten. Und doch bleibt diese Enquete eine große Leistung, die bis zu einem gewissen Grade erstmalig Neuland erschloß und eine immerhin ziemlich systematische Kenntniss statt einer bis dahin sporadischen vermittelte. Ein erwünschter Vergleich mit den Zuständen in andern großen europäischen Staaten war in der gleichen Weise nicht durchzuführen. Einen Ersatz dieser Art bot der Verein aber wenigstens durch literarische Auswertung der amtlichen Enqueten von 1879/1880 in Frankreich und England, für ersteres Land durch Bezirkspräsidenten Frhrn. v. Reitzenstein, für letzteres durch Nasse selbst (Bd. 27), von 1877 in Italien durch Prof. K. Th. Eheberg (Erlangen) (Bd. 29). Dadurch war schließlich doch eine recht umfassende Übersicht über das Zustandmäßige in den agrarischen Verhältnissen von vier großen Ländern erbracht. Es konnte nicht fehlen, daß diese Tatsachendarstellungen auch zeigten, wo Mißstände in den geschilderten Zuständen vorlagen, und daß hierdurch der Wunsch erwachte, auf Mittel zur Abhilfe zu sinnen. Das war schon in v. Miaskowskis Werk erkennbar, dessen erster Teil den Anstoß zu der oben geschilderten Tagung von 1882 gegeben hatte. Jetzt nahm die Ausschußsitzung vom 30. März 1883 grundsätzlich die wirtschaftspolitische Behandlung der gewonnenen Erkenntnis in Aussicht. Ganz bewußt nahm man „Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung zur Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes im Anschluß an die Ergebnisse der Untersuchung über die bäuerlichen Zustände“, aber selbstverständlich in Beschränkung auf Deutschland, als nächstes Thema in Aussicht. Eine weitere Ausschußsitzung vom 6. Januar 1884 erhob dieses Thema zum Verhandlungsgegenstand der Tagung im Herbst des gleichen Jahres und rechnete mit Prof. Conrad, Frhrn. v. Hammerstein und Ministerialrat Buchenberger als Referenten. Hier fiel auch die Entscheidung über ein zweites Thema zugunsten eines neutralen, nicht im engeren Sinne sozialpolitischen Themas: „Einwirkung der Organisation unserer höheren und mittleren Schulen auf das soziale Leben und die Erwerbstätigkeit der Nation“, wofür auf Grund eigenen Anerbietens Generalsekretär Bueck und ein oder zwei Schulmänner als Referenten in Aussicht genommen wurden.

Abgesehen von dem Fortfall des Korreferates von Frhrn. v. Hammerstein, den dienstliche Obliegenheiten fernhielten, gestaltete sich die Tagung vom 6. und 7. Oktober 1884 nach dem Plane des Ausschusses. Conrad, der in seiner starken Interessiertheit an aller Statistik sein Referat mit der Einschränkung begann, daß die deskriptiven Bände der

Vereinsschriften über die bauerlichen Zustände in Deutschland bei großer Verdienstlichkeit für eine vollständige Unterrichtung nicht recht zu reichen und deshalb einer Ergänzung durch eine amtliche Erhebung im ganzen Reiche bedürften, für die er die Grundlinien entwickelte, sah es als seine Aufgabe an, einem „übertriebenen Pessimismus“ in der Beurteilung der damaligen Lage des Bauernstandes entgegenzuwirken. Er stellte fest, daß ein solcher Pessimismus sich „in neuerer Zeit kund gab“. Conrad gab nur eine Krisis zu, nicht ein beginnendes Siechtum. Nachher ging er in gedrängter Übersicht alle zur Abhilfe vorgeschlagenen Maßnahmen, darunter das Anerbenrecht und die Getreidezölle, kritisch durch, manche bejahend, manche ablehnend oder Abänderungen empfehlend. Auch das Korreferat Buchenbergers befolgte die Methode, die damals hauptsächlich erörterten Abhilfe- bzw. Sicherungsvorschläge kritisch zu beleuchten. Die Debatteredner beschäftigten sich fast durchweg mit der Angebrachtheit oder Nichtangebrachtheit der verschiedenen Einzelmaßnahmen. Hier war die Rede des Oberbürgermeisters Dr. Miquel bemerkenswert, vielleicht auch die des Bimetallisten Dr. Otto Arendt. — Dem zweiten Thema der Tagung, dem gesamten deutschen Schulwesen, war durch die Einengung auf seine „Einwirkung auf das soziale Leben und die Erwerbstätigkeit der Nation“ wenigstens scheinbar eine Beziehung auf den sonst als maßgeblich angesehenen Aufgabenkreis des Vereins gegeben. Der Korreferent, der Gymnasialprofessor Dr. Stürenberg (Leipzig), erwähnte eingangs „die Unzahl der Broschüren und anderen Vorschlägen zur Reform unseres höheren Unterrichtswesens“. Man befand sich also damals gerade wieder in einer der in Deutschland so beliebten Epochen leidenschaftlicher Erörterung über das dem Volke heilsamste Schulsystem. Die Anregung zur Wahl dieses Themas für die Tagung war im Ausschusse, wie erwähnt, von dem Generalsekretär des Verbandes des Schwerindustrie, H. A. Bueck, ausgegangen, der sich auch gleich zu einem Referate bereiterklärt hatte. Er sah, wie vorauszusehen, sein Thema mit den Augen des Industriellen und Geschäftsmannes, ließ die Volksschule fast ganz unbeachtet und machte zum Kerne seiner Ausführungen die Erwägung, ob das humanistische Gymnasium wohl die geeignetste Vorbildung für den Wirtschaftsführer, wie wir heute sagen, zu geben geeignet sei. Selbstverständlich verneinte er diese Frage. Aber auch dem Realgymnasium und der Oberrealschule billigte er keine besondere Leistung für den angenommenen Zweck zu und glaubte obendrein feststellen zu sollen, daß diese Anstalten angesichts der ihnen zugesprochenen, nur beschränkten Berechtigungen bei den Eltern, die ihren Kindern keinesfalls die Zukunft verbauen wollten, sich keiner verbreiteten Beliebtheit erfreuten. Es fehle an einer geeigneten Vorbildung und Ausbildung der unteren Volksklassen und besonders des Mittelstandes,

und das Haupthindernis für solche Einrichtungen bilde die Verleihung und Berechtigung zum einjährigen Militärdienst, die den Mittelschulen fehle, so daß das Sichbegnügen mit der Bruchstückbildung aus einer höheren Schule die Regel bilde. Bestimmte Thesen stellte Bueck nicht auf. Der Schulmann als Korreferent sah die Dinge mit einem umfassenderen Blicke an. Er gab das Bestehen der vom Referenten behaupteten Nachteile zwar zu, beurteilte die positive Leistung der damaligen Schulgestalten indessen bedeutend günstiger, und seine Thesen liefen schließlich darauf hinaus, daß er die Mittelschule etwas weiter ausbauen und ihrem Reifezeugnis die Berechtigung zum einjährigen Dienst zuschreiben wollte. In der Debatte traten nur wenige, von den Ergebnissen der Referenten abweichende Meinungen und Vorschläge hervor, im allgemeinen ergibt sich der Eindruck, daß die Redner mehr oder minder von dem Gefühl erfüllt waren, vor der Aufgabe der Quadratur des Zirkels zu stehen. Davon machten höchstens die Debattereden von Bücher (Basel), der sich recht radikal gebärdete, und von Thiel, der zum Maßhalten mahnte, eine Ausnahme. Auch die Zusammenfassung Nasses am Schlusse klang ziemlich verzichtend, vielleicht sogar leise schwermütig. Der Ausbau der Mittelschulen blieb der einzige Sonnenblick in der verworrenen Angelegenheit. Der Verein ist denn auch später nie mehr auf eine Erörterung dieser Art zurückgekommen.

9. Die Frankfurter Tagung von 1886

Schon die übliche Ausschußsitzung sogleich nach Schluß der Tagung von 1884 brachte Anregungen für die Behandlung von neuen Themen durch den Verein. Es traten da auf: die Verhältnisse bei den deutschen Sparkassen, die Frage der landwirtschaftlichen Genossenschaften und die der Hausindustrie auf dem Lande, wofür sich Conrad einsetzte, Bueck wollte noch einmal speziell die Bildungsanstalten für den Mittelstand aufs Programm bringen, Brentano und Genossen wollten exakte Untersuchungen über den Einfluß des Getreide- und Fleischimports auf die inländischen Getreide- und Fleischpreise, den Einfluß der Getreidepreise auf die Brotpreise und Arbeitslöhne, danach über den Einfluß der Lohnhöhe auf die Produktionskosten und die Warenpreise und damit wieder auf die Konkurrenzfähigkeit der verschiedenen Industriezweige auf dem Weltmarkt. Frhr. v. Reitzenstein empfahl eine Erörterung über das Verhältnis der Soziallasten zu den Steuern und über die Frage der Altersversorgung für die Arbeiter. Schließlich schlugen Knapp, Schönberg und andere die sogenannte Wohnungsnot in den Großstädten als dringendes Thema vor. Man legte sich aber noch nicht mit Beschlüssen fest. Diese große Liste von Themen wurde in einer weiteren Ausschußsitzung vom 13. April 1885

noch einmal durchgesprochen und sogar durch neue Vorschläge vermehrt, so daß die nachfolgende Sitzung des Ausschusses vom 28. Dezember 1885 sich einem Katalog von zehn Themen gegenübersah. Eine Auswahl für die Tagung von 1886 mußte jetzt getroffen werden, und sie fiel auf die Themen der Wohnungsnot (Referenten Dr. Miquel und Pastor v. Bodelschwingh) und der inneren Kolonisation (Referenten Sombart [Ermsleben] und Schmoller). Die übrigen Vorschläge wurden für später zurückgestellt, zum Teil sogar zurückgezogen. Doch wurden für die Schriften des Vereins die Vorbildung der höheren Verwaltungsbeamten, die Frage des Wuchers auf dem Lande und die Frage der Warenverteuerung durch den Zwischenhandel ernstlich ins Auge gefaßt. Für das letztgenannte Thema wurde ein vom Mai 1886 datierter, anscheinend von Nasse verfaßter Fragebogen zunächst zur Gegenäußerung an die Ausschußmitglieder verschickt.

Die Einladung zur Tagung vom 24. und 25. September 1886, wiederum in Frankfurt a. M. im Hörsaal der Polytechnischen Gesellschaft, hielt sich an das vom Ausschuß beschlossene Programm. Nasse konnte auf der Tagung einleitend berichten, daß der zweite und abschließende Teil des v. Miaskowskischen Werkes über „Erbrecht und Grundeigentumsverteilung im Deutschen Reiche“ (Bd. 25) 1884 erschienen sei, wozu dann, wie schon erwähnt, die ergänzenden Bände über die agrarischen Zustände in Frankreich von Frhrn. v. Reitzenstein und in England von Nasse (Bd. 27) sowie über die Italiens von Eheberg (Bd. 29) 1884 und 1886 traten. Dazwischengeschoben hatte sich die Schrift von M. v. d. Osten (Bd. 26) über die Arbeiterversicherung in Frankreich. Zur Vorbereitung der zu eröffnenden Tagung waren noch rechtzeitig vorher zwei Bände (30 und 31) mit Arbeiten über die Wohnungsnot der ärmeren Klassen in den deutschen Großstädten und mit Vorschlägen zu deren Abhilfe von zahlreichen Verfassern und ein Band (32) zur inneren Kolonisation in Deutschland herausgekommen, zu welch letzterem auch Schmoller, Thiel und Sombart (Ermsleben) Beiträge geliefert hatten. Das Referat Miquels auf der Tagung über die Wohnungsnot war von großer Sachkenntnis und Erfahrung getragen und mußte allein zur Grundlage der Debatte dienen, da der Korreferent, Pastor v. Bodelschwingh, durch eine „Verkettung widriger Verhältnisse“, am rechtzeitigen Erscheinen in Frankfurt verhindert worden war, so daß nur ein schriftliches Referat von ihm dem Verhandlungsbande eingefügt werden konnte. Die lebhafteste Debatte brachte u. a. eine sehr merkwürdige Rede Schmollers, der Hoffnungen für die Beseitigung vieler Übelstände im Wohnungswesen auf die Entstehung von großen Aktiengesellschaften setzte, die durch Ankauf von großstädtischen Mietshäusern größere Einheitlichkeit und Redlichkeit in die

Mietverhältnisse bringen könnten, weil sie durch ihr großes Kapital nicht unter den vielfachen Druck geraten könnten, dem die zumeist kleinen und kapitalarmen Besitzer in der Regel ausgesetzt wären, so daß sie sich regelmäßig durch Mietssteigerungen zu helfen suchten. Die Einziehung der Mieten für die Gesellschaften dachte er sich an „ladies patronesses“ übertragen. Den Hecht im Karpfenteich bei den Verhandlungen aber bildete ein Rechtsanwalt Strauß (München-Gladbach), der als Vertreter des Zentralverbandes der Deutschen Haus- und Grundbesitzer auftrat und die vorhandenen Schäden wenn nicht leugnete, so doch bagatellierte. Er forderte damit viele Gegenäußerungen heraus. Nasse konnte zum Schluß eine Übersicht über die in der Debatte vorgebrachten Abhilfemaßregeln geben, die ihm erwägenswert erschienen, betonte aber, daß seiner Ansicht nach die positiven Leistungen im Wohnungsbau und in der Verbesserung der Mietverhältnisse von den Privaten ausgehen müßten und der Staat und die Gemeinden nur zur indirekten Förderung des Wohnungsbaus und zur Überwachung und Regelung der Wohnungsverhältnisse berufen seien. — Das zweite Thema der Tagung, die innere Kolonisation, nahm im Grunde aus dem Thema der Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes, das schon die Tagung von 1884 behandelt hatte, eine besondere Maßnahme heraus. Es war indessen nicht so, daß das erste preußische Ansiedlungsgesetz für die Provinzen Posen und Westpreußen, das im Sommer 1886 erlassen worden war, den Anstoß zu der Wahl dieses Themas gegeben hätte. Der erste Referent, Sombart (Ermsleben), betonte gleich eingangs im Gegenteil, daß niemand das Erscheinen dieses Gesetzes gehaut hätte, als im Dezember 1885 der Ausschuß die Behandlung dieses Themas beschloß. Inwieweit umgekehrt die Bauernschutzdebatte des Vereins von 1884 von Einfluß auf den Erlaß dieses Gesetzes gewesen sein könnte, da ja für die geplanten Rentengüter zum Beispiel das Anerbenrecht vorgesehen war, könnte nur eine genaue Durchforschung der staatlichen Akten ergeben. Das maßgebliche Ziel dabei war für Bismarck sicher das nationalpolitische, für das alles andere nur Hilfsmittel sein sollte. Dieses Ziel trat für die Verhandlungen auf der Tagung zurück. Schon in Sombarts Referat bildete den Hauptpunkt die Aufteilung von landwirtschaftlichem Großbetrieb zur Gewinnung von Land für die Schaffung von Mittel- und Kleinbesitz. Er brachte diesmal für sein Referat den Vorteil mit, daß er selbst gerade privatim sich als Innenkolonisator an dem Rittergute Steesow in der Mark betätigt hatte. All die typischen Erwägungen für solche Aufteilung eines Großgutes (die Bodenprüfung, die Frage der Größenklassen, die Gewinnung der Siedler, die Preisgestaltung der Parzellen, die Verwertung der vorhandenen Gebäude und die Einrichtung der neu erforderlichen, die Bewirtschaftung des Waldbestandes, die Verteilung der Grundsteuerlast,

die Umwandlung des Gutsbezirks in eine Landgemeinde) konnte er von dem einen praktischen Falle her vorführen und Hinweise auf das Allgemeingültige geben. Alles war von größter Bauernfreundlichkeit und sozialem Idealismus getragen. Demgegenüber sah Schmoller, der die liberale Hoffnung auf Heilung aller Schäden durch den freien Bodenverkehr, aber auch die damals viel erörterte Idee einer totalen Bodenverstaatlichung zurückwies, von vornherein die innere Kolonisation als eine staatspolitische Angelegenheit an und betrachtete die private Siedlungstätigkeit als eine Ausnahme, zumal sie von den ganz seltenen Fällen wie dem Sombartschen meist nur in Gestalt der sogenannten Güterschlächtereien auftraten und hier sogar die übelste Form der Aufteilung von Großbesitz darstellten. Nur in der Hand des Staates sei bei der inneren Kolonisation die Beachtung der gesunden allgemein-politischen, sozial-, wirtschafts- und kulturpolitischen Gesichtspunkte gesichert. Er warnte dabei vor allen Übertreibungen in der Dezimierung des Großbesitzes zugunsten des Mittel- und Kleinbesitzes und betonte aus sozialen Gesichtspunkten die Notwendigkeit, bei Aufteilungen von Großbetrieb neben den Bauerngütern auch kleine Stellen für die Landarbeiter zu schaffen, damit für diese Aufstiegsmöglichkeiten gegeben seien und so einer vergiftenden politischen Agitation zum guten Teile der Boden entzogen würde. In der Debatte erhoben Paasche und Conrad viele Einwände gegen Schmollers grundsätzliche Auffassungen. Paasche hielt nach Erfahrungen aus Mecklenburg die Erbpacht bei den kleineren Stellen der angesiedelten Landarbeiter für nicht so schädlich, wie beide Referenten. Conrad fand in allen Gesichtspunkten Schmollers zwar einen „richtigen Kern“, glaubte aber nach Ausmaß oder Umfang die Behauptungen Schmollers verändern zu sollen. Pastor v. Bodelschwingh, der am zweiten Tage die Versammlung glücklich erreicht hatte, zog die vorstädtische Ansiedlung der Fabrikarbeiter in die Erörterung, ohne damit Anklang zu finden, wohl hauptsächlich deshalb, weil damit doch mehr auf das tags zuvor behandelte Thema der Wohnungsnot zurückgegriffen wurde. Geheimrat Thiel nahm einen vermittelnden Standpunkt zwischen den Referenten und ihren Kritikern ein. Schmoller, der im Einverständnis mit Sombart allein das Schlußwort übernahm, brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, daß doch die Kritiker der Referate nur bis an deren Rand vorgestoßen seien, und zwar, wie er nachwies, nicht erfolgreich, im Grundgedanken aber, daß innere Kolonisation im besagten Sinne sehr angezeigt sei, ihre Übereinstimmung mit den Referenten gezeigt hätten. Auch Nasse betonte in seinem Resumé, daß ein prinzipieller Widerspruch gegen die Idee der Kolonisation im Innern nicht hervorgetreten sei, die Kritik habe sich auf Einzelheiten beschränkt.

10. Die Frankfurter Tagung von 1888

In der Ausschußsitzung vom 25. September 1886, die wie üblich gleich nach Beendigung der Generalversammlung abgehalten wurde, griff man für die Vereinsschriften auf einige der Themen aus dem langen Katalog der Sitzung von Ende 1885 zurück. Die Vorbildung der deutschen Verwaltungsbeamten, der Wucher auf dem Lande, die Invalidenversicherung, die Hausindustrie, alles Fragen, über die zum Teil Schriftenbände schon im Werden begriffen waren, wurden erörtert. Besondere Behandlung fand das Thema der Verteuerung der Waren durch den Zwischenhandel, zu dem Nasse bereits einen Fragebogen aufgestellt und den Ausschußmitgliedern zur Prüfung vorgelegt hatte. Zuerst zeigte sich ein gewisser Widerstand, an Untersuchungen dieser Art heranzugehen, weil man sich bei näherer Überlegung ihrer großen Schwierigkeiten bewußt wurde und diese auch deutlich herausstellte. Aber Nasse trat doch für den Gedanken, der von ihm selbst stammte, mit Eifer ein, und so wurde denn zuletzt die Inangriffnahme solcher Untersuchungen zum Beschlusse erhoben. Die Bände 36 und 37 der Schriften, erschienen 1888, waren das Ergebnis. Schon vorher, 1887, war ein Gutachtenband über die Vorbildung zum höheren Verwaltungsdienst (Band 34) und ebensolcher über den Wucher auf dem Lande herausgekommen (Band 35), den Nasse mit Recht allein auf die Bemühungen von Thiel zurückführte. Dieser hat auch die Vorrede zu dem Bande geschrieben. Es trat wohl überhaupt hier das erstemal für die Schriften der Typus des „Herausgebers“ auf, während bisher die Last dieser Tätigkeit auf dem Vorsitzenden geruht hatte, wenn dieser sich auch niemals genannt, sondern immer den Ausschuß als Herausgabeorgan bezeichnet hatte.

Im Jahre 1887 kamen die Vorbereitungen zu den Untersuchungen über die Hausindustrie und über den Preisrückgang der Produkte verschiedener Gewerbe in den Jahren 1881 bis 1886 in Gang. Diese Themen hatte Conrad auf Grund der Aufforderung zur Nennung geeigneter Untersuchungsgegenstände im Protokoll der letzten Ausschußsitzung von 1886 in Vorschlag gebracht, und Nasse hatte den Brief Conrads, der diese Vorschläge enthielt, durch besonderes Rundschreiben von Mitte Dezember 1886 den Ausschußmitgliedern mitgeteilt. Im Juli 1887 kamen denn auch weitere Rundschreiben heraus, die zur Versendung an geeignete Mitarbeiter an jedem der beiden Themen bestimmt waren. Das Rundschreiben über die Frage des Preisrückganges erbat bemerkenswerterweise etwaige Antworten unmittelbar an Conrad nach Halle. In der Ausschußsitzung, die erst ein volles Jahr nach der letzten am 1. Oktober 1887 in Frankfurt am Main stattfand, wird bereits über ziemlich viele bei Conrad eingegangene Antworten bezüglich des Preisrückganges berichtet. Nachher

wird es ganz still von diesem Thema. Das der Hausindustrie kam dagegen in Gang, und die 1889 und 1890 darüber erschienenen vier Bände der Schriften (39—42) mit einem Nachzügler von 1891 (48) gelangten in der Wissenschaft zu einem guten Ansehen. Insgesamt umfaßte diese Enquete des Vereins in fünf Teilen 749 Druckseiten. Ganz neu war das in dieser Sitzung durch v. Miaskowski angeregte Thema einer Reform der Landgemeinde, namentlich der des Ostens. Miquel wandte zwar sogleich ein, daß es sich hier um eine rein politische Frage handle, „die den Verein auf andere als bisher verfolgte Wege führe“. Aber es fand sich doch eine starke Stimmung für dieses Thema im Ausschusse, besonders als Nasse seine Einengung und Konkretisierung auf die Fragen: „Welche Aufgaben erfüllt die gegenwärtige Landgemeindeordnung? Inwieweit ist sie den gesteigerten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben der Gegenwart gewachsen?“ vorgeschlagen hatte. Es wurde sogar ein besonderer Unterausschuß, bestehend aus Gierke, v. Miaskowski, Nasse und Schmoller, zur Vorbereitung einer entsprechenden Veröffentlichung niedergesetzt. Ein Anfang Juni 1888 verschickter Fragebogen war das nächste Ergebnis.

Bezüglich der Themen für die Generalversammlung des folgenden Jahres wurde über das erste Thema: „Der ländliche Wucher und die Mittel zu seiner Abhilfe, insbesondere die Organisation des bäuerlichen Kredits“ rasch eine Einigung erzielt. Das zweite Thema dagegen bereitete Schwierigkeiten. Der Antrag v. Reitzenstein, die Vorbildung für den höheren Verwaltungsdienst zu diskutieren, wurde als bloße „Professorenfrage“ für den vorliegenden Zweck als ungeeignet abgelehnt. Es stellten sich dann das Thema des damals aktuellen Preisrückgangs und das der Verteuerung der Waren durch den Zwischenhandel zur Verfügung. Merkwürdigerweise glaubten manche Redner in der Sitzung, diese beiden Themen miteinander verbinden zu können, und man suchte das zu erzielen, indem man das Thema formulierte: „Der Einfluß des Detailhandels auf die Preise und etwaige Mittel gegen eine ungesunde Preisbildung.“ Beide Themen kamen auch in der vom Ausschuß festgelegten Formulierung nach Ablauf eines Jahres auf die Einladung zu der Generalversammlung vom 28. und 29. September 1888 in Frankfurt a. M.

Die Referate, die v. Miaskowski und Thiel auf der Tagung von 1888 über den Wucher auf dem Lande erstatteten, dürften zu den besten gehören, die im Verein gehalten worden sind. Klarheit und Übersichtlichkeit bei Beachtung aller für das Problem in Betracht kommenden Momente zeichnen sie aus. Der erste Referent stellte den von ihm für diesen Fall gebrauchten wirtschaftswissenschaftlichen Begriff des Wuchers klar gegenüber dem strafrechtlichen, der durch das Reichsgesetz vom 24. Mai

1880 wenige Jahre zuvor eine neue Bestimmung erfahren hatte. Dann erörterte er auf Grund der Gutachten im vorbereitenden Bande 35 die vermutliche Verbreitung und Größe des hier zu behandelnden Schadens, um sich darauf mit den damals in der Literatur und öffentlichen Meinung vorgeschlagenen Bekämpfungsmitteln auseinanderzusetzen. Von diesen Mitteln erwartete v. Miaskowski, soweit er sie aus triftigen Gründen nicht überhaupt verwarf, nicht allzuviel. Viel wichtiger erschienen ihm Vorbeugungsmittel in Gestalt einer angemessenen Organisation für den ländlichen Real- und Personalkredit, damit ein Ersatz für den Wucherkredit vorhanden sei. Es sind hier teils im beschreibenden, teils im empfehlenden Sinne bereits fast alle Kategorien der landwirtschaftlichen Kreditorganisation erörtert, die bis zum Kriege in allen Lehrbüchern aufgeführt zu werden pflegten, auch die Darlehnskassen Raiffeisens, damals noch in den Anfängen begriffen, finden einen mit Wohlwollen behandelten Platz. Dagegen wendete sich v. Miaskowski mit Nachdruck gegen damalige Vertreter von „Radikalkuren“, wie die Zwangsablösung oder Zwangsreduktion der ländlichen Hypothekarschuld und ähnliche Maßnahmen. Thiel fiel nach einer zwischen den Referenten getroffenen Vereinbarung vornehmlich die Rechtfertigung und vorsichtige Bewertung der im Band 35 der Schriften vereinigten Gutachten und Berichte zu, er behandelte aber auch noch einmal von seiner Erfahrung aus sehr lehrreich die Formen des ländlichen Wuchers. Die Debatte wurde fast durchweg von speziellen Sachkennern bestritten und hielt deshalb ein hohes Niveau. Von Interesse dürfte sein, daß in der Debatte Dr. Schnapper-Arndt (Frankfurt a. M.) sich in vorsichtiger Form gegen die antisemitische Note in den Gutachten wandte. Er hatte ähnliches bereits 1882 in einem ausführlichen Briefe an Schmoller bezüglich einer Frage in einem damals verschickten Fragebogen getan. Die Reaktion auf die geräuschvolle antisemitische Agitation der achtziger Jahre wirkte sich hier aus. Gerichts-assessor Dr. Crüger, der spätere jahrzehntelange Anwalt der Schulze-Delitzschschen Genossenschaften, am folgenden Tage der zweite Korreferent, trat auch in der Debatte zum ersten Male im Verein auf. Selbstverständlich erhoben auch die anwesenden Juristen gewisse formale Einwände. Das ziemlich umfangreiche Resumé Nasses am Schlusse zeigte, wie befriedigt er vom Verlauf des ersten Verhandlungstages war.

Seiner ganzen Natur nach war das zweite Thema der Tagung von 1888 ein viel umstreitbareres und somit auch viel umstritteneres. Conrad als Referent gestand eingangs, daß er nur mit Skepsis und Vorbehalt an die Behandlung des Themas „Einfluß des Detailhandels auf die Preise und etwaige Mittel gegen eine ungesunde Preisbildung“ gegangen sei. Er hätte sich zuerst im Ausschusse gegen das Aufgreifen dieses Themas durch den

Verein gewandt. Als aber die Mehrheit des Ausschusses sich aus mehrfachen höchst aktuellen Gründen und aus dem Grunde der ganzen anti-manchesterlichen Haltung des Vereins für dieses Thema ausgesprochen und sogar ihn (Conrad) mit dem Referat beauftragt hatte, habe er sich der Vereinsdisziplin gefügt. Conrad hob jedoch hervor, daß schon die Tatsachenfeststellung in diesen Dingen nur zu unbefriedigenden Ergebnissen geführt habe und dazu auch nur führen konnte. Abschließendes könne er nicht geben. Doch ist noch heute vergleichsweise zur damaligen Zeit von Interesse, was Conrad zunächst zu den Bewegungen in der Organisation der Volkswirtschaft, hier also der Beziehungen von Produktion, Verteilung durch den Handel und Änderungen im Verhalten der Konsumenten vorbrachte. Die Frage der Übersetzung des Zwischenhandels und ihr Einfluß auf seine Gewinne, nämlich ob eine etwaige Übersetzung durch die in ihr enthaltene Vermehrung der Konkurrenz im allgemeinen preissenkend oder wegen des Bestrebens der Händler, bei verringertem Umsatz zu gleichbleibendem Einkommen zu gelangen, preisteigernd wirke, erklärte Conrad offenlassen zu müssen. Von der Wiedereinführung eines Konzessionssystems wollte Conrad jedenfalls nichts wissen. Er ging, nach einem kurzen Blicke auf die sonstigen, auch die mehr Luxusharakter tragenden Waren, besonders auf die Kolonialwarenhändler, die Bäcker und die Schlächter ein, denen in der Öffentlichkeit am heftigsten der Vorwurf der Überteurung ihrer Waren gemacht wurde. Conrad kam zu dem Ergebnis, daß dieser Vorwurf überwiegend unbegründet wäre, und die vorgeschlagenen Gegenmittel erschienen ihm eigentlich alle von sehr zweifelhaftem Werte. Dabei streifte er die Konsumvereine nur kurz, sie dem Korreferenten überlassend. Seine abschließende Betrachtung ordnete sich einer Kritik der Art des Wissenschaftsbetriebes in der Volkswirtschaftslehre ein: sie habe sich früher nur für die großen Durchschnitte interessiert, auf ihnen ihre Theorie aufgebaut, jetzt habe sich die Aufmerksamkeit gerade den Ausnahmen von den großen Regeln zugewandt, was er als einen Fortschritt ansah, aber zugleich anerkannte, daß auch hierin eine Gefahr liege. Das Korreferat Crügers war auf den „Einfluß der Konsumvereine auf die Preisbildung des Kleinhandels“ beschränkt. Dabei war alles vom Interessenstandpunkte der Konsumvereine aus gestaltet. Er glaubte fest an die Übermäßigkeit der Aufschläge und Gewinne im Kleinhandel und an den preisherabmindernden Einfluß der Konsumvereine. Diese Wirkung sei allerdings örtlich verschieden, je nach der Leistungsfähigkeit der einzelnen Vereine. Aber alle Vorzüge der Konsumvereine, wie ihr Verkauf nur gegen bar, das Zurückfließen der Gewinne an die Mitglieder, wurden in helles Licht gestellt. Der weitere Korreferent, Regierungsassessor v. Rohrscheidt (Merseburg) behandelte „Die Polizeitaxen und die Preise der Kleingewerbe“. Nach solchen Taxen

war in der damaligen öffentlichen Kritik an der Preisbildung im Kleinhandel als Abhilfemittel gegen die Hauptschäden laut gerufen worden. Das stellte einen starken Widerspruch gegen die damals noch nicht allzulange zur Geltung gelangte Gewerbefreiheit dar. Besonders die Bäcker, aber auch die Gastwirte wurden behandelt. Der Korreferent beurteilte diese Methode der Abhilfe nicht ungünstig und zählte die Fälle auf, in denen selbst die äußerst liberale Reichsgewerbeordnung von 1869 ein Taxensystem notgedrungen beibehalten habe, das der Vernunft entspreche und sich unzweifelhaft günstig für die Konsumenten auswirke. Die Debatte bietet, wenigstens im Verhandlungsbande, die Merkwürdigkeit, daß von den 68 Druckseiten, die sie umfaßt, 54 Seiten von der Diskussionsrede des damaligen Handelskammersekretärs Dr. R. van der Borgh (Aachen) ausgefüllt werden. Zwar war die Zeit für die einzelnen Redner von vornherein durch Versammlungsbeschluß auf zehn Minuten festgesetzt worden. Die Versammlung hatte dann van der Borgh ausnahmsweise noch weitere zehn Minuten bewilligt. Da diese ihm aber auch noch nicht genügten, erbat und erhielt er die Erlaubnis, seine Diskussionsrede für den Druck noch weiter zu ergänzen. Inhaltlich wandte sich die Rede bzw. deren gedruckte Ausführung besonders gegen Crüger und gegen die Konsumgenossenschaften überhaupt. Ihre vielfach sonderbaren Praktiken wurden an ganz konkreten Einzelfällen unter Namensnennung beleuchtet und ihre meist unbeachteten verwaltungsrechtlichen Begünstigungen, wie sie in der Steuerfreiheit und der Freiheit von der Schankkonzessionspflicht lagen, klar herausgeholt, die Unzulänglichkeiten der inneren Geschäftsführung der Konsumvereine mit praktischen Einzelbeispielen belegt. Kurze Schlußsätze verhielten sich dann aber nicht ganz ablehnend gegen die Konsumvereine. Die übrigen Diskussionsreden und die Schlußworte der Referenten waren kurz und beschäftigten sich fast alle nur mit den Konsumvereinen. So auch Lexis. Buchenberger dagegen ging auf die Preisbildung überhaupt, allerdings nur bei landwirtschaftlichen Handelserzeugnissen wie Hopfen, Tabak und Vieh in Kürze ein. Nasse stellte die Relativität der Ergebnisse der ganzen Verhandlung über das zweite Thema der Tagung in seinem Resumé mit Offenheit fest.

Die der Tagung am 29. September 1888 folgende Ausschußsitzung brachte nur die übliche Neukonstituierung des Ausschusses, und zwar wurde der bisherige Vorstand, bestehend aus Nasse, Frhrn. v. Roggenbach, Geibel und Ludwig-Wolf wiedergewählt. Aus den Kooptationen ist vielleicht die erste Zuwahl von Elster und Sering hervorzuheben. Den Eindruck, am Abschluß einer Epoche im Leben des Vereins zu stehen, hat anscheinend damals keiner der Teilnehmer gehabt, wenigstens ist nichts davon in der Sitzung zum Ausdruck gekommen, was sonst das Protokoll wohl kaum verschwiegen hätte.

IV. Die Epoche von 1890 bis 1905

11. Die Frankfurter Tagung von 1890

Erst nach Ablauf eines Jahres, am 30. September 1889, versammelte sich der Ausschuß von neuem, und die Beschlüsse dieser letzten Sitzung waren von der Art, daß bis zur Tagung von 1890, also wieder ein volles Jahr später, eine weitere Sitzung nicht erforderlich war. Denn außer einer Beratung über die zu bearbeitenden Schriftenbände über „Das Sinken der Warenpreise im letzten Jahrzehnt“, unter der Leitung von Conrad und über „Die Reform der Landgemeindeordnung“ erfolgte jetzt auch schon die Beschlußfassung über die Tagung von 1890. Sie sollte im Herbst 1890 wieder in Frankfurt a. M. stattfinden mit den Verhandlungsgegenständen: 1. Die Reform der Landgemeindeordnung und 2. Arbeits-einstellungen und die Fortbildung des Arbeitsvertrages. Für beide Themen wurden aus drei bzw. vier Mitgliedern bestehende Unterausschüsse niedergesetzt, die die Referenten auswählen und gewinnen sowie alle sonst erforderlichen Vorbereitungen treffen sollten.

Die Wende in der Vereinstätigkeit, die den Anlaß gibt, von 1890 an eine neue Epoche zu unterscheiden, lag vornehmlich in der Wahl eines nun wieder ausgesprochen sozialpolitischen Themas im engeren Sinne für die bevorstehende Tagung. Die Generalversammlungen der achtziger Jahre waren, wie die vorstehende Darstellung gezeigt hat, vorwiegend agrarpolitischen Themen gewidmet gewesen, und es wurde oben auch versucht, eine Erklärung dafür zu geben. Wenn die Ausschußsitzung vom Herbst 1889 nun diese Wendung vollzog, dann kann man aus der zeitgeschichtlichen Entwicklung als Grund dafür annehmen, daß schon damals mit einer weiteren Verlängerung des Sozialistengesetzes nicht mehr gerechnet wurde, so daß der Verein wieder freie Hand für die Erörterung spezifisch sozialpolitischer Themen zu haben glaubte. Die sonstigen für den Verein und für die Gesamtpolitik des Reiches folgenschweren Ereignisse — die kaiserlichen Februarerlasse, die Entlassung Bismarcks — traten erst etliche Monate nach der Beschlußfassung in der Ausschußsitzung ein. Das gilt auch von dem unvorhergesehenen Tode Nasses (4. Januar 1890), der

hier seine letzte Ausschußsitzung leitete. Unter ihm ist also die Wendung noch erfolgt.

Bezüglich der Vereinsschriften ergab sich in der Sitzung, daß Conrad mit dem Thema vom „Sinken der Warenpreise im letzten Jahrzehnt“ nicht recht weiterzukommen vermochte, weil die Aufgabe allzu schwierig war. Es sei hier gleich hinzugefügt, daß es auch später nicht gelungen ist, das Thema in den Schriftenbänden zu behandeln. Mit der Frage der Landgemeindeordnung ging es besser. Die Herausgabe des Bandes 43 der Schriften mit der einleitenden historischen Arbeit von Gerichtsassessor Dr. F. Keil, der noch vor Beginn der Tagung zum Staatsanwalt in Bochum ernannt wurde, über „Die Landgemeinde in den östlichen Provinzen Preußens und die Versuche, eine Landgemeindeordnung zu schaffen“, sowie des Bandes 44 „Berichte über die Zustände und die Reform des ländlichen Gemeindewesens in Preußen“, besorgt von K. Thiel, gelang noch vor der Tagung von 1890. Ebenso vermochte Brentano noch vorbereitende Bände (45 und 46) für das sozialpolitische Thema der Tagung zustande zu bringen. Berichte von Auerbach, Lotz und Zahn über „Arbeitseinstellungen und Fortbildung des Arbeitsvertrages“ mit einer Einleitung von Brentano selbst und ein von Sering veranstalteter Sammelband über „Arbeiterräte in der deutschen Industrie, Gutachten, Berichte, Statuten“ lagen der Versammlung vor. Erwähnt sei noch, daß v. Philippovich schon in dieser Sitzung die Behandlung der Auswanderungsfrage durch den Verein anregte und mit der Vorbereitung entsprechender Arbeiten sowie mit Berichterstattung hierüber in der nächsten Ausschußsitzung beauftragt wurde.

Infolge des unerwarteten Todes von Nasse wurde offenbar eine völlige Pause in den Verlautbarungen des Vereins bis zur nächsten Tagung als zu groß empfunden, und so brachte denn ein Rundschreiben vom „April 1890“, unterzeichnet von Frhrn. v. Roggenbach und Geibel, den eingetretenen Verlust und die Ehrung des Verstorbenen durch den Schriftführer den Vereinsmitgliedern zur Kenntnis. Dabei wurden auch über die in der Fertigstellung begriffenen Schriften und über die Vorbereitungen zur im Herbst bevorstehenden Tagung einige Mitteilungen gemacht. Außerdem sah Frhr. v. Roggenbach seine Vertretung durch Schmoller und Thiel für eilige Entschlüsse vor.

Der Tagung vom 26. und 27. September 1890 in Frankfurt a. M. ging am 25. die übliche Ausschußsitzung voraus. In dieser wurde, nach einem kurzen Nachruf des Frhrn. v. Roggenbach auf Nasse Schmoller zum Vorsitzenden gewählt. Das Protokoll sagt darüber:

„Im Anschluß hieran fordert Herr Freiherr von Roggenbach die Anwesenden auf, einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Er selbst schlägt als

solchen Herrn Dr. Schmoller vor. Herr Dr. Schmoller bittet, von seiner Person abzusehen, da sein Gesundheitszustand ihm nicht erlaube, neue Pflichten zu den vielen alten zu übernehmen. Herr Dr. Degenkolb fordert die Mitglieder auf, Herrn Frhrn. v. Roggenbach die Leitung des Vereins zu übertragen; dieser aber lehnt auf das Bestimmteste die Annahme der Wahl ab. Nachdem die Herren Dr. v. Gneist, Sombart und Dr. Thiel Herrn Dr. Schmoller auf das Dringendste um Annahme der Wahl gebeten und ihm volle Unterstützung seitens der Ausschußmitglieder bei seiner Arbeit zugesagt, erklärte sich Herr Dr. Schmoller bereit, dem einstimmigen Zuruf Folge zu geben. Er übernimmt den Vorsitz.“

Der übrige Vorstand mit Frhrn. v. Roggenbach als stellvertretendem Vorsitzenden, Geibel als Schriftführer und Ludwig-Wolf als Schatzmeister blieb der gleiche.

Dem Gefühl, am Beginn eines neuen Abschnitts in der Tätigkeit des Vereins zu stehen, gab auch Schmoller in seiner Rede zur Eröffnung der Tagung von 1890 besonderen Ausdruck. Es heißt darin:

„Daß unser Verein mit seiner diesjährigen Generalversammlung gleichsam in eine neue Epoche seines Daseins eintritt, ich möchte sie die dritte seiner Existenz nennen, liegt in den Verhältnissen unserer sozialpolitischen Entwicklung überhaupt. Der Tod Kaiser Wilhelms und Kaiser Friedrichs, der Abgang unseres großen Reichskanzlers, der zunächst erreichte Abschluß unserer Hilfskassengesetzgebung und endlich der Ablauf des Sozialistengesetzes haben eine neue Situation geschaffen. Die Nation steht vor der großen Frage, ob unsere Sozialpolitik auf den bisherigen Wegen verharren, ob sie neue einschlagen werde. Das stellt auch unseren Verein vor neue Aufgaben.“

In seinen weiteren Ausführungen gab Schmoller auch einen lehrreichen Überblick über die Tätigkeit des Vereins seit seiner Entstehung¹. Knapp, der durch Krankheit in der Familie am Erscheinen auf der Tagung verhindert war, konnte seinen offiziellen Nachruf auf Nasse mündlich nicht vortragen, dieser wurde daher in der schriftlichen Fixierung an der Spitze des Verhandlungsbandes veröffentlicht². An seiner Stelle gab Frhr. v. Roggenbach in schöner, kurzer Rede den Gefühlen der Trauer und des Dankes Ausdruck. Nach geschäftlichen Beschlüssen, aus denen die Wahl Gierkes, bis dahin nur kooptiert, an Stelle von Nasse in den Ausschuß hervorzuheben ist, wandte sich die Versammlung den Verhandlungsthemen der Tagung zu.

Schon den Anstoß zur Wahl der Landgemeindeordnung als Thema hatten die Verhältnisse in den östlichen Provinzen Preußens gegeben, für die damals auch eine Gesetzesvorlage der Preußischen Regierung an den Landtag erwartet wurde. Thiel hatte sich in seinem Sammelband (44)

¹ Vgl. Anhang, Stück IV.

² Wieder abgedruckt in G. F. Knapp: Einführung in einige Hauptgebiete der Nationalökonomie. München und Leipzig 1923.

zwar bemüht, auch auf die westlichen Provinzen und sogar über Preußen hinauszugreifen, aber auch hier füllte die Schilderung der Verhältnisse in den östlichen Provinzen mehr als die Hälfte des Bandes. Und wirklich erschien im Verhandlungsbande, noch nicht in der Einladung, das Thema in der Fassung: „Die Reform der Landgemeindeordnung in Preußen.“ Die gewachsenen Lasten für den Wegebau, die Schulen und die Armenpflege verlangten dringend eine Neuordnung dieser Materie. Die Aufgabe war, durch entsprechende innere und äußere Gestaltung finanziell tragfähige Selbstverwaltungskörper auf dem platten Lande zu schaffen. Es bot sich hierfür die Bildung von Samtgemeinden, also Bildung von zusammengesetzten Gemeinden für alle Aufgaben, oder von Zweckgemeinden für die einzelnen Aufgaben als Lösung dar, auch die Ausgestaltung von Amtsbezirken zu Selbstverwaltungskörpern. Daneben kam die Übertragung eines Teils der Kosten für diese Aufgaben an höhere politische Körper unter Aufrechterhaltung der bisherigen Gemeindekörper in Frage. Bei allen diesen Lösungen jedoch spielte die Beibehaltung der Gutsbezirke oder ihre Zwangseingemeindung eine große Rolle, deren sich die politischen Parteien bereits bemächtigt hatten. Der erste Referent Sombart, früher Ermsleben, jetzt Berlin, ging mit großer Vorsicht alle diese Lösungen durch, nicht immer in deutlicher Entscheidung. Anders der Korreferent, Oberpräsident a. D. v. Ernsthausen. In großer Klarheit berücksichtigte er die Möglichkeit aller Lösungen in ihren Bedingungen und voraussichtlichen Wirkungen. Besonders wies er auch auf die Wichtigkeit der Gestaltung des Stimmrechts bei Neubildungen durch Zusammensetzungen bestehender Einheiten hin. In die Debatte wurde eine gewisse Lebhaftigkeit gebracht durch den ersten Redner, den Reichstagsabgeordneten Wissner (Windischholzhausen), der sich als „einfacher bäuerlicher Grundbesitzer“ einführte, aber die Richtung eines liberalen Bauernvereins vertrat. Hieraus ergab sich seine Stellungnahme zu den einzelnen Fragen und bot keine Überraschungen, besonders vertrat er die Eingemeindung der Gutsbezirke als Regel und Normalfall. Das wirkte auf die übrigen Debatteredner Keil, Frhr. v. Reitzenstein, Gierke und Thiel deutlich ein, wenngleich sie außer Keil auch die sonstigen Fragen sorgfältig berücksichtigten. Zwischendurch trat auch Sombart noch einmal als Debatteredner und ebenso Wissner ein zweites Mal auf, um Mißverständnisse ihrer Vorredner zu berichtigen. Schmoller konnte in seinen Resumé nur sagen, daß zwar in einigen Punkten eine Übereinstimmung sich wohl gezeigt habe, in den wichtigsten dagegen die Verhandlungen mit einem non liquet geendet hätten. — Das zweite Thema, das sozialpolitische, war wohl der eigentliche Anziehungspunkt der Tagung, die denn auch von 117 Teilnehmern besucht war: „Arbeits-

einstellungen und Fortbildung des Arbeitsvertrages.“ Brentano als erster Referent wollte seiner von jeher vertretenen Auffassung gemäß die Fortbildung des Arbeitsvertrages allein den Gewerkvereinen überlassen und forderte demgemäß die Beseitigung aller noch bestehenden gesetzlichen und in der Verwaltungspraxis üblichen Hindernisse für ihre Betätigung. Er erstrebte dabei die erst durch die Zusammenschlüsse der Arbeiter ermöglichte wirkliche Gleichstellung der Parteien bei Abschluß des Arbeitsvertrages. Auch setzte er auf der Arbeitgeberseite solche Zusammenschlüsse voraus, ohne sich um deren Zustandekommen irgendwie zu sorgen, da er hier Hindernisse als nicht vorhanden ansah und bestimmt annahm, die erforderliche Entschlußkraft zu ihrer Begründung werde sich mit folgerichtiger Notwendigkeit schon einstellen. Daß Gefahren mit solch einer organisierten sozialen Kriegführung verbunden sein könnten, leugnete er nicht, meinte aber, das könne in Kauf genommen werden, da es sich nur um vorübergehende Kinderkrankheiten handeln würde. Das zeige das Beispiel Englands mit seinen trade unions. — Da der erste Korreferent Bueck der Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller war, kam in seinen Ausführungen der vollste Gegensatz zu dem Standpunkt Brentanos zum Ausdruck. Bueck schilderte die Gefahren, die in England durch die Gewerkvereine bereits aufgetreten wären und die bei Übernahme der englischen Einrichtungen in Deutschland vermutlich in vergrößertem Maßstab eintreten müßten, in den schwärzesten Farben. Auch das damals neu erschienene Buch von Schulze-Gaevernitz, „Zum sozialen Frieden“, das den Brentanoschen Standpunkt ziemlich vollständig übernommen hatte, erfuhr scharfe Kritik durch Bueck. Die Fortbildung des Arbeitsvertrages erhoffte er als selbsttätig eintretende Folge des „allmählichen Fortschreitens der ganzen Kulturstände“. Redakteur Stötzel (Essen) als zweiter Korreferent nahm dann wieder einen gewerkvereinsfreundlichen Standpunkt ein, den er geschickt vertrat. Die Debatte nahm eine große Ausdehnung an, sie dauerte mit zweistündiger Pause von Mittag bis abends nach 10 Uhr und war sehr lebhaft. Große Unternehmer wie Frhr v. Heyl und Frommel (Augsburg) kamen zu Worte, Gewerkschaftsvertreter wie Döblin von den deutschen Buchdruckergehilfen, aber auch Syndizi von Unternehmerverbänden wie Dr. Rentzsch, Dr. Beumer und Dr. Reismann, welch letzterer namentlich gegen Oldenbergs Jahrbuchaufsatz über den Bergarbeiterstreik von 1889 polemisierte, dazu Professoren wie Neumann und Degenkolb (Tübingen), außerdem Munro (Manchester) und Thiel als hoher Verwaltungsbeamter. Auch Vertreter der christlichen Gewerkschaften von der katholischen Seite wie Redakteur Lensing (Dortmund) und Kaplan Dasbach (Trier) ergriffen das Wort. Ja,

Schmoller verließ den Präsidentenstuhl, ihn Gierke bis zum Schlusse überlassend, und griff in die Debatte ein, wobei er überraschenderweise fast allein gegen Brentano polemisierte, indem er Brentano mit Nachdruck bestritt, daß der allgemeine organisierte Kampf der beiderseitigen Zusammenschlüsse die einzige oder auch nur die empfehlenswerteste Form der Fortbildung des Arbeitsvertrages bilde. Er sah hierin sogar besondere Gefahren für ein kontinental so gelegenes Land wie Deutschland und empfahl das mildere Mittel der Arbeiterausschüsse in den einzelnen Fabriken und für die Arbeiterverbände die bedingte Verleihung gewisser Rechte durch ein Reichsarbeitsamt für je eine einzelne Industrie, sobald die Entwicklung in den Arbeiterverbänden eine gewisse, die größten Gefahren ausschließende Stufe erreicht habe. Thiel unterstrich nachher, daß ja Schmoller keineswegs die grundsätzliche Koalitionsfreiheit habe wiederaufheben wollen, sondern die Gewährung bestimmter Rechte an die Koalitionen nur schrittweise durchführen, und erklärte sich seinerseits mit diesem Gedanken ganz einverstanden. Die Referenten setzten sich in ihren Schlußworten mit den gegen jeden von ihnen besonders entgegengehaltenen Einwendungen auseinander, und so beschäftigte sich Brentano eingehend mit den Ausführungen Schmollers, wobei er vornehmlich seiner Abneigung gegen behördliche Einmischung Ausdruck gab. Gierke gab schließlich in seiner Zusammenfassung der Verhandlungen zu, daß eine Einstimmigkeit nicht erzielt, daß wohl aber eine Mehrheit vorhanden gewesen sei, die den grundsätzlich ablehnenden Standpunkt der Arbeitgeber gegen geschlossenes Auftreten der Arbeiter bei Abschluß der Arbeitsverträge nicht für richtig halte und die allmähliche Bildung von „anerkannten, öffentlich autorisierten genossenschaftlichen Verbänden der Arbeiter“ als unentbehrlich für den sozialen Frieden ansähe. Er fand dazu allgemeine Zustimmung. Dann schloß Schmoller die Tagung und nannte sie trotz der hervorgetretenen Meinungsverschiedenheiten eine der bedeutungsvollsten für den Verein.

12. Die Berliner Tagung vom Frühjahr 1893

Für das Jahr 1891 liegen offizielle Verlautbarungen des Vereins außer einer Rundfrage an die Mitglieder wegen der Beteiligung des Vereins an der Begründung einer „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“, die später wegen der besonderen Aufgaben des Vereins ablehnend entschieden wurde, nicht vor, eine Ausschußsitzung hat offenbar nicht stattgefunden. Das ist angesichts der sehr reichen Belastung des Vereins mit Schriftenpublikationen leicht erklärlich. Die schon erwähnten, bereits seit 1889 im Erscheinen begriffenen Schriftenbände der Vereinsenquete über die deutsche

Hausindustrie war 1890 noch weitergegangen und endete erst 1891 (Band 48) mit einer Monographie über die Hausindustrie der Stadt Leipzig. Dann hatte die abschließende Ausschußsitzung nach der Tagung von 1890 so reichhaltige Vorschläge für neue, in den Schriften zu behandelnde Themen gebracht, daß nur die Landarbeiterfrage, die Handelspolitik und die Auswanderungsfrage in den Kreis einer wenigstens vorbereitenden Beschlußfassung gezogen wurden. Das Angebot des Verlags zu einem Preisausschreiben (3000 Mark) für eine „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes“ wurde unter Anerkennung der Nützlichkeit einer solchen Schrift, aber unter Zweifeln an ihrem Zustandekommen angenommen. Der Preis konnte auch tatsächlich später nicht verteilt werden, da ein Bearbeiter sich nicht gefunden hatte.

Erst am 13. März 1892 versammelte sich wieder der Ausschuß, und zwar in Berlin. Da zeigte sich denn nach den Berichten, daß sowohl die Schriftenbände über die „Handelspolitik in den wichtigeren Kulturstaaten“ wie die über die „Landarbeiterfrage“ eifrig gefördert worden waren. Sie gerieten zu sehr umfangreichen Veröffentlichungen, die ersteren füllen insgesamt 1421, die letzteren gar 2521 Druckseiten. Daß in der Landarbeiterenquete Max Weber durch seinen den Band 55 füllenden Beitrag über „Die Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland“ seine Wendung von der Rechtswissenschaft zur Nationalökonomie vollzog, ist bekannt. Diese umfangreichen Veröffentlichungen hatten die Mittel des Vereins stark erschöpft. Das gebot Zurückhaltung in der Inangriffnahme neuer Themen. Es wurden daher nur die Handwerkerfrage und die Kreditorganisation für den ländlichen Kleinbesitz als Themen in vorläufige Aussicht genommen.

Zu Verhandlungsgegenständen für die im Herbst des Jahres fällige Tagung wurden durch Beschluß erhoben: 1. die ländliche Arbeiterfrage und die deutschen Binnenwanderungen, 2. die Bodenbesitzverteilung und die Sicherung des Kleingrundbesitzes. Zum Tagungsort wurde Posen gewählt, was die Gelegenheit bieten sollte, die Ergebnisse im Gebiete der Ansiedlungskommission zu besichtigen. In dieser Sitzung wurde unter anderen Dr. Sombart (Breslau) erstmalig in den Ausschuß kooptiert.

Die Cholera von 1892 war es, die das Zustandekommen der Posener Tagung verhinderte. Seit August mehrten sich die Zuschriften an Schmoller, die den Bedenken gegen die Abhaltung einer Tagung und noch dazu in einem so weit östlich gelegenen Orte Ausdruck gaben. Man zweifelte an einer genügenden Beteiligung. Im September erging dann an die Mitglieder das Rundschreiben, das die Versammlung auf das Frühjahr 1893 vertagte. Ohne daß es, soweit ersichtlich, zu einer neuen Aus-

schußsitzung kam, wurde dann im Februar 1893 zu einer Tagung am 20. und 21. März in Berlin in der Universität eingeladen. Deren Programm blieb gegenüber dem für Posen bestimmten unverändert, nur war an Stelle des Präsidenten der Generalkommission für die Ansiedlung in Posen-Westpreußen, Beutner (Bromberg), der Präsident der Generalkommission für Brandenburg und Pommern, Metz (Frankfurt a. d. O.), getreten.

Der Verlauf der Tagung stand auf einer besonders bemerkenswerten Höhe und gibt noch heute guten Aufschluß über den Gang der Entwicklung im Siedlungswesen, die dann bis zum Kriege, ja darüber hinaus, ungefähr auf der gleichen Linie verharrte. Das Programm verband sozialpolitische und agrarpolitische Probleme. Das offenbarte die Debatte noch mehr als die Referate. Das Stichwort „ländliche Arbeiterfrage“ enthielt sowohl das wirtschaftspolitische Problem, auf welche Weise der landwirtschaftliche Betrieb, namentlich der Großbetrieb, zu den erforderlichen Arbeitskräften kommen könnte, wie das sozialpolitische, ob und wie die Lage der Landarbeiter verbessert werden müßte, woraus dann auch noch das dritte Problem sich erhob, inwieweit der tatsächliche Mangel an Landarbeitern mit der sozialen Lage dieser etwa zusammenhinge. Die Einleitung, die Knapp als erster Referent gab, war von mustergültiger Übersichtlichkeit, die durch eine starke Vereinfachung der Ergebnisse der umfangreichen Publikation erreicht wurde. Sie zollte den Bearbeitern hohes Lob. Georg v. Mayrs Korreferat, das von der vierten an die zweite Stelle rückte, weil Graf Kanitz (Podangen) gerade im Reichstage unabhkömmlich war und nicht erscheinen konnte, hatte „die Statistik der deutschen Binnenwanderungen“ zu behandeln und blieb streng bei seinem Thema, indem er sich mit den Verbesserungsmöglichkeiten dieser Spezialstatistik befaßte und ihre vorläufigen Ergebnisse mit Vorbehalt wiedergab. Anschließend hielt Max Weber als dritter Referent seine Jungfernnrede im Verein. Sie war gestützt auf die sichere Beherrschung des Stoffes, die er bei Abfassung seines umfangreichen Schriftenbandes über „Die Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland“ (Band 55) erworben hatte. Weber berücksichtigte zwar die Verhältnisse der Landarbeiter im ganzen Reiche, namentlich bei den allgemeinen Gesichtspunkten für eine Reform, aber das Hauptgewicht lag bei den Verhältnissen des landwirtschaftlichen Großbetriebs im Osten. Das überkommene Instverhältnis zersetzte sich infolge der Einführung der Dreschmaschine und infolge des Übergangs zu intensivster Kultur, wie sie die Zuckerrübe erforderte. Und da im Osten schon damals der polnische Wanderarbeiter die vorläufige Lösung der Beschaffungsfrage von Arbeitskräften abgab, rückte Weber auch das hiermit gegebene nationalpolitische Problem in helle Beleuch-

tung. Kein Wunder daher, daß die zum ersten Male im Verein anwesenden Sozialdemokraten Dr. Quarck und Dr. Schoenlank sich eifrig bei der Debatte ins Gefecht stürzten und sowohl Grundlagen wie Durchführung der Enquete und besonders das Webersche Referat angriffen. Die „mangelhafte nationalökonomische Grundlage“ wie ein „gewisser hoher nationaler Schwung“ wurden in beiden Fällen spöttisch bemängelt. Selbstverständlich setzte sich Max Weber in seinem Schlußwort — Knapp hatte darauf verzichtet — sehr energisch zur Wehr. Doch hatten vorher Conrad und Thiel in sachlichen und maßvollen Ausführungen die Debatte der politischen Leidenschaftlichkeit entrückt. Auch Bueck hielt sich zurück, selbst Dr. Suchsland (Halle), der Geschäftsführer eines Verbandes ländlicher Arbeitgeber in Sachsen, polemisierte nur sehr zurückhaltend gegen Dr. Schoenlank. — Das zweite Thema der Tagung, „Die Bodenbesitzverteilung und die Sicherung des Kleingrundbesitzes“, stand dadurch in Verbindung mit dem ersten, als zu erwägen war, inwieweit bei der planmäßigen Ansiedlung von Bauern vielleicht auch für die Lösung der Landarbeiterfrage durch gleichzeitige Schaffung von Kleinstellen etwas getan werden könne. In Serings Referat war diese Verbindungslinie mit dem Thema des Vortages selbstverständlich nur ein Punkt seiner Ausführungen, die ja dem gesamten Komplex der inneren Kolonisation gewidmet waren. Sering konnte sich hierbei auf seinen die Verhandlungen vorbereitenden Band der Schriften (56), betitelt „Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland“ beziehen, in dem die „Arbeiter-Ansiedlungen“ in deutlicher Trennung von den „Bauernkolonien“ behandelt wurden. In dem Referat kam es darauf an, alle Gesichtspunkte, die bei der inneren Kolonisation von Wichtigkeit waren, in gedrängter Kürze und Anschaulichkeit vorzuführen. In umfangreichen Studien, zum guten Teile an Ort und Stelle, waren diese empirischen Grundlagen für die bei der Ansiedlung zweckmäßigerweise zu beobachtenden Regeln zusammengebracht worden. Knapp, der Historiker der Bauernbefreiung, erkannte in seinem einleitenden Referate des Vortages unumwunden an, daß ihm erst die vorbereitenden Bände 53—56 über die Landarbeiter und die innere Kolonisation die ganze Veränderung gezeigt hätten, die sich in den landwirtschaftlichen Arbeits- und Besitzverhältnissen während der Jahrzehnte nach dem Zeitpunkt vor sich gegangen wären, mit dem er seine Darstellung abgeschlossen habe. Zustatten kam Serings Referat auch die Übereinstimmung in der Beurteilung vieler Einzelpunkte mit dem Referat von Max Weber. Wenn als zweiter Referent Präsident Metz „seine Erfahrungen bei der Begründung von Rentengütern“ vorführte, die ganz aus den Erlebnissen des Alltags in der Verwaltungstätigkeit geschöpft waren, und sich dabei vielfach eine Übereinstimmung mit den

Ergebnissen der gelehrten Forschung ergab, dann zeigte sich darin, daß ein einigermaßen fester Boden für die Ansiedlungspolitik gewonnen war. Von besonderer Bedeutung war dann das dritte Referat Gierkes, das, wie der Referent sich einleitend ausdrückte, eine „juristische Nachlese“ halten wollte. Das Referat war die Darlegung einer systematischen Gegnerschaft gegen die ausgesprochen liberalistische Auffassung, die auch in Dingen der Agrarverfassung die vorangegangenen Jahrzehnte beherrscht hatte. Nach Referaten von solcher Überzeugungskraft und Umfassendheit konnte die Debatte nur Einzelheiten des ganzen Problemkomplexes, wie zum Beispiel die Verschuldungsfrage und die Einrichtung der Heimstätten, schärfer beleuchten. Neben Rittergutsbesitzern und hohen Verwaltungsbeamten nahm auch Adolph Wagner das Wort, wobei er zum Schlusse die agrarische Zollfrage und die Währungsfrage berührte. Auch der liberalistische Bauernführer Wisser erschien wieder auf dem Plan, beschränkte sich aber bei sonstiger Übereinstimmung mit den Referenten auf periphere Einwendungen. Schmoller erinnerte am Schlusse der Tagung in seiner Zusammenfassung an die Verhandlungen des Vereins von 1886 und freute sich feststellen zu können, daß doch diesmal im Grunde eine weitreichende Übereinstimmung sowohl in der Beurteilung der tatsächlich gegebenen Lage für die ländlichen Arbeiter, wie bei den Mitteln zu ihrer Lösung hervorgetreten sei. Jedenfalls war der Verein mit den Themen der jetzt abgeschlossenen Tagung noch einmal ganz zur Agrarpolitik zurückgekehrt, die die Versammlungen der achtziger Jahre so weitgehend erfüllt hatte.

13. Die erste Wiener Tagung vom Herbst 1894

Die Ausschußsitzung nach Abschluß der Berliner Tagung von 1893, die auch unter anderem die erstmalige Kooptation von Max Weber und v. d. Leyen in den Ausschuß brachte, war reich beschickt mit Vorschlägen für die weitere Betätigung des Vereins. Da war der kleine landwirtschaftliche Personalkredit, die Handelspolitik und die Auswanderung, vornehmlich aber die Kartellfrage. Von Interesse dürfte auch sein, daß Miquel die Aufmerksamkeit auf die Tarifpolitik der Eisenbahnen lenkte, von der er behauptete, daß sie noch immer unsicher taste, obwohl doch ganze Industriezweige von den Frachtsätzen abhingen. Merkwürdigerweise hatte ja die große Aktion der Eisenbahnverstaatlichung an der Wende von den siebziger zu den achtziger Jahren in den Arbeiten des Vereins noch keinen Niederschlag gefunden, obwohl sie die Öffentlichkeit stark erregt hatte. Auch die Börsenreform, die Währungsfrage und die Erbschaftssteuer tauchten auf. In Anbetracht der Tatsache, daß durch die Verschiebung der

Tagung vom Herbst 1892 auf das Frühjahr 1893 diesmal nur andert-halb Jahre bis zur nächsten Tagung zur Verfügung standen, griff der Ausschuß schon jetzt auch zur Erörterung passender Verhandlungsthemen. Schmoller griff aus der Fülle der Anregungen als am besten geeignete „Wanderungen und Bevölkerungsbewegung“, daneben die „Kartell-bildungen“, „Großindustrie und Handwerk“ und schließlich den „ländlichen Personal-Kleinkredit“ als empfehlenswerteste Themen heraus und stellte sie zur Beschlußfassung, die übrigens eine vorläufige sein sollte. Das fand allgemeinen Beifall. Für das Thema der Kartellbildung, für das der verbliebenen Konkurrenzfähigkeit des Handwerks gegenüber der Industrie und das des ländlichen Personalkredits wurden besondere Unterausschüsse zur Vorbereitung für die Tagung oder für die Behandlung in den Schriften niedergesetzt. Die Auswanderungsfrage befand sich bereits in den Händen von Philippovich, der bereits 1892 einen Band (52) über dieses Thema herausgebracht hatte. In dem Unterausschusse für die Kartellbildung wurde Schmoller der Herausgeber des umfangreichen Bandes 60 der Schriften, die zu einer gewissen Berühmtheit gelangte Vereinsenquete über die Lage des Handwerks in Deutschland besorgte Bücher in neun Bänden (62—70), die in den Jahren von 1895 bis 1897 erschienen und von denen jeder einen Umfang von durchschnittlich 700 Druckseiten erreichte, die bisher umfangreichste einheitliche Veröffentlichung in den Vereinsschriften, zumal dazu noch der durch v. Philippovich besorgte Band für Österreich trat (71), der ebenfalls fast 700 Druckseiten umfaßte.

Mit dem Orte der Tagung von 1894 beschäftigte sich erst die Ausschußsitzung vom 1. April dieses Jahres, und zwar wurde München dafür in Aussicht genommen, weil man dort nach Versicherung v. Philippovichs auf das Erscheinen zahlreicher Politiker und Gelehrter aus Österreich rechnen könne. Allerdings hatte Brentano, auf dessen Vorbereitung einer Tagung in München der Verein doch in erster Linie zählen mußte, auf Schmollers Anfrage bereits unterm 22. Februar brieflich Bedenken gegen München als Tagungsort erhoben, und zwar recht bissig, weshalb er auch am Schlusse um vertrauliche Behandlung des Briefes bat. Er schrieb darin:

„Meine Bedenken gegen eine Generalversammlung in München wurzeln wesentlich in der voraussichtlichen Teilnahmslosigkeit der Münchener. Abgesehen vom Bier ist hier höchstens lebhaftes Interesse für Theater und Kunst — und auch dies nur auf seiten der Eingewanderten und Fremden. Die einheimische Rasse ist etwas entschieden Kulturfeindliches, deshalb auch dem Untergang Geweihtes — ähnlich wie die Sioux in Nordamerika. Hier in München geht der Aufsaugungsprozeß durch einwandernde Franken, Schwaben u. a. sichtbar vor sich. Auf dem platten Lande geht's langsamer und

wird noch viel Kämpfe kosten. Aber es kann kein Zweifel sein, wie der Ausgang sein wird.

Mehr als 20 bis 30 einheimische Teilnehmer werden nicht aufzutreiben sein — wenigstens bei den Sitzungen. Wenn es Ströll und mir gelingen sollte, ein Kellerfest zu Ehren des Vereins zustande zu bringen, werden Sie dagegen ganz München sehen.“

Wenn es zu der Tagung in München nicht kam, obwohl der Ausschuß sich für diesen Ort entschied, so lag das nicht an Brentanos Kritik gegenüber seinem Wohnort, denn davon erfuhr ja der Ausschuß nichts, sondern an der unerwarteten ziemlich schweren Erkrankung Brentanos, die Lotz bereits unterm 26. April meldete. Daher richtete Schmoller am 30. Mai ein Rundschreiben an die Ausschußmitglieder mit der Frage, ob sie mit einer von Knapp und v. Philippovich beantragten Verlegung der Herbsttagung von München nach Wien einverstanden wären. Im Falle der Nichtäußerung bis zum 6. Juni nahm das Rundschreiben Zustimmung des Empfängers an. Es scheint an einer genügenden Zahl von Einsprüchen gefehlt zu haben. So erging denn die Einladung für den 28. und 29. September 1894 nach Wien mit den Verhandlungsthemen „Die Kartelle“ (Referenten: Bücher und Kockert, Direktor der Rohrbacher Zuckerrefinerie-Aktiengesellschaft, Wien) und „Das ländliche Erbrecht“ (Referenten: Thiel und Dr. Michael Hainisch, Gutsbesitzer, Wien).

Der tatsächliche Verlauf der Verhandlungen brachte keine Abweichung von diesem Programm. Büchers Referat war ein Muster gedrängter Kürze und gewissenhafter Objektivität. Die volkswirtschaftlichen Vorteile der damals noch neuen Bildungen der Kartelle, ihre nach menschlicher Schätzung möglichen Gefahren und zuletzt eine kurze Erwägung der denkbaren staatlichen Maßregeln zur Beseitigung solcher Gefahren wurden übersichtlich vorgeführt. Bücher selbst erwähnte, daß er zur Erstattung dieses Berichtes sich erst durch den Ausschuß hätte drängen lassen und Schmoller als Vorsitzender der Tagung bestätigte das, indem er zugleich feststellte, daß dieses Drängen zum vollen Gegenteil eines Mißerfolges geführt habe. Der Korreferent Kockert, der in der Debatte erwähnte, daß er sich vom einfachen Arbeiter in der Zuckerindustrie zu seiner leitenden Stellung darin emporgearbeitet hätte, beleuchtete das Kartellproblem selbstverständlich vom Interessentenstandpunkt her, führte das aber mit großer Gewandtheit durch. Obwohl er eingestehen mußte, daß das Kartell, zu dem der von ihm geleitete Betrieb gehört hatte, im Augenblicke infolge innerer Gegensätze sich aufgelöst hätte, allerdings einen Neuzusammenschluß in naher Zeit erwarten ließ, nahm er es nach allgemeiner Einleitung als Beispiel für den Nachweis, welche weitreichend günstigen volkswirtschaftlichen Wirkungen von solch einem Ge-

bilde ausgehen könnten. Seine Anschauungsweise gegenüber den Dingen von der erlebten Praxis her ließ ihn sehr einleuchtende Argumente finden, mit denen er spürbar großen Eindruck machte, aber auch zum Widerspruch reizte. Die Debatte erfüllte Büchers Wunsch, der offen ausgesprochen hatte, er wolle nicht den Inhalt des vorbereitenden Schriftenbandes (60), den Schmoller mit viel Mühe zusammengebracht hatte³, vorführen und auswerten, sondern sich dem mit der Kartellbildung gegebenen Problem grundsätzlich gegenüberstellen und durch wenige festumrissene Thesen eine möglichst vielseitige Diskussion herausfordern. Die Debatte wurde äußerst lebhaft. Hierzu trug schon der wiedergenesene und darum in der Versammlung erschienene Brentano als erster Diskussionsredner bei. Einigermmaßen wider Erwarten derer, die seine grundsätzliche wirtschaftspolitische Einstellung kannten, zeigte er volle Anerkennung für die möglichen volkswirtschaftlich günstigen Wirkungen der Kartelle in ihrem Streben nach Ordnung und Stetigkeit der Produktion und des Marktes. Freilich verkannte er die zugleich in der Kartellbildung liegende Stärkung der Stellung der Unternehmerseite gegenüber den Arbeitern nicht, glaubte aber, daß bei einer endlich durch Gesetz herbeigeführten Freiheit der Betätigung auf seiten der Arbeiterorganisationen das Gegengewicht dieser leicht das erforderliche Maß erreichen könne. Und während er in der Ablehnung polizeilicher und strafrechtlicher Maßnahmen gegen die Kartelle ganz mit Bücher übereinstimmte, widersprach er — hierin ganz der Alte — strikt der Auffassung, daß die Kartellierung und Monopolisierung ganzer Industriezweige diese für eine Verstaatlichung gewissermaßen reif mache und daß das erwünscht wäre. Denn erst bei einer Verstaatlichung würden die Aussichten der Arbeiterorganisationen auf Erreichung eines genügenden Gegengewichts gegen die zusammengeballte Unternehmerschaft endgültig verlorengehen. Eine zwiespältige Beurteilung des ganzen Kartellwesens beherrschte die ganze weitere Debatte, so bei Wilhelm Neurath, Stefan Bauer, Pohle und Julius Wolf, welche beide letzteren sich ja erst später vom Verein trennten. Der Wiener Sozialdemokrat Dr. Adler griff in einer schier überwitzigen Rede vornehmlich Kockert und sein Kartell an, was ihm Schmoller milde durchgehen ließ. Kockert hatte Schutz auch nicht nötig, er setzte sich sofort selbst energisch zur Wehr. Ein Lichtstreifen aus den inner-österreichischen Parteigegensätzen fiel hier in die Debatte. Ein sonst nicht bekannter Herr Till, Mühlenbesitzer in Bruck a. d. M.^{3a}, der auf der Tagung dem Verein

³ Darin die noch heute lehrreiche Abhandlung von E. L. v. Halle über das Werden der amerikanischen Trusts.

^{3a} Vgl. aber den Artikel „Getreidehandel“ von C. v. Dietze im Handw. d. Staatswiss., Erg.-Bd. z. 4. Aufl., S. 297/98.

beigetreten war, wollte seinen Plan, die Brotherstellung zu verstaatlichen, in Zusammenhang bringen mit einer günstigen Beurteilung der Kartelle und trat hierfür eine breite, auf die Entwicklung der Getreidepreise zurückgreifende Beweisführung an, verlor aber angesichts des steigenden Unwillens der Versammlung zuletzt doch die Lust dazu. Bücher in seinem Schlußwort und Schmoller in seiner Zusammenfassung brachten zum Ausdruck, daß die Verhandlungen die den Umständen nach berechtigten Erwartungen durchaus erfüllt hätten. Aus den schriftlichen Referaten, die den Verhandlungsband eröffneten, war das juristische von Prof. Adolf Menzel (Wien) in der Debatte mehrfach fruchtbar gemacht worden. Auch konnten dem Bande noch längere Abhandlungen von Stephan Bauer mit „Sieben Kartellstatuten österreichischer Industrien“ und von Ludwig Pohle über „Das deutsche Buchhändlerkartell“ angefügt werden.

Die Verhandlungen über das zweite Thema, „Das bäuerliche Erbrecht“, waren nicht weniger lebendig. Es handelte sich in den Erörterungen einmal um die Feststellung der bäuerlichen Erbsitten und ihre Verbreitung in Deutschland, dann um die Frage, inwieweit diese Erbsitten zu einer Zersplitterung des bäuerlich bewirtschafteten Areals oder sein Verlorengehen an den Großbetrieb und zu einer übermäßigen Verschuldung führten, und zuletzt um die Frage, ob und mit welchen Mitteln, darunter besonders mit der gesetzlichen Einführung des Anerbenrechts, der möglichen Gefährdung der bäuerlichen Betriebsformen entgegengewirkt werden könne. Über die Tatsachen der Erbsitten, namentlich die Verbreitung ihrer Formen, war kaum noch Streit, wenig auch über die Zersplitterungsvorgänge bei gleichem Erbrecht der Abkömmlinge, desto mehr über die Beurteilung der Zersplitterung und über die Angebrachtheit, ihr durch staatliche Maßnahmen, namentlich durch das Anerbenrecht entgegenzuwirken. Thiels kurzes Referat bejahte die Gefahr und bejahte das Anerbenrecht als empfehlenswertes Gegenmittel. Michael Hainisch, der nachmalige Bundespräsident von Österreich, gab im Korreferat einen klaren Überblick über die in Betracht kommenden österreichischen bäuerlichen Verhältnisse, sah in der tatsächlichen Entwicklung teils Gefahren, teils unabänderliche, teils sogar wohltätige Vorgänge und beurteilte die Gegenmittel wie Anerbenrecht und Verschuldungsgrenze skeptisch. Die Debatte wurde nach einer sorgsam zurückhaltenden, aber doch skeptischen Rede Grünbergs von Brentano mit großer Leidenschaftlichkeit eröffnet. Er hatte sich seit dem Ausgang der achtziger Jahre der Agrarpolitik zugewandt und jetzt — allerdings in Beschränkung auf Bayern — nicht nur die Akten, die staatlichen Veröffentlichungen und die Literatur studiert, sondern auch auf weiten Wanderungen durch verschiedene Gegenden

Bayerns die Denk- und Handlungsweise der bayrischen Bauern zu erforschen gesucht. Seine sich daraus ergebende Stellungnahme war ganz die des Liberalen, wie von den Getreidezöllen wollte er von Anerbenrecht und Verschuldungsgrenze nichts wissen, erwartete aber auch von einem *laissez aller* keinen Schaden, sondern letzten Endes befriedigende Ergebnisse. Ihm trat Sering mit einer in allen Punkten widersprechenden Rede entgegen, und da Brentano noch einmal das Wort ergriff und Sering ihm wiederum antwortete, bekam die ganze Diskussion fast den Charakter eines Zweikampfs zwischen diesen beiden Männern, deren wissenschaftliche Gegnerschaft denn auch von hier aus für die Jahrzehnte ihren Anfang nahm. Zwischen den beiden Gängen dieses Duells aber traten viele Redner im Für und Wider gegenüber einer quietistischen oder aktivistischen Bauernerhaltungspolitik auf: ein Franzose, Dr. du Maroussem (Paris), sprach auf Französisch zugunsten der Heimstätten bauernschutzfreundlich, auch Gierke, der dabei zugleich seine bekannte Stellung zum damals werdenden Bürgerlichen Gesetzbuch skizzierte, so auch Graf Chorinski (Wien), der neben Geheimrat Hermes bereits ein im Verhandlungsbande vorausgeschicktes schriftliches Referat erstattet hatte, und auch Hermes selbst. Dagegen aber sprachen Bücher, der österreichische Abgeordnete Dr. Max Menger und v. Schulze-Gävernitz. Vorwiegend juristische Betrachtungen über das Anerbenrecht stellten verschiedene österreichische Advokaten an. Hainisch verwahrte sich in einem ganz kurzen Schlußwort dagegen, daß man ihn schlechtweg zu einem Gegner des Anerbenrechts gestempelt habe, und Thiel gewann im Zurückgehen auf die einfachsten staatspolitischen Grundgedanken noch einmal eine sehr eindrucksvolle Linie zur Verteidigung seines Standpunktes. v. Inama-Sternegg als Vorsitzender des zweiten Verhandlungstages geriet bei seiner Zusammenfassung aus der Objektivität des Berichts ein wenig in eine eigene Stellungnahme zugunsten des Bauernschutzes, korrigierte sich aber auf Zuruf gleich wieder selbst.

Es läßt sich aus den Verhandlungen noch herauslesen, daß sie als Ganzes doch einen sehr befriedigenden Eindruck bei den Teilnehmern hinterlassen hatten. Schmoller sprach in den kurzen Worten, mit denen er die Verhandlungen schloß, sogar den Satz: „Ich habe die Empfindung, daß in den 22 Jahren, die wir tagen, wenige Generalversammlungen einen so anregenden und lebhaften Verlauf hatten.“ Jedenfalls eroberte sich mit dieser Tagung der Verein für die Dauer seinen Platz in Österreich. Da der Verhandlungsband (61) am Schlusse ein Mitgliederverzeichnis mit Beruf und Wohnort der Mitglieder brachte und darin 144 österreich-ungarische Mitglieder aufweist, während vor der Tagung etwa 10—12 gezählt werden konnten, müssen die Neubeutritte aus dem damaligen Nachbarlande zahl-

reich gewesen sein. Schmoller erwähnte 1895 in einer Ausschußsitzung bei Erörterung der Vereinsfinanzen, daß der Verein bis 1892 eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 375 gehabt habe, die seither auf 489 gestiegen sei. Ist dieser Zuwachs in der Hauptsache auf die Wiener Tagung zurückzuführen, dann hatte sie auch in dieser Hinsicht ihre besondere Bedeutung.

14. Die Kölner Jubiläumstagung von 1897

Statt der satzungsmäßigen zweijährigen Pause zwischen den aufeinanderfolgenden Tagungen des Vereins entstand diesmal eine dreijährige. Denn erst im Herbst 1897 fand die nächste Tagung statt, und zwar in Köln. Die Ausschußsitzung nach Abschluß der Wiener Tagung am 30. September 1894 hatte bei der Erörterung der im Gange befindlichen Schriftenbände und der Inangriffnahme neuer Arbeiten im Keime bereits zwei Themen der kommenden Generalversammlung herausgestellt, die „Handwerkerfrage“ und den „ländlichen Personalkredit“. Die so umfangreiche Enquete des Vereins über das Handwerk (s. o. S. 70) begann damals gerade zu erscheinen, und die selbstverständlich lange Dauer der Drucklegung der vielen starken Bände dürfte nicht zuletzt der Grund gewesen sein, aus dem man mit der Abhaltung einer neuen Tagung zögerte, weil ihre Beendigung abgewartet werden sollte. Auch die Bände über den „Personalkredit des ländlichen Kleingrundbesitzes“ (Bd. 73, 74) waren damals noch nicht bis zur Drucklegung gediehen, sie erschienen erst im Jahre 1896, der jetzt in der Sitzung beschlossene zusätzliche Band für Österreich (75) über das gleiche Thema kam erst 1898, also post festum heraus. Es waren ebenfalls starke Bände von fast 500 Druckseiten. Das Thema „Auswanderung und Auswanderungspolitik“, zu dem der für Deutschland durch v. Philippovich herausgegebene Band (52) bereits 1892 erschienen war, wurde jetzt durch einen weiteren Band abgeschlossen, der die englische Aus- und die nordamerikanische Einwanderung und Einwanderungspolitik behandelte. Dieses Thema gelangte jedoch in der Folge niemals auf das Programm einer Tagung, wohl aber folgte, allerdings erst im Jahre 1909, ein später Nachzügler dazu in den Schriften über Österreich von L. Caro (131). Schmoller wollte in dieser Sitzung Brentano, der in der Tagung von seinen Studien über die ländlichen Erbverhältnisse in Bayern so nachdrücklich gesprochen hatte, einen Platz für die von ihm in Aussicht gestellte Schrift in den Vereinsschriften sichern, aber Brentano zeigte sich wenig geneigt, besonders als Thiel und Sering für diesen Fall eine Ausdehnung des betreffenden Schriftenbandes auf die übrigen Länder Deutschlands bzw. einen wortgetreuen

Abdruck des der Brentanoschen Schrift zugrunde liegenden Materials als angezeigt erklärt hatten. Eine Anregung Brentanos, die „Relative Konkurrenzfähigkeit der verschiedenen landwirtschaftlichen Betriebsformen“ zu untersuchen, findet zwar allseitige Unterstützung, und es wird sogar ein besonderer Unterausschuß zur Ausarbeitung von Vorschlägen für die Durchführung einer solchen Untersuchung unter Thiel niedergesetzt, aber Brentano ist nicht darin. Auch zahlreiche andere Vorschläge für neue Untersuchungen werden gemacht. Soweit sie zu weiteren Ergebnissen führten, wird später darauf zurückzukommen sein. Ein Nachspiel hatte die Wiener Tagung noch dadurch, daß unterm 2. März 1895 Brentano und Lotz den als Vereinsrundschreiben gedruckten Antrag stellten, es möge Vorsorge getroffen werden, daß die Redner der Tagungen nicht bei der Korrektur für die Verhandlungsbände in den stenographischen Bericht nachträglich neue Argumente einfügten, die sie in ihren Reden nicht gebraucht hätten. Dieser Antrag richtete seine Spitze, wie aus Briefen Brentanos an Schmoller hervorgeht, gegen Sering. Wichtiger ist, daß in diesem Rundschreiben von Brentano und Lotz zugleich beantragt wurde, das in den deutschen Einzelstaaten geltende Vereins- und Versammlungsrecht zu untersuchen, weil es das Koalitionsrecht des Reiches vielfach illusorisch mache.

In der Ausschußsitzung vom 17. März 1895 brachten Brentano und Lotz diesen Antrag noch einmal mündlich vor mit Zusatzanträgen, die auf eine Mitarbeit der Leiter von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden an den Untersuchungen sowie auf die Einbeziehung der Einwirkung der zersplitterten Vereinsgesetzgebung auf die Tätigkeit und Entwicklung der beiderseitigen Verbände in die Untersuchungen abzielten. Es entstand eine lebhafte Erörterung unter Beteiligung vieler Ausschußmitglieder über diesen Antrag. Die Mehrheit hielt den Vorschlag für unausführbar, weil ohne Durcharbeitung der Polizeiakten fast aller Städte eine befriedigende Darstellung der Tatsachen nicht erreichbar sein würde. So wurde die Beratung auf die nächste Ausschußsitzung vertagt. Aber das dritte Thema für die kommende Tagung war hiermit erstmalig zur Sprache gebracht. Der Antrag Stieda auf Untersuchung der Verhältnisse des Hausiergewerbes fand eine große Mehrheit. Er wurde zunächst für die Vereinsschriften fruchtbar. Bücher, Knebel und Sombart jun. sollten Stieda bei dem Aufbau der Untersuchungen unterstützen. —

Zwei ungewöhnliche Maßnahmen wurden in dieser Sitzung außerdem getroffen. Die eine betraf den Fall Bueck. Der Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Industrieller hatte im Preußischen Abgeordnetenhaus als Abgeordneter bei der Beratung des Kultusetats am 2. März 1895 in einer großen parlamentarischen Polemik, die sich

namentlich gegen den Abgeordneten Stöcker richtete und von diesem entsprechend abgewehrt wurde, heftig gegen die damals zahlreichen Angriffe der sozialreformerisch gesinnter Kreise auf die Unternehmer Einspruch erhoben und dabei auch auf die letzte Frankfurter Tagung des Vereins (1890) zurückgegriffen. Er sagte von dieser Tagung, auf der

„es sich darum handelte, die Frage des Arbeitsvertrages in wissenschaftlicher Weise zu erörtern unter der Führung eines der berühmtesten und von mir sehr hochgeachteten Nationalökonomten, die wir überhaupt in Deutschland haben, — es war die ganze Korona der studierenden Jugend, die aus den betreffenden Seminaren hervorgegangen ist, nehme ich an, dort versammelt; es fielen sehr scharfe Reden gegen die Arbeitgeber, ich mache mich keiner Übertreibung schuldig, wenn ich sage, unflätige Angriffe gegen die Arbeitgeber, und diese unflätigen Angriffe wurden mit einem frenetischen Jubel von den jungen Studierenden begrüßt...“

Schmoller erhob wenige Tage darauf briefliche Vorstellungen bei Bueck, worauf dieser ebenfalls brieflich den Gebrauch des Ausdrucks „unflätig“ bedauerte und zugab, daß er nur „gehässig“ hätte sagen dürfen. Daraufhin bat Schmoller, Bueck möchte im Abgeordnetenhaus offiziell erklären, daß er den Ausdruck „unflätig“ bedaure und daß im stenographischen Berichte über die Tagung Beweise hierfür vollständig fehlten, daß er auch keinen der anwesenden Dozenten und Gelehrten gemeint hätte. Jetzt schien Bueck erst den Verhandlungsband der Tagung von 1890 eingesehen zu haben. Er räumte ein, daß in dem Bericht Beweise für seine Behauptung fehlten, berief sich aber auf seine sichere Erinnerung. Eine Erklärung im Abgeordnetenhaus lehnte er ab und erklärte sich bereit, die Stellungnahme des Ausschusses, die Schmoller im Falle der Ablehnung einer Erklärung im Parlament in Aussicht gestellt hatte, abwarten zu wollen. Verwunderlicherweise war Bueck in der Ausschusssitzung auch selbst zugegen. Der Ausschuß sah es nach eingehender Beratung angesichts der Weigerung Buecks, die gewünschte Erklärung abzugeben, als notwendig an, seinerseits mit einer Erklärung vor die Öffentlichkeit zu treten, die in der „Nationalzeitung“ vom 20. März 1895 mit folgendem Wortlaut erschien:

Berichtigung.

Berlin, 17. März.

In der Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 2. März 1895 hat der Herr Abgeordnete Bueck in bezug auf die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Frankfurt a. M. 1890, wo die Frage des Arbeitsvertrages und der Gewerkvereine erörtert wurde und die Herren Brentano und Bueck als Referenten fungierten, den Ausspruch getan (stenogr. Protokolle, S. 1074), es seien unflätige Angriffe gegen die Arbeitgeber vorgekommen, und sie seien mit frenetischem Jubel von den jungen Studierenden begrüßt worden. Herr Bueck hatte vorher beigelegt, er nehme an, daß die ganze Korona der

studierenden Jugend, die aus den betreffenden Seminaren hervorgegangen, dort versammelt gewesen sei.

So sehr der Verein für Sozialpolitik Ursache hat, mit dem übrigen Inhalt der Rede des Herrn Bueck einverstanden zu sein, so wenig kann er diese Darstellung der Generalversammlung von 1890 unwidersprochen lassen. Der Vorsitzende des Ausschusses bat daher Herrn Bueck, der unser langjähriges Ausschußmitglied ist, um Aufklärung. Herr Bueck hat darauf am 10. März demselben erklärt, daß er bedaure, den Ausdruck „unflätig“ gebraucht zu haben; er hätte an seiner Stelle „gehässig“ sagen sollen. Er hat ferner erklärt, daß weder von einem der jüngeren Gelehrten noch von einem der anwesenden Professoren die Angriffe auf die Arbeitgeber ausgegangen seien, von denen er gesprochen habe.

Da aber diese private Erklärung dem Ausschuß nicht genügen kann, so hält es derselbe für seine Pflicht, öffentlich zu konstatieren, daß in der damaligen Versammlung nur drei, und zwar ältere Studierende anwesend waren, daß von den sämtlichen anwesenden jüngeren Gelehrten niemand gesprochen hat, daß sowohl „unflätige“ als auch „gehässige“ Angriffe auf Arbeitgeber nach seinem Urteil überhaupt nicht vorgekommen sind, und daß der stenographische Bericht, der, soweit die Vereinsleitung es weiß, keine Änderungen oder Streichungen gegenüber den gehaltenen Reden erfahren hat, keinen Anhalt zu dem beregten Vorwurf gibt.

Der Ausschuß des Vereins für Sozialpolitik.

Am Tage darauf erklärte Bueck brieflich gegenüber Schmoller seinen Austritt aus dem Verein und demgemäß aus dem Ausschuß, was auch im Protokoll der Sitzung in einer ergänzenden Fußnote vermerkt ist. Schmoller, immer darauf bedacht, im Verein auch Praktiker, und zwar besonders solche von der Unternehmer- wie der Arbeiterseite zu Mitgliedern zu haben, sprach Bueck nachher noch brieflich sein Bedauern über die unvermeidlich gewordene Trennung aus, wofür Bueck sich ausdrücklich bedankte. Elf Jahre später hielt Bueck in Gleiwitz vor den oberschlesischen Eisenindustriellen am 28. Oktober 1906 einen Vortrag, betitelt „Kathedersozialismus“⁴, in dem er die älteren akademischen Nationalökonomien mit ihrer jüngeren Generation, namentlich mit Sombart und den Brentanoschülern kontrastierte. Bis zu einem gewissen Grade war das ein später Rechtfertigungsversuch Buecks für sein Verhalten gegenüber dem Verein.

Der zweite ungewöhnliche Vorgang in dieser Ausschußsitzung war der Beschluß, im Herbst 1895 von Vereins wegen „sozialpolitische Ferienkurse“ abzuhalten, zunächst in Berlin, später auch an anderen Orten. Die Hälfte des Reinertrags sollte der Vereinskasse zufließen. Diese Kurse haben auch wirklich in der Zeit vom 30. September bis 12. Oktober im Auditorium maximum der Berliner Universität stattgefunden. Conrad,

⁴ Der Vortrag erschien in Heft 104 der „Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte“ des Centralverbandes deutscher Industrieller, ist aber auch als Sonderdruck erschienen.

v. Miaskowski, v. Philippovich, Brentano, Knapp, Neumann, Sering, Bücher, Wagner, Elster, Oldenberg und Schmoller waren die Vortragenden. Viele jüngere Nationalökonomten, die später bekannte akademische Lehrer wurden oder sonst im sozialreformerischen Schrifttum sich einen Namen machten, waren — wie die Teilnehmerliste zeigt — unter den zahlreichen Hörern. Die Nachschriften des einen von ihnen, Eulenburgs, sind erhalten. Die „Nationalzeitung“ brachte eine anerkennende Notiz über die Kurse. Die neue Einrichtung ergab auch einen erstaunlichen finanziellen Erfolg für den Verein, denn von dem Reinertrag von 7008 Mark konnte die Hälfte mit 3504 Mark an die Vereinskasse abgeführt werden, was dieser gut zustatten kam.

Bemerkenswert dürfte noch sein, daß in dieser Sitzung neben andern auch Herkner erstmalig in den Ausschuß kooptiert wurde.

Nach der herrschenden Übung wäre die Ausschußsitzung vom 22. März 1896 dazu bestimmt gewesen, über die im Herbst des gleichen Jahres fällige Generalversammlung zu beschließen. Aber in den gewohnten Berichten über den Stand der in der Bearbeitung befindlichen Schriftenbände zeigte gleich der erste von Bücher über die Handwerkerenquete des Vereins, daß erst zu Ende des Jahres die Bände vollzählig vorliegen würden. Daher waren bereits Vorschläge an Schmoller gelangt, die Versammlung auf das Frühjahr 1897 zu verschieben. Diese Meinung setzte sich auch durch, und es wurden die Osterferien dafür in Aussicht genommen. Man gewann dadurch die Möglichkeit, diese Tagung zugleich als Feier des 25jährigen Bestehens des Vereins zu gestalten. Unter den vorgeschlagenen Tagungsorten befand sich deshalb auch Eisenach neben einer Reihe von andern, darunter auch Köln, und die Wahl fiel dann auf diese Stadt. Als Verhandlungsgegenstände wurden dafür 1. der ländliche Personalkredit, 2. die Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechts in Deutschland und 3. die Handwerkerfrage in Aussicht genommen.

Die Berichte über die Schriftenbände zur Frage des ländlichen Personalkredits (Knebel) und zum Thema der Auswanderung (Rathgen und Geibel für v. Philippovich) lauteten günstig: ein ausreichendes Material an Manuskripten läge bereits vor. Bei dem Bericht Thiels als Vorsitzenden des Unterausschusses zur Prüfung der Frage, ob eine Untersuchung der relativen Konkurrenzfähigkeit der verschiedenen landwirtschaftlichen Betriebsformen durch den Verein ausführbar sei, trat eine gewisse Gegnerschaft gegen Thiel von seiten Max Webers und Herknens neben Brentano hervor. Ein drohender Konflikt wurde auf Antrag von Lotz dadurch abgelenkt, daß man Weber und Herkner in den Unterausschuß hinzuwählte. Für die Zukunft wichtig war, daß bezüglich der Inangriffnahme neuer Schriften von Eisenbahndirektions-

präsident Ulrich die Frage der Zulässigkeit von Wasserstraßenabgaben vom wirtschaftlichen und sozialpolitischen Standpunkte aus als Thema vorgeschlagen wurde. Die damals stark umstrittene preußische Kanalvorlage warf hier ihren Schatten herein. Der Antragsteller wurde ersucht, seinen Vorschlag mit Begründung und Angaben über Wege zur Durchführung in der nächsten Ausschußsitzung von neuem einzubringen. Bezüglich der Ferienkurse wurde auf Antrag Schmollers beschlossen, im laufenden Jahre solche nur an anderen Orten als Berlin unter den gleichen finanziellen Bedingungen abzuhalten, weil im Herbst 1896 in Berlin der Ferienkursus des Evangelisch-sozialen Kongresses stattfinden würde. So viel sich feststellen ließ, sind solche Kurse des Vereins in späteren Jahren noch an anderen Orten veranstaltet worden, in Berlin aber und von der Vereinsleitung aus haben keine mehr stattgefunden.

Schon unterm 26. Juli 1896 erließ Schmoller an die Ausschußmitglieder ein Rundschreiben, worin er mitteilte, daß auf eine Umfrage sich eine Mehrheit dafür ergeben habe, die Generalversammlung statt in den Osterferien des Jahres 1897 erst Ende September dieses Jahres abzuhalten. Es hätte danach nahegelegen, etwa im Frühjahr 1897 noch einmal eine Ausschußsitzung abzuhalten. Das unterblieb jedoch, da die für die Tagung im Herbst erforderlichen Beschlüsse bereits gefaßt waren und nur noch der Durchführung bedurften. Diese bewirkte Schmoller, wie zwei eigenhändig von ihm geschriebene, eine bei Bücher, Brentano, v. Philippovich und Adolph Wagner, die zweite auch noch bei Thiel, Knebel und Sering umlaufende und ausführliche Unterrichtungen zeigen, von sich aus. Erst war eine Sitzung der zuletzt Genannten, dazu Oldenberg, unter Schmoller am 24. Januar zusammengetreten, und das Skriptum vom Tage darauf erstattete über die gefaßten Beschlüsse den zuerst Genannten Bericht. Es wurde darin die Reihenfolge der drei Themen festgelegt und die Auswahl der Referenten erwogen. Die Antworten darauf sind nicht erhalten, ergeben sich aber zum Teil aus dem zweiten, vom 20. Februar datierten Skriptum. Danach waren für die Handwerkerfrage Bücher und Hitze (Münster i. W.) als Referenten so gut wie sicher. Für den ländlichen Personalkredit war schon in der letzten Ausschußsitzung Hofrat Dir. Dr. Hecht (Mannheim) in Aussicht genommen. Auf Thiels Empfehlung wurde als Korreferent nunmehr Landrat Seidel (Schmiegel, Posen) vorgeschlagen. Thieß (Offenbach a. M.) ist dann erst später hinzugekommen. Für die Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechts schlug Schmoller als Hauptreferenten einen Staats- und Verwaltungsjuristen vor, entweder Loening (Halle) oder Jolly (Tübingen) oder Zacher (Berlin), als volkswirtschaftlichen Referenten Herkner oder Sombart, als Vertreter des Fabrikanteninteresses Julius

Vorster (Köln). Für Österreich hatte v. Philoppovich Zuckerkanal oder Wittelshöfer vorgeschlagen. Die Debatte sollte Döblin vom Buchdrucker-Gewerkverein eröffnen.

Was die zum Auftreten bestimmten Personen betrifft, so konnte das Programm fast in allen Punkten durchgeführt werden. Wo es nicht gelang, wird sich noch erweisen. Beim ersten Thema „Handwerkerfrage“ trat wie in der vorangegangenen Wiener Tagung wirksam Bücher als erster Referent auf, wofür er sich auch einleitend entschuldigte. Aber er war nun einmal der Herausgeber der neun starken Schriftenbände, hatte mehrere Jahre lang sich auf das Eingehendste mit dem Gegenstande beschäftigt. Für ihn war der Kern der Frage die tatsächliche Situation des Handwerks der Fabrik gegenüber, die Frage, inwieweit die einzelnen Zweige des Handwerks durch die Konkurrenz der Fabrik bereits ausgeschaltet wären bzw. im Begriffe ständen es zu werden, oder inwieweit andere Zweige Aussicht hätten, sich noch lange gegen die Fabrik zu halten, oder schließlich, inwieweit Zweige des Handwerks durch die Konkurrenz der Fabrik in absehbarer Zeit überhaupt nicht bedroht seien. Für den Bestand dieser Kategorien unterschied er noch regional zwischen dem platten Lande, den Kleinstädten und den Großstädten. Gegenüber staatlichen Maßnahmen schützender Art zugunsten der Handwerker verhielt er sich skeptisch, er versprach sich keinerlei Wirkung von ihnen, gab alles dem selbständigen Gange der wirtschaftlich-technischen Entwicklung anheim, die schließlich die bestgemeinten staatlichen Wälle überfluten und vielleicht sogar neue Aufstiegsmöglichkeiten aus der eigenen Kraft des Handwerks heraus behindern würde. Von alledem wich sein Korreferent Hitze, Theologieprofessor in Münster, aber auch Reichstagsmitglied in der Zentrumsparthei, weit ab. Soeben war ja damals die das Handwerk betreffende Novelle zur Gewerbeordnung im Reichstage durchgegangen, für die sich in den Verhandlungen das Zentrum mit allem Eifer eingesetzt hatte. Hitze setzte begreiflicherweise in seinem Referat auf die Zwangsinnungen, den Befähigungsnachweis, die Genossenschaften und die Handwerkskammern immerhin starke Hoffnungen in schützender oder sogar neu belebender Richtung. Schließlich konnte v. Philippovich vornehmlich die reichsdeutschen Verhältnisse mit den österreichischen vergleichen, wodurch sich ihm in manchen Punkten infolge der anderen allgemeinen Grundlage der österreichischen Gesetzgebung die Möglichkeit bot, den Nachweis zu führen, daß wahrscheinlich manche im Reiche angestrebte handwerkerpolitische Bestrebungen sich ganz anders auswirken würden, als man dort erhoffte. Hier und da war eben in Österreich die Probe aufs Exempel bereits gemacht. Im ganzen lag die Betrachtungsweise v. Philippovichs immerhin näher bei der von Bücher als bei der

von Hitze. Die Debatteredner bemühten sich nun entweder, die „morphologisch-historischen“ Darlegungen Büchers in einzelnen Punkten zu berichtigen oder zu vervollständigen, oder für bzw. gegen die Aussichten auf Erfolg bei den schon erfolgten oder noch zu erhoffenden gesetzlichen Schutzmaßnahmen Stellung zu nehmen. Aber auch Selbsthilfemaßregeln wie die Genossenschaftsbildung wurden erörtert, das Verhältnis des Handwerkerschutzes zum Arbeiterschutz beleuchtet. Generaldirektor Grandke, gegen den Bücher im Referat polemisiert hatte, Hainisch, Crüger, Paul Voigt, Sombart (Magdeburg), Fuchs (Freiburg), Max Hirsch, Andreas Voigt, Wittelshöfer (Wien) und Pierstorff (Jena) beteiligten sich je nachdem in der angegebenen Weise. Die Schlußworte v. Philippovichs und Hitzes waren kurz, Bücher aber setzte sich ausführlich mit den Einwänden oder Ergänzungen auseinander. Schmoller in seiner Zusammenfassung meinte, daß die Tatsachendarstellung Büchers im wesentlichen eine einheitliche Beurteilung gefunden habe und benützte den Anlaß, den Dank des Vereins an Bücher zu besonderem Ausdruck zu bringen. Die größeren Abweichungen in der Debatte bei der Beurteilung der Schutzmaßnahmen erklärte er aus den Verschiedenheiten der Temperamente und der politischen Grundanschauungen, fügte auch hinzu, daß er selbst hierüber weniger skeptisch denke als Bücher. — Das zweite Thema, der „ländliche Personalkredit“, führte in eine ganz andere volkswirtschaftliche Sphäre. Im Grunde handelte es sich um die Wirksamkeit der Kreditgenossenschaften. Die Frage des „Wuchers auf dem Lande“, die zehn Jahre vorher den Schriftenband von 1887 (35) hervorgerufen und die Tagung von 1888 so lebhaft beschäftigt hatte, trat nunmehr ganz zurück, was ein helles Licht auf die inzwischen eingetretene Entwicklung durch die Entfaltung des Genossenschaftswesens wirft. Hechts übersichtlich geordnetes Referat setzte diese Entwicklung schon als allgemein bekannt voraus und beschäftigte sich mit der Wirksamkeit der Darlehnskassen, ihrer Organisation und Leistungsmöglichkeiten nebst ihrer etwa erreichbaren Vervollkommenung. Dabei beschränkte er sich auf Süd- und Westdeutschland. Der Korreferent Seidel, im Programm noch als Landrat in Schmiegel (Posen) bezeichnet, inzwischen als Regierungsrat nach Wiesbaden versetzt, führte in fast ganz gleicher Weise seinen Bericht für die übrigen deutschen Staaten durch. Dr. Thieß (Offenbach a. M.) als zweiter Korreferent widmete sich planmäßig nur den Kreditgenossenschaften, wobei er einen Standpunkt jenseits aller Streitigkeiten unter ihnen einnahm. Doch vermochte er hierdurch nicht, auch der Debatte diesen Geist der Objektivität einzuhauchen. Der erste Debatteredner war Dr. Crüger, der Verbandsanwalt der Genossenschaften Schulze-Delitzschscher Observanz. Da Seidel an einer Stelle einen Satz

hatte einfließen lassen, wonach sich diese Genossenschaften für den ländlichen Personalkredit weniger eigneten als die Raiffeisenschen, hatte Crüger das nötige Stichwort bekommen, um sich als rechter Anwalt seiner besonderen Schützlinge zu bewähren, und rief dadurch den Neuwieder Direktor Dr. Faßbender auf den Plan, der für die echte Raiffeisensche Richtung sprach. Daraufhin sah sich auch Ökonomierat Dr. Ravenstein veranlaßt, das Wort zu ergreifen, aber nicht etwa, um jetzt auch noch zugunsten seines Darmstädter Verbandes zu sprechen, sondern um zu versöhnlichem Nebeneinanderarbeiten zu mahnen. Schließlich verteidigte auch noch der Direktor der damals noch neuen Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, Dr. Heiligenstadt, sein Institut gegen kleine Angriffe Crügers. Dann aber kamen Adolph Wagner und Thiel an die Reihe. Wagner rückte das Gesamtproblem des ländlichen Personalkredits in den größeren volkswirtschaftlichen Zusammenhang ein und bescheinigte voller Anerkennung dem Verein, wie richtig er schon früh in dieser Frage zur Innehaltung des rechten Weges gedrängt hätte, Thiel verteidigte die landwirtschaftliche Verwaltung Preußens gegen Crügers Kritik an ihrer Förderung des Genossenschaftswesens. Da die Referenten gemeinsam auf Schlußworte verzichteten, konnte Knebel als Verhandlungsleiter dieses Tages seine große Befriedigung über die doch im Grunde sehr weitgehende Übereinstimmung der Ansichten aussprechen. — Für das dritte Thema lag den Teilnehmern an der Tagung bereits das 60 Druckseiten umfassende schriftliche Referat Loenings über „das Vereins- und Koalitionsrecht der Arbeiter im Deutschen Reiche“ vor, das auch dem Verhandlungsbande einverleibt ist. So konnte sich Loening in seinem mündlichen Referat kurz fassen. Hier hatte der Jurist sorgsam die Vereinsgesetzgebung der 26 Gliedstaaten des Reiches zusammengetragen und dem Koalitionsrecht der Reichsgewerbeordnung gegenübergestellt. Es zeigte sich dabei, daß die Vereinsgesetzgebung der Länder überwiegend der Polizeigewalt Befugnisse gab, die diese in die Lage versetzte, das Reichsrecht weitgehend einzuengen. Herkner als Korreferent zeigte in einer reichen Sammlung von Fällen die Handhabung dieser einzelstaatlichen Befugnisse, die er beschuldigte, in starkem Maße das Rechtsgefühl des Volkes zu verletzen. Interessant an diesem Referat ist nicht bloß die Kontrastierung der englischen und der deutschen Praxis auf diesem Gebiete, sondern auch Herknerns Auffassung von dem Verhältnis der deutschen Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei. Auch der Standpunkt der Unternehmerkreise gegenüber den Gewerkschaften erfuhr eine Erörterung, die damals aktuelle Herrenhausrede des Freiherrn v. Stumm und die Broschüre mit den Erwidern von Delbrück, Schmoller und Wagner wurde herangezogen. Es sprach

eben der Verfasser der „Arbeiterfrage“, die damals bereits in zweiter Auflage vorlag. Die Debatte wurde durch den Vorsitzenden der Buchdrucker-gewerkschaft, Döblin, eröffnet, der die Grundgedanken der Referate noch einmal unterstrich. Dann kam die Arbeitgeberseite zu Worte. Es war nicht gelungen, einen Unternehmer zum Referenten zu gewinnen. Der Kommerzienrat Julius Vorster, der im vorbereitenden Rundschreiben Schmollers in Aussicht genommen wurde, versagte sich; ein umfassender Briefwechsel, den Dr. Wirminghaus, der Kölner Handelskammersekretär und einer der Vorsitzenden des Ortsausschusses zur Vorbereitung der Tagung, mit Schmoller geführt hatte, zeigt, daß die größten Bemühungen um einen Referenten aus dem Unternehmerkreise immer wieder auf Ablehnung gestoßen waren. Das Versprechen in der Einladung ließ sich nicht erfüllen. Jetzt trat der Generaldirektor Hegener (Köln) wenigstens in der Debatte auf. Er versuchte den Nachweis, daß die englischen Gewerkvereine durchaus nicht so harmlos seien, wie Herkner sie hingestellt habe, er sah die Gefahr aller Arbeiterverbände nicht so sehr in den Lohnkämpfen als vielmehr in dem störenden Geist, den sie in die Betriebe brächten, und warf ausdrücklich die Frage nach dem „Herrn im Hause“ auf. Selbstverständlich stieß das auf Widerspruch in der Versammlung, der am stärksten wurde, als Hegener behauptete, der allgemeine Begriff des Arbeiters wäre im Volke pervers geworden, weil man nur die körperliche Arbeit als Arbeit gelten lassen wolle, die leitende Tätigkeit des Unternehmers dagegen nicht, und daß man nicht genügend die Notwendigkeit der Disziplin im Betriebe beachte. Max Hirsch als nächster Redner sprach gleich im ersten Satze seiner Rede von einem „frisch-fröhlichen“ Kriege, der jetzt in dem bisher so ruhigen Verlaufe der Debatten ausgebrochen sei. Und tatsächlich wurde die Debatte jetzt immer mehr zu einer Verteidigung der Gewerkschaften und ihres Kampfes. Besonders scharf ging der Wirkliche Geheime Rat Dr. v. Rottenburg (Bonn) mit Hegener ins Gericht, doch stand seine Rede auf hohem Niveau. Das gleiche kann von Neumann (Tübingen) gesagt werden. Der Rentier Sombart (Magdeburg) suchte vermittelnd einzugreifen. Dann aber weckte Jastrow, damals Privatdozent an der Berliner Universität, mit einer teilweise sehr witzigen Rede die Kampf Stimmung von neuem, er nahm verschiedene verwaltungsgerichtliche Urteile und namentlich ihre Begründungen unter die Lupe und polemisierte sogar gegen Loening, der ihm in der Kritik nicht weit genug gegangen war. Nach ihm suchte Tönnies die Rechtlosigkeit der Arbeiterkoalitionen an den Erfahrungen des Hamburger Hafenstreikes zu erweisen, während Richard Ehrenberg, der damals Mitglied des Vereins war, und noch das Amt als Handelskammersekretär in Altona bekleidete, sich recht kritisch zu der Tätigkeit der Kampfver-

bände stellte. Adolph Wagner verteidigte die akademischen Lehrer gegen die Behauptungen Hegeners, sie erkannten die Leistung des Unternehmers nicht genügend an, wollten in der Unternehmertätigkeit keine „Arbeit“ sehen, parallelisierte die Arbeitsmarktbeeinflussung der Gewerkschaften mit der Warenmarktbeeinflussung der Kartelle und begrüßte die Einigung der christlichen Gewerkschaften beider Konfessionen, wovon er eine Wandlung der öffentlichen Meinung zugunsten der Gewerkschaftsidee im allgemeinen erhoffte. Der später als sozialreformerisch so bekannt gewordene Kommerzienrat Roesicke (Berlin-Dessau) sprach als zweiter Arbeitgeber in der Debatte vermittelnd, aber doch mehr gewerkschaftsfreundlich. Zum Schutze der Richter griff Gierke ein und entwickelte im Anschluß an Loening die juristischen Gestaltungspunkte für eine gerechte Regelung des Koalitionsrechtes. Hitze polemisierte milde gegen v. Rottenburg bezüglich der obligatorischen Innungen, auf das Thema des Vortages zurückgreifend. Dann suchte der später als Pazifist bekannt gewordene Dr. Quidde die Jastrowsche Linie wieder aufzunehmen, Zugeständnisse Roesickes geschickt verwertend. Der Kölner Generalsekretär Ditges nahm Hegener in Schutz und suchte Mißverständnisse aufzuklären. Pierstorff verwies auf das Beispiel Abbes und Hasbach noch einmal auf die englischen Gewerkvereine. In ausführlichen Schlußworten setzten sich Horkner und Loening mit den Einwendungen ihrer Kritiker auseinander und entwickelten die nach ihrer Ansicht de lege ferenda angezeigten Gesichtspunkte für die behandelte Materie, die auf die gesetzliche „Anerkennung der Berufsvereine“, wie die kurze Formel später jahrzehntelang hieß, hinausliefen. Oberbürgermeister Becker (Köln) als stellvertretender Vorsitzender des dritten Verhandlungstages äußerte die Hoffnung, daß die Verhandlungen weithin eine aufklärende Wirkung üben würden, und Schmoller sprach sich sehr befriedigt über den jetzt zu Ende gekommenen Verlauf der 25-Jahr-Feier des Vereins aus.

Eine besondere Merkwürdigkeit dieses Verhandlungsbandes (76) ist, daß in einem Anhang die beim Festessen am 24. September 1897 gehaltenen Reden abgedruckt sind. Sie füllen, eng gedruckt, 28 Druckseiten. Zum Essen dürfte man nicht viel gekommen sein.

15. Die Breslauer Tagung von 1899

Die Ausschußsitzung nach Abschluß der Kölner Tagung formte in ihren Beratungen das Programm der folgenden Tagung von 1899 in Breslau bereits im Keime vor. Denn in dieser stellte bereits Sombart (Breslau) den Antrag, daß der Verein eine Enquete über den Detailhandel veranstalten möchte, und Wittelshöfer (Wien) beantragte Unter-

suchungen über die Heimarbeit. Doch auch andere Anträge in dieser Sitzung gewannen Bedeutung für die weitere Tätigkeit des Vereins. So legte der Eisenbahndirektionspräsident Ulrich gemäß dem ihm in der letzten Sitzung von 1896 erteilten Auftrag seinen Antrag auf Untersuchung der Verkehrspolitik bezüglich der natürlichen und künstlichen Binnenwasserstraßen mit Begründung wieder vor. Dazu wurde die Ausdehnung der Untersuchungen auf die ganze Verkehrs- und Tarifpolitik, also besonders auch auf die Eisenbahnen befürwortet. Und auf Herkner geht die Anregung zurück, solchen Untersuchungen eine Ergänzung nach der sozialpolitischen Seite durch Behandlung der Verhältnisse der Transportarbeiter zu verschaffen. Zwei Unterausschüsse wurden niedergesetzt, einer für die verkehrspolitische, der andere für die sozialpolitische Untersuchung, die in der nächsten Sitzung Bericht erstatten sollten. Von Wichtigkeit wurde später auch noch der Antrag Lotz, die Untersuchungen über die Handelspolitik fortzusetzen. Zu einem Beschlusse kam es hier noch nicht. Ebenso erging es einem Antrag Hasbach, die Beziehungen des Großhandels zur Industrie zu untersuchen. Zunächst aussichtsreich hatte sich nach dem eingehenden Bericht von Thiel die auf Brentano (siehe oben S. 75) zurückgehende Untersuchung der relativen Konkurrenzfähigkeit der verschiedenen landwirtschaftlichen Betriebsgrößen angelassen. Die einzelstaatlichen Regierungen hatten zum guten Teile sich der Sache fördernd und helfend gegenübergestellt. So rüstete denn der Ausschuß den von Thiel geleiteten Unterausschuß mit Vollmacht zu selbständigem Vorgehen aus. Es fällt dabei im Protokoll auf, daß Brentano zu diesem Punkte nicht das Wort ergriff. Verlässliche Angaben über den Grund dieser Teilnahmslosigkeit haben sich nicht finden lassen. Ein Antrag Adolph Wagners auf Behandlung der allgemeinen Versicherungsgesetzgebung — mit Ausnahme der Arbeiterversicherung — hatte, außer einer kurzen Erörterung, keine weiteren Folgen.

Von Interesse sind die in dieser Sitzung neben anderen erfolgten Kooptationen von Andreas Voigt und Wirminghaus.

In der folgenden Ausschußsitzung vom 20. März 1898 in Berlin im Senatsaal der Universität erfuhr neben den engsten geschäftlichen Angelegenheiten zunächst das Thema der Heimarbeit eine ausführliche Erörterung. Als Vorsitzender des hierfür bestimmten Unterausschusses entwickelte v. Philippovich eingehend ein Programm für den Aufbau dieser Untersuchungen aus einzelnen Monographien, ähnlich den Bänden über das Handwerk. Die Erörterung war unter reicher Beteiligung sehr lebhaft, und es wurde beschlossen, daß der Unterausschuß, geleitet von v. Philippovich, die Untersuchungen dermaßen fördere, daß der Gegenstand auf die Tagesordnung der Versammlung von 1899 gesetzt werden könnte. In den

beiden verkehrspolitischen Unterausschüssen war der Vorsitz Adolph Wagner zugefallen, und er legte nun auch Programme für die Durchführung der geplanten Untersuchungen vor, um einmal über die Konkurrenz der Wasserstraßen und Eisenbahnen sowie über die Verkehrstarifpolitik der letzteren und zweitens über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der bei den Verkehrsanstalten angestellten Beamten und Arbeiter möglichst viel Licht zu verbreiten. Auch dieser Gegenstand fand große Anteilnahme, der verkehrspolitische Unterausschuß wurde verstärkt und mit Weisungen versehen, die Einbeziehung der „Straßengewerbe“, Kleinbahnen, Omnibus-, Pferdebahn- und Droschkenunternehmen erwogen.

Die letzte Ausschußsitzung vor der Tagung am 2. und 3. Januar 1899 brachte zunächst die Entscheidung für Breslau als Tagungsort der nächsten Versammlung. Von den Themen, die der Ausschuß jetzt auf die Tagesordnung zu setzen beschloß, gingen zwei, wie bereits oben erwähnt, auf die Abschlußsitzung des Ausschusses nach der Kölner Tagung zurück: das der Heimarbeit (Hausindustrie) und das des Hausierhandels. Über „Hausindustrie und Heimarbeit“ gingen vier starke Bände (84—87) der Veröffentlichung noch vor der Tagung entgegen, die zusammen 2044 Druckseiten füllten und unter der Oberleitung von v. Philippovich in der Hauptsache von Alfred Weber, dem jüngeren Bruder Max Webers, besorgt worden waren, wie die Vorworte erweisen. Ebenso lag es zeitlich mit den sieben Bänden über das Thema des Hausiergewerbes, die Stieda mit Bienenfleiß für Deutschland, einen davon für Österreich und einen anderen für Schweden, Italien, Großbritannien und die Schweiz zusammengebracht hatte. Der erste kam schon 1898, die übrigen im Sommer 1899 heraus. Diese Enquete füllte gar 2593 Druckseiten in den Vereinschriften. (Band 77—83). Es sind für die wissenschaftliche Literatur zwei würdige Seitenstücke zu der Handwerksenquete des Vereins geworden. So waren diese beiden Themen für die Tagung aufs beste vorbereitet. Bei der Frage eines dritten Themas setzte sich nun Sombart für das des Detailhandels ein, zu dessen Gunsten er bereits in der Kölner Abschlußsitzung eingetreten war. Obwohl Sombart dieses Thema als eine bloße Erweiterung des Themas Hausierhandel hinzustellen suchte, war der Widerstand im Ausschuß dagegen stark, zumal keine vorbereitenden Schriften für das Thema Detailhandel vorhanden und bis zur Tagung auch nicht mehr zu schaffen waren. Schmoller machte aber jetzt einen Vorschlag für das Gesamtprogramm der Tagung mit vorläufiger Benennung von Referenten, worin auch das Thema der „Entwicklungstendenzen im Kleinhandel“ enthalten war, und drang damit durch. Kleine Unterausschüsse zur Durchführung dieses Gesamtprogramms, namentlich für Gewinnung noch fehlender Referenten wurden niedergesetzt.

Zugleich wurde in dieser Sitzung auch noch unternommen, gewissermaßen nachträglich dem Thema der Entwicklungstendenzen im Kleinhandel (Bazare, Konsumvereine) eine Vervollständigung der Schriften angedeihen zu lassen. Ein sechsköpfiger Unterausschuß mit Conrad als Vorsitzenden und Sombart als Schriftführer wurde niedergesetzt. Doch sind Schriften dieser Art niemals erschienen. Der Unterausschuß scheint sich damit begnügt zu haben, die Verhandlungen über dieses Thema auf der Tagung genauer auszugestalten. Hinzu kam der Beschluß für die Schriften, von neuem die Wohnungsfrage in Angriff zu nehmen. Es sollte sich dabei nur um eine Zusammenfassung und Verarbeitung des literarischen und legislatorischen Materials der verschiedenen Länder handeln. Ein für diesen Zweck gebildeter Unterausschuß hielt noch am gleichen Abend nach der Sitzung des Vollausschusses eine Sitzung ab, die dieses Thema für die Bearbeitung in den Schriften ziemlich fertig im Plane ausgestaltete.

Die Sitzung brachte außerdem noch die erstmalige Kooptation von Francke, Gothein (Breslau), Mataja (Wien), Alfred Weber, Wörrishofer (Karlsruhe) und Zuckerkandl (Prag) in den Ausschuß.

Die noch heute lesenswerte Eröffnungsrede Schmollers zur Breslauer Tagung vom 25. bis 27. September 1899 zeigt noch deutlicher als die zur vorangegangenen Tagung, wie stark damals der Verein mit seiner sozial-reformerischen Richtung in den Zweifrontenkampf gegen das politisch und publizistisch erstarkte Interesse sowohl auf der Unternehmerseite wie auf der Seite der organisierten Arbeiterschaft, diese überwiegend unter sozialdemokratischer Führung, hineingeraten war. Schmoller führte in seiner Rede den Verteidigungskampf nach beiden Seiten sowohl mit aller Einsicht in den Ernst und die Unbequemlichkeit der Lage wie mit dem Optimismus, der ihn immer beseelte aus der sicheren Erwartung heraus, daß die auf Vernunft und Wohlwollen begründeten Kräfte im Staatsleben und in der öffentlichen Meinung auch in Zukunft mächtig genug sein dürften, derartige Verschärfungen des Interessen- und Meinungskampfes in Ruhe, Geduld und Vertrauen aus schließliche Befriedung unter den Streitenden oder auf Herabsinken des Kampfeifers bis zu einer erträglichen Grenze nach gewissem Zeitablauf zu überwinden.

Die Verhandlungen der Tagung blieben im Rahmen des Programms der Einladung: „Die Hausindustrie und ihre gesetzliche Regelung“, „Die Lage des Hausiergewerbes“ und „Die Entwicklungstendenzen im modernen Detailhandel“.

Beim ersten Thema unter dem Vorsitz von Brentano war allerdings der vorgesehene erste Referent, Geheimer Oberregierungsrat Dr. Wil-

helmi (Berlin) aus dem Reichsamt des Innern durch Dienstgeschäfte an seinem Auftreten verhindert. Alfred Weber, noch als Gerichtsassessor bezeichnet, der die einschlägigen Schriftenbände in der Hauptsache betreut hatte, eröffnete daher mit seinem Referat die Tagung, zur Ergänzung war v. Philippovich mit einem Korreferat eingesprungen. Weber suchte Ordnung in die bunte Vielgestaltigkeit der Wirtschaftsformen zu bringen, die von dem unbestimmten Terminus „Hausindustrie“ umfaßt wurden und noch werden. Dabei wurde ersichtlich, weshalb in den Schriften über die fragliche Materie der Titel „Hausindustrie und Heimarbeit“ gegeben worden war. Denn wenn auch Alfred Weber den ersten Typ der Hausindustrie wieder in die Typen der reinen Hausindustrie, die den Produzenten in einer nur herabgeminderten Unternehmerstellung erhielt, und einen anderen Typ, bei dem das nicht oder beinahe nicht mehr zutraf, schied, weil das für den Wirtschafts- und noch mehr für den Sozialpolitiker wichtig war, so wurde doch gleich darauf dieser andere Typ wieder in den des Hausindustriellen, der diesen Namen noch verdient, und in den des Heimarbeiters zerlegt, welch letzterer am meisten Anspruch auf das Interesse des Sozialpolitikers hatte. Der reine Hausindustrielle erschien Weber nicht gefährdet, zu seiner Erhaltung brauchte also gesetzlich nichts getan zu werden, den anderen Hausindustriellen hielt er für reif zum Verschwinden, was durch die Ausdehnung des Fabrikbetriebes auch früher oder später herbeigeführt werden würde. Einer besonderen sozialpolitischen Hilfe aber bedürfe die Heimarbeit in den Großstädten. Sie sei freilich schwer zu bringen und nur ein Nebeneinander verschiedener Mittel könne helfen. Der Korreferent v. Philippovich wollte bei aller Anerkennung die feine Einteilung Webers nicht ganz gelten lassen. Er ging von der österreichischen Gewerbegesetzgebung aus, die im Gegensatze zum Reiche schon früh auch die Hausindustrie teilweise in ihren Bereich gezogen hatte, an einzelnen Punkten mit Erfolg, an anderen nicht. Daraus zog er die Lehre, daß die Gesetzgebung wohl nicht zum Ziele führen würde, wenn sie weiter von den juristisch schwerlich abzugrenzenden Typen der Fabrik, des Handwerks und der Hausindustrie ausginge, sondern sie müsse „Werkstättenpolitik“ werden. „Der Umstand, daß irgendwo regelmäßig gewerbliche Arbeit verrichtet wird, ist es, der uns wegen der damit für die Gesundheit und das Leben der Arbeiter verbundenen Gefahren veranlaßt, nach ordnenden Eingriffen der Gesellschaft zu streben.“ Die Debatte, eröffnet durch Frhrn. v. Berlepsch, brachte eigentlich nur in leichten Nuancen Abweichungen von dem Vorbringen der Referate, teils von den wirtschaftlich-morphologischen Aufstellungen Webers, teils von den Gesetzgebungsvorschlägen. Zwei schlesische Unternehmer aus der Textilindustrie ergriffen das Wort, Dr. Kauffmann

(Wüstegiersdorf) und Geheimer Kommerzienrat Dr. Websky (Wüstenaltersdorf) und äußerten sich durchaus im sozialreformerischen Sinne. Zahn gab statistische Ergänzungen, Kähler (Halle) solche juristischer Art, Max Hirsch plädierte für Verbände der Heimarbeiter, Fuchs (Freiburg) für Konsumentenorganisationen, Stefan Bauer (Basel) schloß sich dem mit amerikanischen Beispielen an. Über die Vorteile und Nachteile, die ein landwirtschaftlicher Besitz für den Hausindustriellen habe, verbreitete sich Dr. Glücksmann (Breslau), der literarisch auf dem Gebiete des Hausindustrieproblems bereits hervorgetreten war. Die Schlußworte der Referenten waren kurz, die Zusammenfassung Brentanos ziemlich ausführlich. Er gab die Schwierigkeiten des gesetzlichen Eingreifens zu, äußerte sich aber doch optimistisch bezüglich des Gelingens.

Die Verhandlungen über die Lage des Hausiergewerbes unter dem Vorsitz von Geheimrat Websky füllten nur eine Vormittagssitzung. Stieda (Leipzig), als einziger Referent, erstattete auf Grund der von ihm geleiteten Untersuchungen seinen sehr klaren und übersichtlichen Bericht. Entgegen den damals heftigen Kritiken am Hausierhandel in der öffentlichen Meinung und namentlich von seiten des stehenden Gewerbes hielt er in Übereinstimmung mit der Meinung der Mitarbeiter an den einschlägigen Schriftenbänden den Stand der Hausierer im ganzen doch für einen ehrenwerten. Wo Schäden sich zeigten, wären sie durch vernünftiges Verhalten des Publikums größtenteils leicht abzustellen. Die Gesetzgebung habe durch Einschränkung des Kreises der Gegenstände, die im Umherziehen angekauft und feilgeboten werden dürften, bereits einen wirksamen Weg beschritten. Beim Vieh sei allerdings noch eine strengere Regelung geboten. Die Debatte war kurz und brachte keine von den Feststellungen des Referates abweichenden Gesichtspunkte. Es sprachen darin nur Dr. Arnold Ascher (Wien), der etwas eingehender Österreich und das fremde Ausland berücksichtigte, und Hainisch, auch das Schlußwort Stiedas und das Resumé Webskys waren kurz. So war es möglich, daß unter dem Vorsitz Gierkes nach der Mittagspause das dritte Thema durch das Referat Sombarts in Angriff genommen werden konnte.

Sombart leitete die zu erörternden Entwicklungstendenzen im modernen Kleinhandel von dem Vordringen des Kapitalismus auf dieses Wirtschaftsgebiet her. Die durch diesen herbeigeführte Groß- und Massenproduktion, die zum Absatz den Händler nicht entbehren könnte, führte nach seiner Ansicht unvermeidlich zuerst zu einer quantitativen Ausgestaltung des Detailhandels. Aber auch eine Neuorganisation des Detailhandels brächte die Betätigung des Kapitals. Eine dritte Tendenz besonders der ersten entgegenwirkend, wäre die Ausschaltung des Detailhandels (Konsumvereine). Sombart führte das sehr eindrucksvoll durch,

besonders dadurch, daß er die entstehenden neuen Gebilde des Detailhandels mit dem sogenannten „vieux commerce solide“ kontrastierte — ein Ausdruck, der vielleicht Zolas Roman „Das Paradies der Damen“ entnommen war. Warenhäuser, Bazare mit ihrer Reklame usw. erschienen nunmehr gewissermaßen als bloße logische Folgeerscheinungen einer unentrinnbaren historischen Entwicklung. Die Versammlung spendete „lange anhaltenden starken Beifall“. Gierke, der die Versammlung leitete, meinte, es wäre nun auch ohne Vorliegen von Schriften eine feste Grundlage für die folgende Debatte geschaffen. Zunächst aber folgten am letzten Verhandlungstage noch die Referate von Rathgen (Marburg) und dem Handelskammersyndikus Dr. Rocke (Hannover). Rathgen nahm aus Sombarts Gruppierung die „Ausschaltung des Detailhandels“ als damals gegenwärtige Entwicklungstendenz wieder auf und behandelte demgemäß vornehmlich die Konsumvereine, immer bemüht, Licht und Schatten billig zu verteilen. Von den gegen sie vorgeschlagenen Bekämpfungsmitteln griff er die progressive Umsatzsteuer heraus und stellte sich stark ablehnend dazu. Die Handelskammer Hannover war eine der wenigen Handelskammern gewesen, die sich eingehender mit den damals sehr lauten Beschwerden der Detailisten beschäftigt und selbst in ihrem Bezirke eine Untersuchung der Lage des Detailhandels veranstaltet hatte, die Rathgen allerdings für unfertig hielt, die aber doch reale Anhaltspunkte bot. Rocke suchte, unter Berufung auf Conrads Äußerungen in den Verhandlungen des Vereins von 1888, die beträchtliche volkswirtschaftliche Bedeutung des Kleinhandels und die Angebrachtheit von Versuchen zu seiner Erhaltung zu erweisen. Von diesem Standpunkte aus beleuchtete er kritisch die Wirksamkeit der Warenhäuser. Es war im ganzen kein günstiges Bild, das er davon entwarf. Die Konsumvereine zog er nur zur Ergänzung der zeitgenössischen Einengungsbestrebungen zuungunsten des Detailhandels heran. Auch hier stellte er sich kritisch. Die Debatte eröffnete recht energisch und mit Nachdruck einer der damaligen Führer des Detaillistenverbandes, Kaiser, der gleich zu Beginn die Frage an die Referenten richtete, ob sie Mitglieder eines Konsumvereins wären, was Rathgen mit Nein, Sombart mit Ja beantwortete. Er zog daraus Folgerungen auf das Maß der ihnen zuzubilligenden Objektivität. In ziemlich langer Rede führte dann Kaiser all die Beschwerden seines Interessenverbandes mit Nachdruck vor. Ein Vertreter des Vereins der Handelsgehilfinnen in Berlin suchte die meisten Vorwürfe des Vorredners zu entkräften, Pierstorff (Jena) äußerte sich ebenfalls konsumvereinsfreundlich, Gothein (Breslau) behandelte die Besteuerungsfragen kritisch und sogar der Oberbürgermeister Bender (Breslau) ergiff das Wort und rechtfertigte die Haltung seiner Stadtverwaltung gegenüber den Konsum-

vereinen, von denen ja Breslau einen der ältesten und verbreitetsten in seinen Mauern hatte. Es lösten sich dann noch mehrere Freunde des Detailhandels und der Warenhäuser und Konsumvereine ab, ohne wesentlich Neues an Argumenten vorzubringen. Rocke faßte sein Schlußwort sehr kurz und souverän, Rathgen verzichtete, aber Sombart erklärte, daß ihn die Debatte unbefriedigt gelassen habe und kritisierte sogar leicht seine Mitreferenten. Dann setzte er sich noch einmal zugunsten der Warenhäuser ein, verspottete die Umsatzsteuer als Heilmittel und erklärte sich schließlich für die Präponderanz des ökonomischen Fortschrittes über „alle sittlichen Regungen und alle Entwicklungen des Gerechtigkeitsgefühls“. Diese Zuspitzung tat es Gierke an, der in seiner abschließenden Zusammenfassung als Vorsitzender feststellte, daß die Verhandlungen zwar den Stand des Problems in dankenswerter Weise aufgehell, zugleich allerdings bezüglich der Beseitigung der Mißstände mit einer bedauerlichen Unbestimmtheit geendet hätten, wandte sich dann aber abschließend auch ausdrücklich gegen den Geist von Sombarts Referat und Schlußwort, insbesondere dagegen, daß dieser das laiser aller in der Wirtschaftspolitik mit Ausnahme des Arbeiterschutzes als allein maßgebendes Prinzip erklärt hätte, was zu der Grundeinstellung des Vereins im Widerspruch stehe. Sombart wünschte, eine persönliche Bemerkung abgeben zu dürfen. Schmoller konnte ihm dazu das Wort nach Schluß der Debatte von sich aus nicht geben, fragte aber die Versammlung, die sich für Sombarts Wunsch entschied. Da warf Sombart Gierke vollständiges Mißverständnis vor und forderte ihn auf, durch Lesen seines Referats „zu einem besseren Verständnis vorzudringen“. Gierke bestritt schroff, daß ein Mißverständnis vorliege. Schmoller griff ein und goß Öl auf die Wogen, indem er den üblichen Dank an die Referenten und Debatte-redner aller drei Verhandlungstage, ebenso an die Mitarbeiter an den vorbereitenden Schriften aussprach. Doch zollte er dem Referat Sombarts noch ein besonderes Lob, wenn er auch zugab, selbst mit ihm in seiner optimistischen Beurteilung der Warenhäuser nicht übereinzustimmen. Ein Ende der Tagung in Mißklang schien dadurch vermieden, aber die Differenzen zwischen dem linken und dem rechten Flügel im Verein waren hiermit bereits leise aufgeklungen.

16. Die Münchener Tagung von 1901

Aus der Ausschußsitzung von 1898 war der Verein noch mit den Untersuchungen über die Verkehrsgewerbe, die Wasserstraßen und das Wohnungswesen belastet. Auch eine Untersuchung über die Verhältnisse im Detailhandel war damals beschlossen worden, doch war dann, wie gesagt,

die Verhandlung über dieses Thema auf der Breslauer Tagung von 1899 erfolgt, ohne daß zuvor Schriften dazu herausgekommen wären. Das war in der Debatte mehrfach beklagt und eine Nachholung als dringend geboten erklärt worden. Jetzt in der Ausschußsitzung vom 27. September 1899 im Anschluß an die Tagung brachte aber Dr. Pohle den Antrag ein, daß auf der nächsten Tagung die „sozialpolitische Bedeutung des Übergangs Deutschlands zum Industrie-Export-Staat“ diskutiert und durch entsprechende Schriften vorbereitet werden solle. Das Herannahen des neuen Zollgesetzes mit der Frage der sich darauf aufbauenden neuen Handelsverträge kündigte sich in diesem Antrage an. Schmoller erklärte, daß eine Behandlung dieses Themas in den Schriften neben einer Detailhandelsenquete angesichts der bereits im Gang befindlichen Untersuchungen über die Verkehrsgewerbe, die Wasserstraßen und die Wohnungsfrage nicht durchführbar wäre. Da zeigte sich, daß das Problem des Zollgesetzes und der Handelsverträge die Gemüter schon derartig gepackt hatte, daß der Ausschuß zu dem Beschlusse gelangte, das eben noch als so dringlich empfundene Thema des Detailhandels zugunsten der handelspolitischen Fragen zurückzustellen. Daraus wurde praktisch eine Zurückstellung für immer, denn der Verein ist dann auf den Detailhandel niemals mehr zurückgekommen, weder in den Schriften, noch auf einer Tagung. Die Zündung, die Pohle durch seinen handelspolitischen Antrag verursacht hatte, wuchs sich zur hellen Flamme aus. Das ganze Jahr 1900 war auf Schmollers Anregung ohne Ausschußsitzung geblieben, ein Zirkular Schmollers vom 8. Februar 1900 beschäftigte sich allein mit den handelspolitischen Schriften. Diese erreichten denn auch unter Schmoller als Herausgeber den erheblichen Umfang von 1124 Druckseiten und erschienen in den Jahren 1900 und 1901 (90 bis 92). Eine strenge Systematik ließ sich in dieser Sammlung nicht durchführen, weil nicht beliebig viele berufene Mitarbeiter zur Verfügung standen. Aber es gelang, die wichtigsten Vorfragen für die kommende deutsche Handelspolitik in charakteristischen Einzeluntersuchungen behandeln zu lassen, sei es durch Prüfung innerdeutscher Gegebenheiten, sei es durch Darstellung der Verhältnisse in den für Deutschlands Handel wichtigsten Fremdstaaten: England, Rußland, Österreich-Ungarn, Vereinigte Staaten. Ein durch v. Philippovich besorgter Band (93), der die Handelspolitik vom österreichischen Standpunkte aus behandelte, trat hinzu. Bemerkenswert ist, daß in diesen Schriften auch schon die Frage einer mitteleuropäischen oder wenigstens deutsch-österreichisch-ungarischen Zollunion behandelt wurde, und daß Lotz durch seinen Beitrag über die deutsche Handelspolitik von 1890–1900 an die früheren handelspolitischen Schriftenbände von 1892 anknüpfte, in denen sein Beitrag

die Zeit von 1860—1891 dargestellt hatte. Zu einer Diskussion über die Handelspolitik auf einer Tagung des Vereins war es ja zur Caprivizeit nicht gekommen. Die Untersuchungen zur Wohnungsfrage füllten ebenfalls 4 Bände (94—97) mit gar 1409 Druckseiten, und es war Fuchs als Herausgeber gelungen, außer Deutschland und Österreich auch die wichtigsten europäischen Staaten, dazu die Vereinigten Staaten von Amerika durch angemessene Beiträge behandeln zu lassen.

Die Berichte über den Stand dieser Schriftenbände, die damals noch nicht abgeschlossen waren, bildeten den Hauptinhalt der Ausschusssitzung vom 6. Januar 1901 in Berlin. Dann wurde „mit großer Majorität“, wie das Protokoll hervorhebt, München zum Tagungsort gewählt. Welche Wahl Brentano befürwortet hatte. Er hatte also seinen früheren Standpunkt bezüglich der Beurteilung Münchens als Tagungsort des Vereins im Briefe vom 22. Februar 1894 (siehe oben) inzwischen grundsätzlich geändert. Eine eingehende Erörterung wurde der Frage gewidmet, wie das handelspolitische Thema für die Einladung am besten zu formulieren sei, und man einigte sich auf die Form: „Wirkung der gegenwärtigen und Ziele der künftigen Handelspolitik, insbesondere in sozialpolitischer Richtung.“ Das entsprach auch dem ursprünglichen Antrag Pohles. Auf die übrigen Themen, die in dieser Sitzung noch erörtert wurden, wird später einzugehen sein. Erwähnenswert aber ist, daß in dieser Sitzung Pohle neben Prof. Albrecht sen. in den Ausschuß kooptiert wurde.

Die Eröffnung der Verhandlungen, zu denen Brentano für den ersten Tag den Vorsitz übernahm, brachte außer den üblichen Begrüßungen, diesmal durch den bayerischen Staatsminister v. Feilitzsch und den Münchener Bürgermeister v. Brunner, den Nachruf Schmollers auf Miquel und den sehr reformfreundlichen Wiener Bankier Wittelschöfer, der jahrelang so eifrig für den Verein tätig gewesen war.

Die Referate über die Wohnungsfrage in den Verhandlungen lagen in den Händen von Fuchs, v. Philippovich, der an die Stelle des in Aussicht genommenen Ad. Wagner trat, und des Düsseldorfer Landesrats Brandts. Fuchs behandelte das Problem allseitig, v. Philippovich die theoretische, Brandts die praktische Seite besonders. Die durch die Sache gegebene Ausgangsfrage, nämlich worin die Wohnungsfrage eigentlich bestehe, beantwortete Fuchs zutreffend dahin, daß sie die Tatsachen des Wohnungsmangels und der Wohnungsmängel enthalte, zwei verschiedene Übelstände, so daß ihnen selbstverständlich mit ganz verschiedenen Abhilfsmaßregeln zu Leibe gegangen werden müsse. Innerhalb beider Gebiete sei dann noch der allgemeine Übelstand bei allen Wohnungstypen und der besondere der Arbeiterwohnungen zu unterscheiden. In den Einzelausführungen ließen sich freilich diese Unterscheidungen nicht

überall festhalten. Die damals schon weitschichtig gewordene Literatur über das Wohnungsproblem und die Agitation der Bodenreformer unter Damaschke, deren Hauptgrundlage die Behauptung war, an der Wohnungsteuerung sei die Spekulation schuld, gab v. Philippovich den Anstoß, theoretisch von der gegenteiligen Behauptung auszugehen, die (wenn auch vielleicht durch die Umstände erzwungene) Bereitwilligkeit der Mieter, hohe Mieten zu zahlen, sei die Grundlage, auf der die Möglichkeit einer Bodenspekulation erst entstehe. Der Praktiker Brandts lenkte dann von diesen theoretischen Erörterungen wieder ab zu den praktischen Erwägungen, was denn von Staat und Verwaltung zur Behebung der so verschieden gearteten Übelstände geschehen könne. Leistungsfähige statistische Ämter der Städte, aufmerksame Wohnungsinspektion, fortschrittliche Stadtbaupläne und Neugestaltung der Kreditorganisationen für Neubauten (Wohnungsbanken) waren seine Hauptvorschläge. Die Debatte wurde durch Eberstadt, der damals schon vielfach schriftstellerisch auf dem Gebiete der Wohnungsfrage und des Städtebaus hervorgetreten war, eröffnet und geriet dadurch sogleich in ein theoretisches Fahrwasser, war in der Hauptsache Polemik gegen v. Philippovich und Andreas Voigt, die letzterer sogleich aufnahm. Der Oberbürgermeister Beck von Mannheim und der Oberbürgermeister Zweigert von Essen lenkten zu praktischen Erwägungen zurück. Mit dem Rechtsanwalt Eschenbach vom preußischen Kammergericht kam das sozialpolitische Moment in den Vordergrund, das von Max Hirsch und Dr. v. Mangoldt weiter verfolgt wurde. Nachdem Thiel noch einer Einigung auf mittlerer Linie das Wort geredet hatte, suchten alle drei Referenten sich im Schlußwort mit den Einwendungen der Debatterenden auseinanderzusetzen und Brentano gab eine abschließende Zusammenfassung, die die Verhandlungen recht optimistisch bewertete.

In der Voraussicht, daß das zweite Thema der Tagung, die Handelspolitik, das stärkere Interesse auf sich ziehen würde, waren zu den Verhandlungen über dieses Thema zwei Tage vorgesehen, die auch in einem größeren Versammlungsraume stattfanden. Der Vorsitz lag in den Händen des Wiener Sektionschefs (Statistisches Reichsamt) und Professors v. Inama-Sternegg. Als Referenten traten auf Lotz, Schumacher und Pohle. Die politische Lage war so, daß vor Beginn der Verhandlungen im Verein der Entwurf eines neuen Zolltarifs veröffentlicht war, über den der Reichstag sich im Winter schlüssig zu machen hatte. Der Entwurf hielt den Grundgedanken des bisherigen Tarifs von 1879, der damals ebenfalls den Verein beschäftigt hatte (siehe oben S. 32 ff.), insofern fest, als er auf einen gleichzeitigen Schutz der Industrie und der Landwirtschaft abzielte. Im Laufe der achtziger Jahre war der alte Tarif

noch unter Bismarck in mehreren Etappen durch die sprungweise erhöhten Getreidezölle verändert worden. Zum Abschluß von neuen Tarifverträgen mit fremden Ländern war es unter Bismarck nicht gekommen, der alte Tarif hatte als autonomer Tarif fungiert. Von dieser Politik war der „neue Kurs“ unter Caprivi als Reichskanzler abgewichen und Deutschland hatte 1891–1894 wieder Handels- und Tarifverträge mit den Nachbarstaaten, aber auch mit den Vereinigten Staaten und England abgeschlossen. Der neue Entwurf ging nicht von dem Plane einer Rückkehr zur autonomen Zollpolitik aus. Er wolle nur eine günstigere Grundlage für Deutschland bei Abschluß neuer Tarifverträge schaffen, als sie unter Caprivi gegeben gewesen war, doch wurde vielfach bezweifelt, ob Deutschland von dem neuen Tarif aus überhaupt zu Handels- und Tarifverträgen würde gelangen können. Von dieser handelspolitischen Situation her sind die Verhandlungen zu verstehen. Lotz, der erste Referent, als grundsätzlicher Freihändler bekannt, ging in seinem Referat nicht so weit, etwa für Deutschland den Übergang zum Freihandel zu fordern, er widerstrebte nur einer Verschärfung der schutzzöllnerischen Richtung, wie sie der Entwurf unzweifelhaft aussprach, und besonders einer Erhöhung der Getreidezölle. Der Streit in der öffentlichen Meinung ging damals zum guten Teile unter der Parole, ob Deutschland zum reinen Industriestaat fortschreiten oder, wenn schon nicht zum reinen Agrarstaat zurückkehren, so doch ein Agrar- und Industriestaat auf der Ebene des erreichten Mischungsverhältnisses bleiben solle. In diesem Streite stand Lotz entschieden auf der Seite einer immer weitergehenden Entwicklung zum Industriestaate, was er vornehmlich mit bevölkerungspolitischen und sozialpolitischen Zielen begründete. So nahm er denn scharf gegen alle Erhöhung der Getreidezölle Stellung, der größte Teil seines Referats richtete hiergegen seine Spitze. Er verkannte die Notlage der deutschen Landwirtschaft unter dem Druck der überseeischen, aber auch europäischen Getreidekonkurrenz (Rußland, Österreich-Ungarn) zwar nicht, glaubte aber, daß es handelspolitisch falsch wäre, dieser Gefahr durch Zollschutz zu begegnen. Er hielt diese Gefahr für nicht so groß, rechnete bei den mittleren Betriebsgrößen mit einer immer weitergehenden Verlegung ihrer Produktion auf die Viehzucht und empfahl für die auf den Getreidebau angewiesenen Großbetriebe den Ankauf der notleidenden Güter durch den Staat unter Gewährung einer angemessenen Rente an die bisherigen Besitzer. Schumachers Referat hatte vor allem die diplomatische Situation bei den kommenden Verhandlungen über neue Handels- und Tarifverträge im Auge. Für diesen Zweck erschien ihm der veröffentlichte Entwurf im ganzen als eine recht geeignete Grundlage. Das galt ihm auch für das vorgesehene Doppeltarifsystem: die Lage der deutschen Unterhändler

wäre stärker, wenn der Partner von vornherein wüßte, daß keine Aussicht wäre, Zugeständnisse unter eine festgelegten Grenze auszuhandeln. Von seinem allgemeinen Standpunkte aus prüfte daher Schumacher sehr kenntnisreich die diplomatische und handelspolitische Situation der voraussichtlichen hauptsächlichsten Vertragsländer. Pohle als letzter Referent ging ungescheut von der Schicksalsfrage: Industrie- oder Agrarstaat? aus, sah in dem Entwurf ein „Solidarschutzsystem“, das Landwirtschaft und Industrie gleichmäßig berücksichtigte, und baute seine Befürwortung der Beibehaltung dieses Systems sorgsam aus, was für seine Gegner auf eine Verteidigung einer Erhöhung der Getreidezölle hinauslief.

Die Referate Lotz und Schumacher hatten die Vormittagssitzung ausgefüllt. Man machte die Mittagspause kurz und begann bereits um 2 Uhr nachmittags mit dem Referat Pohles. Schon im voraus rechnete man mit einer großen Ausdehnung der Debatte und führte deshalb von vornherein für die Debatterenden eine Redezeit von 20 Minuten durch Beschluß ein, setzte sie am folgenden Tage auf 15 Minuten, zuletzt sogar auf 5 Minuten herab. Man diskutierte an diesem Tage, dem zweiten der Verhandlungen, bis um $\frac{1}{2}$ 6 Uhr abends, begann am folgenden um 9 Uhr früh und war mit $1\frac{1}{2}$ stündiger Mittagspause erst um 7 Uhr abends am Ende. Schon dieser Umfang der Diskussion zeigt, welche Anteilnahme das Thema weckte. Im Grunde genommen kam man aber bei aller Leidenschaftlichkeit der Diskussion über den schon in den Referaten hervorgetretenen Gegensatz zwischen dem Standpunkt von Lotz einerseits und Schumacher nebst Pohle anderseits nicht hinaus, wenn auch hin und wieder kleinere neue Gesichtspunkte im Für und Wider vorgebracht wurden. Von Wichtigkeit ist jedoch, daß auch der Interessengegensatz zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn als Partner bei den kommenden Vertragsverhandlungen in die Debatte hineinspielte, ja, daß sogar die Diskussion mit der Äußerung eines Österreicher, Prof. Grunzel, über die deutsche Handelspolitik begann. Es traten dann neben weniger bekannten die besten Namen auf: Oldenberg, Sering, Dietzel, Helfferich, damals noch Privatdozent in Berlin, Hainisch, Heckscher (Hamburg), sogar Schmoller selbst, Huber (Stuttgart), v. Mayr, Gothein (Breslau), Naumann, der hier zum ersten Male im Verein sprach, Dade, Alfred Weber, der vom Vorsitzenden zur Mäßigung ermahnt wurde, Max Hirsch, Frhr. v. Cetto, v. Philippovich, Sieveking, Quidde, Mombert, auch Brentano, Dr. Bingner (Berlin), v. Schulze-Gävernitz, der hier auch seine Flottenfreundlichkeit bekannte, die Sekretäre des Handelsvertragsvereins Creuzbauer und Dr. Borgius, Prof. Anschütz (Sonneberg), ein Dr. Kuntze (Dresden), Bonn, damals noch in Frankfurt a. M., und ein Dr. Goldstein aus Zürich. Eine so reichhaltige Debatte brachte natürlich auch viele An-

griffe auf die Referenten, und deren Schlußworte waren demgemäß, besonders das von Pohle und Lotz, recht umfangreich. Die abschließende Zusammenfassung war für Frhrn. v. Berlepsch schwierig, er konnte zuletzt in der Hauptsache nur die Unvereinbarkeit der Standpunkte feststellen.

17. Die Hamburger Tagung von 1903

Zu der sonst üblichen Ausschußsitzung nach Abschluß der Münchener Tagung von 1901 war es nicht gekommen, wahrscheinlich weil der Stand der im Gange befindlichen Schriften und die Frage nach etwaigen neu zu untersuchenden Themen in der Sitzung am Vortage der Generalversammlung, am 22. September, ausreichend behandelt worden war. Hierbei war dem von Sombart vorgeschlagenen Thema „Untersuchung der Krisen in Verbindung mit der Arbeitslosigkeit“ eine lebhafte Debatte gewidmet und ein Unterausschuß unter Sombarts Vorsitz zur Vorbereitung solcher Untersuchungen niedergesetzt worden. In der Plenarversammlung hatte Dr. Sinzheimer den Antrag eingebracht, „Das Gebiet der kommunalen Sozialpolitik“ einer Untersuchung zu unterziehen. Andreas Voigts Anregung, „Die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in Fabriken und Werkstätten“ zu behandeln, wurde zunächst keine Folge gegeben. Die Sitzung vom 24. September diente nur der Neukonstituierung des Ausschusses, wobei u. a. Schumacher, Tönnies, Helfferich und Dr. Heckscher (Hamburg) erstmalig kooptiert wurden.

Eine noch im Jahre 1901 am 22. Dezember in Berlin zusammen tretende Sitzung holte alles nach. Hier wurde zwar der Antrag Sinzheimer bezüglich der kommunalen Sozialpolitik vorläufig zurückgestellt, aber die Wichtigkeit des Themas anerkannt. Es sind ja auch später umfangreiche Untersuchungen daraus entstanden. Die Berichte der Herausgeber über die im Gange befindlichen Schriftenbände (Cohn: Binnenschifffahrt, Frhr. v. Berlepsch: Arbeiter und Angestellte im Straßentransportgewerbe, Francke: Die in der Seeschifffahrt beschäftigten Arbeiter) lauteten sehr befriedigend. Die diese Themen behandelnden Schriftenbände (99—104) sind in der Tat auch in den Jahren 1902 und 1903 erschienen, nur der parallele Band über die Seeleute in Österreich-Ungarn folgte erst im Jahre 1904 nach. Der Unterausschuß für Untersuchungen über die „Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900ff.“ tagte im Anschluß an die Sitzung des Hauptausschusses und arbeitete unter Sombart ein Arbeitsprogramm sowie einen ausführlichen Fragebogen für die Industrie aus. Entsprechendes geschah für Österreich-Ungarn unter v. Philippovich und Zuckerkandl. Auch die hieraus entstehenden Bände (102—112) erschienen noch im Jahre

1903. So konnte eine neue Sitzung des Hauptausschusses vom 13. März 1903 leicht zu dem Beschlusse gelangen, die Tagung im Herbst des gleichen Jahres in Hamburg abzuhalten und dort am ersten Tage über die Arbeiter in der Seeschifffahrt, am zweiten und dritten Tage über die Wirtschaftskrisis zu diskutieren, obwohl die Herausgeber der entsprechenden Schriftenreihen sich bedenklich äußerten, weil noch nicht alle einschlägigen Bände bereits fertig vorlägen. Zu Referenten wählte man für das Thema der Seeleute Francke, für ein Referat vom Unternehmerstandpunkt wurde den Inspektor der Hamburg-Amerika-Linie, Kapitän Polis, vorgeschlagen, der dann auch annahm, für den Arbeiterstandpunkt sollte ein Sozialdemokrat gewonnen werden, was aber mißlang. Zum Thema der Wirtschaftskrisen wählte man für die allgemeine Frage und die Industrie Sombart, für die Zirkulationssphäre Hecht (Mannheim), für den Arbeitsmarkt Jastrow. Die Referate sollten je nur $\frac{3}{4}$ Stunden dauern. Unter den Vorschlägen für neue Untersuchungen wurde ein Antrag Herknerns bezüglich der Auswanderung nach Südbrasilien und ein solcher von Fuchs bezüglich des Alkoholkonsums auf der Arbeitsstätte abgelehnt und die Beschlußfassung über einen Antrag Hecht bezüglich des Themas „Kartelle und Trusts“ bis nach Beendigung der Reichskartellenquete vertagt. Anklang fand dagegen der von Fuchs wieder aufgenommene Antrag Sinzheimer, die „kommunale Sozialpolitik“ zu behandeln, besonders bei Schmoller selbst, der denn auch gleich ein ganzes Programm für eine solche Untersuchung in Vorschlag brachte. Ein Sonderausschuß mit den Herren Adickes, Beck, Bücher, v. Dorn (Wien), Fuchs, Loening, Schmoller, Sinzheimer, Sombart und Trimborn wurde niedergesetzt. Dieser hielt am 28. Juli 1903 in Frankfurt a. M. eine Beratung ab, der ein von Schmoller entworfener Fragebogen zugrunde lag. Es wurde ein Arbeitsprogramm ausgearbeitet, das auch gedruckt wurde. Aus diesen Beschlüssen sind die umfassenden Schriftenbände von Bd. 117 bis Bd. 130 (ohne die Bände 124—125) entstanden, mit ihren 6323 Druckseiten eine Gesamtveröffentlichung, die alle vorangegangenen solcher Art an Umfang weit überragt. Die Ausschußsitzungen im Gefolge der Hamburger Tagung änderten an den gefaßten Beschlüssen nichts, sondern nahmen sie im ganzen an. Bemerkenswert aber ist aus diesen Beratungen noch die Kontroverse zwischen dem Verein und der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn, die gegen die Darstellung des Dr. Deichen in Band 99 über die Lage der Angestellten und Arbeiter in den Verkehrsgewerben Einspruch erhoben hatte. Frhr. v. Berlepsch als Herausgeber hatte die Verhandlungen mit der Direktion geführt und festgestellt, daß dem Verfasser zwar einige Unkorrektheiten unterlaufen seien, daß er aber in der Hauptsache unzweifel-

haft recht behalten habe, namentlich was die Arbeiterverhältnisse betreffe. Diese habe er nämlich entsprechend der Zeit der Abfassung der Arbeit so dargestellt, wie sie vor dem Streik von 1900 gewesen seien, während die Gesellschaft von den gegenwärtigen Verhältnissen ausgehe. Das Verlangen der Gesellschaft, in den Vereinsschriften eine Berichtigung zu veröffentlichen, sei vom Vorstand abgelehnt worden, man habe sich nur bereit erklärt, eine Entgegnung der Direktion an alle Vereinsmitglieder zu vermitteln. Das habe die Direktion nicht gewollt. Dr. Deichen seinerseits habe es abgelehnt, mit der Direktion in privatem Schriftaustausch zu polemisieren, da deren Ausstellungen teils unerheblich, teils falsch seien. Die Korrespondenz mit der Direktion habe damit geschlossen, daß vom Vorstand zugesagt wurde, dem Ausschuß würde von den Verhandlungen Mitteilung gemacht werden. Nach einer lebhaften Debatte beschloß der Ausschuß mit großer Mehrheit, eine Erwiderung der Direktion in den Vereinsschriften nicht zuzulassen. Auf Antrag Serings wurde diesem Beschlusse sogar noch ein prinzipieller Charakter zuerkannt.

Die Verhandlungen über die Seeleute füllten bis abends nach 6 Uhr den ersten Tag der Hamburger Generalversammlung von 1903. Francke als erster Referent zog das Fazit aus den vorbereitenden Schriftenbänden über dieses Thema (103 und 104 in je zwei Bänden) und sprach, sein Laientum in diesem spezifisch seemännischen Dingen hervorhebend, sehr vorsichtig und besonnen, ebenso Kapitän Polis, dessen Objektivität und Offenheit, obwohl Vertreter des Arbeitgeberstandpunktes, in der Diskussion allgemein rühmend anerkannt wurde. Die Debatte wurde fast allein von anwesenden Hanseaten aus Hamburg und Bremen bestritten, nur Rechtsanwalt Dr. Heckscher, der als leitender Geist im Ortsausschusse die Tagung äußerlich vorbereitet hatte, und von Gelehrten nur Tönnies (Eutin) traten hinzu. Die ganze Verhandlung wurde dadurch beeinträchtigt, daß nicht lange vor der Tagung die neue Seemannsordnung als Reichsgesetz erlassen worden war, die, zum guten Teile sozialpolitischen Charakters, in ihren verbessernden Auswirkungen auf das Arbeitsverhältnis der Seeleute damals noch nicht übersehen werden konnte. Die höheren Angestellten, Kapitäne und Schiffsoffiziere, auch Vertreter der See- und sonstigen Behörden waren auf der Tagung zu Worte gekommen, nur die wirklichen Arbeitervertreter hatten gefehlt, was Freiherr v. Berlepsch als Vorsitzender an diesem Tage bedauerte, die vergeblichen Bemühungen der Vereinsleitung nach dieser Richtung nochmals ans Licht stellend.

Um so lebhafter war die Anteilnahme der Wissenschaftler an dem Thema der Krisen während des zweiten und dritten Tages der Versammlung. Da war zunächst das Referat von Sombart. Thiel als Vorsitzender

dieses Tages hob bei seinem Dank nach Beendigung des Vortrags ausdrücklich die gespannte Aufmerksamkeit der Zuhörer hervor. Es wird sich auch sagen lassen, daß die große Diskussion über das Wesen der Krisen, namentlich in der deutschen theoretischen Forschung von hier ihren kräftigsten Anstoß bekam, wenn auch die Arbeiten von Eulenburg, Pohle und Spiethoff, die Sombart besonders erwähnte, bereits vorausgegangen waren. Sombart gab keine allgemeine Krisentheorie, machte Ansätze zu einer solchen höchstens nebenbei, sondern versuchte konkret gerade die herrschende (übrigens schon im Abflauen befindliche) Krisis ursächlich zu erklären. Er fand die Ursache in der stark gesteigerten Goldproduktion der Jahre 1895—1900. Doch begnügte er sich nicht mit der vielfach üblichen delphischen Andeutung von der Wirkung dieser Ursache, sondern legte in Kürze klar, wie von den ersten Goldbesitzern eine äußerst kräftige Steigerung der Nachfrage nach Waren ausgegangen wäre, dadurch einen stark gesteigerten Export in den großen Warenproduktionsländern hervorruhend, welcher Export dann wieder zur übermäßigen Vermehrung der Warenproduktion so lange verführte, bis die Produktion über jede Absatzmöglichkeit hinaus angewachsen war und auf unverkäuflichen Mengen festsaß und nun bei stetig sinkenden Preisen den Mut verlor. Die Krisis war da. Wie die Kreditinstitute, aufbauend auf dem gewachsenen Goldvorrat, sich in ihrer demgemäß vervielfachten Geldflüssigkeit zur Zeit des Aufschwungs bemühten, der Produktion immer neue Leihkapitalien förmlich aufzudrängen, und so den Auftrieb verstärkten, das zu schildern überließ Sombart dem Korreferenten Hecht, der über die Wirkungen der Krisis in der Zirkulationssphäre zu berichten hatte. Sombart warnte dabei ausdrücklich davor, seine Krisenerklärung nun einfach wieder als eine bloße Überproduktionstheorie anzusehen, er nannte sie sogar, eine Paradoxie nicht scheuend, vielmehr eine Unterproduktionstheorie, indem er als entscheidend ansah, daß damals zugleich aus Mangel an Arbeitskräften bei den nicht zu den Produktionszweigen mit unabsetzbaren Warenmengen gehörigen Produktionsmittelindustrien, die Produktion hinter dem erforderlichen Ausmaße zurückgeblieben sei. Es handele sich also um eine Disproportionalitätstheorie. Hecht hielt die ihm hiermit gesteckte Linie vielleicht nicht ganz inne. Er ging von den damals großes Aufsehen erregenden Zusammenbrüchen der Leipziger Bank, der Dresdener Kreditanstalt für Handel und Industrie und des Bankhauses Terlinden aus, suchte eine Grenze zu ziehen zwischen normaler und leichtfertiger Kreditgewährung und gab überhaupt leitende Gesichtspunkte für eine Kreditreform, die freilich zum guten Teile auf die Interna der Bankgeschäftsführung abzielten und nur im geringen Maße durch Maßnahmen von außen erzwingbar waren. Jastrow, damals noch

Privatdozent an der Universität Berlin und Herausgeber des „Arbeitsmarktes“, hatte den Arbeitsmarkt zu behandeln. Sombart hatte bereits verschiedentlich auf die Einwirkungen von Aufschwung und Krisis in Richtung auf die Arbeiterschaft hingewiesen. Es war nun Jastrow gelungen, statistische Methoden ausfindig zu machen, mit denen man überhaupt erst ein genaueres Bild von der jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes gewinnen konnte. Über diese Methoden gab er zunächst eine Übersicht. Trotzdem Jastrow die vorläufig noch mangelhafte Durchführbarkeit dieser Methode, wenn von einem Privaten gehandhabt, zugab, glaubte er doch, daß man aus den gewonnenen Zahlen wenigstens einiges für die Datierung des Anfangs der Krisis und ihren weiteren Verlauf herauslesen könne. Eine vollständige Darstellung dieser Art für die damals gegenwärtige Krisis gab er nicht. Wohl aber beschäftigte er sich mit der „Therapie“ an den Krisen vom Arbeitsmarkt her. Dabei ist es interessant zu beobachten, daß er sich durchaus wohlgeneigt für das Mittel der Arbeitsbeschaffung aus öffentlichen Mitteln und weiter die Meinung aussprach, die Rücksicht auf den Arbeitsmarkt müsse fortan einen „Bestandteil der allgemeinen gewerblichen Politik bilden“.

Die Debatte dieser Tagung bot nach mehrfacher Richtung Bemerkenswertes. Dazu gehört vor allem ihr weitgehend theoretischer Charakter. Sombarts Referat war mit besonders lebhaftem Beifall von der Versammlung aufgenommen worden. Da es aber zum guten Teile theoretischen Charakter getragen hatte, konnte es nicht fehlen, daß von den theoretischen Denkweise geneigten Fachgenossen sich viel Widerspruch erhob. Der Tatsachenkomplex, der mit dem Begriffe „Krisis“ so ungefähr umschrieben wird, erfuhr nur in verhältnismäßig wenigen Angaben eine Analyse und auch die Behandlung der etwaigen wirtschaftspolitischen Bekämpfung der „Störungen im deutschen Wirtschaftsleben“ war nicht sehr ergiebig. Doch wurde sehr viel theoretischer Scharfsinn zur Enthüllung des Wesens und der Ursachen der Krisen aufgeboten. So namentlich von Spiethoff, der hier seine Jungfernrede im Verein hielt, in der er seine später sehr bekannt gewordene Krisentheorie in nuce vortrug, von Oldenberg, Liefmann und Alfred Weber. Die Ausführungen Goldscheids nahmen eine besondere theoretische Richtung an. An Teilerscheinungen oder Auswirkungen der Krisis hielten sich andere Redner gemäß dem ihnen naheliegenden Spezialgebiet, so Herkner an das sozialpolitisch Wirksame, der Bankier Loeb (Berlin) an die Kreditvorgänge im engeren Anschluß an das Referat Hechts. Leidig versuchte die Haltung der Kartelle in der Aufschwungs- und Niedergangsperiode zu verteidigen, der Statistiker May (Hamburg) kam immerhin an eine verbesserte Tatsachenfeststellung heran. Gegen den therapeutischen Vor-

schlag einer Arbeitsbeschaffung in Krisenzeiten sprach sich Loening, zur Vorsicht mahnend, aus. Viel Anstoß und Widerspruch erregte der Rechtsanwalt Eschenbach (Berlin) mit seiner grundsätzlichen Einstellung, die man vielleicht antikommerzialistisch nennen könnte und die vor allem von großer Börsenfeindlichkeit getragen war. Er begegnete Kritiken von ungewöhnlicher Schärfe, denen es teilweise nicht an persönlichen Zuspitzungen fehlte. Die Schlußworte der Referenten Jastrow und Hecht beschränkten sich auf Zurückweisung von Einzeleinwendungen, Sombart dagegen verteidigte energisch seine Gesamtheorie und hielt sie allen Gegenäußerungen entgegen aufrecht. Es war für v. Philippovich als Vorsitzenden keine leichte Aufgabe, das Wesentliche aus Referaten und Debattereden herauszuschälen und in eine gewisse Ordnung zu bringen. Es gelang ihm immerhin in weitem Maße, wenn er auch selbstverständlich nicht eine einheitliche Richtung in den vielen Brechungen der ganzen Erörterung aufzuzeigen vermochte. Diesen Mangel an „greifbaren Resultaten“ stellte auch Schmoller in seinen die Tagung abschließenden Worten fest, erkannte aber doch die Höhe an, auf der die ganze Erörterung gestanden habe.

18. Die Mannheimer Tagung von 1905

Von neuen Arbeiten des Vereins war in den drei Ausschußsitzungen im Zusammenhange mit der Hamburger Tagung von 1903 allein die „Kommunalenquete“ behandelt worden, die auf Beschluß des Ausschusses vom 13. März 1903 zurückging. Ein Bericht Loenings zeigte da bereits, daß hier eine umfangreiche Veröffentlichung im Gange war. Das ganze Jahr 1904 war dann ohne Abhaltung einer Ausschußsitzung verstrichen, eben weil der Stand der Arbeiten an den Vereinsschriften sich einem Übersicht gewährenden Abschlusse noch nicht genügend genähert hatte. Zwei Rundschreiben des Vorstandes vom März und vom Oktober 1904 hielten die Ausschußmitglieder über die Lage der Vereinsangelegenheiten auf dem laufenden. Das letzte Rundschreiben kündigte aber schon die Abhaltung einer Ausschußsitzung für Anfang Januar 1905 an. In dieser wurde kurz erwogen, was wohl an Themen für die 1905 fällige Vereinstagung zur Verfügung stünde. Die Auslese war nicht groß, wenn man von den Arbeiten an den Schriften ausging. Außer der genannten Kommunalenquete stand da nur noch das Thema der deutschen Stromschiffahrt nebst der Kanalffrage zur Verfügung, von dem aber das Rundschreiben meinte, dieses Thema dürfte nach Erledigung der Kanalvorlage im Preußischen Landtage „jetzt kaum mehr viel Anziehungskraft ausüben“. So fügt denn das Rundschreiben vorbereitend hinzu, Brentano habe vorgeschlagen, das Arbeitsverhältnis in den ganz großen und Riesenbetrieben zu diskutieren.

Die Ausschußsitzung fand am 6. Januar 1905 in Berlin statt. Sie stand vor der Tatsache, daß in den Schriften nur die Frage der Wasserstraßen zum Abschluß gelangt war, wenn auch mit bedauerlichen Lücken wegen des Fehlens an geeigneten Mitarbeitern. Und es sei hier gleich darauf hingewiesen, daß die Lücken, wenigstens teilweise, erst später in den Schriften, nämlich 1906 und 1908 durch die Bände 115, Teil I und II bis III mit den Arbeiten von Geheimrat Max Peters über Schifffahrtsabgaben gefüllt worden sind. Eine weitere Tatsache war, daß die Kommunalenquete bis zum Herbst 1905 noch nicht so weit vorgeschritten sein würde, um dieses Thema zum Verhandlungsgegenstande zu machen. So kam es, daß man sich doch entschloß, die Wasserstraßenfrage zum ersten Thema der Herbstversammlung zu wählen und außerdem, um einen sozialpolitischen Gegenstand zu haben, den Vorschlag Brentanos aufgriff, das „Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben“ zum zweiten Thema zu machen, obwohl es hier an einer Vorbereitung durch Vereinsschriften fehlte. Es gelang zwar noch, im Sommer 1905 den Schriftenband über „Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland und Frankreich“ (Bd. 114) von A. Günther und R. Prévôt herauszubringen, doch war das ja nur ein Teilgegenstand des zum Verhandlungsthema gewählten Stoffes. Es fragt sich freilich, ob es überhaupt möglich gewesen wäre, über das Thema einigermaßen befriedigende Schriften zusammenzubringen. Für ein drittes Thema, das man für angezeigt hielt, kam die Anregung von Alfred Weber gelegen, „Das Verhältnis der Kartelle zum Staat“ zu erörtern, was zum Beschluß erhoben wurde. Die Vorbereitung des ersten Themas wurde in die Hände von Beck, Cohn und Schmoller gelegt, die des dritten Themas in die von v. Philippovich, Schmoller und Alfred Weber, für das zweite Thema war auf sein Anerbieten Brentano mit dem Referat betraut worden, einen Korreferenten sollten Schmoller und Brentano ausfindig machen. Zum Versammlungsort wurde in Konkurrenz mit Nürnberg auf Antrag von Beck Mannheim gewählt. Ein Angebot Knapps, ein Referat über eine Geld- oder Währungsfrage zu übernehmen (im Jahre 1905 erschien seine „Staatliche Theorie des Geldes“), wurde als willkommen für den Fall zurückgestellt, daß die Behandlung des Kartellthemas sich als untunlich erwies.

Das Programm für die Tagung hielt sich an diese Beschlüsse und konkretisierte sie nur näher. Das erste Thema erhielt die Fassung: „Die finanzielle Behandlung der Binnenwasserstraßen unter besonderer Berücksichtigung ihres Wettbewerbes mit den Eisenbahnen“, wobei die allgemeine Bedeutung der Frage vom geschichtlichen und grundsätzlichen Standpunkte Schumacher als Referenten zufiel, während Wirminghaus speziell die Rheinschifffahrt im Wettbewerb mit den Eisenbahnen und die

Wiedereinführung der Rheinschiffahrtsabgaben allgemein zu behandeln hatte. Die Fassung des zweiten und dritten Themas blieb unverändert, doch teilte beim zweiten Thema das Programm vorbereitend mit, daß Brentano die Debatte einleiten und nach ihm Regierungsrat Dr. Leidig (im Programm fälschlich Leydig geschrieben) und Vertreter der Arbeiter sprechen würden. Beim dritten Thema entfiel die Einleitung der Debatte auf Schmoller, und als nachfolgende Redner wurden Geheimer Kommerzienrat Kirdorf (Gelsenkirchen) und Prof. Liefmann (Freiburg i. Br.) genannt.

Die Eröffnung der Versammlung am 25. September 1905 brachte keine bedeutsameren Äußerungen Schmollers, wohl aber besonders warme Begrüßungen durch den badischen Minister des Innern Dr. Schenkel und den Oberbürgermeister von Mannheim Beck, der ja inzwischen ein recht aktives Mitglied des Vereinsausschusses geworden war und auch bewirkt hatte, daß seine Stadt zum Tagungsort gewählt worden war. Frhr. v. Berlepsch führte am ersten Verhandlungstage den Vorsitz. Schumacher als erster Referent „Über die finanzielle Behandlung der Binnenwasserstraßen“ baute außerordentlich geschickt ein sehr überzeugendes Plädoyer für eine ganz allgemeine Einführung von Schiffahrtsabgaben im Binnenlande auf, gültig nicht nur für die künstlichen, sondern auch für die natürlichen Wasserstraßen, da letztere, soweit sie überhaupt ernstlich für den Verkehr in Betracht kämen, längst durch kostspielige Regulierungsarbeiten oder Kanalisierungen ebenfalls mehr oder weniger zu künstlichen geworden seien. Da die Abgaben nur nach dem Kostendeckungsprinzip, also zu einer Verzinsung und Amortisation der aufgewendeten Kapitalien ausreichend, festgesetzt werden sollten, kamen nur sehr niedrige Abgabensätze in Frage. Der Korreferent Wirminghaus stand offensichtlich stark unter dem Eindruck von Schumachers glänzender Argumentation und gab ihm in allen entscheidenden Punkten recht, gelangte zuletzt aber doch für den Rhein, auf den er sich nach dem Tagungsprogramm zu beschränken hatte, zu einer Ablehnung aller Abgaben, die nicht für die Benützung bestimmter Anlagen vorgeschrieben wären. Diese Widersprüchlichkeit wurde Wirminghaus auch gleich vom ersten Diskussionsredner, Gothein (Heidelberg), vor Augen geführt. Von der Debatte im ganzen kann man sagen, daß die Befürchtungen des Vorsitzenden bei ihrem Beginne, sie würde wohl etwas einseitig ausfallen, weil sich anscheinend wesentlich nur Gegner der Schiffahrtsabgaben zum Wort gemeldet hätten, sich bewahrheitete. Außer Gothein und Beck, ein Generaldirektor Knecht (Mannheim), Lotz, Gothein (Breslau), Handelskammersyndikus Brandt (Düsseldorf), der Geschäftsführer des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, Dr. Beumer, der Syndikus

Dr. Stein (Duisburg), Bergmeister Engel (Essen), Direktor Schäfer (Mannheim) vom Verbandsrat der Kleinschiffer auf dem Rhein, für die Weichsel Kaufmann Neumann (Danzig) und noch einmal für den Rhein Geh. Kommerzienrat Michel (Mainz), alle wollten von Schiffsabgaben mit den verschiedensten Begründungen nichts wissen. Zwiedineck-Südenhorst als Gelehrter schloß sich ihnen insofern an, als er für den Rhein noch auf die besonderen internationalen Widerstände hinwies. So hatte denn zuletzt nur Gustav Cohn sich an die Seite Schumachers gestellt. Auch Wirminghaus bedauerte in seinem Schlußwort, daß die Debatte eine solche Einseitigkeit gezeigt habe, wenn das auch in Übereinstimmung mit seinem Standpunkte geschehen sei. Fast nur lokale Interessen seien zum Ausdruck gekommen und die entscheidende finanzpolitische Frage sei fast völlig außer acht gelassen worden. Das werde sich rächen. Und tatsächlich hat ja dann der an den Wasserstraßenabgaben fast allein interessierte Preußische Staat auf dem Wege über das Reich mit dem Reichsgesetz vom 24. Dezember 1911 allem juristischen und Interessentenstreit ein Ende gemacht. Schumacher, dem fast allein die Debatte gegolten hatte, wehrte sich mannhaft und ließ sich die Mühe nicht verdrießen, alle Einwendungen im einzelnen zu widerlegen. Das Resumé des Vorsitzenden konnte nur den hier geschilderten tatsächlichen Verlauf der Diskussion feststellen.

Zu den Verhandlungen über das zweite Thema, also über „Das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben“ hielt Brentano einen „einleitenden Vortrag“, wie es diesmal statt „Referat“ hieß. Er sah sich in der Sache im Vergleich zu seinem Standpunkte im Referate von 1890 vor einer veränderten Lage. Da war einmal inzwischen die wirtschaftliche Konzentrationsbewegung in der Industrie eingetreten, weshalb das Thema von „Riesenbetrieben“ sprach, da war weiter im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts und später die Gewerkschaftsbewegung in überraschender Weise erstarkt, da waren in Abwehr dagegen die Arbeitgeberverbände entstanden und gut entwickelt und noch 1904 mit einer Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände gewissermaßen bekrönt worden, die ausdrücklich gegen Verhandlungen der Arbeitgeber mit den Gewerkschaften und gegen den Abschluß von Tarifverträgen kämpfte. Die bloße Existenz von Gewerkschaften, auch wenn sie eine weitgehende gesetzliche Anerkennung gefunden hätten, konnte bei grundsätzlicher Ablehnung von Verhandlungen seitens der Arbeitgeber nicht mehr zu irgendwelchen Ergebnissen bezüglich der Ordnung oder Neuordnung der Arbeitsbedingungen führen. Streiks konnten in solchen Fällen also höchstens noch Demonstrationstreiks sein, an denen es ja damals auch nicht gefehlt hat. Dieser veränderten Lage suchte Brentanos Referat und suchten auch seine „Leit-

sätze“, die zur Festigung der Debatte gedruckt verteilt wurden, gerecht zu werden. Daran war neu, daß Brentano durch Gesetz die Statuierung eines Verhandlungszwanges für die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter und weiter einen Zwang zur staatlich organisatorischen Zusammenfassung aller Arbeiter eines Gewerbes unter Wahrung des Fortbestandes aller bestehenden Berufsvereine empfahl, wodurch Brentano den Widerstand der verschiedenen Spielarten von Gewerkschaften auszuschalten suchte. Diese Bereitschaft Brentanos zur Einführung staatlichen Zwanges entgegen seiner sonstigen heftigen Ablehnung nach dieser Richtung überraschte viele Hörer. Zur Sicherung der Durchführung des Verhandlungszwanges sollten gesetzlich Aufträge des Staates und anderer öffentlichen Korporationen nur an solche Unternehmer vergeben werden dürfen, die sich verpflichteten, alle Arbeitsstreitigkeiten in ihren Betrieben vor Einigungsamt und Schiedsgericht zum Austrag zu bringen, und die keinerlei Verbindung angehörten, welche das Verhandeln mit Arbeitervertretern verweigerte. Da zum Beispiel die staatlichen Eisenbahnen immer große Aufträge für Kohle und Eisen zu vergeben hatten, wären durch solche Bestimmungen der Kohlenbergbau und die Eisenindustrie, die Hauptgegner der Verhandlungen mit den Gewerkschaften, entscheidend getroffen worden, vorausgesetzt, daß es den Eisenbahnverwaltungen möglich war, notfalls ihren Bedarf an Kohle und Eisen anderweitig zu decken. Ein besonderer Leitsatz Brentanos verlangte zwingende Vorschriften, durch die der Mißbrauch von Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer als Machtmittel gegen die Arbeiterorganisationen ausgeschlossen werden sollte. Die Kritik an solchem Mißbrauch der Wohlfahrtseinrichtungen hatte einen breiten Raum in Brentanos Referat eingenommen. Er erstattete damit zugleich Bericht über den oben erwähnten Band 116 der Vereinsschriften, der, wie gesagt, der einzige war, der die Verhandlungen über das zur Diskussion stehende zweite Thema wenigstens auf einem Sondergebiete vorbereitet hatte.

Wie zu erwarten, trat der Korreferent, Regierungsrat Leidig, der aber nur als erster Debatteredner galt und sich einleitend als im Zentralverband Deutscher Industrieller eine „immerhin mitbestimmende Stellung“ einnehmend auswies, so gut wie durchweg ablehnend den Auffassungen Brentanos gegenüber. Es entsprach das ja auch der beabsichtigten Regie der Verhandlungen. Die damals zahlreichen, zum Teil schweren Arbeitskämpfe, in denen oft genug unleugbar die Offensive bei den Gewerkschaften gelegen hatte, machten es dem Korreferenten leicht, die Gefährlichkeit der Gewerkschaften für den Arbeitsfrieden aufzuzeigen und die Ablehnung der Unternehmer gegen Verhandlungen mit diesen Organisationen als eine einleuchtende Selbstverständlichkeit hinzustellen.

Die taktische Position der Unternehmer war dabei die, daß sie das gesetzlich gegebene Koalitionsrecht der Arbeiter zwar theoretisch durchaus anerkannten, aber eben praktisch nichts damit zu tun haben wollten. Übrigens bemühte sich Leidig auch, den Unternehmer in blühenden und aufsteigenden Gewerbszweigen wegen der ständigen Schwierigkeit, die erforderlichen Arbeitskräfte heranzuschaffen, als den durchaus nicht immer Mächtigeren auf dem Arbeitsmarkte erscheinen zu lassen. Als besonderes Argument gegen den Tarifvertrag brachte er die Tatsache vor, daß in Krisenzeiten die Gewerkschaften mit Hilfe des Tarifvertrags die Löhne hochhielten, um in Zeiten der Hausse durch Streikdrohung die Löhne weiter zu steigern. Und er stellte es zuletzt als eine Konsequenz hin, daß der Staat, wenn er schon glaubte, die ewig auf Lohnsteigerung hinwirkenden Gewerkschaften zu anerkannten Mächten machen zu sollen, dann auch dafür sorgen müsse, die Unternehmer stets mit den benötigten Arbeitermassen zu versehen, was ohne Einführung einer allgemeinen Arbeitspflicht, wie sie zum Beispiel einst in der Erbuntertänigkeit bestand, wohl nicht möglich sein dürfte.

Bei der Zusammensetzung des Vereins verbürgte schon die Art des Themas eine lebhafte Debatte. Und es lag an den Zeitverhältnissen, daß die Lebhaftigkeit bis zur Leidenschaftlichkeit anstieg. Die Gruppierung innerhalb des Vereins bestand im ganzen immer noch so weiter, wie sie Brentano schon für das Jahr 1873 charakterisiert hatte (vgl. oben S. 20): es gab eine Mitte und einen rechten und linken Flügel, wenn man diese parlamentsmäßigen Begriffe in einem allgemeinen Sinne hier anwenden darf. Wie die Größe dieser Gruppen zahlenmäßig vorzustellen war, hat sich niemals mit Bestimmtheit durch irgendein Zeichen ergeben, die Begrenzung der Gruppen war überhaupt unbestimmt, da sie sich niemals organisiert hatten. Trotzdem war das Vorhandensein der Gruppierung in manchen Fällen deutlich spürbar. Wenn gegenüber den Anfängen des Vereins besonders seit Ende der neunziger Jahre eine Veränderung in der Gruppierung eingetreten war, dann lag sie in einer stärkeren Radikalisierung des linken Flügels, bei der namentlich die beiden Webers und zum Teil auch Sombart führend waren. Als autoritativer Protektor dieses Flügels galt mit Recht oder Unrecht Brentano, zumal diesem seine zahlreiche, wissenschaftlich herangewachsene Schülerschaft zur Seite stand⁵. Die Leidenschaftlichkeit der hier uns beschäftigenden Debatte wurde hauptsächlich von dem radikalisierten linken Flügel der Vereins-

⁵ Eine Spiegelung dieser Gruppierung bei den Gegnern der Sozialreform ergibt sich zum Beispiel bei Beumer, W., Fünfundzwanzig Jahre Tätigkeit des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, Düsseldorf 1896, S. 204 ff.

mitglieder getragen. Max Weber und Naumann waren die Rufer im Streite, auch Harms, damals noch Privatdozent in Tübingen, schloß sich mit seiner Jungfernnrede im Verein ihnen an. Die Gegnerschaft wurde überwiegend von Nichtvereinsmitgliedern und Angehörigen der Unternehmerorganisationen gestellt: Dr. Jüngst (Essen), Dr. Alexander Tille (Saarbrücken), Assessor Oppenheim (Berlin), zu denen sich Bergmeister Engel gesellte und dabei neben dem Korreferenten Leidig eine Art von Führung erlangte. Von seiten der anwesenden Gewerkschaftsvertreter wurde der Arbeiterstandpunkt, da der Sozialdemokrat Molkenbuhr zwar sein Erscheinen und Auftreten zugesagt, aber schließlich nicht gekommen war, maßvoller vertreten als von seiten des linken Vereinsflügels: Giesberts (München-Gladbach), Goldschmidt (Berlin), Fischer (Reutlingen) zeigten eine gewisse Zurückhaltung und äußerten teilweise sogar Kritik an den Leitsätzen Brentanos. Ebenso maßvoll traten die Fabrikanten Franken (Gelsenkirchen) und Schwanhäuser (Nürnberg) auf. Viel Aufsehen erregte eine blendende Rede von Exzellenz v. Rottenburg (Bonn), die den Versuch machte, die berechtigten Interessen der Unternehmer und der Arbeiter bei der Entwicklung der Unternehmungen zu Riesenbetrieben gegeneinander vorurteilslos abzuwägen. In den Schlussworten wehrte Leidig geschickt einige Einwendungen allgemeiner Natur aus der Debatte ab, Brentano verteidigte noch einmal seine Leitsätze und bestritt, daß sich eine „Wandlung“ in seinen Grundanschauungen bezüglich der Ordnung des Arbeitsverhältnisses überhaupt vollzogen habe, es handele sich nur um eine bessere Anpassung alter Grundsätze an die veränderten Verhältnisse. Der Vorsitzende des Tages v. Philippovich sah in der ganzen Erörterung eine Klärung der behandelten Probleme, ein Ergebnis also, auf das man mit Befriedigung zurückblicken könne.

Die Verhandlungen über das dritte Thema der Tagung „Das Verhältnis der Kartelle zum Staate“ nahmen am 27. September 1905 ihren Anfang mit Schmollers Referat, das damals und auch noch später viel Beachtung, wenn auch viel Widerspruch erfuhr. Schmoller ging aus von Schilderung der fin-de-siècle-Stimmung, die das Anwachsen der Kartelle und besonders der amerikanischen Trusts damals verbreitet hatte, und zitierte zu diesem Zwecke sogar Th. Duimchen. Er erwähnte, daß diese Stimmung in Deutschland etwas ziemlich Neues sei, denn die deutsche Wissenschaft, die sozialdemokratische Literatur und selbst die deutschen Regierungen hätten lange Zeit von den Kartellen nur Gutes zu sagen gewußt. Dann sei die Stimmung umgeschlagen, der Juristentag habe mit großer Mehrheit eine energische Staatskontrolle für die Kartelle gefordert, die gescheiterten Versuche des preußischen Staates, die Hibernia zu erwerben, die Mutungssperre für Kali und Kohlen seien Ausdruck starker

Kartellgegnerschaft und in breiten Schichten des Volkes würde die Verstaatlichung der bergbaulichen Schätze laut gefordert. Das habe natürlich die laute Gegnerschaft der Kartellherren hervorgerufen. Danach suchte Schmoller ein kurzes Bild von der tatsächlichen, durch die Kartelle geschaffenen wirtschaftlichen Verhältnisse zu zeichnen, besonders auf dem Gebiete der Preisbildung und verwertete dabei seine Erfahrungen aus seiner Teilnahme an der damaligen Kartellenquete des Reiches. Das Bestreben der Kartelle, die freie Preisbildung auf dem Markte aufzuheben, zu Monopolen zu gelangen und damit eine wirtschaftliche Freiheit nach der anderen in Frage zu stellen, sei unzweifelhaft vorhanden. Begreiflich, daß die grundsätzlichen Wirtschaftsindividualisten die heiligsten Prinzipien der Volkswirtschaft in Gefahr sähen. Er selbst habe persönlich auf dem Boden der optimistischen, individualistischen Freiheitslehre nie unbedingt gestanden und habe sich deshalb früher oft genug die Bezeichnung als Sonderling und Reaktionär oder als Sozialist gefallen lassen müssen. Doch sei die Frage, ob man nun auch das Vorgehen der Kartelle ohne Gegenwehr des Staates anerkennen solle. Schmoller bemühte sich, hier die möglichen Gefahren und die zweifellos volkswirtschaftlich guten Leistungen der Kartelle gegeneinander abzuwägen, prüfte die vorgeschlagenen Mittel zur Abhilfe (einfache Verbote, Verstaatlichung usw.) und suchte nach einem brauchbaren Mittelweg, der die neuen Gebilde in ihren nützlichen Wirkungen bestehen ließ, sie aber bei ihren schädlichen Einflüssen möglichst behinderte. Er faßte seine Vorschläge in acht recht ausführlich formulierten Leitsätzen zusammen, aus denen der letzte der bekannteste geworden ist, der bei Aktiengesellschaften mit 75 oder mehr Millionen Aktien- und Obligationenkapital ein Viertel der Stimmen im Aufsichtsrat für von der Staatsregierung zu ernennende Personen forderte, die gleichzeitig die politischen und wirtschaftlichen Interessen von Reich und Staat und die geschäftlichen Interessen der Gesellschaft wahrzunehmen hätten. Schmoller erwartete von dieser Einrichtung eine langsame, immer besser einwachsende Einflußnahme des Staates auf die politische und wirtschaftliche Haltung der Kartelle in einer wohlthätigen Richtung für die Allgemeinheit. Außerdem sollten Wirtschaftsgebilde, die einer solchen Regelung unterworfen wurden, die Hälfte ihres 10 Prozent Dividende übersteigenden Gewinnes an Reich und Staat (je hälftig) abgeben.

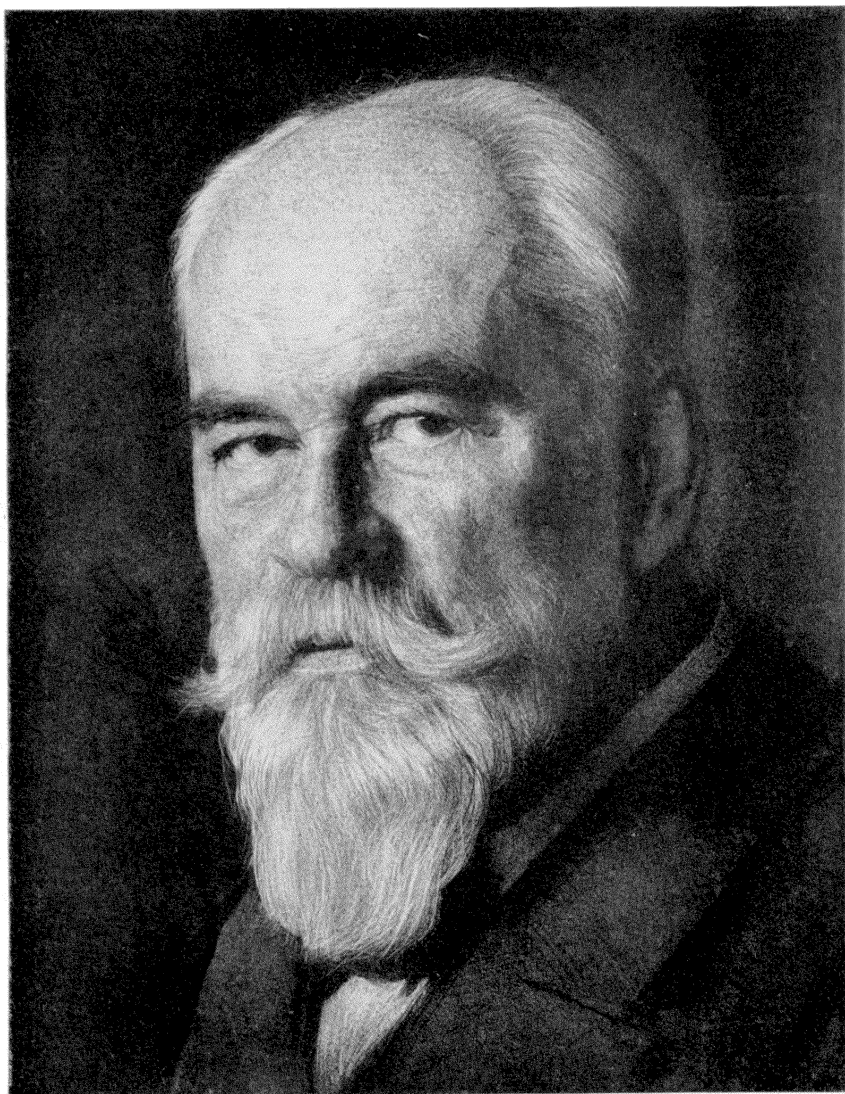
Die Rede, mit der der Geheime Kommerzienrat Kirdorf (Gelsenkirchen), der damals führende Geist im Kohlensyndikat und einflußreichste Mann im ganzen Kohlen- und Eisengewerbe, die Debatte eröffnete, war ihrer Bedeutung nach ein Korreferat, wenn auch der Redner den Debattecharakter seiner Ausführungen durch ständige Bezugnahme auf

Schmollers Referat möglichst festhielt. Er gab mit großer Offenheit eine Schilderung der Aufgaben der Kartelleitung von ihrem Standpunkte aus, beschrieb die Schwierigkeiten und die Vielfältigkeiten der Gesichtspunkte, die dabei maßgebend sein müßten, führte auch die wichtigsten Widerstände an, die ständig zu überwinden seien. Dabei hielt er immer an der Tatsache fest, daß in Deutschland die großen Bergwerks- und Hüttenherren nirgends völlig Alleinbesitzer der Betriebe wären, auch Thyssen und Stinnes nicht, sondern sich nur als Arbeitgebervertreter fühlten, als solche aber natürlich auf Ertrag der Werke bedacht sein müßten. Eine Förderung von Verschmelzungen durch die Syndikate gab er zu, sie sei meist den schwächeren Gliedern nicht unwillkommen, auch die Exportprämien ließ er als unvermeidliche Konsequenz des Kartellgedankens erscheinen und als Sache von überwiegend günstiger volkswirtschaftlicher Wirkung. Eine Abhängigkeit der großen Kartelle von den Banken leugnete er, das Umgekehrte sei richtig. Die Frage der möglichen Vertristung der kartellierten Gewerbe ließ er unentschieden, bestritt aber für Deutschland die Möglichkeit, daß solche Übergänge jemals zu einer so schamlosen Bereicherung der Umwandler führen könnten wie in Amerika. Auf die Bereitwilligkeit, mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln, wollte sich Kirdorf unter keinen Umständen einlassen, und hierbei fiel das Wort von der größeren Gefährlichkeit der christlichen Gewerkschaften im Vergleich zu den sozialdemokratischen, die wenigstens den Umsturz offen anstrebten und nicht unter falscher Flagge segelten. Der Tarifvertrag sei ja — damit suchte Kirdorf seinen intransigenten Standpunkt gegenüber den Gewerkschaften zu rechtfertigen — von den Gewerkschaften niemals als Friedensvertrag gemeint, sondern immer nur als Waffenstillstand behufs Gewinnung neuer Kampfmittel. Den Schluß bildete ein preisender Hinweis auf die umfassende Arbeitsgelegenheit, geschaffen durch die Stetigkeit der Produktion, auf die es den Kartellen doch vor allem ankäme. So erntete denn auch Kirdorf „lebhaften Beifall“.

Der in der Einladung ebenfalls als Debatteredner genannte Liefmann (Freiburg) erstattete nach der Mittagspause in der Sache ein zweites Korreferat und wurde so auch am Schlusse vom Verhandlungsvorsitzenden Fuchs (Freiburg) dafür bedankt. Liefmann behandelte auftragsgemäß vornehmlich die Kartelle in der Eisenindustrie, darunter das wichtigste: den Stahlwerksverband. So hatte er hier die noch verwickelteren Verhältnisse infolge des Vorhandenseins von Halb- und Fertigfabrikaten und infolge des Nebeneinanderbestehens von kombinierten und reinen, auf eine Produktionsstufe beschränkten Werken klarzulegen. Er erklärte, mit Kirdorf in der Meinung übereinzustimmen, daß die Zusammenfassung

verschiedener Produktionsstufen aus technischen und wirtschaftlichen Gründen sich auch ohne Kartelle vollzogen haben würde, und hielt eine Verhinderung dieses Prozesses oder auch nur seine Verlangsamung durch Eingreifen des Staates aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande nicht für angezeigt. Erst recht sprach er sich gegen die Verstaatlichungsidee aus, Zollpolitik und Verkehrstarifpolitik müßten zunächst genügen. Die schädlichste Wirkung der Kartelle sah er in der möglichen Festsetzung übermäßiger Preise und wollte deshalb staatliche Preisfestsetzungen durch Kommissionen aus Staatsbeamten und Beteiligten als äußerstes Mittel in Kauf nehmen. Die Festsetzung von sonstigen Verkaufsbedingungen und die Art der Durchführung der Ausfuhrvergütungen erschien ihm reformbedürftig, die Vergütungen selbst dagegen unentbehrlich, je nach der Lage der Konjunktur. Die sogenannten Exklusivverträge (Zwang zu ausschließlichem Verkehr, Boykott, Lieferungssperre) wies er der Prüfung durch die Juristen zu, die eine Grenze zwischen berechtigtem und unberechtigtem Vorgehen dieser Art durch Eindringen in die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens noch finden müßten. Für die Arbeiterverhältnisse infolge der Kartellbildung verwies Liefmann auf die Verhandlungen des Vortages. In dem Erfordernis größerer Öffentlichkeit in den Kartellbeschlüssen, der Verschärfung des Bilanzrechts und der Einrichtung eines Kartellamtes erklärte er mit Schmoller übereinzustimmen, in der Einrichtung von Staatsvertretern in den Aufsichtsräten dagegen nicht oder erst in sehr ferner Zeit. Er schloß mit der Anerkennung der Wichtigkeit von staatlicher Beeinflussung der Einkommensverteilung, warnte aber vor einem Hinübergleiten in eine sozialistische Wirtschaftsordnung durch Maßnahmen dieser Art.

Die eigentliche Debatte war vielleicht die ausgedehnteste, die bis dahin auf einer Vereinstagung vorgekommen war. Sie dauerte zunächst bis abends um $\frac{1}{2}$ 8 Uhr und es mußte über das Programm hinaus ein weiterer Verhandlungstag (28. September 1905) dazu genommen werden, was sich ebenfalls bislang nicht ereignet hatte. Nicht weniger als 21 Redner kamen zu Worte, darunter manche erstmalig, die später im Verein noch besonders hervortraten, so G. Bernhard, Wilbrandt, Völcker und Vogelstein. Es fanden sich dabei Vertreter des Kartell- und Unternehmerstandpunktes, wie ihn Kirdorf vertreten hatte, so der schon vom Vortage bekannte Bergmeister Engel (Essen), Leidig, Regierungsrat a. D. Völcker, Fabrikant Franken (Gelsenkirchen). Ein die Kartelle vollkommen ablehnender Standpunkt wurde überhaupt nicht vertreten, wohl aber an fast allen einzelnen Maßnahmen der Kartelle Kritik geübt, besonders auch unter sozialpolitischen Gesichtspunkten immer wieder die verschlechterte Position der Arbeiterinteressen in den kartellierten Gewerben hervor-



GUSTAV VON SCHMOLLER

1908

gehoben, was für die auftretenden Arbeitervertreter wie am Vortage selbstverständlich war. Das Sichabfinden mit den Kartellen wurde immer wieder mit der Anerkennung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts begründet, den sie in vielen Fällen unzweifelhaft brächten, auch wurden sie als unvermeidliche Entwicklungsstufe des Kapitalismus, ja ahnungsvoll als der Übergang zu einer neuen Wirtschaftsordnung hingestellt. Dies geschah namentlich in der ominösen Rede Naumanns, der hier, wie sein Biograph⁶ sagt, „mit lebendiger Eindringlichkeit die Dynamik des großkapitalistischen Werdens zeichnete und sie bejahte“. Naumann sah in der Kartellbildung in wesentlich Karl Marx abgelauchten Vorstellungssreihen hoch überlegene Naturgewalten sich auswirken und blickte geringschätzig auf das bißchen „Staat“ und auf die „mittelständische Handwerkerpolitik“ herab, als welche er alle reformatorischen Eingriffe gegenüber den Kartellen ansprach und die er schließlich als von den Regierungen nicht ganz ernst gemeint hinstellte. Hier fiel auch das Wort Naumanns von den „Eingriffen“, die sich die Großindustrie gefallen lassen solle, „die an sich, technisch und volkswirtschaftlich betrachtet, Unsinn sind“, ein Wort, das nach Lage der Dinge auch auf die Leitsätze Schmollers bezogen werden konnte und vielerseits auch bezogen wurde. Die — oratorisch glänzende — Rede Naumanns wurde von einem Teil der Versammlung mit einem Beifall aufgenommen, den der Verhandlungsbericht als „langanhaltend und stürmisch“ bezeichnete, den Schmoller später „frenetisch“ und den ein anderer hervorragender Teilnehmer an der Tagung aus der Erinnerung später privatim einen „amerikanischen Applaus von Minutenlänge“ nannte. Auf einer ähnlichen Linie wie Naumann, nur selbstverständlich wissenschaftlich seriöser, wenn auch mit — teilweise eingestandenen — Übertreibungen bewegte sich Max Weber. Er kritisierte die allgemeinen politischen Zustände Deutschlands in Regierungen und Parlamenten und ließ durchblicken, daß nach seiner Ansicht Schmoller in seiner Gesamtauffassung vom Charakter des Staates von überkommenen Illusionen ausgehe. Andere Redner wie Gustav Cohn, Diehl, Wiedenfeld, Schumacher und Exzellenz v. Rottenburg lenkten wieder mehr in eine andere Tonart zurück.

Das Schlußwort erteilte Rathgen als Vorsitzender des hinzugekommenen Verhandlungstages Schmoller allein, ihn nun wieder als einzigen Referenten anerkennend. In großer Ruhe und Gelassenheit beschäftigte sich Schmoller mit den Einwendungen gegen seine verschiedenen Stellungnahmen im Referat, vor allem gegen seine Leitsätze und unter diesen wieder gegen den Satz 8, der eine Vertretung des Staates in den

⁶ Heuß, Friedrich Naumann, 1937, S. 316—319.

Aufsichtsräten der ganz großen Kartellorganisationen gefordert hatte. Er griff auf seine Lebenserfahrung und seine persönliche Bekanntschaft mit vielen sehr mächtigen Wirtschaftsführern und leitenden Staatsbeamten zurück und zeigte, oft aus der Schule plaudernd, von welcher Bedeutung für die Entwicklung der Dinge gerade die persönlichen Eigenschaften dieser Führerpersönlichkeiten seien, wie sie je nachdem entweder zum Guten oder zum Schlechten wirkten. Auch mit Max Weber setzte er sich mit aller Besonnenheit auseinander, sagte ihm, daß er (Schmoller) seine Urteile über die Staatsregierungen durchaus nicht nur aus der Vergangenheit beziehe, sondern die heutige oberste Regierungsleitung mindestens ebenso gut kenne wie Max Weber. Er wisse auch genau, wo Unvollkommenheiten vorhanden seien, wisse aber auch, wie viel alte Tüchtigkeit noch obwalte, der man schon so etwas zutrauen könne, wie die Auswahl der richtigen Leute für die von ihm, Schmoller, in Aussicht genommenen neuen Aufgaben. Gute Stadtverwaltungen lösten ähnliche Aufgaben gegenüber privaten und monopolistischen Unternehmungen bei den städtischen Verkehrs- und Versorgungsbetrieben ja ebenfalls in befriedigender Weise. So räumte Schmoller in Ruhe einen Einwand nach dem anderen gegen seine Vorschläge aus und wiederholte, daß er an Stelle von Verstaatlichungen lieber auf seinem Wege eine Garantie dafür schaffen wolle, daß in den großen Geschäften zentralisierter Art das Staatsinteresse und der gemeinnützige Sinn eine erhebliche Rolle neben dem Geldverdienen spielen sollten. „Wenn Sie mir einen besseren Weg zeigen“, so schloß Schmoller, „so bin ich gern bereit, ihm nachzugehen und meinen Vorschlag fallen zu lassen. Aber da ich im Augenblick die Verstaatlichung ablehne, da ich es nach den historischen Bedingungen für ausgeschlossen halte, daß der Vorschlag des Herrn Weber“ — gemeint war hier Alfred Weber mit seinem Vorschlag, der Staat solle sich notfalls durch Enteignung einen so großen Besitz an Kohlenzechen verschaffen, daß er dem Kartell wirksam Konkurrenz machen konnte — „irgendwelche Aussicht auf Durchführbarkeit und Erreichbarkeit in den nächsten 20 Jahren hat, so sage ich: mein Vorschlag ist das einzige, was mir eine gewisse Garantie zu bieten scheint.“

Das war unzweifelhaft ein ruhiges, wenn man will, überlegenes Schlusswort, nichts von „gekränkter Professoreneitelkeit“, wie Theodor Heuß⁷ meint, klang da hindurch. Über solche Regungen war ein bald 70-jähriger Mann wie der damalige Schmoller mit seiner Stellung in Wissenschaft, Staat und Gesellschaft, die auf seinen Leistungen beruhte, selbstverständlich hoch erhaben. Heuß erkennt das völlig. Ganz andere Motive leiteten

⁷ Friedrich Naumann, S. 317.

damals Schmoller. Nun hatte freilich eingangs seines Schlußwortes Schmoller ausdrücklich „zwei persönliche Bemerkungen über Herrn Geheimrat Kirdorf und Herrn Pfarrer Naumann“ vorausgeschickt, dem ersteren für den Mut und das Opfer allen Dank und alle Anerkennung ausgesprochen und dann sogleich gegenüber Naumann den „ungünstigen Eindruck von seiner gestrigen Rede“ hervorgehoben. Nach einigen anerkennenden Worten für den „Menschen und Christen und sittlichen Patrioten“ in Naumann hatte Schmoller hinzugefügt: „Ich habe niemals so sehr den Eindruck gehabt, daß hier wesentlich der Demagoge⁸ sprach, und den Eindruck, daß er ohne eigentliche realistische Sachkenntnis die alten marxistischen Phrasen und die für mich abständige Weisheit der materialistischen Geschichtsauffassung durch sehr kümmerliche Beweismittel stützte.“

Schon der Text des Verhandlungsbandes auf Grund des Stenogramms fügte hinter dem Wort „Demagoge“ ein: („Große Bewegung“). Da Schmoller, wie gesagt, seine persönlichen Bemerkungen an den Anfang seines Schlußwortes gestellt hatte, und nun erst die ganzen weiteren, oben skizzierten Ausführungen folgen ließ, hatte Max Weber Zeit gehabt, sich zu einer Erwiderung zu sammeln. Er brachte sie nach Beendigung des Schlußwortes in einer „persönlichen Bemerkung“ als negotiorum gestor für den bereits abwesenden Naumann vor. Diese stellte er darauf ab, daß Schmoller seiner Ablehnung hinzugefügt hatte: „Ich hielt mich, wie gesagt, für verpflichtet, als Schlußreferent wie als Leiter des Ausschusses dieses Vereins hier das auszusprechen, was, wie ich weiß, sehr viele Mitglieder dieses Vereins mit mir gefühlt haben, ich mußte hier ein Wort der Reserve in meinem Schlußwort anbringen. Wenn ich meinen Standpunkt im Schlußworte nicht hätte wahren können, so wäre ich zweifelhaft geworden, ob ich imstande sei, nach dieser Rede und nach diesem frenetischen Beifall, den sie fand — ich nehme freilich an, bei sehr vielen vor allem infolge des ästhetischen Eindrucks —, an der Spitze des Ausschusses vor der Öffentlichkeit zu bleiben. Hätte ich keine Gelegenheit gehabt, diesen meinen Widerspruch nachdrücklich vorzubringen, so hätte der Schluß gezogen werden können, daß ich mit dieser Rede einverstanden sei.“ Hierin fand Max Weber eine Kompetenzüberschreitung des Vorsitzenden, der zwar als Referent selbstverständlich das Recht zur Polemik gegen die Debatteredner habe, als Vorsitzender aber keine Zensuren verteilen dürfe. Weber wiederholte diese Argumentation noch einmal, nachdem Schmoller erklärt hatte, er habe das Wort „Demagoge“ in keinem schlimmen Sinne, sondern etwa in dem Treitschkes gebraucht, als dieser

⁸ Vom Verfasser gesperrt.

es auf Friedrich List angewendet habe, fügte jedoch hinzu, er sehe ein, daß eine Einigung vor diesem Forum (der Generalversammlung) nicht möglich sei.

Hiermit war schon ein Nachspiel angekündigt, das dann auch vor sich ging, zumal Naumann in seiner „Hilfe“ den Vorfall noch einmal behandelte, worauf Schmoller in einem „Offenen Briefe“ an Naumann in der „Täglichen Rundschau“¹⁰ erwiderte. Doch auch hierbei sollte es nicht bleiben. Vielmehr richtete Brentano, der die Sache noch eingehend mit Max Weber besprochen hatte, am 24. Oktober 1905 nach Erscheinen des „Offenen Briefes“ ein ausführliches Schreiben an Schmoller, in dem er ausführte, daß nach seiner Ansicht die überlieferte und unentbehrliche Redefreiheit im Verein gefährdet sei, wenn, sobald Ansichten allzu starken Beifall fänden oder allzu vernehmlich geäußert würden, die dem zeitweiligen Vorsitzenden nicht als statthaft erschienen, diese Ansichten unter Drohung mit dem Rücktritt zurückgewiesen würden. Er bat Schmoller, die dieser Art Besorgten im Verein durch einen weiteren Offenen Brief über den wahren Sinn von Schmollers Worten zu beruhigen. Auch Max Weber schrieb einen wohl etwas heftigen und zugespitzten Brief an Schmoller, der allerdings nicht vorliegt, dessen Inhalt indessen zum guten Teile und wohl gerade im wesentlichen aus Zitaten in Schmollers Antwort an Brentano hervorgeht.

Diese Antwort Schmollers vom 26. Oktober 1905 ist in Maschinenschrift vervielfältigt und Max Weber sowie anscheinend vielen oder allen Ausschlußmitgliedern zugegangen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Berlin W 62, Wormser Str. 13, 29. Oktober 1905.

„Hochverehrter Herr Kollege! Ich will versuchen, den heutigen Sonntag zu benützen, um Ihnen und zugleich Herrn Max Weber zu antworten. Ich werde eine Kopie dieser Zeilen ihm zugehen lassen, wie einigen andern Ausschlußmitgliedern, die mir besonders nahestehen.

Ich danke Ihnen zuerst für Ihre frdl. Zeilen vom 24. Oktober und den Nachtrag dazu vom 26. Dann schicke ich voraus, daß ich wieder mal so an chronisch-neuralgischen Kopfschmerzen leide, daß ich eigentlich nur abends ein paar Stunden arbeitsfähig bin, ferner, daß diese Woche mein Sohn heiratet, daß ein Akademievortrag und zahlreiche umfangreiche Amtsgeschäfte vor mir stehen. Daher die Unmöglichkeit sofortiger Antwort.

Sie kann zu meinem Bedauern nur eine negative sein. Sie wünschen in dem Brief vom 26., daß ich nochmal öffentlich ausspreche, daß ich ‚der freien Meinungsäußerung der Mitglieder durch mein offenes Schreiben in keiner Weise irgendwelche Schranken ziehen wollte‘, das habe ich aber so ziemlich mit denselben Worten schon in dem offenen Brief gesagt. Zu was also eine Wiederholung? Sie könnte nur als starke Abschwächung einen Sinn haben,

⁹ XI. Jg., Nr. 40 und 41 vom 8. bzw. 15. Oktober 1905.

¹⁰ Tägliche Rundschau, 25. Jg., Nr. 489 vom 18. Oktober 1905.

und dann erschiene ich als ein Mensch, der seine Worte nicht ordentlich überlegt, und ich verletzte ebenso viele andere Mitglieder des Ausschusses, die mir ihren Dank, ihre Billigung aussprachen, teilweise sogar beklagten, daß ich nicht schärfer gegen Herrn Naumann und andere Herren gewesen sei. Die Mitglieder des Ausschusses kennen mich aus langjähriger Praxis. Sie müssen mich nach 15jähriger Geschäftsführung beurteilen und wissen, daß ich jede Ansicht dulde und begreife, daß ich niemand herausdrängeln will. Ich habe wiederholt, wie alle wissen, mir Mühe gegeben, daß Männer, die weiter links und weiter rechts stehen, bei uns sich als Gäste oder Mitglieder hören lassen, weil ich das zur Belebung der Debatte, zur Vertiefung der Probleme für wünschenswert hielt. Ich kann daher auch Herrn Max Weber nicht zugeben, ich setzte mich durch den offenen Brief in Widerspruch mit früheren Ausführungen wie ‚der Verein sei ein Sprechsaal‘ usw.; ich hatte Sombart 1899 auf seine marxistischen Ausführungen nur gesagt, nicht alle Mitglieder ständen auf diesem Boden. Ja, Sombart hatte nicht einen von mir aufgestellten Vorschlag als Unsinn bezeichnet; der Vorsitzende des Tages war aber seinem Marxismus energisch entgegengetreten, was ich keineswegs mißbilligte. Ich glaube nur, daß einige versöhnende Worte von mir am Platze seien, um einen Bruch zu hindern, und ich tat dies gerne, weil ich in Sombarts praktischen Resultaten gar keine Gefahr für den Verein sah und zugleich gerne den Glanz seiner Darstellung rühmte.

Ich will, daß der Verein ein freier wissenschaftlicher Sprechsaal bleibe; aber ich sehe die praktische Wirksamkeit des Vereins seit 1872 darin, daß eine große Majorität vorhanden war und ist, die, rechts von der Sozialdemokratie und links von den reaktionären Scharfmachern stehend, für eine soziale Reform auf dem Boden der heutigen volkswirtschaftlichen Verfassung kämpft, eine Majorität, die unter sich Duldung übt, in der bei aller Verschiedenheit des Standpunktes, bei aller Gegenseitigkeit der Kritik nicht die Linie maßvoller Reformvorschläge, wie sie stets im Verein vorwaltete, als verächtlicher Unsinn behandelt wird. Der Verein hat in seiner gegenwärtigen Verfassung, mit einer öffentlichen Generalversammlung, mit seiner berechtigten Tendenz, die Gesetzgebung zu beeinflussen, eine Doppelnatur: Er ist eine wissenschaftliche Gesellschaft, ein wissenschaftliches Publikationsorgan, aber er treibt zugleich praktische Sozialpolitik. Niemand hat das letztere schärfer betont als Sie, verehrter Kollege Brentano, durch die Art, wie Sie — unter meiner vollen Billigung — dahin strebten, Ihre Mannheimer-Gewerkvereins-Vorschläge möglichst als einheitlichen Ausdruck unserer Vereinsmajorität erscheinen zu lassen. Das hat keineswegs allen Mitgliedern gefallen. Einzelne haben sich bitter bei mir beklagt, es werde ihnen der Mund verschlossen. Ich beruhigte sie, indem ich ihnen vorstellte, wir dürften nicht jedesmal der Welt das Schauspiel geben, zu sehen, daß 20 Professoren stets 21 verschiedene Ansichten hätten, und daß alle 20 dies in jedem Moment zum Ausdruck bringen wollten.

Herr Max Weber macht mir einen besonderen Vorwurf daraus, daß ich von der Eventualität der Niederlegung des Vorsizes offen gesprochen hätte. Er sagt, natürlich sei für jeden die Eventualität des Rücktritts vorhanden. Wenn aber einmal jemand diese Eventualität nicht in petto behält, sondern ausspricht, wenn Ihr das und das sagt oder tut, gehen wir heraus — und das ist jetzt öffentlich geschehen —, dann ist die Möglichkeit des bisherigen un-

befangenen Zusammenwirkens dahin.' Ich erwidere, daß ich von einem Austritt meinerseits aus dem Verein nicht gesprochen habe, sondern von einer Niederlegung des Vorsizes, wenn die Zusammensetzung des Ausschusses oder des Vereins sich so weit verschiebe, daß die Majorität auf dem Boden der marxistischen Theorien, wie sie Herr Naumann vortrug, stehe. Ich hätte das jederzeit auch unter den friedlichen Verhältnissen als eine ganz selbstverständliche Regel aussprechen können. Nach meiner Ansicht muß jeder Vorsitzende gehen, wenn er nicht im ganzen und in den zentralen Fragen die Majorität hat. Wenn Nasse 1879 blieb, als er mit den zollpolitischen Fragen in der Minorität blieb, so war die Handelspolitik für unsern Verein stets eine nebensächliche Frage, und die damalige Majorität war eine solche der Generalversammlung, die ganz vom Zufall geschaffen war.

Natürlich müssen es schwerwiegende Gründe sein, wenn ein Vorsitzender daran erinnert, es könnte für ihn die Frage des Rücktritts aktuell werden. Solche waren aber nach meiner Meinung vorhanden: die innere und äußere Lage des Vereins schien mir so, daß ich etwas derart sagen mußte. Ich wäre unwahr gewesen, wenn ich es nicht gesagt hätte.

Die Leitung des Vereins, so wie ich sie seit 1890 auffasse, hat darin ihre Schwierigkeit, den rechten und den linken Flügel trotz aller Verschiedenheit zusammenzuhalten, ihn nach außen hin als einheitliche soziale Reformpartei erscheinen zu lassen, und daneben einzelne extreme Mitglieder, die wir haben und haben wollen, als das hinzustellen, was sie sind: individuelle Persönlichkeiten, die nicht den Verein als solchen charakterisieren. Der rechte Flügel unseres Vereins fühlt sich nun seit einer Anzahl von Jahren bedrückt; die Herren Conrad, Neumann, Sering, Wagner und manche andere kommen überhaupt nicht mehr oder nicht mehr regelmäßig. Ich habe absichtlich die jüngeren temperamentvollen, weiter links stehenden Herren bei verschiedenen Gelegenheiten in den Vordergrund geschoben, um ihnen das Gefühl zu nehmen, daß sie im Verein nicht eine genügende Rolle spielten. Ich habe mich bemüht, in jeder Beziehung meine Person in den Hintergrund zu rücken, nur die Geschäftslast blieb auf meinen Schultern. Bei der allgemeinen Hetze gegen mich, die aufs schärfste abwich von der Einhelligkeit am Tage vorher, blieb ich bei den wissenschaftlichen Einwürfen aller übrigen ganz kühl; nach Herrn Naumanns Rede aber hatte ich die starke Empfindung, wenn ich ihm nicht energisch widerspreche, so habe ich innerhalb von acht Tagen von rechts zahlreiche Austrittserklärungen, und die wollte ich hindern, habe ich gehindert, wie mir verschiedene Briefe und mündliche Äußerungen beweisen. Ich habe mich dabei nicht von der Leidenschaft hinreißen lassen, wie mir Herr Max Weber schreibt, sondern wohlüberlegt gehandelt. Noch weniger habe ich Herrn Naumann in beschimpfender Weise abgefertigt und ihm jetzt in meinem offenen Briefe eine öffentliche Vermahnung in väterlichem Tone zugehen lassen, wie Herr Max Weber mir schreibt. Das sind Übertreibungen gereizter Stimmungen, wie schon die Tatsache beweist, daß der offene Brief heute vor 14 Tagen von Herrn Naumann und mir Wort für Wort vereinbart ist, und daß Herr Naumann mir dann nach der Veröffentlichung schrieb:

„Für Ihren Brief und Zusendung der Täglichen Rundschau sage ich Ihnen besten Dank und halte meinerseits die Mannheimer Angelegenheit damit als erledigt. Es ist mir sehr lieb, daß das Ende dieser Sache ein freundliches sein kann, und ich danke Ihnen für den Anteil formeller Opfer, die Sie zu diesem Zwecke gebracht haben.“

Ich füge bei, daß Herr Knapp mir schreibt, 'es ist mir sehr lieb, daß das ruhiggehaltene Schriftstück erschienen ist. Ich bin durch die neue Wendung sehr befriedigt'.

Auch Herr v. Philippovich ist mit der offenen gegenseitigen Aussprache zufrieden und hofft, daß gerade sie eine Sezession hindern werde.

Ebenso wenig wird durch mein Auftreten bezweckt, aus dem bisherigen freien Verein einen Verein 'salonfähiger Sozialpolitik', etwas ganz anderes als bisher zu machen, wie ebenfalls Herr Max Weber schreibt. Es ist durch mein Auftreten nur gehindert worden, daß alle weiter rechts Stehenden sich gedrückt und verletzt fühlen. So sehr der linke Flügel des Vereins nötig ist als vorwärtstreibendes Element, ebenso nötig ist es der rechte, denn er korrigiert die Übertreibungen und gibt dem Verein Einfluß auf die breiten bürgerlichen Klassen, deren soziale Erziehung unsere Hauptaufgabe ist. Denn Sozialdemokraten bekehren und beeinflussen wir doch nicht, am wenigsten durch unsere Generalversammlung, eher noch durch unsere Schriften.

Vielleicht wäre es das beste gewesen, wenn man den Rat und die Ansicht Herrn Knapps befolgt hätte, wie er mir gleich nach der Versammlung schrieb, das heißt wenn man den Angriff auf Herrn Naumann durch Herrn Max Webers Entgegnung in der Versammlung für erledigt erklärt hätte. Aber da Herr Naumann in seiner 'Hilfe' auftrat, mußte ich antworten. Auf Angriffe, wie die von Herrn Dr. Drill, hätte ich nie geantwortet. Ich war aber sehr dankbar, daß die beiden Herren Weber und Herr Gothein es in so würdiger Weise taten. Jede weitere Fortsetzung dieser inneren Angelegenheit des Vereins in der Öffentlichkeit hätte ich sehr beklagt. Ich bin Ihnen, Herr Kollege Brentano, daher außerordentlich dankbar, daß Sie eine öffentliche Erklärung Herrn Max Webers gegen mich in der Presse durch Ihre Bitte gehindert haben. Ich würde dann ohne Zweifel auch scharf in der Presse geantwortet haben, und wenn ich auch sicher gewesen wäre, die große Majorität des Vereins und des Ausschusses auf meiner Seite zu haben, so hätte mich doch wahrscheinlich meine Gesundheit und der Mißmut über diesen, in meinen Augen ganz falschen Schritt, zu einer sofortigen definitiven Niederlegung des Vorsitzes im Ausschusse veranlaßt. Ich danke auch Herrn Max Weber bestens, daß er Ihrer Bitte nachgab und so die Möglichkeit eines Ausgleichs offen hielt.

Nach meiner Meinung ist die Sache in der nächsten Ausschußsitzung auszutragen. Bis dahin haben sich die Leidenschaften hoffentlich beruhigt, und man kann erörtern, ob man die Generalversammlung abschaffen soll, wie Herr Max Weber mir schreibt, ob man etwa neben einem Vorsitzenden das Amt eines Schriftensekretärs schafft. Wäre ich gesund, so schwebte mir der Gedanke vor, Herrn v. Berlepsch zum 1. Vorsitzenden und mich zu der letzteren Funktion zu wählen. Ich dachte mir, daß damit auch meine hauptsächlichsten Gegner zufrieden sein könnten. Aber ich zweifle, ob das bei meinem Befinden möglich sein wird.

Mein Rücktritt von allen Ämtern im Ausschuß kann doch wohl nur eine Frage der Zeit sein, wenn meine Gesundheit nicht wieder eine ganz andere wird. Und ich wage darauf kaum zu hoffen. Seit einem Jahre haben sich meine starken neuralgischen Kopfschmerzen stets gesteigert, meine Ärzte sagen mir stets: 'Sie leiden an chronischer Überarbeitung, Sie müßten die Hälfte Ihrer Geschäfte aufgeben.' Ich hatte mich im August bis September in den Alpen

leidlich erholt. Ich hätte das Referat nicht übernehmen sollen. Jetzt bin ich fast wieder so schlimm dran, wie von Januar bis Juni. Muß ich nächsten Sommer etwa meine Vorlesungen mal ganz aussetzen, so kann ich nicht wohl so umfassende zeitraubende Geschäfte wie die des Vereins fortführen.

Mein Gedanke ist daher, in der nächsten Ausschußsitzung dies zu erklären und um eine Ersetzung meiner Person zu bitten. Als ich Ihnen telegraphierte, erwartete ich einen öffentlichen Angriff Herrn Max Webers. Der hätte sofortige Entschlüsse meinerseits bedeutet und hätte wahrscheinlich den ganzen Verein auseinandergerengt. Da dieser Angriff unterblieb, ist ja Zeit, die Sache zu überlegen. Hoffentlich ist bis dahin auch jede Reizung der Stimmung bei allen Beteiligten verschwunden. Und ich kann wenigstens die laufenden Geschäfte zunächst weiterführen; sie sind gerade jetzt sehr umfangreich, und ihre Übernahme durch einen Nichteingeweihten wäre sehr schwierig und für den Betreffenden fast unmöglich.

In alter Verehrung und in der Hoffnung weiteren sozialen Zusammenwirkens

Ihr ergebenster
gez. Gustav Schmoller.“

Aus dieser gelassenen Antwort Schmollers geht hervor, daß er im Interesse des Fortbestandes des Vereins die Absicht eines Rücktritts vom Vorsitz nunmehr aufgegeben hatte, seinen Standpunkt aber, er müsse berechtigt sein, seinem Bemühen, den rechten und den linken Flügel im Verein zusammenzuhalten, in Notfällen auch einmal deutlichen und öffentlichen Ausdruck zu geben, aufrecht erhielt. Die von Schmoller in seinem Briefe erhoffte Beruhigung der Gemüter trat dann auch allmählich ein.

Immerhin fühlte sich Schmoller nach drei Vierteljahren noch veranlaßt, ein von Anfang Juli 1906 datiertes, von ihm allein als Vorsitzendem unterzeichnetes vertrauliches Rundschreiben an die Mitglieder des Ausschusses zu richten, das sich ausführlich mit der damaligen Lage des Vereins und mit den veränderten äußeren politischen Verhältnissen beschäftigt, neue Strömungen draußen und die hervorgetretenen Gegensätze innerhalb des Vereins feststellt. Daher wirft Schmoller die Frage auf, ob sich der Verein nicht überlebt und anderen neuen Bildungen zu weichen habe oder wenigstens seine Ziele, seine Verfassung, seine Leitung mehr oder weniger ändern müsse. „Was den Unterzeichneten betrifft, so hat er — nicht infolge der Vorkommnisse auf der letzten Generalversammlung, welche in freundschaftlicher Weise erledigt sind, sondern infolge seiner Gesundheit, seines Alters, seiner sonstigen übermäßigen Beschäftigung — längst die Empfindung, daß er durch eine andere, rüstigere Kraft ersetzt werden solle. Er würde unter einer solchen, sofern sie nicht ganz neue, mit seiner Überzeugung unverträgliche Wege einschlägt, gern weiter an den Geschäften des Vereins sich beteiligen.“ Aber dann verneint Schmoller die Frage der Überlebtheit des Vereins, verneint auch die Not-

wendigkeit, die Vereinsverfassung wesentlich zu ändern oder den Verein durch eine Neuorganisation zu ersetzen. Auch scheinen ihm die Gegensätze im Innern des Vereins sein Weiterbestehen nicht zu verhindern, eine Unterdrückung der eigenen Überzeugung sei dabei nicht erforderlich, höchstens eine gewisse Mäßigung in der gegenseitigen persönlichen Polemik. Die Schriftenveröffentlichung und die Generalversammlung erschienen ihm fortgesetzt als die richtigen und ausreichenden Betätigungsformen des Vereins. An Verfassungsänderungen stellt er zur Erörterung die Widmung eines Tages der Generalversammlung für rein wissenschaftliche Diskussionen und notfalls die Abschaffung des Resumés des Vorsitzenden. Erwähnt wird auch der Vorschlag (Max Webers), die Generalversammlung überhaupt abzuschaffen¹¹.

Es kam im Jahre 1906 zu keiner Ausschußsitzung mehr, diese fand erst am 4. und 5. Januar 1907 statt. Hier wurden alle Punkte des obigen vertraulichen Rundschreibens eingehend diskutiert, die sich zu vier verschiedenen Anträgen (Brentano, Max Weber, Herkner und Fuchs) verdichtet hatten. Dazu sei nur bemerkt, daß allein der Antrag Brentanos auf Abschaffung des Resumés zur Annahme gelangte. Dabei ist es wichtig, sich daran zu erinnern, daß in Mannheim Rathgen als Vorsitzender das Resumé von den beiden letzten Verhandlungstagen gegeben hatte und daß dieses von keiner Seite beanstandet worden war. Anstoß hatte vielmehr ein Schlußwort, nämlich das Schmollers, erregt, und die Schlußworte der Referenten konnten selbstverständlich nicht abgeschafft werden. So endete also die Angelegenheit eigentlich in der Erreichung eines falschen Zieles.

Aus den drei Sitzungen des Ausschusses im Anschluß an die Vereinstagung in Mannheim ist noch nachzutragen, daß dort für zukünftige Arbeiten des Vereins vier Themen vorgeschlagen wurden: 1. Der wieder aufgenommene Antrag v. Berlepsch, eine Untersuchung über die Arbeitgeberverbände zu veranstalten. Der Antragsteller selbst befürwortete eine Hinausschiebung der Beschlußfassung, aber das Thema hatte bereits ein großes Interesse gefunden und wurde lebhaft erörtert. Daher wurde ein Unterausschuß mit Frhrn. v. Berlepsch als Vorsitzenden zur Prüfung der Möglichkeiten der Durchführung niedergesetzt; 2. der Antrag Fuchs, die Untersuchungen über die kommunale Sozialpolitik zu erweitern. Die Erörterung hierüber stellte klar, daß zu solchem Zwecke hauptsächlich die Gemeindefinanzen und die Gemeindebetriebe in Betracht kämen, und so wurde denn auch beschlossen, den schon bestehenden Unterausschuß mit der Einleitung solcher Erweiterungen zu betrauen; 3. der ebenfalls

¹¹ Der Wichtigkeit des Schriftstückes wegen ist dieses in seinem der Lage des Vereins gewidmeten Teile als Stück VI im Anhang wörtlich abgedruckt.

schon in der Januarsitzung von 1905 erörterte Antrag Albrecht, den Ausbildungsgang der Nationalökonomien zu untersuchen, wurde von Thieß im Auftrage Albrechts näher erläutert. Der Antrag findet wenig Gegenliebe im Ausschusse, so daß Albrecht den Antrag zurückzieht und Schmoller die Sache damit für erledigt erklärt; 4. der auf Merton zurückgehende Antrag, die Herkunft der Arbeiter in Großbetrieben zu untersuchen, begegnet im Ausschuß ebenfalls Zweifeln, wurde aber zur Beratung in der nächsten Sitzung nur zurückgestellt.

V. Die Epoche von 1906 bis 1914

19. Die Magdeburger Tagung von 1907

Die Ausschußsitzung vom 4. und 5. Januar 1907, die in ihrem ersten Teile den Abschluß der Beilegung des Mannheimer Konflikts brachte, ist im vorigen Kapitel bereits am Schlusse behandelt worden. Geplant war diese Sitzung schon für den Herbst 1906, nur aus Gründen der besseren Abkömmllichkeit für die Ausschußmitglieder wurde sie bis auf den Januar 1907 hinausgeschoben. War die Sitzung am 4. Januar den Erörterungen über den Fortbestand des Vereins und über die etwaigen Änderungen der Satzung oder wenigstens der Übung in den Generalversammlungen gewidmet gewesen, so daß erst ganz zum Schlusse mit der Beratung der im Gange befindlichen Untersuchungen begonnen wurde, so brachte der zweite Tag die ausführlichen Berichte der Herausgeber der Arbeiten auf den einzelnen Untersuchungsgebieten. Loening hatte noch am ersten Sitzungstage über die Arbeiten zur „Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte“ berichtet. Der von Fuchs in der Sitzung vom 22. Dezember 1901 wiederaufgenommene Antrag Sinzheimer hatte sich auf die kommunale Sozialpolitik gerichtet und war im stillen von der Überzeugung ausgegangen, daß es in den Kommunen an sozialpolitischer Aktivität fehle. Daß das Thema im Ausschusse auf großes Interesse stieß, wurde oben bereits gesagt und dort auch die weitere Behandlung des Themas geschildert. Vornehmlich Schmoller selbst hatte durch seinen entworfenen Fragebogen, der während der Beratungen nur sehr wenig verändert worden war, den Untersuchungen ihre Richtung gegeben, da er seit Jahrzehnten an der Erforschung des Städtewesens lebhaft interessiert war, wie noch sein posthumes Sammelwerk von 1922 über das deutsche Städtewesen zeigt. Schmoller war überzeugt, daß auch die zeitgenössische Haltung der Städte auf sozialpolitischem Gebiete mit ihrer Verfassung und Verwaltungsorganisation eng zusammenhänge. In den „Leitenden Gesichtspunkten“ seines Fragebogens zitiert er Gneist und E. v. Meier, die übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen waren, daß alle Selbstverwaltung leicht zur Klassenherrschaft entarte¹. So hatte die Loening unterstellte erste Abteilung der Gesamtuntersuchung

¹ Vgl. das Vorwort Loenings zu Bd. 117 der Schriften.

(Bd. 117—123) „die staatsrechtlichen und allgemeinen politischen Grundlagen der Tätigkeit der Gemeinden“ zu behandeln. Loening konnte in der Sitzung berichten, welche Bände und Arbeiten dieser Abteilung bereits erschienen und welche noch in Vorbereitung befindlich waren. Das Ergebnis war befriedigend. Da nun neben andern Gebieten der kommunalen Verwaltung, wie bereits bei der früheren Beratung hervorgehoben war, vornehmlich das Gebiet der Gemeindefinanzen und der Gemeindebetriebe für eine sozialpolitische Betätigung der Gemeinden in Betracht kamen, hatte der Unterausschuß für diese beiden Gebiete weitere Abteilungen gebildet und die der „Gemeindefinanzen“ Rathgen, die der „Gemeindebetriebe“ Fuchs unterstellt. Diese beiden Herausgeber berichteten in der Sitzung nun ebenfalls. Es zeigte sich, daß die Arbeiten in diesen Abteilungen noch nicht so weit vorgeschritten waren wie die der Abteilung Loening. Die Bände bezüglich der Gemeindefinanzen (126, 127 I—III) sind denn auch erst in den Jahren 1908—1910, die bezüglich der Gemeindebetriebe (128, 129 I—X, 130 I—V) erst 1908 bis 1912 erschienen, wobei freilich die nach 1909 erschienenen Bandteile als Nachzügler zu betrachten sind. Im Laufe der Erörterung zu dem Thema der Gemeindefinanzen wird ein besonderer Unterausschuß zur Bearbeitung der Sparkassen niedergesetzt. Auf die Ergebnisse seiner Tätigkeit wird zurückzukommen sein. Zu dem 1905 gefaßten Beschlusse, eine Erhebung über die „Arbeitgeberverbände“ zu veranstalten, berichtet Frhr. v. Berlepsch, daß nach anfänglich nicht sehr ermutigenden Beratungen des Unterausschusses sich jetzt die Möglichkeit zeige, eine Arbeit von Dr. Keßler, eines Schülers von Bücher, und eine ungefähr parallele von Dr. Zimmermann herauszubringen. Die umfangreiche Arbeit von Keßler ist dann auch noch 1907 erschienen. Von der Zimmermannschen verlautete später nichts mehr. Nach Zimmermanns Auskunft hatte er damals auf die Abfassung seiner Arbeit trotz aller Mahnungen Büchers verzichtet, weil ihm alles zum Thema Erforderliche bereits von Keßler gesagt schien. Nach einer längeren Erörterung über den Ort der nächsten Generalversammlung wurde dazu Magdeburg auf Grund einer Einladung der Stadt mit knapper Mehrheit und in Konkurrenz von Salzburg und Berlin gewählt. Salzburg wurde aber mit großer Mehrheit für die übernächste Tagung in Aussicht genommen. Als Verhandlungsgegenstand wird einhellig das Thema der Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte an erster Stelle bestimmt. Die Frage nach einem zweiten Verhandlungsgegenstande führte insofern zu einer interessanten Erörterung, als der Herkner-Thielsche Antrag, einmal ein theoretisches Thema zu behandeln, bei einigen Teilnehmern großen Anklang fand, obwohl Herkner selbst, den besonders Alfred Weber dazu zu drängen suchte, das

Thema „Theorie der Arbeit“ zu behandeln, seinen Antrag sogleich zurückzog und dafür als Gegenstand „Die Vorbildung der Nationalökonominnen“ empfahl, welches Thema vom Ausschusse schon einmal fallen gelassen worden war. Diesem Thema gab Bücher die etwas engere Fassung: „Die Ausbildung der Wirtschaftsbeamten“, und da er sich selbst auf Befragen zu einem Referat bereiterklärte, wurde dieses Thema nunmehr zum zweiten Verhandlungsgegenstand bestimmt. Es erhielt später die Fassung: „Die berufsmäßige Vorbildung der volkswirtschaftlichen Beamten.“

Von Wichtigkeit dürfte noch sein, daß Schmoller bei Eröffnung der Sitzung vom 4. bis 5. Januar 1907 bekannt gab, daß Kalle, Gensel, Pohle und Andreas Voigt ihren Austritt aus dem Verein erklärt hätten. Das spätere feindliche Auftreten der beiden letzten gegen den Verein und seine sozialpolitische Richtung ist bekannt. Auf Pohles Austrittserklärung hin hatten sich Schmoller und Geibel bemüht, ihn im Verein zu halten. Pohle antwortete darauf sehr höflich in einem Briefe vom 25. Oktober 1905. Darin heißt es: „Es ist nicht etwa der Verlauf der Mannheimer Tagung an sich oder der Gegensatz zu einzelnen wirtschaftspolitischen Anschauungen, die in Mannheim vertreten wurden, was mich zu dem Schritt getrieben hat, sondern die Ursache liegt wesentlich tiefer, und der Entschluß stand bei mir schon vor der Mannheimer Versammlung ziemlich fest. Ich hatte in den letzten Jahren über den Wert eines großen Teils unserer Sozialpolitik — sowohl der bereits durchgeführten als vor allem der weiter noch verlangten — sehr skeptisch denken gelernt. Namentlich aber sind mir Zweifel aufgestiegen an der Richtigkeit der Art und Weise des Betriebs der Nationalökonomie, von dem aus man zur Aufstellung aller möglichen sozialpolitischen Forderungen gelangt.“ Die Haltung Pohles in seinen späteren Schriften kündigt sich an. Die Gründe für den Austritt von Andreas Voigt dürften ähnliche gewesen sein. Die Akten enthalten darüber nichts. Außerdem waren auch der Fabrikant Kalle (Wiesbaden) und der Leipziger Handelskammersyndikus Gensel (Leipzig) ausgetreten, die beide seit Gründung des Vereins eine besondere Rolle darin gespielt hatten. Die Gründe für den Austritt dieser beiden Mitglieder haben sich nur bei Gensel sicher feststellen lassen: es war allein das Alter; für Kalle galt aber wahrscheinlich der gleiche Grund. Es wurde auch noch der Beschluß gefaßt, Ausschußmitglieder, die zweimal hintereinander unentschuldigt in den Sitzungen gefehlt hatten, nicht mehr zur Wahl oder Zuwahl zu stellen. Einige Jahrzehnte später mußte der gleiche Beschluß wiederum gefaßt werden. Der Beschluß deutete jedenfalls darauf hin, daß sich verschiedene bisherige Ausschußmitglieder von der Tätigkeit im Ausschusse zurückgezogen hatten. Sinzheimer (München), Troeltsch (Marburg) und Stein (Frankfurt a. M.) wurden kooptiert.

War in der Ausschußsitzung vom 5. Januar 1907 das Thema der berufsmäßigen Vorbildung der volkswirtschaftlichen Beamten als zweites Thema der Generalversammlung gedacht, so rückte es in der Einladung an die erste Stelle, weil das Thema der Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte als das wichtigere und anziehendere erschien, dem man auch von vornherein zwei Verhandlungstage zubilligte. Die Verhandlungen im ganzen füllten die Tage vom 30. September bis 2. Oktober 1907. Die Eröffnung war diesmal ziemlich kurz, da Schmoller in seiner Einleitung sich auf das Nötigste beschränkte und nur gedrängte Nachrufe auf Dr. v. Rottenburg und Frhrn. v. Roggenbach, diesen alten Mitkämpfern im Verein seit Anbeginn, ausbrachte. Auch die Begrüßung durch den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, v. Wilmowski, war kurz, und nur der Oberbürgermeister von Magdeburg, Dr. Lentze, sprach etwas länger und sehr warm, der Vizepräsident der Handelskammer, Geheimer Kommerzienrat Arnold, faßte sich ebenfalls sehr kurz. So kam Bücher mit seinem ersten Referat bald zu Worte.

Dieser Referat atmete echt Bücherschen Geist: es war sehr sachlich, nur gelegentlich mit Humor und mit ketzerischen Gedanken gewürzt, gewandt in Kürze zusammengedrängt und doch erschöpfend. Ein vorbereitender Schriftenband war nicht erschienen. An seiner Stelle diente als Grundlage ein Band von Gutachten über das Thema der Vorbildung der „praktischen Volkswirte“, den der damals noch junge „Deutsche Volkswirtschaftliche Verband“ kurz zuvor herausgegeben hatte, und der auf Kosten des Vereins allen Mitgliedern zugeschickt worden war. Im letzten Jahrzehnt vor der Tagung waren als Sekretäre der Handelskammern immer mehr Nationalökonomien von Vorbildung eingestellt worden, und auch bei den immer zahlreicher damals sich bildenden wirtschaftlichen Interessenverbänden waren solche vielfach untergekommen. Es war eigentlich erst damals ein praktischer Wirkungskreis für Volkswirtschaftler von Studium entstanden. Allerdings waren von diesen Korporationen und Verbänden auch tüchtige Personen ohne eine akademisch-nationalökonomische Vorbildung oder auch ausgebildete Juristen als Geschäftsführer angestellt worden. Von dieser Sachlage gingen Bücher und sein Korreferent Behrend aus. Bücher erwog umsichtig, wie die wissenschaftliche Vorbildung des fraglichen Personenkreises wohl am besten eingerichtet würde, wenn in Zukunft die Geschäftsführer solcher Verbände vornehmlich aus den nationalökonomisch vorgebildeten Anwärtern genommen werden sollten. Da aber Bücher es zunächst für das Richtige und Normale erklärte, daß die Ausbildung der Volkswirte, auch der „praktischen“, an der Universität zu erfolgen habe, wurden seine Darlegungen unwillkürlich zu einer Erörterung des nationalökonomischen Studiums

überhaupt. Daher legte er in dem Referat die wichtigsten Erfahrungen nieder, die er als akademischer Lehrer seines Faches gesammelt hatte. In Leitsätzen faßte er zusammen, was er in seiner Rede ausgeführt hatte. An der Notwendigkeit der drei großen Vorlesungen, der theoretischen, der praktischen Volkswirtschaftslehre und der Finanzwissenschaft hielt er fest, hielt aber das Hinzutreten von Vorlesungen über Geschichte der wirtschaftlichen und sozialen Theorien, über Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftsgeographie für nötig, auch sollten die Teilgebiete der praktischen Nationalökonomie neben der zusammenfassenden Vorlesung über dieses Gebiet in besonderen Vorlesungen erweiternd behandelt werden. Als besondere Forderung stellte er die Ausgestaltung der damals an manchen Universitäten noch stiefmütterlich behandelten Statistik hin. Auch eine erhebliche Portion von Ausbildung in juristischen Fächern schien ihm erforderlich. Die im Mittelpunkt des juristischen Studiums stehende Behandlung des Privatrechts wollte er allerdings durch eine „Allgemeine Rechtslehre“ für die Volkswirtschaftler und sonstige Nichtjuristen ersetzt sehen, die sich auf eine Erläuterung der Grundbegriffe beschränken sollte, aber die Fächer des öffentlichen Rechts, mit Ausnahme des Kirchenrechts, und das Handels-, Wechsel- und Seerecht sollten in den für die Juristen bestimmten Vorlesungen gehört werden. Ergänzt sollte das werden durch Vorlesungen über die wiederzuerweckende Verwaltungslehre nach dem Vorgange des halb vergessenen Lorenz v. Stein. Ziel müsse die Befähigung zu wissenschaftlichem Denken und Arbeiten sein. Seminare, Exkursionen und Besichtigungen schienen ihm am Platze. Die Doktorpromotion hielt er für den normalen Abschluß des Studiums, die Frage einer vorgängigen Fachprüfung ließ er offen. Von einer dem Studium vorhergehenden praktischen Ausbildung in einem Wirtschaftsbetriebe hielt er im Gegensatz zur Sachlage bei den Pharmazeuten, Forst- und Landwirten nichts, was ihm Einspruch erhebende Zurufe aus der Versammlung eintrug.

Behrend erweiterte Büchers Darlegungen in fast allen Punkten durch seine Erfahrungen aus der Handelskammerpraxis, wich aber von Bücher in einem Punkte grundsätzlich ab: in der ganz andern Einschätzung der Jurisprudenz im Studium des Volkswirtschaftlers. Sein Studienplan enthält denn auch für acht Semester neben philosophischen und historischen Fächern sämtliche übliche Vorlesungen der Jurisprudenz, die drei großen nationalökonomischen Vorlesungen sogar in Wiederholung. Behrend gab in seinem Referat zu, daß er so nicht nur den praktischen Volkswirt, sondern den Nationalökonom überhaupt und auch den staatlichen Verwaltungsbeamten ausbilden wollte.

Die Debatte wurde von den Gelehrten und den Praktikern ziemlich

gleichmäßig bestritten. Gierke, Knapp, Ad. Wagner, Pierstorff, Rosin, v. Bortkiewicz, Ballod, Harms, v. Halle ergriffen das Wort, anderseits aber auch Fischbeck, Borgius, Dove, Soetbeer, Prange, dann der Geschäftsführer des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes, Krueger, der Syndikus der Warenhäuser, Wernicke, schließlich die Arbeitervertreter Wendlandt, Hartmann und auch der Herausgeber des „Plutus“, Georg Bernhard, ergriffen das Wort. Von den einzelnen Punkten der Referate wurden im Für und Wider in der Debatte besonders zwei aufgegriffen: das Fach- und Vorexamen, das besonders Pierstorff auf Grund einer bereits getroffenen Spezialeinrichtung der Universität Jena empfohlen hatte, und die Frage der Rolle der Jurisprudenz in der Ausbildung des Volkswirts. Dabei war es nicht so, daß die Meinungen im Für und Wider sich je nach dem schieden, ob ein Gelehrter oder ein Praktiker sprach. Die Schlußworte der Referenten waren, wie zumeist, Verteidigungen der in den Referaten eingenommenen Standpunkte gegen die Einwendungen aus der Debatte. Der Vorsitzende enthielt sich nicht nur beschlußmäßig des abgeschafften Resumés, sondern auch einer Bemerkung über die Nützlichkeit der ganzen Erörterung, er schloß vielmehr mit einer Rüge an Georg Bernhard, der in ungehöriger Form die Bemerkung v. Halles über das wenig entgegenkommende Verhalten von sozialdemokratischer Seite gegenüber dem Versuch des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes, auch diese an dem Gutachtenbande des Verbandes zu beteiligen, beanstandet hatte. —

Das zweite Thema des Einladungsprogramms, das der „Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte“, brachte drei Referate. Loening, der Herausgeber der gedruckten Untersuchungen des Vereins, der Bürgermeister und Professor Walz (Heidelberg) sowie der Stadtrat Flesch (Frankfurt a. M.) traten als Referenten auf. Das Referat von Loening war das am allgemeinsten und umfassendsten gehaltene, meist im Hinblick auf Preußen gefaßt. Die ganze Untersuchung und Erörterung des Vereins über die städtische Verfassung und Verwaltung war ja dazu bestimmt, eine Einsicht darüber zu schaffen, in welcher Weise diese allgemeinen verfassungsmäßigen Grundlagen der Tätigkeit der Stadtgemeinden eine Einwirkung dafür vorformten, was die Städte auf dem Gebiete der Sozialpolitik leisteten oder unterließen. Dieses Ziel des Vereins trat in den Referaten aber nicht so deutlich hervor wie das allgemein staatspolitische der größeren oder geringeren Freiheit der Selbstverwaltung überhaupt. Höchstens die Frage des städtischen Wahlrechts zu den Vertretungskörpern der Stadtbürger gab die Verbindungslinie mit der städtischen Sozialpolitik ab. Walz behandelte die süddeutschen Städte, in denen manche Probleme Norddeutschlands wegen der weniger gegensätzlichen

sozialen Schichtung der Bevölkerung nicht so vordringlich waren. Flesch hielt eine Nachlese zu den Darlegungen seiner Vorredner.

Die Debatte, die erst am dritten Verhandlungstage der Versammlung begann, da am zweiten nach den drei Referaten Schluß gemacht worden war, rückte zwar auch die weniger umstrittenen Punkte des Themas in helle Beleuchtung, so zum Beispiel die Frage der Ausübung der Polizei durch die Stadtgemeinden, mit der sich gleich zu Anfang der Staatsrechtler Rosin sehr ausführlich beschäftigte, aber das Hauptinteresse fand doch die Frage der Gestaltung des städtischen Wahlrechts und die der Staatsaufsicht über die Stadtgemeinden. Es konnte nicht fehlen, daß hier die allgemeine politische Parteilung sich mit ziemlich deutlicher Entscheidung ausprägte. So vor allem bezüglich des städtischen Wahlrechts bei Sinzheimer, den wir als den ursprünglichen Anreger dieses Themas kennen, dann aber auch bei Max Weber und erst recht bei den Vertretern der Arbeiter- und Angestelltenverbände Goldschmidt, Schiffer (Düsseldorf), Reif (Leipzig) und Behrens (Essen). Aber auch Bücher und etwas beschränkter sogar Adolph Wagner machten hier weitgehende Zugeständnisse, wenn diese auch den radikaleren Elementen nicht genügten. Diese etwas einseitige Zuspitzung der Debatte färbte auch auf die Schlußworte der Referenten ab, am wenigsten bei Walz, stark dagegen auf Flesch, und Loening sah sich zu einer recht ausführlichen Erwiderung gegen Max Weber veranlaßt. Gierke meinte abschließend unter ausdrücklicher Vermeidung des durch Beschluß abgeschafften Resumés, daß die Verhandlungen durchaus nicht fruchtlos gewesen seien, sondern viel Klarheit geschaffen und eine Fülle von Anregungen gebracht hätten.

20. Die zweite Wiener Tagung von 1909

Schon in der ersten Ausschusssitzung vom 29. September 1907 während der Magdeburger Tagung — es waren ihrer wie üblich drei — gab es außer verschiedenen geschäftlichen Beschlüssen und den Mitteilungen über den Stand der Schriften auch eine Besprechung über neu in Angriff zu nehmende Arbeiten. Von dem nicht anwesenden Brentano waren zwei Anträge schriftlich eingegangen: 1. Eine systematische Bearbeitung der Frage der „Degeneration“ zu unternehmen, ob eine solche stattgefunden habe, wo sie aufgetreten sei und welche Ursachen sie vermutlich hätte. Dieser Antrag hatte seine Wurzel in der damals zur öffentlichen Kenntnis gekommenen Tatsache des prozentuellen Rückgangs der Tauglichkeit zum Heeresdienst bei den jährlichen Musterungen. Die Freunde und die Gegner der Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat hatten sich dieses Themas für ihre Ziele bemächtigt. 2. Außerdem beantragte

Brentano, die Ursachen der „Steigerung des Zinsfußes“ zu untersuchen. Der Ausschuß fand das Thema der Degeneration zu schwierig für die Vereinsschriften, das Thema der Zinsfußsteigerung wurde nicht erörtert. Ein Antrag Lotz schlug vor, das „Verhältnis der Steigerung des Arbeitsinkommens zu der Steigerung der Lebensmittelpreise und der Mieten“ zu untersuchen. Diesen Antrag erweiterten Herkner und Alfred Weber zu dem Thema „Die Industrie und ihre Arbeiter“, und Schmoller als Vorsitzender gab diesem Gedanken die Deutung, daß „Untersuchungen über die Lebensläufe aller in der Industrie Beschäftigten“ angestellt werden sollten, was zwar schwierig, aber doch nur von der Auffindung geeigneter Verfasserpersönlichkeiten abhängig sei. Es handle sich also um ein erwägenswertes Thema. Jedenfalls lag in dieser Erörterung der Keim zu den späteren Arbeiten des Vereins über „Auslese und Anpassung der Arbeiter in den verschiedenen Zweigen der Großindustrie“. Ein Antrag von Sering, die „Dislokation der deutschen Industrie“ zu untersuchen, wurde auf die Erklärung Alfred Webers, daß er an einem Buche über den „Standort der Industrien“ schreibe, bis zum Erscheinen dieses Buches zurückgestellt. Auf den Antrag Heckscher, die Lage der Handlungsgehilfen zu behandeln, ging die Erörterung nicht ein. Gleich in der dritten Ausschußsitzung wurde für das Thema der Lebensläufe der Arbeiter ein Unterausschuß, bestehend aus Bücher als Vorsitzendem und Herkner, Oldenberg, Schumacher, Sering, Sinzheimer, Stein, den beiden Webers und Wirminghaus niedergesetzt, der, wie ein Rundschreiben vom 18. Juli 1908 mitteilt, am 13. Juni des genannten Jahres in Eisenach unter Bücher tagte und einen Arbeitsplan sowie Entwürfe zu einem Fragebogen aufstellte, die dann beide ebenfalls als Rundschreiben des Ausschusses versandt wurden.

Der Hauptausschuß versammelte sich erst am 12. Oktober 1908 in Berlin von neuem. In dieser Sitzung wurde festgestellt, daß die Untersuchungen über das Städtewesen in der Abteilung Loening für „Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte“ so gut wie abgeschlossen seien, in den Abteilungen für „Gemeindebetriebe“ und „Gemeindefinanzen“ sich dem Abschluß näherten, so daß nach Meinung des Vorsitzenden die beiden letzteren Kapitel als Themen für die bevorstehende Tagung in Betracht kämen. Die Erörterungen über den zu wählenden Tagungsort waren ungewöhnlich breit. Salzburg als bloße Hotelstadt ohne Resonanz für die Verhandlungen des Vereins wurde jetzt völlig fallen gelassen und man einigte sich darauf, daß für eine Tagung in Österreich nur Wien in Betracht käme. Viel Stimmung war auch für Nürnberg, es setzte sich zuletzt aber Wien durch. Als erstes Thema bot sich das der Gemeindebetriebe und wurde schnell angenommen. Um so mehr

Schwierigkeiten bot die Wahl eines zweiten Themas. Sie bestanden in dem Streit, ob nun wirklich einmal ein theoretisches Thema gewählt werden solle oder ein anderes. Für das theoretische wurden zwei Fragen vorgeschlagen: „Die Zukunft der sozialen Reform“ (Sinzheimer) und „In welchem Maße kann man eine Steigerung der Produktivität der Volkswirtschaft feststellen?“ Als praktische Themen wurden genannt: „Ausbildung der Verwaltungsbeamten und Stellung der Techniker in der Verwaltung“ (Herkner), „Die Sparkassen als Volksbanken“ (Bücher), „Die Arbeitgeberverbände“ (Schmoller), „Die städtische Grundrente“ (Schumacher). Doch nur für eins von diesen Themen findet sich eine Mehrheit und sogar Einstimmigkeit, nämlich für die Frage der „Produktivität“, und v. Philippovich erklärt sich zur Übernahme des ersten Referats bereit. Die Wiener Mitglieder sollten die weitere Behandlung des Themas ordnen. Die gleiche Aufgabe für das Thema der Gemeindebetriebe wird einem Unterausschuß aus Brentano, Fuchs, Herkner, Jastrow, v. Philippovich und Schmoller übertragen.

Bei der Erörterung von Themen für neue Schriften tauchen die bei der vorangegangenen Abstimmung in der Minderheit gebliebenen Vorschläge zum guten Teile wieder auf. Andere traten hinzu. Zuletzt einigt man sich auf den von Thiel gemachten Vorschlag: „Die Reorganisation der preußischen Verwaltung einschließlich der Vorbildung der Beamten“, und ein Unterausschuß, bestehend aus Thiel, Loening, Schmoller, Cohn, Frhr. v. Berlepsch, Jastrow, Max Weber, L. Bernhard, wird dafür gebildet.

Bezüglich der in Vorbereitung befindlichen Schriften berichtete Bücher über die Untersuchungen über „Auslese und Anpassung der Arbeiter in der Großindustrie“, und der Ausschuß genehmigte die zur Durchführung geforderten Mittel, unter diesen auch die für eine Drucklegung der zugehörigen Denkschrift Max Webers, die die Richtlinien für das Vorgehen der Mitarbeiter enthielt. Im Unterausschuß für „Volksersparnisse“ findet auf Rathgens Wunsch ein Wechsel im Vorsitz statt, der an Schumacher übergeht. Dem Antrag Schmollers auf Beteiligung des Vereins an einer Ehrung des langjährigen Schatzmeisters Ludwig-Wolf anlässlich des demnächstigen Rücktritts von seinen städtischen Ämtern in Leipzig stimmt der Ausschuß freudig zu.

Eine weitere Sitzung des Hauptausschusses fand vor der Wiener Tagung nicht mehr statt, wohl aber beriet sich der Unterausschuß für die Reorganisation der preußischen Verwaltung am 28. Dezember 1908 und der Unterausschuß für Volkssparwesen am 24. April 1909. Hierauf wird zurückzukommen sein.

Die Eröffnungsrede Schmollers bei Beginn der Wiener Tagung am 27. September 1909 griff nicht nur auf die Gründungsgeschichte des

Vereins und sein Wirken durch die Jahrzehnte zurück, sondern gab auch in Kürze ein Bild von den Schwankungen der Reichsleitung auf dem Gebiete der amtlichen Sozialpolitik seit 1890 und von den Strömungen in der Nation, die auf diese Schwankungen eingewirkt, wenn nicht gar sie herbeigeführt hatten. Der Wortführer der Industriellen, Bueck, der Frhr. v. Stumm, aber auch Graf Posadowsky wurden mit Namen genannt. Aber auch die gegnerischen Richtungen in der eigenen Fachwissenschaft berührte Schmoller: Richard Ehrenberg und sein Thünenarchiv wurden angeführt. Trotz allem schloß Schmoller zuversichtlich und dazu mit froher Anerkennung der tiefen kulturellen Verbundenheit des Reiches mit Österreich-Ungarn. Nach Ordnung der Leitung der Versammlung durch Frhrn. v. Berlepsch begrüßten Handelsminister Dr. Weiskirchner in ernster und Bürgermeister Dr. Lueger in launiger Ansprache die Versammlung, und dieser lud den ganzen Verein in so humorvoller Weise zu einem Abendessen im Rathause ein, daß dies ausnahmsweise angenommen wurde.

Der Verhandlungsband der Wiener Tagung hat den ungewöhnlichen Umfang von 637 Druckseiten. Das rührte daher, daß diesmal für eine Tagung ein oft Erstrebtes und kaum je Erreichtes gelungen war: sämtliche Referenten beider Verhandlungsgegenstände hatten schriftliche Referate ausgearbeitet, ja es waren noch schriftliche Referate von zwei Nichtreferenten, Ballod und Eßlen, hinzugetreten, die nun alle im Text den mündlichen Referaten vorausgeschickt waren. Die Verhandlungen fußten also auf einer weitgespannten vorgängigen Unterrichtung.

Das schriftliche Referat von Fuchs über die Gemeindebetriebe wertete die zugehörige Schriftenpublikation (Bd. 129—130 in damals 12 Bandteilen) sorgsam aus. Das mündliche gab einen Überblick über die Ergebnisse und Lehren dieser mühevollen gedruckten Einzeluntersuchungen in allgemein politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Mombert war die sozialpolitische Bedeutung der Gemeindebetriebe, also ein Hauptteil des ursprünglichen Zieles der ganzen Vereinsuntersuchungen zugefallen: „Die deutschen Stadtverwaltungen als Arbeitgeber.“ Die Gliederung und Übersichtlichkeit der gedruckten Abhandlung erlaubte angemessene Kürze des mündlichen Berichts. Der Wiener Obermagistratsrat Dr. Weiß, dem das Thema der finanziellen Bedeutung der Gemeindebetriebe übertragen war, hatte seinen schriftlichen Bericht sehr kurz gehalten, so daß der mündliche ein wenig ausführlicher ausfiel.

In der Debatte war am ersten Verhandlungstage nach den Referaten nur ein einziger Redner zu Worte gekommen, der oberschlesische Gemeindevorsteher Dr. Lückner, der den „Munizipalsozialismus“, vom Standpunkte der Gesamtleitung der Städte aus unter eine allseitige

kritische Beleuchtung rückte. Dann wurde wegen anderer Veranstaltungen die Verhandlung bereits vor 3 Uhr nachmittags geschlossen. Am folgenden Tage trat als erster Redner ein Arbeitervertreter, der Vorsitzende des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter Albin Mohs (Berlin) auf, was wohl bewirkte, daß in der weiteren Debatte die sozialpolitische Seite der Gemeindeunternehmungen stark in den Vordergrund trat. Die Besserstellung der Arbeiter und Angestellten in den städtischen Betrieben wurde vornehmlicher Erörterungsgegenstand. Die Industrielöhne dienten dabei als Vergleichsobjekt. Auch die hier objektiv eingestellten Redner, wie der Oberbürgermeister Kutzer (Fürth), Adolph Wagner, der Wiener Rechtsanwalt Dr. Ritter v. Fürth, beschäftigten sich neben anderem mit dieser Seite des Problems. Eine gewisse Sensation wurde von den Brüdern Weber in die Verhandlungen hineingetragen. Während, wie von vielen Rednern hervorgehoben wurde, die ganze Verhandlung eigentlich von der übereinstimmenden Meinung getragen wurde, daß die Kommunalisierung, die Überführung bestimmter, dafür geeigneter Unternehmungszweige aus Privathänden in die Hände der Gemeinden, immer einen Fortschritt sozialer Art bedeute, trat Alfred Weber gegen diese Meinung auf, indem er auf die dadurch herbeigeführte zunehmende Verbeamtung der Bevölkerung hinwies und sie in sehr zugespitzter Rede als einen großen Schaden hinstellte. Als diese Ausführungen namentlich bei Adolph Wagner und Schulze-Gaevernitz Widerspruch geweckt hatten, trat auch Max Weber für die Auffassung seines Bruders mit großer Energie ein. Erst die Schlußworte von Mombert und Fuchs (Weiß hatte verzichtet) gaben der Verhandlung wieder einen beruhigten Abschluß. Man hatte einen ganzen Tag von morgens $\frac{1}{2}$ 10 Uhr bis abends $\frac{3}{4}$ 7 Uhr mit kurzer Mittagspause diskutiert.

Die Verhandlung über „Das Wesen der volkswirtschaftlichen Produktivität“ war angesichts des rein theoretischen Gegenstandes ein Novum im Schoße des Vereins. Die fünf schriftlichen Referate — im Verhandlungsverband hat Kammerer, Professor der Technik an der Charlottenburger Hochschule, sein schriftliches und sein mündliches Referat in eins zusammengezogen — hatten die Diskussion gut vorbereitet. Besonders v. Philippovich hatte mit großer Sorgfalt sowohl eine dogmengeschichtliche Übersicht wie eine klare Darstellung der wissenschaftlichen Forderungen gegeben, die immerwährend in dem Begriffe der „Produktivität“ lägen. Demgegenüber behandelte der Techniker nur die eine Anwendung des Begriffes, wenn er den „Einfluß des technischen Fortschrittes auf die Produktivität“ untersuchte, und die Ausführungen von Frhr. v. Wieser über den „Geldwert und seine Veränderungen“ hielten die Verbindung mit dem Hauptthema im Grunde nur insofern aufrecht, als bei der Messung

der Produktivität eben die Vorgänge „auf der Geldseite“ nicht aus dem Auge gelassen werden konnten. Die schriftlichen Referate von Ballod und Eßlen standen auf ihrem Sondergebiet enger zu dem Hauptthema, waren aber nicht frei von Polemik gegeneinander.

Die Debatte hatte den Vorzug, von den damals ersten Kräften des Vereins und der damaligen deutschen Fachwissenschaft getragen zu sein. Herkner suchte das soziale Element im Produktionsbegriffe in Gestalt der theoretischen Formel von den „gesellschaftlichen Kosten“ herauszuholen. Knapp setzte sich — als einziger — mit v. Wiesers Auffassung vom Geldwert auseinander, übrigens in betonter Übereinstimmung mit Frhrn. v. Wieser, da dieser sich ausdrücklich als Nichtmetallist bekannt hatte. Mit der Rede Sombarts begann schon die Negation, die sich keineswegs bloß gegen die Stellungnahme v. Philippovichs, sondern gegen die wissenschaftliche Brauchbarkeit des Produktivitätsbegriffes überhaupt richtete. Ihn unterstützte v. Gottl-Ottlilienfeld insofern, als er gegen den Produktivitätsbegriff als eine bloße Wortmarke Sturm lief. Liefmann versuchte, Einzelvorgänge, die für Produktivitätsbegriff wichtig sind, richtiger einzureihen und dabei den Begriff schärfer zu klären. Dann aber stieß Max Weber mit einer heftigen Rede gegen die Verwendung des Produktivitätsbegriffes in der Wissenschaft vor, weil dieser unvermeidlich ein Werturteil oder sogar sehr viele Werturteile enthalte. v. Zwiedineck-Südenhorst, Spann, Salz, Goldscheid und Otto Neurath traten für die Unentbehrlichkeit des Begriffes in verschiedenem Sinne ein, was Max Weber noch einmal auf den Plan rief. In seinem Schlußwort verwahrte sich v. Philippovich gegen die in einem Zuruf Max Webers enthaltene Zumutung, daß ein mit der Behandlung eines Untersuchungsgegenstandes beauftragter Referent einfach diesen Untersuchungsgegenstand als etwas völlig Indiskutables hinstellen dürfe, und schloß daran den Nachweis, daß all die Fragen und Probleme für das Fach bestehen blieben, wenn man den sicher noch nicht genügend geklärten, sie umfassenden Begriff aus der Wissenschaft hinauswies: Mit einer Verweigerung der Antwort auf die Fragen, mit einem Achselzucken vor den Problemen sei noch nichts getan. Trotz zahlreicher Zurufe führte der Referent diesen Gedanken unter sorgsamer Argumentation durch und erntete Beifall.

Eine Diskussion über die Frage des Geldwertes wird auf Antrag von Lotz auf eine spätere Gelegenheit vertagt, worauf das Schlußwort v. Wiesers sehr kurz ausfiel. Zu der besonderen Frage nach der Produktivität in der Landwirtschaft polemisierte Thiel gegen eine für die europäische Landwirtschaft pessimistische Äußerung in Eßlens schriftlichem Referat, wogegen sich der Angegriffene kurz zur Wehr setzte.

So war der Schluß der Verhandlungen durch den Vorsitzenden des Tages, Frhrn. v. Plener (Wien), kurz und fast überraschend. Kaum daß Adolph Wagner noch den Dank an alle an der ganzen Tagung Beteiligten aussprechen konnte. —

Es dürfte hier von Interesse sein, Zeugnisse dafür festzuhalten, daß die Wiener Tagung bei ihren Teilnehmern nicht durchweg ungemischte Eindrücke hinterließ. So hatte Knapp noch unterm 5. Oktober 1909 brieflich an Schmoller geäußert:

„In den Zeitungen wurde von der ganzen Tagung nur besprochen, daß die Gebrüder Weber gegen Bürokratie gepredigt haben. Mir ganz unbegreiflich. Halte es nicht für aufkommende Meinung der jüngeren Leute, sondern für überreizte Weberische Familienansicht, welche durch Pathos im Vortrag an Ansehen gewinnt...“

„Wenn theoretische Themata beibehalten werden sollen, so müßte durch bestimmende Formulierung der Fragen dafür gesorgt werden, daß kein solches Durcheinander entsteht.“

Vier Wochen später kam Knapp in einem Briefe an Schmoller vom 3. November 1909 noch einmal auf die Wiener Tagung zurück. Die Sache hat Knapp also offensichtlich fortgesetzt beschäftigt. Er schrieb nunmehr:

„Lieber Schmoller! Unsere Wiener Versammlung des Vereins für Sozialpolitik hat mir Anlaß zu folgenden schmerzlichen Betrachtungen geboten.

Das einzige, was auf die Presse Eindruck gemacht hatte, waren zwei Entgleisungen: erstens der Angriff der Familie Weber auf die Bürokratie und zweitens die Verkündigung Sombarts, daß es sich nun entscheiden werde, ob die Nationalökonomie eine Wissenschaft sei.

Alle sachlichen Erörterungen sind unbeachtet geblieben.

Dadurch ist in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, daß unser Verein sich zu einer Spektakelbühne entwickelt habe.

Dies konnte allerdings nicht vorausgesehen, also auch nicht verhindert werden.

Aber es entsteht nun folgende Gefahr:

Wenn wir in diesem Verein, der doch seiner Natur nach auf politisches Wirken gerichtet ist, auch theoretische Erörterungen zulassen, dann entfesseln wir die Spektakelfreude der Jugend. Ich kann gar keine Worte finden, um die Jämmerlichkeit des Eindrucks zu schildern, den das Durcheinanderschreien von unvorbereiteten Rednern gemacht hat.

Nun besteht aber seit Mannheim der Wunsch nach Ausbreitung aufs theoretische Gebiet (wofür ich nie geschwärmt habe).

Mir schwebt nun folgende Lösung dieser Schwierigkeit vor:

1. Der Verein bleibt in der Hauptsache aufs Wirken gerichtet, wählt also hiernach die Gegenstände der Verhandlungen.

2. Wir lassen zur Abwechslung auch hier und da einen wohl vorbereiteten Vortrag aus dem Gebiete der Theorie zu, aber ohne diese Sache als Gegenstand der Diskussion des Vereins aufzustellen; also gleichsam als Beigabe.

Dadurch würde der Lärm der Diskussion eingeschränkt auf das Gebiet, wo er unvermeidlich ist, nämlich auf politische Gegenstände.

Und jene Beigabe würde den Hörern den Genuß einer geschlossenen Darstellung gewähren.

Wenn aber der Lärm sich auf die ganze Tagung ausbreitet, auch auf die theoretische Seite, dann verlieren sehr viele Leute die Lust, mitzutun; und — was schlimmer ist —: der Verein verliert an Ansehen.

Das wollte ich nur aussprechen, solange ich noch den frischen Eindruck habe. Vielleicht finden wir Gelegenheit, einmal darüber zu reden.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr ergebener G. F. Knapp.“

Schmoller scheint noch vor Knapps erstem Brief auch v. Philippovich nach seinen Eindrücken von der Wiener Tagung befragt zu haben, da dieser auf einen Brief Schmollers vom 3. Oktober unterm 19. Oktober 1909 nach Entschuldigung für die Verzögerung — mit Abwesenheit von Wien und Arbeitsüberlastung — antwortete:

„... Nun habe ich die erste freie Zeit und benütze sie, um Ihnen zu sagen, wie sehr ich mich über Ihr Schreiben gefreut habe. Ich würde es mit Ihnen beklagen, wenn das Gefühl einer gemeinsamen Grundauffassung der Aufgabe, welche uns als Lehrer und Vertreter einer Gesellschaftswissenschaft gestellt ist, abhanden käme. Dazu gehört aber, daß die Webers und ihre Freunde sich mäßigen lernen. Ich war weniger erstaunt über ihre Stellung zu meinem Referate als über den Ton, den sie anschlagen. Was die sachlichen Differenzen anbelangt, so habe ich noch manches dazu zu sagen, was ich im Schlußworte nicht ausdrücken konnte, weil es mir vor allem darauf ankommen mußte, den Eindruck jener Angriffe abzuschwächen — ein Mangel der öffentlichen Verhandlung.

Und ich halte eine Verständigung in wesentlichen Punkten gar nicht für ausgeschlossen, die Scheidung beginnt erst dort, wo die Grenzen der Wissenschaft gezogen werden sollen und ihre Ergebnisse gewertet werden müssen. Wenn wir die Nationalökonomie als Wissenschaft auf jenes Gebiet ‚exakter‘ Erkenntnis einschränkten, wie es Schumpeter, neuerdings Alfred Weber, tun, dann hörte sie auf, uns irgend etwas über die Funktion der Wirtschaft im Leben der Menschen zu sagen. In der starken Betonung der Notwendigkeit rein objektiver Betrachtung sehe ich auch nichts Schlimmes, ich sehe nur am letzten Ende aller unserer sozialwissenschaftlichen Erkenntnis die Wertung des Erkannten vom Standpunkt der Gesamtheit.

Ihre Meinung vom positiven Wert eines Resumés teile ich auch. Aber es wird uns kaum gelingen, damit durchzudringen. Jedenfalls wäre es wertvoll, wenn wir uns auf gemeinsamem Boden erhalten könnten. Solange Ihre überragende Persönlichkeit den Verein in der Hand hält, wird es auch der Fall sein. Und das möge noch lange so bleiben.“

Selbst der geduldige Carl Joh. Fuchs äußerte sich spontan unterm 6. Oktober 1909 kritisch über die Wiener Debatten:

„Sehr geehrter Herr College! Ich hoffe Sie von Wien wohlbehalten nach Hause zurückgekehrt und sende anbei die Mitteilung zum Protokoll, die ich noch schulde. Zugleich möchte ich mir erlauben, anknüpfend an unser letztes

Gespräch beim Frühstück, auch schriftlich noch einmal auszusprechen, daß sich nach meiner Meinung der Versuch einer Behandlung theoretischer Probleme auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik nicht bewährt hat, und es ebenso für unsern Verein wie für die Theorie besser wäre, wenn sich dafür eine gesonderte Gesellschaft bildete, die etwa abwechselnd mit dem Verein (oder auch gleichzeitig, aber jedenfalls nur vor Mitgliedern und ohne Zuziehung der Presse) und ohne Referenten tagt. Dies würde nach meiner Überzeugung keine Schädigung des Vereins bedeuten: im Gegenteil. Denn eine vor Zeitungsberichterstatlern in alle Welt hinausposaunte Bankrotterklärung unserer Wissenschaft, wie sie neulich erfolgte und durch gewisse Kollegen bei jeder theoretischen Erörterung erfolgt, muß doch nicht nur unserer Wissenschaft ungeheuer schaden, sondern dadurch auch der auf sie sich stützenden sozialpolitischen Wirksamkeit des Vereins. Streitigkeiten über die Methode gehören wirklich nur in die Fachliteratur und einen engen Kreis von Fachgenossen, nicht in die Tagespresse und die Öffentlichkeit.“

Diese Stellungnahmen zur Behandlung von theoretischen Problemen und Methodenfragen in den Generalversammlungen haben sich später in der Werturteilsdiskussion ausgewirkt.

21. Die Nürnberger Tagung von 1911

Der Unterausschuß, der im Oktober 1908 für Untersuchungen bezüglich der „Reorganisation der preußischen Verwaltung einschließlich der Vorbildung der Beamten“ niedergesetzt worden war, hielt, wie bereits erwähnt, am 28. Dezember 1908 in Berlin eine Sitzung ab. Der Untersuchungsgegenstand lag offensichtlich Schmoller sehr am Herzen, wogegen Thiel, der ursprüngliche Anreger dieses Themas und Vorsitzende des Unterausschusses, während der vorbereitenden Schritte anscheinend den Eindruck gewonnen hatte, man habe sich damit auf ein allzuweit ausgedehntes Gebiet begeben. Während innerhalb der preußischen Verwaltung eigentlich nur die Frage diskutiert wurde, ob die Verwaltung der Provinzen (Oberpräsident) und der Kreise (Landrat) auf Kosten der dazwischen stehenden Bezirksregierungen (Regierungspräsident) zu erweitern seien, kamen für die interessierten Vereinsmitglieder auch die Fragen in Betracht, wie das Verhältnis der Staatsverwaltung zu den Selbstverwaltungskörpern anders zu gestalten sei, ob nicht überhaupt zu viel und zu schwerfällig verwaltet würde, auch wie der Streit zwischen Juristen und Technikern zu schlichten sei und ob nicht die ganze Vorbildung der Beamten geändert werden müsse. Das ergab nun allerdings ein sehr umfangreiches Arbeitsprogramm. Auch über die Schwierigkeit, geeignete Mitarbeiter zu finden, die zugleich aus der Erfahrung ausreichend sachkundig und für offene Äußerung frei genug wären, war man sich im klaren. Es wurde jedoch beschlossen, trotzdem den Versuch zu wagen. Der

Historiker Hintze, den man bereits zu der Sitzung zugezogen hatte, sollte eine kürzere geschichtliche Darstellung der Entwicklung der preußischen Verwaltung seit etwa 1815 geben, eine Anzahl von Gutachten sollte über die Fortbildung der gegenwärtigen inneren Verwaltung, über das Verhältnis der Bürokratie zur Selbstverwaltung und über die innere Reform der Selbstverwaltung gewonnen werden, während die materielle Verwaltung zunächst nur auf landwirtschaftlichem Gebiete behandelt werden sollte.

Der Unterausschuß für „Volkssparwesen“ gelangte in seiner auch schon erwähnten Sitzung vom 24. April 1909 zu einem Aufbauplan der durchzuführenden Untersuchungen, zu dem von Schumacher ergänzende Vorschläge bis zum 28. Juli des genannten Jahres erbeten wurden.

In der ersten der üblichen Sitzungen des Hauptausschusses während der Generalversammlung von Ende Oktober 1909, die, wie geschildert, noch in Wien stattgefunden hatten, führte Thiel bei dem Bericht über die im Gange befindlichen Schriften zum Thema der „Reform der preußischen Verwaltung“ aus, die inzwischen erfolgte Niedersetzung einer Immediatkommission lasse es ratsam erscheinen, die Fortführung der Untersuchungen anzuhalten, bis das Ergebnis der Beratungen der Kommission feststünde. Erst dann werde man wissen, auf welche Punkte die Untersuchungen zu richten seien. Nicht ohne Widerspruch wird auf eine Meinungsäußerung Schmollers hin beschlossen, daß der Unterausschuß selbst über den Zeitpunkt zur Wiederaufnahme seiner Arbeit beschließen solle. Es ist nicht dazu gekommen. Herkner konnte zu den Untersuchungen über „Auslese und Anpassung der Arbeiter“ berichten, daß es trotz der großen Schwierigkeiten bei der Gewinnung geeigneter Mitarbeiter gelungen sei, eine Anzahl von Arbeiten zusammenzubringen, die zwei noch im Jahre 1910 erscheinende Schriftenbände füllen würden. Diese Bände (133 und 134) sind auch tatsächlich im genannten Jahre zustandegekommen. Die weiteren Arbeiten, die Herkner noch in Aussicht stellte, sind erst 1911 und 1912 in Teilen als Band 135, I–IV, erschienen. Von Schumacher war ein schriftlicher Bericht über die Tätigkeit des Unterausschusses für das „Volkssparwesen“ eingelaufen, aus dem hervorging, daß die hierher gehörigen Arbeiten nach dem beschlossenen Plane vom April bereits eingeleitet waren. Auch über die „Kommunale Finanzpolitik“ konnte Rathgen günstige Mitteilungen von dem Fortschreiten der Untersuchungen machen. Da die „Gemeindebetriebe“ das eine Thema der Wiener Tagung bildeten, wurde auf den Bericht von Fuchs, daß einige weitere Arbeiten noch in Aussicht stünden, beschlossen, es solle nach dem 31. Dezember 1909 eine weitere Annahme von Beiträgen zu dieser Serie nicht mehr stattfinden. Dieser Beschluß ist, nach den Er-

scheinungsjahren der letzten Arbeiten zu Band 130 der Schriften zu schließen, nicht strikt innegehalten worden.

An Themen für neue Schriften wurden vorgeschlagen „Die soziale Frage in den Kolonien“, die „Reform der Sozialversicherung“, gegebenenfalls unter Hinzunahme der „Arbeitslosenversicherung“, und die „Herkunft der Privatbeamten“ bzw. der Beamten überhaupt, dies in Ergänzung der Untersuchungen über „Auslese und Anpassung der Arbeiter“. Es wurde auch angeregt, die Herkunft der Unternehmer in das Thema einzubeziehen. Anscheinend war die Stimmung für keins dieser Themen stark genug, denn ein Beschluß wurde zunächst nicht gefaßt.

Die zweite Ausschußsitzung während der Generalversammlung war allein der Neukonstituierung der Vereinsorgane gewidmet. Der Vorstand blieb der gleiche mit Schmoller, Gierke und v. Philippovich als Vorsitzenden, Geibel und Francke als Schriftführern, Ludwig-Wolf als Schatzmeister. Die satzungsgemäßen 24 Mitglieder des Hauptausschusses waren durch die Wahlen der Generalversammlung wieder vollzählich gemacht worden. Dazu als Wiederkooptierte 56 Herren, und neu kooptiert wurden noch 9 Herren aus Österreich, so daß der gesamte Ausschuß damals bereits 89 Mitglieder umfaßte und Schmoller in seiner Eröffnungsrede ihn mit Recht als „sehr groß geworden“ bezeichnete.

Waren in den Wiener Sitzungen des Hauptausschusses von 1909 die Erörterungen von Themen für neue Veröffentlichungen ziemlich unergiebig geblieben, so war die Pfingstsitzung vom 15. Mai 1910 in Dresden um so reichlicher mit Anträgen versorgt. Diese lagen sogar gedruckt vor und füllten mit Begründungen 6½ Seiten in Großquartformat. Darin beantragte Rauchberg (Prag) als Thema, das ja schon in Wien aufgetaucht war, den „Ausbau der Sozialversicherung“, Eulenburg mit Unterstützung der Brüder Weber eine „Internationale Untersuchung über die Gestaltung der Waren- und Geldpreise in den letzten 20 Jahren“ und weiter solche über „Soziale Lebensführung typischer Bevölkerungsklassen“, Potthoff (Düsseldorf) die „Loslösung der Gewerbe von der Hauswirtschaft“ und den „Einfluß der Spar- und Versicherungseinrichtungen auf Geldmarkt und Produktion“, Bonn (München) eine „Untersuchung über die Ausbreitungsmöglichkeit der Europäer in den Kolonien mit lebensfähiger Eingeborenenbevölkerung“, Bücher eine „Untersuchung über die Wirkungen der Getreidezölle“. In den Anträgen spiegeln sich zum Teil damalige wichtigere Zeitverhältnisse wider, so vor allem das, was man damals die „Teuerung“ nannte und vielleicht auch die sogenannten Kolonialskandale, freilich in einer wissenschaftlichen Sublimierung. Die Erörterung in der gut besuchten Sitzung war eine sehr ausgedehnte und ins einzelne gehende. Annahme aber finden schließlich nur

der Antrag Bonn (Tropenkolonien), für den ein Unterausschuß mit Sering als Vorsitzendem und den Herren Bonn, Schachner, Zöpfl und Rathgen niedergesetzt wird, und der erste Antrag Eulenburg (Preisuntersuchungen), für die der gebildete Unterausschuß aus den Herren Sering, Conrad, Eulenburg, Spiethoff, v. d. Borgh und Bücher bestehen soll. Der Antrag Bücher sollte von diesem Unterausschuß mitberücksichtigt werden. Bücher lehnt indessen seine Mitwirkung bestimmt ab und so wird an seiner Stelle noch Max Weber gewählt.

Die Beschlußfassung über Ort und Zeit der nächsten Generalversammlung war in der Dresdener Sitzung noch aufgeschoben worden. Sie erfolgte erst in der Sitzung vom 4. Januar 1911 und die Entscheidung fiel auf Fürth-Nürnberg. Im übrigen nimmt der Hauptausschuß die Berichte über den Stand der im Gange befindlichen Arbeiten entgegen. Dabei ergibt ein schriftlicher Bericht zum Thema der „Gemeindebetriebe“ einen Epilog über die restlich noch hinzugekommenen Arbeiten in den Schriften. Die Notwendigkeit, diese Serie nunmehr endgültig abzuschließen, wird durch erneuten Beschluß betont. Ein ebenfalls schriftlicher Bericht von Schumacher über das „Volkssparwesen“ lehrte, daß die Arbeiten nach dem Plan des Unterausschusses fortschritten, daß es dagegen bisher nicht gelungen sei, die dem Unterausschuß zusätzlich vom Hauptausschusse in der Pfungstsitzung von 1910 zugewiesenen Arbeiten über das Versicherungswesen dem Plane einzufügen. Von den Arbeiten zum Thema der „Auslese und Anpassung der Arbeiter“ konnte Herkner berichten, daß sie sich einem gewissen Abschlusse näherten. Die Unterausschüsse für die „Koloniale Besiedlung“ und für die „Preisuntersuchungen“ hatten am Tage vor der Sitzung des Hauptausschusses, also am 3. Januar 1911, getagt, der letztere übrigens auch bereits am 16. Juni 1910, woselbst ein Arbeitsplan in den größten Umrissen festgelegt worden war. Danach war in Aussicht genommen ein einleitender Band mit statistischen Preisfeststellungen für die wichtigsten Verkehrsgüter mit nachfolgenden Bänden für die Untersuchung der Preisbildungsvorgänge in Abteilungen für Agrarprodukte, für Industrieprodukte und im Detailhandel. In der Januarsitzung wurden jetzt bereits Arbeitspläne für die einzelnen Abteilungen entwickelt. Der Unterausschuß für die „Koloniale Besiedlung“ hatte erst einleitende Beschlüsse fassen können.

Aus diesem Stande der Arbeiten des Vereins heraus kam der Hauptausschuß zu dem Ergebnis, daß als Verhandlungsgegenstände für die bevorstehende Tagung die „Gemeindefinanzen“ und Referate von Herkner und Max Weber über das Thema der „Auslese und Anpassung der Arbeiter“ zu wählen seien, und faßte einen dementsprechenden Beschluß. Hierbei ist es von Belang, daß der Ausschuß annahm, daß sich an

die Referate über das letzte Thema eine Diskussion nicht anschließen würde.

Für den am 5. November 1910 verstorbenen jahrzehntelangen Schriftführer des Vereins und Verleger der Vereinsschriften, Dr. Carl Geibel, werden neben dem bisherigen zweiten Schriftführer Francke der Sohn des Verstorbenen, C. St. A. Geibel, und der Assistent Schmollers, Boese, der Verfasser dieser Zeilen, zu Schriftführern gewählt.

Die Nürnberger Generalversammlung fand am 9. und 10. Oktober 1911 im Festsale des Nürnberger Künstlerhauses statt. Schmoller unterzog in seiner Eröffnungsrede die gesamte Vereinstätigkeit einer Betrachtung und kam zu dem Ergebnis, daß sich in dieser eine Mischung offenbare von wissenschaftlicher Erforschung und von Vorarbeit für die praktische Politik. Er folgerte hieraus, daß bei aller Zurückhaltung von parteipolitischen Standpunkten Werturteile unvermeidlich seien. „Wenn wir unsere Debatten unglaublich langweilig und nichtssagend machen wollen, dann könnten wir nach dem Ziele greifen, alle Werturteile hier zu unterdrücken.“ Freilich müsse man sich immer darüber klar sein, wo solche Werturteile gefällt würden, um so objektiv wie möglich bleiben zu können. Schmoller schloß mit einem kurzen Nachruf auf Dr. Carl Geibel und das Wiener Mitglied Ritter v. Fürth.

War Brentano einst für Nürnberg als Tagungsort mit der Begründung eingetreten, daß die Verwaltung dieser Stadt dringend eines etwas stärkeren sozialpolitischen Antriebes bedürfe, so war die herzliche und achtungsvolle Begrüßung durch den Oberbürgermeister v. Schuh eine angenehme Überraschung. Die bayerische Regierung hatte den Ministerialrat Henle (München) zur Bewillkommnung entsandt, der im gleichen wohlwollenden Geiste sprach wie bei der Münchener Tagung von 1901 der Minister v. Feilitzsch.

Zum ersten Thema „Fragen der Gemeindebesteuerung“ erstattete an Stelle von Rathgen, des Herausgebers der einschlägigen Schriftenbände (126 und 127), Lotz einen Bericht. Nach einem kurzen Überblick über die ausländischen Verhältnisse unterschied er in Deutschland zwischen dem bayerischen und dem preußischen System, zwischen welchen beiden teilweise die übrigen deutschen Systeme die Mitte hielten. Allerdings war damals das bayerische System gerade in der Umbildung begriffen: mit dem Jahre 1912 sollte eine Neuordnung, die einige Schritte auf das preußische zu getan hatte, in Kraft treten. Es war und blieb im wesentlichen ein Ertragssteuersystem, während das preußische seit der Miquelschen Reform auf der deklarierten Einkommensteuer beruhte. Die Kommunalsteuern hatten eben immer ein bestimmtes Staatssteuersystem zur Voraussetzung. Lotz prüfte in Kürze das preußische System unter den all-

gemeinen finanzwissenschaftlichen Gesichtspunkten, dabei das Gewicht auf die finanzpolitischen Realitäten der Gemeinden legend. Ihm erschien das preußische System gegenüber dem bayerischen als großer Fortschritt, wenn er auch nicht verkannte, daß auch das preußische, namentlich bei den Gemeinden, teilweise zu unwillkommenen Folgen führte. Der Korreferent, Stadtrat Dr. Boldt (Dortmund), ging als Praktiker und vom preußischen Gesichtspunkt aus all die einzelnen Einnahmearten der Gemeinden durch und erwog ihre Vorteile und Nachteile, was viele neue Einblicke zutage brachte. In der sich unmittelbar anschließenden Debatte hatten vorwiegend die Praktiker, unter anderem der Fürther Oberbürgermeister Kutzer, das Wort, wobei darauf gesehen worden war, daß auch Vertreter der anderen größeren Länder des Reiches, Württemberg, Baden, Sachsen, eine Zustandsschilderung gaben. Doch auch der Syndikus des Verbandes der Terraininteressenten Deutschlands, Dr. O. Wöhler, trat auf, um über gefallene Äußerungen über die Wertzuwachssteuer Stellung zu nehmen. Von Wissenschaftlern äußerten sich außer Rathgen als Schriftenherausgeber noch v. Eheberg und Altmann, und mit besonderer Aufmerksamkeit wurde Prof. Ely (Wisconsin) angehört. Die vielerfahrene Sachkenntnis der Praktiker zwang die Referenten, sich in ihren Schlußworten mit vielen bedeutsamen Einzeleinwendungen auseinanderzusetzen. Die Verhandlung war sehr leidenschaftslos verlaufen.

Herkner als Referent des zweiten Verhandlungstages hatte sein Thema in vorsichtiger Zurückhaltung betitelt: „Probleme der Arbeiterpsychologie, unter besonderer Rücksichtnahme auf Methode und Ergebnisse der Vereinerhebungen.“ Was er bot, war eine besinnliche Betrachtung des Herausgebers der Ergebnisse von Untersuchungen, die vor Jahr und Tag unter dem Programm „Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiter in der Großindustrie“ mit großem Eifer begonnen worden waren. Bezüglich des Gegenstandes der Untersuchungen, nämlich einen etwas sichereren Einblick in die Zusammensetzung der Industriearbeiterschaft zu erwirken, sprach Herkner die Überzeugung aus, daß hier doch durch die gelieferten Arbeiten ein gewisser Fortschritt erreicht sei. Es habe sich zum Beispiel ergeben, daß bei näherer Betrachtung von einem einheitlichen „Proletariat“ — Herkner selbst wollte das Wort in seiner Rede immer in Anführungsstriche gesetzt wissen — nicht gut die Rede sein könne, und arbeitete selbst nachdrücklich die Gruppen der gelernten, der angelernten und der ungelernten Arbeiter heraus. Gegen die Methoden der Untersuchung könne eingewendet werden, daß die Fragebogenerhebung zu zahlenmäßig nur sehr geringen Beantwortungen geführt habe. Zu dieser sei aber die opferreiche Befragung und Beobachtung durch die Mitarbeiter an Ort und Stelle in ganz persönlichem Kontakt

getreten. Nachdem die Hauptmitarbeiterin an den dem Thema gewidmeten Vereinsschriften, Fräulein Dr. Marie Bernays, die Debatte mit der Hervorhebung weiterer Einzelheiten aus den Ergebnissen der Untersuchungen eröffnet hatte, begann Alfred Weber mit weitgehender Zustimmung zum Referat Herknens, lenkte aber ergänzend die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß eigentlich schon mit dem 40. Lebensjahre das Wirken des Industriearbeiters in seinem Berufe zu Ende sei. Dieser Tatsache entsprechend, sei eine Anpassung der Sozialversicherung zu erstreben. Die Ausführungen v. Wencksterns wurden vom Vorsitzenden, Frhrn. v. Berlepsch, zum Teil als nicht zum Thema gehörig empfunden und darum beanstandet. Es ging dabei um die Werturteile und um Pohles Angriff auf die wissenschaftlichen Sozialreformer, denen v. Wenckstern entgegentrat. Der Gewerkschaftsvertreter Hartmann (Berlin) unterstrich die kritischen Beurteilungen des Arbeiterschicksals von Herkner und Alfred Weber. Ähnlich auch Sinzheimer. Jaffé meinte, die Untersuchungen und das Referat hätten für die Kenner der Lebensverhältnisse der Arbeiter nichts Neues gebracht, welche Meinung Herkner im Schlußworte als eine ihn beruhigende aufnahm, weil darin eine Bestätigung der Richtigkeit der dargelegten Ergebnisse enthalten sei. Mit den bei den Untersuchungen angewendeten Methoden, namentlich den statistischen, setzte sich v. Bortkiewicz ausführlich auseinander, wofür er von Max Weber belobt, dann aber auch teilweise widerlegt wurde. Es war eine nicht sehr ausgedehnte, aber anregende Debatte, die noch heute lesenswert ist, weil sie nebenbei auch einen Einblick in die damals herrschenden Streitigkeiten innerhalb der nationalökonomischen Fachwissenschaft vermittelt. Die Teilnehmer waren durchweg von dem Verlauf der Tagung sehr befriedigt. Und dabei ahnte damals niemand, daß das für viele Jahre die letzte normale Tagung des Vereins sein sollte.

22. Die Vorbereitungen für eine Düsseldorfer Tagung. Die Werturteilsdiskussion

Die Ausschußsitzungen während der Nürnberger Tagung hatten wieder Berichte über den Stand der im Gange befindlichen Schriften gebracht und gezeigt, daß die „Preisuntersuchungen“ und die über koloniale Siedlung sowie über das „Volkssparwesen“ im Fortschreiten begriffen waren, die über „Gemeindebetriebe“ und „Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft“ vor dem endgültigen Abschluß standen. Eine vorläufige Erörterung des Ortes der nächsten Generalversammlung auf Grund von Einladungen der Städte Hannover und Danzig führt noch zu keinem Beschlusse. Für neue Schriften lag der schon 1910 eingebrachte Antrag

Wilbrandts auf Untersuchungen über das Konsumvereinswesen nunmehr mit Begründung vor, außerdem regte Thieß für eine etwaige Tagung in Danzig die innere Kolonisation als Thema an. Auf den Hinweis Schmollers, daß der Verein bereits überreichlich beschäftigt sei, unterblieb eine Beschlußfassung.

Aus den Wahlen ist von Wichtigkeit, daß auf Schmollers Wunsch, einen in Berlin ansässigen Nationalökonom zu seiner Unterstützung im Vorstand zu haben, nach Antrag Thiels neben v. Gierke und v. Philippovich auch Herkner zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde. Schmoller bereitete hiermit seine Nachfolge im Vorsitz vor.

Durch zahlreiche Neukooptationen wuchs der Ausschuß auf 99 Mitglieder, einschließlich der gewählten, an. Der Verein hatte nach Bericht des Schatzmeisters am 7. Oktober 1911 bereits 671 Mitglieder.

Es verging ein Jahr, bis der Ausschuß am 12. Oktober 1912 unter zahlreicher Beteiligung wieder zusammentrat. Schmoller eröffnete die Sitzung nur und gab dann ihre Leitung sogleich an Herkner weiter. Aus den Berichten über die „Preisuntersuchungen“ (Abt. A: agrarische Produkte — Sering, Abt. B: industrielle Produkte — Eulenburg, Abt. C: Kosten der Lebenshaltung — Conrad-Eulenburg) ging hervor, welchen Umfang diese Reihe bereits angenommen hatte und noch weiter annehmen würde. Der zuständige Unterausschuß hatte sogar noch die Einrichtung einer weiteren Abteilung für Untersuchungen über den Wert des Leihkapitals in den letzten 20 Jahren beschlossen, für deren Leitung Heiligenstadt von der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse gewonnen werden sollte. Von den „Untersuchungen über koloniale Besiedlung“ lagen inzwischen mehrere Teile im Druck vor, weitere Arbeiten stellte Sering für das folgende Jahr in Aussicht. Die Arbeiten über das „Volkssparwesen“ standen nach Schumachers Mitteilungen vor dem Abschluß.

Bei den Erörterungen über die kommende Generalversammlung im Jahre 1913 einigt man sich sehr schnell auf Düsseldorf als Tagungsort. Aber die Wahl der Verhandlungsgegenstände stößt auf Schwierigkeiten. Für das Thema des Volkssparwesens, das Schumacher für eine Debatte zu dem Thema „Kapitalbildung und Kapitalverwendung“ erweitert sehen will, war die erforderliche Vorbereitung von Schriften zwar gegeben (Bd. 136 und 137, I—III), und so wurde dieses Thema mit Schumacher als erstem Referenten ohne weiteres angenommen. Aber die Schriften zum Thema der „Preisbildung“ waren noch zu unvollständig. Daher wird auf Vorschlag Herknerns beschlossen, die Tagung erst im Frühjahr 1914 stattfinden zu lassen.

Für neue Schriften wurde nun endgültig der Antrag Wilbrandt auf Untersuchungen über das Konsumvereinswesen angenommen und unter dem Vorsitz von Thiel mit Stellvertretung durch Conrad ein Unterausschuß von elf Herren mit dem Recht der Kooptation niedergesetzt. Andere Anregungen werden zurückgestellt.

Bereits im November 1912 erging auf Anregung von bestimmter Seite ein Rundschreiben des Vorsitzenden an alle Vereinsmitglieder, daß eine Diskussion über die Werturteile in der Wissenschaft in einer erweiterten Ausschußsitzung in Aussicht nahm. Für die bessere Vorbereitung der Diskussion wurden darin zugleich vier Punkte benannt: 1. die Stellung des sittlichen Werturteils in der wissenschaftlichen Nationalökonomie, 2. das Verhältnis der Entwicklungstendenzen zu praktischen Wertungen, 3. die Bezeichnung wirtschafts- und sozialpolitischer Zielpunkte, 4. das Verhältnis der allgemeinen methodologischen Grundsätze zu den besonderen Aufgaben des akademischen Unterrichts. Die Ausschußmitglieder wurden aufgefordert, ihre Gedankengänge zu diesen Problemen in knapper, thesenartiger Form schriftlich bis spätestens zum 1. April 1913 einzureichen, damit sie gedruckt werden könnten. Darüber hinaus wollte der Vorstand versuchen, kleine Denkschriften über den gegenwärtigen Stand der vorliegenden Probleme in einigen nahe verwandten Wissenschaften von außenstehenden Fachmännern zu erhalten (Philosophie und Ethik, Geschichte, Rechtswissenschaft).

Aus dieser Aufforderung ist das 134 Druckseiten umfassende Heftchen hervorgegangen, worin unter anderen Eulenburg, Hartmann, Oldenberg, Oncken, Schumpeter, Spann, Spranger, Max Weber, v. Wiese und Wilbrandt zu Worte kamen. Das Heftchen ist nur in einer geringen Auflage „als Manuskript“ mit der Jahreszahl 1913 gedruckt und nur an die Ausschußmitglieder und zur Teilnahme an der Diskussion sich meldende Vereinsmitglieder verschickt worden, da es allein zur Vorbereitung der Diskussion dienen sollte. Weder in die Vereinsschriften ist der Text aufgenommen worden, noch ist es, auch später nicht, im Handel erschienen.

Sonst hat im Jahre 1913 nur noch eine Sitzung des Unterausschusses für Untersuchungen über Konsumgenossenschaften stattgefunden, der Hauptausschuß trat erst am 4. und 5. Januar 1914 in Berlin zusammen.

Die erste dieser beiden Sitzungen hatte den üblichen Inhalt, daß darin die geschäftlichen Vereinsangelegenheiten beraten wurden. Bezüglich der Generalversammlung wurde jetzt beschlossen, daß sie nicht im Frühjahr, sondern erst in der Zeit vom 26. bis 29. September 1914 abgehalten werden sollte, und zwar, wie schon früher festgelegt, in Düsseldorf. Die Vorbereitung am Orte übernahm v. Wiese. Zu Verhandlungsthemen

wurden, entsprechend der Vorbereitung durch einschlägige Schriftenbände, an erster Stelle das Thema „Kapitalbildung und Kapitalverwendung“ mit Schumacher als erstem Referenten gewählt, bei der Gewinnung eines Korreferenten sollte Schumacher selbst behilflich sein. Für das zweite Thema schlug Schmoller das der „Preisbildung“ vor, zu dem ja schon eine stattliche Reihe von Schriftenbänden erschienen war. Allerdings war ein Ende der Gesamtveröffentlichung noch nicht abzusehen, viele Arbeiten waren noch im Gange. Das machte auch die Herausgeber der einzelnen Abteilungen unsicher, als die nähere Festlegung der Gestaltung der Verhandlungen über dieses Thema zur Erörterung stand. Daher wurde schließlich Schmollers Vorschlag angenommen, daß die nötigen Entscheidungen im Laufe der nächsten Monate von den Herausgebern im Einverständnis mit dem Vorsitzenden getroffen werden sollten.

Der Ausschuß nahm dann die Berichte der Herausgeber der Schriften zum „Preisbildungsthema“ entgegen. Es zeigte sich, daß im Januar 1914 die Gesamtveröffentlichung in den Abteilungen A—C (agrарische Produktion, gewerbliche Produktion, Kosten der Lebenshaltung) noch einen Torso darstellte, der allerdings in der Zeit bis zur Tagung noch starke Ergänzungen erfahren würde. Die neu begründeten Abteilungen D und E waren mit ihren geplanten Arbeiten überhaupt noch im Stadium der bloßen Vorbereitung. Die Abteilung D war auf Wunsch Spiethoffs gebildet worden, um darin die Kosten der Lebenshaltung „auf Grund eigener Erhebungen des Vereins“ darzustellen. Das war zu einigem Unbehagen der Abteilung C geschehen, die, anfangs Conrad/Eulenburg unterstellt, dann von Conrad an Eulenburg allein überlassen worden war, und die ihre Arbeiten auf schon vorhandenem Material aufbauen wollte. Aber Spiethoff, damals in Prag, hatte hier wertvolles Material für die Jahre 1877 bis 1910 aufgefunden und beabsichtigte, neue Haushaltrechnungen ein Jahr lang unter Aufsicht von ausgesuchten Personen durchführen zu lassen, außerdem das Material von Anstalten, Konsumvereinen und Markthallenverwaltungen auszuwerten. Ebenfalls noch am Anfange standen die Arbeiten in der Abteilung E, die gleichfalls Spiethoff unterstand und in der „der Einfluß der Golderzeugung auf die Preisbildung 1889 bis 1912“ untersucht werden sollte. Es sei hier eingeschaltet, daß es zu Veröffentlichungen aus Abteilung D überhaupt nicht gekommen ist und daß in Abteilung E nur eine, allerdings sehr beträchtliche Arbeit von Gehlhoff, die ein Teilstück zu dem Thema darstellt, erst im Jahre 1928 als Band 149/I erschien. Bei beiden Abteilungen hatte der Krieg mit besonders rauher Hand in die Verwirklichung der Pläne hineingegriffen.

Für die Untersuchungen über die Konsumgenossenschaften konnte Wilbrandt aus der vor der Sitzung des Hauptausschusses am gleichen

Tage abgehaltenen Sitzung des Unterausschusses berichten, daß die geplanten Arbeiten größtenteils vergeben und einige bereits fertig seien.

Bei der Erörterung der Frage von neuen Schriften regt Eßlen das Thema der „Handelspolitik“, Oldenberg das der „Kapitalauswanderung“ an. Da jedoch Schmoller den Verein vorläufig mit den Preisuntersuchungen und den Arbeiten über die Ansiedlung von Europäern in den Tropen als reichlich beschäftigt bezeichnet, wird die Beschlußfassung vertagt.

Die Sitzung des folgenden Tages, des 5. Januars 1914, war der Werturteilsdiskussion gewidmet. Sie war sehr zahlreich von 52 Teilnehmern besucht. Das schon erwähnte vorbereitende Rundschreiben vom November 1912 hatte diese Diskussion bereits mit vorsichtigen Kautelen zu umgeben versucht. Jetzt wurde auf Schmollers Antrag vor Beginn der Diskussion auch noch beschlossen, die Verhandlungen nicht stenographisch aufzunehmen und sie somit in den Vereinsschriften auch nicht zu veröffentlichen. Auch die gedruckten vorbereitenden schriftlichen Beiträge sollten nicht in die Vereinsschriften kommen, aber selbstverständlich sollte jeder Verfasser berechtigt sein, seinen Beitrag anderweitig zu veröffentlichen. Schmoller wollte durch diese Beschlüsse der Verhandlung den ganz intimen Charakter wahren und vor allem verhindern, daß die zu erwartenden starken Meinungsverschiedenheiten von Außenstehenden gegen den Verein oder gegen die Wissenschaft ausgewertet werden könnten. Die oben mitgeteilten Kritiken an der Wiener Tagung wirkten sich hier aus.

Nicht allen Teilnehmern an der Sitzung waren diese Beschlüsse genehm, aber selbst Max Weber fand sich damit ab und hatte sogar noch das freundliche Wort für Schmoller, es hätte sich später noch immer gezeigt, daß Schmoller der Klügere gewesen sei.

Es konnte selbstverständlich auch wirklich nicht fehlen, daß die Meinungen scharf aufeinanderstießen. Die vorhandenen Notizen reichen nicht aus, um den Gang der Verhandlungen auch nur in einiger Vollständigkeit wiederzugeben. Doch so viel läßt sich noch feststellen, daß selbstverständlich Max Weber der Hauptrufer im Streite war und daß er den stärksten Widerspruch bei Grünberg fand, der mehrfach von neuem das Wort ergiff. Da auch sonst die widersprechenden oder wenigstens teilweise widersprechenden Meinungen sich mehrten und wesentlich nur Sombart volle Zustimmung äußerte, erhob sich Max Weber noch einmal zu einer wuchtigen Äußerung, die ziemlich unverblümt den Widersprechenden zu verstehen gab, sie verstünden nicht, worauf es ihm (Max Weber) ankomme, und verließ dann unwillig die Sitzung. Aus einer brieflichen Andeutung Herkners vom 12. Januar 1914 geht hervor, daß er damals

soeben eine „sehr gereizte Zuschrift“ erhalten hatte, „von der ich aber auf ausdrücklichen Wunsch des Briefschreibers Sr. Exzellenz keine Mitteilung machen darf“. Es spricht alles dafür, daß diese Zuschrift von Max Weber stammte. Sie ist leider nicht mehr vorhanden.

Von der älteren Generation griffen nur Thiel und Sering in die Diskussion ein, Schmoller selbst hielt sich völlig zurück. Daß von diesen Max Webers Standpunkt nicht geteilt oder auch nur auf ein berechtigt erscheinendes Maß zurückgeführt wurde, verstand sich von selbst. Aber auch bei der mittleren und jüngeren Generation fanden die Thesen Max Webers nur wenig Gegenliebe oder gar Ablehnung, so daß sich sagen läßt, die Diskussion verlief in einer ihre Anreger wenig befriedigenden Weise. —

Die Vorbereitung der Generalversammlung für 1914 erforderte einen außerordentlich ausgedehnten Briefwechsel. Schon die Referentenfrage machte Schwierigkeiten. Als Korreferenten zum Thema von „Kapitalbildung und Kapitalverwendung“ schlug Schumacher zuerst den Syndikus und Landtagsabgeordneten Hirsch (Essen), einen einstmaligen Schüler Schmollers, vor. Auf eine vorsichtige Anfrage Schmollers bei Brentano, erklärte dieser sich völlig ablehnend gegen Hirsch, der ihn kurz zuvor im Preußischen Landtag scharf angegriffen hatte. Daraufhin gewann Schumacher den Landesbankrat Reusch (Wiesbaden) zum Korreferenten. Diese beiden Referenten wurden auch in der zum Druck fertig gemachten Einladung genannt und der ganze erste Verhandlungstag wurde diesem Thema zugewiesen. Am zweiten Verhandlungstage sollte Spiethoff die Erörterung über das Thema der „Preisbildung“ mit einem Referate über „den Einfluß der Golderzeugung auf die Preisgestaltung von 1896—1913“ eröffnen und die Debatte sollte sogleich folgen und bis zur Mittagspause dauern. Nach dieser sollte Sering sein Referat über „die Preisbildung bei agrarischen Erzeugnissen“ halten und die Debatte bis 5 Uhr dauern. Die Verhandlungen des dritten Tages sollten das Referat von Eulenburg über „die Preisbildung bei gewerblichen Erzeugnissen und deren Änderungen in den letzten 20 Jahren“ bringen und dann ohne Mittagspause eine Debatte nur bis 3 Uhr folgen, weil um 4 Uhr noch eine Ausschußsitzung stattfinden sollte.

Die Einladung ist gesetzt, aber nicht mehr ausgedruckt worden, der Korrekturabzug trägt im Stempel der Druckerei das ominöse Datum des 3. August 1914. Schon unterm 8. August 1914 mußte der Vorsitzende an die Mitglieder die Mitteilung erlassen: „Der hereingebrochene Krieg veranlaßt uns, die bevorstehende Generalversammlung unseres Vereins in Düsseldorf abzusagen.“

VI. Die Kriegszeit

23. Die Erörterung über eine Zollannäherung zwischen den verbündeten Mächten

Der Krieg legte die Arbeiten des Vereins keineswegs völlig still, wenn sie auch durch die verschiedensten Umstände vielfach gestört und beengt wurden. Wünsche nach der Abhaltung einer Ausschußsitzung gingen bereits bald nach der Jahreswende 1914/15 beim Vorsitzenden ein. Da der Krieg das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn als Verbündete zum Kampfe Schulter an Schulter geführt hatte, war im Verein das Bedürfnis, in noch besserer Verbindung mit den österreichischen Mitgliedern zu arbeiten, besonders stark geworden. Es war aber wegen der militärischen und zivilen Vorschriften (Verkehr, Zensur usw.) schwierig und zeitraubend, über die Grenze hinweg die erforderliche Fühlung zu nehmen. Trotzdem wurde am Anfange des Februars 1915 bereits eine Sitzung des Ausschusses in Aussicht genommen und nach einem langen und immer wieder verzögerten Hin und Her auf den 24. März 1915 in Berlin im Preußischen Herrenhause festgesetzt.

Schmoller war durch eine leichte Erkältung an der Teilnahme verhindert und so leitete Herkner an seiner Stelle die Sitzung, die von 29 Mitgliedern besucht war.

Die Verhandlungen standen unter dem Eindruck der Tatsache, daß die ausgedehnten Veröffentlichungen über „Preisbildung“, die Finanzen des Vereins stark angegriffen hatten. Sie waren nach dem Berichte des Schatzmeisters und den Berechnungen des Schriftführers dem Verein bereits auf 44 000 Mark zu stehen gekommen. Daher schlossen denn auch die Berichte der zuvor von diesem Stande der Finanzen unterrichteten Herausgeber Sering und Eulenburg über die Abteilungen A—C der Preisbildungsuntersuchungen nach Vorführung der großen Reihen von bereits veröffentlichten Bänden mit der Mitteilung, daß über eine bestimmte Anzahl von bereits im Druck befindlichen oder nahe vor Abschluß im Manuskript stehenden Arbeiten hinaus keine weiteren mehr angenommen werden würden. In die Abteilungen D und E unter Spiethoff hatte der Krieg besonders störend eingegriffen: die beiden Hauptmitarbeiter waren kurz vor

Abschluß ihrer Arbeiten einberufen worden und der eine (Gehlhoff) sogar inzwischen verwundet in Kriegsgefangenschaft geraten. Bei den Untersuchungen über die „Ansiedlungsmöglichkeiten von Europäern in den Tropen“ und denen über „Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft“ gab es noch einige Nachzügler (Wagemann bzw. Watterroth und Syrup, Bd. 147/V bzw. Bd. 153). Die zu diesen Themen gehörigen Arbeiten kamen auch fast alle noch im Jahre 1915 heraus. Die Untersuchungen über „Konsumgenossenschaften“ gerieten nach dem Erscheinen des ersten Teiles (150/I, 1915) ins Stocken und sind erst nach dem Ende des Krieges weitergeführt worden. Ähnliches gilt für die Fortsetzung der Untersuchungen über „Kapitalbildung und Kapitalverwendung“ (Erweiterung der Arbeiten über das Sparkassenwesen). Zwar erschien die Arbeit von Motschmann über „das Depositengeschäft der Berliner Großbanken“ (Bd. 154/I) noch im Jahre 1915, die Arbeit von Schulte, „Die Hypothekenbanken“ (Bd. 154/II), kam dagegen als letzter Teil der ganzen Serie erst 1918 heraus.

Die Bedeutung der Sitzung liegt in den Beschlüssen über die Inangriffnahme neuer Vereinsschriften. Herkner empfahl, vertagte frühere Anträge und einen neuen Antrag Wilbrandt auf Untersuchung der Ziele und Methoden der Mittelstandspolitik zurückzustellen und dafür über zwei von vielen Seiten angeregte Themen Beschluß zu fassen: „Die Zollannäherung der verbündeten Mächte“ und „die Einflüsse des Kriegszustandes auf die Volkswirtschaft“. Für das erste Thema ergab sich allgemeine Zustimmung, bei dem zweiten waren die Meinungen geteilt, einer sehr eifrigen Befürwortung stand entschiedene Ablehnung wegen der Uferlosigkeit des Gebietes entgegen. Die Österreicher, unter Führung von Spiethoff (Prag), hatten für beide Themen einen ausgearbeiteten Arbeitsplan vorgelegt. Es fand sich daher zuletzt auch für das zweite Thema eine zustimmende Mehrheit. Herkner hatte empfohlen, diesmal von der Niedersetzung von Unterausschüssen abzusehen und den Vorstand zu ermächtigen, von sich aus die Arbeiten zu organisieren und herauszugeben, weil nur so die Innehaltung der gebotenen Sparsamkeit gesichert sei. Auch das fand Zustimmung, und die vorgeschlagene Ermächtigung wurde erteilt.

So entstand unter mehrfacher Beratung innerhalb des Vorstandes und unter ständiger brieflicher Föhlung mit den an den Themen besonders interessierten Ausschußmitgliedern der Schriftenband über die Zollannäherung unter der alleinigen Leitung Herkners (Bd. 155/I und II, 1916, zusammen 923 Druckseiten). Nur namhafte Verfasser, deutsche und österreichische, daneben ein ungarischer und rumänischer, unter den deutschen auch die Sozialdemokraten Winnig und Wissel, waren darin mit Beiträgen vertreten, eine Denkschrift der bulgarischen Regierung war

hinzugefügt. Bei der Aktualität des Themas waren die Beiträge mit sonst nicht gewohnter Pünktlichkeit eingegangen und Herkners Vorwort ist bereits vom 23. Oktober 1915 datiert. In diesem Vorwort betonte übrigens Herkner: „Das Werk bildet weder eine Propagandaschrift, noch eine Kundgebung des Vereins für Sozialpolitik. Die Herren Mitarbeiter vertreten ausschließlich ihren persönlichen Standpunkt.“ Der Band stieß in der Öffentlichkeit auf größtes Interesse und die Auflage war, obwohl über das übliche Ausmaß erhöht, in kurzer Zeit vergriffen.

Für die kriegswirtschaftlichen Schriften hatten außer dem österreichischen Plan auch Fuchs und Herkner ausführliche Arbeitspläne ausgearbeitet, und Herkner hatte 24 Herren zu einer Besprechung am 15. Mai 1915 im Klub der Landwirte eingeladen. In dieser Sitzung erklärten gleich eingangs Sering und Schumacher, die beide nebenamtlich in kriegswirtschaftlichen Organisationen tätig waren, daß solche Schriften während der Dauer des Krieges keinen Sinn hätten, weil außer wenigen Eingeweihten niemand hinter die Kulissen sehen und daher nicht wissen könne, aus welchen Gründen gewisse geforderte Maßregeln ausgeblieben oder so und nicht anders ausgefallen seien. Gegen diese Auffassung erhob sich zwar von einzelnen Teilnehmern energischer Widerspruch, aber eine Mehrheit trat für eine Vertagung jeglicher Beschlusfassung über diesen Punkt ein. Schmoller empfahl eine Besprechung zwischen Herkner und zwei bis drei Herren für jede Abteilung, die Herkners Arbeitsplan vorgesehen hatte. Dieser Vorschlag wurde angenommen und die nötigen Wahlen wurden vollzogen.

Auf vielfachen Wunsch aus dem Kreise des Ausschusses hat das Thema der Zollannäherung dann noch zu einer Aussprache geführt, die bei der Unmöglichkeit, eine Generalversammlung abzuhalten, auf den Ausschluß beschränkt blieb und formell als einer der Gegenstände der Tagesordnung der Ausschusssitzung vom 6. April 1916 behandelt wurde. Doch ist diese Aussprache stenographisch aufgenommen und auf dieser Grundlage in einem III. Teile des Bandes 155 der Schriften veröffentlicht worden. Die Verwickeltheit des Problems trat bei der mündlichen Gegenüberstellung der Meinungen vielleicht noch deutlicher hervor als in dem vorangegangenen Schriftenbände. Die Enthusiasten und die Skeptiker hielten sich ungefähr die Waage. Schmoller, der wegen leichter Unpäßlichkeit nur einem Teile der Aussprache beiwohnte, schrieb dem Heftchen aber eine Vorrede, die das ganze Problem in einen weiten geschichtlichen Rahmen rückte und damit schließlich doch die bejahende Auffassung der wirtschaftlichen Annäherung verstärkte. All diese sorgfältigen Erwägungen der ganzen Veröffentlichung gingen dann im Strudel des Zusammenbruchs unter.

Die vorstehend besprochene Ausschußsitzung vom 6. April 1916 hatte sich außer mit der Diskussion über die Zollannäherung selbstverständlich auch mit den sonstigen üblichen Vereinsgeschäften zu beschäftigen. Unter diesen war wichtig, daß der Ausschuß die Wahl von Exz. v. d. Leyen zum Schatzmeister bestätigte, der im Auftrage des Vorsitzenden bereits seit mehreren Monaten die Geschäfte des Schatzmeisters führte. Der Kürze wegen erstattete der Schriftführer auf Grund genauer Erkundigungen bei den Herausgebern die Berichte über die noch im Gange befindlichen Untersuchungen. Es war dabei im wesentlichen nur festzustellen, daß sich gegenüber dem in der Ausschußsitzung des Vorjahres vorgeführten Stande so gut wie nichts verändert hatte.

Bei der Frage der Inangriffnahme neuer Vereinsschriften zeigte sich anderseits, daß die Warnung Serings und Schumachers vor einer Einleitung kriegswirtschaftlicher Untersuchungen wirksam geblieben war, denn Herkner selbst empfahl jetzt eine Vertagung von Beschlüssen hierüber im Hinblick auf vermutlich bevorstehende amtliche Veröffentlichungen. Anderseits hatte der Erfolg des Schriftenbandes über die Zollannäherung gelehrt, daß es auch während des Krieges möglich war, die Vereinstätigkeit eindrucksvoll fortzusetzen. Herkner meinte, daß bei den sozialpolitischen Themen, die zur Kriegswirtschaft gehörten, ein Abwarten nicht nötig sei, da hier keine amtlichen Veröffentlichungen zu erwarten wären. Er entwickelte vier Einzelthemen, die einer Bearbeitung würdig erschienen: 1. die bereits im Kriege geschaffenen sozialpolitischen Neuerungen; 2. in der Ernährungspolitik die Steigerung der Produktion, die Sicherung der Einfuhr und die Verbesserung der Verteilung; 3. die Zukunft der Mittelstandspolitik, da die zu erwartende Vermehrung der Finanzlast voraussichtlich zu einer Steigerung der Produktivität des Großbetriebs und dadurch zu einer weiteren Bedrängung des Mittelstandes führen werde; 4. die etwaige Gefährdung der Sozialpolitik durch die vermehrte Steuerlast. Ein Teil des Ausschusses verzichtete ungern auf eine Bearbeitung der allgemeinen kriegswirtschaftlichen Untersuchungen, aber der Ausschuß als Ganzes erklärte sich dann doch für die Annahme des vorgeschlagenen engeren Kreises der sozialpolitischen Themen und ermächtigte den Vorstand, aus Rücksicht auf die nötige Sparsamkeit von sich aus die Herausgabe solcher Schriften zu leiten. Die hiermit wiederum vorgenommene Ausschaltung von besonderen Herausgebern und Unterausschüssen zeitigte einen Zustand, wie er in den ersten Jahren des Vereins unter Nasse und Held der gültige gewesen war. Eine Reihe der Mitarbeiter am Bande über die Zollannäherung wurde in den Ausschuß kooptiert, darunter Winnig und Wissel, aber auch Wagemann auf Grund seines Schriftenbeitrags über *Espirito Santo* (Bd. 147/V).

24. Die Erörterung über die Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft

Im Laufe des Sommers 1916 gelangte Herkner zu der Überzeugung, daß die Finanzfragen, die in den in Aussicht genommenen sozialpolitischen Themen nur ein Nebenbei gebildet hatten, das gebotene Thema für neue Schriften wären, und fand dazu die Zustimmung Schmollers. Daher rief er am 14. Oktober 1916 20 Herren zu einer Besprechung im Staatswissenschaftlichen Seminar der Berliner Universität zusammen, von denen er annahm, daß sie an finanzpolitischen Themen besonders interessiert seien. Von den eingeladenen 20 Herren waren 16 erschienen. Das Protokoll dieser Sitzung wurde absichtlich nicht gedruckt, weil es sich nur um eine Besprechung mit dem Ziele der Unterrichtung des Herausgebers, nicht um eine formelle Unterausschußsitzung handelte, befindet sich aber wohlausgearbeitet bei den Akten.

Herkner benannte einleitend als die wichtigsten zu behandelnden Punkte: 1. Die Abbürdung der Kriegsschuld durch eine einmalige große Vermögensabgabe; 2. die Erhöhung der direkten Steuern (Einkommen-, Vermögens-, Erbschaftssteuer); 3. Erhöhung der Verbrauchssteuern; 4. Monopole (Kraftwerke, Systematische Kohlenvergasung, Einfuhrmonopole); 5. Einkommenssteigerung bei den Verkehrsanstalten; 6. Verteilung der Steuern zwischen den Gebietskörperschaften; 7. Ersparnisse in der Verwaltung. Gleich bei der allgemeinen Erörterung über die Opportunität eines solchen Finanzbandes waren die Meinungen geteilt und nur mit dem Argument des Vorsitzenden, der Pessimismus in der öffentlichen Meinung, der vielfach dahin gehe, daß die Kriegsschulden niemals würden bezahlt werden können, müsse bekämpft werden, stellte er die überwiegende Neigung, dem Thema näherzutreten, wieder her. Bei der Erörterung der einzelnen programmatischen Vorschläge entfesselte selbstverständlich gleich der erste, die Frage einer einmaligen großen Vermögensabgabe, eine lebhafte Diskussion. Alfred Weber, damals kriegsmäßig im Reichsschatzamt tätig, wandte sich leidenschaftlich gegen die Behandlung dieses Vorschlags in den Vereinsschriften, weil sie den Erfolg weiterer Kriegsanleihen gefährde, und findet bei anderen Teilnehmern der Konferenz Zustimmung. Doch der Vorsitzende bemerkt, daß nach seiner bereits eingeholten Unterrichtung ein pro et contra gegenüber der einmaligen Vermögensabgabe zu erwarten sei, so daß schon deshalb die Erörterung keinen Schaden anrichten könne. Bei der Erörterung der Erhöhung der direkten Steuern wirft der bundesstaatliche Charakter des Reiches bereits seine Schatten hinein, weil hier über die Abgrenzung der Steuer-gewalten zugleich entschieden werden mußte. Nur die Erbschaftssteuer

findet als Quelle allgemeine Anerkennung. Unerörtert blieben die Erhöhung der Verbrauchsabgaben und die etwaigen Monopole, wogegen die Frage der Ersparnisse in der Verwaltung wieder einen heftigen Meinungskampf hervorrief. Er erhellt, daß bereits die Reichsfinanzreform von 1918, soweit es nicht schon die von 1916 und 1917 getan hatten, fast alle die in dieser Sitzung erörterten Probleme und sogar das der großen einmaligen Vermögensabgabe irgendwie oder in irgendwelchem Ausmaße der Verwirklichung zugeführt hatte, weil ja schließlich andere Wege nicht offenstanden.

Da die Konferenz damit einverstanden gewesen war, daß wieder der Vorstand die Durchführung des finanzpolitischen Themas in die Hand nahm, ging Herkner nunmehr sogleich an den Aufbau des Schriftenbandes über die „Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft“, der zweiten und letzten Veröffentlichung des Vereins während der Kriegszeit. Die Arbeit an dem Schriftenbande 156, der in zwei Teilen herauskam, füllte das ganze auch für den Verein so verhängnisvolle Jahr 1917; er trägt die Jahreszahl 1918, doch war der I. Teil bereits Ende 1917 herausgekommen, und Herknors Vorrede trägt auch das Datum des 19. Septembers 1917, der II. Teil kam freilich infolge ungewöhnlicher Verzögerungen bei der Erledigung der Korrekturen durch die Verfasser erst wenige Tage vor der Ausschußsitzung vom 16. und 17. April 1918 in die Hände der Ausschußmitglieder. Das führte dazu, daß zwar der I. Teil im Handel rasch vergriffen war, während beim Erscheinen des II. Teiles das öffentliche Interesse an dem Thema sich infolge der Veröffentlichung der Steuervorlagen vom März im Reichstage bereits stark vermindert hatte.

Als III. Teil des Bandes 156 kam die Diskussion über die Finanzreform im erweiterten Ausschusse am 17. April hinzu. Sie wurde von Gelehrten (Lotz, Diehl, Liefmann, Eßlen, Pierstorff, Gerlach [Königsberg], v. Zwiedineck, v. Bortkiewicz, Eulenburg), von Praktikern aus der Finanzverwaltung (O. Schwarz, G. Strutz, Most) und aus dem Bankwesen (Somary, Homburger, v. Landesberger) bestritten und brachte gegenüber den gedruckten Beiträgen nur wenige neue Gedanken. Das Hauptinteresse fand auch hier wieder die Frage einer einmaligen großen Vermögensabgabe, die namentlich von den Bankiers stark befürwortet wurde.

Die Sitzung des vorhergehenden Tages brachte zuerst das Gedenken Herknors für die Toten des letzten Vereinsjahres. Der Tod hatte unter der älteren Generation des Vereins schmerzliche Ernte gehalten: Adolph Wagner, Thiel, v. Philippovich und vor allem Gustav Schmoller lebten nicht mehr.

Für den stellvertretenden Vorsitzenden v. Philippovich und für v. Gierke, der um Entbindung von seinem Amte als stellvertretender Vor-

sitzender gebeten hatte, mußten Ersatzwahlen vorgenommen werden, die auf Hainisch (Wien) und Max Weber fielen.

Die Vereinsfinanzen hatten sich unter dem eifrigen neuen Schatzmeister erholt, obwohl in den alten Serien der Vereinsschriften der Band 146/I (Lebenskosten in der Schweiz), Band 154/II (Hypothekenbanken), Band 151/II (Einkaufsvereinigungen auf dem Lande) hinzugekommen waren. Bei der Beratung neuer Vereinsschriften wurde für die kriegswirtschaftlichen Schriften weiteres Abwarten beschlossen. Aus einer Reihe von anderen Vorschlägen wurden als geeignet ausgewählt: 1. Die Wirkung des Krieges auf die sozialen Zustände der Bevölkerung in Deutschland; 2. Die Hauptfragen der Ernährungspolitik; 3. Die sozialen Bewegungen in den Ostgebieten, in Belgien und auf dem Balkan; 4. Die Fortsetzung der Finanzschriften. Für diese Themen wurden zur Vorbereitung teilweise kopfreiche Unterausschüsse niedergesetzt, die aber nur durch den Vorsitzenden zusammenberufen werden sollten.

VII. Die Epoche von 1919 bis 1932

25. Die Regensburger Tagung von 1919

Der Verein stand nach dem Sturz der bisherigen Regierungsform in Reich und Einzelstaaten, dem militärischen Zusammenbruch vom November 1918, nach der sich aufrichtenden Fremdherrschaft über Deutschland und der tiefen Erschütterung der inneren Verhältnisse des Reiches vor einer völlig veränderten Lage für eine etwaige Fortsetzung seiner Tätigkeit. Wie der Verein sich einstellen, was er unternehmen sollte und könnte, war lange unklar. Der Zusammentritt der Nationalversammlung in Weimar am 6. Februar 1919 schuf dann wenigstens eine gewisse Klärung und weckte die Hoffnung auf die Rückkehr einigermaßen geordneter Verhältnisse.

Herkner nahm das sogleich wahr und entschloß sich zur Einberufung einer Ausschußsitzung für den 25. April 1919. Noch bevor die schon fertig gedruckten Einladungen hinausgingen, traten aber neue Wirren ein, und die Versendung der Einladungen mußte mit handschriftlicher Korrektur des Datums der Sitzung auf den 15. Juni bis in den Mai verzögert werden.

Es erschienen dann im Staatswissenschaftlichen Seminar der Universität Berlin nur 13 Herren: darunter 9 in Berlin wohnhafte, es fehlten entschuldigt 38, unentschuldigt 48. Die trostlosen damaligen Verkehrsverhältnisse spiegelten sich darin wieder. Die Beratung vollzog sich in der üblichen Reihenfolge der Geschäfte. Von den Finanzen des Vereins berichtete der Schatzmeister, daß sie sich wieder erholt hätten, doch seien — ein Zeichen der beginnenden Inflation — die Kosten der Schriftenbände neuerdings erheblich gestiegen. Bei dem Bericht über noch im Gange befindliche Schriften drängte der Ausschuß nach Möglichkeit auf baldigen Abschluß. So besonders bei den Untersuchungen über „Preisbildung“. Diejenigen über „Kapitalbildung und Kapitalverwendung“ hatten von selbst ihren Abschluß erreicht. Dagegen gingen die Untersuchungen über „Konsumgenossenschaften“ weiter, an die Stelle des verstorbenen Thiel trat Fuchs als Herausgeber, während Wilbrandt, der

der eigentlich Tätige bei diesem Thema war, als Mitherausgeber verblieb und weiter die Veröffentlichung vorwärts brachte. Herkner berichtete, daß er zum Thema der „Kriegsfinanzen“ noch einen mäßigen Band herauszubringen gedächte. Aus den im Vorjahre beschlossenen neuen Schriften war nichts geworden. Weder zum Thema der „Wirkungen des Krieges auf die sozialen Zustände der Bevölkerung in Deutschland“, noch zu dem der „Hauptfragen der Ernährungspolitik“, auch nicht zu dem der „Sozialen Bewegungen in den Ostgebieten, in Belgien und auf dem Balkan“ war es möglich gewesen, Arbeiten zusammenzubringen. Der Ausgang des Krieges hatte hier alle Möglichkeiten verschüttet. Diesem Schicksal waren auch die Arbeiten über „Übergangswirtschaft“ verfallen, die Somary im Einverständnis mit dem Vorsitzenden im Sommer 1918 einzuleiten übernommen hatte. Dagegen hatte der Kriegsausgang die Frage des Anschlusses von Deutsch-Österreich an das Reich in den Vordergrund gebracht, und Herkner hatte Hainisch veranlaßt, über „Die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutsch-Österreichs“, die für den Anschluß von grundlegender Wichtigkeit waren, Arbeiten in Österreich zusammenzubringen. Das war auch gelungen, und der kleine Band 158 der Schriften war daraus entstanden und noch im Jahre 1919 erschienen. Ein weiterer Band zu diesem Thema (162) kam erst 1921 heraus. Auf reichsdeutscher Seite hatten sich Mitarbeiter für dieses Thema nicht gewinnen lassen.

Der wichtigste Punkt der Beratung war selbstverständlich die Frage, ob es möglich und angezeigt sei, im Herbst eine Tagung des Vereins abzuhalten. Es gab ja Hindernisse genug. Zwar das Verbot der Kriegszeit für solche Versammlungen war weggefallen, aber die Verkehrsverhältnisse waren entmutigend, die neue Semestereinteilung an den Universitäten ließ den Dozenten kaum Ferien und stimmte noch dazu in den verschiedenen Einzelstaaten nicht überein, die politischen Verhältnisse überhaupt waren noch sehr unsicher. Trotzdem entschied sich der Ausschuß zu einem Versuche, wählte unter Ablehnung anderer aktueller Stoffe zu Themen die „Frage des Anschlusses von Deutsch-Österreich“ und das „Sozialisierungsproblem“. Des Anschlußthemas wegen erschien dem Ausschusse als Tagungsort Regensburg oder Passau angezeigt, und mit der Vorbereitung wurde der Vorstand beauftragt.

Von den Anträgen für Inangriffnahme neuer Schriften fand nur der von Rathgen Annahme: „Die Reform des staatswissenschaftlichen Unterrichts“, für den ein Vorbereitungsausschuß, bestehend aus Jastrow, Eulenburg, A. Günther, v. Bortkiewicz, Francke, Albrecht und Schmöle niedergesetzt wurde. Jastrow sollte einen Arbeitsplan ausarbeiten.

Dem Vorsitzenden und dem Schatzmeister erschien es notwendig, die Möglichkeiten für eine Tagung in den vorgeschlagenen Städten an Ort und Stelle zu erforschen, und so wurde der Schriftführer mit einer Reise nach Regensburg und Passau beauftragt, nachdem von Brentano die nötigen Empfehlungen eingeholt worden waren. Diese Nachforschungen ergaben, daß das schön gelegene Passau sich wegen der Raum- und Hotelverhältnisse doch weniger für eine Tagung eignete als Regensburg. Hier zeigte sich die Stadtverwaltung und die Handelskammer sehr bereit, die Tagung vorzubereiten und zu fördern. Der Oberbürgermeister stellte den berühmten alten Reichssaal, in dem der alte Reichstag jahrhundertlang sich versammelt hatte, zur Verfügung, und die Handelskammer bildete den vorbereitenden Ortsausschuß, wobei unter dem stellvertretenden Vorsitzenden Kommerzienrat Weidinger die Syndizi der Kammer, Clarus und Bingold, die Hauptarbeit zu leisten hatten.

Die Verhandlungen der ersten Nachkriegstagung fanden denn auch am 15. und 16. September 1919 in Regensburg im alten Reichssaal statt und verliefen äußerlich überhaupt in dem vorgesehenen Rahmen. Die Erörterungen über das erste Thema „Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Deutsch-Österreich“ erhielten ihre bestimmte Richtung gleich durch das erste Referat, das der Ministerialdirektor a. D. Lusensky (Berlin) erstattete. Dieser ging von den Versuchen aus, die vor dem Kriege und noch während des Krieges gemacht worden waren, um eine engere wirtschaftliche Verbindung zwischen dem Reiche und Österreich-Ungarn herzustellen. Der treibende Gedanke wäre damals ein weltwirtschaftlicher gewesen, indem man den schon entstandenen großen Imperien Großbritannien, Rußland und den Vereinigten Staaten durch die irgendwie gestaltete wirtschaftliche Zusammenfügung des Reiches mit der gesamten Donaumonarchie ein beträchtliches binneneuropäisches Wirtschaftsgebiet zur Seite stellen wollte. Mit diesem weltwirtschaftlichen Ziele sei es nun vorbei, das Ziel sei zu dem viel bescheideneren des Anschlusses von Deutsch-Österreich an das Reich zusammengeschumpft. Dieses Ziel sei wesentlich ein nationalpolitisches und die wirtschaftlichen Verhältnisse ständen dabei erst in zweiter Reihe. Nachdem Lusensky kurz die Widerstände innerhalb des Reiches bei den früheren Bestrebungen zu einer wirtschaftlichen Zusammenlegung von Reich und Donaumonarchie beleuchtet und darauf hingewiesen hatte, daß diese dem jetzt in Frage stehenden Anschluß gegenüber fast völlig weggefallen wären, erörterte er die internationale Rechtslage für den Anschluß, die er als sehr ungünstig charakterisieren mußte. Deshalb schien ihm für den politischen Anschluß vorläufig ein Abwarten als das einzig Mögliche. Doch hielt er es immerhin für denkbar, daß man einer späteren

vollen Vereinigung der Gebiete durch geeignete zweiseitige Wirtschafts- und sonstige Verträge vorarbeiten könnte. Das Korreferat Dr. Gustav Stolpers schilderte demgegenüber die völlig haltlose Lage Deutsch-Österreichs in wirtschaftlicher und jeder andern Beziehung beim Unterbleiben des Anschlusses. Das war auf bester Kenntnis namentlich der wirtschaftlichen Grundlagen bis in die lehrreichsten Einzelheiten hinein aufgebaut. Es wurde ein trostloses Bild entrollt, das leider in den folgenden 20 Jahren sich als richtig bewahrheitete. Deutsch-Österreich erschien in der Anschlußfrage als verzweifelter Bittsteller. Und der Referent gab zu, daß dieser Bittsteller wirtschaftlich und finanziell ganz überwiegend vorläufig dem Reiche nur Lasten bringen könne. Die Vorteile lägen fast ganz in Imponderabilien und würden wohl nur ganz allmählich für das Reich sich nützlich auswirken. Aber der Anschluß wäre eben für Deutsch-Österreich unerläßlich und es wäre schon der größte Gewinn, wenn, namentlich in der feindlichen Welt draußen, allgemein die Überzeugung sich kundtäte, daß der Anschluß im Reiche und in Deutsch-Österreich einstimmig gewollt würde. An der Diskussion waren selbstverständlich die Österreicher stark beteiligt: Spann, Hainisch, v. Wittek, Amonn, v. Mises ergänzten Stolpers Bericht vielfach, schwächten auch wohl den Eindruck von der Armut der Braut ein wenig ab, ließen ein ermutigendes Licht auf ihre Vorzüge fallen. Von den reichsdeutschen Debatterednern wurden die empfehlenden Momente noch unterstrichen. Altmann (Mannheim) erhoffte von der österreichischen Sozialdemokratie einen günstigen Einfluß auf deren reichsdeutsche Führung, Fuchs sah als Vorzug den Zuwachs an einer kernigen Bauernbevölkerung für das Reich, höchstens Bräuer (Dresden) äußerte Zweifel, ob wirklich mit solcher Einmütigkeit in Deutsch-Österreich der Anschluß gewünscht werde. Während Lusensky im Schlußwort klarstellte, daß die vom Korreferenten ausgesprochenen Beanstandungen einzelner Punkte nicht gerechtfertigt seien, und noch einmal auf die internationale Rechtslage einging, setzte sich Stolper mit den Einwendungen Bräuers auseinander und suchte sie aus voller Kenntnis der Dinge heraus zu entkräften. In der Sache ließ er Deutsch-Österreich auf Gnade und Ungnade dem Anschlusse an das Reich sich ergeben. Rathgen als Vorsitzender meinte, das Thema der eigentlich wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten sei in den Verhandlungen etwas zu kurz gekommen, aber die Einmütigkeit hinsichtlich des Wunsches nach Vollziehung des Anschlusses, die mit elementarer Wucht hervorgetreten sei, habe einen ergreifenden Ausdruck gefunden, der über alles hinweghelfe.

Für das Thema der „Sozialisierung“ glaubte Herkner am besten zu Referenten Herren auszuwählen, die in der von den damaligen Volks-

beauftragten niedergesetzten ersten Sozialisierungskommission tätig gewesen waren, zumal die Verhandlungen dieses Gremiums damals noch nicht veröffentlicht worden waren. Die Sachlage war in großen Zügen damals so, daß die Novembervorgänge von 1918 von bestimmten Kreisen, namentlich von den Führungen der Sozialdemokratie, der sogenannten Unabhängigen und der Kommunisten, aber auch der Gewerkschaften für eine sozialistische Revolution gehalten wurden, so daß nach ihrem Gelingen die Durchführung eines sozialistischen Programms bestimmt erwartet werden durfte. Es hatte sich indessen gezeigt, daß, abgesehen von der Bereitschaft zu Gewaltakten besitzentziehender Art bei den Kommunisten, ein irgendwie durchgedachtes sozialistisches Programm praktischer Art nicht vorhanden und auch keineswegs so schnell zu beschaffen war. Vorläufig war eben nur eine politische Revolution gelungen, das heißt an Stelle der bisherigen Machthaber im Staate waren andere getreten, nachdem die alten nicht so sehr durch Gewalt als eher durch Einschüchterung beseitigt worden waren. Die Schaffung der Sozialisierungskommission war daher in der Hauptsache ein Ausdruck der Verlegenheit, nebenbei wohl auch ein Beschwichtigungsmittel der gemäßigten für die radikaleren Parteiführungen.

Diese Sachlage spiegelte sich in den Referaten zum zweiten Thema der Verhandlungen wider. Der Begriff der Sozialisierung war nach Inhalt und Umfang noch keineswegs klar. Lederer versuchte eine Klärung zu schaffen, indem er die damals in Rußland geübten, teils mit Staunen, teils mit Entsetzen betrachteten Sozialisierungsmethoden als bloßen Konsumentenkommunismus abtat (bei den Bauern als bloße Umwandlung der Produktionsbetriebe in Produktivgenossenschaften) und ihr die Umwandlung der ganzen auf die Marktwirtschaft abgestellten Wirtschaftsweise in eine sozialistische gegenüberstellte. Dies war sozusagen die Generalidee des Feldzugsplans, über dessen Durchführung er sich aber auch nicht mit Bestimmtheit zu äußern vermochte. Deshalb beschäftigte er sich zunächst mit Einzelmaßnahmen, von denen er aber annahm, daß sie nicht nur Teilwirkungen hervorrufen würden. Hier nannte er an erster Stelle die Betriebsräte, von denen er die Übernahme der ganzen Betriebsleitung erwartete. Der Terminus der „Wirtschaftsdemokratie“ taucht hier auf. Die Wirkung einer solchen Wirtschaftsorganisation auf die bisherige Ausgestaltung der Gewerkschaften erkannte er klar, war aber der Meinung, daß die Gewerkschaften sich dieser Veränderung der Lage würden anpassen können. Als zweite große Sozialisierungsmaßnahme sah er die Verbindung der ja schon für die Abbürdung der Kriegsschuld viel erörterten Vermögensabgabe mit der Sozialisierung an. Falls eine solche Vermögensabgabe in natura erhoben würde, käme zunächst der Staat leicht



HEINRICH HERKNER

etwa 1928

in den Besitz von großen Produktionsstätten, und es war dann nur noch zu vermeiden, daß es nachher bei einer bloßen Verstaatlichung blieb, die ja noch keine Sozialisierung bedeutete, sondern höchstens einen Staatskapitalismus. Über die Maßnahmen der Demokratisierung der Wirtschaft durch leitende Betriebsräte und der Vermögensabgabe kam der Referent nur noch mit dem allgemeinen Gedanken von der Notwendigkeit einer umfassenden Wirtschaftsplanung hinaus. Die neue Wirtschaftsform müsse eine planmäßige Struktur zeigen. Aber irgendwo müsse man zunächst beginnen und hier nannte er, sich von seiner Herkunft aus Österreich leiten lassend, für Deutsch-Österreich die Kohle, das Eisen und die Forsten. Doch gab er zu, daß mit der Sozialisierung dieser Produktionszweige noch keine Beseitigung des kapitalistischen Systems erreicht sei. Es würde weiter bestehen und erst allmählich und schrittweise ersetzt werden können. So gut der Referent in marxistischer Denkweise zu Hause war und sie mit einigen bewußten Abweichungen für seine Darlegung verwendete, so entstand doch eben ein Referat, das nicht gerade von großer Entschluß- und Überzeugungskraft getragen war. Vielleicht verschaffte eben dieser Umstand ihm den Beifall. Der Korreferent Vogelstein, der in der Sozialisierungskommission eine vielleicht noch größere Rolle gespielt hatte als Lederer, verhielt sich zu seinem Thema eher noch skeptischer, und durchgängiger als gewöhnlich, obwohl das zumeist für den Korreferenten das Gegebene ist, polemisierte er gegen seinen Vordrner. Selbstverständlich lag aber auch bei ihm auf dem Grunde seiner Ausführungen die Überzeugung, daß jedenfalls irgendwie „sozialisiert“ werden müsse. Nur war bei ihm die Bewußtheit stärker, daß alle anzuwendenden Maßnahmen keinesfalls plötzlich das gegebene Wirtschaftssystem zum Stillstand bringen dürften, das, genug geschädigt durch den Krieg, im Interesse des Volksganzen sogar noch eines Auftriebs dringend bedurfte. Aus diesen Beweggründen mühte sich der Korreferent zunächst um eine Definition des Begriffs Sozialisierung, die allerdings zu schwerfällig ausfiel, um allseitig zur Verwendung in der Diskussion Annahme zu finden¹. Es ist auch die Frage, inwieweit der Aufsteller der Definition in seinen weiteren Darlegungen an ihr festgehalten hat. Jedenfalls rückte er die Bedeutung der Marktverhältnisse und die Erhaltung des wirtschaftlichen Geistes für das Ausmaß aller Sozialisierung in den Vordergrund und wies auf die Gefährlichkeit der allgemeinen Annahme der Befürworter hin, daß man Idealmenschen an die Spitze einer neuen Gesamtorganisation stellen könne. Hier skizzierte er sogar eine skeptische Bemerkung Schmollers im Kolleg vor langen Jahren, die den Führungs-

¹ Schriften, Bd. 159, S. 123.

Charakter von großen Außenseitern gegenüber der sonst von ihm so hoch geschätzten preußischen Verwaltung hervorgehoben hatte. Vogelstein bekämpfte Thesen von Schumpeter und Rathenau und konnte sich mit der Rolle, die der Vorredner den Betriebsräten zugewiesen hatte, durchaus nicht befreunden. Erst recht setzte er große Fragezeichen zu den planwirtschaftlichen Ideen Wissels, der damals Reichswirtschaftsminister war. Diese erschienen ihm in einem Augenblicke, der durch „Schwanken zwischen Lethargie und Arbeitsunlust auf der einen Seite, von Schiebertum und Mangel an Solidarität auf der anderen“ gekennzeichnet war, besonders übel angebracht. Zuletzt schloß er mit dem Ausdruck der Überzeugung, daß jede Sozialisierung nur dann als ein Erfolg anzusehen sei, wenn mit ihr eine Produktionssteigerung Hand in Hand gehe, was sicher nur von ruhigen Zeiten und geordneten Verhältnissen zu erwarten sei.

Die Debatte behielt dem Thema gemäß den weitgehend theoretischen Charakter bei, wie ihn die Referate getragen hatten, ganz gleich, ob Wissenschaftler wie v. Wiese, Otto Conrad (Wien), Stephinger (Tübingen), v. Gottl-Ottlilienfeld (München), Wilbrandt (Tübingen), Amonn (Prag), Stolper (Wien), Fuchs (Tübingen), von Mammen (Brandstein), Lotz (München), oder ob Politiker wie Braun (Nürnberg), Potthoff (München) als Referent im bayrischen Ministerium für soziale Fürsorge, Umbreit vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Kaufmann vom Bund der technischen Angestellten, Hainisch (Wien), v. Altrock vom Preußischen Landesökonomiekollegium zu Worte kamen. Das Thema zwang dazu. So blieben auch die Schlußworte auf derselben Linie, wenn sie auf die Einwürfe aus der Diskussion antworteten. Möglich, daß die ganze Verhandlung anders verlaufen wäre, wenn als Referenten Eulenburg und v. Wiese aufgetreten wären, deren schriftliche Referate im Anhang des Verhandlungsbandes (159) abgedruckt sind. Die Verhandlung hatte zwar die Gefühle einer Befreiung durch Aussprache bei den Beteiligten gebracht, aber immerhin auch das Gefühl von Unsicherheit zurückgelassen, so daß Rathgen als Vorsitzender mit dem Appell an einen „hoffnungsfrohen Glauben“ die Tagung schloß.

Die Totenklage Herkners auf Gustav Schmoller, die von Hainisch auf Philippovich waren den Verhandlungen vorangegangen. Herkner hatte am Schlusse seines Nekrologs auf Schmoller auch noch den Verlust von Adolph Wagner, Thiel, Lexis, Conrad und Loening durch den Tod beklagen müssen. Es waren alles Männer, die der Mitte und der Rechten des Vereins angehört, ihn mitgegründet oder schon im ersten Jahrzehnt seines Bestehens darin eine Wirksamkeit entfaltet hatten. Ihr

Ableben kam selbstverständlich der Linken im Verein zugute, die ohnehin durch die politischen Vorgänge der Zeit starken Auftrieb erhalten hatte. In der gleichen Richtung wirkten auch in Regensburg vorgenommene Kooptationen in den Ausschuß wie die von Altmann, Amonn, Behrens, Brauer, Braun, Gehrig, Gerloff, Hartmann, Kuczynski, Lederer, Mises, Umbreit, Vogelstein, die der Ausschuß hinzuwählen zu müssen glaubte, obwohl sie teilweise bisher dem Verein ferngestanden hatten. Das bei den Wahlen zur Nationalversammlung neu eingeführte Frauenwahlrecht bewog übrigens den Ausschuß auch, drei Frauen aufzunehmen, von denen nur Hertha Siemering bereits dem Verein angehörte.

Der Ausschuß wählte ohne jede Erörterung am 16. September 1919 Herkner zum Vorsitzenden, Hainisch und Max Weber zu stellvertretenden Vorsitzenden, im übrigen blieb der Vorstand gegenüber den letzten Wahlen von 1911 in Nürnberg unverändert.

26. Die Kieler Tagung von 1920

In der Sitzung des Hauptausschusses vom 14. September 1919, im Zusammenhang mit der Regensburger Tagung, hatte der Bericht Jastrows den Nachweis erbracht, daß die Arbeiten des vorbereitenden Ausschusses für Schriften über „die Reform des staatswissenschaftlichen Studiums“ fortgeschritten waren und zur Aufstellung eines Arbeitsplanes geführt hatten. Nach einiger Debatte, die noch verschiedene Anregungen brachte, billigte der Ausschuß den Arbeitsplan, verwandelte den Vorbereitungsausschuß zum üblichen Unterausschuß mit Jastrow als Vorsitzenden und Herausgeber des auf 30 Bogen begrenzten Schriftenbandes.

Aus den Zeitverhältnissen geboren war der Antrag Lotz für neue Schriften über das Thema „Die Organisierung der geistigen Arbeiter“. Der Antrag fand Annahme, und es wurde dafür ein vorbereitender Ausschuß unter Lotz gebildet.

Nachzutragen ist hier noch, daß die Generalversammlung von 1919 auf Antrag des Ausschusses einige Satzungsänderungen genehmigte. So wurde zum Beispiel bestimmt, daß nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches die jeweiligen Inhaber der Ämter des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter, des Schriftführers und des Schatzmeisters den „Vorstand“ des Vereins bildeten. Bis dahin hatte es nur einen „Vorsitzenden des Ausschusses“, aber keinen Vorsitzenden des Vereins gegeben. Vom Schriftführer und Schatzmeister konnte man freilich niemals sagen, daß sie nur Ämter des Ausschusses verwalteten, sie waren vielmehr von jeher in ihrem Bereich als Amtswalter des ganzen Vereins zu denken gewesen. Mit diesen Unklarheiten wurde also jetzt aufgeräumt. Der Anstoß dazu

war dem Schatzmeister Exzellenz v. d. Leyen zu danken. Dieser setzte jetzt auch, der fortschreitenden Inflation entsprechend, die Erhöhung des Beitrages von 16 auf 20 Mark durch und zugleich, ebenfalls im Interesse der Vereinsfinanzen, die Unterscheidung von persönlichen und körperschaftlichen Mitgliedern, welch letztere fortan einen Beitrag von 30 Mark zu zahlen hatten. Es war aber nicht so, daß diese Beschlüsse durch die fortschreitende Inflation einfach untergingen. Sie lebten vielmehr nach der Stabilisierung mit einer Schonzeit in den Regensburger Abmessungen wieder auf.

Der Verein hatte nach dem Stande vom 1. Dezember 1919 nunmehr 633 Mitglieder, darunter 393 persönliche und 240 körperschaftliche Mitglieder. Den Ausschuß bildeten 115 Mitglieder.

Am 28. Mai 1920 versammelte sich der Ausschuß von neuem, und zwar im Staatswissenschaftlichen Seminar in Berlin. Die Sitzung brachte eine Einmaligkeit in der Geschichte des Vereins, nämlich den Beschluß auf Abhaltung einer „außerordentlichen Generalversammlung“. Herkner beantragte einen solchen Beschluß, weil dank Jastrows Eifer für die Sache der sehr gehalt- und lehrreiche Schriftenband über die „Reform der staatswissenschaftlichen Studien“ (160) bereits im Frühjahr 1920 hatte erscheinen können. Sehr viele Gliedstaaten des Reiches bereiteten damals Neuordnungen der genannten Fachbildung vor, es galt daher nicht nur, mit den schriftlichen Beiträgen des Vereins zu der entstandenen Aufgabe so rechtzeitig herauszukommen, daß eine Beeinflussung der Regierungsentschlüsse noch möglich war, sondern auch zu diesem Zwecke mit einer Verhandlung vor der Öffentlichkeit auf dem Plane zu erscheinen. Der Ausschuß würdigte die Begründung Herknners für seinen Antrag und erhob ihn zum Beschlusse. Schwierigkeiten bot indessen die Wahl des Tagungsortes. Es lag eine Einladung von Harms vor, die Tagung in Kiel abzuhalten, doch sprachen gewichtige Stimmen sich für Berlin aus. Es bedurfte mehrfacher Abstimmungen, bis sich auf Herknners energisches Eintreten für Kiel eine Mehrheit für diesen Tagungsort fand. Ebenso bedurfte es ziemlicher Anstrengungen Herknners, um die Beschränkung der Verhandlungen auf ein einziges Thema beschlußmäßig durchzusetzen, womit ja erst die Einberufung einer „außerordentlichen“ Tagung gerechtfertigt werden konnte.

Aus der Beratung dieser Ausschußsitzung über den Stand der im Gange befindlichen Schriften ist festzuhalten, daß der Ausschuß bemüht war, nunmehr die Schriften über „Konsumgenossenschaftswesen“ schonend zum Abschluß zu bringen. Es handelte sich um die Bände 150/I—V und 151/I—III. Ein schriftlicher Bericht von Lotz über die Schriften zum Thema der „Not der geistigen Arbeiter“ zeigte, daß das Thema von dem

zuständigen Unterausschuß erweitert worden war und nunmehr lauten sollte: „Die Lage und Organisation der geistigen Arbeiter.“ Der vorgelegte Arbeitsplan begegnete starker Kritik, und eine Reihe von Abänderungsvorschlägen wurde gemacht. Dem Unterausschusse wurde aufgegeben, die Einwände und Vorschläge zu berücksichtigen und vor allem den Arbeitsplan einzuschränken. Als Themen für neue Schriften wurden von Pott hoff genannt: 1. „Methoden für eine Anpassung der Löhne an die Lebenskosten“, wofür sogar die Abhaltung einer größeren Sitzung, unter Einladung von Unternehmern und Gewerkschaften, vorgeschlagen wurde, und 2. „Die Rationalisierung des Haushalts oder Konsums überhaupt“. Die Brauchbarkeit dieser Themen für die Vereinsschriften wurde aber bezweifelt und außerdem gebot der Stand der Vereinsfinanzen Zurückhaltung in den Veröffentlichungen. Die Beschlußfassung wurde daher auf die Herbstsitzung vertagt.

Die Verhandlungen in Kiel wurden, obwohl nur ein Thema zur Diskussion stand, von vornherein auf drei Tage bemessen und fanden am 21. bis 23. September 1920 statt. Es traten denn auch nach Herknerns Eröffnungsrede mit den Nachrufen auf Gustav Cohn und besonders lobpreisend auf Max Weber vier Referenten auf, von Gelehrten Jastrow und Schumacher, von Praktikern Staatsminister Dr. Drews für die Verwaltung, Generaldirektor Piatschek für die Wirtschaft. Die Verhandlungen der ungewöhnlich stark besuchten Tagung ergaben, daß sie auf sehr verschiedene innere Anstöße zurückgingen. Da war einmal die damals aktuelle Überfüllung der Universitäten und des nationalökonomischen Faches im besonderen durch die vielen Studenten seit Kriegsende, die das Niveau der Ausbildung, besonders durch die Einrichtung der „Zwischensemester“ mit ihrer Beschleunigung des Ausbildungsganges, herabzudrücken drohte; da waren zweitens die Klagen der Wirtschaft über die ungenügende Vorbildung der von der Hochschule kommenden Kräfte für ihre Zwecke; da waren noch immer, wie schon in der Vorkriegszeit, die Klagen über „die Weldfremdheit der Richter“ lebendig, und auch die Verwaltungsjuristen kamen vielfach im Urteil der Öffentlichkeit und auch der Fachleute nicht gut fort, weil ihnen angeblich oder wirklich die Kenntnis der tatsächlichen Lebensverhältnisse, namentlich der wirtschaftlichen Vorgänge, fehlte. Diese Vielheit der Anstöße machte die Bewältigung des ohnehin großen Fragenkomplexes schwierig und erschwerte das Heraustreten einheitlicher Linien. Das Thema der Tagung war eben noch weiter gefaßt als einst bei dem Bändchen 3/4 der Vereinsschriften von 1887, das nur die Vorbildung zum höheren Verwaltungsdienst ins Auge gefaßt hatte, oder bei der Magdeburger Tagung von 1907, auf der es sich nur um die berufsmäßige Ausbildung der volks-

wirtschaftlichen Beamten gehandelt hatte, also um die Syndici und Geschäftsführer der Handelskammern und Interessenverbände. Jastrow als Referent begann übungsgemäß mit einem Bericht über den zur Vorbereitung der Verhandlungen von ihm herausgebrachten Schriftenband (160), der fünfzig sehr verschiedenartige Gutachten enthielt, hob dessen Vorzüge hervor und erklärte dessen Mängel, die vor allem auf die gebotene Eile bei der Abfassung zurückgingen. Daran schloß er sein Votum zum Problem selbst. Er empfahl die Schaffung eines neuen Typs des Staatswissenschaftlers, der imstande sein würde, alle etwa für ihn in Betracht kommenden Funktionen voraussichtlich befriedigend auszuüben: so als Justizjurist, als Verwaltungsjurist, als Geschäftsführer bei Kammern oder freien Interessenverbänden, vielleicht auch als akademischer Lehrer in der Nationalökonomie oder der Jurisprudenz, welch letzteres allerdings nicht ganz eindeutig ausgesprochen ist. Diesen einheitlichen Typus wollte er nach seinen „Leitsätzen“ auch mit „Jurist“ bezeichnen und fügte hinzu: „Der Jurist der Zukunft ist der Verwaltungsjurist.“ Dieses Ziel sollte dadurch erreicht werden, daß der Staatswissenschaftler mit gleicher Gründlichkeit als Jurist wie als Nationalökonom ausgebildet werden mußte. Das zukünftige „Referendariat“ als Vorbereitungsdienst mit dem Zielpunkte „Assessor“ würde dann immer nur mit solchen Personen als Anwärtern zu rechnen haben, die beiderseitig als ausgebildete Juristen wie als Nationalökonomien zu betrachten seien. Bezüglich der Ausbildung innerhalb der Nationalökonomie forderte Jastrow eine Teilung der Studienzeit in zwei Hälften. In deren erster sollte vornehmlich die „Beschreibung“ herrschen, Privatwirtschaftslehre, Wirtschaftsgeographie, Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftsstatistik, Technologisches und Warenkunde sollten gelehrt werden, dazu als Allgemeinbildung „Geschichte der letzten zwanzig Jahre“, außerdem „Anfangsgründe der Philosophie (zum mindesten collegium logicum)“ und fremde Sprachen. Auch dem Erwerb verschiedener „Fertigkeiten“, wie Stenographie und Schreibmaschine redete der Referent eifrig das Wort. Erst in der zweiten Studienzeithälfte liegen die großen volkswirtschaftlichen Vorlesungen: Theoretische und praktische Nationalökonomie sowie Finanzwissenschaft, dazu Statistik, außerdem „Verwaltungswissenschaft“, die vom Verwaltungsrecht zu unterscheiden sei. Auch besondere Vorlesungen über „Politik“ und „Soziologie“ erschienen ihm angezeigt. In den Ausführungen über die Unterrichtsmittel zeigt sich die damalige Notlage der Staatsfinanzen. Die gesamte Ausbildungszeit des neuen Typus berechnete Jastrow auf sieben Jahre, davon die Studienzeit mit vier Jahren, den Vorbereitungsdienst mit drei Jahren. Was die Prüfungen betrifft, so glaubte der Referent, daß neben der neuen Referendar- und der

Assessorprüfung kein Bedarf nach einer besonderen volkswirtschaftlichen Berufsprüfung mehr bestehen werde. Das Korreferat von Drews beschäftigte sich nur mit dem Verwaltungsjuristen und stimmte mit Jastrow darin überein, daß für diesen in Zukunft ein ausreichendes Maß von volkswirtschaftlichen Kenntnissen gewährleistet werden müsse; Schumacher erklärte, als nationalökonomischer Dozent zu sprechen, und hielt sich auch streng an diese Aufgabe. Als Ziel der nationalökonomischen Ausbildung stellte er die „Erziehung zu volkswirtschaftlichem Denken“ hin. Die Anhäufung von Kenntnissen trete demgegenüber in die zweite Reihe zurück. Im ganzen trat Schumacher als Verteidiger der überlieferten Form des Unterrichts in der Nationalökonomie an den deutschen Universitäten auf, höchstens, daß er die strenge Scheidung der Theorie von der Volkswirtschaftspolitik verwarf und sich dabei etwas abfällig über die historische Schule äußerte. Zu den Archiven und Instituten, von denen solche größten Formats gerade in Kiel vorgewiesen wurden, stellte er sich kritisch. Die Doktorarbeit und das Dokorexamen erschienen ihm nicht als bloße Kontrollmittel, sondern als ein zum Unterricht gehöriges Bildungsmittel, wenn beide richtig gestaltet und gehandhabt würden. Scharfe Verurteilung fanden dabei die sogenannten Doktorfabriken. Ein besonderes Examen mit dem staatlichen Diplom verwarf er, ebenso eine praktische Lehrzeit in Wirtschaftsbetrieben und Volontariate. Gerade in diesem letzten Punkte war der vierte Referent, Generaldirektor Piatscheck, entgegengesetzter Meinung. Er ging als Praktiker einfach von den Bedürfnissen der Industrie aus, die den Volkswirt möglichst fertig ausgebildet für die verschiedenen Aufgaben von den Hochschulen geliefert zu erhalten wünschte, deren Erledigung die Industrie den einzustellenden Nationalökonomien oder Juristen zu übertragen pflegte. Er vermißte bei diesen „die Fühlung mit dem Arbeiterleben“ schon wegen der Herkunft der Kandidaten, er vermißte auch an ihnen Kenntnisse auf sozialgesetzlichem Gebiete und zog immer noch die jungen Juristen vor, weil diese sich wenigstens in besagte Gesetzesvorschriften leichter hineinfänden. Die Heilung aller dieser Mängel erwartete der Redner mit Bestimmtheit von dem geforderten „praktischen Jahr“, das er sich vor Beginn des Studiums in irgendwelchem Wirtschaftsbetriebe abgelegt dachte. Die Rede dieses Praktikers war kurz, sie füllte nur vier Druckseiten.

Die Referate hatten nur den Vormittag des ersten Verhandlungstages in Anspruch genommen, so daß die Aussprache sich über $2\frac{1}{2}$ Tage erstreckte. Doch war nur der erste Tag ein voller Verhandlungstag bis abends $6\frac{1}{4}$ Uhr. An den beiden anderen wurden nur die Vormittage für die Verhandlungen in Anspruch genommen, am zweiten bis $12\frac{3}{4}$ Uhr, weil dann die Besichtigung des Kieler Instituts, welche Harms mit einer ausführlichen

Rede vorbereitete, und am Nachmittag die Rundfahrt auf der Förde stattfand, am dritten gar nur bis 11 $\frac{3}{4}$ Uhr, weil noch gegen Mittag die Besichtigung zweier Werften vor sich ging. Die Schlußworte der Referenten wurden daher nur vor einem Teil der Zuhörerschaft gehalten, was auf Jastrows Wunsch im Verhandlungsbande besonders vermerkt wurde. Trotz dieser Abhaltungen war die Debatte äußerst rege, da alle anwesenden akademischen Lehrer sich für das Thema zuständig fühlten.

Man hatte die Debatte zu gliedern versucht, indem nach einer „allgemeinen Aussprache“ zwei Gruppen von Einzelfragen behandelt werden sollten: a) Einzelfragen des staatswissenschaftlichen Unterrichts (Vorlesungen, Seminare, Exkursionen, Lichtbilder usw.; Stellung von Finanzwissenschaft und Statistik), b) Unterricht und Praxis, Ausbildung einzelner Zweige des Verwaltungsbeamtentums. Diese Scheidung ließ sich in den Verhandlungen nach alter Erfahrung nicht streng durchführen, da nichts im Wege stand, die Einzelfragen auch schon in der allgemeinen Aussprache zu behandeln, und von dieser Möglichkeit ist so reichlich Gebrauch gemacht worden, daß der Vorsitzende des zweiten Tages, Eckert, als man zu den Einzelfragen gelangt war, ihre Gruppe a) wegfallen ließ mit der Begründung, sie wäre durch die Referate und die allgemeine Aussprache so gut wie erschöpft. Aber die andere Bemühung, die Debatte zu lenken, indem dafür gesorgt wurde, daß die schon vorher vermutbaren verschiedenen Auffassungen zu Worte kamen, zeitigte bessere Erfolge. Es hat an der Äußerung von sich widersprechenden, zum Teil diametral sich widersprechenden Meinungen nicht gefehlt. Einmütigkeit äußerte sich meist nur dadurch, daß die jeweils nachfolgenden Redner über eine vorher aufgestellte These mit Stillschweigen hinweggingen.

Selbstverständlich konzentrierte die Debatte sich trotzdem auf einzelne besondere Punkte, die in den Referaten oder Diskussionsreden in den Vordergrund getreten waren. So zum Beispiel auf den neuen Typus, dessen Schaffung in Jastrows Referat gefordert worden war. Gleich der erste Diskussionsredner, Fuchs (Tübingen), trat dieser Forderung insofern entgegen, als er meinte, daß hier eigentlich die Frage der Ausbildung der Juristen und nicht die der Nationalökonomien behandelt worden wäre. Es wurde dabei der Begriff des „reinen“ Nationalökonomien geprägt, und dieser Begriff wurde von den weiteren Rednern vielfach den Meinungsäußerungen zugrunde gelegt, weil es sich doch allein oder wenigstens vornehmlich um diesen handeln müsse. Diese Abweichung hatte ja auch schon die Unterlage für den Gegensatz von Schumachers Referat zu dem Jastrows gebildet. Einen anderen viel besprochenen Punkt bildete die Frage des Vorexamens, wie es im Hinblick auf das nachfolgende Doktor-examen bezeichnet wurde. Auf die Einrichtung eines solchen hatte sich

damals der Reichsverband deutscher Volkswirte besonders festgelegt, und auch die neu organisierte Studentenschaft hatte sich dieser Forderung angeschlossen. Es sollte ein Staatsexamen, nicht ein akademisches Examen sein und die Berechtigung zur Führung des Titels „Volkswirt“ verleihen, wofür allerdings schon Fuchs in seiner Rede so nebenbei die Form „Diplom-Volkswirt“ empfahl. Auch die Frage des „praktischen Jahres“ spielte eine große Rolle, seine Einrichtung wurde vielfach für unerlässlich erklärt, von anderer Seite als untauglich verworfen, dazwischen gab es vermittelnde Meinungen, und am eindrucksvollsten waren in diesem Punkte namentlich die Behauptungen einiger Praktiker, daß die Wirtschaft gar nicht die Plätze für eine solche Ausbildung zur Verfügung stellen werde. Volle Einmütigkeit schien in der Verurteilung der sogenannten „Doktorfabriken“ zu bestehen, wenigstens nahm sich niemand der selbstverständlich ungenannt bleibenden Fakultäten an, bei denen die Verleihung des Dokortitels praktisch an so erleichterte Bedingungen geknüpft war, daß von einer Ernsthaftigkeit der Prüfung keine Rede sein konnte. Das konnte auch nicht anders sein, die Einmütigkeit bewies also nichts. Übrigens war die Sachlage damals eine ganz eigentümliche: Harms selbst, der die Verurteilung der freigebigen Fakultäten besonders hart aussprach, machte darauf aufmerksam, wie schwer es für manche Fakultät sei, einen verdienten Frontkämpfer im Examen durchfallen zu lassen. Nach alledem wird sich sagen lassen, daß die Verhandlungen zu einer Lösung des Problems der „Reform der staatswissenschaftlichen Studien“ nicht geführt hatten und nach Meinung von Tönnies als Vorsitzendem des dritten Verhandlungstages auch nicht führen konnten. Er sprach aber beim Abschluß der Tagung tröstend aus, daß doch die Lösung des Problems durch die Erörterungen „erheblich“ gefördert sei, und knüpfte daran Erwartungen und Hoffnungen, lobte auch den „ganz überwiegend sachlichen Charakter“ der Aussprache. Bekanntlich ist ja dann auch wenigstens die Forderung der Diplom-Volkswirt-Prüfung erfüllt worden.

27. Die Eisenacher Jubiläumstagung von 1922

An sich hätte die „Außerordentlichkeit“ der Kieler Tagung von 1920 es ermöglicht, für das Jahr 1921 bereits eine neue und diesmal „ordentliche“ Generalversammlung ins Auge zu fassen. Dagegen sprach aber die Erwägung, daß in diesem Falle alljährlich dreimal hintereinander eine Tagung stattgefunden hätte. Schon die schlechten Verkehrsverhältnisse und die Bedrückung vieler Mitglieder durch die Nachteile der Inflation widerrieten das. Auch konnte, wenn man eine Tagung im Jahre 1921 vermied, eine Tagung im Jahre 1922 als „Jubiläumstagung“ des Vereins

eingerrichtet werden, da dann 50 Jahre seit der ersten Eisenacher Versammlung verflossen waren. Zugleich wurde dadurch Zeit gewonnen, um erst wieder vorbereitende Schriften für ein geeignetes aktuelles Verhandlungsthema abzuschließen. Ein solches Abwarten schien in den damaligen erschütterten und wenig zur Beschaulichkeit auffordernden Verhältnissen besonders angezeigt. Aktuell erschien aber das Thema der Preisbildung gewiß nicht. Es war einst im Jahre 1910, also in ganz anders orientierter Vorkriegszeit, beschlossen und bearbeitet worden und bot jetzt nur noch wissenschaftlich-geschichtliches Interesse. Nicht anders lag es mit dem Thema der Konsumgenossenschaften. Vielleicht hätte dieses sich aktualisieren lassen, wenn eine Untersuchung hinzugetreten wäre, die die Einwirkungen des Krieges, der Revolution und der Inflation auf das Konsumgenossenschaftswesen behandelte. Aber auch dann hätte es sich um einen verhältnismäßig kleinen Teil des Wirtschafts- und Soziallebens gehandelt, so daß dieses Thema für eine Jubiläumstagung nicht genug Bedeutung hatte. Und außerdem hatte der Ausschuß bereits beschlossen, die Schriftenreihe über dieses Thema nicht fortzusetzen, es sozusagen für erledigt zu erklären, was für den darin aktiven Herausgeber Wilbrandt schmerzlich und enttäuschend genug gewesen war. Die „Not der geistigen Arbeiter“, denen die Inflation besonders übel mitspielte, war dagegen höchst aktuell.

Die Kieler Ausschußsitzung vom 20. September 1920 sah die zu diesem Thema gehörigen, damals schon im Gange befindlichen Schriften noch nicht unter dem Gesichtspunkte der Vorbereitung zu einem etwaigen Thema für eine Generalversammlung. Wohl aber die vom 18. Oktober 1921, die wieder im Staatswissenschaftlichen Seminar der Berliner Universität stattfand. Hier wurde festgestellt, daß wenigstens ein beträchtlicher Band über die „Lage der Schriftsteller“ rechtzeitig vor einer Tagung im Herbst 1922 würde erscheinen können. Sinzheimer hatte diese Aufgabe energisch betrieben. Auch Lotz und Francke hofften bestimmt, einen Band über die „Lage der Journalisten und der bildenden Künstler“ noch rechtzeitig herauszubringen. Es sei hier sogleich vermerkt, daß dies auch gelang, wenn auch spät genug: die Vorworte zu beiden Bänden stammen von Anfang August 1922. Ein besonderer Unstern waltete insofern über dieser Veröffentlichung, indem Sinzheimer und Francke kurz nach Abschluß der Drucklegungen verstarben.

Jedenfalls war die Voraussetzung für den Beschluß der Ausschußsitzung von 1921, vorbereitende Schriften für das Thema der „Lage der geistigen Arbeiter“ zur Verfügung zu haben, erfüllt. Es handelte sich nun darum, ein weiteres Thema für die Tagung zu finden. Da es der besonderen Bedeutung der Jubiläumstagung Rechnung tragen sollte, wurde es in den „Grundlagen der Sozialpolitik“ gefunden. Von der Schaffung vorbereiten-

der Schriften für dieses Thema wurde abgesehen, vielmehr wurde nur der Vorstand mit der Gewinnung von Referenten und besonderen Diskussionsrednern beauftragt, ebenso übrigens mit der Herausgabe einer „Festschrift“, in der vorwiegend die noch überlebenden Teilnehmer der Gründungsversammlung zur Bedeutung und zu den Schicksalen des Vereins das Wort erhalten sollten. Bei der Bestimmung des Ortes der Generalversammlung wurde dem Vorstand die Entscheidung zwischen Eisenach und Frankfurt a. M. überlassen.

Bemerkenswert ist noch, daß in dieser Sitzung auf Grund vielfacher Wünsche die Begründung einer „Sektion“ innerhalb des Vereins für „theoretisch-wirtschaftliche und soziologische Forschung“ grundsätzlich beschlossen wurde. Auch wurde die Anregung beraten, den Namen des Vereins abzuändern, weil er schon lange die viel umfassendere Betätigung des Vereins nicht mehr decke. Es wurde aber abgelehnt, der Generalversammlung einen Vorschlag dieser Art zu machen, weil es falsch sei, ohne Not eine alte Firma zu verändern, und eine Not könne nicht anerkannt werden, jeder Kenner wisse auch so Bescheid.

Bezüglich der Frage nach neuen Schriften lag ein Antrag Potthoff vor, die „Verflechtung der deutschen Wirtschaft“ zu untersuchen. Der Antragsteller meinte damit, daß das Reich zwar in mehr oder minder wirtschaftlich und politisch selbständige Teilgebiete zerfalle, daß diese Teile aber unbedingt aufeinander angewiesen seien und unlöslich zusammenhängen. Es wurde eingewandt, daß solche Untersuchungen die Kräfte des Vereins überstiegen, nur das Reich selbst könne Derartiges unternehmen. Daher wurde zuletzt ein Unterausschuß unter dem Vorsitz von Fuchs gebildet, der erst die Frage der Durchführbarkeit prüfen und dem Hauptausschusse berichten sollte. Diese Angelegenheit verlief im Sande. Dagegen stieß ein Antrag Somary, zu untersuchen: 1. das Problem, wie eine „Stabilisierung der Mark“ erzielt werden könne, und 2. ob der Versuch gemacht werden könne, eine „Aufstellung der deutschen Zahlungsbilanz vor dem Kriege und seither“ zu veranstalten, auf reges Interesse, zumal der Antragsteller Finanzhilfe für den Verein aus valuta-starker Potenz in Aussicht stellte. Ein Unterausschuß unter Diehl wurde zur Prüfung der Frage eines solchen Themas gebildet. Aus seiner Tätigkeit ist dann die Schriftenreihe, Band 164—169, über „Währung, Zahlungsbilanz und Stabilisierungsfrage“ hervorgegangen.

Die Einladung zur Eisenacher Tagung von 1922 machte diese als „Jubiläumstagung“ kenntlich. Die Tagung war wiederum sehr gut besucht, auch der greise Ludwig-Wolf war erschienen und wurde von Herkner und der Versammlung besonders geehrt. Das Thema der „Grundlagen der Sozialpolitik“ war seiner Bedeutung gemäß an die erste Stelle

gerückt worden. Das erste Referat dazu hatte der Vereinsvorsitzende Herkner selbst übernommen und es enger begrenzt in der Form: „Der Verein für Sozialpolitik in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.“ Ein Rückblick auf den bisherigen Weg des Vereins wäre bei einer Jubiläumstagung ohnehin unerlässlich gewesen und wäre sonst wohl in einer Eröffnungsrede gegeben worden. Jetzt hatte der Redner die Möglichkeit gewonnen, den Rückblick in das Referat aufzunehmen. Dieses gewann dadurch freilich einen besonderen Charakter, denn Herkner faßte schon für die Vergangenheit, wenigstens von seinem zweiten Jahrzehnt an, die Doppelnatur der Tätigkeit des Vereins als versuchte, allerdings sehr distanzierte Beeinflussung des wirtschafts- und sozialpolitischen Geschehens im Staate sowie der wissenschaftlichen Erforschung vorhandener wirtschaftlicher und sozialer Zustände mit besonderer Deutlichkeit heraus. Es hatte, wie oben besonders für die Zeit nach 1879 geschildert, schon in der Vergangenheit nicht an Anregungen gefehlt, den Verein auf die eine oder die andere Tätigkeit zu beschränken. Das Ziel politischer Einflußnahme sei zum Beispiel von vornherein und fortdauernd das Brentanos gewesen, während Knapp schon 1887 eine Umbildung des Vereins in einen „Verein für Sozialwissenschaft“ empfohlen habe. Herkner muß die Kenntnis von diesem konkreten Vorschlage durch Knapp selbst gewonnen haben; denn in die Akten des Vereins ist davon nichts gedrungen. Der Referent warf nun die Frage auf, ob für die Gegenwart und eine absehbare Zukunft die Doppelnatur des Vereins aufrechterhalten werden könne und ob das Weiterbestehen des Vereins unter den damals gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt gerechtfertigt sei. Er hielt eine Rückkehr zu dem überwiegend propagandistischen Charakter des Vereins in seinem ersten Jahrzehnt zur Zeit für unmöglich. Zu verworren seien die öffentlichen Zustände, zu zersplittert die parteimäßige Einstellung der Vereinsmitglieder. Dazu käme, daß die starke Staatsgewalt, mit der man einst rechnete, nicht mehr vorhanden wäre, die Bürokratien der Wirtschafts- und Arbeiterverbände seien jetzt stärker als die gesetzliche Bürokratie. Erst müsse die Wissenschaft, arg beengt durch die gigantisch gestiegenen Kosten für alle Veröffentlichungen, sich aus dem Wirrwarr der Meinungen wieder herausarbeiten, müsse zum Beispiel ein begründetes Urteil über die Wirkungen der Außenhandelskontrolle oder die des Achtsturentages gewinnen. Zuletzt aber lenkte Herkner dazu über, die Fortsetzung des Vereins dennoch für notwendig zu erklären, weil ja gerade unter den gegebenen Zeitverhältnissen sonst kein Organ vorhanden sei, das überhaupt auch nur das Bestreben habe, möglichst unparteiisch an die Beurteilung der Dinge heranzutreten. Unter „stürmischem Beifall“ schloß er mit der Aufforderung an den Verein, der „Forderung des Tages“

trotz allem zu genügen. „Dann dürfen wir hoffen, wenigstens dasjenige, was in unserer Macht steht, es mag viel oder wenig sein, zum Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, zur Wiederherstellung des Ansehens, der Unabhängigkeit und Freiheit unseres geliebten Vaterlandes beizutragen.“

Der Korreferent Stein (Frankfurt a. M.) hatte sein Referat „Die wirtschaftlichen Grundlagen der Sozialpolitik“ betitelt. Überwältigt von den erschreckenden Wirkungen des militärischen Zusammenbruchs, von den Gewaltmaßnahmen der feindlichen Mächte und von der Zügellosigkeit der Forderungen der Arbeiterschaft und ihrer Unlust zu nützlicher Arbeit, gelangte er zu einer fast völligen Verneinung der Stellungnahme, die im Verein bisher eigentlich als Grundlage für sein sozialreformatorisches Wirken angesehen worden war. „Nicht die Gesinnung entscheidet über den Wert und die Größe einer sozialen Tat, sondern Einsicht und Leistung.“ Stein erklärte schon die Produktion selbst für eine soziale Tat und meinte, Produktionspolitik sei gegenwärtig die beste Sozialpolitik. Er schilderte die allgemeine Verarmung durch den Krieg und die Reparationsleistungen, über die eine so verbreitete Selbsttäuschung in Deutschland bestehe, und stellte es als eine Hauptaufgabe der Wissenschaft und auch des Vereins hin, hierüber schonungslos die Wahrheit zu verkünden. Auch diese Äußerungen wurden mit „stürmischem Beifall“ aufgenommen.

Die Referate hatten ihre in manchen Punkten weitgehend gleichlaufende Stellungnahme so einleuchtend im Hinblick auf die damals augenblicklichen politischen Zustände begründet, daß die Debatteredner immer nur ein wenig das Gewicht ihrer Ausführungen mehr nach der produktionspolitischen oder der sozialpolitischen Seite verschieben konnten. Und das, obgleich dabei für die Vereinstagungen neue Namen auftauchten, wie Seibt, Julius Wolf, Adolf Günther, Adolf Weber, Briefs, Heyde, Salin, Pribram, Keßler, Bonn und der Gewerkschaftsführer Umbreit. Aber auch die schon länger bekannten Teilnehmer an den Diskussionen wie Gothein (Heidelberg), Grünberg, Potthoff, Lederer und v. Nostiz hielten sich auf der gleichen Linie. Herkner verteidigte sich in einem ganz kurzen Schlußwort gegen Umbreit, Stein gegen den Verdacht, als ob er schlechthin von einer sozialen zu einer liberalen Politik habe zurücklenken wollen. „Nicht gegen Soziales und gegen Sozialismus, sondern gegen den Dogmatismus im Sozialen und im Sozialismus habe ich gesprochen.“ Diehl als Vorsitzender sagte zusammenfassend von der Debatte: „Der Ton war der: Wir wollen in Zukunft weiter Sozialpolitik treiben, wollen uns wieder genau die Realitäten des Wirtschaftslebens ansehen; wir wollen nicht etwa die Sozialpolitik beschränken, wo es gilt die Arbeitskraft von Menschen auszubeuten.“

Das zweite Thema der Tagung nahm im Verhandlungsbande (163) kurz

die Form an: „Die Not der geistigen Arbeiter.“ Das glänzende, von vielem Beifall belohnte erste Referat Alfred Webers erklärte die besagte damalige Not aus der soziologischen Prozedur einer gesellschaftlich-wirtschaftlichen Einstufung der besonderen Schicht, um die es sich hier handelte. Weber nahm den Sinn dieser Schicht sehr hoch und begrenzte sie dementsprechend eng. Die Arbeit „am geistigen Kosmos“ stellte er als das maßgebende Unterscheidungsmerkmal gegenüber anderen Arten der noch „geistig zu nennenden Arbeit“ hin. Sie habe den Charakter „seelischer Entladung“, sei ihrer Natur nach allem Erwerbssinn entgegengesetzt und darum mit ökonomischen Kategorien nicht zu erreichen. Es müssen deshalb in den Kulturepochen, die von solchen ungewöhnlichen kulturschöpferischen Leistungen beherrscht würden und ihr Gepräge erhielten, besondere wirtschaftliche Grundlagen vorhanden sein, die solche Leistungen erst ermöglichten. Weber sah diese Grundlagen für die Vorkriegszeit in einem nicht mehr dem Erwerb gewidmeten Vermögensbesitz, in einem „Rentenintellektuellentum“. Ein solches trug nicht nur die schöpferischen Kräfte, sondern auch das erste aufnehmende Publikum für deren Leistungen. Gerade diese Schicht habe der Krieg hinweggeschmolzen, nicht nur bei den besiegten Nationen. Ein Bruch der Kulturtradition sei zu befürchten. Einen immerhin denkbaren Ausweg aus diesen Gefahren sah Weber in der möglichen Entstehung eines „Arbeitsintellektuellentums“, das heißt diejenigen Angehörigen der geistig führenden Schicht, die noch irgendwie ein Einkommen haben, die höheren Beamten, die leitenden Angestellten, Rechtsanwälte, Ärzte, Ingenieure und Techniker müßten ersatzweise im Nebenamte für Fortführung der Kulturtradition einspringen, die wirtschaftlich freien schöpferischen Kräfte sich eine praktische Rückendeckung suchen. Die Künstler zum Beispiel im Handwerkertum.

Der Verlagsbuchhändler Oskar Siebeck gab einen lehrreichen Einblick in die schwierige Lage, in die der wissenschaftliche Verlag durch die fortschreitende Inflation gekommen war. Eine Neuproduktion an wissenschaftlichen Arbeiten sei wegen der unerhörten Steigerung der Papier- und Druckkostenpreise eigentlich nur noch möglich, wenn ältere Werke eines Verlags noch einen Gewinn sicherten. Zwischen den Zeilen gab Siebeck damit zu verstehen, daß auf nennenswerte Honorare für die Verfasser wissenschaftlicher Werke unter solchen Umständen nicht zu rechnen sei. Von hier würde also eine Behebung der Not der geistigen Arbeiter nicht kommen können.

Wieder auf ein anderes Teilgebiet führte das Referat von Georg Bernhard, der das Verhältnis von Verlag und Redaktion im Zeitungsgewerbe zu betrachten hatte. Auch hier kam die „Not“ der geistigen Arbeit zutage,

da die materielle Seite dieses Verhältnisses eben auch von der Schrumpfung aller Verhältnisse und namentlich von der Inflation zu leiden hatte. Das galt vielleicht nicht so sehr für die großen Unternehmungen der Großstädte, wohl aber für die kleine und kleinere Provinzpresse, die der Referent ebenfalls berücksichtigte. Dieser vereinigte in seiner Person die Funktionen eines Verlagdirektors und des Chefredakteurs, war dadurch also befähigt, vielleicht aber auch gehemmt, seine Sonne nach allen Seiten gleichmäßig scheinen zu lassen. Immerhin stellte er sich im wesentlichen auf den gewerkschaftlichen Standpunkt der Redakteurverbände, er pries das Zustandekommen des „Reichsverbandes der deutschen Presse“ im Jahre 1911 und seinen Ausbau zu einer gewerkschaftlichen Organisation im April 1919, der allerdings nur mühsam und kompromißhaft abgeschwächt gelungen war. Zu einem Streik der Redakteure war es zwar nicht gekommen, den v. Wiese dann in der Diskussion als möglich und als wirksam ansah, womit er freilich den lebhaften Widerspruch Alfred Webers im Schlußwort hervorrief, aber zur Aufstellung eines Tarifvertrags war man auch ohne Streik gelangt. Dieser war allerdings nach der Darstellung von Cajetan Freund erst nach Begründung der „Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse“ im Dezember 1921 — einer gemeinsamen Organisation der Verleger und der Redakteure nach dem damaligen Muster anderer Gewerbe — in das Stadium einer Verwirklichung getreten.

Der Verein hatte das Thema von der „Not der geistigen Arbeiter“ unter dem Gesichtspunkte der Wirkungen der Inflation gewählt, die bei den geistigen Arbeitern vielleicht am stärksten fühlbar wurden, weil die geistige Produktion ja nicht unbedingt notwendige Lebensbedürfnisse befriedigt. Es war jedoch nicht zu vermeiden gewesen, daß schon in den Referaten von Siebeck und Bernhard, am wenigsten in dem von Alfred Weber auch Mißstände besprochen wurden, die in der Lage der geistigen Arbeiter auch ohne Inflation als bestehend angesehen wurden. Das trat in der Debatte noch deutlicher hervor. Zu dieser hatten sich, bei diesem Thema in diesem Kreise begreiflich, 22 Mitglieder zu Worte gemeldet, was der Vorsitzende, wohl Eckert — der Stenograph hatte die Namen der verschiedenen jeweils amtierenden Vorsitzenden, außer Diehl, nicht jedesmal festgehalten —, bei Beginn der Aussprache seufzend feststellte. Es sind nachher nur 14 zu Worte gekommen, weil ein Schlußantrag dem Redekampf ein jähes Ende bereitete. Außer bewährten älteren Mitgliedern wie Potthoff, Grünberg, v. Wiese, Tönnies, Lotz und des Themas wegen einmalig auftretenden Versammlungsteilnehmern wie Carbe, Leute (Erfurt), Otto Marcus, der für die bildenden Künstler sprach, Birnbaum und Cl. Heiß, tauchten auch neue Namen auf, die zum Teil

später im Verein noch Bedeutung gewannen, wie Quarck, Gehrig und Rüstow. Die Schlußworte bestanden, wie üblich, in der Verteidigung der Stellungnahmen der Referenten — Siebeck hatte verzichtet —, und besonders das Schlußwort von Alfred Weber machte einen besonderen Eindruck, weil er abschließend zur Rettung das Hineingehen der geistigen Arbeiter in die politischen Parteien empfahl. —

Die Jubiläumsfeier des Vereins sollte nach Herkners Meinung auch durch eine besondere Festschrift ausgezeichnet werden, und zwar erschien es ihm angemessen, daß die wenigen noch überlebenden Teilnehmer der Tagung von 1872 darin das Wort ergriffen. Er fand dafür bei Brentano, Knapp und Ludwig-Wolf Gehör. Brentano steuerte seinen Artikel bei, den er 1897 zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum des Vereins am 9. Juli im Feuilleton der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht hatte und dessen Wiedererweckung recht passend war. Knapp lieferte seinen bisher ungedruckten Vortrag vom 23. Oktober 1881 in der Staatswissenschaftlichen Gesellschaft zu Straßburg über den damals kurz zuvor verstorbenen Adolf Held, dessen Wirken im Verein oben ausführlich geschildert wurde. Ludwig-Wolf verfaßte eigens für die Festschrift eine persönliche Erinnerung „Wie ich nach Eisenach kam und was ich dort fand“. Schließlich forderte Herkner noch den Schreiber dieses auf, aus der damaligen Gegenwart des Vereins etwas zur Sprache zu bringen. Auf Grund der vom Schriftführer sozusagen täglich gemachten Erfahrungen von der Unkenntnis der Vereins- und sogar mancher Ausschußmitglieder bezüglich der Einzelheiten beim Zustandekommen der Vereinsschriften erschien es mir richtig, einmal im Zusammenhange über dieses Thema zu schreiben. Es flossen dabei unwillkürlich pädagogische Absichten ein. Die Festschrift umfaßte nur 72 Druckseiten. Sie wurde für die Versammlungsteilnehmer in der Ausstattung der Vereinsschriften besonders gedruckt, ist aber auch dem Verhandlungsbande (163) einverleibt worden. —

Es würde an der Schilderung der Jubiläumstagung des Vereins etwas fehlen, wenn nicht noch erwähnt würde, daß sie sich auf dem Hintergrunde von Streitigkeiten über organisatorische und persönliche Veränderungen im Verein abspielte. Den Anstoß zu diesen Streitigkeiten gab die Denkschrift über eine „Kongreßorganisation“, die Jahn, damals Professor der Nationalökonomie an der Technischen Hochschule in Braunschweig, etwa im April 1922 an die nationalökonomischen Dozenten verschickt hatte und die dadurch auch an den Vorstand des Vereins gelangt war. Es war darin auch der Verein in wichtiger Weise berührt. In dieser Denkschrift war der Plan entwickelt, die verschiedenen ungefähr auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft in Deutschland bestehenden Vereinigungen unter einer Dachgesellschaft zusammenzufassen. Die

Denkschrift nannte folgende Vereinigungen: 1. die Gesellschaft für Soziologie; 2. die Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung; 3. den Verein für Sozialpolitik; 4. die Vereinigung für Betriebswirtschaftslehre; 5. die Deutsche Statistische Gesellschaft; 6. die Sozialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft. Vom Verein für Sozialpolitik erwähnte die Denkschrift den oben mitgeteilten Entschluß des Ausschusses vom 18. Oktober 1921, innerhalb des Vereins eine besondere „Sektion für theoretisch-wirtschaftliche und soziologische Forschung“ zu schaffen, und fuhr dann fort: „Eine anscheinend starke Gruppe von Mitgliedern strebt an, den Verein aus Anlaß seines 50jährigen Bestehens feierlich zu begraben und an seine Stelle eine mehr zeitgemäße Gründung zu setzen. Die Sache ist so gedacht, daß der Verein mit völlig neuer Satzung in eine ‚Gesellschaft für Sozialwissenschaft‘ umgewandelt wird, die im wesentlichen nur noch aus Sozialökonomien bestehen soll. Andere endlich sind der Ansicht, daß trotz dieser Bestrebungen alles beim alten bleiben dürfte. Es ist jedoch schwer zu sagen, welche Gruppe auf der Jubiläumstagung die Oberhand gewinnen wird.“ Eifrig für diese Pläne setzten sich ein Goebel, Professor der Nationalökonomie an der Technischen Hochschule in Hannover, von älteren Vereinsmitgliedern Adolf Günther und Mann. Dahinter standen, soweit es sich für den Vorstand feststellen ließ, Elster, einst Mitglied des Vereins und sogar des Ausschusses (siehe oben S. 59), später ob seines persönlichen Gegensatzes zu Schmoller ein Bekämpfer des Vereins, und Waentig, der nach der Revolution von 1918 sich der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen hatte und Oberpräsident der Provinz Sachsen geworden war. Goebel, Jahn und Waentig nahmen im Mai und Juni 1922 persönlich in dieser Angelegenheit mit Mitgliedern des Vereinsvorstandes Fühlung. Jahn hatte daraufhin seiner Denkschrift, namentlich bezüglich des Vereins für Sozialpolitik, eine andere Fassung gegeben, die unter anderem zugab, daß das Interesse am Verein in letzter Zeit wesentlich gestiegen sei, was in einem besonderen Besuche seiner Generalversammlungen und einer wesentlichen Erhöhung der Zahl seiner Mitglieder zum Ausdrucke gelangt wäre.

Es war für den Vereinsvorstand leicht zu erkennen, daß in dem Antrag Jahn ein Konfliktstoff für die nächste Ausschußsitzung steckte, die im Anschluß an die Generalversammlung abzuhalten war. Ohnehin war in dieser Sitzung das Nähere über die theoretische „Sektion“ zu beschließen, und es lagen auch Anregungen vor, noch für andere Einzelgebiete solche „Sektionen“ zu schaffen, auch der Antrag Jahn sah von sich aus schon solche für die Wirtschaftspolitik, für Sozialpolitik und für Finanzwissenschaft nebst Finanzpolitik vor. Somit erschien es fraglich, ob der Verein und sein Hauptausschuß dann die Einheit des Vereins bei Durchführung

solcher Zerlegungspläne würde aufrechterhalten können. Die Hauptgefahr bestand dabei für die Vereinsfinanzen, wenn nunmehr, wie zu erwarten, die „Sektionen“ einen großen Schaffensdrang bei der Veröffentlichung neuer Vereinsschriften entwickeln würden. Es lag für den Vereinsvorstand etwas Anstößiges darin, daß bei einer etwaigen Annahme des Antrags Jahn durch die „Kongreßorganisation“ auch noch von außen oder von oben her in diese inneren Organisationsfragen des Vereins unvermeidlich eingegriffen worden wäre. Auch war zu befürchten, daß der Verein allein der unter normalen Umständen — die fortschreitende Inflation gefährdete ihn freilich hierin — einzige Zahlungsfähige unter den zusammenzuschließenden Vereinigungen gewesen wäre, der für die Dachgesellschaft hätte zinsen müssen. In gewissem Grade anstößig für den Vorstand war es daneben, daß die Bestrebungen auf Eingliederung des Vereins in eine übergeordnete Organisation von Personen ausging, die als Vereinsmitglieder ganz neu waren. Jahn war erst am 14. Oktober 1921, Waentig am 26. April und Goebel sogar erst am 21. September 1922 dem Verein beigetreten. Elster trat überhaupt nicht wieder bei, war aber auf der Eisenacher Tagung als Gast anwesend. Da auch Anträge auf Änderung des Vereinsnamens vorlagen, die überwiegend darauf hinausliefen, den Verein zu einem rein wissenschaftlichen zu machen, hauptsächlich deshalb, weil die großen politischen Veränderungen infolge der Revolution von 1918 die Auffindung und Festhaltung einer einigermaßen einheitlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Linie durch den Verein sehr erschwerten, war hier ein neues Moment für Konflikte in der Ausschußberatung gegeben. An aufgezogenen Wolken für die Leitung des Vereins war demnach kein Mangel.

So stießen denn auch die Meinungen in der Ausschußsitzung vom 19. September 1922 in Eisenach vielfach recht scharf aufeinander. Zur Beschwörung der Gefahren für den Verein durch die Sektionsbildung legte der Vorstand „Richtlinien“ vor, die angesichts der hervorgetretenen Bestrebungen nicht nur auf die schon beschlossene theoretische Sektion, sondern allgemein auf die Errichtung solcher Sektionen zugeschnitten waren. Enthielt doch die Einladung zur Ausschußsitzung, abgedruckt in der Einladung zur Generalversammlung, schon den Punkt 3 der Tagesordnung: „Gründung und Besetzung ständiger Unterausschüsse für theoretische Forschung, gegebenenfalls auch für Wirtschaftspolitik und Finanzwissenschaft“. Darin wurde schon vorsorglich die Bezeichnung „Sektion“ durch die Bezeichnung „Ständiger Unterausschuß“ ersetzt und außerdem wurden darin neben großer Bewegungsfreiheit dieser Unterausschüsse im Beratungsstadium ihnen eine genaue Unterrichtung des Hauptausschusses — dieser Name wurde jetzt eingebürgert — zur Pflicht

gemacht und ihre Beschlüsse, soweit sie Kosten für den Verein verursachten, an die Genehmigung des Hauptausschusses gebunden. Die Erörterung über die Errichtung solcher Ständiger Unterausschüsse wurde erschwert und wohl auch verwirrt dadurch, daß in sie der 4. Punkt der Tagesordnung hineingezogen wurde, der da lautete: „Bericht und Beschlußfassung über die Naumburger Tagung, betreffend die Gründung einer Vereinigung der wirtschaftswissenschaftlichen Dozenten und eines Allgemeinen Volkswirtschaftlichen Kongresses.“ Trotz aller Mühe gelang es Herkner nicht, die Redner zum Auseinanderhalten der Punkte zu veranlassen. Es läßt sich jetzt immerhin erkennen, daß sich die Gegner der „Richtlinien“ aus drei Gruppen zusammensetzten: 1. aus denjenigen, die die Einrichtung von Ständigen Unterausschüssen überhaupt für überflüssig hielten; 2. aus solchen, die aus Sorge vor der Konkurrenz der künftigen Dozentenvereinigung oder des Kongresses eine grundsätzliche „Umwandlung“ des Vereins wünschten, wobei übrigens die Richtung dieser Umwandlung nicht klar erkennbar wurde; 3. aus solchen, die dem Anschein nach das Verschwinden des Vereins, vielleicht seine Aufsaugung durch den geplanten Kongreß oder auf anderem Wege wünschten. Das Ergebnis war jedenfalls, daß die „Richtlinien“ des Vorstandes mit einer Mehrheit von 16 gegen 15 Stimmen bei 12 Stimmenthaltungen abgelehnt wurden.

Ein positiver Erfolg war immerhin, daß die Änderung des Vereinsnamens abgelehnt und die Beschlußfassung über die Beteiligung des Vereins an der Gründung einer Dozentenvereinigung und an einem Allgemeinen Volkswirtschaftlichen Kongreß auf die Zeit nach der Konstituierung der Dozentenvereinigung vertagt wurde.

Erregte Gespräche und Erörterungen über die Beschlüsse der Ausschußsitzung vom 19. September gingen vor und während des ersten Tages der Generalversammlung am 20. September in den Pausen und noch während der Verhandlungen in den Vorzimmern weiter und führten zu einer gewissen Klärung der Standpunkte. In der Mittagspause fand die übliche Sitzung des Rumpfausschusses statt, in der der gewählte Ausschuß und der Vorstand sich konstituierte und die bisherigen Kooptationen erneuert wurden. Außerdem hatte sich Herkner entschlossen, zur Besänftigung der Gemüter einen gewaltigen Pairsschub durch eine massenhafte Neukooptation vorzunehmen. Zu den bisherigen 79 Kooptierten kamen 41 Neukooptierte hinzu, so daß der Ausschuß mit den 24 gewählten jetzt im ganzen aus 144 Mitgliedern bei rund 700 Vereinsmitgliedern bestand.

In einer sehr zahlreich besuchten Abendsitzung des Ausschusses am gleichen Tage brachte Eckert den Antrag ein, die Erörterung über die

Einrichtung Ständiger Unterausschüsse und die Richtlinien des Vorstandes noch einmal aufzunehmen, indem er den Sinn der Richtlinien nochmals erläuterte. Dieser Antrag fand Zustimmung. Die Erörterung war kurz. Es sprachen außer Herkner nur vier Mitglieder. Dann wurden diesmal die „Richtlinien“ des Vorstandes gegen eine ganz kleine Minderheit angenommen. Es wurden auch sogleich zwei Ständige Unterausschüsse gebildet, einer für theoretisch-wirtschaftswissenschaftliche und soziologische Forschung unter dem Vorsitz von Diehl und einer für Finanzwissenschaft unter dem von Lotz.

28. Die Stuttgarter Tagung von 1924

Aus den Eisenacher Ausschußsitzungen von 1922 ist noch nachzutragen, daß dort ergangenen Anträgen gemäß ein Studiausschuß unter Herkner niedergesetzt wurde zur Prüfung der Frage, ob der Verein eine außerordentliche Tagung unter Zuziehung von Nichtvereinsmitgliedern und Ausländern zur Erörterung des „Reparationsproblems“ einberufen solle. Über eine Tätigkeit dieses Studiausschusses hat sich nichts feststellen lassen. Auch ein Unterausschuß unter Sering wurde gebildet, der die Möglichkeit der Veranstaltungen von Untersuchungen über „Produktionsverfall und Sozialpolitik“ prüfen sollte. Über Beratungen dieses Unterausschusses liegen ebenfalls keine Zeugnisse vor.

Überhaupt schweigen die Akten über das verhängnisvolle Jahr 1923 fast völlig. Die Inflation, die in diesem Jahre mit deutscher Gründlichkeit fortschritt, bis die Papiermark den Wert eines Billionstels der Goldmark erreichte, entmutigte alle Mitglieder bis zur fast völligen Untätigkeit.

Einzig der neue Unterausschuß für Finanzwissenschaft unter Lotz, der sich noch in Eisenach in einer Sitzung vom 21. September 1922 konstituiert und über ein Arbeitsprogramm beraten, auch am 10. Oktober gleichen Jahres dieses Arbeitsprogramm in eine festere Gestalt gebracht hatte, blieb in einer regeren Tätigkeit. Die Geldentwertung und ihr Verhältnis zur Besteuerung nahm darin den breitesten Raum ein, und die Schriftenbände 168, I—IV, wuchsen als „Finanzwissenschaftliche Untersuchungen“ daraus hervor. Am 16. Oktober 1923, also kurz vor der Stabilisierung, trat dieser Unterausschuß sogar noch einmal zusammen. Ihn beschäftigte dabei vornehmlich „das am Tage zuvor vom Reichskabinet beschlossene Gesetz, betreffend die neue Währung (Rentenmark)“, wie es im Protokoll heißt. Die genannten Schriftenbände sind erst 1924 und 1928/29 erschienen.

Von den Vereinsschriften waren im Jahre 1923 die Untersuchungen über „Währung, Zahlungsbilanz und die Stabilisierungsfrage“, später

meist kurz „Valutaenquete“ genannt, in den Bänden 164, I—II, 165, I bis II, erschienen. Die Vereinsmittel hätten von sich aus diese Weiterführung nicht gestattet. Sie war nur möglich durch die persönlichen Opfer eines ausländischen Vereinsmitgliedes, das sozusagen die Rechnungen des Verlags bezahlte (Somary).

Der Vorstand hielt am 23. Juli 1923 eine Besprechung ab. Zwar erörterte er die Möglichkeit einer Ausschußsitzung in der Mitte des Oktobers, wollte sich aber erst bei Diehl und Lotz erkundigen, ob auch die neuen Ständigen Unterausschüsse das Bedürfnis nach Abhaltung von Sitzungen empfänden. Die eben erwähnte Lotzsche Sitzung war das einzige, das praktisch zustande kam. Auch der Gedanke an eine Generalversammlung im Jahre 1924 wurde erwogen und als Ort dafür Stuttgart unverbindlich in Aussicht genommen. Doch geschah das alles ohne rechtes Vertrauen, zumal der Schatzmeister mitteilte, daß die Beiträge nur etwa zur Hälfte eingegangen wären, vielerseits um Aufschub der Zahlung gebeten worden sei, zahlreiche Austritte drohten. Bemerkenswert ist vielleicht noch, daß Herkner bei dieser Besprechung zwei sehr scharfe Briefe Brentanos erwähnte, die dieser an Herkner wegen seines Aufsatzes in „Der Arbeitgeber“ (Jg. 13, Heft 3, S. 34—36) mit dem Titel „Sozialpolitische Wandlungen in der wissenschaftlichen Nationalökonomie“ geschrieben hatte. Der Aufsatz hatte lebhafteste Einsprüche bei der Gewerkschaftspresse hervorgerufen. Jedenfalls lagen im Sommer 1923 die Dinge so, daß die Erschütterung aller Lebensverhältnisse durch die Hochinflation den Verein ein Jahr nach seiner Jubiläumstagung mit dem Absterben bedrohte.

Das „Wunder der Rentenmark“, bei Lichte betrachtet: die endgültige Annullierung aller Schuldforderungen — die spätere „Aufwertung“ war, abgesehen höchstens von den Hypotheken, ein Hohn —, half dem Verein wieder auf die Beine, weil das Ende mit Schrecken, das den Schrecken ohne Ende ablöste, auch hier immerhin Raum für neuen Mut schuf. Schon Ende Januar 1924 entschloß sich Herkner zur Einberufung einer Sitzung des Hauptausschusses und bald darauf wurde zu dieser auf den 12. März 1924 eingeladen.

Die Sitzung war mit 32 Personen verhältnismäßig gut besucht und spielte sich nach den üblichen Punkten der Tagesordnung ab. Der Punkt „Finanzlage des Vereins“ war diesmal besonders wichtig. Es heißt darüber im Protokoll:

„Der Herr Schatzmeister, Exz. v. d. Leyen, berichtet über die Schwierigkeiten, die sich aus der zuletzt rasend fortschreitenden Geldentwertung für das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben ergeben hätten. Die Einnahmen aus den Beiträgen im vorigen Frühjahr wären bald zur Bedeutungslosigkeit zusammengeschumpft, und noch schneller seien die Erträge der Umlage im Herbst wertlos geworden. Im Dezember habe man aus Mangel an

Mitteln die Druckerarbeiten an den Schriften stilllegen müssen. Sehr viele Mitglieder hätten schon die Beiträge, weitere dann auch die Umlage nicht bezahlt. Um die Jahreswende habe man die Mitgliederzahl des Vereins als auf etwa die Hälfte zurückgegangen ansehen müssen. Die Meinungsverschiedenheiten mit dem Verlag bei der Begleichung der Rechnungen wären zuweilen groß und verstimmend gewesen. Ende Januar 1924 aber habe dann der Schatzmeister im Hinblick auf die beruhigteren Geldverhältnisse ein systematisches Mahnverfahren durchgeführt, das von überraschendem Erfolge gewesen sei: der Verein habe heute gut zwei Drittel seiner früheren Mitgliederzahl zurückgewonnen, auch einige Spenden seien ihm zugegangen. Vor allem habe Herr Somary neuerdings wieder einen größeren Betrag zur Verfügung gestellt. So habe man denn seit einigen Wochen die Drucklegung wieder in Gang setzen können.

Was die Beiträge im neuen Vereinsjahr anbelangt, so könne ja satzungsgemäß der Ausschuß nur einen vorläufigen Beschluß fassen unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Generalversammlung. Es empfehle sich eigentlich, den Beitrag so hoch zu bemessen, daß die spätere mühselige und kostspielige Ausschreibung einer Umlage überflüssig würde. Aber der Vorstand glaube mit seinem Vorschlag über eine Beitragshöhe von 10 Goldmark für persönliche Mitglieder und Seminare und 15 Goldmark für körperschaftliche Mitglieder nicht hinausgehen zu sollen, um nicht den Mitgliederbestand von neuem zu gefährden.

Zuletzt erklärt der Herr Schatzmeister, daß er in Rücksicht auf seine hohen Jahre mit dem Ablauf des Vereinsjahres sein Amt als Schatzmeister niederlegen müsse. Er wird aber in der nächsten Ausschußsitzung den Rechnungsabschluß, der jetzt noch nicht möglich sei, gern vertreten.

Der Ausschuß stimmt dem Vorschlage des Vorstandes bezüglich der Beitragshöhe zu.

Der Vorsitzende dankt hierauf nicht nur für den Bericht des Schatzmeisters, sondern auch in den wärmsten Worten für seine aufopfernden Dienste während fast eines Jahrzehnts und schlägt dem Ausschusse vor, Exz. v. d. Leyen zur Bezeugung des Dankes zum stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen, um seinen Rat dem Verein ständig zu erhalten.

Die Wahl wird einstimmig vollzogen, wofür der Gewählte herzlich dankt.“

Zum Schatzmeister wurde darauf Wagemann gewählt.

Von den noch im Gange befindlichen Untersuchungsreihen wurde festgestellt, daß die „Konsumvereinschriften“ dicht vor dem Abschluß ständen. In der Tat erschienen die Teile IV und V des Bandes 150 noch im Jahre 1924. Auch bei den Schriften über „Preisbildung“ ergab sich die Hoffnung auf baldigen Abschluß. Dagegen war die sogenannte „Valutaenquete“ noch im Flusse. Die Herausgeber ihrer verschiedenen Teile machten geltend, die fast täglich veränderte Lage der Entwicklung im Währungswesen so ziemlich aller Länder hindere das Entstehen währungspolitischer Arbeiten ganz außerordentlich. Daraufhin beschloß der Ausschuß, von einer Vermehrung dieser Arbeiten abzusehen und auch die währungshistorischen Arbeiten bis Ende des Jahres abzuschließen.

Zum Ort der Generalversammlung im Herbst entschied sich der Ausschuß unter den vorliegenden Einladungen für Stuttgart. Schwierigkeiten machte die Auffindung von zugkräftigen Themen für die Generalversammlung. Eine Vorbereitung durch Schriften lag nur für das Thema der „Valutafrage“ vor. Doch erschien dies als ein Thema für Spezialisten und daher wurde dieses Thema auf den dritten Verhandlungstag gelegt und als Thema einer gemeinsamen Erörterung in den beiden Ständigen Unterausschüssen für Theorie und Finanzwissenschaft behandelt, zu der aber alle Tagungsteilnehmer Zutritt haben sollten. In der Hauptsache wurden sozialpolitische Themen, auch ohne Schriftenvorbereitung für notwendig gehalten. Nach Besprechung vielfacher Vorschläge in dieser Richtung entschied sich der Ausschuß an erster Stelle für ein einleitendes Referat Sombarts über „die Idee des Klassenkampfes“ und an zweiter für ein ebensolches von Eulenburg über „die sozialen Wirkungen der Währungsverhältnisse“. Diesem Programm ist denn die Einladung zur Tagung auch gefolgt.

Für neue Schriften fand unter den zahlreich eingegangenen und in der Sitzung vorgebrachten Vorschlägen nur der auf Untersuchungen über die „Handelspolitik“ Annahme. Ein Unterausschuß unter Eulenburg wurde gewählt, der in der nächsten Sitzung einen Arbeitsplan vorlegen sollte.

Die Stuttgarter Generalversammlung füllte die Tage vom 24. bis 26. September 1924. In der ihr vorangegangenen Sitzung des Hauptausschusses wurde ein Beschluß gefaßt, der von der bisherigen Übung im Verein zum ersten Male abwich, indem sozusagen über Nacht ein viertes Thema für die Verhandlungen eingeschoben wurde, nämlich das der künftigen deutschen Handelspolitik. Zwar war, wie gesagt, in der März-sitzung des Ausschusses die Handelspolitik zum Thema für neue Schriften bestimmt und dafür ein Unterausschuß gebildet worden, doch waren dessen Arbeiten in den wenigen Monaten noch nicht so weit gediehen, daß vorbereitende Schriften vorlagen. Herkner war jedoch der Meinung, daß einige gründliche Referate einen ausreichenden Ersatz bilden könnten. Es fehlte nicht ganz an Widerspruch gegen ein solches Vorgehen, aber die Befürworter waren in der Mehrheit, und so kam es zu dem Beschlusse, die nötige Zeit für das zusätzliche Thema dadurch zu gewinnen, daß die Verhandlungen über die sozialen Wirkungen der Inflation auf den Vormittag des zweiten Verhandlungstages beschränkt wurden, damit der Nachmittag für die handelspolitische Erörterung freibleibe.

Dieses Interesse für das handelspolitische Thema erklärte sich nicht nur daraus, daß der Streit zwischen Freihändlern und Schutzzöllnern immer in den Gemütern lebendig war, sondern es lag auch noch der aktuelle Anlaß vor, daß mit dem Jahre 1925 Deutschland die Freiheit für

die Gestaltung seiner Zollpolitik wiedergewann, die bis dahin durch das Versailler Diktat auf den Stand vom 31. Juli 1914 gebunden gewesen war.

Die Eröffnungsrede Herknerns brachte einen elegischen Rückblick auf die auch für den Verein traurigen Zeitverhältnisse seit der Eisenacher Jubiläumstagung. Auch gedachte er des Todes von Eberhard Gothein. Für die damalige objektive Lage und subjektive Stimmung war lehrreich, was Herkner zur Begründung der beiden sozialpolitischen Themen der Tagung vorbrachte. In der inneren Politik des Reiches war unverkennbar die große Stärkung der Interessenverbände, sowohl auf der Unternehmer- wie auf der Arbeiterseite, seit dem Umsturz von 1918 hervorgetreten, und dazu war nun noch die Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Annahme der Reparationen nach dem Dawesplan gekommen. Zweifel an der Angemessenheit der deutschen Sozialpolitik und an ihrer weiteren Durchführbarkeit waren erhoben worden, und Herkner selbst hatte sich daran beteiligt, es wurde von einer „Krisis der Sozialpolitik“ gesprochen. Daraus leitete Herkner die Verpflichtung für den Verein ab, diesmal wieder sozialpolitische Themen mit aller Sachlichkeit und Wahrheitsliebe zu behandeln.

Das Referat Sombarts über „die Idee des Klassenkampfes“ war sorgsam durchdacht und stützte sich auf sein zweibändiges Werk „Der proletarische Sozialismus (Marxismus)“, das bald nach der Vereinstagung erschien und die letzte Form einer früheren Schrift über „Sozialismus und soziale Bewegung“ (in erster Auflage 1896 erschienen) darstellte. Aus seinen Ausführungen muß hier als das Wesentliche herausgefaßt werden, daß er einer früheren, relativen Klassenkampftheorie, die das Vorhandensein von Klassenkämpfen in der Geschichte gelehrt und gewisse Erscheinungen mit ihnen erklärt hatte, eine verabsolutierte Klassenkampftheorie gegenüberstellte, die nichts Geringeres behauptete, als daß alle Geschichte überhaupt nur aus Klassenkämpfen bestehe. Die letztere Form der Theorie sei die, die durch Karl Marx welthistorische Bedeutung erlangt habe und deshalb eigentlich allein für eine Erörterung in Betracht komme. Da nun Sombart zuletzt dazu übergang, die Theorie nicht nur auf ihre geschichtliche „Richtigkeit“ und ihre „Wahrheit“ (als Übereinstimmung mit den Grundwahrheiten des menschlichen Geistes), sondern auch auf ihren ethischen „Wert“ zu prüfen, hatte er der Diskussion erst das eigentliche Stichwort gegeben. Denn diese Prüfung fiel für die Klassenkampftheorie vernichtend aus. Der Meinungsstreit zog sich bis abends 7 Uhr hin. Dabei kamen nur zehn Debatterredner zu Worte, und die letzten mußten sich schon kurz fassen. Daraus ergibt sich die Tatsache, daß die ersten Redner sich sehr umfangreich äußerten. Doch Korreferate entstanden daraus nicht, der Charakter als Entgegnung auf Sombarts Thesen blieb ständig

gewahrt. Das gilt für Grünberg, Mitscherlich und Goldscheid. Grünberg wollte Sombarts Verurteilung der Theorie ins Lächerliche ziehen und die Theorie in vollem Umfange aufrechterhalten, Goldscheid sie wenigstens in Teilen retten, während Mitscherlich an eine bereits von selbst eintretende Entgiftung des zeitgenössischen Klassenkampfes glaubte. Der Führer des Holzarbeiterverbandes Tarnow polemisierte wenig glücklich gegen Sombart. Besser schon der christliche Gewerkschaftler Andre und der badische Arbeitsminister Dr. Engler, ein Sozialdemokrat. Von den Gelehrten suchte v. Wiese den Klassenbegriff soziologisch aufzulösen und die Hereintragung von Religion und Metaphysik in die Wissenschaft abzuwehren, v. Gottl führte als vermeintlich erlösendes Prinzip den „Fordismus“ ein in dem Sinne, den er diesem Worte in einer besonderen Schrift gegeben hat. Alexander Rüstow, der viel Anerkennung für Sombarts Wendung ins Religiöse aufbrachte, aber ebenso wie zuletzt Harms bestritt, daß es eine absolute Klassenkampftheorie gäbe, brachte nachdenkliche Noten hinzu. Harms ließ sogar die Hoffnung auf eine Rückwendung der allgemeinen Einstellung zu einem gewissen Individualismus anklingen. Doch Sombart richtete im Schlußworte, die Einwände fast aller Debatterredner im einzelnen zurückweisend, noch einmal die grundlegenden Sätze seines Vortrags nachdrücklich auf. Es war eine der fesselndsten Diskussionen, die im Verein stattgefunden hat. Brentano, der nicht anwesend war, hat ein Fehlurteil gefällt, wenn er sein Wort² von „Vorträgen, die nur die Eitelkeit des Vortragenden zeigen“, etwa auf dieses Referat Sombarts bezogen wissen wollte.

Nicht minder bedeutsam war das Referat zum zweiten Thema der Tagung, die „sozialen Wirkungen der Währungsverhältnisse“. Die fachwissenschaftliche Literatur zur Inflation zeigt, daß sie fast völlig auf die geldtheoretische und finanzpolitische Seite eines wirtschaftsgeschichtlichen Ereignisses von so katastrophalem Ausmaß beschränkt geblieben ist. Schon deshalb wird es ein Verdienst des Vereins bleiben, hier eingesetzt zu haben. Und der Referent, Eulenburg, ist der Unbeliebtheit, in die ihn seine Feststellungen leicht versetzen konnten, nicht ausgewichen. Es wollte damals etwas sagen, wenn jemand von der „Tatsache der Verarmung Deutschlands überhaupt“ sprach. Eulenburg nahm die bestehenden sozialen Schichten kurz im einzelnen durch. Indem er theoretisch richtig davon ausging, daß die Annullierung aller Schuldforderungen — den darin liegenden offenen Rechtsbruch hob er deutlich hervor — gleichzeitig alle Gläubiger zu Verlierern und alle Schuldner zu Gewinnern machte und innerhalb der besitzenden Klassen zwischen restlos verlorenem

² Brentano, Mein Leben, S. 401/2.

Geldkapitalbesitz und gerettetem Sachbesitz unterschied, kam er zu dem Ergebnis, daß damals im wesentlichen die Unternehmer als Besitzer der Produktionsmittel und die Arbeiter als Nutznießer durch ständige Beschäftigung bei schwindelhaft flottem Geschäftsgange die Gewinner, alle übrigen, besonders der nach Schmoller „neue Mittelstand“ der freien Berufe, der Angestellten und Beamten, die Verlierer gewesen seien. Die Folgerung, daß Unternehmer und Arbeiter somit an der Fortdauer der Inflation interessiert gewesen waren, weil sie sich vor den Schmerzen einer Stabilisierung oder Deflation gefürchtet hatten, zog er allerdings noch nicht. Beide Schichten waren aber damals politisch allein einflußreich, woraus sich Dauer und Gründlichkeit des deutschen Währungsverfalls letzten Endes erst erklärt. Wenn Eulenburg auch den städtischen Grundbesitz zu den Gewinnern zählt, dann ist übersehen, daß diesem noch vom Kriege her jede wirtschaftliche Bewegungsfreiheit genommen war, wenn auch gelegentlich vermerkt wird, daß der Arbeiter in wenigen Arbeitsstunden die monatliche Miete zu verdienen vermochte. Auch bei der Bankokratie, die Eulenburg als geschwächt ansah, ist wohl nicht genügend in Ansatz gebracht, daß diese am leichtesten in der Lage war, sich durch Anleihen im Auslande neues Betriebskapital und damit Gewinn, wenn auch nach Abzug hoher Zinsen, zu verschaffen. Doch sind das nur kleine Verschiebungen im Gesamtbilde. Vor allem ist die Berührung lehrreich, die in diesem Referat sich mit dem von Alfred Weber auf der Eisenacher Tagung des Vereins von 1922 über die Not der geistigen Arbeiter ergibt.

Die zugunsten des improvisierten Themas stark abgedrosselte Debatte brachte eigentlich nur bei Lotz eine Ergänzung, sie drohte bei Spitzmüller, Eucken und Hahn wieder ins Geldtheoretische hinüberzugleiten. Den Gewerkschaftler Umbreit und Dr. Landauer interessierte mehr die Lage der Arbeiter in Zukunft als in der Zeit während der Inflation. Es fehlte natürlich bei mehr zufällig aufgetauchten Versammlungsteilnehmern auch nicht an naiven Vorwürfen für den Verein, daß er die Inflationspolitik des Reiches nicht verhindert habe.

Am Nachmittag des 25. September 1924 begann dann die eingeschobene Verhandlung über die zukünftige deutsche Handelspolitik. Die Vereinsleitung hielt es hierbei für geboten, von dem Grundsatz abzuweichen, daß alle Verhandlungen durch Schriften vorbereitet werden sollten. Denn nach der Annahme des Dawesabkommens (August 1924) und bei der bevorstehenden Wiedererlangung der deutschen handelspolitischen Selbständigkeit (Januar 1925) waren für das kommende Jahr die entscheidenden Gesetzesvorlagen und Verhandlungen zu erwarten, und wenn man die bereits eingeleitete Veröffentlichung über die neuen Grundlagen der deutschen Außenhandelspolitik abgewartet hätte, wäre

erst 1926, also post festum, eine Aussprache möglich gewesen. Man wollte aber — wie auch Adolf Weber bei der Übernahme des Vorsitzes an diesem Tage aussprach — rechtzeitig Stellung nehmen, um so auf den Gang der Ereignisse einzuwirken.

Sering als erster Referent suchte aus den Untersuchungen des ihm unterstellten Forschungsinstituts für Agrar- und Siedlungswesen über den Weltmarkt für landwirtschaftliche Erzeugnisse „eine Synthese zu geben, um eine sichere Stellung zu den brennenden Fragen der Handelspolitik zu gewinnen“. Er ging aus von der Betrachtung der sogenannten „Preisschere“, das heißt von der Tatsache, daß der Stand der Preise bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen gegenüber denen der industriellen im Vergleich zur Vorkriegszeit weit zurückgeblieben war. Die entscheidende Ursache hierfür sah er nicht auf der Angebotseite, auch nicht in der Stärke des Vermittlerapparates oder der Machtstellung der organisierten Industriearbeiter oder -unternehmer, noch in der größeren Elastizität von Produktion und Absatz in der Industrie. Diese Erscheinungen waren ja auch vor dem Kriege schon mehr oder weniger ins Gewicht gefallen. Vielmehr zeigte Sering vermittels der „Theorie von der ausgeplünderten Stadt“, daß die Ursachen der Agrarkrise auf der Nachfrageseite lägen, und daß es sich in Wahrheit um eine Krisis der Weltwirtschaft handle. Nun lagen die Dinge so, daß durch das Versailler Diktat die deutschen Zollsätze auf den Stand des Zeitpunktes des Kriegsausbruchs gebunden und dem Deutschen Reiche einseitige Meistbegünstigung auferlegt worden war. Dabei waren die Industriezölle immerhin aufrechterhalten worden, während Deutschland während der Kriegsblockade aus naheliegenden Gründen die Agrarzölle aufgehoben und auch nach Beendigung der Blockade wegen der andauernden Ernährungsschwierigkeiten nicht wieder eingeführt hatte. In Anbetracht dieser Lage empfahl Sering den Übergang Deutschlands zum grundsätzlichen Freihandel, also auch die Aufhebung der Industriezölle. Zugleich forderte er die Aufhebung der Umsatzsteuer, die für die Industrie durch Vertikalkonzentration sehr viel leichter zu vermeiden war als für die Landwirtschaft, und eine Verbilligung der landwirtschaftlichen Betriebsmittel, namentlich des Stickstoffs. Als Rüstzeug für Handelsvertragsverhandlungen wollte Sering freilich die Agrar- und Industriezölle beibehalten, um Deutschland nicht aller Kompensationsobjekte zu berauben. Er war aber bereit, sie soweit in Kauf zu geben, daß praktisch annähernd ein freihändlerischer Zustand erreicht würde. So weit wie Sering gingen nun die Korreferenten Eckert und Harms in ihren Forderungen nicht. Eckert nahm das preußische Zollgesetz von 1818 zum Muster, das der Welt das Beispiel für eine liberale Zollpolitik gegeben hatte, und nahm offenbar an, daß diesmal die übrige

Welt dem deutschen freihändlerischen Vorbild in vollständigerem Umfange als damals folgen und damit die Lage Deutschlands wesentlich erleichtern würde. Harms wandte sich gegen eine Wiedereinführung von Agrarzöllen und betonte, daß dann grundsätzlich auch nicht der Industriezoll als Rest des ehemaligen Solidaritätssystems übrigbleiben dürfe. Er verwarf jede Erhöhung der Industriezölle, bezeichnete aber auch ihre plötzliche Aufhebung als einen Fehler. Die Auffassung von der Pflicht Deutschlands, die Rolle des Pioniers für eine „weltwirtschaftliche Verkehrsfreiheit“ zu spielen, teilte er mit Eckert. Gothein brachte viele Einzelheiten vor, die dazu bestimmt waren, die Ungangbarkeit des Weges von Zollerhöhungen für Agrar- und Industrieerzeugnisse zu erweisen und schrieb, sich enger an Sering anschließend, einem neuen deutschen Zolltarif die Aufgabe zu, keinesfalls der Industrie einen Schutz zu gewähren und die Preise zu erhöhen, sondern lediglich als Verhandlungsgrundlage zu dienen, um eine größere Freiheit des Verkehrs mit anderen Staaten herbeizuführen.

Die Referate hatten die Zeit bis abends 7½ Uhr gefüllt, so daß danach die Sitzung geschlossen werden mußte. Für die Debatte wurde daher am nächsten Morgen eine Stunde von den Verhandlungen über das Währungsproblem abgezweigt. Sie spielte sich demgemäß in Gedrängtheit ab. Diehl und Fuchs begründeten ihre der Tendenz der Referate entgegengesetzte Meinung, besonders bezüglich der Agrarzölle, Diehl unter besonderer Kritik an der ohnehin schon zu weit entwickelten Industrialisierung Deutschlands. Beide hatten auch die Kundgebung der 107 Hochschullehrer (nicht des Vereins als solchen)³ nicht unterschrieben. Lotz suchte einen vermittelnden Standpunkt einzunehmen, v. d. Leyen wandte sich gegen einzelne Behauptungen Gotheins auf verkehrspolitischen Gebieten. Damit war die Debatte erschöpft. Sering betonte im Schlußwort: er glaube keineswegs an die allgemeinen Segnungen des Freihandels, er empfehle ihn aber in der gegebenen Lage, denn das übervölkerte, seiner Rohstoffquellen und seines großen Außenhandelsapparates beraubte Deutschland müsse das einzige Produktionsmittel, das ihm unbeschränkt zur Verfügung stehe, nämlich die Arbeitskraft, aufs intensivste ausnützen, und es sei unmöglich, die in Deutschland besonders weite Preisschere durch Agrarzölle zu beseitigen.

Hiernach gelangte man zur Verhandlung über „die theoretische und ökonomisch-technische Seite des Währungsproblems“, die, wie gesagt, als eine gemeinsame Veranstaltung der beiden neugeschaffenen „Ständigen Unterausschüsse“ galt, zu der aber alle Versammlungsteilnehmer Zutritt hatten. Daher änderte sich auch zunächst nichts in der Zusammensetzung

³ Sie ist aber im Verhandlungsbande S. 139 ff. abgedruckt!

der Zuhörerschaft: wenigstens die Referate wollten alle Versammlungsteilnehmer hören. Die Referate lagen bei Somary, Palyi und v. Bortkiewicz, von denen die beiden ersteren noch am Vormittag zu Worte kamen. In dem kurzen Referate Somarys mischte sich eine Besprechung der vorbereitenden Schriftenbände (164—167) mit währungstheoretischen und währungspolitischen Betrachtungen. Der Redner trat für das Festhalten an der Quantitätstheorie ein und wies die damals im einschlägigen Schrifttum herrschende Manier, diese Theorie einfach als „naiv“ zu bezeichnen, ausdrücklich als irrig zurück. Er hob die Bedeutung der Währung als des wichtigsten Faktors für die Gemeinsamkeit des nationalen Wirtschaftsverbandes hervor, wie er denn überhaupt die Unzertrennlichkeit der Währungs- und der Wirtschaftsvorgänge im Bewußtsein festhielt, ohne allerdings ein theoretisch vollständiges Bild von dieser Wechselwirkung zu geben. Er sah „die wichtigste volkswirtschaftliche Wirkung der Inflation in der Einschränkung der Produktion“, obwohl man zunächst annehmen sollte, daß die valutarisch bedingte Niedrigkeit der Investitionskosten in Inflationszeiten eine Erweiterung der Anlagen und Steigerung der Produktion hätte begünstigen müssen. Aber die Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit der Investitionskalkulation, namentlich bei lange dauernden Neubauten, habe sich als Hindernis erwiesen. Jetzt bestehe ein hoher Kapitalbedarf, der freilich fast allein durch Auslandsanleihen gedeckt werden könne, und es sei zweifelhaft, ob die an sich hohe Bankrate dauernd Geld heranziehen könne. Ein Hinweis auf die Trennung der Währung vom Staate durch die Dawesgesetzgebung fehlte nicht. Es läge nun alles beim Unternehmertum. Der Korreferent Palyi beschränkte sich auftragsgemäß in der Hauptsache auf den Bericht über die vorbereitenden Schriftenbände und ihre Wertung. Das Referat v. Bortkiewicz' am Nachmittag war dann rein wissenschaftlich-theoretischer Art. „Die Ursachen einer potenzierten Wirkung des vermehrten Geldumlaufs auf das Preisniveau“ war es betitelt und v. Bortkiewicz versuchte nach einer Übersicht über die Meinungen in der Literatur sorgsam den Nachweis zu erbringen, daß Geldvermehrung und Preissteigerung keinesfalls parallel liefen, daß das Mißtrauen in die Währung, die Erwartung immer weiterer Notenemissionen den preissteigernden Einfluß der Geldvermehrung gewaltig verstärke. Zugleich gab sich bei v. Bortkiewicz eine gewisse Ablehnung der Lehre vom Einfluß der gesteigerten Umlaufgeschwindigkeit des Geldes kund.

Der Debatte waren durch die Themen ganz besondere Angriffspunkte geboten, die sie sich auch zunutze machte. Es erschienen v. Mises, Georg Bernhard, Cohen (München), Bräuer (Breslau), Eucken (Berlin), Goldscheid, Hahn, Budge und Moeller in der Arena. Die Kritik

theoretischer Art — hierbei spielte auch die Lehre von Knapp eine Rolle — wurde mit währungspolitischen Betrachtungen vielfach vermischt, und der Streit der Spezialisten über die Art der Stabilisierung hallte in Kritiken an Maßnahmen und an Personen noch einmal vernehmlich nach. Die Schlußworte brachten die üblichen Verwahrungen der Referenten. Herkner gab seiner Meinung Ausdruck, daß die Einrichtung der Ständigen Unterausschüsse jetzt die Feuerprobe gut bestanden habe, worauf Lotz als Vorsitzender unter Dank an die Referenten und Debattertredner erst um 8 $\frac{3}{4}$ Uhr die Verhandlungen schloß.

Geschäftlich hatte die Generalversammlung nach dem Antrag des Schatzmeisters den Beitrag für persönliche Mitglieder und Seminare auf 15, für körperschaftliche Mitglieder auf 25 Goldmark festgesetzt. Die Vorstandswahlen vom 25. September 1924 brachten neben dem Verbleiben Herkners als Vorsitzenden und von Fuchs und Sering im stellvertretenden Vorsitz den Neueintritt von Exz. v. d. Leyen, L. Hartmann und Sombart in den stellvertretenden Vorsitz. Damit trat Hartmann an die Stelle von Hainisch, der nach der Wahl zum Bundespräsidenten von Österreich nicht stellvertretender Vereinsvorsitzender bleiben konnte. Boese und Geibel blieben Schriftführer, Wagemann wurde endgültig zum Schatzmeister gewählt.

29. Die dritte Wiener Tagung von 1926

In der Stuttgarter Ausschußsitzung vom 23. September 1924 am Vortage der Generalversammlung hatte Eulenburg gemäß dem ihm in der Frühjahrsitzung gewordenen Auftrage den Arbeitsplan für neue „Untersuchungen über die Handelspolitik“ vorgelegt. Zwei Bände zu je etwa 25 Druckbogen sollten entstehen, von denen der erste die innerdeutschen Grundlagen für die künftige deutsche Handelspolitik, der zweite die für die Aussichten der deutschen Handelspolitik wichtigsten Auslandstaaten behandeln sollte. Dieser Plan fand im allgemeinen Zustimmung. Es wurden allerdings verschiedene Erweiterungen gewünscht, doch verwies Herkner warnend auf die Rücksicht fordernden Vereinsfinanzen und auf die gebotene Eile. Die Untersuchungen haben dann, wie hier sogleich vermerkt sei, doch einen Umfang von insgesamt 1296 Druckseiten angenommen. Sie wurden unter einer Bandnummer (171) untergebracht und in drei Teile, der dritte Teil in zwei Hälften, gegliedert, wobei zwischen „Deutschland“, dem „Ausland“ und der „Weltwirtschaft“ unterschieden wurde. Das Bedauern des Herausgebers über die nicht erreichte Vollständigkeit und Abrundung dürfte nur bei Messung an dem wissenschaftlichen Ideal berechtigt sein, an sich war das Gebotene bereits sehr reich-

haltig und hinsichtlich der Wichtigkeit erschöpfend. Die ersten beiden Bandteile erschienen bereits 1925, der dritte mit beiden Hälften im Sommer 1926.

Für neue Schriften meldete Diehl als Vorsitzender des Ständigen Unterausschusses für Theorie Arbeiten über den „Begriff des Volksvermögens und des Volkseinkommens“ an, was beifällig aufgenommen wurde, weil hier die erste Tat des 1922 begründeten Unterausschusses hervortrat. Die Anregung Serings aus der letzten Eisenacher Ausschußsitzung, das Thema „Produktionsverfall und Sozialpolitik“ für die Schriften in Angriff zu nehmen, war von dem dafür eingesetzten Unterausschuß bereits energisch vorbereitet worden, als der Ruhreinbruch und der rapide Währungsverfall allen Plänen ein Ende bereitete. Eine Erörterung über die Wiederaufnahme dieses Themas führte auf einen Antrag Harms-Salin-Spiethoff zu einer Umgestaltung des Themas, indem „die Erzeugungsgrundlagen Deutschlands“ in ihrer Veränderung seit 1914 nebst deren Folgen untersucht werden sollten. Ein Unterausschuß unter Harms wurde dafür niedergesetzt.

Doch schon in der folgenden Ausschußsitzung vom 1. Oktober 1925 in Jena mußte Harms berichten, daß wegen der inzwischen vorgenommenen Berufs- und Betriebszählung eine Durchführung der geplanten Untersuchungen in der ursprünglichen Form nicht angezeigt erschiene. Es bliebe nur die Form der Kritik an den amtlichen Veröffentlichungen oder die der Erarbeitung von Ergebnissen aus dem amtlich gebotenen Material auf Grund anderer methodischer Grundlagen. Das billigte der Ausschuß und ließ auf Antrag Fuchs den Unterausschuß vorläufig bestehen. Es ist aber im Verein später nicht mehr zu Arbeiten auf diesem Gebiete gekommen, das dem 1926 vom Reiche eingesetzten Enqueteausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft zufiel.

Ein ähnliches Schicksal begegnete einem Antrag Brentano in dieser Sitzung, der von dem anwesenden Antragsteller selbst vertreten wurde: „Der Ausschuß beschließt, kritische Untersuchungen über das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung in den verschiedenen Erwerbszweigen Deutschlands und die darin herrschenden Lohnsysteme nebst deren wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen zu veranlassen.“ Unschwer ist in diesem Antrag die Wiederaufnahme von Gedankenreihen zu erkennen, die Brentano schon vor Jahrzehnten in einer Veröffentlichung verfolgt hatte. In der Erörterung über den Antrag stellte sich heraus, daß solche Untersuchungen nur auf der Grundlage einer amtlichen Enquete durchzuführen wären, und es wurde daher beschlossen, zunächst eine entsprechende Eingabe an das zuständige Ministerium zu

richten und darin die Zuziehung von sachverständigen Vereinsmitgliedern zu erbitten. Erweiternde Anträge von Gothein und v. Dietze wurden abgelehnt. Aber aus der Erörterung war noch ein zweites Thema herausgesprungen, das sich in einem Antrag v. Zwiedineck verdichtete: „Der Verein setzt einen Unterausschuß ein, der sich programmatisch darüber zu äußern hat, welche methodischen Gesichtspunkte wahrzunehmen sind, wenn es gilt, die Frage der Wirksamkeit der Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen, Lohnbemessungsmethoden usf. zu beantworten, um auf diesem Wege eine Kontrolle der parteimäßig vorgebrachten Behauptungen und ihrer Materialien zu erreichen. Diese Unterausschußergebnisse wären möglichst umgehend bekanntzumachen.“ Für das erste Thema wurde ein Unterausschuß unter Brentano, für das zweite ein solcher unter Heyde gebildet.

Im Laufe des Winters 1925/26 äußerte der Schatzmeister Wagemann den Wunsch, von seinem Amte zurückzutreten. Der Vorstand gewann für das Amt den Präsidenten des Preußischen Statistischen Landesamtes Dr. Saenger, der auch die Geschäfte sogleich übernahm. Die Ausschusssitzung in Wien vom 24. September 1926 bestätigte den neuen Amtsinhaber.

Als Ort der nächsten Generalversammlung wurde Wien gewählt. An Themen für sie stand als durch Schriften vorbereitet nur die „Handelspolitik“ zur Verfügung. Diese wurde denn auch zum ersten Thema bestimmt. Zum dritten entschied sich der Ausschuß für das Problem der „Steuerüberwälzung“. Für ein zweites Thema wurde ausnahmsweise der Vorstand zu einer Entscheidung ermächtigt. Die Erörterung hatte dafür eine ganze Reihe von Themen zur Auswahl gestellt: „Bevölkerungspolitik und Sozialpolitik“ (Sombart), „Die gegenwärtige Wirtschaftskrise“ (Alfred Weber), „Bevölkerungsökonomie und Sozialpolitik, gegebenenfalls auch Arbeitslosigkeit“ (Goldscheid), „Wohnungsfrage“ (Zimmermann). Außer dem letzten steckte hinter all den anderen Themen die Tatsache der starken Arbeitslosigkeit, die sich schon damals bedenklich bemerkbar machte. Referenten waren diesmal nicht bestimmt worden.

Weitschichtige Erwägungen im Vorstande und ein umfangreicher Briefwechsel vom Herbst 1925 und Frühjahr 1926 führten erst ganz allmählich zur Festlegung des auf der Wiener Tagung vom 23. bis 25. September 1926 beobachteten Programms. Vom Thema der bloßen „Handelspolitik“ gelangte man dadurch zum Thema „Die Krisis der Weltwirtschaft“, das noch unbestimmt gebliebene zweite Thema erhielt die Fassung: „Die Übervölkerung Westeuropas und die Arbeitslosigkeit“, womit klar herausgestellt war, was die Jenenser Erörterung im Grunde bewegt hatte. Nur das dritte Thema der „Steuerüberwälzung“ behielt die

schon beschlossene Fassung, obwohl es vom Unterausschuß für Finanzwissenschaft angefochten worden war, der es durch das nachträgliche zu Jena in seinem Schoß beschlossene Thema „Steuerverwendung und Interessenpolitik“ ersetzt sehen wollte. Über letzteres Thema ist dann in der Wiener Sitzung des Ständigen Unterausschusses ein Referat von Goldscheid gehalten worden und dieses Referat ist auch in Band 174/II erschienen.

So wie der Rahmen, in dem die Verhandlungen des Vereins in Wien vor sich gingen, der herrliche Barocksaal der Akademie der Wissenschaften im Zentrum der alten Stadt, so war auch die Eröffnung der Tagung eine ungewöhnliche. Die einleitende Rede Herkners, in der er auch den verstorbenen Mitgliedern Behrend, Frhrn. v. Berlepsch, Ludo Hartmann, Knapp, Pierstorff, Frhrn. v. Wieser und Zuckerkanl Nachrufe widmen mußte, wurde in Anwesenheit des österreichischen Staatsoberhauptes, des Bundespräsidenten Dr. Hainisch, gehalten, der dann selbst das Wort ergriff, nicht nur zur Begrüßung des Vereins namens des von ihm repräsentierten Staatswesens, sondern auch zu einer Rede, die nach einigen Betrachtungen über sein Land seine grundsätzliche Auffassung von der Lage der europäischen Volkswirtschaften und ihrer Zukunftsaussichten darlegte. Der wohlunterrichtete Fachmann und das alte, tätige Vereinsmitglied sprachen aus dieser Rede. Nachdem noch die anderen berufenen Behördenvertreter den Verein begrüßt hatten, nahmen die eigentlichen Verhandlungen ihren Anfang.

Zum Thema von der „Krisis der Weltwirtschaft“ hatte Harms seinem Referat den Untertitel gegeben: „Strukturwandlungen der Weltwirtschaft“, was andeuten sollte, daß diese Strukturwandlungen mindestens zum Teil die Ursache zu der Krisis bildeten. Seine Darstellung der Wandlungen war sehr eindringlich. Die Kohlenkrisis hatte demnach ihre Anlässe in der Zunahme der Mineralölproduktion und der Wasserkräfte. Doch stand anderseits die Verflüssigung der Kohle rückläufig wirkend bevor. In der außereuropäischen Eisenerzeugung zeigten sich beträchtliche Verschiebungen, besonders wenn man die Hilfsmaterialien hinzunahm. Ähnliches galt für die Produktion von Kautschuk, bei der Seide und Kunstseide, bei den künstlichen Farben, beim synthetischen Stickstoff. Die Veränderungen in den Verkehrsverhältnissen durch die Kanäle von Suez und Panama bewirkten weitere Verschiebungen in den Produktionsstätten. Auch die Fortbildung der kapitalistischen Organisationen hielt die internationale Arbeitsteilung in Bewegung und Unruhe. Dazu komme der Einfluß des Staates in allen Ländern, die nach Autarkie strebenden wirtschaftspolitischen Aufzuchtstendenzen. Zuletzt aber glaubte Harms, daß der letzte Weltkrieg eine heilsame Belehrung darüber gebracht habe, wie

wenig auf weltwirtschaftlichem Gebiete durch die Waffen auszurichten sei, so daß auf das Wiedererwachen der internationalen Interessensolidarität aus Vernunft immerhin gerechnet werden könne.

Dem zweiten Referat hatte Eulenburg den Untertitel „Die handelspolitischen Ideen der Nachkriegszeit“ gegeben. Hiermit wollte er nicht nur das erste Referat nach der staatlich beeinflussten Seite der Wirtschaftsentwicklung weiter ergänzen, sondern auch das Fazit aus den von ihm herausgegebenen Schriftenbänden über die Handelspolitik (171, I—III) generell ziehen. Er sah in diesem weltwirtschaftlichen Bereiche die Ideen der Nationalität und der Solidarität der Völker als Gegensätze sich auswirken. Ein administrativer Protektionismus betätigte sich allüberall: in der Bevölkerungspolitik, im Tarifwesen durch Subventionen, im Lieferungswesen durch Förderung von nationalen Industrien, in der Kreditpolitik und in der Manipulierung der Handelsbilanz. Das Hauptgebiet dieser Betätigung aber bilde selbstverständlich die Zollpolitik, wobei der staatsfinanzielle Zweck vielfach in den Vordergrund getreten sei. Aber auch der Erhaltungszweck, die Abwehr von Dumping, der Ausgleich für Vorbelastung der heimischen Produktion durch Steuern und die Verteidigung gegen Lohndruck durch billigere Auslandslöhne seien von Wichtigkeit. Doch all diesem gegenüber käme eine Gegenwirkung von den privaten Interessen, von den Kapitalverflechtungen, von den kurzfristigen Krediten. In den internationalen Kartellen lebe das Bewußtsein von Weltwirtschaftsvorgängen, ebenso in den internationalen Rohstoffmonopolen. Es gebe auch, mindestens in Ideenform, einen administrativen Liberalismus, der große zwischenstaatliche Freihandelsgebiete anstrebe, Wirtschaftsabkommen im Verkehr, Meistbegünstigungen würden teilweise verwirklicht, die überall gewünschte Rückkehr zur Goldwährung wirke verbindend. Besonders auffallend war die These, daß „die Zollpolitik nicht für das Einschrumpfen des (Welt-) Handelsvolumens im ganzen verantwortlich gemacht werden“ könne. Der Referent setzte Hoffnungen auf die Einsicht in die begrenzte Produktionskapazität der einzelnen Länder, auf die Einsicht in die Abhängigkeit der Entfaltung nationaler Wirtschaften von der gleichzeitigen und stärkeren Beteiligung an der Weltwirtschaft. So klang denn auch dieses Referat nach Rechenschaft von allen Hindernissen zuversichtlich aus.

Die Referate hatten die Vormittagssitzung des 23. Septembers 1926 gefüllt. Erst am Nachmittag kam die Debatte in Gang. Die Rede des österreichischen Sektionschefs Schüller wurde vom Vorsitzenden als eine Einleitung in die Debatte gewertet, also als eine Art von Ergänzungsreferat. Sie brachte aber vorwiegend eine Kritik an den Auffassungen der Referenten und gewann damit echten Debattecharakter. Sie lief darauf

hinaus, die Ursache der Weltkrise oder wenigstens die Ursache für deren unabsehbare Dauer in der Festigkeit der Organisationen der Unternehmer und Arbeiter zu finden. Die sonstige Selbstheilung der Krisen durch sinkende Preise und sinkende Löhne sei weitgehend ausgeschaltet. Der folgende Debatteredner, der Ministerialdirektor v. Schoenebeck (Berlin) nahm sich besonders der Zoll- und Handelsvertragspolitik an und suchte das Fortbestehen der alten bewährten Methoden der Außenhandelsbeeinflussung zu rechtfertigen. Als er geendet, begab sich das Merkwürdige, daß die sechs vorgemerkten Redner, darunter fünf Österreicher, nicht anwesend waren. Es war eine etwas peinliche Lage; denn es blieb nichts übrig, als schon jetzt zu den Schlußworten überzugehen. Der zweite Referent, Eulenburg, der dabei wie üblich zuerst an die Reihe kam, hatte daher nur die Einwendungen zweier Redner zurückzuweisen und tat das mit großer Eindringlichkeit, zum Teil sogar mit Ironie. Hierauf führte es Eckert als Vorsitzender des Tages auch zurück, daß neue Wortmeldungen eingelaufen waren, so daß er die Debatte nochmals eröffnete. Es handelte sich dabei indessen nur um eine Duplik Schüllers, der Eulenburgs Abwehr nicht gelten lassen wollte und um einen neuen, nicht vorgemerkten Redner, den damals bereits aus seinem ersten Reichsministeramte geschiedenen Hilferding, einen früheren Österreicher, der die Behauptung von Harms, es lasse sich eine Art von Wiederaufstieg des kapitalistischen Geistes beobachten, nicht gelten lassen wollte. Von den vorher vergeblich aufgerufenen Debatterednern hatte sich nur der Reichsdeutsche oder Nicht-mehr-Österreicher Lederer eingefunden, der von einem stillschweigend marxistisch begründeten Standpunkte aus hoch theoretisch gegen Eulenburg polemisierte. So kam ziemlich rasch auch Harms zu seinem Schlußwort, in dem er klarzustellen suchte, weshalb die vorwiegend auf die Beobachtung der einzelnen Volkswirtschaften eingestellten Konjunkturforschungsinstitute nicht genügend Grundlagen für seine weltwirtschaftlich gewonnenen Einsichten lieferten. Erwähnt sei noch, daß aus dem Kreise des Vereins nach Veröffentlichung des Verhandlungsbandes ein Einspruch einlief, der da behauptete, Hilferding habe in der Korrektur seine mündliche Stellungnahme dem Sinne nach fast in das Gegenteil verändert. Die ganze Verhandlung des ersten Tages wurde nach diesem Verlauf verhältnismäßig früh beendet.

Wenn das Thema des zweiten Tages mit „Übervölkerung Westeuropas und die Arbeitslosigkeit“ formuliert worden war, dann lag dem schließlich doch die von Herkner an sich abgelehnte Auffassung Sombarts zugrunde, der Weltkrieg mit seinen Folgen habe den Wirtschaftsexpansionismus Europas im 19. Jahrhundert zur Episode werden lassen, eine Epoche habe ihren Abschluß gefunden und die durch den Expansionismus

einst ermöglichte enorme Bevölkerungszunahme in den größten Ländern Westeuropas zeigte ihre Unangemessenheit für die neue Lage, der Geist des „Spätkapitalismus“ sei zur Herrschaft gelangt. Der erste Referent, der landwirtschaftliche Betriebswissenschaftler Aereboe, behandelte in seinem Referat allerdings nur ein Teilthema der größeren Frage und betitelte es demgemäß auch als „Bevölkerungskapazität der Landwirtschaft“. Es lag darin eine Untersuchung, ob, wie damals viel erörtert wurde, einer bereits zugestandenen Übervölkerung vielleicht durch eine weitgreifende „Reagrarisierung“ der betroffenen Volkswirtschaften abgeholfen werden könnte. Unter der Voranstellung des obersten Satzes, daß die Produktivität und damit der durch sie gewährte Nahrungsspielraum von fünf Bedingungen abhängen, untersuchte Aereboe, inwieweit diese Bedingungen überhaupt gegeben seien. Die Antworten, die er fand, waren zum größten Teile sehr relativ, wenn man die Begriffe optimistisch oder pessimistisch zugrunde legt, aber zuletzt gelangte er doch zu einer gewissen Zuversicht. Der zweite Referent, Mombert, faßte das gestellte Thema schon in einem volleren Umfange an und gab ihm als Untertitel: „Übervölkerungserscheinungen in Westeuropa.“ Nach näherer Feststellung des Begriffs Übervölkerung, den er nicht nur auf den Fall angewandt wissen wollte, daß die Volkszahl stärker stieg als der Nahrungsspielraum, sondern auch auf den Fall, daß bei sinkender Volkszahl der Nahrungsspielraum eine noch stärkere Abnahme erfuhr, glaubte er als Tatsache hinstellen zu können, daß in einer Reihe westeuropäischer Staaten sich 1. ein Rückgang der Ausfuhr; 2. ein Rückgang der Kaufkraft auf dem inneren Markte; 3. eine Zunahme der Rationalisierung in Industrie und Handel; 4. eine Zunahme der Erwerbstätigen infolge des Vermögensverlustes durch die Inflation zeige und so sich die bestehende Arbeitslosigkeit erkläre. Unter den Mitteln zur Abhilfe erschien ihm das der Auswanderung als nicht gegeben oder als nicht empfehlenswert, weil die möglichen Aufnahmeländer nur Wert auf ländliche Siedler, nicht auf arbeitslose Industriearbeiter als Einwanderer legten, und weil ja auch erfahrungsgemäß die kräftigsten und fähigsten Bevölkerungsteile auswanderten. Siedlung im Innern erschien ihm schon besser, aber nur begrenzt möglich, ein Abstoppen der Landflucht wäre schon großer Gewinn. Auch das Mittel der Arbeitsbeschaffung erwähnte er, bezeichnete sie allerdings nur als sozialpolitisch zu wertende Maßregel, während dahinter, wenn nicht Kapitalfehlleitungen, so doch Kapitalentziehungen für die künftige normale Entwicklung verborgen seien. So wurden denn die gegebenen Auswege skeptisch beurteilt und zuletzt angeführt, daß die damals noch neuen Reparationsleistungen Deutschlands die natürliche Entwicklung zur Heilung der Schäden wieder stören und wiederum Übervölkerungserscheinungen hervorrufen könnten.

Einen ganz anderen Endausgang nahmen die Ausführungen des dritten Referenten, des Wiener Statistikers Dr. Winkler. Er ging als echter Statistiker zu Werke, die Sitzung wurde auch in den Skioptikonsaal der Akademie verlegt, damit die Kurven usw. vorgeführt werden konnten, die dazu gehörten, und die auch im Verhandlungsband zahlreich wiedergegeben wurden. Winkler untersuchte grundsätzlich die ganze Bevölkerungsbewegung im Reiche und in Österreich mit ihren Geburtenabnahmen während der Kriegs- und Nachkriegszeit und stellte Vermutungen über ihren zukünftigen Verlauf auf. Dadurch gelangte er, über das Thema des Tages weit hinausgreifend, zu dem Schlusse: „Nicht das Übel, dessen Bekämpfung heute auf der Tagesordnung steht, ist dasjenige, was uns auf die Dauer ernstlich bedroht, sondern das entgegengesetzte: die Untervölkerung.“

Wie zumeist, griffen die Debatteredner einzelne von dem Referenten erwähnte Sätze heraus und versuchten deren Widerlegung, vornehmlich solche, deren Widerlegung die Gesamtauffassung der Referate oder der Schlußtendenz nach Ansicht der Debatteredner völlig erschüttern würden. Zum Teil aber wurde auch versucht, von einem Standpunkte, im Gegensatz zu denen der Referate, eine ganz andere Linie der Folgerungen zu ziehen. So suchte Kröll die damalige Arbeitslosigkeit vorwiegend aus einer Überhöhung der Löhne, herbeigeführt durch den Machtgewinn der Arbeiter aus der Revolution von 1918, zu folgern. Oppenheimer bemühte sich nach einer Anerkennung für Aereboes Zurückweisung des, Malthusschen Gesetzes, die Produktivgenossenschaft in der Form des landwirtschaftlichen Großbetriebes als ein Milderungsmittel für die Arbeitslosigkeit zu empfehlen. Saenger setzte Fragezeichen zu den optimistischen Schlußwendungen der ersten beiden Referenten, v. Dietze wollte die Schlüssigkeit des Oppenheimerschen Singularexperimentes nicht zugeben, erkannte aber Aereboes Behauptungen von der Steigerungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion in technischer Hinsicht durchaus an. Lederer bezweifelte mit theoretischer Begründung die Tatsache einer bestehenden Lohnüberhöhung, worin ihm der Gewerkschaftssekretär Eggert (Berlin) zustimmte, Rüstow gab das Bestehen der deutschen Maschinenausfuhr in die sich neuerdings industrialisierenden Länder zu, Wilbrandt hielt sich an die Hoffnungen Oppenheimers, Budge (Riga) wandte sich gegen die in Oppenheimers Ausführungen gelegene Behauptung von der Widerlegtheit der Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrage, Charlotte Leubuscher zeigte den ungünstigen Einfluß der überseeischen Einwanderungsgesetze für die Milderung der Übervölkerung, Sulzbach (Frankfurt) wies auf die hindernde Bedeutung der irrationalen Momente für einen Ausgleich der nationalentgegen-

gesetzten Interessen hin, Hahn (Frankfurt) untersuchte den Zusammenhang von Deflationsdruck und Superausfuhr, Schneider (Wien) lobte die Siedlung als Ausweg und empfahl die später eifrig betriebene Stadtrandsiedlung. Köbner (Frankfurt) beleuchtete zuletzt die Gefährlichkeit des Expansionsdranges der ostasiatischen Völker und glaubte, daß zum Beispiel Kanada bald wieder für die deutsche Auswanderung offenstehen werde, wobei allerdings das Aufgehen der Deutschen im Angelsachsentum zu befürchten sei. In den Schlußworten der Referenten glaubte Winkler, sich gegen Einwendungen nicht verteidigen zu müssen, weil solche nicht erhoben worden seien. Mombert konnte zeigen, daß manche Einwendungen der Debatte auf Nichtbeachtung seiner vorsorglichen Verwahrungen im Referat beruhten. Beide Redner sprachen kurz. Aereboe dagegen setzte sich mit einer ganzen Reihe von Einwendungen gegen sein Referat ausführlich auseinander.

Bestand zwischen dem ersten und dem zweiten Thema ein gewisser sachlicher Zusammenhang, so führte das dritte Thema, die „Steuerüberwälzung“ auf ein ganz anderes Gebiet. Dem ersten Referenten, Mann (Königsberg), war es in erster Linie um eine Systematik dessen zu tun, was er mit teilweise neuer Terminologie zusammenfassend und unter Ausscheidung aller kriminellen Verfahren „Steuerabwehr“ nannte. Die Steuerüberwälzung war in dieser Systematik nur eine bestimmte Kategorie, allerdings die, die hier in Frage stand. Er setzte erst die verschiedenen technischen Formen der Überwälzung auseinander und ging dann die Hauptsteuerarten durch und prüfte, ob sie überwälzbar seien oder nicht. Hier kam er mehrfach zu abweichenden Auffassungen von Lehren, die in der Literatur eine gewisse Herrschaftsstellung erworben hatten. Auch die wirtschaftlichen Vorgänge, in denen sich die Überwälzung manifestiert, und ihre wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen unterzog er einer Prüfung. Starrheit oder Elastizität entweder auf der Angebots- oder auf der Nachfrageseite erschienen ihm für das Ob und das Wie der Überwälzung maßgebend. Die Behauptung von der Unüberwälzbarkeit der direkten Steuern im Gegensatz zu den indirekten wies er zurück, die Behauptung von der ständigen Überwälzung der Lohnsteuer ließ er nicht gelten. Die Lehre Canaris, aufgestellt im Hinblick auf die zunächst immer schmerzlichen wirtschaftlichen Störungen infolge neu eingeführter Steuern, die in dem kurzen Satze gipfelt: „Jede alte Steuer ist gut, jede neue Steuer schlecht“ hielt der Referent zwar in ihrer vollen Schärfe für überspitzt, sprach aber doch jeder historisch überkommenen Steuerverfassung den wohltätigen Primat zu. Der zweite Referent, Hans Mayer (Wien), legte einleitend besonderes Gewicht auf die ihm als Theoretiker wohl willkommene Tatsache, daß man in der Überwälzungslehre ganz auf

die Deduktion angewiesen sei, weil man so gut wie niemals und nirgends die Möglichkeit einer Verifizierung durch die Empirie habe. Womit denn auch „die Möglichkeit einer Fruktifizierung der abstrakten Ergebnisse für die Praxis“ fehle. Mit dieser Maßgabe prüfte auch er einige Steuerarten auf ihre Überwälzbarkeit. Dabei wollte er die Fälle der Besteuerung der reinen Monopolrente, der reinen Differenzialrenten und die der Vermögensanfallsteuern von der Überwälzbarkeit ausnehmen. Er kam zu dem Schlusse, daß zuletzt der Vorgang der Überwälzung, wo sie zur Tatsache würde, in der Preisbildungstheorie mitenthaltend sei. Von beiden Referenten rückte der frühere Finanzpraktiker Bunzel ab. Da die Theorie der Steuerüberwälzung keine Auskunft darüber geben könne, wie sich eigentlich die Steuerlast nach Ablauf der Überwälzungsvorgänge verteile, und da von der Theorie im Grundsatz alle Steuerarten für überwälzbar erklärt würden, könne man sich nicht wundern, wenn die Praxis eine Rücksichtnahme auf die Überwälzungstheorien für überflüssig halte. Ironisch fügte er hinzu, daß höchstens dann für die Praxis die Notwendigkeit einer Berücksichtigung der Überwälzungsvorgänge vorliegen würde, wenn man sich etwa auf den Standpunkt der österreichischen Schule stellte und vom Bedürfnis ausgehend fragte, welchen Grad das Bedürfnis des Steuerzahlers habe, das durch die Zahlung einer Steuer befriedigt wird. Nach dieser Skepsis gegenüber den vorhandenen Überwälzungstheorien gab Redner aber zu, daß Überwälzung stattfinde, und stellte ein Schema auf, nach dem sich seiner Ansicht nach die Überwälzung oder Nichtüberwälzung vollziehe. Er unterschied dazu drei Wirtschaftsgruppen: solche mit Erwerbseinkommen, solche mit Renteneinkommen und solche mit Lohneinkommen. Die erste und die dritte Gruppe seien immer geneigt und meist in der Lage, wenigstens den Versuch zur Überwälzung zu machen. Ob er gelinge oder nicht, sei natürlich zweifelhaft. Für die Gruppe des Renteneinkommens (Pensionäre, Bezieher von Unterhaltsbeiträgen) liege jedoch der Fall von vornherein hoffnungslos, hier sei eine Überwälzung ausgeschlossen. Die Steuern würden danach jedenfalls immer von den vermögenslosen und zugleich unorganisierten Wirtschaftsgruppen getragen. Diesem Verlauf stehe die Praxis so gut wie machtlos gegenüber und darum täte sie am besten, die Steuersysteme nach Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit und Ergiebigkeit einzurichten. Doch zwei Tatsachen gäben auch dann noch einen Trost, die eine, daß die Steuern überhaupt doch nur einen verhältnismäßig geringen Teil des Volkseinkommens ausmachten (?), und die andere, daß das gesamte Steueraufkommen doch zu etwa 80% für Gehälter, Pensionen usw. verwendet würde und somit vornehmlich gerade jenen Privatwirtschaften wieder zugute käme, die durch die Steuern am meisten geschwächt würden.

In der Debatte faßte Haensel (damals noch in Moskau) nach Anerkennung der Referate den zitierten Satz heraus, jede alte Steuer sei gut. Das wäre die feste Überzeugung der Finanzpraktiker, und eigentlich müßte die Theorie sich danach richten. Ritschl (Göttingen) erörterte noch einmal die theoretischen Modalitäten der Überwälzung und hielt trotz aller Schwierigkeiten die Anspannung aller Kräfte für die empirische Erforschung der Überwälzungsvorgänge für notwendig. Weyermann (Bern) nahm die Bunzelschen Unterscheidungen auf und verlangte von der Praxis, daß sie berücksichtige, ob die Vermutung für oder wider eine unwillkommene Überwälzung spreche. Bevor Lotz das Wort erhielt, fehlte bereits ein vorgemerakter Redner. Lotz entwickelte seinen alten bekannten Standpunkt, daß man über die Überwälzung zwar theoretische Meinungen äußern, aber leider niemals empirisch den Verlauf des Überwälzungsprozesses feststellen könne. Vielfach komme es indessen auch vor, daß immerhin leidlich wahrnehmbare Überwälzungsvorgänge als solche gar nicht erkannt würden. Er hielt es danach für besser, das Nichtwissen einfach einzugestehen. Nach Lotz wurden gar noch sechs gemeldete Redner vergeblich aufgerufen, von denen fünf Österreicher waren. So kam nur noch der Bankdirektor Hahn (Frankfurt) zu Worte. Er hatte es mit der damals im Reiche geltenden Kapitalertragssteuer zu tun. Diese wäre als eine Teileinkommensteuer gedacht und sie wäre, wenn auch andere Teile der Einkommensteuer als unüberwältzbar angenommen würden, jedenfalls abwälzbar, obwohl der Kapitalbesitzer ja zur Anlage seines Kapitals gezwungen sei, wenn er nicht auf Einkommen daraus überhaupt verzichten wolle. Der Käufer von Anlagen kaufe diese eben zu einem um die Steuer verringerten Preise. Dadurch sei derjenige geschädigt, der Anleihen im Inlande aufnehme, während die großen Schuldner, die allein in der Lage wären, Schulden im Auslande aufzunehmen, den Vorteil hätten. Hahn erörterte die Möglichkeiten, diesen unwillkommenen Vorgang zu beseitigen. Die kurzen Schlußworte von Mayer und Mann waren entgegenkommende Erklärungen an die Kritiker. Bunzel, der durch Ortsausschußgeschäfte am Halten eines Schlußwortes verhindert war, reichte eine schriftliche Schlußbemerkung für den Verhandlungsband ein, die dort abgedruckt ist und die Meinung vertrat, daß im Grunde sowohl die anderen Referate wie manche Diskussionsreden die Haltbarkeit der in Bunzels Referat vertretenen Auffassungen bestätigt hätten.

30. Die Züricher Tagung von 1928

Schon in der Ausschußsitzung in Wien am 22. September 1926, die der dortigen Generalversammlung vorherging, waren über die weiteren Arbeiten des Vereins Beschlüsse gefaßt worden. Es war über den Stand

der Schriften nur zu melden gewesen, daß der Unterausschuß Heyde über die „Methodologie von Arbeitszeit und Arbeitslohnuntersuchungen“ einen engen Zusammenhang mit dem Unterausschuß des amtlichen Ausschusses für die Untersuchung der Wirkung von Arbeitslohn und Arbeitszeit auf die Arbeitsleistung innerhalb der großen Wirtschaftsenquete hatte herstellen können, sowie daß für die handelspolitischen Schriften noch eine kleine Erweiterung hinzutreten würde. Die Eingabe des für diese gebildeten Unterausschusses unter Herkner an den Reichsarbeitsminister bezüglich des sozialpolitischen Themas war noch im Oktober 1925 an den Reichsarbeitsminister abgegangen und hatte eine freundliche Aufnahme gefunden. Die Bahn für Inangriffnahme anderer neuer Untersuchungen war also ziemlich frei und daher die Zahl der Anträge groß. Nach ausgiebiger Erörterung über diese kam es schließlich zu folgenden Beschlüssen: Für das Thema der „Städtischen Siedlung“ wurde ein Unterausschuß unter Keßler, für das Thema „Preisbildung der Kartelle“ ein solcher unter Lederer gebildet. Das beantragte Thema „Arbeitslosigkeit und Kreditpolitik“ wurde den beiden Ständigen Unterausschüssen für Theorie und Finanzwissenschaft gemeinsam zur Behandlung überwiesen. Der letztere erhielt die Genehmigung des Ausschusses, die Referate Bräuer (Zweckverwendung von Steuern) und Goldscheid (Steuerverwendung und Interessenpolitik) zu veröffentlichen und das Thema „Ziele und Methoden der Konjunkturforschung“ wurde als neues Arbeitsthema des Unterausschusses für Theorie anerkannt.

Die Durchführung der geplanten Untersuchungen hat sehr verschiedene Schicksale gehabt. In der nächstfolgenden Sitzung des Ausschusses am 29. September 1927 in Bad Homburg berichtete Heyde, daß sein Unterausschuß beschlossen hatte, von der Herausbringung eines methodologischen Bandes über das Verhältnis von „Arbeitszeit zur Arbeitsleistung“ abzusehen und dafür konkrete Untersuchungen über das besagte Verhältnis in bestimmten Betrieben anzustellen. Es ist dann aber zu Vereinsschriften dieser Art nicht mehr gekommen. Auch der Unterausschuß Keßler für die „Städtische Siedlung“ erzielte infolge der Erkrankung des Vorsitzenden keine Erfolge, obwohl in einer Sitzung vom 23. April 1927 in Berlin ein ziemlich fertiger Arbeitsplan aufgestellt worden war. Das Thema lebte später in anderer Gestalt wieder auf. Die „Ziele und Methoden der Konjunkturforschung“ fanden in dem zweiten umfassenden Bande des Unterausschusses für Theorie (173/II) ihre Behandlung. Der finanzwissenschaftliche Unterausschuß brachte in den Jahren 1928/29 den Band 174 in vier Teilen heraus, in dem unter anderen die Arbeiten von Bräuer und Goldscheid erschienen. Zum Thema „Preispolitik der Kartelle“ lag ein vorläufiger Arbeitsplan vor, ein endgültiger wurde für später angekündigt.

Als neues Thema wurde nach Antrag Briefs die damals in der Literatur mehrfach erörterte „Werksgemeinschaft“ für die Schriften beschlossen und für die Anstellung entsprechender Untersuchungen ein Unterausschuß unter Briefs niedergesetzt. Die zugehörigen Veröffentlichungen sind erst in den Jahren 1930—1932 erschienen.

Die Homburger Sitzung hatte vor allem über die nächstfolgende Tagung des Vereins zu beschließen. Bezüglich des Ortes lagen Einladungen von Dresden, Essen, Karlsruhe, Königsberg, Mannheim, Saarbrücken und, zunächst inoffiziell, von Zürich vor. Herkner hatte mitgeteilt, daß er seine schon früher ausgesprochene Absicht, aus gesundheitlichen Gründen den Vorsitz im Verein niederzulegen, im nächsten Jahre verwirklichen müsse, nur wenn Zürich zum Tagungsorte gewählt würde, gedächte er den Vorsitz bis zum Schlusse einer Züricher Tagung beizubehalten, weil das auf Grund seiner alten Beziehungen zur Schweiz und zu Zürich für die Tagung nützlich sein könne. Nicht zuletzt diese Erklärung Herknerts führte dazu, daß der Ausschuß vorbehaltlich einer offiziellen Einladung durch die Stadt sich für Zürich entschied. Blicke sie aus, dann sollte Königsberg Tagungsort werden. Die Einladung traf aber ein, noch bevor das Protokoll der Homburger Sitzung abgefaßt war. So galt Zürich als Tagungsort für beschlossen, und mit diesem Beschlusse ging der Verein zum ersten Male mit einer Tagung auf Schweizer Boden. Überhaupt hatte er, mit Ausnahme der drei Wiener Tagungen von 1894, 1909 und 1926, das damalige Reichsgebiet nicht verlassen.

Die Festlegung der Verhandlungsthemen machte Schwierigkeiten. Für eine Tagung im Auslande geeignete und zweifellos durch Schriften vorbereitete Themen standen nicht zur Verfügung. Daher fand auch der Ausschuß zunächst nur zwei Themen. Das eine „Wandlungen des Kapitalismus“, wurde in der Sitzung von Saitzew angeregt und daraufhin auch beschlossen. Zum zweiten Verhandlungsgegenstand wählte der Ausschuß das Thema „Kredit und Konjunktur“, das ursprünglich der Unterausschuß für Theorie zu einem internen Erörterungsgegenstand hatte machen wollen. Dieses Thema konnte auch durch den von Diehl herausgegebenen Schriftenband 173/II über „Konjunkturforschung und Konjunkturtheorie“ als vorbereitet gelten. Es wurde nunmehr beschlossen, daß ähnlich wie 1924 in Stuttgart, die Diskussion des Unterausschusses über dieses Thema allen Vereinsmitgliedern zugänglich gemacht und so äußerlich wie ein zweites Thema der Generalversammlung selbst erscheinen sollte. Damit war aber der Unterausschuß für Finanzwissenschaft beiseitegestellt und Lotz schrieb unterm 9. Januar 1928, es sei wohl in der Unruhe der Homburger Sitzung überhört worden, daß die Meinung des Hauptausschusses dahingegangen wäre, am zweiten Verhandlungstage solle das Thema der

„Auslandsanleihen“ behandelt werden, während das Protokoll dieses Thema als ein internes Thema des Unterausschusses aufgefaßt habe. Eine Vorstandssitzung vom 12. Januar 1928 kam zu dem Ergebnis, daß es ja wohl angezeigt sei, wieder drei Verhandlungstage und drei Themen in Zürich einzurichten, und setzte denn auch das Thema der „Auslandsanleihen“ für den zweiten Verhandlungstag auf das Programm. Es fand dann noch seine Vorbereitung in dem von Lotz herausgegebenen Schriftenband 174/II, „die Auslandskredite in ihrer finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung“. Zugleich wurde beschlossen, in Zukunft auch die Hauptausschußverhandlungen stenographisch aufnehmen zu lassen, obwohl auch das nicht alle Zweifel an der Richtigkeit der künftigen Protokolle ausschloß.

Übrigens wollte in dieser Vorstandssitzung Sombart sein Thema als „Die Zukunft des Wirtschaftslebens“ betitelt sehen, also ähnlich wie das letzte Kapitel seines „Hochkapitalismus“, das mit „Das Wirtschaftsleben der Zukunft“ betitelt ist. Doch Saitzew erhob die Gegenvorstellungen, dieser Titel würde für Schweizer Verhältnisse nicht passen, dort falsche Vermutungen über den beabsichtigten Sinn des Themas erwecken. Daraufhin kehrte Sombart zu dem Titel „Die Wandlungen des Kapitalismus“ zurück, und so erschien das Thema in der Einladung zur Tagung. Hinzugefügt wurde, daß Eckert nach dem Referate die Aussprache einleiten würde. Das zweite Thema erhielt im Programm den Titel „Die Auslandsanleihen in ihrer finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung“ mit Referaten von Bonn (Berlin), Großmann (Zürich) und Somary (Zürich). Das dritte Thema „Kredit und Konjunktur“ wollte Diehl selbst einleiten, Eucken (Freiburg) und Dr. Jöhr (Zürich), der Direktor der Schweizerischen Kreditanstalt, sollten die Referate halten.

Themen und Referate hatten, wie meist auf den Tagungen, zugleich eine aktuelle Bedeutung, sie entsprachen alle irgendwie Gegenständen der damaligen Diskussion in der Öffentlichkeit, also in der Presse und den Parlamenten, und waren überwiegend von der Wirtschaftssituation Deutschlands her gesehen. Die auffälligen Symptome dieser Situation waren einmal die Tatsache, daß trotz der Belastung Deutschlands durch das Dawes-Abkommen (vielleicht auch wegen ihrer) in großem Umfange Auslandskredite, allerdings zu hohen Zinssätzen und kurzfristiger Art, nach Deutschland einströmten und nach der Stabilisierung der Mark einen gewissen Aufschwung der Wirtschaft herbeigeführt hatten, während dabei die Arbeitslosigkeit eine anscheinend zunehmende Tendenz aufwies.

Sombarts Referat setzte den Gesamtaspekt seines großen Werkes über den Kapitalismus voraus. Nach seiner Betrachtungsweise war für Westeuropa die Zeit des „Hochkapitalismus“ vorüber und damit der ganze

Kapitalismus in das Zeitalter eines „Spätkapitalismus“ eingetreten. Er sah ein Welken oder ein Erstarren, wenn er auch diesem Zustande eine lange Dauer zubilligen wollte. Diesen Zustand wollte er nicht als Wirkung dem großen Kriege zuschreiben, er meinte vielmehr, daß er gemäß einer inneren Gesetzlichkeit auch ohne den Krieg eingetreten wäre und daß der Krieg höchstens den Eintritt beschleunigt und spürbarer gemacht hätte. Durch diese Grundauffassung erhielt das Referat einen Prophetie-Charakter und Sombart legte daher einleitend großen Wert darauf, die wissenschaftliche Berechtigung zu solchem Ausblick in die Zukunft zu erweisen. Er folgerte diese Berechtigung aus der von ihm vertretenen Art des Denkens in Wirtschaftssystemen, für welchen Terminus er einen festen Begriff geschaffen hatte. In den Thesen, die er seinem Vortrag beigegeben hatte, und die gedruckt in aller Händen waren, bildete diese Rechtfertigung die Einleitung. Die erste These enthielt dann die Behauptung, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem nur außerhalb Europas Aussicht auf weitere Ausdehnung habe, und gerade diese Ausdehnung führe zu einer Verkleinerung der westeuropäischen Existenzbasis ihres Kapitalismus, der bis dahin auf einer Ausbeutung der nicht-westeuropäischen Volkswirtschaften beruht habe. Die zweite These charakterisierte die Erstarrungserscheinungen im westeuropäischen Kapitalismus näher, in gleichem Maße bewirkt von Unternehmern wie Arbeitern, weil alles auf ein statisches Beharren hindränge an Stelle der vormaligen Expansion. Und die dritte und letzte These behauptete, daß die Haupthindernisse für eine weitere Ausdehnung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in Westeuropa darin bestünden, daß einerseits die nebenbei forterhaltenen vor- und außerkapitalistischen Wirtschaftssysteme (Eigenwirtschaft, Handwerk, Bauernstand) ihren bisherigen Umfang verteidigen oder gar ihn ausdehnen würden, und daß anderseits die nachkapitalistischen Wirtschaftssysteme (das genossenschaftliche, die Gemeinwirtschaft und die gemischtwirtschaftliche Unternehmung) im Vordringen begriffen seien. Die gegenwärtige Epoche charakterisiere sich als eine Übergangszeit von einer Spätepoch eines herrschenden Systems zu einem neuen, heraufkommenden System.

Es wurde von den Hörern sehr wohl empfunden, daß dieses Exemplum einer bauenden Geschichtsbetrachtung einen pessimistischen Grundzug trug: dem abtretenden Wirtschaftssystem wurde eine Erstarrung nachgesagt, dem neuerscheinenden ein lebendig expansionistischer Charakter, wie ihn der radikale Sozialismus gern hoffnungsfroh behauptete, allerdings nicht ausdrücklich zugesprochen. Der Widerspruch aller optimistisch gestimmten Gemüter sowohl dem gegenüber nach Sombart erstarrenden wie gegenüber dem ablösungsbereiten Wirtschaftssystem war also geweckt.

Doch war die innere Verzahnung der Sombartschen Argumentation eine so feste, daß schwer an sie heranzukommen war. Ein Teil der Debatte war deshalb darum bemüht, geltend zu machen, daß es mit den Erstarrungserscheinungen des hochkapitalistischen Wirtschaftssystems doch wohl nicht so schlimm sei (Eckert, Feiler, Silverberg, Alfred Weber, Salin, schließlich auch Tönnies), ein anderer Teil (Wilbrandt, Lederer) suchte den dynamischen Charakter des kommenden Wirtschaftssystems zu retten. Dazwischen wurden andere Gedankenreihen vorgeführt. So von Schulze-Gävernitz, der das Walten revolutionärer und religiöser Antriebe berücksichtigt sehen wollte, so von Diehl, der den Kapitalismus als ein Produkt der Rechtsordnung hinstellte und ihn damit der Möglichkeit einer Beeinflussung durch gewandelte Rechtsüberzeugungen unterwerfen wollte. Der Versuch, Sombarts Gesamtschau eine andersgebildete entgegenzusetzen, wurde höchstens, eingeengt durch die verkürzte Redezeit, von Wilken (Freiburg) in flüchtigen Zügen gemacht. Sombart schien aber Wilkens Skizze nicht so aufzufassen. Er beschäftigte sich in seinem Schlußworte nur mit vielen anderen Einwendungen, die er zu entkräften suchte, im übrigen hielt er seinen grundsätzlichen Gesamtgedankengang noch einmal ausdrücklich aufrecht. Die ganze Verhandlung dieses Tages hatte jedenfalls ein besonders hohes Niveau behauptet und so ihre lange Dauer bewirkt.

Das erste Referat zum zweiten Thema der Tagung liegt im Verhandlungsbande (175) nicht in der Form vor, in der es mündlich gehalten wurde, obwohl eine stenographische Aufnahme vorhanden ist. Bonn hat es für den Druck fast vollständig neu bearbeitet, vermutlich weil die Meinung vieler Teilnehmer bis zu ihm gedrungen war, daß der Ton des gesprochenen Wortes nicht ernsthaft genug gewesen sei. Der Grundstandpunkt und der gedankliche Inhalt ist indessen bei der Neugestaltung im ganzen der gleiche geblieben. Bonn faßte das Thema der Formulierung des Tagungsprogramms entsprechend allgemein und objektiv, und zwar überwiegend theoretisch: „Die Auslandskredite in ihrer finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung.“ Dadurch trat vielleicht gerade das, was die Hörer am meisten interessierte, etwas in den Hintergrund. Denn die überwiegend reichsdeutsche Mehrheit der Teilnehmer wollte vor allem darüber etwas hören, welche Wirkungen von den damals massenhaft einströmenden Krediten aus den USA. zu erwarten seien. Die Ausführungen Bonns, grundsätzlich wie sie gehalten waren, gaben zwar auch auf diese Fragen Antwort, aber der Hörer mußte selbst die ihn vornehmlich interessierende Antwort aus einer objektiven Ganzheit herausholen. Bonn unterschied selbstverständlich die Zweckverwendung der Kreditbeträge sowohl von seiten der Gläubiger wie des Schuldners für werbende Anlagen

und für Meliorationen in weitestem Sinne, unterschied nach der Lang- und Kurzfristigkeit, unterschied auch zwischen Anleihen im Wirtschaftsverkehr, die auf Leistung und Gegenleistung beruhen, von solchen zum Zwecke der Tributzahlung, bei der die Gegenleistung fehlte. Es war alles sehr vollständig geboten, aber nicht ohne weiteres mundgerecht. Der Korreferent Großmann (Zürich) machte es dem Hörer dadurch leichter, daß er zwischen der Nachfrage nach Auslandskapital und dem Angebot davon deutlich unterschied und die wirtschaftlichen Wirkungen beim Schuldner mit Betonung auseinanderhielt. Doch sah er nun wieder die Vorgänge hauptsächlich vom schweizerischen Standpunkte aus. Daneben ließ er das soziale Element deutlich hervortreten, führte die verschiedene Beurteilung des schweizerischen Kapitalexports seitens der verschiedenen sozialen Schichten der Schweiz an, namentlich die Gegnerschaft der Landwirtschaft gegen die Kapitalausfuhr, weil sie ihr selbst den Kredit, den sie brauchte, verteuere. Anders natürlich die schweizerischen Rentner, denen die höhere Verzinsung des ins Ausland gegebenen Kapitals recht willkommen war. Der dritte Referent, Somary (Zürich), wies gleich einleitend auf die Doppelseitigkeit seiner Einstellung als Gelehrter und als praktischer Bankier hin, von welchem letzterem ständig eine Prognose verlangt würde, die dem Gelehrten verwehrt sei. Es wurde von ihm eine Fülle von Gesichtspunkten geboten und viele interessante Einzelheiten aus der Praxis des Bankiers kamen zutage, aber auch hier war der Hörer darauf angewiesen, sich das für ihn Wichtigste selbst herauszuholen.

Die Debatte wurde von dem vormaligen österreichischen Minister v. Spitzmüller eröffnet, der die schlimmen Schicksale seines unglücklichen Landes in den Händen der ausländischen Gläubiger kurz schilderte. Der Zusammenhang von Gläubigersituation und Machtpolitik, den schon die Referenten gestreift hatten, erfuhr hier eine eigenartige Beleuchtung. Der Oberbürgermeister Landmann von Frankfurt a. M. beschäftigte sich besonders mit der Kreditaufnahme der Gemeinden im Ausland, die er bei Gegebenheit entsprechender Voraussetzungen für ungefährlich hielt. Im ganzen gruppierten sich die Debatteredner in solche, die eine hohe Verschuldung ans Ausland eher zuversichtlich, und solche, die sie grundsätzlich als bedenklich ansahen. Aber jeder einzelne aus diesen Gruppen machte begreiflicherweise auch wieder Einschränkungen zu seiner Zuversicht oder zu seinen Zweifeln, so daß eine klare Scheidung schwerlich durchzuführen wäre. Die Gruppierung ist also nur relativ zu nehmen. Unter dieser Bedingung kann man von den weiteren Debatterednern Prion, Lotz, Egner (Leipzig), Wilken, Seedorf (Göttingen), Schlesinger (Wien) sagen, daß sie die mehr kritisch Gesinnten waren, während Hahn, Silverberg, Stolper, Wolfers als die Zuversicht-

lichen gelten können. In den Schlußworten relativierten die drei Referenten in manchen Punkten ihre vorherigen Stellungnahmen.

Das Thema „Kredit und Konjunktur“ auf dem Programm der Züricher Tagung war als Teilthema der aus dem Unterausschuß für Theorie hervorgegangenen Untersuchungen über „Konjunkturforschung und Konjunkturtheorie“ gedacht, die in dem stattlichen Band 173/II der Vereinschriften im Umfange von 370 Druckseiten noch im Sommer 1928 herausgekommen waren. Die Leitung der Verhandlungen der Generalversammlung über „Kredit und Konjunktur“ lag denn auch in der Hand von Diehl als dem Vorsitzenden des Ständigen Unterausschusses. Einleitung, Referate und Debatte wurden daher überwiegend, wenn auch nicht ausnahmslos, von den Mitgliedern dieses Unterausschusses bestritten.

Diehl ging in seiner Einleitung auf die wissenschaftliche Entwicklung der Konjunkturtheorie im allgemeinen ein, versuchte, ihre Hauptprobleme herauszustellen: ihr Verhältnis zur Wirtschaftstheorie, das Mitumfassen der Krisenlehre, die Frage der Periodizität, die Frage der Verursachung, namentlich der Kreditexpansion und Kreditkontraktion als Ursachen, die Frage der Internationalität der Konjunkturerscheinungen und die Frage der Beeinflussungsmöglichkeit der Konjunkturbewegung. Daran schloß er eine Übersicht über die im Untersuchungsbande dargebotenen Arbeiten. Das Referat Euckens übernahm Spiethoffs Konjunkturschematismus von Stockung und Aufschwung und vertrat eine „monetäre“ (richtiger „kreditäre“) Konjunkturtheorie, das heißt er vertrat die Auffassung, daß man den theoretisch für den Übergang von der Stockung zum Aufschwung als notwendig vorzustellenden Anstoß oder wenigstens das notwendige Vehikel als von der Geldseite herkommend annehmen müsse. Und dieses Vehikel sah er, Hahnschen Spuren folgend, in der Annahme einer Gewährung von „zusätzlichen Krediten“ seitens der Banken für die zur Ausführung nötigen Neuinvestitionen. Die Preisbildung beim Übergang zum Aufschwung wurde herangezogen und aus ihr ein „erzwungenes Sparen“ gefolgert, das den Mehrinvestitionen neben den zusätzlichen Krediten zugutekäme. Doch auch der Übergang vom Aufschwung zurück zur neuen Stockung wurde theoretisch in seinen Ursachen und Wirkungen verfolgt und zu erklären versucht. Der Korreferent, Dr. Jöhr, sah als Bankpraktiker die Dinge einfacher, beschrieb die Entstehung des Vorgangs, der „zusätzlicher Kredit“ genannt wurde, bankmäßig realistischer und bezeichnete ihn, ohne zu bestreiten, daß dergleichen vorkomme, als nicht ungefährlich für die Banken. Nur in einem ziemlich eng begrenzten Umfange hielt er solche Operationen für möglich und notfalls erlaubt. Der Verlauf der Debatte läßt sich in Kürze nicht wiedergeben, ohne daß ihre theoretischen Feinheiten völlig verlorengehen. Soweit es sich dabei

um die „zusätzlichen Kredite“ als Motor für den Schritt von der Stockung zum Aufschwung handelte, waren die Meinungen geteilt, ob ihnen wirklich die zugeschriebene Rolle zukomme, ja ob sie überhaupt tatsächlich vorkämen und ob, wenn sie vorkämen, sie nicht als ein unsolides Handeln vom Standpunkte der Bankleitung aus anzusehen wären. Letztere Auffassung vertrat namentlich Dernburg als alter Bankpraktiker und kam damit der Meinung des Referenten Jöhr sehr nahe. In feineren Abweichungen voneinander bewegten sich die jüngeren Theoretiker, die zum guten Teile mit den Mitarbeitern an dem vorbereitenden Schriftenbände und Mitgliedern des Theoretischen Untersuchungsausschusses identisch waren: v. Mises, Löwe, Singer, Hahn, Schlesinger, Altschul, Lederer, Landauer, v. Hayek, Haenel, Kuczynski, dazu kam Gregory (London). Die Auffassung, daß die Anstöße zum Auf und Ab der Konjunktur vielleicht doch mehr aus der Wirtschaft selbst kämen und als massenpsychologische Prozesse erfaßt werden müßten, also nicht nur als Wirkungen von der Geldseite her angesehen werden dürften, leuchtete mehrfach durch die Ausführungen hindurch, wurde aber als außerhalb des Themas liegend von den Debatterednern nicht weiter entwickelt. Doch Jöhr in seinem Schlußworte operierte mit einem solchen Argument gegen die monetäre Konjunkturtheorie. Eucken dagegen hielt die wohldurchgearbeitete Grundauffassung seines Referats, sich gegen verschiedene Einwände während, nochmals ausdrücklich aufrecht. Diehl schlug sich in abschließenden Bemerkungen zu den Zweifeln an der Durchschlagskraft der monetären Konjunkturtheorie und hoffte zugleich, daß die Debatte die praktischen Vertreter der Konjunkturinstitute, deren Verdienste er ausdrücklich anerkannte, von der Gerechtigkeit und Objektivität der Theoretiker gegenüber der empirischen Konjunkturforschung überzeugen würde.

31. Die Königsberger Tagung von 1930

Die Ausschußsitzung vom Vortage der Züricher Generalversammlung, also vom 12. September 1928, hatte nach Beschlüssen über die äußere Ordnung der Generalversammlung gleich als ersten Punkt ihrer Tagesordnung sich mit dem „Antrag Jahn“ zu beschäftigen. Dieser Antrag, der sich an die Generalversammlung richtete, war im August 1928 beim Vorsitzenden eingegangen und auf dessen Wunsch in Abwesenheit des Schriftführers sofort vom Schatzmeister vervielfältigt an die Mitglieder verschickt worden. Der Antrag wünschte eine Änderung der Satzung in drei Punkten: 1. der ständige Ausschuß sollte in Zukunft nicht wie bisher satzungsgemäß auf jeder ordentlichen Generalversammlung zu einem Drittel, sondern voll erneuert werden; 2. die Wahl des Vorstandes sollte nicht mehr wie übungsgemäß bisher von dem sogenannten Rumpfaus-

schuß, das heißt nur von seinen gewählten Mitgliedern, sondern vom Gesamtausschuß, also erst nach erfolgten Zuwahlen (Kooptationen) durch den Gesamtausschuß vorgenommen werden; 3. die Vorsitzenden der Ständigen Unterausschüsse sollten ebenfalls vom Gesamtausschusse gewählt werden und — das war neu — als Beisitzer in den Vorstand des Vereins eintreten.

Nach Lage der Gruppierung innerhalb des Vereins, wie sie Brentano (siehe oben S. 20) schon für das Jahr 1873 geschildert und Schmoller sie in seinem oben abgedruckten Briefe vom 26. Oktober 1905 an Brentano zur Grundlage seiner Erörterung gemacht hatte, bedeutete der Antrag Jahn einen Vorstoß des linken Flügels im Verein. Der Antrag war, außer von Jahn (Halle) selbst, von Altmann (Mannheim), Bergsträßer (Heidelberg), Brinkmann (Heidelberg), Eppstein (Mannheim), Feiler (Frankfurt), Hahn (Frankfurt), Harms (Kiel), v. Hayek (Wien), Lederer (Heidelberg), Hans Mayer (Wien), Machlup-Wolf (Wien), v. Mises (Wien), Sulzbach (Frankfurt), Strigl (Wien), Alfred Weber (Heidelberg), Welter (Frankfurt), im ganzen also mit 17 Namen, unterzeichnet. Die Unterzeichner könnten nach verschiedenen Gesichtspunkten gruppiert werden. Der Erwähnung wert ist aber wenigstens, daß nur Harms und Alfred Weber alte Ausschußmitglieder waren, während von den übrigen ein Teil erst in den letzten Jahren vor 1928, ein anderer Teil überhaupt noch nicht in den Ausschuß gelangt war, und daß auffallend viele Heidelberger, Frankfurter und Wiener sich darunter befanden. Auf welche Weise die Auslese zustande gekommen war, hat sich nicht sicher feststellen lassen. Übrigens teilte Jahn in der Züricher Sitzung mit, daß nachträglich noch „eine ganze Anzahl“ von Unterschriften hinzugekommen sei.

Der Antrag kam für den Vorstand insofern nicht überraschend, als Sombart mehrfach in Vorstandssitzungen seit Beginn des Jahres Andeutungen gemacht hatte, es seien zum mindesten für die Wahl eines neuen Vereinsvorsitzenden, vielleicht auch für die Umgestaltung des ganzen Vereins Vorstöße aus dem Kreise der Mitglieder zu erwarten. Doch lief der Antrag Jahn immerhin so spät ein, daß er in die gedruckte Tagesordnung der Ausschußsitzung, die, wie üblich, in der Einladung zur Züricher Tagung enthalten war, nicht mehr hatte aufgenommen werden können. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß Herkners Mitteilung von seinem bevorstehenden Rücktritt vom Vorsitz in der Homburger Ausschußsitzung den Anstoß zur Stellung des Antrags gegeben hatte. Die Linke witterte Morgenluft.

Es ergab sich in der Behandlung des Antrags noch vor der Züricher Ausschußsitzung ein Briefwechsel mit Jahn seitens des Vorsitzenden und

des Schriftführers, in dem von den beiden letzteren hauptsächlich geltend gemacht wurde, daß in Ermangelung entsprechender Vorbereitung (neuer Stimmzettel für die Wahlen usw.) es so gut wie unmöglich wäre, das Plenum der Generalversammlung mit dem Antrage zu befassen, und daß überhaupt eine Behandlung dieser Dinge in der unvermeidlichen Öffentlichkeit einer Generalversammlung, noch dazu im Auslande, nicht ratsam sei. Jahn gab sich auch damit zufrieden, daß in Zürich der Antrag zunächst nur im Ausschusse besprochen werden sollte, zumal Herkner ihm zusicherte, daß er erstens selbst die Bildung eines kleinen Unterausschusses für Satzungsreform und zweitens die Gültigkeitsbegrenzung der Vorstandswahlen durch den Rumpfausschuß in Zürich bis zur neuen Sitzung des Hauptausschusses im Frühjahr 1929 beantragen würde.

Dieser schriftlichen Vereinbarung gemäß wurde denn auch in der Sitzung des Hauptausschusses in Zürich verfahren. Die Anträge Herkners, von Jahn unterstützt, fanden Zustimmung. Die Zusammensetzung des Unterausschusses für Satzungsreform machte dabei einige Umstände. Sie kam schließlich in der Form zustande, daß Herkner den Vorsitz führen, Diehl (mit Boese als Stellvertreter) und Lotz (mit Saenger als Stellvertreter) als Vorsitzende der Ständigen Unterausschüsse, außerdem Lederer (Stellvertreter Alfred Weber), Harms (Stellvertreter Eckert), Jahn (Stellvertreter v. Mises) und Feiler (Stellvertreter Spiethoff) ihm angehören sollten. Dieser Unterausschuß ist dann am 6. März 1929 erstmalig zusammengetreten. —

Die Untersuchungen über die „Wohnungswirtschaft“ waren, wie die obigen Berichte über ihre Schicksale zeigen, zu einem Schmerzenskind des Vereins geworden. Keßler als Vorsitzender des dafür bestimmten Unterausschusses war fortgesetzt durch Krankheit an der Durchführung der schon gefaßten Beschlüsse gehindert gewesen. Herkner erreichte, daß Keßler vom Vorsitz zurücktrat, und beantragte beim Hauptausschusse, an seiner Stelle Zimmermann und Pribram mit der Durchführung der Untersuchungen zu betrauen. Da die vorgeschlagenen Mitglieder mit dem Auftrage einverstanden waren, nahm der Ausschuß den Antrag Herkner an. Es ist daraus schließlich der Schriftenband 177 I und II entstanden, der, von Zimmermann herausgegeben, im Jahre 1930 erschien. Ein III. Teil, der die österreichischen Verhältnisse behandelte, trat, von Bunzel herausgegeben, im gleichen Jahre hinzu. Aus dem Ständigen Unterausschusse für Finanzwissenschaft war, wie Lotz berichtete, die Anregung hervorgegangen, die gemischtwirtschaftlichen Betriebe zu untersuchen, welches Thema auf Landmanns Antrag auf das der „Modernen Organisationsformen der öffentlichen Unternehmung“ er-

weitert worden war. Der Hauptausschuß erklärte sich mit der Durchführung solcher Untersuchungen einverstanden und beauftragte den Unterausschuß damit. Bezüglich der Arbeiten über „die Preispolitik der Kartelle“ mußte v. Mises an Stelle von Lederer berichten, daß es sich wegen Unerreichbarkeit des erforderlichen Materials als unmöglich herausgestellt habe, die beabsichtigten konkreten Untersuchungen bei bestimmten Kartellen einzuleiten, weshalb der zuständige Unterausschuß beschlossen habe, nunmehr von hervorragenden Fachleuten eine theoretische Darstellung des Kartellproblems von großen Gesichtspunkten aus zu erbitten und diese Darstellung durch einen kritischen bibliographischen Überblick einleiten zu lassen. Der Hauptausschuß erklärte sich mit diesem abgeänderten Arbeitsplan einverstanden. Die beschlossenen Untersuchungen über die „Werksgemeinschaft“ waren wegen einer Amerikareise des Unterausschußvorsitzenden Briefs zunächst nicht in Gang gekommen.

Für neue Untersuchungen regte Herkner das Thema des „Schlichtungswesens“ an, was auf großes Interesse stieß. Ein Unterausschuß, zunächst unter Herkner, wurde dafür niedergesetzt.

Die trotz der bevorstehenden Satzungsreform in Zürich noch vorgenommenen Kooptationen brachten den Hauptausschuß auf einen Bestand von 165 Mitgliedern. —

Es war allen Beteiligten damals klar, daß der auf Satzungsänderungen gerichtete Antrag Jahn nicht nur auf rein satzungspolitischen Erwägungen beruhte, sondern praktisch darauf hinauslief, die Leitung des Vereins oder mindestens einen erheblichen Einfluß auf diese Leitung in die Hände der Mit Antragsteller zu bringen, mit anderen Worten, der „linke Flügel“ im Verein strebte nach Erringung der Macht im Verein. Da die „Mitte“ und der „rechte Flügel“, wenn von einem solchen noch gesprochen werden konnte, einer solchen Einflußverschiebung widerstrebte, bildete sich nun auch eine Gruppe dieser Widerstrebenden, die unter Führung von Bräuer stand, wie für den Vorstand aus Zuschriften deutlich wurde. Selbstverständlich handelte es sich nur um lose Zusammenfassungen bei den beiden Gruppen.

Für den Vorstand war nach der Züricher Tagung das zunächst Wichtigste die Vorbereitung der Wahl des neuen Vorsitzenden bzw. des Vorstandes überhaupt und die Wahl der Vorsitzenden der beiden Ständigen Unterausschüsse. Dabei stand zur Vermeidung von Konflikten die Vornahme der Wahl durch den Gesamtausschuß als oberstes Gebot über allen Erwägungen. Da es jedoch nach alter Erfahrung aussichtslos war, den so kopfreich gewordenen Hauptausschuß vollzählig oder auch nur nahezu vollzählig in einer Sitzung zusammenzubringen, erschien es dem

Vorstand als bester Ausweg, eine schriftliche Abstimmung herbeizuführen. Denn wenn die Abstimmung in dem versammelten Hauptausschuß erfolgte, der immer nur ein Viertel bis ein Drittel der Mitglieder zusammenfaßte, dann konnte die rührigste der Gruppen sich durch entsprechende Propaganda vielleicht eine Mehrheit für die Sitzung sichern, die keine Mehrheit des Ausschusses war. Von der Größe der Gruppen hatte der Vorstand kein sicheres Bild, es ließ sich nur schätzen, daß der linke Flügel allerhöchstens ein Drittel des Gesamtausschusses umfaßte, vielleicht nicht einmal ein Viertel, so daß bei einem Zufallssieg des linken Flügels in einer Sitzung ein Massenaustritt und ein Zerfall des Vereins zu befürchten war. Auf Grund dieser Erwägungen in den damaligen mehrfachen Vorstandssitzungen ging daher das Rundschreiben Herknerns mit dem Vorschlage einer schriftlichen Abstimmung am 19. Januar 1929 an alle Ausschußmitglieder mit der Bitte um baldige Meinungsäußerung hinaus. Die verhältnismäßig nicht zahlreichen eingehenden Äußerungen lehrten, daß in beiden Gruppen nur ein Kern die Sachlage übersah. Es gab Einsprüche gegen eine schriftliche Abstimmung unter Hinweis auf die bisherige Unüblichkeit solchen Verfahrens seitens solcher Mitglieder, von denen nicht anzunehmen war, daß ihnen ein Zufallssieg des linken Flügels in einer Sitzung willkommen gewesen wäre. Andererseits stimmte Jahn zuerst im Briefe an Herkner einer schriftlichen Abstimmung zu, nahm die Zustimmung dann aber zurück und richtete unterm 28. Januar 1929 an alle Ausschußmitglieder oder an diejenigen, von denen er annahm, daß sie sich zum linken Flügel zählten, ein Rundschreiben mit der Aufforderung, die schriftliche Abstimmung, weil sie zu einer heillosen Zersplitterung führen würde, zu verwerfen. Was die Gründe zu dieser Wandlung gewesen sind, ist nicht aktenkundig, vielleicht war sich der linke Flügel darüber klar geworden, daß er in schriftlicher Abstimmung beim Vorliegen einer Liste des Vorstandes oder einer des rechten Flügels neben einer des linken keine Aussicht auf Erfolg hatte. Es scheint aber, daß dem Kerne des rechten Flügels diese Wandlung nicht verborgen blieb und daß hier die Besorgnis entstand, der linke Flügel könne es tatsächlich vorbereiten, bei Abstimmung in einer Sitzung den rechten Flügel zu majorisieren.

Jedenfalls erschien es dem Vorstande in einer Sitzung vom 3. Februar 1929 angezeigt, auf die Durchführung einer schriftlichen Abstimmung zu verzichten, und es erging daher unterm 8. Februar die Einladung Herknerns zu einer Sitzung des Gesamtausschusses am 7. März in Berlin. Die ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder des Unterausschusses für Satzungsreform wurden für den 6. März nach Berlin berufen.

Auf die Ergebnisse der Sitzung dieses Unterausschusses bezüglich der Satzungsreform wird sogleich noch zurückzukommen sein. Herkner

brachte jedenfalls im Anschluß an diese Sitzung vornehmlich infolge des Entgegenkommens von Alfred Weber ein Kompromiß zustande, über das er laut Protokoll am folgenden Tage im Gesamtausschuß folgendermaßen berichtete:

„Der Ausschuß hatte in seiner letzten Sitzung in Zürich auf Antrag beschlossen, daß diesmal die Wahlen zum Vorstände nicht, wie bisher üblich, durch den Rumpfausschuß, bestehend allein aus den gewählten Mitgliedern, sondern vom Gesamtausschuß, bestehend aus den gewählten plus den kooptierten Mitgliedern gewählt werden solle. Der Versuch, die Wahl auf schriftlichem Wege zu vollziehen, sei vom Vorstände auf Grund eingegangener Einsprüche wieder aufgegeben worden. Nach Beendigung der Sitzung des Unterausschusses für Satzungsreform vom Tage zuvor habe nun eine zwanglose Aussprache zwischen den Vorstandsmitgliedern und den übrigen Mitgliedern des Unterausschusses stattgefunden, wobei sich für die satzungsmäßig vorgesehenen Vereinsämter eine Liste ergeben habe, von der anzunehmen sei, daß sie den verschiedenen Richtungen und Strömungen innerhalb des Ausschusses als Kompromiß annehmbar erscheinen dürfte. Der Vorstand erlaube sich daher, dem Ausschusse vorzuschlagen, die Wahl gemäß diesem Kompromiß vorzunehmen. Das Kompromiß nehme in Aussicht: Herrn Eckert als Vorsitzenden, die Herren Fuchs, Exz. v. d. Leyen, Sering und Sombart als stellvertretende Vorsitzende, Herrn Boese als Schriftführer, Herrn v. Mises als stellvertretenden Schriftführer, Herrn Saenger als Schatzmeister; außerdem Herrn Spiethoff als Vorsitzenden des Ständigen Unterausschusses für theoretische Forschung und Herrn Lederer als Stellvertreter, Herrn Gerloff als Vorsitzenden des Ständigen Unterausschusses für Finanzwissenschaft und Herrn Bräuer als Stellvertreter. Diese letzteren vier Herren sollten schon jetzt dem Vorstände als Beisitzer angehören, wie dies die vorläufigen Beschlüsse des Unterausschusses für die Zukunft in Aussicht nähmen. Da aber die geltenden Satzungen die Einrichtung des Beisitzers im Vorstände nicht kennen, seien die Herren zunächst ebenfalls als stellvertretende Vorsitzende aufzufassen, für deren Zahl die Satzungen keine Beschränkung enthielten. Der Kompromißvorschlag sei seiner Natur nach als ein Ganzes anzusehen und könne somit nur entweder angenommen oder abgelehnt werden. Daher bittet der Vorsitzende, die Wahl auf Zetteln mit einem einfachen Ja oder Nein vorzunehmen.“

Die Zettelwahl ergab 58 Ja-Stimmen für das Kompromiß und 12 Nein-Stimmen, 2 Stimmen waren ungültig, weil unklar. Es war anzunehmen, daß die Nein-Stimmen aus dem linken Flügel stammten, weil dieser bei dem Kompromiß doch ziemlich ungünstig weggekommen war. Jedenfalls war mit der Annahme des Kompromisses die drängende Wahl des Vorstandes und — der Satzungsreform eigentlich vorgreifend — auch die Frage der Zusammensetzung des Vorstandes bis auf weiteres entschieden und die Aufgabe der Satzungsreform von machtpolitischen Ambitionen befreit.

Diese Lage hatte übrigens Herkner schon für die Sitzung des Unter-

ausschusses für Satzungsreform vom 6. März 1929 herzustellen gewußt, indem er gleich nach Eröffnung der Sitzung eine Besprechung über die Vorstandswahl erst im Anschluß an das eigentliche Sitzungsthema in Aussicht stellte. So verlief denn auch die satzungsreformerische Beratung im wesentlichen unter sachlicher Argumentation. Über die wichtigsten Beschlüsse berichtete Herkner in der Sitzung des Hauptausschusses am folgenden Tage nach dem Protokoll wie folgt:

Der Vorsitzende gibt einen Bericht über den Verlauf und die Ergebnisse der Beratungen des für diesen Zweck eingesetzten Unterausschusses. Die Ausführungen des Vorsitzenden werden noch durch solche von Herrn Jahn ergänzt. Der Unterausschuß war mit seiner Beratung, obwohl sie 6—7 Stunden gedauert hatte, nicht zu Ende gekommen und wird darum noch einmal tagen müssen. Die wichtigsten positiven Beschlüsse des Unterausschusses waren:

1. Die Zahl der Ausschußmitglieder, die von der Generalversammlung zu wählen sind, wird von 24 auf 36 erhöht. Auf jeder ordentlichen Generalversammlung scheidet die Hälfte dieser Zahl aus. Die gewählten 36 Mitglieder haben das Recht, weitere 36 Mitglieder in den Ausschuß zu kooptieren. Darüber hinaus können ältere Herren, die für die Entwicklung des Vereins in früheren Jahrzehnten maßgebend gewesen und jetzt noch Mitglieder des Ausschusses sind, ehrenhalber als Mitglieder kooptiert werden. In besonderen seltenen Fällen darf durch Beschluß des Gesamtausschusses mit Dreiviertelmehrheit die Zahl der 72 ordentlichen Ausschußmitglieder noch um ein wenig überschritten werden. Alle Mitglieder haben gleiche Rechte.

2. Die Wahl der 36 Mitglieder des Rumpfausschusses soll in Zukunft von der Generalversammlung in besonderer geschäftlicher Sitzung, getrennt von den wissenschaftlichen Verhandlungen, vorgenommen werden.

3. Für die Wahl soll die absolute Mehrheit erforderlich sein. Stichwahl wird erst vorgenommen, wenn im ersten und zweiten Wahlgang eine absolute Mehrheit nicht erreicht worden ist.

4. Die Aufgaben der Generalversammlung sollen genau festgelegt werden.

5. Die Wahl des Vorstandes soll in Zukunft vom Gesamtausschuß, also von den gewählten plus kooptierten Mitgliedern, vorgenommen werden. Die Zahl der Vorstandsmitglieder soll 12 betragen. Ein engerer Vorstand, bestehend aus dem Vorsitzenden, dem Schriftführer und dem Schatzmeister, soll die laufenden Geschäfte führen, während der weitere Vorstand nur mit prinzipiell wichtigen Angelegenheiten befaßt wird. Der Vorsitzende soll wegen seiner Verantwortlichkeit nach außen und innen nicht überstimmt werden können. Die Einsetzung eines kleineren Ausschusses für die Ausarbeitung einer allgemeinen Wahlordnung wurde in Aussicht genommen.

6. Die Ständigen Unterausschüsse für bestimmte wissenschaftliche Gebiete können über die bestehenden zwei hinaus je nach Notwendigkeit durch Beschluß des Gesamtausschusses vermehrt werden. Sie sollen aus einem Stamm von 12 vom Gesamtausschuß zu wählenden Mitgliedern bestehen und das Recht der Kooptation haben. Die Kooptationsmöglichkeit ist nicht auf Ausschußmitglieder beschränkt. Selbst Nichtvereinsmitglieder können kooptiert werden, wenn sie daraufhin dem Verein beitreten.

7. Ein kleiner Ausschuß, bestehend aus dem neuen Vereinsvorsitzenden und den alten und neuen Vorsitzenden der Ständigen Unterausschüsse, soll einen Entwurf für die Rechte und Pflichten der Ständigen Unterausschüsse ausarbeiten. Dem Hauptausschuß muß dabei der entscheidende Einfluß erhalten bleiben.

Der Unterausschuß für Satzungsreform blieb bestehen, es trat nur im Vorsitz an die Stelle von Herkner der neue Vereinsvorsitzende Eckert. Über eine Reihe von Punkten waren noch Beschlüsse zu fassen geblieben, was in einer weiteren Sitzung des Unterausschusses erfolgen sollte. Zunächst wurde für die schon vorliegenden Beschlüsse ein Redaktionsausschuß gebildet, bestehend aus dem Vorsitzenden, dem Schriftführer, dem Schatzmeister und Jahn. Letzterer erbot sich, die bereits gefaßten Beschlüsse in Anlehnung an die alte Satzung in Paragraphen umzuformen. Der so entstandene Entwurf wurde in einer Sitzung des Redaktionsausschusses am 29. April 1929 in Berlin sorgfältig durchberaten und vervollständigt. In dieser Fassung wurde der Entwurf vervielfältigt und an alle Mitglieder des Unterausschusses verschickt, die zugleich zu einer Sitzung am 29. Juni 1929 in Berlin einberufen wurden. In dieser wurde der letzte Entwurf noch einmal durchberaten und in die Form gebracht, in der er gedruckt dem Hauptausschusse zur Beschlußfassung vorgelegt werden konnte. Die erforderliche Beratung erfolgte in der Sitzung des Hauptausschusses vom 26. September in Kissingen. Sie brachte noch wichtige Veränderungen gegenüber dem zweiten Entwurf. So zum Beispiel, daß die Zahl der gewählten und zugewählten Mitglieder des Hauptausschusses von je 36 auf je 50 Mitglieder hinaufgesetzt wurde. Einer der schmerzlichsten Punkte der Reform, durch den viele Mitglieder des Hauptausschusses getroffen wurden, war ja die erforderlich gewordene Verkleinerung des auf fast 170 Mitglieder angewachsenen Hauptausschusses. Diese Härte wurde durch den neuen Beschluß gemildert. Von besonderer Wichtigkeit war auch der nach eingehender Erörterung entgegen anderen Anträgen in dieser Sitzung gefaßte Beschluß, den alten Namen des Vereins unverändert beizubehalten. Im ganzen wird sich von der Reform sagen lassen, daß sie die Verfassung des Vereins formal ein wenig demokratisierte, im ganzen aber sehr schonend verfuhr, so daß praktisch für das Vereinsleben keine großen Veränderungen zu erwarten waren. —

So viel Kraft und Interesse auch die Satzungsreform verzehrte, die sachlichen Vereinsaufgaben waren dadurch nicht vernachlässigt worden. Die oben wiedergegebenen Beschlüsse der Züricher Sitzung des Hauptausschusses vom 12. September 1928 bezüglich der Vereinsschriften waren im Verlaufe des Jahres bis zur Kissinger Sitzung am 26. September 1929

in der Durchführung begriffen. Aus den erstatteten Berichten ergab sich, daß unter der neuen Leitung Zimmermanns die Arbeiten zur „städtischen Wohn- und Siedlungsfrage“ inzwischen gut vorgeschritten waren. Auch die Schriften über „moderne Organisationsformen der öffentlichen Unternehmung“ unter Landmann befanden sich im Gange. Sie wurden auf den bedeutenden Umfang von 80 Druckbogen geschätzt und ihre Erscheinung erst nach der Tagung von 1930 erwartet. Der hierfür bestimmte Band 176 kam denn auch in vier Teilen im Gesamtumfang von 1402 Druckseiten in den Jahren 1931 und 1932 heraus. Die Auskünfte von Lederer und Briefs über die Schriften zur „Preispolitik der Kartelle“ und die „Neue Betriebspolitik“ lauteten zuversichtlich, aber bezüglich der Zeit der Fertigstellung noch unbestimmt. Weiter fortgeschritten waren die Untersuchungen über das „Schlichtungswesen“, die nach Herknerns Rücktritt von Bonn unter Mitwirkung von Landauer und Lemmer herausgegeben wurden. Über die Arbeiten zum Thema der „Vererbung des ländlichen Grundbesitzes“, die in der Berliner März-sitzung von 1929 beschlossen worden waren, berichtete v. Dietze, daß sie noch im Sommer 1930 erscheinen würden. Angesichts dieser bevorstehenden starken Schriftenproduktion nahm die Kissinger Sitzung von der Inangriffnahme weiterer Themen Abstand.

Was den Tagungsort für 1930 betraf, so entschied sich die Kissinger Sitzung, allerdings „mit schwacher Mehrheit“, wie das Protokoll bemerkt, für Königsberg. Der Vorstand war für die Wahl eines Ortes in der Mitte Deutschlands eingetreten. Da aber die Königsberger Vereinsmitglieder ihren bisherigen, eher ablehnenden Standpunkt neuerdings aufgegeben hatten und in der Sitzung überraschenderweise viele Mitglieder für Königsberg eintraten, schien es angezeigt, auf das schon früher erwogene Königsberg zurückzugreifen, was damals von besonderer nationaler Bedeutung war. Das Thema der „städtischen Siedlungs- und Wohnungsfrage“ sowie ein agrarpolitisches Thema empfahlen sich wegen des Vorliegens vorbereitender Schriften für die Verhandlungen. Es schien aber außerdem ein sozialpolitisches Thema geboten. Dazu wählte man „die theoretischen Grundlagen der Sozialpolitik“, wofür nur zwei Referate ohne Diskussion vorgesehen wurden, weil Zeit für die Beschlüsse der Generalversammlung über die neue Satzung und zu entsprechender Neubildung der Vereinsorgane gewonnen werden mußte. Die Durchführung dieser Beschlüsse wurde dem Vorstand anheimgegeben.

Der Sommer 1930 brachte in der Tätigkeit des Vereins insofern ein Novum, als in dieser Zeit zum ersten Male gleichzeitig ohne Anlehnung an eine Tagung des Vereins oder Sitzung des Hauptausschusses die beiden Ständigen Unterausschüsse für theoretische Forschung und für Finanz-

wissenschaft unter ihren neuen Vorsitzenden Spiethoff und Gerloff zu sachlichen Erörterungen über einschlägige Probleme sich versammelten. Diese Sitzungen fanden am 10. Juni 1930 in der Würzburger Universität statt. Die Einladungen gingen von Spiethoff und Gerloff an die Mitglieder ihrer engeren Kreise aus, aber der Vereinsvorsitzende Eckert fügte hinzu, daß alle Mitglieder des Hauptausschusses zu diesen Sitzungen willkommen seien. Der Unterausschuß für Theorie veranstaltete eine Besprechung über das damals neue Buch Sombarts, „Die drei Nationalökonomien“, also eine im wesentlichen methodologische Erörterung, wozu Brinkmann (Heidelberg) einen Bericht erstattete, der Unterausschuß für Finanzwissenschaft brachte eine Aussprache über die Hauszinssteuer mit Referaten von Cohen (München) und Kahn (Frankfurt a. M.). Leider sind diese Erörterungen der hohen Kosten wegen nicht stenographisch aufgenommen worden und auch nicht auf andere Weise zur Veröffentlichung gelangt. Vielleicht erhielten sie dadurch ihren intimen Charakter und waren für die Teilnehmer besonders lehrreich. Doch hat „Schmollers Jahrbuch“³ Arbeiten von Amonn, Edith Landmann, Singer, Salin, Schack und v. Mises gebracht, die ungefähr den gleichen Standpunkt vertreten, wie sie in der Würzburger Erörterung vorgebracht wurden, und Brinkmanns Aufsatz im folgenden Jahrgang⁴ läßt immerhin die Ausführungen seines Würzburger Referates noch erkennen.

Die Würzburger Zusammenkunft wurde von dem in Kissingen eingesetzten Fünferausschuß benützt, um auftragsgemäß einen Wahlvorschlag des Hauptausschusses für die Wahlen zum Hauptausschusse durch die erste Mitgliederversammlung festzulegen. Diese schwierige und starken Kritiken ausgesetzte Aufgabe, da sie die Streichung von etwa 70 bisherigen Mitgliedern des Hauptausschusses bedeutete, war sorgfältig durch vorherige schriftliche Äußerung der Mitglieder des Fünferausschusses vorbereitet worden. —

Eckert leitete die Königsberger Tagung vom 24. bis 26. September 1930 mit einem Vergleich der besonderen Nöte des Westens und des Ostens ein, dort die erst kürzlich beendete feindliche Besetzung, hier die räumliche Abschneidung vom Reiche mit der wirtschaftlichen Bedrückung der Landwirtschaft, gab einen Überblick über das, was die Tagung bieten würde, und gedachte der Wirksamkeit von Nasse und Herkner als einstiger Vereinsvorsitzenden. Die ehrende Begrüßung der Tagung durch die zuständigen politischen und akademischen Behörden fiel diesmal besonders reichlich aus. Sering erhielt dabei die Würde eines Ehrendoktors

³ 54. Jahrgang (1930), S. 193—343.

⁴ 55. Jahrgang (1931), S. 193ff.

der Philosophischen Fakultät der Universität Königsberg. Überhaupt erhielt diese Tagung, auch durch die Satzungsänderung, eine gewisse Feierlichkeit.

Sodann begannen die sozialpolitischen Vorträge von Adolf Weber und Heimann. In der Einladung zur Tagung hatte das Thema noch geheißen: „Die Grundlagen der Sozialpolitik“, auf der Tagung und im Verhandlungsbande hieß es „Grundlagen und Grenzen⁵ der Sozialpolitik“. Im Grunde war es ja besonders auf eine wissenschaftlich besinnliche Festlegung der Grenzen abgesehen. Denn obwohl seit der Revolution von 1918 nun schon zwölf Jahre verflossen waren, und die sozialistischen Parteien im Reichstag ihre ausschlaggebende Stellung in vieler Richtung eingebüßt hatten, war die Macht der Arbeiterschaft als Interessentengruppe im politischen und wirtschaftlichen Leben doch noch sehr spürbar. Die Einwirkung ging namentlich von den Gewerkschaften aus, und es wurde viel von einer „kalten Sozialisierung“, von „Wirtschaftsdemokratie“ als neuen Zielen der Sozialpolitik in der öffentlichen Diskussion gesprochen. Zu diesen Zielen sollte die Erörterung im Verein Stellung nehmen. Für einen Verein, der seinen Namen von der Sozialpolitik hernahm, war es aber nicht angängig, das Thema nun einfach als „Grenzen“ der Sozialpolitik zu benennen, das hätte wie eine Wandlung zur Gegnerschaft gegen alle Sozialpolitik ausgesehen. Dieser Eindruck mußte vermieden werden, und tatsächlich dachte auch niemand im Verein an einen solchen Wandel in der grundsätzlichen Stellungnahme. Vielmehr gebot eben die Wissenschaftlichkeit der Erörterung, vor allem die Voraussetzungen aller Sozialpolitik zu untersuchen, um zu einem Urteil darüber zu gelangen, inwieweit diese Voraussetzungen gegeben waren, auf die eine sozialpolitische Praxis aufgebaut werden könne.

Adolf Weber, getreu seiner wissenschaftlich-literarischen Vergangenheit, die freilich durch die Ereignisse seit 1918 eine gewisse Abbiegung erfahren und zu seinem Eintritt in den Verein geführt hatte, ging in seinem Referat von der überlieferten Theorie der Volkswirtschaft, vielfach die „kapitalistische“ Theorie genannt, aus, erkannte jedoch an, daß auch der „Kapitalismus“ von einem bestimmten Punkte an ein eigenes Interesse am Vorhandensein einer Sozialpolitik habe, nämlich von dort an, wo Sozialpolitik die Erhaltung und Stärkung des auch für ihn unentbehrlichen Produktionsfaktors Arbeit zum Ziele habe. Der gesamte Wirtschaftsprozess in dieser Wirtschaftsverfassung sei, wenn er nicht dem Beharren oder gar dem Rückgang anheimfallen solle, darauf angewiesen, so viel Ertrag zu bringen, daß nicht nur der normale Bedarf der Unternehmungen und aller an ihr Beteiligten daraus gedeckt sei, sondern daß

⁵ Von mir gesperrt! Der Verf.

darüber hinaus dauernd ein Überschuß sich ergebe, aus dem die fortschreitende Erweiterung der Erzeugungsanlagen bestritten werden könne (Kapitalbildung). Führe die Vervollkommnung der Sozialpolitik dazu, daß durch erhöhte Löhne und sonstigen vermehrten Aufwand sozialpolitischer Art der für Erhaltung und Wachstum der Gütererzeugung notwendige Teilbetrag des Gesamtertrages aufgezehrt werde, dann seien die Grenzen der Sozialpolitik überschritten. So wenigstens kann man, in Kürze gesagt, die Ausführungen Adolf Webers lesen und muß es wohl auch tun. Selbstverständlich waren in seinem Referat auch alle wichtigen, seiner Grundauffassung entgegengestellten Theorien und Argumentationen wie die Kaufkrafttheorie, die Erstarrung der Monopolpreise der Kartelle usw. eingehend berücksichtigt. Heimann stellte nach flüchtiger Anerkennung der Lehren der überkommenen Wirtschaftstheorie der „wirtschaftlichen Eigenlogik“ die „Eigenlogik der sozialen Bewegung“ gegenüber, ein aufgeklärter Sozialismus, wie man variierend sagen könnte, trat neben einen sozialpolitisch gemilderten Liberalismus. Aber für den Sozialisten gab eben doch die „Freiheit und Würde“ des Arbeiters den eigentlichen Ausgangspunkt ab. Zu den Grundlagen der Sozialpolitik gehörte nach ihm daher das Arbeitsrecht, dieses in der Hauptsache als Koalitionsrecht verstanden. Dabei wurden zunächst die Koalitionen oder Gewerkschaften nicht nur nach Brentanoschem Muster als bloße Kartelle der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt gewürdigt, sondern auch als Vertreter von Leitideen für die künftige Sozialgestaltung, nachher allerdings zugestanden, daß die mehr materialistische Auswirkung der Gewerkschaften doch die eigentliche Machtentfaltung der auf die Sozialgestaltung gerichteten sozialen Kraft darstelle. Es ist das alles in einer von jeder gegenständlichen Klarheit distanzierenden Sprache ausgedrückt, die oft als Verschleierung wirkt, bis dann wieder blitzartig eine grelle antithetische Beleuchtung die Gegensätze offenkundig macht. Die Richtung der ganzen Grundauffassung Heimanns im Vergleiche zu der Adolf Webers wird vielleicht an dem Satze⁶ klar: „Ein Schaden an der Wirtschaft ist in der Sozialpolitik wie in der sonstigen Wirtschaftspolitik nicht unter allen Umständen verwerflich; er kann gerechtfertigt sein, wenn er einen außer- und überwirtschaftlichen Nutzen für den Menschen, einen Zuwachs an Freiheit bringt.“ Heimann exemplifizierte hier ausdrücklich auf das Achtstundentagproblem.

Eine Diskussion im Plenum über die in den Referaten enthaltenen Themen fand, wie gesagt, nicht statt, die Gegensätzlichkeiten zwischen beiden Referenten wurden also weder von dritten Rednern, noch etwa von den Referenten selbst in Schlußworten herausgearbeitet, die Versammlung

⁶ Schriften, Bd. 182, S. 77.

begnügte sich mit Beifall für die gedankliche und rednerische Durchführung in den Referaten. Eckert betonte sogar in einer abschließenden Bemerkung mit Nachdruck die Übereinstimmung der Referenten, und die Verlagsbuchhandlung gab die Referate in einem Sonderdruck heraus.

Das zweite Thema erschien in der Einladung in der gleichen Fassung, die es schon in der Kissinger Sitzung erhalten hatte: „Die deutsche Agrar-not und der Osten.“ Nach sorgfältiger Vorbereitung waren die Referate an Sering, v. Batocki und v. Dietze gefallen, zwischen denen eine Teilung der zu behandelnden Probleme stattgefunden und demgemäß zu Untertiteln der Referate geführt hatte. Sering als erster Referent behandelte „die internationale Agrarkrise“. Er unterschied zu diesem Zwecke zwei Perioden, die erste von 1918—1924 erstreckend, die zweite von da an bis zur Zeit seines Referats (1930). Für die erste hielt er die Kennzeichnung der Lage wie in seinem Referat auf der Stuttgarter Tagung des Vereins von 1924 aufrecht, der der zweiten legte er die Beobachtungen einer Reise in die USA. zugrunde, von der er soeben heimgekehrt war. Für beide Epochen schilderte er die Besiedlung der Vereinigten Staaten und Art und Umfang der Getreideproduktion: Waren erst die Prärien bis etwa zum 100. Längengrade unter den Pflug genommen worden mit all den bekannten Folgen für den internationalen Getreidemarkt, so hatte die Kriegskonjunktur mit ihren hohen Preisen dazu geführt, daß die Bebauung in die halbtrockenen westlichen Gebiete vordrang. Doch die neuen Siedler konnten sich hier mit ihren verhältnismäßig teuren Pferdebetrieben nicht halten, als der Preisfall von 1920—1924 eintrat. Daher wurden diese Gebiete nun einer ganz neuen Produktionstechnik unterworfen, deren oberste Parole die äußerste Ersparnis an Arbeit war. Die anderwärts bereits vereinzelt verwendeten Kraftschlepper und Mähdrescher verbanden sich hier mit einer neuen Bodenbearbeitung auf den Trockenfarmen. Der Anbau ging auf außerordentlich großen Betriebsflächen vor sich und die Investitionskosten in Maschinen waren sehr hoch, aber die Arbeitskosten waren erstaunlich verringert, der Gewinn bei den guten Erträgen auch unter den bisherigen Preisen beträchtlich. Der großartige Straßenbau und die Ausbildung des Automobilverkehrs nach dem Kriege kamen den neuen Getreidegebieten zugute. Von Kanada, Australien und Argentinien wurde die neue Anbautechnik mit guten Erfolgen übernommen. Sering folgerte aus alledem, daß man mit einem Dauertiefstand der Getreidepreise werde rechnen müssen. Von neuem war aus der Erzeugung heraus eine ähnliche Situation entstanden, wie sie in den siebziger Jahren in Deutschland zur Einführung der Getreidezölle geführt hatte. Die Umstände, die ihn 1924 zu seiner damaligen handelspolitischen Stellungnahme veranlaßt hatten, seien jetzt völlig verändert, auch seien damals

mitsprechende stillschweigende Erwartungen, die er seinerzeit bezüglich der deutschen Tributlasten gehegt, nicht in Erfüllung gegangen. Daher schloß Sering neben der Empfehlung von verschiedenen Mitteln der Selbsthilfe der deutschen Landwirtschaft mit einer Rechtfertigung agrarischer Schutzzölle, die er freilich nur als „echte Erziehungszölle“ angesehen wissen wollte. Dazu forderte er die Beseitigung der Tribute.

Exz. v. Batocki hatte seinem Referat den Untertitel gegeben: „Menschen und Wirtschaft in der Ostmark“. Er sah die eigentliche Agrarnot Ostpreußens in der starken Abwanderung gerade der für die Landwirtschaft leistungsfähigsten Bevölkerungsteile. Der Zuckerrübenbau in Schlesien und Mitteldeutschland einerseits, die Entwicklung der städtischen Industrie seien die Hauptaugrohre. Von der mit großem Eifer damals in Ostpreußen betriebenen Siedlung erwartete der Redner keine in Betracht kommende Verminderung der Abwanderung, weil sie nicht die gerade der Abwanderung anheimfallenden Elemente festhalte. Im übrigen sei die Erhaltung der wirklich nützlichen, nämlich der bäuerlichen Siedler, abhängig von einer wenigstens bescheidenen Rentabilität der Landwirtschaft. Deshalb zollte v. Batocki der damaligen sozialdemokratischen Regierung Müller eine gewisse Anerkennung, weil sie statt der bis dahin allein als Ziel vertretenen Zerschlagung der Großbetriebe sich zu der Bestimmung entschlossen habe, „daß die Preise von Weizen, Roggen und Schweinen ohne Rücksicht auf den Weltmarktpreis auf eine die deutsche Landwirtschaft lebensfähig haltende Höhe zu bringen sind, und zwar durch Zollsätze und sonstige Eingriffe von einer noch vor zwei Jahren nicht denkbaren Schärfe“. Auch eine gewisse Industrialisierung des Landes war nach v. Batocki geeignet, durch Bietung zusätzlicher Erwerbsmöglichkeit der Abwanderung zu steuern.

Als dritter Referent behandelte v. Dietze das Unterthema: „Die deutsche Wirtschaftsnot und die ländliche Familie.“ Er betrachtete zu diesem Zwecke die besonderen Gefahren, die infolge der herrschenden Not vor allem den Bestand der Bauernfamilie bedrohten. Soweit die Not sich in einer Zunahme der Verschuldung zeigte, treffe das mehr für den Großbetrieb zu. Die kleinen Familienbetriebe begegneten der Not vor allem durch Einschränkung der Lebenshaltung und durch äußerste Anspannung der Arbeitskräfte. Sodann beschäftigte sich v. Dietze mit dem Einfluß der Not auf die Vererbungsformen und stützte sich hier auf den umfangreichen, dreiteiligen Schriftenband (178), der zur Vorbereitung der Tagung von Sering und v. Dietze herausgegeben worden war. Als Ergebnis sah dabei v. Dietze an, daß die Not und das Eindringen materialistischer Denkweise in die Bauernschaft zwar da und dort die Vererbung des bäuerlichen Besitzes nach der individualistischen Richtung hin

beeinflusst habe, daß aber im ganzen sowohl in den Gebieten der Realteilung wie in denen der Anerbensitte sich die Rücksicht auf den Bestand der Höfe noch immer mit Beharrlichkeit geltend mache. Er hielt es für wünschenswert, daß die Gesetzgebung diese Beharrlichkeit möglichst unterstütze. Dazu müsse allerdings eine bewußte Aufklärung der bäuerlichen Bevölkerung durch die einsichtigen Elemente aus dieser selbst und durch die landwirtschaftlichen Organisationen kommen.

Die Debatte wurde, dem agrarischen Thema entsprechend, überwiegend von praktischen und akademischen Agrarpolitikern bestritten. Der ostpreußische Landwirtschaftskammerpräsident und Rittergutsbesitzer Dr. Brandes, die Professoren Lang (Königsberg), Brandt (Berlin), Bundespräsident a. D. Dr. Hainisch (Wien), der Siedlungsdirektor Nadolny (Königsberg), Fuchs (Tübingen), Frhr. v. Bissing (Berlin) und Frhr. v. Gayl (Königsberg) rückten die allgemeine Notlage der deutschen Landwirtschaft und die besondere des ostpreußischen Gebietes in die Mitte ihrer Ausführungen und forderten Abhilfe, sei es mit diesen oder jenen Mitteln. Auch der die Verhandlungen an diesem Tage leitende ostpreußische Oberpräsident Siehr griff, bevor er die Schlußworte gab, zugunsten des agrarischen Ostpreußens ein. Der eigentliche Streitpunkt der Debatte aber wurde die Frage des agrarischen Zollschatzes, die getreulich mit den überlieferten Argumenten des agrarischen und des industrieexportstaatlichen Standpunktes durchgefochten wurde. Diesen Kampf eröffnete Harms (Kiel) mit Entschlossenheit. Er fand Kampfgenossen in den beiden Brüdern Rüstow. Besondere Aufmerksamkeit erregte es, daß Brinkmann (Heidelberg) mit allgemeinen wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten sich auf die Seite der agrarischen Schutzzöllner schlug. Da er die Versammlung früher verlassen mußte, hielt v. Batocki sein Schlußwort mit starken Repliken bald hinter der polemischen Rede von Harms, die beiden anderen Referenten hielten ihre Schlußreden am Ende der Debatte. Hierbei hielt v. Dietze noch einmal seine vorsichtig begrenzte Stellungnahme zugunsten eines spezifisch bäuerlichen Erbrechts aufrecht. Sering trat offen in den Kampf um den agrarischen Zollschatz ein, betonte noch einmal die Veränderung der Verhältnisse seit 1924 und suchte überzeugend darzutun, daß es sich gegenwärtig um die Bekämpfung eines akuten Notstandes handele. Die Sitzung fand erst abends um 7³/₄ Uhr ihr Ende.

Mit dem dritten Thema, „Die städtische Wohn- und Siedelwirtschaft“, kehrten die Königsberger Verhandlungen zur Sozialpolitik, wenigstens zu einem Teilgebiet von ihr, zurück. Zimmermann hatte seinem Referat den Untertitel „Die Grenzen der Wohnungszwangswirtschaft“ gegeben und damit den Kern der damaligen öffentlichen Diskussion des großen Fragen-

komplexes herausgefaßt. Denn die Wohnungszwangswirtschaft war damals schon als Ganzes fragwürdig geworden. Ursprünglich als vorübergehende Notmaßnahme gedacht, hatten die Sicherungsbestimmungen für diese Zwangswirtschaft dazu geführt, daß der Wiedereintritt der freien Wirtschaft bei der Verwaltung des Altbesitzes und erst recht bei der Neuerstellung von Wohnungen so gut wie ausgeschlossen erschien. Und daneben war der Mieterschutz im Altbesitz so sicher ausgebaut worden, daß die Mieter sozusagen ein dingliches Recht an den Wohnungen erworben hatten, während die Rechte des Vermieters zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken waren. Die Neubautätigkeit war fast vollständig in die öffentliche Hand gekommen und wurde vornehmlich auf Kosten der Allgemeinheit finanziert, also unter Voraussetzungen, mit denen die freie Wirtschaft nicht konkurrieren konnte. Dazu war praktisch die Neubautätigkeit so beschaffen, daß sie wegen ihrer Teuern nur zu einem sehr geringen Teile der Arbeiterschaft, vielmehr fast durchweg den bereits gehobenen Schichten zugute kam. Zimmermann legte diese Verhältnisse mit größter Objektivität klar und beleuchtete ebenso ihre sozialen Wirkungen. Viel Hoffnung auf eine Beseitigung des schwer erträglich gewordenen Zustandes hatte er nicht, denn an seinem Fortbestand waren nicht nur die Mieter im Altbesitz und die Wohnungsuchenden interessiert, sondern auch die unendlich zahlreich gewordene Zwangsverwaltungs-bürokratie sowie die Gemeinden, die längst und schließlich auch von Rechts wegen die Hauszinssteuer als Quelle auch für andere Aufgaben als die des Wohnungsbaues benutzten. Die Hauszinssteuer aber erschien Zimmermann als das — vielleicht einzige — Mittel, um aus dem entstandenen Zustande herauszukommen. Sie mußte nach seiner Ansicht benützt werden, um zu einer allmählichen Angleichung der Althaus- und der Neubaumieten zu gelangen. Dafür machte er wohlbegründete und überzeugende Vorschläge. Erst von einer solchen Angleichung aus hielt er, freilich mit vielen Übergängen, eine Rückkehr zur freien Wohnungswirtschaft für möglich. Es war ihm wichtig, festzuhalten, daß an sich die freie Wirtschaft der Normalzustand wäre, womit er sich in Gegensatz zu rein sozialistischen Auffassungen stellte, die in einer dauernden „Sozialisierung“ des gesamten Wohnungswesens das eigentliche Ideal sahen.

Der zweite Referent, Privatdozent v. Hayek (Wien), betitelte sein Referat „Wirkungen der Mietzinsbeschränkungen“, was schon darauf hindeutete, daß er ein anders erfaßtes Teilgebiet des Hauptthemas und dieses vom theoretischen Standpunkt behandeln wollte. Die meisten Nachteile des gegebenen Zustandes, wie sie Zimmermann bereits herausgehoben hatte, erschienen hier wieder in anderen Gedankenzusammenfügungen, und Punkte wie der etwaige Einfluß auf die Löhne wurden

schärfer beleuchtet. Auch für ihn war eine schrittweise vorgenommene Zurücklenkung auf den großen freien Markt und zu einer vielleicht besser als früher geübten öffentlichen Beeinflussung und Förderung der privaten Bautätigkeit das zu erstrebende Ziel.

Waren die Objekte der ersten beiden Referate noch einigermaßen kongruent, dann lehrte schon der Untertitel von Wilbrandts drittem Referat, „Siedlungstechnik und Arbeitslosigkeit“, daß hier ein Hinaus-treten auf ein ganz anderes Teilgebiet des Gesamtthemas erfolgte. Die Beseitigung der damals schon sehr angewachsenen Arbeitslosigkeit der städtischen Industriearbeiter war das eigentliche Ziel Wilbrandts. Er erklärte, an die „Rückkehr der Vorkriegsidylle des Exportindustrialismus“ nicht mehr zu glauben, sah auch die Freisetzung von Arbeitskräften durch die vollzogenen Rationalisierungen der Betriebe als einen endgültig gegebenen Zustand an und wollte daher für die der Dauerarbeitslosigkeit verfallenen Bevölkerungsteile Rat schaffen. Der erforderliche Ausweg schien ihm in der sogenannten Stadtrandsiedlung, besonders für die Kurzarbeiter, vielleicht auch für die städtischen Vollarbeitslosen zu liegen. Er versprach sich davon wenigstens einen Zustand, der im Vergleich mit dem Bezug von Arbeitslosenalimentierung in den gegebenen verschiedenen Formen, verbunden mit völligem Nichtstun, doch einen wesentlichen Fortschritt darstellte. Auf ganz kleinen Grundstücken von etwa einem halben Hektar wollte er, gestützt auf die Schriften des Baseler Agrikultur-ingenieurs v. Meyenburg, am Stadtrand allerwärts etwa zwei Millionen Halbsiedlerfamilien ansiedeln, die als Halbarbeitslose im Nebenberuf zu Selbstversorgern in Gemüse, Obst, Eiern, Ziegenmilch, Schweinefleisch und Speck werden könnten, somit die wichtigsten Nahrungsbedürfnisse bis auf Brot und Butter selbst deckten, ja er rechnete für später sogar mit dem Verkauf von Überschüssen solcher Erzeugnisse. Da Wilbrandt auch mit der Verwendung von Beregnungsapparaten, Kalt- und Warmhäusern, elektrischer Belichtung und Beheizung rechnete, wären hier also millionenfache Gärtnereibetriebe im Kleinstformat entstanden. Große Hoffnungen setzte er auf die Verwendung einer damals grade neu von Meyenburg erfundenen Maschine, der Gartenfräse, die vornehmlich die mühsame Arbeit der Herrichtung des Bodens übernehmen sollte. Auch eine überschlägige Kostenberechnung nahm er vor und kam, auf fünf Jahresraten verteilt, zu einem erforderlichen Gesamtbetrag von zehn Milliarden Mark. Dazu kämen freilich noch die Kosten des Hausbaues, die er auf den gleichen Betrag schätzte, wodurch aber der sonstige öffentliche Wohnungsbau entsprechend entlastet würde.

Für die Debatte hatte v. Batocki als Vormittagspräsident des dritten Verhandlungstages bereits vorgeschlagen, die Aussprache über die beiden

ersten Referate gemeinsam, über das dritte aber getrennt vorzunehmen. Hieran hielt sich auch Fuchs (Tübingen), der die Nachmittagssitzung leitete. Als solcher gab er eine kleine Einleitung, in der er als literarischer Bearbeiter der Wohnungsfrage seit Jahrzehnten die soziale Bedeutung der Wohnungsnot noch einmal ganz allgemein betonte und in Kürze die Entwicklung in der Behandlung dieses Problems skizzierte. Die Debatte wurde dann zuerst durch einen Wiener Ministerialrat, der ebenfalls den Namen Fuchs führte, auf ein besonderes Gleis geschoben, indem dieser Redner gegen einen Beitrag in dem von Bunzel (Wien) für Österreich herausgegebenen dritten Teil des vorbereitenden Bandes 177 der Schriften polemisierte, worauf Bunzel erst schriftlich in einem Anhang zum Verhandlungsbande antwortete. Als Hauptgegner gegen Zimmermanns Referat trat der Bankdirektor Astor (Berlin) von der Berliner „Arbeiterbank“, einer Gründung der freien Gewerkschaften, auf, der zwar auch Mängel der Zwangswirtschaft rügte und namentlich behauptete, daß die Fehlleitungen von Kapital bei der öffentlichen Wohnungsbauwirtschaft bestimmt noch viel größer seien, als bereits zugegeben wurde, der aber an die „Heilkraft der privaten Initiative“ auch nicht ganz glauben wollte. Dr. Frank vom Deutschen Hausbesitzerverband unterstrich mit besonderen Einzelheiten die üblen Nebenwirkungen der Zwangswirtschaft und Dr. Prange (Berlin) aus dem privaten Versicherungswesen schloß sich dem in Kritik an der „Sozialisierung“ des Wohnungswesens an. Die besondere Lage der Baugenossenschaften unter der Zwangswirtschaft beleuchtete Grünfeld (Halle). Im Schlußworte setzte sich v. Hayek mit dem Wiener Ministerialrat Fuchs, mit Astor und Grünfeld, ihnen teilweise zustimmend, auseinander. Zimmermann, in Königsberg nicht anwesend — sein Referat wurde vom Schriftführer vorgelesen —, schickte ein auf Grund der stenographischen Niederschrift der Debatte verfaßtes Schlußwort ein, das im Verhandlungsband an zukömmlicher Stelle eingefügt wurde. Er beschränkte sich auf eine Entgegnung zu den Ausführungen Astors, der Zimmermanns vorsichtige Mittelstellung zum Problem der Wohnungswirtschaft nicht anerkannt hatte.

Die Debatte zum Referat Wilbrandts wurde nur von Hans Joachim Rüstow und Prange bestritten. Der erstere suchte in streng theoretischen Ausführungen die Stadtrandsiedlungen Wilbrandts in den Rahmen des gesamten Wirtschaftsprozesses zu rücken und gelangte so zu erheblichen Zweifeln an der Angebrachtheit eines solchen Versuches, Prange schilderte auf Grund persönlicher Erfahrung die Vor- und Nachteile der Stadtrandsiedlung. Im Schlußworte polemisierte Wilbrandt mit viel Nachdruck gegen Rüstow. —

Zu den Aufgaben der Königsberger Tagung gehörten auch die erforderlichen und endgültigen Beschlüsse der Vereinsversammlung zur Satzungsreform. Über den Gang der Reform bis zur „Vorlage für die Vereinsversammlung“ wurde oben bereits berichtet. Zu dieser Vorlage, die gedruckt den Einladungen für die Mitglieder nach Königsberg beigelegt wurde, war von Bräuer und Genossen (Hesse, Gutmann, Mitscherlich, v. Dietze) ein Antrag eingegangen, der zur früheren Drittelerneuerung des gewählten Hauptausschusses auf jeder ordentlichen Tagung zurückkehren wollte, während Jahn zuerst jedesmalige Vollerneuerung beantragt hatte, die dann im Laufe der Beratungen in Rücksicht auf die erforderliche Kontinuität auf eine Halberneuerung herabgesetzt worden war. Zu dem Zwecke des Antrags Bräuer mußte der in der Vorlage auf 50 Mitglieder begrenzte Umfang des Ausschusses auf eine durch drei teilbare Zahl gebracht werden, wofür Bräuer und Genossen ursprünglich die Zahl von 48 Mitgliedern beantragt hatten, während auf Eckerts Wunsch, dem die große Zahl der Streichungen bisheriger Ausschlußmitglieder bedenklich erschienen war, die Gesamtzahl jetzt auf 51 Mitglieder heraufgesetzt wurde.

Der Vorgang der endgültigen Beschlußfassung war unvermeidlicherweise etwas umständlich, weshalb denn auch der erste Verhandlungstag in Königsberg von einer Nachmittagssitzung freigehalten worden war. Erst mußte ja eine Vereinsversammlung nach der alten Satzung die neue Satzung annehmen, was auch ohne Widerspruch unter Annahme des Antrags Bräuer und Genossen geschah. Dann wurde die gleiche Versammlung als Mitgliederversammlung der neuen Satzungen eröffnet und nahm die Wahlen zum Hauptausschusse im Umfange von 51 Mitgliedern gemäß einem Vorschlage des Fünfer-Ausschusses vor. Hierauf wurde die Mitgliederversammlung unterbrochen, und die soeben gewählten Mitglieder des Hauptausschusses nahmen, soweit anwesend, die Zuwahlen (Kooptationen) von weiteren 51 Mitgliedern ebenfalls nach einem Vorschlage des Fünfer-Ausschusses vor. Die Mitgliederversammlung wurde daraufhin geschlossen, der Gesamtausschuß trat zusammen, wählte auf Grund der neuen Satzung Bücher, Hainisch, Herkner, v. d. Leyen, Sering und Tönnies zu Ehrenmitgliedern des Hauptausschusses, Herkner außerdem zum Ehrenvorsitzenden des Vereins. Die Wahlen zum Vorstand fielen auf Eckert als Vorsitzenden, Sombart als stellvertretenden Vorsitzenden, Boese als Schriftführer, Saenger als Schatzmeister und Spiethoff, Gerloff, Lederer, Bräuer, Fuchs, Harms, Adolf Weber und v. Mises als Beisitzer.

Inwieweit sich das neue Satzungswerk auf die Dauer in der Praxis bewährt hätte, konnte wegen der Kürze der Zeit, in der es in Kraft war, nicht erprobt werden.

32. Die Dresdener Tagung von 1932

Die Königsberger Sitzung des Hauptausschusses vom 23. September 1930 ergab für den Stand der Schriften, daß die zu behandelnden Themen alle sich in gut fortschreitender Bearbeitung befanden, wenn auch der Zeitpunkt des Abschlusses sehr unsicher erscheinen mußte. Das galt sowohl für „Die Organisationsformen der öffentlichen Unternehmung“ (Landmann) wie für „Die Untersuchungen über das Schlichtungswesen“ (Bonn) und die „Probleme der sozialen Werkspolitik“ (Briefs). Von den Untersuchungen des Fachausschusses für Theorie über „Probleme der Wertlehre“ (Spiethoff und v. Mises) wurde erhofft, daß sie im Frühjahr 1931 würden in Druck gehen können. Angesichts dieser starken Belastung des Vereins mit der Herausgabe von Schriften erschien es angezeigt, nicht mehr als ein einziges neues Thema in Angriff zu nehmen. Dazu wurde nach einem Antrag Saitzew das „Problem der Arbeitslosigkeit“ gewählt und hierfür ein unter dem Vorsitz des Antragstellers zu konstituierender Unterausschuß eingesetzt. Die erforderlichen Beschlüsse für die nächste Tagung des Vereins sollten im folgenden Jahre in einer neuen Sitzung des Hauptausschusses gefaßt werden.

Auch die Fachausschüsse für Theorie und für Finanzwissenschaft hielten in Königsberg Sitzungen ab. Die des ersteren leitete in Abwesenheit des Vorsitzenden und seines Stellvertreters der Vereinsvorsitzende Eckert. Man diskutierte unter zahlreicher Beteiligung über die am 24. September vormittags im Plenum gehaltenen Vorträge von Ad. Weber und Heimann über „die theoretischen Grundlagen der Sozialpolitik“. Im Fachausschuß für Finanzwissenschaft, unter Leitung von Gerloff, erstattete Frhr. v. Bissing ein Referat über „Die Einheitsbesteuerung in der Landwirtschaft“ und der Vorsitzende selbst über „Entwicklungstendenzen der Besteuerung der Landwirtschaft im Auslande“. Die Diskussion über beide Referate war sehr lebhaft. Die Untersuchungen Landmanns über „Organisationsformen der öffentlichen Unternehmung“ galten als Veröffentlichungen des Fachausschusses. Daher schloß sich in dieser Sitzung ein Bericht des Herausgebers über den Stand dieser Arbeiten an. Schließlich berichtete der Vorsitzende über den Stand der Vorarbeiten zu dem neuen Thema des Unterausschusses, des „Besoldungswesens“.

Die Vorbereitungen zu einer neuen Sitzung des Hauptausschusses begannen bereits im Spätherbst 1930. Als Versammlungsort galt von vornherein Bamberg, wo auch die Vereinigung der wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer zusammenkommen wollte, als Zeitpunkt der September 1931. Auch die Fachausschüsse wollten da zusammentreten. Die örtliche Einrichtung dieser verschiedenen Konferenzen lag in den Händen von Moeller (Erlangen). Die Einladungen für den 16. und 17. September

1931 gingen am 1. Juli an die Mitglieder hinaus und viele Äußerungen aus den Kreisen des Ausschusses zeigten das Interesse, das die bevorstehenden Sitzungen gefunden hatten. Aber auch hier schritt das Unheil schnell. Nach dem „schwarzen Montag“ vom 13. Juli, der einen allgemeinen Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft befürchten ließ, mehrten sich die Stimmen, die zu einer Absage der Bamberger Sitzungen rieten. Der Vorstand wartete zunächst ein paar Tage noch ab, mußte aber nach Fühlungnahme mit den beteiligten Fachvorsitzenden am 30. Juli die allgemeine Absage wirklich ergehen lassen und nahm das Stattfinden der Sitzung erst für einen späteren Zeitpunkt in Aussicht.

Auf diese Weise kam es wieder einmal zu einer Januartagung des Hauptausschusses in Berlin. Sie fand am 5. Januar 1932 im Staatswissenschaftlichen Seminar der Berliner Universität statt, nachdem ihr am Abend zuvor eine Sitzung des jetzt kopfreichen Vorstandes in der Wohnung von Sombart vorausgegangen war. Die Hauptausschußsitzung war mit 58 Mitgliedern für die damals obwaltenden Verhältnisse überraschend gut besucht. An erster Stelle brachte sie Eckerts Rücktrittserklärung vom Vorsitz, die er mit seiner Geschäftsüberlastung begründete. Der Vorsitz im Verein ging darauf vorläufig an seinen Stellvertreter Sombart über, doch leitete Eckert die Sitzung noch bis zu ihrem Ende.

Bezüglich des Zeitpunktes der nächsten Vereinstagung waren Zweifel geäußert worden, ob nicht ihre Abhaltung auf das Jahr 1933 verschoben werden sollte, weil erst dann eine hinreichende Anzahl von Schriftenbänden zur Auswahl zwischen verschiedenen Themen vorliegen würde. Doch auf Vorschlag des Vorstandes entschied sich der Hauptausschuß für eine Tagung im laufenden Jahre 1932. Zum Tagungsort wurde Dresden gewählt. Die Wahl der Verhandlungsthemen machte Schwierigkeiten. Weder die Arbeiten über „die öffentliche Unternehmung“, noch die über das „Schlichtungswesen“, noch die über die „soziale Werkspolitik“ waren abgeschlossen. Mit den Arbeiten über das Kartellproblem“ stand es ebenso, mit dem über „Arbeitslosigkeit“ etwas aussichtsreicher. Der Abschluß des ersten Bandes der Schriften über die „Wertlehre“ war ebenfalls erst für das nächste Vereinsjahr zu erwarten, und außerdem sollte den zweiten Band eine erst noch im Fachausschuß vorzunehmende zugehörige Diskussion füllen. Es mußten daher notfalls Themen ins Auge gefaßt werden, die zur Behandlung ohne vorbereitende Schriften geeignet waren. Dafür wurde nun eine Fülle der verschiedensten Anregungen gegeben, aus denen zuletzt Sombart die Resultante zog, man solle zum Thema „Deutschland und die Weltkrise“ wählen und am ersten Tage über das Unterthema „Industrialisierung und Arbeitslosigkeit“, am zweiten über das der „Autarkisierung“ verhandeln. Hierfür konnten auch die von Saitzew

herauszugebenden Arbeiten des Bandes 185 als Vorbereitung gelten, wenn sie noch rechtzeitig erschienen. Das fand allgemeine Zustimmung, und der Vorstand wurde mit der Ausgestaltung der Verhandlungen mit diesem Ziel beauftragt.

Die Beratung über die Vorbereitung neuer Schriften stand unter dem Eindrucke des Finanzberichtes des Schatzmeisters bei Beginn der Sitzung. Dieser hatte in der Mitteilung gegipfelt, daß durch die Herausgabe der bereits im Gange befindlichen Schriften die Einnahmen des laufenden Vereinsjahres sowie sämtliche Reserven aufgebraucht sein würden. Es wurde daher über die vorgebrachten Anregungen kein Beschluß gefaßt.

Die übrigen Erörterungen und Beschlüsse der Sitzung galten äußeren Vereinsangelegenheiten, wie dem Übergang zur lateinischen Schrift in den Vereinsschriften, der Frage der stenographischen Aufnahme von Diskussionen in den Fachausschüssen und der Auslosung der Namen für die vorgeschriebene Drittelerneuerung der gewählten Mitglieder des Hauptausschusses.

Die Vorbereitung der Dresdener Tagung durch Findung der Referenten, die auf dem rechten Flügel des Vereins nachher harte Kritik gefunden hat, war sehr schwierig. Nur daß Saitzew als Herausgeber des Bandes 185 als erster Referent für das Thema des ersten Tages, „Industrialisierung und Arbeitslosigkeit“ aufzutreten habe, war außer Zweifel, und Saitzew war auch dazu bereit. Als Korreferent wurde E. v. Beckerath (Köln) zu gewinnen gesucht. Er sagte aber wegen einer schon festgelegten Italienreise im Herbst ab und war nicht umzustimmen. Sombart wandte sich dann an Eulenburg, der bereits in Stuttgart und Wien erfolgreich referiert hatte. Dieser hatte von vornherein Bedenken und lehnte dann endgültig ab. Auch v. Möllendorf war nicht zu gewinnen, weil er zur Zeit der Tagung in Genf sein mußte. Aus den sonst in Frage stehenden Persönlichkeiten wie Stucken, Eucken, Möller, Colm, Vleugels, Röpke entschied sich Sombart für Colm, der auf Anfrage auch sogleich annahm. Für das Thema des zweiten Tages kam zuallererst v. Dietze als Referent in Betracht, der auf Aufforderung zwar erklärte, nur bedingt ein Freund der Autarkie zu sein, sich aber, wenn das den Plan der Tagung nicht störte, zur Übernahme des Referates bereit erklärte. Die endgültige Annahme erfolgte nach Rücksprache bald darauf. August Müller (Berlin) zum Korreferenten zu gewinnen, gelang nicht, wohl aber wollte er die Diskussion einleiten. Auch das mußte er schließlich wegen einer wichtigen Besprechung im Deutschen Beamtenbund, mit dem er eng verbunden war, absagen. So hielt es denn Sombart, vielleicht aus vereinspolitischen Gründen, für richtig, Lederer zu befragen, ob er das Korreferat übernehmen wolle. Dieser nahm sogleich an. Danach schien es allerdings geboten, für die Ein-

leitung der Diskussion noch einen zweiten Redner zu gewinnen, der dem Autarkiegedanken freundlich gegenüberstand. Auf Empfehlung von Dalberg fand sich solcher in der Person von Dr. Axel Schindler von der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates. Er nahm bereitwilligst an.

Wie nach diesen Vorkahrungen die Tagung ablaufen würde, blieb für den Vorstand freilich abzuwarten. Gegen die Verteilung der Rollen am ersten Verhandlungstage war an sich Widerspruch vom rechten Flügel im Verein kaum sehr wahrscheinlich. Da aber nun am zweiten Verhandlungstage auch noch Lederer als Korreferent auftrat, lag Kritik an der Gesamtagung von dieser Seite nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit.

Es bleibe dahingestellt, ob der erste Referent zum Thema „Industrialisierung und Arbeitslosigkeit“, Saitzew, das Thema so faßte, wie es von Sombart, als er im Ausschuß dieses Thema vorschlug, gemeint war. Die Vermutung spricht dafür, daß von Sombart hier die Industrialisierung sowohl wie die Arbeitslosigkeit als epochale Erscheinungen vorgestellt waren, nicht als solche periodisch-konjunktureller, also vorübergehender Art: eine wirtschaftsgeschichtliche Epoche war zu Ende gegangen. Eine solche Erkenntnis war nicht leicht einzubürgern, sie war zu pessimistisch für die Gegenwart, mutete dem Erkennenden zu viel Entsagung und Opferbereitschaft zu, hätte bei der Frage nach den möglichen Auswegen oder wenigstens nach den möglichen Linderungsmitteln für die Schmerzen des als unvermeidlich erkannten Stagnierungs- oder gar Schrumpfungsprozesses ganz neue und ungewohnte Suchziele erfordert. Schon Jahrzehnte früher waren solche Auffassungen bei Adolph Wagner, Oldenberg, Pohle aufgeklungen, die Saitzew auch nannte, aber sie waren auf den hartnäckigen Widerstand der Industrie- und Fortschrittsgläubigen gestoßen und daher nicht zum Siege gelangt. In der Vorkriegszeit mit ihrem ständigen erfolgreichen Ausweitungsprozeß der führenden großen Volkswirtschaften war es selbstverständlich auch eine harte Zumutung, den prekären Charakter der vorhandenen „Blüte“ gelten zu lassen. Der Kriegsausgang mit der veränderten Gesamtwirtschaftslage, die er namentlich für Deutschland schuf, hätte zwar zur erkenntnismäßigen Umkehr recht deutlich aufgefordert, aber Hoffnung und Vertrauen auf eine Erholung und Wiederaufrichtung oder auch nur ausreichende Ersetzung der verlorenen einstigen Gegebenheiten waren immer noch stark. Auch Saitzew, sonst ein treuer Anhänger Sombarts, vermochte sich in diesem Punkte der entschlossenen Bilanzziehung Sombarts nicht anzuschließen. Er sah die Weltwirtschaft und die deutsche Wirtschaft nur von einer „langwelligen“ Baisse betroffen und gestaltete seine Ausführungen von diesem Ausgangspunkt her. „Industrialisierung“ setzte

er gleich „Rationalisierung“, womit der besondere Teilvorgang innerhalb des Industrialisierungsprozesses gemeint war, den die europäischen am Kriege beteiligten Volkswirtschaften, vornehmlich Deutschland als die meistgeschädigte Nation, durchzuführen hatten. Der Sinn war in Kürze: die Rationalisierung, bestehend aus organisatorischen Umänderungen und hauptsächlich in weitgehender Maschinisierung des industriellen Produktionsprozesses, setzte Arbeiter frei, daher die steigende Arbeitslosigkeit. Nach der vermuteten Auffassung Sombarts wären diese Freisetzen als endgültige anzusehen gewesen. Dazu wollte sich Saitzew aber nicht verstehen, sondern er verwies auf die alte Argumentation zugunsten aller Maschinisierung, daß die in dem einen Industriezweige freigesetzten Arbeiter über kurz oder lang von anderen Industriezweigen aufgenommen würden, und auch der oft wiederholte Hinweis darauf, daß nach der Statistik die hochindustrialisierten Länder die Hauptabnehmer anderer hochindustrialisierten Länder seien, fehlte nicht. Zuletzt verwies daher der Referent auf die „politischen“, das heißt auf die wirtschaftspolitischen Hindernisse bei den bisherigen Abnehmern der hochindustriellen Länder (hohe Zölle behufs Entwicklung eigener Industrien) als auf die eigentlichen Ursachen für die „langwellige Arbeitslosigkeit“, worin sich seine grundsätzliche Zuversichtlichkeit für die Überwindung der Krise vielleicht nicht deutlich, aber immerhin in dem Ausmaße aussprach, als die Hoffnung durchleuchtete, das Verfolgen politischer Ziele auf Kosten der ökonomischen Vernunft werde sich mit der Zeit ganz von selbst wieder abschwächen.

Ebensowenig wie der Referent glaubte der Korreferent Colm an eine epochale Ursache für die bestehende Arbeitslosigkeit. Es handele sich nur um eine Krise, allerdings struktureller Art, das heißt durch Änderungen im Aufbau der weltwirtschaftlich verbundenen Volkswirtschaften bestimmt. Aber es gäbe Momente, die die Krise verschärften, wie die Starrheit der Löhne auf Grund der Politik der Gewerkschaften, auch Starrheit der Preise auf Grund der Politik der Kartelle. Dadurch sei die Elastizität der Wirtschaftsvorgänge verringert, sei die Heilung der Störungen versperrt. Dazu komme, daß die Volkswirtschaften um so konjunkturempfindlicher würden, je größere Produktionsmittelindustrien sie enthielten. Auch Momente der Hemmung der Krisenüberwindung zählte er auf: die Verhinderung eines Ausleseprozesses durch Konkurs oder die Sanierung bei den hier sehr widerstandsfähigen Großunternehmungen und die staatlichen Interventionen in allen Ländern. Auch fehle in der gegenwärtigen Krise das sonst vorhandene Ventil des Kapitalexports. Zum Schlusse lehnte er eine Reagrarisierung und den Übergang zu einer bürokratischen Verwaltungswirtschaft als Auswege ab und verwies dafür etwas

geheimnisvoll auf „eine Entwicklung des industriellen Systems, bei der die Wirtschaftsordnung mit den Bedingungen der modernen Technik in Einklang gebracht wird, um eine höhere Widerstandsfähigkeit des Wirtschaftssystems auch gegenüber politischen Erschütterungen zu gewährleisten“.

Die Debatte wurde durch Sering eröffnet. Ohne scharfe Polemik widersprach er den Ausgangspunkten und Folgerungen der beiden Referenten, soweit Deutschland in Betracht kam. Er verwies auf die unbestreitbaren Zahlen, die die Verteilung der seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts eingetretenen Bevölkerungszunahme einseitig auf die Städte zeigen, während die Landbevölkerung nahezu stabil blieb. Das Wachstum wäre also allein der Industrie zugute gekommen. In solcher Lage wäre ein Verzicht auf den Industrieexport selbstverständlich unmöglich. „Aber kein Volk kann seine Existenz zu einem ausschlaggebenden Teil auf Veredlungswirtschaft und Spezialitätenproduktion gründen“. Trotzdem verwurft Sering das Schlagwort „Reagrarisierung“, offenbar weil es zu viel sagte. Wenn er es aber als notwendig bezeichnete, daß ein größerer Teil der deutschen Bevölkerung als bisher seine Nahrung unmittelbar aus dem Landbau suchen müßte, dann traf das eben den Sinn, der, von Schwärmern abgesehen, mit dem verworfenen Worte allgemein verbunden wurde. Von hier aus gelangte Sering zu der Forderung einer verstärkten inneren Kolonisation, deren Modalitäten in der gegebenen Zeit und deren mögliche Ergebnisse er aus seiner großen Übersicht in Kürze entwickelte. Als interessant verdient festgehalten zu werden, daß Sering als einziger Redner den damals gerade aktuellen „Papenplan“ erwähnte und mit abwartender Zuversicht besprach. Die ganze weitere Diskussion kam auf diese grundsätzlich verschiedenen Auffassungen nicht mehr zurück, sie bewegte sich bei den Brüdern Rüstow, Heinz Ludwig, Schultze (Leipzig), Gothein, Wissel, Marschak, Lehmann (Nürnberg) um theoretische Einzelheiten, zu denen das Korreferat Anstoß gegeben hatte, oder in mehr politischen Bekenntnissen. Auch die Schlußworte von Colm und Saitzew beschäftigten sich nur mit diesen mehr theoretischen und etlichen wirtschaftspolitischen Einzeleinwendungen, denen entsprechende Berichtigungen entgegengesetzt wurden.

Noch stärker durch politische und ökonomische Glaubensbekenntnisse wurden die Verhandlungen über das Thema des zweiten Tages, die Autarkisierung, bestimmt. Nach einem geschichtlichen Rückblick auf das Vorkommen von Autarkie in der Vergangenheit (spät römisches Kaiserreich) und etwa in der Gegenwart (Sowjetunion) schuf sich v. Dietze als erster Referent die Plattform für seine weiteren Erörterungen dadurch, daß er aufzeigte, welche Hindernisse dem internationalen Verkehr in den

zuletzt vorangegangenen Jahren erwachsen seien: die internationalen Wanderungen der Menschen seien so gut wie unmöglich geworden, auch die Kapitalwanderungen hätten, namentlich für Deutschland, seit 1929 aufgehört, und besonders dem Warenverkehr würden durch Schutzzölle, Kontingentierungen, Devisenverordnungen usw. nichts als Hemmungen bereitet. Es gäbe nur noch eine „Weltwirtschaft des Als-ob“. Die Politik habe eine sehr willkommene Herrschaft über die Ökonomik errungen, die Rücksicht auf die Handelsbilanz sei wieder zu einem mächtigen Faktor geworden, man stehe vor einer Rückkehr zum Merkantilismus. Das unter solchen Umständen vorläufig noch bewahrte Ausmaß des internationalen Güteraustausches erlaube offenbar nicht, große Hoffnungen darauf zu setzen. Zum mindesten geböten die augenblicklichen Nöte, auf eine Stärkung der Binnenwirtschaft Bedacht zu nehmen. Hier böte sich zunächst das Ziel der „Nahrungsfreiheit“, das schwer genug und nur bei herabgedrückter Bedarfsbefriedigung zu erreichen sei. Daß eine Autarkisierung die Not der Arbeitslosigkeit verringern könne, sei keineswegs sicher, hier könne aber vielleicht eine allgemeine Arbeitsdienstpflcht mit entsprechenden Projekten der öffentlichen Hand vorübergehend Erleichterung schaffen. Doch schloß v. Dietze damit, auf die „kapitalistischen Kräfte“ seine eigentliche Zuversicht zu setzen.

Das viel angefochtene Korreferat Lederers liegt im Verhandlungsbande leider nicht in der Form vor, in der es tatsächlich gehalten wurde, weil es infolge eines Mißverständnisses zwischen Referent und Schriftführer nicht stenographisch aufgenommen worden war. Der Korreferent gestaltete es dann nach seinen Notizen und seiner Erinnerung für den Druck neu. Sachlich ist dabei der Gehalt des Referates erhalten geblieben, in der Form aber verlor es das Gepräge des mündlichen Vortrags, und hauptsächlich dieses Gepräge hatte vielfach Anstoß in der Versammlung erregt. Da Lederer einleitend zu seinem Bedauern feststellen mußte, daß sein Vorredner kein eigentlicher Autarkist gewesen sei, mußte er seine Bekämpfung gegen den Autarkismus in abstracto richten. Das tat er, und das war der wesentliche Inhalt seines Korreferates. Zunächst bestritt er, daß der Außenhandel damals überhaupt einschrumpfe und daß die Weltwirtschaft eine Tendenz zur Autarkie zeige. Er verspottete die großen Ziele der Autarkiebewegung, die alle Leiden zu heilen verspreche, und meinte, daß, konkret genommen, diese Bewegung für Deutschland schließlich nur ein agrarpolitisches Ziel habe, das in der „Reagrarisierung“ und der Schaffung eines Großwirtschaftsraumes nach Südosten hin bestehe. Mit verfeinerter statistischer und theoretischer Argumentation suchte er die Unmöglichkeit einer ins Gewicht fallenden Reagrarisierung zu erweisen und zugleich ihre Gefahren für die deutsche Exportindustrie aufzuzeigen. Er spitzte das

auf die Behauptung zu, die deutsche Landwirtschaft befinde sich in einer Zwickmühle: erwehre sie sich einerseits der billigen ausländischen Konkurrenz durch Zölle und sonstige handelspolitische Mittel, dann verenge sie zugleich die Wege der deutschen Industrierausfuhr, schaffe so nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern hiermit Absatzverringerung für sich selbst im Innern. Verhielt es sich so, dann war allerdings von jedem Agrarschutz abzuraten. Einer Großraumwirtschaft nach Südosten hin aber stellten sich nach Ansicht Lederers alle politischen und wirtschaftspolitischen Tendenzen der einzubeziehenden Länder entgegen: das Freiheitsbedürfnis der neuerrungenen nationalen Selbstbestimmung, das Absatzbedürfnis für ihre Getreideproduktion und das Streben nach eigener Industrialisierung. Erst recht als ein Warnungssignal erschien ihm der beliebte Hinweis auf die Handelsbilanz, indem er theoretisch nachzuweisen suchte, daß jede Beeinflussung der Handelsbilanz den vorn gewonnenen vermeintlichen Vorteil durch einen hinten eintretenden unerwünschten Nachteil wieder aufhebe. Als guter Schluß erschien dem Korreferenten die Aufrollung „der geistigen Seite des Autarkieproblem“ mit dem Gedanken, daß die Nationen europäischer Kultur nun einmal als Glieder einer Art von Völkerfamilie sich empfänden, bei vielfacher Rivalität auch ein Zusammengehörigkeitsgefühl besäßen und auf Verkehr und Austausch untereinander niemals verzichten könnten. Sich dieser Gemeinschaft einzuordnen, sei vornehmlich eine deutsche Überlieferung. „So bekämpfen wir also den Autarkiegedanken, weil er nicht nur wäre eine Schrumpfung der Erzeugung, sondern auch unseres Herzens und unserer Seele.“ Kein Wunder, daß danach das Stenogramm „stürmischen, langanhaltenden Beifall“ verzeichnete.

Die Diskussion wurde am Nachmittag von Axel Schindler eröffnet. Er beschäftigte sich eingangs mit dem Verhältnis theoretisch-wissenschaftlicher und praktischer Wirtschaftspolitik und suchte zu erweisen, daß fast in allen Teilen der Welt „die nichtwirtschaftlichen Faktoren eine überragende, mindestens aber eine gleichwertige Rolle spielten“. Dieser Tatsache mußte sich die Wirtschaftspolitik eines jeden Landes anpassen. Schindler setzte dann dem Argument, daß das Gesamtvolumen des internationalen Handels gegenüber den Vorkriegszeiten keinerlei Einbuße erlitten habe, die Behauptung entgegen, daß das nur für die letzte Vergangenheit und schon nicht mehr für den gegebenen Augenblick gelte und doch auch noch erst geprüft werden müsse, inwieweit denn der verbliebene Welthandel auch für die beteiligten Länder volkswirtschaftlich ertragreich sei. Hier liege ein äußerst wunder Punkt, der zumeist unbeachtet bliebe.

Hatten schon die Verhandlungen des Vortages leise, aber deutliche Be-

rührungen mit dem ersten Thema der Züricher Tagung, „die Wandlungen des Kapitalismus“, und mit dem zweiten Thema der Königsberger Tagung, „die deutsche Agrarnot und der Osten“, ergeben, so wurden solche Berührungen jetzt bei der Erörterung des Themas der „Autarkisierung“ in Dresden noch spürbarer. Es wäre überhaupt nicht überraschend, wenn ein Betrachter der Gesamttätigkeit des Vereins für Sozialpolitik zu dem Ergebnis käme, daß in ihr das Problem der Handelspolitik der Gegenstand dauernder oder immer wiederkehrender Meinungsverschiedenheiten gewesen sei, während vor dem Problem der eigentlichen Sozialpolitik die Abweichungen geringfügig geblieben wären, so daß das Zielstreben auf dem sozialpolitischen Gebiete den eigentlichen Kitt für den Zusammenhalt im Verein abgegeben habe. Die ganzen vorstehenden Schilderungen des tatsächlichen Geschehens im Verein würden einer solchen Auffassung gewiß nicht widersprechen. Daß die Einigkeit auf handelspolitischem Gebiete im Verein immer so unvollkommen blieb, hatte ja auch seinen sehr einfachen Grund darin, daß hier ganz anders als bei der Sozialpolitik die Scheidung der Gemüter in eine mehr konservative und eine mehr fortschrittliche Richtung gegenüber dem Objekt „deutsche Volkswirtschaft“ sich aussprach. Die „Industrialisierung“, erst in den letzten hundert Jahren in Erscheinung getreten, und zwar in eine sehr machtvolle, vieles grundstürzend ändernde Erscheinung, stellte sich als der „Fortschritt“ dar, und alle auf Bewahrung und Erhaltung gerichteten Bestrebungen mußten diesem mächtigen Eindruck gegenüber sich erst mühsam durchsetzen. Zur richtigen Beurteilung der ganzen Erörterung in Dresden muß festgehalten werden, daß damals das Ziel der Autarkisierung kaum in der Wissenschaft, wohl aber besonders eifrig von einer Journalistengruppe („Tat“-Kreis) und überhaupt in der Presse und der politischen Diskussion vertreten wurde. Den Ausgangspunkt bildete dabei die pessimistische Beurteilung der Beschaffenheit der damaligen „Weltkrise“ und besonders der Krise in Deutschland. Falls diese Krisen als endgültiger Niedergang des Welt Handels und namentlich des europäischen oder wenigstens deutschen Industrieexports gedeutet werden mußten, was blieb dann zum Beispiel Deutschland übrig, als zu einer möglichst rein binnenwirtschaftlich gewordenen Wirtschaftsverfassung überzugehen? So einleuchtend eine solche Konsequenz erschien, dem geschulten Wissenschaftler waren selbstverständlich sogleich die begrenzten Möglichkeiten einer solchen Wirtschaftspolitik erkennbar, es mußte überhaupt fraglich erscheinen, ob ein solcher Zustand positiv mit planmäßiger Politik anzustreben oder höchstens unter zäher Abwehr als schlimmes Schicksal hinzunehmen sei. Die gewichtigste Überzeugungskraft hing bei alledem immer noch dem Ziele an, für Deutschland wenigstens die „Nahrungsfreiheit“, also die Möglichkeit,

letztlich eine Noternährung aus einer Scholle, zu gewinnen. Unter solchen Gedanken stand die ganze Debatte dieses Tages. Schindler vertrat also eine sehr maßvolle Anwendung des Autarkiegedankens. Das gleiche darf von den Ausführungen des Berliner Agrarpolitikers Brandt, dem nachfolgenden Redner, gelten. Hiernach aber setzte der lebhafteste Widerspruch der Liberalisten und Anhänger des Industriexportstaates ein: Chefredakteur Veit (Berlin), Demuth von der Berliner Handelskammer, Röpke (Marburg), Sieveking (Hamburg), Gothein (Berlin), Schlesinger (Wien), mehr vom Arbeiterinteresse aus auch der Reichsminister a. D. Wissel machten ihren Standpunkt mit einander ähnelnden Argumenten teilweise schroff und nachdrücklich geltend. Besondere Gesichtspunkte brachten Lotz, Thalheim (Leipzig) und Eucken vor, welcher letzterer namentlich gegen v. Dietze polemisierte. Auf die Seite einer maßvollen Autarkisierungsfreundschaft schlugen sich nur Graf v. Degenfeld-Schonburg (Wien), Stucken (Erlangen) und Brinkmann (Heidelberg). Deren Ausführungen bewirkten, daß der Eindruck des einseitigen Charakters, den die Diskussion schon anzunehmen gedroht hatte, doch noch einigermaßen ausgeglichen wurde. Die sonstigen zahlreich anwesenden Gegner der Liberalisten hielten sich auffallend zurück. Sie hätten es in der Hand gehabt, den Gesamteindruck der Tagung fast in sein Gegenteil zu verändern. Lederer beachtete in seinem Schlußwort die Ausführungen fast aller Redner aus der Debatte, die zustimmenden mit anerkennenden Bemerkungen, die gegnerischen widersprechend. Das Schlußwort v. Dietzes war eine nochmalige Klarstellung seiner besonderen Auffassung von der Stellung Deutschlands zum Autarkiegedanken: nicht Wunsch, sondern Notwendigkeit, was nicht ohne Polemik gegen Lederer und Eucken abging. Er schloß mit dem nachdrücklichen Hinweis darauf, daß jedenfalls der nationale Gesichtspunkt immer der ausschlaggebende sein müsse.

Einen Epilog zu der Dresdener Tagung bildete im Fachausschuß für Theorie eine Aussprache über die „Probleme der Wertlehre“, die schon durch den umfassenden gleichbetitelten Band 183/I der Schriften vorbereitet war. Als Teilnehmer waren nur die Mitglieder des Fachausschusses, darüber hinaus nur als Gäste solche Personen als Zuhörer zugelassen, die dazu die Erlaubnis des Vorsitzenden Spiethoff eingeholt hatten. Ein besonderes Zugeständnis des Hauptausschusses war, daß diese Aussprache stenographisch aufgenommen wurde, so daß sie in Band 183/II veröffentlicht werden konnte. Die Aussprache hielt sich, ihrem Gegenstande entsprechend, auf einer ungewöhnlichen Höhe der Abstraktion, und eine große Anzahl von bekannten Spezialisten auf diesem Gebiete kam zu Worte. Die Herausgeber, Spiethoff und v. Mises, beklagten im Vorwort zu der

Aussprache, daß in dieser die grundsätzlichen Auffassungen zu dem Problem nicht in der gleichen Vollständigkeit zum Ausdruck gekommen wären wie im vorbereitenden Bande. Nimmt man aber beide Bandteile zusammen, dann wird wahrscheinlich die Sammlung der Standpunkte als eine der vollständigsten und sorgsamsten zum Problem des Wertbegriffs gelten müssen, die es gibt. Einigkeit wurde selbstverständlich nicht erzielt, vielleicht nicht einmal eine Annäherung der Grundauffassungen. Es ist auch fraglich, ob hier jemals eine Einigkeit erzielt werden wird, ja sogar, ob sie ein wünschenswertes Ziel darstellt; denn möglicherweise würde dann dogmatische Erstarrung das unwillkommene Ergebnis sein.

Die Dresdener Tagung des Vereins von 1932 war seine letzte. Keiner der Teilnehmer ahnte auch nur entfernt, was nachher Tatsache wurde, so bewegt die innerpolitischen Vorgänge in Deutschland damals auch schon geworden waren. Die ganze ruhige Zuversicht von damals sprach sich besonders in den Beratungen und Beschlüssen des Hauptausschusses aus. So wurde in der Sitzung vom 27. September 1932 Sombart endgültig zum Vereinsvorsitzenden, Fuchs zu seinem Stellvertreter gewählt, auch der übrige Vorstand kehrte unverändert zurück, für Fuchs als bisherigen Beisitzer trat Eckert ein. Sombart hatte schon im April die Vorstandsmitglieder zu Vorschlägen für die Wahl des Vorsitzenden gebeten und dabei ersucht, von Nennung seiner Person abzusehen. Alle Mitglieder aber hatten Sombart gebeten, von der Unwiderruflichkeit seiner Ablehnung abzustehen und sich für ihn erklärt. Zum Stellvertreter waren dabei von einigen unter diesen v. Gottl-Ottlilienfeld benannt, der als in Berlin ansässig immer erreichbar war, daneben Fuchs, Ad. Weber nannte für den Fall von Sombarts Ablehnung Zahn, Lederer und v. Mises nannten für diesen Fall Briefs. Da Sombart unter diesen Umständen erklärte, daß er im Falle seiner Wahl nicht bei seiner Ablehnung verbleiben würde, wurde er, wie gesagt, in genannter Hauptausschußsitzung einstimmig zum Vorsitzenden gewählt, Fuchs zu seinem Stellvertreter. Die Berichte über den Stand der im Gange befindlichen Schriften lauteten günstig. Von dem Schriftenband über „Arbeitslosigkeit“ (185) waren zwei Teile noch 1932 erschienen, der dritte und vierte Teil erschienen 1933 und 1934. Die Arbeiten zum „Kartellproblem“ (180) wurden 1932 abgeschlossen. Auch die Untersuchungen über das „Schlichtungswesen“ wurden 1932 beendet. Die erste Serie über „Soziale Werkspolitik“ (181) hatte bereits 1930 mit dem ersten Teil zu erscheinen begonnen, zwei weitere Teile erschienen 1935, die zweite Serie (186) kam 1932 und 1934 heraus. Für den Fachausschuß für Finanzwissenschaft berichtete Bräuer in der Sitzung, daß zum Thema des „Besoldungswesens im modernen Staat“

über den bereits erschienenen Teil (184) hinaus noch zwei weitere Teile zu erwarten seien. Hiervon ist auch wenigstens der zweite Teil noch 1934 herausgekommen. Der Fachausschuß für Theorie hatte seine Dresdener Diskussion über die „Probleme der Wertlehre“ durch den 1931 erschienenen Band 183 vorbereitet. Die stenographisch aufgenommene Diskussion erschien als zweiter Teil dieses Bandes dann 1933.

Auch an Vorschlägen für neue Veröffentlichungen fehlte es nicht: ein Antrag Bräuer richtete sich auf Untersuchungen über die „deutschen Kommunal финанzen“, ein Antrag Lotz auf das Thema „Wirtschaftliche Interventionspolitik und Finanzen“, ein Antrag Eulenburg-Palyi-Somary auf Untersuchungen über die „Aufwendung staatlicher Mittel zur Krisenbekämpfung im internationalen Vergleich“ und schließlich ein Antrag Wilbrandt auf Arbeiten über „die volkswirtschaftlichen Wirkungen handels- und zollpolitischer Maßnahmen des Staates“. Der Stand der Vereinsfinanzen nötigte aber schon bei den im Gange befindlichen Schriften zu dem Beschlusse möglicher Einschränkung des Umfangs, so daß die Beschlußfassung über die neuen Anträge auf die nächste Sitzung des Hauptausschusses vertagt wurde. Es ist dann nichts mehr von alledem zustande gekommen. Der Verhandlungsband von der Dresdener Tagung (187) blieb der letzte der großen Schriftenreihe.

Der Anhang unterrichtet den Leser über die weiteren Schicksale des Vereins bis zu seiner Auflösung.

Anhang

I. Die Einladung zur Eisenacher Versammlung von 1872

Die Unterzeichneten erlauben sich Ew. Hochwohlgeboren zu ersuchen,
an einer privaten Besprechung teilzunehmen, welche

den 6. und 7. Oktober
in Eisenach
über die soziale Frage

stattfinden soll.

Durchdrungen von der Überzeugung, daß die Zukunft des Deutschen Reiches, wie die Zukunft unserer Kultur überhaupt wesentlich davon beeinflußt sein wird, wie unsere sozialen Zustände in allernächster Zeit sich gestalten, durchdrungen von der Überzeugung, daß diese Gestaltung wiederum ganz wesentlich davon abhängen wird, wie die Gebildeten und Besitzenden, wie die öffentliche Meinung, die Presse und die Regierungen sich zu der sozialen Frage stellen, haben die Unterzeichneten, Männer aller politischen Parteien, von denen sie annehmen zu können glaubten, daß sie Interesse und sittliches Pathos für die Frage haben und daß sie das absolute *laissez faire et laissez passer* in der sozialen Frage nicht für das Richtige halten, zu der Besprechung aufgefordert. Sie geben jedem der Eingeladenen anheim, noch ein oder zwei gleichgesinnte Männer aus dem Kreise seiner Bekannten und Gesinnungsgenossen zu der Besprechung aufzufordern.

Was die Unterzeichneten bei der Besprechung erhoffen, ist eine **Annäherung auseinandergehender Meinungen, eine Verständigung wenigstens in den brennendsten Punkten der sozialen Frage.** Und da sie glaubten, dieses Ziel um so eher zu erreichen, je konkreter die Fragen behandelt wurden, so haben sie in Aussicht genommen, daß die Besprechung sich zunächst auf folgende Punkte konzentrieren solle, welche die nachstehenden Herren kurz einzuleiten übernommen haben:

1. **Arbeitseinstellungen und Gewerkvereine:** Prof. Dr. G. Schmoller.
2. **Die deutsche Fabrikgesetzgebung, in ihrer Ausführung und Weiterbildung:** Prof. Dr. L. Brentano.
3. **Die Wohnungsfrage:** Geh. Oberregierungsrat Dr. E. Engel.

Einige der Unterzeichneten haben übernommen, einige Tage vorher in Eisenach einzutreffen, um dort die nötigen Vorkehrungen zu treffen; sie werden im Gasthof zum „Halben Mond“ zu erfragen sein.

v. Blankenburg, Generallandschaftsrat (Zimmerhausen bei Plathe). **Borchert jun.**, Fabrikant (Berlin). Dr. **J. Eckardt**, Redakteur (Hamburg). Dr. **E. Engel**, Geh. Oberregierungsrat (Berlin). Dr. **Gneist**, Professor (Berlin). **v. d. Goltz**, Professor (Königsberg). Dr. **B. Hildebrand**, Professor (Jena). Dr. **v. Holtzendorff**, Professor (Berlin). Dr. **Knies**, Professor (Heidelberg). Dr. **Meitzen**, Geh. Regierungsrat (Berlin). Dr. **Mitthoff**, Abgeordneter (Göttingen). Dr. **Nasse**, Professor (Bonn). **Quistorp**, Kommerzienrat (Stettin). **Ferd. Reichenheim**, Fabrikant (Berlin). Dr. **Riehl**, Professor (München). Dr. **W. Roscher**, Geh. Hofrat (Leipzig). Dr. **Schmoller**, Professor (Halle). **Sombart**, Rittergutsbesitzer und Fabrikant (Ermsleben am Harz). Dr. **v. Sybel**, Professor (Bonn). Dr. **v. Treitschke**, Professor (Heidelberg). **Max Wirth**, Direktor des eidgenössischen stat. Büros (Bern). Dr. **A. Wagner**, Professor (Berlin). **v. Wedell-Malchow**, Rittergutsbesitzer (Malchow bei Rechlin).

II. Die Teilnehmer¹ an der Eisenacher Versammlung am 6. und 7. Oktober 1872

Abel, Dr. — ?

Arzberger, Fabrikdirektor — Eisenach.

Bacher — Stuttgart.

Bacher, A. — München.

Bacmeister, J., Buchhändler — Eisenach.

Baumstark, Geh.-Rat Dr. — Eldena.

Bertram, O., Buchhändler — Halle a. d. S.

Besser, R., Buchhändler — Gotha.

Bitzer, Staatsrat Dr. — Stuttgart.

v. Bojanowsky, Redakteur — Weimar.

Borchert jun., Fabrikant — Berlin.

Braun, M.R.T. — Hersfeld.

Brentano, Dr. L., Professor — Breslau.

Brockhaus, Dr. E., M.R.T., Buchhändler — Leipzig.

Brüll, Fr., Gerichtsassessor — Altona.

Calberla, Rittergutsbesitzer — Merzdorf.

Cohn, Dr. G. — Frankfurt a. M.

Conrad, Dr., Professor — Halle a. d. S.

Coudray, Bezirksdirektor — Eisenach.

Crüger, Oberregierungsrat — Merseburg.

Cusumano, Dr. Vito — Palermo.

Dannenberg, Redakteur — Hamburg.

Degenkolb, Dr., Professor — Tübingen.

Duncker, Franz, M.R.T., M.A.H., Buchhändler — Berlin.

¹ (Fußnote des Verhandlungsbandes.) Es ist leider nicht möglich gewesen, die Liste vollständig und ganz korrekt herzustellen. — M.R.T. = Mitglied des Reichtags. M.A.H. = Mitglied des preuß. Abgeordneten-Hauses.

Die Liste konnte aus den Akten um einige Namen vervollständigt werden, doch bleibt es zweifelhaft, ob Vollständigkeit erreicht ist. — Der Verf.

- Eberty, Dr., Stadtgerichtsrat — Berlin.
 Eckardt, Dr. J., Redakteur — Hamburg.
 Eggers, A. — Bremen.
 v. Eichel, Ed. — Eisenach.
 v. Eichel, Fr. — Eisenach.
 Engel, Dr., Geh. Oberregierungsrat — Berlin.

 Felisch, Baumeister — Berlin.
 Fischer, Direktor — Halle a. d. S.
 Fischer, Regierungsrat — Stuttgart.
 Friedmann, Dr., Redakteur — Wien.
 Friedrich, Dr. — Eisenach.
 Fuchsschmid, Dr., Professor — Zürich.

 Geibel, C., jun., Buchhändler — Leipzig.
 Geibel, P., Domänenpächter — Unterrohn.
 Georgi, Dr. O., M.R.T., Stadtverordnetenenvorsteher — Leipzig.
 Georgi, A., Bankier — Mylau i. V.
 Geist, Dr. R., M.R.T., M.A.H., Professor — Berlin.
 Goldner, H. — Eisenach.
 v. d. Goltz, Dr., Professor — Königsberg i. Pr.
 Gräf, Dr., Staatsanwalt — Eisenach.
 Graeff, C., Fabrikant — Bingen.
 Grimm, M.R.T. — Marburg.
 Groth, Staatsrat — St. Petersburg.

 Härtel, R., Präses des Buchdrucker-Verbandes — Leipzig.
 Hartmann, Dr. — Magdeburg.
 Heimendahl — Krefeld.
 v. Held, Hofrat, Dr., Professor — Würzburg.
 Held, Dr. A., Professor — Bonn.
 v. Helldorff, M.R.T., Landrat — Wetzlar.
 v. Helldorff, Bürgermeister — Halle a. d. S.
 Hertz, Dr. — Hamburg.
 Hildebrand, Geh.-Rat Dr., Professor — Jena.
 Hildebrand, Dr. R., Professor — Graz.
 Hilse, Dr., Syndikus — Berlin.
 Hirsch, Dr. Max — Berlin.
 v. Hoff, Regierungsdirektor — Wernigerode.
 v. Holtzendorff, Dr. Fr., Professor — Berlin.

 Jacobi, Geh. Finanzrat — Berlin.
 Jäger, H. — Eisenach.
 Jannasch, Oberbürgermeister — Coburg.
 Jannasch, Dr., Professor — Proskau.

Katzenstein, Rechtsanwalt — Eisenberg.

Kirchsen, Advokat — Eisenberg.

Kirsch, A. — ?

Kletke, Dr. — Berlin.

Knapp, Dr. G. F., Professor — Leipzig.

Knauer, F., Rittergutsbesitzer — Gröbers.

Knies, Dr., Professor — Heidelberg.

Kohlschütter, Dr. med. — Halle a. d. S.

Koller, Dr., Redakteur — Berlin.

Leonhard, E., Redakteur — Leipzig.

Lindemann, Delegierter — Essen.

Mandel, Werkführer — Apolda.

Meier, Dr. Ernst, Professor — Halle a. d. S.

Meitzen, Dr., Geheimer Regierungsrat — Berlin.

v. Melle, Senator — Hamburg.

Menzel, Dr., Archivsekretär — Weimar.

Meyer, Dr. R., Redakteur — Berlin.

Meyer, Dr. — Stettin.

Mez, Carl, Fabrikant — Freiburg i. Br.

v. Minnigerode, Frhr. — ?

Mittelstaedt, Oberstaatsanwalt — Hamburg.

Mithoff, Dr. — Göttingen.

Mäder — Hamburg.

Mühlbrecht, O., Buchhändler — Berlin.

Müller, Kreisgerichtsrat — ?

Nasse, Dr., Professor — Bonn.

Neumann, Dr., Professor — Basel.

Neumann — Pößneck.

Niendorf, Dr. M. A., Redakteur — Berlin.

v. Nordeck zur Rabenau, Frhr., M.R.T. — Hessen.

Nüssel — Nürnberg.

Oelsner, Redakteur — Breslau.

v. Oertzen-Sassen, Frhr., Rittergutsbesitzer — Horn.

Pape, Generalrat — Berlin.

Papellier, Dr. A., Regierungsassessor — München.

Papst, Generalrat — Weimar.

Pemsel, Dr., Advokat — Nürnberg.

Petersen — Jena.

Philippson, F. C. — Berlin.

Platzmann, C. — Lübeck.

- Ranisch, R., Delegierter der Maschinenbauarbeiter — Berlin.
Rathgen, Dr., Präsident — Weimar.
Reichardt, Rechtsanwalt — Eisenach.
Richter, Korrespondent — Dresden.
Riecke, Dr. med. — Weimar.
Riepe, Pastor — Hamburg.
v. Rochau, Dr., M.R.T., — Heidelberg.
v. Roggenbach, Frhr., M.R.T., Staatsminister a. D. — Karlsruhe.
Roller, H. — Berlin.
Roscher, Geh. Hofrat Dr., Professor — Leipzig.
Roese, Oberbürgermeister — Eisenach.
Rößler, Dr. Ernst, Professor — Berlin.
Samter, A., Bankier — Königsberg i. Pr.
Schacht, Dr., Vorsitzender des Deutschen Apothekervereins — Berlin.
Schede, Regierungsrat — Merseburg.
v. Scheel, Dr., Professor — Bern.
Schmoller, Dr. G., Professor — Straßburg i. E.
Schomburg, Oberregierungsrat — Weimar.
Schönberg, Dr., Professor — Freiburg i. Br.
Schulze, Julius, Sekretär der Handelskammer — Mainz.
Schuster, Pfarrer — Karlsruhe.
Seelig, Dr., M.R.T., Professor — Kiel.
Seltzer, Ed., Fabrikant — Eisenach.
Seyffarth, Fabrikant — Krefeld.
Sievert — Eisenach.
Sombart, Rittergutsbesitzer, M.R.T. — Ermsleben.
Sonderhof — Eisenach.
Steinacker, Pfarrer — Buttelsaedt.
Stier, Auditor — Eisenach.
Stöhr — Eisenach.
Stolp, Dr., Redakteur — Berlin.
- Theobald, Dr. — Hamburg.
Thiel, Dr., Professor — München.
Thiele — Berlin.
Thorade, Bankdirektor — Oldenburg.
Tiedemann, Landrat — Mettmann.
- Ule, Dr. Otto — Halle a. d. S.
- Valeri, Dr. phil. — Florenz.
Vischer, Regierungsrat — Stuttgart.
- Wagner, Dr. A., Professor — Berlin.
Wagner, Dr., Professor — Gotha.

Waldow — Berlin.

v. Wedel, Graf, Kabinettssekretär — Weimar.

v. Wedell-Malchow, M.R.T., M.A.H., Rittergutsbesitzer — Malchow.

Wehner — Hamburg.

Wenzel, O. — Berlin.

Whittle, Korrespondent der Times — London.

Wiedemann, Fabrikant — Apolda.

Wild, Dr. — Leipzig.

v. Wintzingerode, Graf — Bodenstein.

Wiskemann, Dr., Professor — Hersfeld.

Wolf, L., Stadtrat — Meerane.

Zacharias — Nordhausen.

Ziegler, A. — Ruhla.

Ziller, Landrat — Sonneberg.

III. Aufruf zur Gründung eines Vereins für Sozialpolitik

Die Eisenacher Versammlung vom 7. Oktober 1872 zur Besprechung der sozialen Frage hat den unterzeichneten Ausschuß beauftragt, in diesem Jahre eine Zusammenkunft in gleichem Sinne zu berufen.

Für unsere Auffassung der sozialen Zustände beziehen wir uns auf die gedruckten Verhandlungen der vorjährigen Versammlung (Verhandlungen der Eisenacher Versammlung usw., Leipzig 1873).

Aus der Gesamtheit der mehr oder weniger berechtigten Versuche zur Weiterbildung der heutigen Erwerbsgesellschaft tritt zur Zeit der Streit zwischen Kapital und Arbeit gefährdend hervor. Wir sind der Ansicht, daß hier für Staat und Gesellschaft dringende Aufgaben der friedlichen Reform vorliegen.

Zunächst wird es darauf ankommen, die Verhältnisse der Arbeiter und deren Beziehungen zu den Arbeitgebern aufzuklären, die Erfordernisse genossenschaftlicher Bildungen festzustellen, ihre gedeihliche Entwicklung zu unterstützen und jede Verständigung der streitenden Parteien zu fördern.

In gleicher Weise sollen die übrigen sozialen und ökonomischen Probleme der Zeit, wie Gesundheits- und Unterrichtswesen, Verkehrs-, Aktien- und Steuerwesen, in Betracht gezogen werden.

Wir sind der Überzeugung, daß das unbeschränkte Walten teilweise entgegengesetzter und ungleich starker Einzelinteressen das Wohl der Gesamtheit nicht verbürgt, daß vielmehr die Forderungen des Gemein-sinns und der Humanität auch im wirtschaftlichen Leben ihre Geltung behaupten müssen, und daß das wohlerwogene Eingreifen des Staates zum Schutze der berechtigten Interessen aller Beteiligten zeitig wachzurufen ist.

Diese staatliche Fürsorge sehen wir nicht als Nothelfer oder als unvermeidliches Übel an, sondern als Erfüllung einer der höchsten Aufgaben unserer Zeit und unserer Nation. In ernster Durchführung dieser Aufgaben wird sich der Egoismus des Einzelnen und das nächste Interesse der Klassen der dauernden und höheren Bestimmung des Ganzen unterordnen.

Wir glauben, daß ein regelmäßiger Gedankenaustausch zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, Männern der Theorie und Praxis, wesentlich zu einer Verständigung beitragen wird, und fordern die früheren Teilnehmer und alle Gesinnungsgenossen, insbesondere auch Verwaltungsbeamte, zum Erscheinen in Eisenach am 12. Oktober dieses Jahres und zum Eintritt in den zu gründenden Verein auf.

Berlin, den 31. Mai 1873.

Der Ausschuß

Dr. Bitzer, Staatsrat. Borchert jun. Prof. Dr. Brentano. Franz Duncker. Dr. J. Eckardt. Dr. Engel, Geh. Oberregierungsrat. Geibel jun. Prof. Dr. Gneist. Prof. Dr. Frhr. v. d. Goltz. Prof. Dr. Held. Prof. Dr. Hildebrandt. Prof. Dr. v. Holtzendorff. Dr. Max Hirsch. L. Jacobi, Geh. Regierungsrat. Prof. Dr. Knapp. Prof. Dr. Knies. Dr. Löwe-Kalbe. Dr. Meitzen, Geh. Regierungsrat. Dr. Mithoff. Prof. Dr. Nasse. Rud. Ranisch. Frhr. v. Roggenbach, Staatsminister a. D. Prof. Dr. Roscher, Geh. Hofrat. Prof. Dr. Schmoller. Sombart (Ermsleben). J. Schulte, Handelskammersekretär. Prof. Dr. v. Sybel. Thorade, Bankdirektor. Tiedemann, Landrat. Prof. Dr. Wagner. v. Wedell-Malchow. Prof. Dr. Wirth.

IV. Aus der Eröffnungsrede Schmollers nach seiner Wahl zum Vereinsvorsitzenden auf der Frankfurter Tagung von 1890

„Als wir im Jahre 1872 unsere Vereinstätigkeit begannen, war unsere Aufgabe eine einfache. Einer Regierung und einer Reichstagsmajorität gegenüber, welche in der Geldflut der Gründerjahre sich nur des ungeheuren Fortschritts der Technik und des Wohlstands freute, die soziale Frage leugnete, jede soziale Reform ablehnte, die große, schon tiefgreifende Bewegung der Arbeiterklasse verkannte, galt es auf das Berechtigte in den Forderungen der Arbeiter hinzuweisen, Stimmung überhaupt für soziale Reformen zu machen. Mit kühnem, jugendlichen Mut stellte unser Verein damals die größten und schwierigsten Fragen auf seine Tagesordnung; wir debattierten über Fabrikgesetzgebung, Arbeitsvertrag, Gewerkvereine, Lehrlingswesen, Schiedsgerichte, Einigungsämter, Hilfskassenwesen, gerechte Besteuerung, Reform der Gewerbeordnung und anderes. Die Verantwortung für das einzelne in unseren Beschlüssen war insofern noch keine große, als die praktische Ausführung derselben noch in weiter Ferne stand. Wir kamen dann von den Jahren 1877 bis 1880 an dadurch in wesentlich andere Lage, traten in die zweite Epoche unseres Daseins, daß ein tiefgreifender Umschwung unserer staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik eintrat, teilweise unter dem Einflusse unserer Bestrebungen, jedenfalls unter Beifall und Zustimmung von vielen unserer Mitglieder. Aber eine Beeinflussung jener Politik im einzelnen lag außerhalb unserer Vereinstätigkeit. Die neue Sozialpolitik des Deutschen Reiches war ausschließlich oder überwiegend vom Fürsten Bismarck bestimmt. Unser Verein hatte mit dieser Wendung die Aufgabe verloren, die ihm in den ersten Jahren gestellt war. Wir wandten unsere ganze Kraft der Schriftenpublikation zu, suchten über eine Reihe der wichtigsten sozialpolitischen Fragen, Vorarbeiten, Gutachten, gesammelte Darstellungen der Tatsachen zu publizieren; wir können heute stolz sein auf die stattliche Reihe unserer 46 Bände. In unseren Generalversammlungen ließen wir entsprechend der sozialpolitischen Lage die großen prinzipiell wichtigsten

Fragen zurücktreten und begnügten uns, sozialpolitische Gegenstände zu besprechen, denen die aktive Regierungspolitik sich zunächst noch weniger zugewandt hatte, wie die internationale Fabrikgesetzgebung, den Wucher, die Verschuldung des Bauernstandes und sein Erbrecht, die innere Kolonisation und derartiges.

Nun ist die Sachlage wieder eine wesentlich andere geworden. Unsere innere Politik ist nicht mehr so wie bisher von der Allmacht eines großen führenden Staatsmannes bestimmt. Damit ist den vorhandenen verschiedenen Strömungen und Richtungen der Interessen, der Parteien und Überzeugungen ein freies Spiel der Betätigung eingeräumt; sie kämpfen jetzt energischer als je um den Vorrang, um die Herrschaft in der öffentlichen Meinung, im Parlament, in der Regierung; die Probleme aber, die es zu lösen gilt, erscheinen trotz allem, was die deutsche Sozialpolitik schon geleistet, kaum leichter, als in den siebziger Jahren. Freilich stehen wir nicht, wie damals, einer manchesterlichen Regierung gegenüber, die alle Sozialreform ablehnt; alle Parteien und Interessengruppen geben zu, daß noch einiges zu geschehen habe. Aber über das „Was“ und „Wie viel“ ist auch heute gleich erbitterter Streit. Die Resultate unserer großen Hilfskassengesetzgebung mag man noch so hoch schätzen, wir sehen das eine heute doch ganz klar, daß sie den Kern der sozialen Frage, die Ordnung des Arbeitsverhältnisses, nicht berührt. Die Reform unserer Gewerbeordnung und der Fabrikgesetzgebung 1878 bis 1883 war ein erheblicher Fortschritt, aber daß sie nicht genügte, gibt jetzt fast jeder zu; über das Maß der weiteren Reform herrscht ein täglich noch anwachsender Kampf. Der Frage eines Arbeitsvereinsgesetzes ist man bisher scheu aus dem Wege gegangen; die Zunahme der Arbeitseinstellungen, der Koalitionen, der Verbände hat man dadurch nicht gehindert. Die verschobenen Probleme der Steuerreform, der Landgemeindereform pochen mit einer größeren Dringlichkeit an unsere Tore. Die lange volkswirtschaftliche Krisis ist vorbei, die Preise haben sich gehoben, wir haben bereits eine Hausseperiode hinter uns; aber die große Frage der Produktionsregulierung durch Kartelle, Schutzzölle und andere Mittel ist nicht verschwunden; sie hängt aufs engste mit der Regulierung des Arbeitsangebots, mit den Arbeitseinstellungen usw. zusammen. Wir stehen mit diesen Problemen vor der — ich möchte sagen — ungeheuren Frage, ob die ganze Art der freien Konkurrenz und ein gutes Teil individueller Freiheit, wie sie seit 100 Jahren als die sichersten Postulate der Doktrin und des praktischen Lebens aufgestellt, geglaubt, ins Leben eingeführt wurden, nicht mehr oder weniger verschwinden werden.

Der Ausschuß hat von diesen großen und schwierigen Fragen zwei auf unsere diesmalige Tagesordnung gestellt: die Fortbildung des Arbeits-

vertrages und die Reform der ländlichen Kommunalverfassung im Osten der preußischen Monarchie; wir haben die Debatten durch fünf Bände publizierter und an die Mitglieder versandter Schriften vorbereitet; der Ausschuß hat allen den Herren seinen verbindlichen Dank zu sagen, die hiezu mitgewirkt haben. Je bedeutungsvoller diese beiden Gegenstände sind, desto größere Beachtung werden unsere Debatten finden, zumal, wenn wir sie in jenem Geiste ruhiger wissenschaftlicher Objektivität führen, den unsere Traditionen fordern. Wir sind keine Partei- und keine Interessentenversammlung. Wir sind Patrioten, Gelehrte, Geschäftsleute, Beamte, die sich gegenseitig und durch ihre Debatten andere belehren und aufklären wollen. Wir sind ein wissenschaftlicher Verein, der zugleich eine Wirkung auf die öffentliche Meinung, wie der beste Teil unserer Presse, ausüben will. Wir wollen, wie der Chor der antiken Tragödie die leidenschaftlichen Handlungen der Bühne begleitet, ruhig und leidenschaftslos zur Seite stehend, für das Wahre und Gute, für das Billige und das Gerechte eintreten, und versuchen, diesen höchsten Mächten des Menschenlebens ein größeres Gewicht zu verschaffen. Lassen Sie uns hoffen, daß wir, wie bisher, so auch heute und morgen in diesem Geiste unsere Verhandlungen führen. Unsere Verantwortlichkeit ist heute eine größere als jemals früher, weil es sich heute nicht mehr, wie in den siebziger Jahren, darum handelt, überhaupt nur Stimmung für soziale Reformen zu machen, sondern abzuwägen, welche Schritte im einzelnen möglich, welche die besten und segensreichsten für unser Vaterland sein werden!“ —

V. Schmollers Eröffnungsrede zum 25jährigen Bestehen des Vereins auf der Kölner Tagung von 1897

Zur Eröffnung unserer Verhandlungen darf ich daran erinnern, daß wir mit unserer diesjährigen Generalversammlung zugleich das 25jährige Bestehen des Vereins feiern. In den ersten Oktobertagen 1872 trat in Eisenach eine Anzahl Männer aller politischen Parteien zu einer Beratung über die wichtigsten sozialen Fragen der Zeit, Fabrikgesetzgebung, Gewerkvereine und Wohnungsfrage, zusammen. Daraus entstand unser Verein. Man darf ohne Zweifel die Epoche von 1862 bis 1875 die wichtigste Zeit unseres Jahrhunderts für unser Vaterland nennen; das neue Deutsche Reich entstand, die deutsche Volkswirtschaft reckte zum erstenmal ihre Glieder so, daß man ihre Ebenbürtigkeit neben Westeuropa erkannte; die neue soziale Schichtung der Gesellschaft war das Ergebnis der ungeheuren technischen und volkswirtschaftlichen Fortschritte; die sozialen Probleme pochten an die Pforten der Gesetzgebung; der moderne Arbeiterstand erwachte zum Selbstbewußtsein. Die Gesetzgebung arbeitete fieberhaft, aber noch steckten den Deutschen der philisterhaft kleinstaatliche Sinn, die Traditionen der alten Zeit, die einseitigen Ideale der individualistischen Aufklärung in allen Gliedern. Neue Ideale mußten sich bilden, neue soziale Ordnungen und Institutionen entstehen.

Ein Ausdruck dieser Gärung, dieses Strebens war die Bildung des Vereins für Sozialpolitik. Zwischen den Elementen, welche aus dem politischen Radikalismus und Republikanismus der vierziger und fünfziger Jahre erwachsen, utopischen und revolutionären, jedenfalls die ganze gegenwärtige Gesellschaftsordnung vernichtenden sozialen Idealen zuneigten, und denen, welche optimistisch und zufrieden alles Bestehende vortrefflich fanden, die Arbeiterfrage leugneten, in der freien Konkurrenz die Lösung aller sozialen Rätsel fanden, standen zahlreiche Denker und Politiker, Geschäftsleute und Journalisten, Menschenfreunde und National-ökonomien, welche von Klasseninteresse, doktrinärer Parteischablone und hergebrachter national-ökonomischer Lehrmeinung frei neben einem politischen an einen sozialen Fortschritt glaubten, ihn suchen wollten, mit

offenem Blick für die sozialen Mißstände und Kämpfe die soziale Wirklichkeit erkennen, an das Bestehende anknüpfend für die soziale Reform eintreten wollten.

Es war stets eine kleine Gruppe von Männern; sie haben keine parlamentarische oder sonstige Partei bilden, nicht ausschließlich in den Dienst einer Partei oder eines Klasseninteresses sich stellen wollen; daher konnten sie nicht die Massen um ihre Fahne sammeln. Sie wollten nur durch ihre Tätigkeit aufklären, die Wahrheit ins Licht stellen, durch ihre Reden und Schriften, ihre Versammlungen und Publikationen in alle Parteien und Klassen eine größere Erkenntnis der sozialen Dinge hereinbringen, den berechtigten praktischen Idealen einer durchführbaren sozialen Reform die Wege bahnen. Wir haben unsere Mitglieder nie auf ein soziales Programm geschworen, wir haben bald in unseren Generalversammlungen nicht mehr abgestimmt. Wir haben nur vertraut, durch gute Gründe und Beweise, durch die Macht der Wahrheit und Gerechtigkeit auf weitere Kreise zu wirken.

Unser Ausschuß ist seit den 25 Jahren jährlich ein- bis zweimal zusammengetreten, hat die Schriften und Generalversammlungen vorbereitet. Solche haben wir nur 13 bisher abgehalten. Aber in den 74 Bänden unserer Schriften haben wir unsere Gedanken und Ideale, unsere Vorschläge und Beiträge zur Erkenntnis der sozialen Wirklichkeit niedergelegt. In ihnen liegt der Schwerpunkt unserer Wirksamkeit. Es läßt sich mit wenigen Worten sagen, worauf unsere wichtigsten Schriften und daran anknüpfend unsere Verhandlungen sich bezogen haben.

Eine erste Gruppe beschäftigte sich mit der Handels-, Auswanderungs-, Währungs- und Steuerpolitik, diesen allgemeinsten Fragen der Volkswirtschaft. Hauptsächlich haben wir an den zwei großen Wendepunkten unserer deutschen Handelspolitik 1879 und 1892 die einschlägigen Fragen erörtert, 1892 bis 1894 ein großes Sammelwerk geschaffen, das die Handelspolitik aller Kulturstaaten von 1860 bis 1892 darstellt. Wir glaubten damit von dem sozialen Kern unserer Aufgabe nicht abzuschweifen. Jeder Tieferblickende weiß, wie sehr von der staatlichen Macht, dem handelspolitischen Einfluß, dem Zolltarif und den Handelsverträgen gerade auch die Lage der unteren Klassen der Arbeiter in jedem Lande abhängt. Man könnte sagen, es sei bedauerlich, daß dies in Deutschland noch nicht genug, noch nicht so wie zum Beispiel in England erkannt werde. Wir gehen einem handelspolitischen Ansturm der großen Weltreiche gegen die mittleren und kleineren Kulturstaaten entgegen, der für unsere soziale Zukunft und die Lage auch der unteren Klassen in Deutschland vielleicht für länger eine der wichtigsten Lebensfragen sein wird.

Die zweite Gruppe unserer Schriften bezieht sich auf die Unternehmung, hauptsächlich auf die gewerblichen Unternehmungsformen. Wir haben über das Aktiengesellschaftswesen verhandelt, und die damals von uns und anderen gegebenen Anregungen führten zur Reform des Aktiengesetzes im Jahre 1884. Wir haben eine Reihe von Bänden über die deutsche Hausindustrie und jetzt neun Bände über das deutsche und zwei über das österreichische Handwerk und seine Konkurrenzfähigkeit veröffentlicht, über welche wir heute noch verhandeln werden. Über die Kartelle haben wir vor einigen Jahren eine Sammlung von Berichten publiziert, dann über sie debattiert. Es gibt in der Literatur nichts Besseres darüber, als unsere Schriften und was sich daran anschloß.

Neben diesen gewerblichen stehen die agrarisch-sozialen Fragen, die wir als dritte Gruppe unserer Tätigkeit bezeichnen können. Die agrarische Krisis, das Erbrecht am Grundeigentum, die Erhaltung des Bauernstandes, die innere Kolonisation, der Wucher, die ländlichen Kreditfragen, endlich die ländliche Arbeiterfrage, all das hat uns wiederholt beschäftigt. Enge schlossen sich an diese Gegenstände unserer Schriften und Debatten die über die ländliche Gemeindeverfassung an, welche die endliche Ordnung dieser wichtigen Materie in den Jahren 1891 bis 1892 vorbereiten halfen. Wir werden morgen zur ländlichen Kreditfrage zurückkehren und damit zu einer der wichtigsten in bezug auf die Erhaltung des Bauernstandes, des Klein- und Mittelbetriebes auf dem Lande. Die neuen Gestaltungen, die sich in dieser Richtung seit 30 Jahren in Deutschland entwickelt haben, zumal die neueste Ausbildung des ländlichen Genossenschaftswesens können in ihrer Bedeutung kaum überschätzt werden.

Die letzte und wichtigste Gruppe unserer Schriften und Debatten bezieht sich auf den engeren Kreis der gewerblich-sozialen Frage. Wir haben Schriften veröffentlicht und verhandelt über die Fabrikgesetzgebung und die Reform der Gewerbeordnung, über die Wohnungsfrage und die Gewinnbeteiligung der Arbeiter, über den Arbeitsvertrag und seine Fortbildung, über Arbeitseinstellungen und Gewerkvereine, über Schiedsgerichte und Einigungsämter, über Haftpflicht und Arbeiterversicherung, über Alters- und Invalidenkassen. Wir werden am dritten Tage unserer diesjährigen Generalversammlung zu der wichtigen Frage des Arbeiter-, Vereins- und Koalitionsrechtes zurückkehren.

Aus diesem kurzen Bilde unserer Tätigkeit ergibt sich schon ungefähr, was wir gewollt und erstrebt haben. Wir wollten nie die Volkswirtschaft von Grund aus umgestalten, nie den Plan einer vollendeten sozialen Zukunft vorlegen. Wir wollten nur mit der Leuchte der Wissenschaft den Wegen der Praxis vorangehen, uns selbst und womöglich das Vaterland über das Einzelne und Konkrete der sozialen Tatsachen und der Reformen

belehren, in den Kämpfen des Tages, der Interessen und Leidenschaften der Stimme der Billigkeit, der Vernunft, der Wissenschaft Gehör verschaffen.

Ist unsere Tätigkeit in diesen 25 Jahren umsonst gewesen? Hat sie Gutes und Nützliches gewirkt? Es ist bekannt, daß von rechts uns zugerufen wird, wir seien unpraktische Doktrinäre, die nur geschadet, von links, wir seien feige Vermittler, welche keine großen und neue Ideen verbreitet hätten. Wir sind zeitweise von der sozialdemokratischen, zeitweise von der bürgerlichen Presse aufs heftigste geschmäht worden. Das ist natürlich; ich möchte sagen, es wäre schlimm, wenn es nicht geschehen wäre. Es beweist das eben für unsere Wirksamkeit. Andererseits ist aber auch wohl begreiflich, daß dieselben Feinde, die uns heute als gefährlich oder feige angriffen, morgen uns sagten, unsere ganze Tätigkeit sei überhaupt belanglos gewesen, habe die sozialpolitischen Geschehnisse unseres Vaterlandes nicht irgendwie beeinflußt.

Die Sozialdemokratie hat immer wieder betont, ihre Tätigkeit, nicht unsere, habe den Stein der sozialen Reform ins Rollen gebracht. Das ist in gewissem Sinne wahr. Ihre Tätigkeit hat eine politische organisierte Macht zur Grundlage; die Sozialdemokratie vertritt ein mächtiges Klasseninteresse. Wir sind ein Häufchen Gelehrter und humaner Praktiker. So wie die Sozialdemokratie konnten und wollten wir gar nicht wirken. Aber beweist das, daß wir nicht in anderer Weise gewirkt haben?

Das Unternehmertum hat uns immer wieder der zu großen Arbeiterfreundlichkeit beschuldigt. Arbeiterfreundlich sind wir gewesen und wollen wir noch sein, sofern wir die Hebung der unteren Klassen für eine Lebensbedingung unserer Gesellschaft und unseres Staates, die zu große soziale Kluft in Gesittung und Einkommen für eine der größten Gefahren der Gegenwart ansehen. Aber wir sind deshalb nicht den Unternehmern feindlich, deren Verdienste als Führer und Offiziere der volkswirtschaftlichen Armee wir stets anerkannt haben. In der letzten Session des preußischen Abgeordnetenhauses wurde der Vorwurf gegen uns erhoben, sogar mit Berufung auf einen Geheimen Rat — als ob das unbedingt bewiese —, wir hätten keinen einzigen Baustein geliefert, welcher direkt der sozialen Reformgesetzgebung Deutschlands zugute gekommen wäre. Wir haben, da wir keine politische Partei sein wollen, natürlich auch keinen Gesetzentwurf ausgearbeitet, wie die Geheimen Räte und Parlamentarier. Aber die geistig soziale Bewegung, die von uns ausging, hat als Sauerteig die weitesten Kreise beeinflußt. Wir können ohne Überhebung sagen, daß wenn heute eine andere soziale Gedankenwelt Deutschland durch alle Schichten hindurch beherrscht, als 1866 bis 1872, wenn heute niemand mehr Manchestermann heißen will, jedermann über die sozialen Pflichten

und Rechte des Staates anders denkt als damals, wenn die Grundzüge unserer Arbeiterversicherung, unserer Arbeitsschutzgesetzgebung, unseres ganzen modernen sozialen Rechtes doch eigentlich von keiner Partei mehr ernstlich bestritten werden —, dies zwar nicht Folge unseres Vereins, aber der großen geistigen und wissenschaftlichen Bewegung sei, deren Fäden am meisten in unserem Verein zusammenlaufen.

Man wird nun als Beweis, daß wir nicht allzuviel erreicht hätten, die Tatsache anführen, daß gerade in den letzten zwei Jahren ein Pressefeldzug, eine Hetze gegen uns entstanden sei, fast stärker und gehässiger als der, welcher der Gründung unseres Vereins in den Jahren 1872 bis 1875 folgte. Diese erneute, teils in der Natur der Sache liegende, teils auf Mißverständnissen beruhende Gegnerschaft kann aber ebensogut als ein Beweis unseres Einflusses, unserer großen Wirksamkeit aufgefaßt werden. Zunächst ist sie nur ein Beweis dafür, daß die große Umgestaltung aller volkswirtschaftlichen und sozialen Lebensformen noch lange nicht abgeschlossen ist, daß die großen sozialen Gruppen und Interessen, die sich gegenüberstehen und bekämpfen, heute wieder mal etwas schroffer zusammengestoßen sind, und bei diesem Stoß auch gegen uns ausholten. Aber die Angriffe gegen uns sind nur eine unerhebliche Nebenerscheinung des Kampfes, sie beweisen über unsere Wirksamkeit nur, daß wir Mitbeteiligte sind; sie beweisen am wenigsten, daß die soziale Reform, die wir vertreten, dauernd ins Stocken kommt.

Ich sage, die Angriffe auf uns seien eine unerhebliche Nebenerscheinung; die übertriebene Furcht vor der Sozialdemokratie hat gewisse Kreise veranlaßt, nach einem angeblich Schuldigen zu fahnden, den man ungestraft hauen könne. So wurde der Kathedersozialismus der Prügeljunge für kurzsichtige Praktiker und Journalisten sowie für einige ehrgeizige und unbefriedigte Dozenten. Da wir über und außerhalb der sozialen Klassen und ihrer egoistischen Interessen, gleichsam als ehrliche Makler zwischen den Arbeitern und Unternehmern stehen, so ist es begreiflich, daß in den Momenten heftiger Erregung von beiden Seiten gegen uns gewettert wird, weil wir beiden nicht schmeicheln, ihnen auch unangenehme Wahrheiten sagen. Wir machen uns daraus nicht viel, sondern kompensieren die übertriebenen Vorwürfe, die in einem Teil der großbürgerlichen und agrarischen Presse gegen uns erhoben werden, mit denen der sozialdemokratischen und schließen aus den Doppelangriffen, daß wir auf dem rechten Wege seien.

Die ganze sozialpolitische Reaktion der letzten Jahre ist aber auch kein Beweis, wie ich schon sagte, daß wir, daß die Träger der sozialen Reform in Deutschland überhaupt geschlagen, daß die großen geistigen und sittlichen Kräfte, auf denen sie beruht, im Zurückgehen begriffen seien. Diese

Reaktion ist nichts als eine vorübergehende Wellenbewegung, wie sie zum Wesen der geschichtlichen Entwicklung gehört. Nach jedem großen epochemachenden Fortschritt der Gesetzgebung kommen Jahre der Ermattung, des Kritisierens, des Mißvergnügens. Wie der großen Stein-Hardenbergschen Agrarreform von 1807 bis 1811 die Reaktion von 1816 folgte, aber weder die Gesetzgebung von 1811 ganz beseitigte, noch ihren späteren Ausbau hinderte, so hat die sozialpolitische Reform der achtziger Jahre, welche uns die Arbeiterversicherung brachte, und die von 1890/91, welche endlich die deutsche Arbeiterschutzgesetzgebung einen großen Schritt vorwärtsführte, naturgemäß die widerstrebenden Interessen aufgerüttelt. Sie suchen aus allen Tonarten zum Rückzug zu blasen und zu kritisieren. Das ist ihr gutes Recht; soweit sie mit ihrer Kritik recht haben, kann diese nur der sozialpolitischen Reform zugute kommen. Die Bescheidenen verlangen nur eine „Verdauungspause“, ehe weiter vorangeschritten werde. Anders als durch solche Kritik, durch solche Rede und Gegenrede, durch solche Kämpfe hindurch vollzieht sich keine große Reform. Dem Wellental der Reaktion wird aber schon der Wellenberg des weiteren Fortschritts folgen. Der Druck belebt die Kräfte, erzeugt neuere und stärkere, sofern es sich überhaupt um eine große, historische, in Jahrzehnten sich vollziehende Notwendigkeit handelt. Und daran zweifelt doch keiner, der unsere Zeit versteht, daß wir erst noch den größten sozialen Änderungen entgegengehen: das 20. Jahrhundert wird das soziale sein. Wie die Technik jetzt größere Änderungen als seit 3000 Jahren erlebte, so wird auch die soziale Struktur der Gesellschaft größeren Wandlungen als seit lange entgegengehen, und das muß geschehen, im Zusammenhang mit der Hebung des Wohlstandes und der Kultur der Massen. Aus dem gärenden Kampfe der Gegenwart wird und muß ein höherer Zustand des sozialen Friedens hervorgehen; es wird, wenn ich ein Bild gebrauchen darf, ein sozialer Baum erwachsen, der seine Wurzeln in den intellektuellen und moralischen Fortschritten des ganzen Volkes, seine Blätter und Äste in den verbesserten sozialen Institutionen, seine Blüten und Früchte in der höheren Gesittung und dem breiten Wohlstand der Massen haben wird.

Ob in den Kämpfen, die zu diesem Ziele führen, der Verein für Sozialpolitik weiterhin eine erhebliche Rolle spielen wird, wage ich nicht zu entscheiden. Das hängt von zufälligen Umständen, von Persönlichkeiten und Konstellationen aller Art ab. Aber daß die geistige Bewegung, die er inaugurirt habe, fort dauern wird, das weiß ich sicher. Ja, ich möchte sagen, sie werde mit ganz anderer Kraft als bisher künftig weiterwachsen, wenn anders die Entwicklung unseres Vaterlandes eine gesunde bleibt.

Die Gründe, die mich bei dieser Überzeugung leiten, darf ich gleich

nachher anführen. Vorerst nur noch eine Zwischenbemerkung darüber, daß dem Verein und den deutschen Nationalökonomen, die sich in ihm verkörpern, jetzt oft vorgeworfen wird, sie seien ganz andere seit 1872 geworden.

Gewiß hat die Zusammensetzung unseres Vereins mannigfaltig gewechselt und gewiß sind wir selbst, die seit 1872 mitwirkten, mannigfach andere geworden. Es wäre schlimm, wenn wir nichts gelernt hätten seit 25 Jahren. Aber der Grundcharakter des Vereins hat sich doch nicht wesentlich verschoben, weil die Bedingungen, unter denen er entstand, heute noch ähnliche sind wie 1872.

Die Männer, welche den Verein mit uns begründeten und die heute nicht mehr sind, Roscher und Hildebrand, Gneist und Nasse, Sybel und Konstantin Rößler, Ernst Engel und Franz Duncker, Held und Wedell-Malchow, auch spätere einflußreiche Teilnehmer, die schon im Grabe ruhen wie Reitzenstein und Dannenberg, sie haben alle sozialpolitisch einen ähnlichen Standpunkt vertreten wie die heutige Majorität des Ausschusses. Nasse, unser vieljährig verdienter Vorsitzender, dessen wir heute in besonderem Maße gedenken, wurde neuerdings von unserem schroffsten Gegner als sein Freund und Gesinnungsgenosse in Anspruch genommen. Und eben dieser Nasse hat in einer seiner Eröffnungsreden betont, wie falsch es sei, dem Verein vorzuwerfen, er stelle Theorien auf, welche die Grundlagen der sozialen Ordnung in Frage stellten und den sozialen Frieden gefährdeten. In derselben Rede präzisiert Nasse dann die Pflicht des Vereins dahin, daß er gegenüber dem falschen Optimismus der Besitzenden, der auf einer großartigen Unkenntnis der Tatsachen beruhe, die realen Zustände aufdecke. „Die sozialen Zustände“, ruft er, „mögen sich gebessert haben, aber man übersieht, daß in der Lebensweise der höheren und niederen Klassen unseres Volkes niemals so große Verschiedenheit bestand wie jetzt, daß heute mehr Reichtum als früher vorhanden ist, der mit bedenklichen Mitteln erworben wurde und nur privatem, zwecklosem Lebensgenuß, und dagegen weniger Reichtum, der großen öffentlichen Zwecken und der Veredlung der Betreffenden dient.“

Lebte Nasse noch, so hätten wahrscheinlich die Sykophanten und Denunzianten auch diese Worte, wie ähnliche von mir aus der ersten Hälfte der siebziger Jahre ausgegraben, um ihn damit zu einem hetzerischen Demagogen zu stempeln, ihn, der ein streng kirchlicher und innerlich konservativer Mann, aber allerdings zugleich ein überzeugungstreuer Sozialreformer war.

Von den übrigen alten Mitgliedern des Vereins, die der Generation Nasse angehören, wird man von keinem sagen können, er sei radikaler oder

sozialistischer geworden, als 1872; von einzelnen wird man behaupten können, sie lehrten heute dasselbe wie damals, vielleicht fast mit denselben Worten. Die Rede, mit welcher ich 1872 unsere erste Versammlung eröffnete, kann ich heute noch unterschreiben. Das Referat, das ich damals über die Gewerkvereine erstattete, würde ich im einzelnen vielfach anders, aber doch wohl in demselben Geiste heute vortragen. Und wenn unsere jüngeren Kollegen heute vielfach einen kräftigeren Ton anschlagen als wir Älteren, ja wenn einzelne dieser Herren uns Ältere bereits als etwas rückständig, wie jetzt ein beliebtes Schlagwort lautet, betrachten, so liegt das doch mehr in dem Unterschied des Alters als der Grundprinzipien. Die Jugend ist immer ungeduldiger und kampflustiger als das Alter. Auch ist natürlich, daß die jüngeren Nationalökonomien die theoretischen Probleme etwas anders formulieren. Aber in der Anerkennung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und in den praktischen Forderungen der sozialen Reformpolitik ist heute im ganzen keine größere Verschiedenheit in unserem Verein und in der ganzen deutschen wissenschaftlichen Nationalökonomie als 1872; im Gegenteil die Einheitlichkeit ist viel größer. Selbst die, welche als unsere Gegner auftreten, stehen eigentlich doch auf demselben Boden wie der Verein für Sozialpolitik in seiner Majorität.

Wenn wir trotzdem im Laufe der 25 Jahre dem fernerstehenden Publikum bald als radikal und gefährlich, bald als mit der Regierung und den Mittelparteien übereinstimmend erscheinen, so kommt es nur daher, daß die Brillen, welche wechselnde Parteistimmungen und Regierungstendenzen dem Publikum aufsetzten, in der Farbe mehrmals wechselten. In den Jahren 1872 bis 1875 griffen uns die alten Manchesterleute und der Teil des Unternehmer- und Kapitalistentums an, der politisch radikal von jenen geführt wurde, ebenso ein erheblicher Teil der alten freihändlerischen Bürokratie, während die Konservativen, einschließlich des Fürsten Bismarck, wie ein Teil der politisch Vorangeschrittenen unsere Bewegung gerne sahen. Gegen Ende der siebziger und im Laufe der achtziger Jahre, als offiziell die Sozialpolitik und Sozialreform in die Hand genommen wurde und das Manchestertum fast ganz verschwand, hörten die Angriffe auf uns von seiten der offiziösen und Unternehmerpresse auf, die von sozialdemokratischer Seite wuchsen. Mit den sozialpolitischen Tendenzen des Zentrums hatten wir stets viel Gemeinsames, aber es trat das früher, zumal in den Tagen des Kulturkampfes, nicht hervor, da doch die meisten von uns Liberale waren. Seit den achtziger Jahren mußten wir uns nähern, da der Verein für Sozialpolitik und das Zentrum aus ähnlichen ethischen, religiösen und humanen Tendenzen arbeiterfreundlich waren und sind. Und ganz ähnlich mußten wir — die meisten von uns sind Protestanten — mit der beginnenden protestantisch-sozialen Bewegung uns sympathisch

berühren. Es ist dieselbe geistig-ethische und soziale Gedankenwelt, welche in der deutschen Staatswissenschaft, im besten Teil unseres Beamtentums und unserer Geistlichen, welche in dem wiederbelebten christlichen und staatlichen Sinne wie in einem Teil des politischen Fortschrittes sich von 1880 bis zur Gegenwart immer mehr Terrain eroberte, welche in der Arbeiterschutzgesetzgebung von 1891 einen gewissen Triumph feierte.

Den Rückschlag, welcher seit 1892 bis 1895 eingetreten ist, habe ich schon vorhin charakterisiert. Die deutschen Regierungen haben eine Schwenkung gemacht, welche die vorläufige Sistierung oder Verlangsamung der Sozialreform bedeutet. Ich lasse dahingestellt, ob das mehr eine innerliche Änderung oder mehr eine bloß veränderte Taktik ist, welche nur im Moment die der Sozialreform entgegengesetzten Interessen schonen und für andere wichtige staatliche Zwecke gewinnen will. Einerlei, der Verein für Sozialpolitik und die Kathedersozialisten, welche bis 1894 von der offiziellen, konservativen und Unternehmerpresse wenigstens geschont oder als Bundesgenossen behandelt wurden, erschienen jetzt plötzlich in denselben Organen als gefährlich, ja als Leute, denen man unternehmerfreundliche Strafprofessoren zur Seite setzen müsse.

Wir haben seither mit ungünstigem Winde von dieser Seite her zu kämpfen, während wir naturgemäß nun bei der übrigen Presse, bei der demokratischen und sozialdemokratischen sowohl, als bei der Zentrums- und freipressen eher freundlicherer Worte gewürdigt wurden. Übrigens hat von der nationalliberalen Partei nur ein Teil der Presse die Schwenkung gegen uns mitgemacht. Die konservative auch nicht in dem Maße wie die freikonservative, der der Ruhm gebührt, sich ganz um ihre Achse gedreht zu haben, sofern sie früher ganz auf unserer Seite stand, jetzt uns am stärksten bekämpft. Es ist bekannt, daß der Mitbegründer unseres Vereins, Konstantin Rößler, in früheren Jahren die besten Leitartikel der Post schrieb und dort für die soziale Reform eintrat.

Es sei ferne vor mir, den Teil der Presse, die sich jetzt gegen uns gewandt hat, unbedingt verurteilen zu wollen. Jeder treibt Politik, wie er es versteht, und greift an, wen er für seinen Gegner hält. Nur etwa darum kann es sich handeln, Mißverständnisse aufzuklären, die Gegensätze, um die es sich handelt, in ihrer wahren Bedeutung und in ihrem innersten Kerne hinzustellen. Und in dieser Absicht möchte ich mir zum Schlusse erlauben, kurz noch auszusprechen, wie ich persönlich unsere sozialpolitische Lage und ihr gegenüber die Aufgabe unseres Vereins auffasse.

Die sozialen Kämpfe der Gegenwart entspringen den ungeheuren Veränderungen, welche durch die moderne Technik und die allgemeine Volksbildung sowie durch die veränderten religiös-sittlichen und politischen Anschauungen in der Schichtung der Gesellschaft und in den Beziehungen

der sozialen Klassen untereinander und zur Staatsgewalt entstanden. Der politische Einfluß, das soziale Ansehen, das wirtschaftliche Einkommen der verschiedenen Klassen mußten ganz andere werden als früher. Neue aristokratische Klassen kamen empor; der Mittelstand war stark bedroht, er versteht sich jetzt wieder emporzurichten. Die unteren Klassen erhielten zu einem großen Teil eine andere Tätigkeit, eine andere Stellung; zuerst vielfach tief herabgedrückt, hat jetzt eine Elite derselben sich in jeder Beziehung emporgehoben und verlangt mit Recht, entsprechend ihrer größeren Leistungsfähigkeit, mehr Einfluß und Einkommen. Alle diese Verschiebungen können nur durch lange politische und soziale Kämpfe hindurch wieder in bestimmten Institutionen zur Ruhe kommen. Den Kämpfen müssen die verschiedensten Kompromisse folgen, die in ihrer Gesamtheit einen neuen höheren Friedenszustand der Gesellschaft darstellen werden. Alle edlen und guten Menschen hoffen mit Recht, daß die neuen Institutionen bessere und gerechtere als früher sein, einem großen Teil der Menschen Anteil an den höheren Gütern der Kultur verschaffen werden.

Mitten in diesen Kämpfen sind wir begriffen. Jeder, der ganz am Alten festhalten will, der diese Kämpfe und ihre Notwendigkeit nicht begreift, ist unfähig, in unserer Zeit bestimmend und leitend mitzureden. Die aber, welche ihre Notwendigkeit begreifen, stehen ihnen doch verschieden gegenüber. Die einen sehen in erster Linie auf diese Notwendigkeit, sie begrüßen mit Freude den frischen, fröhlichen, sozialen Kampf und Krieg, hoffen einseitig und optimistisch auf die Siege der bisher Bedrückten, auf die Siege der Demokratie und der Massen. Sie glauben, daß ohne weiteres daraus bessere soziale Zustände und Einrichtungen erwachsen werden. Die anderen leugnen nicht, daß wir heute Kämpfe sozialer Art haben müssen, daß der Kampf „der König und Vater aller Dinge“ sei. Aber sie betonen ebenso stark, daß jedes gesittete Volk in erster Linie eine Friedens- und Rechtsgesellschaft darstelle, daß der Kampf auch ein blinder, roher, zerstörender, die Gemeinheit und die Leidenschaft zur Herrschaft bringender sein kann. Sie glauben nicht, daß die Organisation der sozialen Klassen gegeneinander mit ihrem Haß, mit ihren Mißverständnissen sicher Gutes schaffe. Sie täuschen sich darüber nicht, daß es stets höhere Klassen geben, und daß diesen die Führung der Gesellschaft bleiben muß. Sie erwarten nicht, daß die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft, so heilsam und unvermeidlich, ja so segensreich sie innerhalb gewisser Grenzen heute ist, allein uns die vollkommenen sozialen Einrichtungen bringen werde. Noch weniger glauben sie, daß je auf die Dauer andere Mächte, als Moral und Religion, Sitte und Recht, andere Prinzipien, als Billigkeit und Gerechtigkeit, die Leitung der Gesellschaft werden übernehmen können. Ich

für meinen Teil rechne mich dieser Gruppe zu, und die meisten Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik denke ich, werden derselben Ansicht sein.

Immerhin, darüber, ob zunächst im einzelnen Lande der soziale Kampf oder die Tendenz auf friedliche Reform überwiegen werde, darüber wird man auf Grund allgemeiner Vorstellungen, wie auf Grund konkreter Kontraste über Land und Leute verschiedener Ansicht sein können.

Je schwächer in einem Lande die staatlichen Gewalten, die überlieferten sittlichen und rechtlichen Bande sind, desto mehr wird man in ihm auf erschütternde soziale Kämpfe, die eventuell bis zur Revolution gehen, gefaßt sein können. Wir in Deutschland haben eine stärkere monarchische Gewalt, als irgendein anderer Staat; wir haben ein über den sozialen Klassen stehendes integrires Beamtentum, wie kein anderes Volk, das in der Hauptsache heute noch, gottlob, regiert; wir haben im vorigen und in diesem Jahrhundert große segensvolle soziale Reformen bereits durchgeführt. Wir haben noch einen stärkeren und gebildeteren Mittelstand, als die meisten gerade der vorangeschrittensten Kulturstaaten. Wir sind das Volk mit der besten allgemeinen Volksschule, mit einem trefflichen technischen Bildungswesen, ein Volk des ernsten Denkens, der stärksten religiösen Empfindungen. Wenn irgendein Volk, so sind wir bestimmt, mehr durch innere Umbildung und friedliche Reformen, als durch heftige soziale Kämpfe und gewalttätige Revolution zum Ziele zu kommen. Aber auch für uns ist die Voraussetzung dazu, daß nicht einseitige Klasseninteressen die Leitung in Staat und Volkswirtschaft an sich reißen, die mehr außerhalb des Kampfes stehenden Elemente das Übergewicht behalten.

Diese Elemente zu stärken, für sie die geistigen Waffen zu liefern, das scheint mir heute die praktische Aufgabe der Staats- und Sozialwissenschaft und unseres Vereins für Sozialpolitik. Das Übergewicht der Gesamtinteressen über die egoistischen Klasseninteressen gilt es zu erhalten.

Damit kann natürlich nicht gemeint sein, die legitime Geltendmachung der Klasseninteressen beseitigen und unterdrücken zu wollen. Die sozialen Klassen, hauptsächlich die Unternehmer und Arbeiter, müssen im freien heutigen Staate über ihre Interessen sich verständigen, sich in der Presse und in Vereinen äußern, sich organisieren dürfen, so weit sie damit in den Schranken des Rechtes und der Sitte bleiben. Aber da jede solche Organisation, jeder solche Kampf einseitig macht, erbittert, leicht zu extremen Wünschen, Forderungen und Theorien führt, ja die Leidenschaften unter Umständen maßlos steigert, so müssen hiergegen starke Gegengewichte vorhanden sein. Und es ist viel besser, wenn sie nicht bloß durch die Staatsgewalt repräsentiert sind, sondern auch durch eine starke öffentliche Meinung, durch eine gesunde Presse, die nicht von den kämpf-

fenden Klassen abhängt, durch geschulte, geklärte Anschauungen aller Gebildeten und aller unbeteiligten Kreise, durch eine Literatur und Wissenschaft, welche weder einseitig im Dienste des Kapitals, noch der Arbeit steht.

Da liegt die Aufgabe unseres und ähnlicher Vereine. Wir müssen über den Klassen stehen, die Extreme, die Leidenschaften, die gegenseitige Verhetzung bekämpfen. Es geschieht am besten, wenn wir die sozialen Fragen, wie es der jetzige Vizepräsident des Staatsministeriums, Dr. v. Miquel, bei der Begrüßung unseres Vereins einmal formulierte, friedlich studieren, sie nur messen nach dem Maßstab der allgemeinen Wohlfahrt. Wir sind stolz darauf, rief Nasse in der letzten Versammlung, die er präsierte, daß es bei uns nicht üblich ist, für den eigenen Geldbeutel oder für das Geldinteresse der Erwerbs- und Standesgenossen zu reden!

Diese unparteiische Sachlichkeit müssen wir uns bewahren, dadurch sind wir unangreifbar und unentbehrlich. Indem wir über den Klassen stehen, wirken wir dahin, daß die Kämpfenden sich wieder verstehen, die Unternehmer den Arbeiter und dieser jenen, daß sie aufhören, die Gegner sich stets vorzustellen als von schlechten, gemeinen Motiven beherrscht, als moralisch verwerfliche, hassenswürdige Persönlichkeiten. Das ist das Gift, das zu beseitigen ist. Beide Teile müssen verstehen lernen, daß und warum ihre momentanen Interessen auseinandergehen, daß und warum sie also in den Schranken der Sitte und des Rechts miteinander kämpfen; sie müssen im Kampfe sich wieder erinnern lernen, daß ihre großen und in der Zukunft liegenden Interessen doch auch gemeinsame seien. Beide Teile müssen begreifen, wie viel edle und ideale Motive, wie viele treffliche Persönlichkeiten bei der Gegenpartei zu treffen seien.

Ein französisches Sprichwort sagt: tout comprendre c'est tout pardonner. Unsere Schriften und Verhandlungen müssen dieses Verständnis erzeugen, so daß trotz aller Kämpfe immer wieder die Verständigung möglich wird. Sie kann nie über Prinzipien, sie kann stets über konkrete praktische Einzelfragen gelingen. Sie muß zwischen den Bürgern desselben Staates gelingen, wenn er nicht durch die Kämpfe zerstört werden soll.

Meine Herren! Unsere Interessenkämpfe sind, das kann niemand bestreiten, seit den letzten Jahren immer derber, realistischer, sie sind teilweise brutal geworden. Die demagogischen Künste haben sich ausgebildet: sie sind nicht etwa bloß von der Sozialdemokratie angewandt worden. Ich will darüber nicht sentimental jammern. Ein solch derber Realismus kommt immer zeitweise; er schadet nicht allzuviel, — unter der einen Voraussetzung, daß die entgegengesetzten idealen und zentralen Kräfte stark genug bleiben, den zentrifugalen die Waage zu halten. Ich meine

die Liebe zu unserem großen deutschen Vaterland, das lebendige Staatsgefühl, das doch wohl heute stärker ist, als seit Jahrhunderten, die Hochhaltung unserer nationalen Institutionen, die Gefühle der Pflicht und Gerechtigkeit gegenüber dem weniger begünstigten Teil unseres Volkes, welches das Fundament aller gesunden Staatsordnung sind. Quid rei publicae, remota justitia, quam magna latrocinia? Dies große Wort Augustins gilt auch heute noch.

Unser Verein steht heute wie 1872 zwischen dem radikalen Umsturz und der blinden Reaktion, den ruhigen, gesetzlichen sozialen Fortschritt verteidigend, die möglichen und billigen Reformen fordernd. Bleiben wir bei dieser Fahne! Die Welle des Rückschritts, die heute wohl schon wieder zurückebbt, wird überwunden werden. Unsere Sache wird zuletzt so sicher siegen, wie in der Entwicklung der Menschheit die höheren Gefühle über die niedrigen, der Verstand und die Wissenschaft über die Leidenschaften und Interessen immer wieder gesiegt haben!

VI. Aus dem Rundschreiben Schmollers von 1906

Vertraulich!

Berlin, Anfang Juli 1906.

An die Herren Mitglieder des Ausschusses.

.
3. Es ist öfter in letzter Zeit die Frage aufgeworfen worden, ob unser Verein überhaupt oder ob er mit veränderter Verfassung und mit veränderten Zielen fortbestehen solle. Der Verein existiert jetzt 34 Jahre; seine älteren Mitglieder und Begründer sind tot oder alt geworden. Die politische, soziale und wirtschaftliche Lage hat sich in vielen Beziehungen geändert. Neue Strömungen machen sich geltend. Die Gegensätze im Verein selbst sind große. Es ist also wohl begreiflich, daß man sich fragte: Hat der Verein sich nicht überlebt? Hat er nicht anderen Neubildungen zu weichen? Hat er nicht wenigstens Ursache, seine Ziele, seine Verfassung, seine Leitung mehr oder weniger zu ändern?

Was den unterzeichneten Vorsitzenden betrifft, so hat er — nicht infolge der Vorkommnisse auf der letzten Generalversammlung, welche in freundschaftlicher Weise erledigt sind, sondern infolge seiner Gesundheit, seines Alters, seiner sonstigen übermäßigen Beschäftigung — längst die Empfindung, daß er durch eine andere, rüstigere Kraft ersetzt werden sollte. Er würde unter einer solchen, sofern sie nicht ganz neue, mit seiner Überzeugung unverträgliche Wege einschlägt, gerne weiter an den Geschäften des Vereins sich beteiligen.

Er — und der Schriftführer teilt seine Meinung — glaubt nicht, daß der Verein für Sozialpolitik sich überlebt habe, einer wesentlich anderen Verfassung bedürfe, besser durch andere, neue Organisationen abzulösen sei; er glaubt auch nicht, daß die bestehenden Gegensätze im Verein einem solchen Weiterbestehen hinderlich seien. Freilich kommt es bei einem Urteil dieser Art darauf an, was man von unserem Verein verlangt, was er tun soll und kann. Nach meiner Ansicht hat der Verein in der Hauptsache folgendes geleistet, wofür er auch heute noch in gleicher Weise wie bisher tätig sein kann:

I. Seine Schriftenpublikation wurde mehr und mehr der Hauptzweck seiner Tätigkeit; durch sie wirkte er wie eine freie sozialpolitisch-staatswissenschaftliche Akademie. Hatte der Verein bei allen seinen Schriften gewisse maßvolle Reformen im Auge, so lag der Charakter dieser Schriften doch ebenso sehr in ihrem objektiven wissenschaftlichen Geiste;

II. auch die Generalversammlungen erhielten neben ihrem praktischen Zwecke, der in sozialer Aufklärung, in dem propagandistischen Eintreten für gewisse nächstliegende, in der Gegenwart durchführbare soziale Reformen lag, den Nebenzweck einer persönlichen bequemen Begegnung der meisten deutschen und österreichischen staatswissenschaftlichen Gelehrten und Schriftsteller, in dem Sichkennenlernen von älteren und jüngeren Theoretikern und Praktikern, in dem gegenseitigen persönlichen Sich-aussprechen.

Der Verein für Sozialpolitik wurde für die Nationalökonomie das, was der Juristentag für die Juristen, die Versammlung der Naturforscher für diese leistete.

Der erste wie der zweitgenannte Zweck konnte von Anfang an am besten erreicht werden, wenn Leute von verschiedener politischer Überzeugung, Angehörige verschiedener politischer Parteien, von verschiedenen Berufen unserem Verein angehörten. Nur die von selbst sich ergebende Schranke der Mitgliedschaft war von Anfang an nicht rechtlich, aber tatsächlich vorhanden, daß die im Verein für Sozialpolitik Zusammenwirkenden über die Grundzüge einer solchen einigermaßen einverstanden sein mußten. Weder die extremen Sozialreaktionäre, noch die revolutionär sozialistischen Zukunftsidealisten konnten sich wohl in unserer Gesellschaft fühlen; wenn sie kamen, blieben sie bald wieder weg, wurden nicht in den Ausschluß kooptiert. Immerhin waren die Gegensätze innerhalb des Vereins von Anfang an ziemlich große; sie waren es schon bei der Konstituierung, sie waren es bei der Annäherung an den Volkswirtschaftlichen Kongreß Mitte der siebziger Jahre, dann wieder bei den Schutzzolldebatten 1879, bei den Gewerkvereinsdebatten 1890 usw. Aber immer siegte wieder das Gefühl der Gemeinsamkeit großer Ziele, das Pflichtbewußtsein, die individuelle Überzeugung zurücktreten zu lassen zugunsten der großen Erfolge gemeinsamen Auftretens für die Reformen, die im Bereiche naher Ausführbarkeit standen.

Eine Unterdrückung der eigenen Überzeugung ist dabei niemals verlangt worden, höchstens eine gewisse Mäßigung in der gegenseitigen persönlichen Polemik. Aber das war kein Unglück. Dafür blieb der ganze Ton, soweit er von den führenden Mitgliedern ausging, ein vornehmer, sachlicher. Und niemals wurde einem Mitgliede verdacht, wenn es sich zu Theorien und Zielen bekannte, die die anderen Vereinsmitglieder nicht

teilen, wenn es als Mitglied einer politischen Partei andere Wege ging als die große Majorität des Vereins. Nur das war stets erwünscht, daß eine gemäßigte Reformansicht, die, auf dem Boden des heutigen Staates und der heutigen volkswirtschaftlichen Verfassung stehend, eine mittlere Linie einhielt, nicht mit einer Schärfe angegriffen werde, die der Angegriffene als Vorwurf bloßen Unsinn und verächtlicher Schwächlichkeit empfinden konnte oder mußte.

Ich glaube, auf diesem Boden könnten auch die Mitglieder des Vereins, die heute am weitesten links stehen, in denen der Verein das heilsam vorwärtstreibende Element seiner Tätigkeit erblickt, noch genug Spielraum für ihre Betätigung finden. Auch sie werden ohne Zweifel einsehen, daß es dem Verein heilsam sein muß, einen starken rechten Flügel zu haben, welcher den Verein in der öffentlichen Meinung vor dem Vorwurf schützt, utopische, radikale, unausführbare Politik zu treiben. Auch sie können, nach meiner Meinung, damit einverstanden sein, daß an der Spitze des Vereins eine vermittelnde Persönlichkeit stehe, wie es Gneist, Nasse und ich waren. Es scheint mir nicht falsch, daß der Vorsitzende den radikalen und linken Elementen des Vereins als zu vorsichtig, den rechtsstehenden als zu radikal erscheine. Das ganze Ansehen des Vereins seit 1872 beruhte darauf, daß man ihn nie als das Anhängsel einer der extremen politischen Parteien ansehen konnte. Und das träte sofort ein, wenn etwa die Rechte oder die Linke unseres Vereins austräte und der Rumpf des Vereins für Sozialpolitik fortbestände.

Ich glaube, daß es richtig wäre, in diesem Geiste die Tätigkeit des Vereins fortzuführen, daß es für die Elemente, welche zum Beispiel eine starke Demokratisierung unserer Staatsverfassung, unserer Verwaltung und Volkswirtschaft anstreben, besser ist, dies außerhalb des Vereins als Mitglieder bestimmter politischer Parteien zu tun.

Dagegen wären kleinere Reformen innerhalb des Vereins wohl denkbar bei einem Fortbestehen im alten Geiste. Um solche handelte es sich zum Beispiel, wenn wir einen Tag der Generalversammlung rein wissenschaftlichen Diskussionen widmeten, wenn wir das Resumee des Vorsitzenden abschafften; es ist auch von einer Seite vorgeschlagen worden, die Generalversammlung aufzuheben.

Ich möchte hinzufügen, daß ich es nicht für ausgeschlossen halte, daß später einmal der Verein sich auflösen wird. Aber das scheint mir erst angezeigt, wenn ganz große Veränderungen unserer gesamten politischen und wirtschaftlichen Lage eingetreten sein werden. Für jetzt ist der Verein nötig als Förderer und Verteidiger der begonnenen, aber nicht vollendeten maßvollen sozialen Reformen, die von den herrschenden politischen Parteien (mit Ausnahme des Zentrums und einiger Nationalliberaler und

Fortschrittsleute) eher gehindert als gefördert werden, die auch nicht sowohl von der Gesamtregierung als von dem humanen, gebildeten Teil des höheren Beamtentums unter stetem Kampfe mit dessen bürokratisch-reaktionären und streberhaften Elementen angestrebt werden. Dieser beste Teil des in Deutschland regierenden Beamtentums ist Geist von unserem Geist und muß durch den Verein Ideen, Stoff und Förderung erhalten. Und ebenso erhält unsere ganze Selbstverwaltung, der bessere, edlere Teil unseres Bürger- und Unternehmertums durch uns eine Stütze und Förderung. Endlich erhält das utopische und unvernünftige Element in der Sozialdemokratie ein besseres Gegengewicht durch den Verein für Sozialpolitik, als wenn er verschwände, und unsere radikaleren Mitglieder sich selbständig organisieren oder gar mit der Sozialdemokratie sich verbänden. Sie würden in diesem Lager doch nicht mehr erreichen, als es heute schon die Revisionisten tun.

VII. Vereinsdrucksachen aus letzter Zeit

1. Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses vom 3. März 1933 in Berlin im ehemaligen Herrenhause

Der Vorsitzende eröffnet um 10³/₄ Uhr vormittags die Sitzung und begrüßt die erschienenen Mitglieder.

Anwesend sind die Herren: Bergsträßer, Boese, Briefs, Brinkmann, v. Dietze, Eulenburg, Gerloff, v. Gottl-Ottlilienfeld, Gutmann, Fräulein Leubuscher, Pfirrmann, Plaut, Saenger, Schumacher, Sombart, Wiedenfelf, Wolff.

Vorsitzender: Herr Sombart.

Schriftführer: Herr Boese.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, daß der Vorstand auf Wunsch der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zur Wahl bei der Abteilung „Staatswissenschaften“ für das Fach „Allgemeine Nationalökonomie unter besonderer Berücksichtigung der Soziologie“ vorgeschlagen habe die Herren Briefs, Lederer und Alfred Weber, für das Fach „Allgemeine Nationalökonomie, allgemeine Sozialpolitik und Statistik“ die Herren Spiethoff, Adolf Weber, v. Zwiedineck-Südenhorst, für „Agrar- und Siedlungswesen“ Herrn Sering, für „Gewerbe und gewerbliche Sozialpolitik“ Herrn Wiedenfelf, für „Handel und Verkehr“ Herrn Lotz, für „Finanzwesen“ Herrn Gerloff, im Falle der Errichtung eines besonderen Faches für „Betriebswirtschaft“ Herrn Schmalenbach, im gleichen Falle für „Soziologie“ die Herren Brinkmann, Vierkandt, v. Wiese. Auf Grund eines Antrags Gerloff wird beschlossen, der Verein solle auf Befragen durch die Notgemeinschaft dafür eintreten, daß in der Abteilung „Staatswissenschaften“ der Wahlmodus ebenso eingerichtet werden sollte wie bei den Juristen.

Finanzbericht. Der Schatzmeister, Herr Saenger, entwickelt auf Grund der vorläufig übersehbaren Daten die Auffassung, daß sich die Lage der Finanzen seit der letzten Sitzung in Dresden voraussichtlich ein wenig günstiger gestalten dürfte, weil eine Reihe von Bandteilen der Schriften zunächst wegfallen würde. Es sei hier gleich hinzugefügt, daß

diese Hoffnung des Schatzmeisters sich nach den Mitteilungen der anwesenden Herausgeber zum nachfolgenden Punkte der Tagesordnung wieder verringerte.

Stand der Schriften. Herr Briefs teilt mit, daß für die erste Reihe der von ihm herausgegebenen Serie über „Probleme der sozialen Werkspolitik“ zu der bereits erschienenen Arbeit über das „Dinta“ zwei Arbeiten, die eine über die englisch-amerikanischen, die andere über die deutschen Betriebsmethoden, jetzt vorlägen. In der zweiten Reihe, die die betriebliche Sozialpolitik in einzelnen Industriezweigen behandelt, würde nach der Arbeit über den Ruhrkohlenbergbau an einer weiteren Studie über die deutsche Eisen- und Stahlindustrie und die Stahlbearbeitung gearbeitet, die im Laufe des Sommers fertig vorliegen würde. — Herr Gerloff berichtet, daß in der Schriftenfolge über „Beamtenbesoldung“ ein erster Teil über Deutschland und England bereits im vorigen Jahre erschienen sei. Ein zweiter Teil, der Frankreich und die Vereinigten Staaten behandle, liege teilweise bereits im Manuskript vor. Für den dritten (Schluß-) Teil sei ein Abschluß über eine österreichische Arbeit bereits erzielt, die Verhandlungen über eine italienische Arbeit schwebten noch. — Zu der Reihe von Arbeiten über das „Schlichtungswesen“ berichtet der Schriftenführer auf Grund von Mitteilungen des Herausgebers Bonn, daß nach Lage der Dinge an das Herausbringen des Schlußteils vorläufig nicht gedacht werden könne. — Ein Bericht von Herrn Lederer über die Reihe der „Kartellprobleme“ liegt nicht vor. Nach früheren Berichten sei zu den erschienenen drei Teilen noch ein Teil, enthaltend eine größere Arbeit im Umfange von etwa 5 Bogen von Schams (Wien) und dann ein abschließender Bandteil mit Arbeiten der fünf Herausgeber im Umfange von 8—10 Bogen zu erwarten. — Herr Saitzew hatte zur Schriftenreihe über „Arbeitslosigkeit“ einen schriftlichen Bericht eingesandt, den der Schriftführer vorliest. Zu den bereits erschienenen beiden Teilen werde ein dritter Teil im April 1933, ein vierter Teil Ende Mai erscheinen können. Der Schlußteil, England behandelnd, werde erst im Herbst dieses Jahres fertig vorliegen. — Herr Spiethoff hatte schriftlich berichtet, daß sich der zweite Halbband der Untersuchungen über das „Wertproblem“, enthaltend die Dresdener Erörterungen, bereits im Umbruch befinde und im April erscheinen werde. Die Untersuchungen des Fachausschusses für Theorie über „Theorie und Praxis“ schritten langsam fort, so daß eine Veröffentlichung erst im nächsten Vereinsjahre zu erwarten sei. Mit dem Druck des noch ausstehenden zweiten Teiles der älteren Untersuchung über den „Einfluß der Golderzeugung auf die Preisbildung 1890—1913“ werde vielleicht noch im Laufe des Jahres begonnen werden können. Die Beschlußfassung über den Antrag Bräuer, Untersuchungen des finanzwissen-

schaftlichen Fachausschusses über „Kommunalfinanzen“ zu beginnen, war in Dresden vertagt worden. Da im Hauptausschusse die Meinung geäußert wird, zu diesem Thema sei gegenwärtig kaum Maßgebliches vorzubringen, wird angesichts der Nichtanwesenheit des Antragstellers die Beschlußfassung wiederum vertagt.

Wahlen zum Fachausschusse für Finanzwissenschaft. Infolge der Rücktrittserklärung von Herrn Gerloff vom Vorsitz des Fachausschusses wäre nach der neuen Satzung neben der Wahl eines neuen Vorsitzenden die Wahl von elf weiteren Mitgliedern des Fachausschusses durch den Hauptausschuß vorzunehmen gewesen. Da aber eine Vorschlagsliste dafür noch nicht vorlag, beschränkte sich der Hauptausschuß darauf, zunächst nur Herrn Bräuer zum Vorsitzenden des Fachausschusses zu wählen, die übrigen Mitglieder sollen in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses gewählt werden.

Generalversammlung 1934. Bezüglich des Ortes fordert der Vorsitzende den Schriftführer auf, die Orte zu nennen, aus welchen Einladungen vorliegen. Der Schriftführer nennt darauf Karlsruhe, Saarbrücken, Freiburg i. Br. und Koburg und erwähnt, daß auch von den Propagandabüros der Verkehrsämter Aufforderungen zur Abhaltung einer Tagung eingegangen sind aus Bad Harzburg, Wien, Darmstadt, Heidelberg, Königsberg, Travemünde. Es entspinnt sich nun eine eingehende Erörterung, an der sich die Herren Briefs, Gerloff, Boese, Fräulein Leubuscher, Wiedenfeld, Plaut, v. Dietze, Bergsträßer, Saenger, Schumacher neben dem Vorsitzenden beteiligen. Die Erörterung schließt mit der Wahl von Trier-Saarbrücken zum Tagungsort und der Ermächtigung für den Vorstand, die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen.

Neugestaltung der Vereinstagungen und der Schriftenherausgabe. Zu diesem Punkte der Tagesordnung gibt der Vorsitzende eine ausführliche Darlegung über die vorhandenen Mängel und die Möglichkeiten ihrer Beseitigung. Es ergreifen dazu die Herren Eulenburg, Wiedenfeld, v. Gottl-Ottlilienfeld, Schumacher, Wolff und Saenger das Wort, zum Teil mehrfach. Es wird zuletzt beschlossen, daß ein Rundschreiben mit den Ausführungen des Vorsitzenden an die Mitglieder des Hauptausschusses mit der Bitte um Stellungnahme verschickt und daß auf Grund der eingehenden Äußerungen in der nächsten Hauptausschußsitzung Beschluß gefaßt werden soll¹. Diese nächste Sitzung soll im Herbst dieses Jahres stattfinden.

¹ Angesichts der vielleicht noch nicht abgeschlossenen Veränderungen in den politischen Verhältnissen erscheint es mir rätlich, mit der Versendung meiner Vorschläge zunächst noch zu warten. — Sombart.

Verschiedenes. Herr Plaut regt an, eine neue Art der Mitgliedschaft im Verein einzurichten, die nur zu einer geringen Beitragszahlung verpflichtet, dafür aber auch dem Verein die Gratislieferung der Vereinschriften erläßt. Die Anregung findet beifällige Aufnahme. Über weitere kleine Anregungen von den Herren Pfirrmann und Wolff bezüglich Mitgliederzahl und Vereinsschriften bzw. über eine Erhöhung des Beitrags für korporative Mitglieder wird ein Beschluß nicht gefaßt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und der Vorsitzende schließt um 1³/₄ Uhr mit Dank an die Teilnehmer die Sitzung.

Als Vorsitzender:
Sombart.

Als Schriftführer:
Boese.

2. An die Mitglieder des Hauptausschusses und der Fachausschüsse

Berlin-Grünwald, im Oktober 1933.

Hierdurch beehre ich mich mitzuteilen, daß die Herren Lederer und v. Mises auf mein Ersuchen im Hinblick auf das Gleichschaltungsgesetz ihre Ämter im Vorstand des Vereins bzw. des Fachausschusses für Theorie niedergelegt haben. Herr v. Mises ist aus dem Verein ausgetreten.

Ferner übersende ich Ihnen eine Erinnerungsschrift: „Unterlagen zu einer Aussprache über eine etwaige Neugestaltung des Vereins für Sozialpolitik“, deren Abfassung in der Ausschußsitzung vom 3. März mir aufgetragen war und deren Versendung hinausgeschoben ist, bis sich übersehen ließ, ob die Durchführung der darin gemachten Vorschläge gesichert sei, was jetzt der Fall zu sein scheint.

Der Vorsitzende:
Sombart.

3. Unterlagen zu einer Aussprache über eine etwaige Neugestaltung des Vereins für Sozialpolitik

Berlin-Grünwald, im Oktober 1933.

I. Die Stimmen, daß mit dem Verein für Sozialpolitik „nichts Rechtes mehr los sei“, häufen sich¹. Man wirft ihm vor allem vor, und das ist das Schlimmste, daß er uninteressant, daß er langweilig geworden ist. Ich

¹ Bezog sich auf den Vormärz, gilt aber auch unter den veränderten Verhältnissen. Für dieses ganze Schriftstück ist zu beachten, daß es vor der Umwälzung abgefaßt wurde und durch diese eine kleine Tonveränderung erfährt, ohne am Inhalt Abbruch erleiden zu müssen.

teile im weiten Umfang die kritischen Bedenken. Deshalb hatte ich eine Aussprache über etwaige Reformen auf die Tagesordnung der Hauptausschußsitzung vom 3. März gesetzt. Diese Aussprache hat stattgefunden und hat zu einer weitgehenden Übereinstimmung der Meinungen geführt. Angesichts des kleinen Kreises der Anwesenden wurde jedoch von Beschlüssen abgesehen und die Verhandlung vertagt. Als Grundlage für diese, die in der nächsten Hauptausschußsitzung stattfinden wird, sollen die folgenden Ausführungen dienen, zu denen **baldigst schriftlich** Stellung zu nehmen ich die Ausschußmitglieder bitte.

II. Die Aussprache sollte sich meines Erachtens nicht beziehen: auf die Stellung des Vereins für Sozialpolitik zu anderen ähnlichen Körperschaften. Ein gewiß sehr wichtiges Problem, das schon öfters in unserem Kreise behandelt ist (siehe das Gutachten Jahn von 1922), das aber einer gesonderten Aussprache vorbehalten bleiben muß.

III. Auszugehen hat jede Reform von der Tatsache, daß der Verein für Sozialpolitik ein *mixtum compositum* mit sehr verschiedenen Zwecken und sehr verschiedenen Mitteln ist.

Die Zwecke sind:

1. Vereinigung der nationalökonomischen Fachschaft;
2. Vereinigung zum Kollektiv-Wissenschaftsbetrieb;
3. Vereinigung zur Erörterung praktisch sozial- und wirtschaftspolitischer Probleme.

Die Mittel sind:

1. Schriften-Publikation;
2. Verhandlungen;
3. gesellige Veranstaltungen.

IV. Als die Hauptübelstände im Betrieb erachte ich folgende:

1. Die Verquickung praktisch-politischer und wissenschaftlicher Erörterungen. Dafür bot die Generalversammlung in Dresden besonders deutliche Belege, auf der man zum Beispiel in einem Atem die Richtigkeit der Kompensationstheorie erörterte und fulminante Reden für Völkerverbrüderung hielt.
2. Oft genug falsche Themenwahl für die Generalversammlung, wenn irgendein Verwaltungs- oder Organisationsproblem oder ein wissenschaftliches Thema zum Gegenstand der Verhandlungen gewählt wurde. Diese waren dadurch von vornherein dazu verdammt, langweilig zu sein.
3. Die Zufälligkeit der Debatte in den Generalversammlungen: eine notwendige Folge freier Wortmeldungen.

4. Die Schwerfälligkeit der Diskussionen in den Fachausschüssen, die meist nur eine Wiederholung der Generalversammlung darstellen und in Verlesungen von Denkschriften vom Katheder herab bestehen.
5. Überlastung der Zeit mit Sitzungen, so daß nicht genügend Gelegenheit zu der sehr erwünschten persönlichen Fühlungnahme der Mitglieder blieb.

V. Die Verteilung der Aufgaben des Vereins auf Generalversammlung, Fachausschüsse und freie Zeit denke ich mir wie folgt:

1. Die Vollsitzungen (Generalversammlungen) sollen nur große allgemeine Probleme behandeln, und zwar einerseits in der Form von Vorträgen, andererseits in der Form von Debatten.

Die Vorträge sollten ausschließlich den Zweck einer belangreichen Belehrung verfolgen. Sie sollten nur der Aufklärung und der Bereicherung unseres Wissens dienen. Die Themata könnten beliebig gewählt werden und sowohl historische wie theoretische und politische Probleme behandeln. Voraussetzung müßte ein sehr hohes Niveau sein, so daß jeder Vortrag ein wissenschaftliches Ereignis wäre. Eine Aussprache würde an diese Vorträge sich nicht anschließen.

Die Debatten sollten in einer Aussprache über aktuelle, praktisch-politische Themata von grundsätzlicher Bedeutung bestehen. Solche Themata wären etwa Planwirtschaft, Technokratie, Arbeitertum und ähnliches. Voraussetzung dieser Debatten müßte sein, daß sämtliche Redner vorausbestimmt würden, und daß dafür Sorge getragen würde, daß Vertreter verschiedener Standpunkte zu Worte kämen. Sowohl die Vorträge wie die Debatten müßten in breitester Öffentlichkeit sich abspielen, mit Presse, Gästen usw. Die Debatten sollen wieder „beseelt“ werden, das heißt eine bestimmte Willensrichtung (im Rahmen der nationalsozialistischen Weltanschauung) zum Ausdruck bringen. Deshalb müßten die zusammenfassenden Schlußworte des Vorsitzenden auch wieder eingeführt werden.

2. Die Fachausschüsse sollten Diskussionen im kleinen Kreise dienen, das heißt round-table-Aussprachen mit unmittelbarer Wechselrede und höchstens einem kurzen einleitenden Referat sein. Für die Diskussion müßten diskutabile Themata gewählt werden, das heißt — unter Ausschaltung weltanschaulicher Probleme — solche der Methode, der Theorie oder der praktischen Technik. Bei den Diskussionen der Fachausschüsse müßte strengste Abgeschlossenheit herrschen. Selbstverständlich keine Presse, aber auch keine Gäste!
3. Die freie Zeit müßte ausgedehnt und in weiterem Umfange durch gesellige und andere Zusammenkünfte ausgefüllt werden: Besichtigungen, Ausflüge, Garden-parties, Bierabende usw.

VI. Eine solche Umstellung kann leicht durch einfache Verfügung des Vorstandes erfolgen. Bis auf einen Punkt: die Zahl der Sektionen, der Fachausschüsse, die satzungsgemäß vom Hauptausschuß gewählt werden. Deren Zusammensetzung ist durch die neuen Satzungen in richtiger Weise schon festgelegt, sofern die Mitgliederzahl auf zwölf beschränkt ist. Nur müßte das Kooptationsrecht auch noch, sage auf sechs Personen, beschränkt werden. Dagegen wäre die Zahl der Fachausschüsse zu vermehren. Ich denke etwa an folgende zehn:

1. Theoretischer Ausschuß, besser: Ausschuß für allgemeine Probleme, da ja Theorie auch die anderen Ausschüsse treiben wollen.
2. Finanzausschuß.
3. Ausschuß für „Sozialpolitik“ im engeren Sinne (Lohnarbeiterfragen).
4. Ausschuß für Agrarwesen.
5. Ausschuß für Gewerbewesen.
6. Ausschuß für Handelswesen.
7. Ausschuß für Geld- und Kreditwesen.
8. Ausschuß für Verkehrswesen.
9. Ausschuß für Versicherungswesen.
10. Ausschuß für Weltwirtschaft und Weltpolitik.

VII. Das Schema einer Tagung denke ich mir wie folgt:

Am Vortag: Hauptausschuß, gesellige Zusammenkunft.

Erster Tag: vormittags Eröffnungssitzung mit den Vorträgen
nachmittags sechs Fachausschüsse

Zweiter Tag: vormittags vier Fachausschüsse

nachmittags Bericht der Fachausschüsse

Dritter Tag: vormittags 10—3 Uhr Debatte

nachmittags frei. Ausflug oder Abreise.

Für die nicht
Gebundenen:
Ausflüge, Besichti-
gungen, gesellige
Zusammenkünfte.

VIII. Natürlich würde die Schriften-Publikation, wenn die obigen Gedanken Wirklichkeit werden sollten, eine gründliche Umgestaltung erfahren müssen. Wir können jetzt folgende Arten von Schriften unterscheiden:

1. Vorbereitende Schriften, aus denen bisher im wesentlichen die Publikationen des Vereins bestehen sollen. Es ist nun aber mit Recht schon darauf hingewiesen, daß dieser Gedanke, die Schriften des Vereins sollten als Unterlage für die Verhandlungen dienen, eine Fiktion ist. Es besteht keineswegs in allen Fällen eine Übereinstimmung zwischen dem Inhalt der Schriften-Publikation und der Verhandlungen. Die besten Tagungen sind ohne vorbereitende Schriften veranstaltet, viele dickbändige Untersuchungen sind überhaupt nicht erörtert, und manche vortreffliche Enquete des Vereins hat zu einer

nur belanglosen Debatte geführt und ist sicher in dieser nicht ausgeschöpft. Ich denke an Büchers Handwerker-Enquete, an die Bände über Auslese der Arbeiter, auch an die letzte Arbeitslosenuntersuchung. Die vorbereitenden Schriften können wir also ohne Schaden aufgeben;

2. kämen in Betracht selbständige eigenwertige Untersuchungen. Diese können gelegentlich, falls eine günstige Chance der Materialbeschaffung vorliegt, veranstaltet werden. Bewußt müssen wir uns aber bleiben, daß derartige Untersuchungen privater Körperschaften angesichts der Fülle von amtlichen und halbamtlichen Publikationen heute eine sehr viel geringere Bedeutung haben als in den ersten Jahrzehnten nach der Gründung des Vereins;
3. verbleibt als Hauptart der Schriften, die der Verein herauszubringen hätte, die der berichtenden Schriften, also eine Reihe von Vortragsbänden, in denen die Prunkvorträge der Vereinsmitglieder gesammelt würden, und ferner die Debattenbände, in die auch die nichtgehaltenen Reden der aufgeförderten, aber am Erscheinen verhinderten Teilnehmer Aufnahme finden müßten.

IX. Durch eine derartige Reform, das heißt vor allem Einschränkung der Schriften-Publikation, würden die Finanzen des Vereins eine wesentliche Verbesserung erfahren. Dadurch werden wir in den Stand gesetzt, den viel zu hohen Mitgliedsbeitrag herabzusetzen. Dann noch zur Verfügung stehende Beträge sollten vor allem zur Reiseunterstützung der Referenten, Honorierung der Vortragenden und Herbeiziehung repräsentativer Vertreter des Auslands zu den Generalversammlungen dienen.

Sombart.

4. Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses vom 13. April 1935 in Berlin im Landwehrkasino

Der Vorsitzende eröffnet um 11½ Uhr vormittags die Sitzung und begrüßt die erschienenen Mitglieder.

Anwesend sind die Herren: Boese, Brinkmann, v. Dietze, Eulenburg, Gerloff, Harms, Potthoff, Saenger, Schumacher, Sombart, Vogt.

Vorsitzender: Herr Sombart.

Schriftführer: Herr Boese.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Vorsitzende zunächst in ehrenden Worten des verstorbenen stellvertretenden Vorsitzenden des Vereins, des Herrn Fuchs, und des ebenfalls verstorbenen früheren Schatzmeisters und Ehrenmitglieds des Hauptausschusses, Exzellenz

v. d. Leyen. Die Anwesenden erheben sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Sitzen.

Zu Rechnungsprüfern werden die Herren Prion und v. Dietze gewählt.

Hiernach in die Tagesordnung eintretend, legt der Vorsitzende in Kürze dar, weshalb es notwendig geworden sei, den Versuch zu machen zu einem Beschlusse über das künftige Schicksal des Vereins zu gelangen. An der Tätigkeit des Vereins bis 1933 sei schon Kritik genug geübt worden, und er, der Vorsitzende, habe sich in einer Denkschrift, deren Grundzüge er gleich nach der Dresdener Tagung von 1932 abgefaßt habe, bemüht, Vorschläge zu einer Änderung der Vereinstätigkeit zu machen. Das sei jetzt alles durch die tiefgreifende Umgestaltung des deutschen Lebens überholt. Weder den politischen noch den wissenschaftlichen noch den persönlich-gesellig-beruflichen Aufgaben, deren Erfüllung der Verein sich gewidmet habe, könne dieser unter den obwaltenden Umständen noch gerecht werden, da sie entweder gegenstandslos geworden oder von anderen Organen bereits übernommen seien. Diese Einsicht, zu der der Vorstand gelangt war, sei bestärkt worden durch das Scheitern aller Versuche, an denen dieser es nicht habe fehlen lassen, mit den Behörden oder maßgebenden Persönlichkeiten der NSDAP. Fühlung zu nehmen. So sei er, der Vorstand, nachdem er alle ernstlich in Betracht kommenden Möglichkeiten für eine Aufrechterhaltung oder Umgestaltung des Vereins in eingehenden Überlegungen geprüft habe, zuletzt zu der Überzeugung gelangt, daß nur noch die Möglichkeit offen bleibe, den Verein aufzulösen. Der Hauptausschuß könne freilich satzungsgemäß nicht von sich aus die Auflösung beschließen, welcher Beschluß der Mitgliederversammlung vorbehalten sei, wohl aber könne und müsse der Hauptausschuß die Einberufung der Mitgliederversammlung beschließen und die für sie bestimmte Tagesordnung festsetzen. Der Vorstand beantrage daher, daß der Hauptausschuß die Einberufung der Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung „Auflösung des Vereins unter angemessener Liquidationsfrist“ beschließen möge.

Im Anschluß an eine schriftlich eingegangene Äußerung von Herrn Sering, mit deren Verlesung der Schriftführer beauftragt wird, entspinnt sich eine sehr eingehende und ausgedehnte Aussprache, in der alle Für und Wider sowohl einer Aufrechterhaltung wie einer Umgestaltung und Auflösung des Vereins noch einmal erörtert werden. Hieran beteiligen sich alle anwesenden Herren (Potthoff, Harms, Schumacher, Sombart, Saenger, Gerloff, Brinkmann, Vogt, v. Dietze, Eulenburg, Boese), die überwiegend mehrfach das Wort ergreifen. Die Minderheit, die den Verein in irgendeiner Form aufrechterhalten möchte, ist verhält-

nismäßig stark. Es wird auch die Möglichkeit der Einsetzung eines Unterausschusses erwogen, der noch einmal die Frage der Auflösung oder der Aufrechterhaltung des Vereins nebst allen hierzu möglicherweise dienlichen Wegen prüfen solle. Der Vorstand erklärt jedoch nahezu einstimmig, daß ein solcher Unterausschuß seines Erachtens keine neuen, wirklich gangbaren Wege zur Erhaltung des Vereins mehr finden könne, so daß die Bildung eines solchen Unterausschusses sich erübrige. Diese Auffassung setzt sich dann auch in der Abstimmung mit einer Stimme Mehrheit durch.

Der gefaßte Beschluß des Hauptausschusses geht demnach dahin, daß noch im Laufe des Sommersemesters eine Mitgliederversammlung einberufen werden soll mit der Tagesordnung „Auflösung des Vereins“, in der vom Vorstande die Auflösung beantragt würde. Die Wahl des genaueren Zeitpunktes und des Ortes für die Mitgliederversammlung wird dem Vorstande übertragen.

Hiernach schließt der Vorsitzende unter Dank an die Teilnehmer kurz vor 3 Uhr nachmittags die Sitzung.

Als Vorsitzender:
Sombart.

Als Schriftführer:
Boese.

5. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, dem 30. Juni 1935, pünktlich 11 Uhr vormittags in Berlin im Landwehrkasino

Der Unterzeichnete beehrt sich hierdurch, die Mitglieder des Vereins zu einer Versammlung am Sonntag, dem 30. Juni 1935, pünktlich 11 Uhr vormittags in Berlin im Landwehrkasino, Berlin-Charlottenburg 2, Jebensstraße 2, ergebenst einzuladen.

Tagesordnung: Zukunft des Vereins.

Zur Beschlußfassung wird beantragt:

1. Vom Vorstand:

I. Der Verein für Sozialpolitik wird aufgelöst.

II. Die Herren Sombart, Boese und Saenger werden beauftragt, den Verein zu liquidieren und das nach Abwicklung der zur Zeit noch schwebenden Aufgaben verbleibende Vermögen des Vereins der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft e. V., Berlin, nach Maßgabe der Ziffer III dieses Beschlusses zu überweisen.

III. Das Vermögen des Vereins ist der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft e. V., Berlin, zu überweisen. Es soll von der Gesellschaft ge-

sondert von deren übrigen Vermögen verwaltet werden. Dieser Sonderfonds soll im Sinne der bisherigen Aufgaben des Vereins für Sozialpolitik der Aufklärung sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Probleme dienen, insbesondere sollen zu diesem Behuf Reisestipendien zu wissenschaftlichen Forschungen gewährt werden.

2. Von den Herren Sering, v. Dietze und Gen.:

I. Der Verein bleibt bestehen.

II. Der nach der bisherigen Satzung vom Hauptausschuß zu wählende Vorstand hat einen Ausschuß einzusetzen, welcher eine neue Satzung ausarbeiten soll. Diese wird dann einer neuen Mitgliederversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Der Vorsitzende:
Sombart.

Berlin-Grünwald, den 1. Juni 1935.
Humboldtstraße 35 a.

6. Protokoll der Mitgliedsversammlung und der Sitzung des Hauptausschusses vom 30. Juni 1935 in Berlin im Landwehrkasino

Der Vorsitzende eröffnet um 11¹/₄ Uhr vormittags die Sitzung und begrüßt die erschienenen Mitglieder.

Anwesend sind die Herren: Albrecht, Boese, Bosenick, Böttger, v. Dietze, Egner, Eulenburg, Hasenkamp, Jecht, Koch, Leitner, Passow, Prion, Potthoff, Saenger, Schumacher, Sering, Sombart, Zimmermann.

Vorsitzende: Herr Sombart, später Herr v. Dietze.
Schriftführer: Herr Boese.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende dem Schatzmeister, Herrn Saenger, das Wort zu einem Geschäftsbericht. Aus diesem ergibt sich, daß im Vereinsjahre 1933/34 noch 577 Mitglieder vorhanden waren, im Jahre 1934/35 nur noch rund 400. Dementsprechend sind die Eingänge an Beiträgen zurückgegangen. Infolge der Einschränkung der Schriftenausgabe haben sich aber auch die Ausgaben vermindert, so daß ein gewisser Reservefonds verblieben ist. Die Herren Prion und v. Dietze haben die Rechnungsabschlüsse für die beiden genannten Vereinsjahre geprüft und in Ordnung befunden, worüber Herr Prion berichtet. Die von ihm für die Geschäftsjahre 1933/34 und 1934/35 beantragte Entlastung des Schatzmeisters wird von der Versammlung erteilt.

Der Vorsitzende stellt dann die ersten Absätze der beiden an die Versammlung gerichteten Anträge zur Erörterung und begründet den Antrag des Vorstandes auf Auflösung des Vereins. Hierauf erteilt er Herrn

v. Dietze das Wort zur Begründung des anderen Antrags, der auf das Bestehenbleiben des Vereins gerichtet ist. An der Erörterung über die beiden Anträge beteiligen sich die Herren Koch, Potthoff, Jecht und Prion. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Auflösungsantrags und die Annahme des Antrags auf Bestehenbleiben des Vereins mit 15 gegen 4 Stimmen.

Daraufhin beruft der Vorsitzende eine Sitzung des Hauptausschusses aus dessen anwesenden Mitgliedern zu einer Neuwahl des Vorstandes ein.

Sitzung des Hauptausschusses.

Auf die Bitte des Vorsitzenden, der erklärt, eine Wiederwahl nicht annehmen zu wollen, macht Herr Schumacher mit Begründung Vorschläge zur Neuwahl des Vorstandes, die ohne Erörterung angenommen werden. Es sind demnach gewählt: Herr v. Dietze zum Vorsitzenden, Herr v. Zwiedineck-Südenhorst zum stellvertretenden Vorsitzenden, Herr Prion zum Schatzmeister, Herr Boese zum Schriftführer. Die Anwesenden nehmen die Wahl an, von Herrn v. Zwiedineck liegt ein telegraphisches Einverständnis vor.

Daraufhin übergibt Herr Sombart die weitere Leitung der Sitzung des Hauptausschusses und der Mitgliederversammlung an Herrn v. Dietze.

Der neue Vorsitzende spricht zunächst unter allgemeinem Beifall den Dank des Vereins an Herrn Sombart für seine Leitung des Vereins seit 1932 aus. Für die übrigen Stellen im Vorstände, dessen Mitgliederzahl durch die Satzung insgesamt auf höchstens zwölf begrenzt ist, schlägt der Vorsitzende die Herren Hesse, Lehnich, Schumacher, Teschemacher, Albrecht und Brinkmann vor. Der Hauptausschuß stimmt diesen Vorschlägen zu und ermächtigt den Vorsitzenden, noch weitere Herren bis zur Höchstzahl von zwölf zu berufen, sowie einen Ausschuß zur Abfassung einer neuen Satzung nach bestem Ermessen zusammenzusetzen. Alsdann eröffnet der Vorsitzende die

Fortsetzung der Mitgliederversammlung.

Dem Vorschlage des Vorsitzenden, im laufenden Vereinsjahre 1935/36 keine Mitgliedsbeiträge zu erheben, sondern die notwendigen Ausgaben aus dem Reservefonds zu bestreiten, stimmt die Versammlung zu. Diejenigen Vereinsmitglieder, die den Beitrag des Jahres 1934/35 bezahlt haben, werden, sofern sie nicht ihren Austritt erklärt haben, bis auf weiteres als Vereinsmitglieder betrachtet. Der Vorsitzende betont, daß die Möglichkeit eines solchen Verfahrens der Umsicht und Sorgfalt des auf seinen Wunsch ebenfalls aus dem Vorstände ausscheidenden Schatz-

meisters, Herrn Saengers, zu verdanken sei und spricht ihm unter lebhaftem Beifall den Dank des Vereins für seine lange und opfervolle Amtstätigkeit seit 1925 aus.

Des weiteren erklärt sich die Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorsitzenden mit einer Aussetzung der Wahlen zum Hauptausschuß bis zum Vorliegen der neuen Satzung, mit der Ermächtigung des Vorsitzenden zur Festsetzung der Zeit und des Ortes für die nächste Mitgliederversammlung und mit dem vorläufigen Absehen von den durch die geltende Satzung vorgeschriebenen wissenschaftlichen Tagungen einverstanden.

Da Wünsche zur Erörterung weiterer Fragen nicht geäußert werden, schließt der Vorsitzende gegen 12½ Uhr unter Dank an die Teilnehmer für ihr Erscheinen und das geschenkte Vertrauen die Sitzung.

Als Vorsitzende:	Als Schriftführer:
Sombart. v. Dietze.	Boese.

7. Um den Fortbestand des Vereins für Sozialpolitik. Aus der Mitgliederversammlung am 30. Juni 1935

Vorsitzender Sombart:

Weswegen wir Sie heute zusammengebeten haben, ist Ihnen bekannt. Da es sich im wesentlichen um die Frage handelt, ob der Verein weiterbestehen soll oder nicht, so war satzungsgemäß eine vorherige vierwöchige Einberufung notwendig. Ich konstatiere, daß diese erfolgt ist.

Es liegen nun, wie Sie aus der Tagesordnung ersehen, zwei Anträge vor, einer vom Vorstand, einer von den Herren Sering, v. Dietze und Genossen, von denen jeder in zwei Teile zerfällt. Die zweiten Teile beider Anträge werden erst aktuell, wenn über den ersten Teil des betreffenden Antrags abgestimmt worden ist. Die ersten Teile der beiden Anträge bilden sachlich eine Einheit; ich werde sie deshalb zusammen zur Beratung und Abstimmung stellen.

Der Vorstand schlägt Ihnen vor, den Verein aufzulösen. Ich muß diesen Standpunkt des Vorstands kurz begründen. Dazu wird es notwendig sein, daß wir uns den Zustand in die Erinnerung zurückrufen, in dem sich der Verein in seinen letzten Jahren befunden hat. Diese Erinnerung ist deshalb notwendig, weil in den Köpfen mancher Mitglieder, namentlich der älteren, eine Vorstellung von dem Verein besteht, die mit der Wirklichkeit ganz und gar nichts zu tun hat. Für sie erscheint der Verein als ein lebenskräftiger Jüngling in der Blüte seiner Jahre, dem das Leben noch offensteht und den wir Rohlinge ermorden, abschlachten wollen, ehe seine Mission erfüllt ist. In Wirklichkeit ist der Verein für Sozialpolitik ein alter kranker Mann, der schon lange hätte sterben müssen. Ein Teil der Mitglieder war der Meinung, daß 1922 dieser Moment gekommen war, als er sein 50jähriges Jubiläum feierte. Er ist aber trotzdem noch am Leben geblieben, und ich habe mich, als ich den Vorsitz übernahm, nach der furchtbaren Katastrophe von Dresden sogar der Mühe unterzogen, einen Reformplan aufzustellen, um eine Art Verjüngungsversuch an diesem alten Herrn zu unternehmen. Die Reformgedanken, die ich damals

entwickelt habe, sind in einer Denkschrift niedergelegt, die jedenfalls die Ausschußmitglieder kennen. Ich habe auch im Ausschuß damals diese Gedanken entwickelt. Sie liefen darauf hinaus: 1. Die völlig veraltete Herausgabe endloser Schriften wird eingestellt, also die ganze Publikationstätigkeit des Vereins, die damals schon nicht mehr mit der Zeit in Einklang stand, nachdem in den letzten 30, 40 Jahren so unendlich viele Organe geschaffen worden sind, um über den Stand der Dinge zu berichten. 2. Es soll die Stellungnahme objektiv verschieden eingestellter Personen zu brennenden Tagesfragen im Verein und den großen Versammlungen des Vereins gewährleistet sein. Das heißt, ich wollte Garantien schaffen, daß sich Ereignisse wie die von Dresden nicht wiederholen. Wir wollen uns nicht verhehlen, daß der Verein schon in seinen letzten Generalversammlungen mehr und mehr von dem alten Standpunkt seiner Mannesjahre — vorher, als er gegründet wurde, hatte er ganz andere Tendenzen, ich will darauf nicht eingehen —, zu einer Plattform der öffentlichen Diskussion zu werden, abgekommen war und daß seine Generalversammlungen mehr und mehr Parteikundgebungen geworden waren. Ich erinnere mich noch der Stuttgarter Versammlung, wo ich wagte, gegen die Klassenkämpfe Bedenken zu äußern, und ich erinnere mich vor allem der Dresdener Tagung, die zu einer rein liberalistisch-sozialdemokratischen Parteikundgebung ausartete. Nach meinen Reformgedanken sollten diese Möglichkeiten der Entgleisung verhütet werden. 3. Ich wollte versuchen, die wissenschaftliche sogenannte theoretische Diskussion dadurch lebendig zu machen, daß ich sie in kleine Sektionen verteilte, die in round-table-Aussprachen sich über die verschiedenen Probleme äußerten, während bis dahin diese theoretischen Ausschüsse ein seltsames Zwitterding zwischen öffentlicher Versammlung und wissenschaftlichem Diskutierklub gewesen waren. Diese Reformgedanken sind wie gesagt im Ausschuß besprochen worden; zu einer weiteren Beschlußfassung ist es aber nicht gelangt.

So lagen die Dinge, als die Erneuerung des Reiches kam. Der engere Vorstand hat daraufhin Fühlung mit maßgebenden Stellen der Regierung, auch der Partei zu nehmen versucht, um unsere Dienste dem Allgemeinwohl zur Verfügung zu stellen. Wir sind aber bei diesen Bestrebungen von Erfolg nicht gekrönt gewesen. Wir merkten sehr bald, daß das Interesse der maßgebenden Kreise an dem Verein für Sozialpolitik ein außerordentlich geringes war.

Mittlerweile sind nun Ereignisse eingetreten, die die Chancen des Fortbestehens des Vereins in irgendwelcher Form noch weiter verschlechtert haben. Diese Ereignisse liegen darin, daß amtliche und halbamtliche Organisationen einen großen Teil der Aufgaben übernommen haben, die dem Verein für Sozialpolitik etwa obliegen konnten. Wenn jemand der Meinung sein sollte, daß eine Aufgabe gerade vom Verein weiter oder gerade erst jetzt erfüllt werden könnte — sie bildet auch noch einen Teil meines Reformprogramms —, nämlich die Aufgabe, eine öffentliche Diskussion von weltanschaulich verschiedenen Standpunkten über brennende Tagesfragen zu ermöglichen, so möchte ich dem Betreffenden sagen, daß er über den Geist der Zeit nicht im Bilde ist. Diese Art von Diskussion ist vorüber. Nicht mehr die Diskussion, sondern die Dezision beherrscht die Lage. Die Bildung des politischen Willens erfolgt grundsätzlich heute auf einem anderen Weg, nicht mehr auf dem Umweg einer Beeinflussung der öffentlichen Meinung, sondern auf dem direkten Weg nach dem Führerprinzip. Das ist eine Tatsache, die man verschieden be-

werten mag — ich für meine Person sage: Gott sei Dank, daß es so gekommen ist! —, mit der wir aber rechnen müssen.

Unter diesen Umständen sind die Möglichkeiten, die sich dem Verein für seine Existenz oder Nichtexistenz bieten, die folgenden: Entweder er vegetiert dahin, das heißt, fristet ein Dasein ohne wesentliche Lebenskraft, was vielleicht seinem Wesen am meisten entsprechen würde (Heiterkeit), oder anders ausgedrückt: er macht sich so klein und so belanglos, daß man sich um ihn nicht kümmert. Wenn er aber die Kraft in sich finden sollte, zu einer wirklich bedeutsamen Lebensäußerung zu gelangen, so kann er das nur als eine frondierende Vereinigung. Dann wird ihn sehr bald der Tod von fremder Hand ereilen. Die dritte Möglichkeit ist die, daß er freiwillig aus dem Leben scheidet, im Bewußtsein, sein Leben gelebt, seine Aufgaben, die sehr oft der Größe nicht entbehrten, erfüllt zu haben. Wenn wir Ihnen vom Vorstand aus die Auflösung des Vereins empfehlen, so glauben wir damit am besten im Sinne des Vereins und seiner zum Teil großen Traditionen zu handeln.

Ich werde nunmehr das Wort zunächst einem der Herren erteilen, die gewillt sind, den gegnerischen Antrag auf Beibehaltung des Vereins zu begründen.

v. Dietze: Ich glaube, daß in der Beurteilung der Vergangenheit des Vereins, ihrer Größe und ihrer Schwächen keine wesentliche Meinungsverschiedenheit hier besteht. Die Unterschiede ergeben sich erst da, wo es darum geht, jetzt die Möglichkeiten für die Zukunft aufzuzeigen und abzuschätzen. Daß der Verein nicht eine frondierende Stelle werden soll und kann, liegt völlig im Sinne derjenigen, welche den Antrag auf Fortbestehen des Vereins gestellt haben. Ob er sich so klein machen soll, daß er zu einer quantité négligeable im politischen Sinne wird, das ist eine Frage, die der Erörterung fähig ist, aber, wie ich glaube, eine Frage, die im Augenblick noch nicht brennend ist.

Bei dem Überblick, der anlässlich des 60jährigen Bestehens des Vereins von unserem verehrten Vorsitzenden in Dresden gegeben wurde, wurde ausgeführt, wie der Verein ursprünglich entstanden ist mit der Betonung eines sittlichen Pathos, wie dann aus der politischen Entwicklung in der Arbeiterfrage sich das Bestreben entwickelt hat, ein neutrales Forum der Diskussion abzugeben, ein Forum, auf dem sich die Meinungen klären könnten, um leitende Gesichtspunkte für eine dem Gesamtwohl dienende Politik zu geben, wie gleichzeitig mit Recht die ganze Sozialpolitik im Sinne einer allgemeinen Gesellschaftspolitik aufgefaßt wurde. Es wurde weiter auseinandergesetzt, daß namentlich in der Nachkriegszeit eine neue Auffassung zur Geltung gekommen war, welche die staatspolitische und die nationalwirtschaftliche Gebundenheit und damit auch die außenpolitische Gebundenheit aller Sozialpolitik erkannte, welche den Neubau der nationalen Gemeinschaft als Zentralproblem aller Sozialpolitik in den Mittelpunkt rückte, und es wurde daraus die Folgerung gezogen, daß der Verein es verstanden habe, mit dem Wandel der sozialen Problematik Schritt zu halten, und daß er diesen Kurs auch in Zukunft steuern könne.

Nun haben sich seit 1932 ja die Dinge — und auch ich sage: glücklicherweise — geändert. Es fragt sich, ob unter diesen Verhältnissen die Möglichkeit noch besteht, daß der Verein mit dem Wandel der sozialen Problematik Schritt hält, und daß er in Anknüpfung an das Große seiner Vergangenheit nun dem heutigen Reiche, wie es unser Bemühen ist, wertvolle und — wie ich meine — unersetzliche Dienste zu leisten vermag. Der Verein beschränkt

sich ja nicht auf Mitglieder aus den staatlich abgesteckten Grenzen des Deutschen Reiches. Er zählt Deutsche außerhalb dieser Grenzen zu seinen Mitgliedern. Er hat darüber hinaus auch bei den Angehörigen fremder Nationen einen Namen, eine Stellung sich geschaffen, und wir halten es für einen schweren Verlust nicht in erster Linie im Sinne des Vereins, sondern in erster Linie im Sinne einer nationalen Politik, im Sinne auch des heutigen Reiches, wenn die Möglichkeit des Wirkens in dieser Hinsicht preisgegeben werden sollte.

Wir halten es weiter für erforderlich und auch für möglich — und wir haben in dieser Hinsicht auch gewisse Klärungsversuche unternommen —, daß der Verein gerade bei den veränderten Wegen, auf denen die politischen Entscheidungen zustande kommen, noch etwas leisten und wirken kann. Daß der Verein auf diese Entscheidungen unter Beeinflussung der öffentlichen Meinung einzuwirken versuche, kommt selbstverständlich nicht mehr in Frage. Um so dringender scheint es uns notwendig zu sein, daß die maßgebenden Persönlichkeiten die Möglichkeit haben, auf eine Klärung der Meinungsbildung zurückzugreifen, eine Klärung, die unter dem Ziele des Gesamtwohls und in völliger Wahrhaftigkeit erfolgt. Wenn uns diese Möglichkeit nicht gegeben werden sollte — was ich meine nicht annehmen zu brauchen —, dann können wir es nicht hindern; aber wir glauben, es nicht verantworten zu können, daß wir selbst diese Möglichkeit von vornherein abschneiden, sie als nicht gegeben bezeichnen. Wir weichen von der Auffassung des Vorstandes, wie sie uns eben dargelegt worden ist, ab, hinsichtlich der Beurteilung der Möglichkeiten, die bestehen. Wir bitten deshalb, dem Antrag zuzustimmen, daß der Verein bestehenbleiben soll.

Ich möchte mich so, wie es der Herr Vorsitzende getan hat, auf eine kurze Darlegung beschränken, zumal ja ein großer Teil der Anwesenden an der Sitzung des Hauptausschusses im April teilgenommen hat, in der ausgiebig die Meinungen für und wider dargelegt worden sind, ohne doch eine wesentliche Fortbildung über diese grundsätzlichen und entscheidenden Fragen hinaus zu entwickeln. —

Nach Neuwahl des Vorstandes in der anschließenden Hauptausschußsitzung sprach v. Dietze (den Vorsitz übernehmend): Sie werden verstehen, daß ich den Vorsitz im Verein für Sozialpolitik nicht leichten Herzens übernehme, gewiß mit herzlichem Dank für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Ich tue es in dem ernstesten Bewußtsein, einer gerade für unser Land wichtigen Aufgabe zu dienen und dienen zu müssen, in der klaren Erkenntnis der großen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind. Daran knüpft sich die Bitte, bei dem ausgesprochenen Vertrauen zu bleiben und damit auch die Wege für die Überwindung der gekennzeichneten Schwierigkeiten zu erleichtern.

Meine erste Aufgabe ist, Herrn Geheimrat Sombart im Namen des Vereins für das, was er für ihn getan hat, zu danken. Ich habe vorhin bereits in den Ausführungen, die ich zur Begründung des Antrags auf Fortbestehen des Vereins machte, auf Gedankengänge von Sombart mich stützen können. Ich möchte ferner an Ausführungen von ihm erinnern, die mir deutlich im Gedächtnis geblieben sind. Aus der viel genannten und viel beklagten Dresdener Tagung möchte ich gerade diese Ausführungen als einen auch heute bedeutungsvollen Lichtblick der Vergessenheit entreißen. In der Tischrede bei dem Essen, das damals im Dresdener Rathaus stattfand, führte Herr Sombart aus, daß der Verein für Sozialpolitik auch die Aufgabe habe, eine Gemein-

schaft zu bilden, eine Machtzelle, nicht im Sinne eines Frondierens, nicht um eine eigene Vereinsmacht zu entfalten, sondern um dem Staat, dem Reich die Möglichkeit zu bieten, wieder Macht zu bilden. Er stellte damals den Verein und seine Aufgabe in eine deutliche Parallele etwa zu dem, was an anderer Stelle mit anderen Zielsetzungen die Reichswehr oder ähnliche Einrichtungen für den Staat zu geben hätten. Wenn wir uns nun in der Beurteilung der Möglichkeiten, solche Gedanken und Ziele jetzt zu verwirklichen, heute getrennt haben, so bedeutet das nicht, daß wir deshalb auf das Sombartsche Gedankengut, das in der Tätigkeit für den Verein seinen Ausdruck gefunden hat, verzichten wollen. Im Gegenteil, wir glauben, daß der Verein, der es in der Vergangenheit verstanden hat, mit dem Wandel der sozialen Problematik Schritt zu halten, noch heute berechtigt und verpflichtet ist, diesen Kurs weiterzusteuern. Wir wissen, daß dazu ein sehr starker Einsatz notwendig ist, und ich darf für meine Person die Bereitwilligkeit zur Leistung eines solchen Einsatzes aussprechen.

9. An die Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik

Auf Grund der mir vom Hauptausschuß am 30. Juni 1935 erteilten Ermächtigung habe ich den Ausschuß zur Abfassung einer neuen Satzung aus den in Berlin ansässigen Vorstandsmitgliedern gebildet und den Vorstand auf die Höchstzahl von zwölf Mitgliedern ergänzt.

Neu eingetreten in den Vorstand sind die Herren Major Dr. Kurt Hesse und Reichsbankdirektor Dr. Nordhoff.

Der ausgearbeitete Satzungsentwurf liegt bei.

Nach ausgedehnten Verhandlungen mit den hierfür in Betracht kommenden Stellen kann ich nunmehr, gemäß der mir in der Mitgliederversammlung vom 30. Juni 1935 erteilten Ermächtigung, zur nächsten Mitgliederversammlung einladen.

Der Vorsitzende
v. Dietze.

Potsdam, den 20. März 1936.

10. Entwurf einer Satzung des Vereins für Sozialpolitik

§ 1. Der Verein für Sozialpolitik bezweckt die Erörterung und Klärung sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Probleme in Wort und Schrift. Die Einnahmen des Vereins sind ausschließlich zu diesem Zweck zu verwenden. Der Sitz des Vereins ist Berlin.

§ 2. Die Aufnahme in den Verein erfolgt durch den Vorstand.

Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, schriftliche Austrittserklärung, Kündigung, die nur mit vierteljährlicher Frist zum Ende des Geschäftsjahres zulässig ist, und durch Ausschließung. Die Ausschließung ist nur zulässig, wenn das Mitglied mit der Zahlung der Beiträge länger als ein Jahr im Rückstande ist oder wenn ein Mitglied durch sein Verhalten den Vereinszweck gefährdet. Die Ausschließung erfolgt durch Beschluß des Vorstandes.

Die Mitglieder erhalten die Veröffentlichungen des Vereins unentgeltlich.

§ 3. Die Haftung der Mitglieder des Vereins für Vereinsschulden beschränkt sich auf das Vereinsvermögen.

§ 4. Organe des Vereins sind:

1. die Mitgliederversammlung,
2. der Vorstand.

§ 5. Die Mitgliederversammlung besteht aus den Mitgliedern des Vereins. Sie tritt in der Regel alle zwei Jahre zusammen und ist vom Vereinsvorsitzenden unter Übersendung der Tagesordnung einzuberufen, möglichst mit einer Frist von vier Wochen. Der Beschlußfassung der Mitgliederversammlung unterliegen die Wahl des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden, die Festsetzung des Mitgliedsbeitrages, die Genehmigung des Geschäftsberichts, Abänderung der Satzung und die Auflösung des Vereins.

Für Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist erforderlich, daß mehr als die Hälfte der erschienenen Mitglieder zustimmt. Erhält bei Vorstandswahlen (§ 6. 1) kein Wahlvorschlag die Mehrheit der Stimmen, so ist eine zweite Wahl vorzunehmen; bei ihr ist gewählt, wer die meisten der von den erschienenen Mitgliedern abgegebenen Stimmen erhält.

§ 6. Den Vorstand bilden:

1. der Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden; sie werden bei jeder ordentlichen Mitgliederversammlung neu gewählt;
2. höchstens zehn weitere Mitglieder; sie werden auf Vorschlag der zu 1 genannten Mitglieder des Vorstandes durch den Vorsitzenden berufen.

§ 7. Der Vorstand ist befugt, einen Beirat von höchstens 30 Mitgliedern zu bilden. Dieser ist in wichtigen Angelegenheiten zu hören.

§ 8. Der Vorstand leitet den Verein. Er bestimmt je ein Vorstandsmitglied zum Schriftführer und zum Schatzmeister. Die regelmäßigen Geschäfte führen der Vorsitzende, der Schriftführer und der Schatzmeister innerhalb ihrer Zuständigkeit. Der Schatzmeister hat nach Schluß jedes Geschäftsjahres einen Kassenabschluß vorzulegen. Die Kasse und der Rechnungsabschluß sind durch zwei vom Beirat — solange kein Beirat gebildet ist, von der Mitgliederversammlung — gewählte Mitglieder zu prüfen.

§ 9. Zur Vertretung des Vereins bei der Abgabe von Willenserklärungen und in Prozessen ist die Mitwirkung des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters und eines zweiten Vorstandsmitgliedes erforderlich und ausreichend.

§ 10. Das Geschäftsjahr des Vereins läuft vom 1. April jedes Jahres bis zum 31. März des darauffolgenden.

§ 11. Für die Durchführung besonderer Arbeiten oder die dauernde Pflege besonderer wissenschaftlicher Gebiete kann der Vorstand Ausschüsse bilden.

§ 12. Der Verein veranstaltet in der Regel alle zwei Jahre im Anschluß an die Mitgliederversammlung wissenschaftliche Tagungen.

Die Leitung der wissenschaftlichen Tagungen ist durch Beschluß des Vorstandes zu regeln.

§ 13. In allen Versammlungen des Vereins und seiner Organe wird nur über Vereinsangelegenheiten, nicht über Thesen wissenschaftlichen oder politischen Inhalts Beschluß gefaßt. Alle Anträge in der Mitgliederversammlung, mit Ausnahme von Anträgen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich zu stellen.

§ 14. Der von der Mitgliederversammlung festgesetzte Beitrag ist innerhalb von vier Wochen nach Zahlungsaufforderung an den Schatzmeister zu entrichten, widrigenfalls er durch Postauftrag eingezogen wird.

§ 15. Abänderungen dieser Satzung können von der Mitgliederversammlung nur auf schriftlichen, dem Vorsitzenden oder Schriftführer vier Wochen vor dem Zusammentreten der Versammlung übergebenen Antrag, der von mindestens 20 Mitgliedern unterschrieben sein muß, beschlossen werden. Der Antrag ist allen Mitgliedern mindestens acht Tage vor der Versammlung bekannt zu machen.

§ 16. Die Bestimmungen des § 15 gelten auch für Anträge auf Auflösung des Vereins. Im Falle der Auflösung ist durch Beschluß der Mitgliederversammlung das Vermögen des Vereins einem gemeinnützigen Verein zu überweisen, der ähnliche Zwecke verfolgt.

11. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 25. April 1936 in Berlin im Staatswissenschaftlichen Seminar der Universität

Der Vorsitzende eröffnet um 16¹/₄ Uhr die Sitzung und begrüßt die erschienenen Mitglieder.

Anwesend sind die Herren: Albrecht, Boese, Böttger, Bohnstedt, Brinkmann, v. Dietze, Fräulein Gaebel, Gehlhoff, Hamm, Heberle, Hesse, v. Keller, Lehnich, Mitscherlich, Prion, Saenger, Scheuffler, Schumacher, Seraphim, Sering, Vogt, Weigmann, Zimmermann.

Vorsitzender: Herr v. Dietze.

Schriftführer: Herr Boese.

Der Vorsitzende bedauert, daß es leider nicht mehr möglich sei, die in der Einladung zur heutigen Sitzung vorgesehene Tagesordnung zur Verhandlung zu stellen. Als am 9. März im Vorstande der Beschluß zur Abhaltung der heutigen Versammlung mit der vorliegenden Tagesordnung gefaßt wurde, hätten die Dinge noch anders gelegen. Damals hätten die monatelangen Verhandlungen mit den Ministerien und sonstigen maßgebenden Stellen zu der Erwartung berechtigt, der Verein würde für sein Weiterwirken etwa eine Stellung einnehmen können, wie sie der Deutschen Akademie in München im September 1933 durch den Stellvertreter des Führers mit folgendem Schreiben zugebilligt wurde:

„Ebenso wie die NSDAP. legt auch die Reichsregierung Wert darauf, daß die völlige Unabhängigkeit der Deutschen Akademie von der Partei und der Staatsregierung aufrechterhalten bleibt.“

Der Vorsitzende betont, daß gerade in einer solchen Stellung der Verein aus innerem Pflichtgefühl selbstverständlich in Fühlung mit allen maßgeblichen Stellen hätte bleiben müssen; der Vorstand habe es indessen als eine Voraussetzung für die Erfüllung des im Vorjahre übernommenen Auftrages angesehen, daß dem Verein eine solche Unabhängigkeit gewahrt würde. Sie sei für das Wirken des Vereins angesichts seiner ausländischen, namentlich österreichischen und schweizerischen Mitglieder unentbehrlich. Leider aber hätten sich die nach dem Gange der Verhandlungen berechtigten Hoffnungen auf ein solches Ergebnis im letzten Augenblicke nicht erfüllt. Vom Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung sei mit Datum vom 20. April ein Schreiben an den Vorsitzenden eingegangen. Darin wird zwar die Auffassung ausgesprochen, daß der Verein auch im heutigen Deutschland eine für die Belange der Allgemeinheit förderliche Tätigkeit entfalten könne¹. Doch wird unter anderem für erforderlich gehalten, in der Satzung Bestimmungen aufzunehmen, wonach die Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters, die Tagesordnung jeder Mitgliederversammlung und etwaige Satzungsänderungen der Bestätigung durch den Reichserziehungsminister bedürfen und Beschlüsse des Vorstandes vom Vorsitzenden oder, bei seiner Behinderung, von seinem Stellvertreter allein gefaßt werden.

Außerdem habe der Gauwirtschaftsberater der NSDAP., Gauleitung Groß-Berlin, mit Datum vom 21. April in einem längeren Briefe abschließend das Folgende geschrieben:

„Um die bisherigen ergebnislosen Verhandlungen zu beenden, habe ich mich, nachdem der Reichsleiter Rosenberg der Überführung des Vereins in

¹ In einem späteren Schreiben (vom 5. Mai) ist dem Vorsitzenden mitgeteilt worden, daß der Minister diese grundsätzliche Zustimmung nicht mehr aufrechterhalte und den Vorschlägen des Gauwirtschaftsberaters vom 21. April zustimme.

eine unter nationalsozialistischer Führung stehende wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft grundsätzlich zugestimmt hat, von der Hochschulkommission der NSDAP. und der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. bevollmächtigen lassen, Ihnen folgenden Vorschlag zu unterbreiten, dessen Beantwortung ich bis Donnerstag nachmittag 18 Uhr erwarte:

1. In Würdigung der alten Tradition des Vereins für Sozialpolitik ist die Partei mit dem Fortbestehen des Vereins einverstanden, wenn eine lebendige Fortführung seiner Arbeiten im nationalsozialistischen Sinne gewährleistet ist.

2. Die damit notwendig werdende Umstellung und Verjüngung des Vereins ist nur möglich, wenn nationalsozialistische Dozenten und Wirtschaftler in den Verein eintreten. Die Partei kann aber ihren Anhängern nur nahelegen, dem Verein beizutreten, wenn der Verein zweifelsfrei unter nationalsozialistische Führung tritt. In dem erwähnten Schreiben vom 2. April habe ich Ihnen Herrn Professor Wiskemann als Vorsitzenden, der der Partei genehm ist, genannt. Da Herr Professor Wiskemann infolge seiner schweren Kriegsverletzung sich nicht in der Lage glaubt, das verantwortungsvolle Amt zu übernehmen, schlage ich Ihnen namens der erwähnten Stellen Herrn Professor Bräuer, Leipzig, für das Amt des Vorsitzenden des Vereins für Sozialpolitik vor.

3. Zum Wiederaufbau und Ausbau des Vereins muß sichergestellt werden, daß die Aufnahme in den Verein durch den Vorsitzenden erfolgt, daß der Vorsitzende allein den Verein leitet. Der Vorsitzende ist Vorstand im Sinne des BGB. Er beruft seine Stellvertreter. Er hat bis zum 31. März 1937 außerordentliche Vollmachten und kann alle Maßnahmen zum Wiederaufbau und Ausbau des Vereins treffen. Die entgegenstehenden Bestimmungen der Satzung des Vereins vom 24. September 1930 müssen für diese Zeit außer Kraft treten.

4. Um zum Ausdruck zu bringen, daß die neue Führung des Vereins den Geist echter Wissenschaft pflegt und pflegen soll, schlage ich den auf dem Gebiete der Sozialpolitik führenden Gelehrten der älteren Generation, Geheimrat v. Zwiedineck-Südenhorst, als Ehrenvorsitzenden vor.

5. Der jetzige Vorstand wird diesen Vorschlag der NSDAP. auch sich zu eigen machen und der Mitgliederversammlung am 25. April 1936 unterbreiten.

Es besteht für mich kein Zweifel, daß einem solchen Vorschlag entsprochen werden wird.“

Die vorstehenden Vorschläge sind nach telephonischer Mitteilung unänderlich. Sie machen nach der Überzeugung des Vorsitzenden eine Fortführung des Vereins im Sinne des Beschlusses der Mitgliederversammlung vom 30. Juni vorigen Jahres unmöglich. Auf Grund der am Vormittag vorangegangenen Beratungen im Vorstand gab der Vorsitzende unter Übernahme der Grundzüge eines vom Stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn v. Zwiedineck-Südenhorst, übermittelten Entwurfs folgende Erklärung ab:

„Die Mitglieder des gegenwärtigen Vorstandes des Vereins für Sozialpolitik haben ihre Aufgabe in der Überzeugung übernommen, durch die Erhaltung des Vereins und seiner wissenschaftlichen Unabhängigkeit dem deutschen Volk nützen zu können. Wir sind nicht weniger als irgend

jemand sonst erfüllt von der selbstverständlichen Verpflichtung, unserm Reich nach bestem Gewissen zu dienen. Dabei gingen wir von der Auffassung aus, daß die Arbeit des Vereins, die seine weit über Deutschlands Grenzen hinaus anerkannte Eigenart und seinen Wert ausmacht, vorerst nur von Männern weitergeführt werden sollte, die mit den Grundsätzen dieser Arbeit völlig vertraut sind und hierin allenthalben Vertrauen erwarten dürfen. Für diese Auffassung haben wir nicht bei allen maßgebenden Stellen das erforderliche Vertrauen gefunden. Wir sehen daher keine Möglichkeit mehr für die Weiterführung des Vereins für Sozialpolitik.

Als Vorsitzender des Vereins beantrage ich nun:

Die Mitgliederversammlung vom 25. April 1936 schließt sich dem Antrag des Vorsitzenden auf Auflösung des Vereins für Sozialpolitik an.“

An der Aussprache beteiligten sich, teilweise mehrfach das Wort ergreifend, die Herren: Böttger, Hesse, Saenger, Prion, v. Keller, Vogt, Lehnich, Brinkmann, Heberle, Sering, Albrecht, Weigmann, Mitscherlich. Der Vorsitzende betonte dabei, die maßgeblichen Stellen hätten auf Befragen ausdrücklich versichert, ein Auflösungsbeschluß würde in keiner Weise als eine Durchkreuzung ihrer Absichten aufgefaßt werden. Den Anregungen der Herren Weigmann, Lehnich und Mitscherlich folgend, gab er seinem Antrag schließlich folgende Fassung:

„Die Mitgliederversammlung vom 25. April 1936 schließt sich dem Antrag des Vorsitzenden an, durch Auflösung des Vereins für Sozialpolitik Platz für eine neue Organisation zu schaffen.“

Der Vorsitzende stellt den Antrag in dieser Fassung zur Abstimmung. Hierbei wird der Antrag — bei einer Stimmenthaltung — einstimmig angenommen.

Nach der geltenden Satzung kann der endgültige Auflösungsbeschluß erst von einer neuen Mitgliederversammlung rechtsgültig gefaßt werden. Die Bestimmung des Zeitpunktes für die Einberufung der neuen Mitgliederversammlung behält sich der Vorsitzende vor. Er betont noch, daß auch bei Auflösung des Vereins für jedes Mitglied das innere Gebot bestehe, an den bisherigen Zielen des Vereins weiterzuarbeiten und besonders die Verbindungen über die Reichsgrenzen hinüber zum Nutzen des neuen Reiches zu pflegen. Zum Schluß dankte der Vorsitzende den Teilnehmern und gab der Verpflichtung Ausdruck gegenüber der res publica et qui illam regit.

Als Vorsitzender:
v. Dietze.

Als Schriftführer:
Boese.

12. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 19. Dezember 1936 in Berlin im Hotel Esplanade

Anwesend sind als stimmberechtigte Mitglieder die Herren: Albrecht, Boese, Böttger, Dietrich, v. Dietze, Hesse (Potsdam), v. Keller, Koch, Leitner, Nordhoff, Potthoff, Saenger, Scheuffler, Sering, Siefkes, Veit, Vogt, v. Zastrow, Zimmermann (Berlin), v. Zwiedineck-Südenhorst, das körperchaftliche Mitglied Deutscher Genossenschaftsverband e. V.-Berlin (Vertreter Herr Seidel). Als Gäste: Herr Rechtsanwalt Schiemann, Herr Dipl.-Ing. Burkhardt als Vertreter des erkrankten Schatzmeisters Prion, Herr Sohn.

Vorsitzender: Herr v. Dietze.

Schriftführer: Herr Boese.

Vor der Eröffnung der Mitgliederversammlung übergab Herr Kh. Seidel, der selbst nicht Mitglied des Vereins ist, dem Vorsitzenden: 1. ein Schreiben des Präsidenten des Deutschen Genossenschaftsverbandes Dr. v. Renteln vom 26. November 1936, durch welches er — Herr Seidel — beauftragt wird, den Deutschen Genossenschaftsverband auf der Mitgliederversammlung des Vereins für Sozialpolitik am 19. Dezember 1936 zu vertreten; 2. ein vertrauliches, von Herrn Seidel gezeichnetes Rundschreiben der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft vom 11. Dezember 1936, in welchem die Mitglieder dieser Gesellschaft, sofern sie Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik sind oder gewesen sind und an der Mitgliederversammlung des Vereins für Sozialpolitik vom 19. Dezember 1936 nicht teilnehmen wollen, gebeten werden, auf einem gleichfalls überreichten Formblatt dem Präsidenten der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft ihre Stimme zur Verfügung zu stellen, der von sich aus einen Herrn mit der Wahrnehmung der Stimmen der Mitglieder der Gesellschaft beauftragen wird; 3. die von den Herren Bechtel, Berger, v. Gottl-Ottlilienfeld, Kalweram, Lehnich, Schmitt, Schulz-Kiesow, Wagenführ, Walb, Wehrle, Weippert, Wollenweber und Fr. Charlotte Lorenz unterzeichneten Formblätter, in welchen für die Mitgliederversammlung des Vereins für Sozialpolitik am 19. Dezember 1936 ihre Stimme in 8 Fällen Herrn Präsidenten Bräuer, in einem Falle Dr. v. Renteln oder dem von diesem bestellten Vertreter, in 4 Fällen ohne Einfügung eines Namens übertragen wird; 4. ein Schreiben des Präsidenten der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft, Prof. Karl Bräuer (ohne Datum), worin er die ihm als Präsidenten der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft von anderen Mitgliedern des Vereins für Sozialpolitik für die am 19. Dezember 1936 stattfindende Sitzung übertragenen Stimmen auf Herrn Seidel überträgt. An Hand der Mitgliederliste des Vereins für Sozialpolitik wurde festgestellt, daß die Herren Berger, Kalweram, Wagenführ, Wehrle, Weippert, Wollenweber und Fr. Charlotte Lorenz nicht oder nicht mehr Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik sind.

Der Vorsitzende eröffnet um 16¼ Uhr die Sitzung, stellt fest, daß sie ordnungsgemäß und fristgerecht einberufen ist, und begrüßt die erschienenen Mitglieder. Er verweist auf die Tagesordnung für die heutige

Sitzung, die auf der Einladung bereits angegeben war: 1. Auflösung des Vereins, 2. Bestellung von Liquidatoren, 3. Verwendung der restlichen Vereinsmittel. Zu dieser Tagesordnung gibt der Vorsitzende den Antrag bekannt, den der Vorstand der Mitgliederversammlung zur Annahme unterbreitet. Er lautet:

Die Mitgliederversammlung des Vereins für Sozialpolitik beschließt:

1. Der Verein wird aufgelöst.
2. Zu Liquidatoren werden gewählt: der Vorsitzende des Vereins, Prof. C. v. Dietze, der Schatzmeister, Prof. Prion, der Schriftführer, Dr. Boese. Zur Vertretung genügt die Mitwirkung von zwei Liquidatoren. Sollte ein Liquidator ausscheiden, so ist der zu 4. genannte Rechnungsausschuß berechtigt und verpflichtet, einen Nachfolger zu bestellen.
3. Die nach Erfüllung aller Verbindlichkeiten verbleibenden Vereinsmittel sind gemäß § 15 der Satzung der Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und zur Pflege des Deutschtums — Deutsche Akademie — in München zu überweisen.
4. Die Abnahme der Schlußrechnung der Liquidatoren und die Feststellung der danach der Deutschen Akademie zu übertragenden Werte liegt einem Rechnungsausschuß ob, der sich, wie folgt, zusammensetzt: 1. Präsident Dr. Saenger, 2. Geh. Justizrat Seelmann-Eggebert, 3. Senatspräsident Dr. F. Zimmermann, 4. Dr. habil. Waldemar Koch.

Zum Zustandekommen von Beschlüssen des Ausschusses genügt die Mitwirkung von 3 Mitgliedern. Der Ausschuß ist berechtigt, im Falle des Ausscheidens von Mitgliedern Ersatzwahlen vorzunehmen.

Der Ausschuß bestimmt den Zeitpunkt, zu welchem der Verein erlischt und zu welchem das verbleibende Vermögen auf die Deutsche Akademie zu übertragen ist.

Die Feststellungen des Ausschusses sind auch der Deutschen Akademie gegenüber verbindlich.

Der Vorsitzende eröffnet die Aussprache über diesen Vorschlag des Vorstandes und gibt zunächst das Wort an Herrn v. Zwiedineck-Südenhorst, der für die Deutsche Akademie Punkt 3 des Antrags in längeren Ausführungen begründet.

Die Auflösung des alten Vereins sei nur noch eine formale Angelegenheit. Er habe aber noch Arbeiten im Gange, welche ihn bereits in Beziehungen zur Deutschen Akademie gebracht haben. Ihr Gegenstand sei bisher überwiegend das Studium der Agrarverfassung der im Auslande siedelnden Deutschen; die Ausbreitung schlechthin auf die Wirtschaftsverfassung der Auslandsdeutschen, soweit sie in geschlossenen Gebieten gesiedelt sind, sei außerordentlich zweckmäßig. Namentlich seien hierbei die Siebenbürger Sachsen und die Banater Schwaben zu berücksichtigen. Die Verwendung der Mittel des Vereins für diese Arbeiten sei eine ausgesprochen wichtige nationale Sache. Als weiterer Zweck sei die Ausstattung von Deutschtumszentren im Auslande mit deutschen wirtschaftswissenschaftlichen und sozialpolitischen Büchern zu fördern.

Hierauf verlas Herr Seidel ein Schreiben des Kultusministeriums vom 2. Dezember 1936 an den Vorsitzenden des Vereins, worin die Zuweisung der restlichen Vereinsmittel an die neue Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft empfohlen wird. Er beantragte, darüber abzustimmen, ob diese Empfehlung angenommen oder abgelehnt wird. Der Vorsitzende erwiderte, daß eine Abstimmung über diesen Antrag nur in Frage komme, falls der Antrag des Vorstandes abgelehnt werden sollte. Über den Inhalt des genannten Schreibens — welches er der Mitgliederversammlung ohnehin mitgeteilt haben würde — habe er beim Kultusministerium eine mündliche Unterredung erbeten. Eine Antwort auf diese Bitte sei bisher nicht eingegangen. Die Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft sei eine ganz neue Organisation, die Konstruktion eines Traditionsüberganges sei für beide Teile nicht ratsam.

Anschließend gab Herr Burkhardt als Vertreter des Schatzmeisters einen genauen Bericht über die Finanzlage des Vereins, und der Vorsitzende brachte die hauptsächlichen Verbindlichkeiten des Vereins zur Kenntnis, die während der Liquidationszeit noch zu erfüllen sind. Zu diesen gehören ein Beitrag zur Herrichtung eines würdigen Grabmals für Gustav Schmoller in Höhe von 1500 RM., die Kosten der Drucklegung des im Manuskript teilweise schon vorliegenden Bandes 149/II der Schriften und eine Ehrengabe an die Sekretärin des Schriftführers, Frau M. Stadie, die seit nunmehr 25 Jahren dem Verein treue Dienste leistete und in der Inflationszeit zwei Jahre lang auf jedes Entgelt verzichtet hatte, in Höhe von 1000 RM. Der Vorsitzende berichtete hierbei auch, daß er im Oktober d. J. dem Schriftführer Herrn Boese für seine 25jährige Tätigkeit im Namen des Vorstandes danken und ihm ein wertvolles Bild von Schmoller überreichen konnte. Schließlich sind noch die Kosten für eine Geschichte des Vereins bereitzustellen, deren Drucklegung und Veröffentlichung im Benehmen mit dem Verlag zu regeln sein wird. Als Verfasser hat der Vorstand Herrn Boese gewonnen. Außerdem kommen noch ein Anwaltshonorar und die Kosten der Liquidation in Betracht.

An der sich anschließenden Erörterung beteiligen sich außer dem Vorsitzenden die Herren Seidel, Böttger, Saenger, v. Zastrow, v. Zwiedineck-Südenhorst, Koch, Veit, Hesse, Vogt, Schiemann, zum Teil mehrfach das Wort ergreifend. Zur Veröffentlichung des Schriftenbandes 149/II wurde auf Antrag des Vorsitzenden — gegen eine Stimme — beschlossen: die Liquidatoren zu beauftragen, sorgfältig zu prüfen, wieweit die Herausgabe dieser Schrift noch eine rechtliche und moralische Verpflichtung des Vereins darstellt und finanziell zu verantworten ist. Herr Seidel beantragte zu diesem Punkte folgende Zusätze: a) daß eine wissenschaftliche Kommission der neuen Gesellschaft, be-

stehend aus den Herren Bräuer, v. Gottl-Ottlilienfeld, Lehnich und Walb, über die Herausgabe des Bandes entscheiden solle, b) daß der Band nur nach Einverständnis der Parteiamtlichen Prüfungskommission herauszubringen sei. Beide Zusätze wurden — bei einer Stimmenthaltung — mit 16 und 17 gegen eine Stimme abgelehnt. Herr Seidel betonte, daß er auch die ihm übertragenen Stimmen von Mitgliedern der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft abgegeben habe, soweit sie noch Mitglieder des Vereins sind. Der Vorsitzende, auf dessen Bitte Herr Schiemann die Rechtslage erörterte, erwiderte, daß die Übertragung von Stimmen dem Brauche des Vereins widerspricht und nach seiner Auffassung unzulässig ist; für das Ergebnis der Abstimmung sei die Frage aber bei dem bestehenden Stimmenverhältnis unerheblich. Auf Vorschlag von Herrn Saenger wurde der Kassenabschluß — bei einer Stimmenthaltung — genehmigt.

Alsdann wurde der Antrag des Vorstandes erst in den einzelnen Punkten erörtert. Zur Zusammensetzung des Liquidatorenkollegiums stellte Herr Seidel den Antrag, den Vorsitzenden aus diesem Kollegium auszuschließen, dafür aber die Herren Lehnich und Walb hineinzuwählen. Der Antrag wurde mit 19 gegen eine Stimme abgelehnt. Als Ganzes wurde schließlich der Antrag des Vorstandes mit 20 gegen eine angenommen. Die gewählten Liquidatoren und Mitglieder des Rechnungsausschusses haben die Wahl angenommen.

Herr v. Zwiedineck-Südenhorst spricht dem Vorsitzenden unter lebhafter Zustimmung der Versammlung den Dank des Vereins für seine große Mühewaltung in den letzten 1½ Jahren aus, was der Vorsitzende dankend entgegennimmt. Er verspricht im Namen der Liquidatoren eine sorgfältige Erfüllung auch dieser letzten Aufgabe und schließt mit Dank an die Teilnehmer die Sitzung um 17¾ Uhr.

Als Vorsitzender:
v. Dietze.

Als Schriftführer:
Boese.

Personenverzeichnis

Die fettgedruckten Zahlen beziehen sich auf die Referate der Tagungen

A.

Abbe, Ernst 85.
Adickes (Altona) 46, 48.
Adler (Wien) 72.
Aereboe, F. 196, 197, 198.
Albrecht, Gerhard 281, 291.
— Heinrich 94, 122, 157.
Altmann, S. P. 142, 159, 163, 209.
v. Altrock (Berlin) 162.
Altschul, Eugen 208.
Amonn, A. 159, 162, 163, 217.
Andre (Stuttgart) 185.
Anschütz (Sonneberg) 97.
Arendt, Otto 50.
Arnold (Magdeburg) 126.
Ascher, Arnold 90.
Astor (Berlin) 225.
Auerbach, Emil 61.

B.

Baare (Bochum) 39.
Bacmeister 18.
Ballod, Carl 128, 132.
Bamberger, L. 2, 25, 26.
Barth (Bremen) 38.
v. Batocki (Bledau) 220, 221, 222, 224.
Bauer, Stephan 72, 73, 90.
Beck (Mannheim) 95, 104, 105.
v. Beckerath, Erwin 229.
Behrend, M. 127, 193.
Behrens (Essen) 129, 163.
Bender (Breslau) 91.
Bernays, Marie 143.

Bergsträßer, Arnold 209, 272.
v. Berlepsch, Frhr. 89, 98, 99, 100, 105, 119, 121, 124, 131, 132, 143, 193.
Bernhard, Georg 112, 128, 174, 175, 189.
Bernhard, Ludwig 131.
Beumer, Wilh. 64, 105.
Beutner (Bromberg) 67.
Bingner (Berlin) 97.
Bingold (Regensburg) 158.
Birnbaum, J. (Breslau) 175.
Bismarck 32, 33, 37, 53, 96.
v. Bissing, Frhr. (Berlin) 222, 227.
Bitzer 18.
v. Bodelschwingh 52, 54.
Boese, Franz 141, 176, 190, 210, 226, 272, 278, 281, 294.
Böttger, Hugo 291, 294.
Boldt (Dortmund) 142.
Bonn, M. J. 97, 139, 173, 203, 205, 227.
Borchert 18.
van der Borcht, R. 59, 140.
Borgius, W. 97, 128.
v. Bortkiewicz, L. 128, 143, 154, 157, 189.
Bräuer, Karl 159, 189, 201, 211, 213, 226, 237, 238, 272, 292, 294.
Brandes (Königsberg) 220.
Brandt (Berlin) 222, 236.
— (Düsseldorf) 105.
Brandts (Düsseldorf) 94.

Brauer, Th. 163.
 Braun, Adolf (Nürnberg) 162, 163.
 — C. 2, 26, 27, 28, 44.
 Brentano, Lujó 2, 11, 18, 20, 21,
 23, 25, 27, 30, 32, 39, 40, 61,
 64, 65, 70, 71, 72, 73, 74, 75,
 76, 79, 80, 86, 88, 94, 97, 103,
 104, 105, 106, 107, 108, 109,
 116, 117, 129, 130, 131, 141,
 148, 158, 176, 181, 185, 191,
 192.
 Briefs, Götz 173, 202, 211, 216,
 227, 237, 270, 271, 272.
 Brinckmann, J. (Hamburg) 24.
 Brinkmann, Carl 209, 217, 222,
 236, 278, 281, 291.
 281, 291.
 Brüning (Frankfurt) 39.
 v. Brunner (München) 94.
 Buchenberger, A. 49, 50, 59.
 Budge, S. 189.
 Bücher, Karl 51, 70, 71, 72, 76,
 80, 81, 124, 125, 126, 129, 130,
 131, 139, 140, 226.
 Bueck, H. A. 29, 38, 49, 50, 64,
 76, 77, 78, 132.
 Bunzel, Julius (Wien) 199, 200,
 210, 225.
 Burkhardt (Berlin) 294.

C.

Caprivi 96.
 Carbe, M. 175.
 Caro, L. 75.
 v. Cetto, Frhr. 97.
 Chorinski, Graf (Wien) 74.
 Clarus (Regensburg) 158.
 Cohen, Arthur 189, 217.
 Cohn, Gustav 46, 104, 106, 113,
 131, 165.
 Colm, Gerhard 229, 231, 232.

Conrad (Kesten-Conrad), Else 1, 3.
 Conrad, Johannes 2, 49, 54, 55,
 57, 58, 60, 88, 118, 140, 144,
 145, 146, 162.
 — Otto (Wien) 162.
 Creuzbauer (Berlin) 97.
 Crüger, Hans 58, 59, 82, 83.

D.

Damaschke, Adolf 95.
 Dannenberg (Hamburg) 23, 27, 31,
 38, 39.
 Dasbach (Trier) 64.
 v. Degenfeld-Schonburg, Graf 236.
 Degenkolb (Tübingen) 62.
 Deichen 99, 100.
 Delbrück, Hans 83.
 Demuth (Berlin) 236.
 Dernburg, Bernhard 208.
 Diehl, Karl 113, 154, 171, 173,
 175, 181, 188, 191, 202, 203,
 205, 207, 208, 210.
 v. Dietze, Const. 192, 197, 216,
 220, 221, 222, 229, 232, 233,
 236, 272, 278, 280, 281, 284,
 286, 292, 294, 295.
 Dietzel, Heinr. 97.
 Ditges (Köln) 85.
 Döblin (Berlin) 64, 81.
 Dove (Berlin) 128.
 Drews (Berlin) 165, 167.
 Duimchen, Th. 109.
 Duncker, Franz 18, 23.

E.

Eberstadt, Rud. 95.
 v. Eckardt, Julius 1, 3, 4, 16, 18,
 22.
 Eckert, Christian 168, 175, 179,
 187, 188, 195, 203, 205, 210,
 213, 215, 217, 226, 227, 228,
 237.

Eggert (Berlin) 197.
 Egner (Leipzig) 206.
 Eheberg, K. Th. 49, 142.
 Ehrenberg, Richard 84, 132.
 Elster, Ludwig 59, 177.
 Ely (Wisconsin) 142.
 Engel, Ernst 2, 18.
 — (Essen) 106, 109, 112.
 Engler (Karlsruhe) 185.
 Eppstein (Frankfurt) 209.
 Eras (Breslau) 30.
 v. Ernsthausen 63.
 Eschenbach (Berlin) 95, 103.
 Eßlen, Jos. 132, 147, 154.
 Eucken, W. 186, 189, 203, 207, 229, 236.
 Eulenburg, Franz 101, 139, 140, 144, 145, 146, 148, 149, 154, 157, 162, 183, 185, 186, 190, 194, 195, 229, 238, 272, 278.
F.
 Farnam, H. 33.
 Faßbender (Neuwied) 83.
 Faucher, Julius 2.
 Feiler, Arthur (Frankfurt) 205, 209, 210.
 v. Feilitzsch (München) 94, 141.
 Fischbeck (Berlin) 128.
 Fischer (Reutlingen) 109.
 Flesch (Frankfurt) 128, 129.
 Franck (Charlottenburg) 47.
 Francke, Ernst 88, 98, 99, 100, 141, 157, 170.
 Frank (Berlin) 225.
 Franken (Gelsenkirchen) 109, 112.
 Freund, Cajetan 175.
 Frommel (Augsburg) 64.
 Fuchs, Carl Joh. 82, 94, 121, 123, 124, 131, 132, 133, 136, 138, 151, 156, 162, 168, 169, 171,

188, 191, 213, 222, 225, 226, 237, 277.
 Fuchs (Wien) 225.
 v. Fürth, Ritter (Wien) 133, 141.

G.

v. Gayl, Frhr. (Königsberg) 222.
 Gehlhoff, Willh. 146, 150.
 Gehrig, H. 163, 176.
 Geibel, Carl 4, 11, 14, 18, 22, 27, 45, 59, 61, 62, 79, 125, 141.
 — C. St. A. 141, 190.
 Gensel (Leipzig) 24, 37, 38, 39, 40, 125.
 Gerlach, Otto 154.
 Gerloff, W. 163, 213, 217, 226, 227, 270, 271, 272, 278.
 Gierke, Otto 56, 62, 63, 65, 69, 85, 90, 91, 92, 128, 129, 144.
 Giesberts (München-Gladbach) 109.
 Glücksmann (Breslau) 90.
 v. Gneist 4, 11, 12, 13, 16, 17, 18, 21, 25, 62, 123.
 Godefroy (Hamburg) 39.
 Goebel, Otto 177.
 Goldscheid, Rud. 134, 185, 189, 192, 193, 201.
 Goldschmidt (Berlin) 109, 129.
 Goldstein (Zürich) 97.
 v. d. Goltz, M. Frhr. 18.
 Gothein, Eberhard (Heidelberg) 105, 173, 184.
 — (Breslau) 88, 91, 97, 105, 188, 192, 232, 236.
 v. Gottl-Ottlilienfeld 134, 162, 185, 237, 272, 295.
 Grandke (Berlin) 82.
 Gregory (London) 208.
 Großmann (Zürich) 203, 206.
 Grünberg, Karl 73, 147, 173, 175, 185.

Grünfeld, Ernst 225.

Grunzel (Wien) 97.

Günther, Adolf 104, 157, 173,
177.

H.

Haenel 208.

Haensel, Paul 200.

Hahn, Albert 186, 189, 198, 200,
206, 208, 209.

Hainisch, Michael 71, 73, 74, 82,
90, 97, 155, 157, 159, 162,
163, 193, 222, 226.

v. Halle, E. L. 128.

v. Hammerstein 49.

Hanssen, Georg 2.

Harms, Bernhard 128, 164, 167,
169, 185, 187, 191, 193, 195,
209, 210, 222, 226, 278.

Hartmann (Berlin) 128, 143.

— Ludo (Wien) 145, 163, 190,
193.

Hasbach, Wilh. 85, 86.

Haßler (Augsburg) 31, 38, 41.

v. Hayek, Friedr. 208, 209, 223,
225.

Heberle, Rud. 291.

Hecht (Mannheim) 80, 82, 99,
101, 102, 103.

Heckscher (Hamburg) 97, 98, 100,
130.

Hegener (Köln) 84, 85.

Heiligenstadt (Berlin) 83, 144.

Heimann, Eduard 218, 219, 227.

Heiß, Clemens 175.

Held, Adolf 2, 4, 5, 11, 18, 22,
23, 24, 26, 28, 30, 33, 38, 43,
45, 176.

Helfferich, Karl 97, 98.

Henle (München) 141.

Herkner, Heinrich 79, 80, 83, 84,
86, 99, 102, 121, 124, 130,

131, 138, 140, 142, 143, 144,
147, 149, 150, 151, 153, 154,
156, 157, 159, 164, 165, 172,
176, 179, 180, 181, 183, 184,
190, 193, 195, 201, 202, 209,
210, 211, 212, 213, 214, 215,
217, 226.

Hermes (Berlin) 74.

Hertzka (Wien) 27, 28.

Hesse, Albert 281, 291.

— (Potsdam) 294.

Heuß, Theodor 114.

Heyde, Ludwig 173, 192, 201.

v. Heyl, Frhr. 64.

Hildebrand, Bruno 3, 11, 18.

Hilferding, Rud. 195.

Hintze, Otto 138.

Hirsch (Essen) 148.

— Max 2, 18, 23, 31, 82, 84, 90,
95, 97.

Hitze (Münster i. W.) 80, 81, 82.

v. Holtzendorf, Franz 18.

Homburger, E. 154.

Huber (Stuttgart) 97.

I.

v. Inama-Sternegg 74, 95.

J.

Jaffé, Edg. 143.

Jahn, Georg 176, 177, 178, 208,
209, 210, 211, 226.

Janson (Berlin) 18.

Jastrow, Ignaz 84, 99, 101, 102,
103, 131, 157, 163, 164, 165,
166, 167, 168.

Jecht, Horst 281.

Jöhr, Adolf (Zürich) 203, 207,
208.

Jolly (Tübingen) 80.

Jüngst (Essen) 109.

K.

Kähler (Halle) 90.
 Kahn (Frankfurt) 217.
 Kaiser (Breslau) 91.
 Kalle (Biebrich) 23, 125.
 Kammerer (Charlottenburg) 133.
 Kanitz, Graf (Podangen) 67.
 Kauffmann (Wüstegiersdorf) 90.
 Kaufmann (Berlin) 162.
 Keil, F. 61, 63.
 v. Keller, Rob. 291.
 Keßler, Gerhard 124, 173, 201,
 210.
 Kirdorf, Emil 105, 110, 111, 115.
 Knapp, G. Fr. 3, 12, 13, 15, 16,
 40, 44, 51, 62, 68, 71, 104,
 119, 128, 134, 135, 136, 172,
 176, 193.
 Knebel 76, 79, 80.
 Knecht (Mannheim) 105.
 Knies, Karl 2, 18.
 Koch, Waldemar 281, 294.
 Kockert (Wien) 71, 72.
 Köbner, Otto (Frankfurt) 198.
 Krueger, H. E. 128.
 Kuczynski, Rob. 163, 208.
 Kuntze (Dresden) 97.
 Kutzer (Fürth) 133, 142.

L.

Lammers (Bremen) 46, 48.
 Landauer, Carl 186, 208, 216.
 v. Landesberger (Wien) 154.
 Landmann, Edith 217.
 — (Frankfurt) 206.
 — Julius 210, 216, 227.
 Lang (Königsberg) 222.
 Lasker (Berlin) 25.
 Lederer, Emil 160, 163, 173, 195,
 197, 201, 205, 208, 209, 210,

211, 213, 216, 226, 229, 233,
 236, 237, 270, 271, 273.
 Lehmann (Nürnberg) 232.
 Lehnich (Berlin) 281, 291, 295.
 Leidig, Eugen 102, 107, 108, 109,
 112.
 Lemmer, Friedrich 216.
 Lensing (Dortmund) 64.
 Lentze (Magdeburg) 126.
 Leubuscher, Charl. 197, 272.
 Leute (Erfurt) 175.
 Lexis, W. 33, 59, 162.
 v. d. Leyen, A. 152, 164, 181, 188,
 190, 213, 226, 277.
 Liebau, Fr. (Berlin) 24.
 Liefmann, Robert 102, 105, 111,
 112, 154.
 Loeb (Berlin) 102.
 Loening, Edg. 80, 83, 84, 85, 103,
 123, 124, 128, 129, 130, 131,
 162.
 Löwe, Adolf 208.
 Löwe-Calbe 18.
 Lohren (Potsdam) 31.
 Lotz, Walther 61, 71, 76, 93, 95,
 96, 97, 98, 130, 134, 141, 154,
 162, 163, 170, 175, 181, 186,
 188, 200, 203, 206, 210, 236,
 238, 270.
 Ludwig, Heinz 232.
 Ludwig-Wolf, L. F. 17, 23, 27,
 59, 62, 131, 171, 176.
 Lückner (Oberschlesien) 132.
 Lueger (Wien) 132.
 Lusensky (Berlin) 158, 159.

M.

Machlup-Wolf (Wien) 209.
 v. Mammen, Franz Wilhelm 162.
 v. Mangoldt (Berlin) 95.
 Mann, Fritz Karl 177, 198, 200.

Marcus, Otto 175.
 du Maroussem (Paris) 74.
 Marschak 232.
 Mataja (Wien) 88.
 May (Frankfurt) 39.
 — (Hamburg) 102.
 Mayer, Hans (Wien) 198, 200, 209.
 v. Mayr, Georg 67, 97.
 v. Meier, E. 123.
 Meitzen, August 13, 15, 18, 22.
 Menger, Max 74.
 Menzel, Adolf 73.
 Merton (Frankfurt) 122.
 Metz (Frankfurt a. d. Oder) 67, 68.
 v. Meyenburg (Basel) 224.
 Meyer, Alexander 25.
 v. Miaskowski, August 44, 45, 46,
 47, 52, 56, 57.
 Michel (Mainz) 106.
 Miquel (Frankfurt) 46, 50, 52, 69,
 94, 141.
 v. Mises, Ludwig 159, 163, 189,
 208, 209, 210, 211, 213, 217,
 226, 227, 236, 237, 273.
 Mithoff, Theod. 3, 18.
 Mitscherlich, Waldemar 185, 291.
 v. Möllendorf, W. 229.
 Moeller, Hero 189, 227, 229.
 — (Kupferhammer) 39.
 Mohs, Albin 133.
 Molkenbuhr (Berlin) 109.
 Mombert, P. 97, 132, 133, 196, 198.
 Most, Otto 154.
 Motschmann, Gustav 150.
 Müller, August 229.
 Munroe (Manchester) 64.

N.

Nadolny (Königsberg) 222.
 Nasse, Erwin 2, 18, 21, 22, 23,
 24, 26, 28, 33, 34, 35, 36, 37,

38, 40, 41, 43, 45, 46, 47, 48,
 49, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 59,
 60, 118, 217.
 Naumann, Friedr. 97, 109, 113,
 115, 116, 117, 118, 119.
 Neumann (Danzig) 106.
 — Friedr. Jul. 18, 23, 24, 27, 118.
 Neurath, Otto 134.
 — Wilhelm 72.
 v. Nostiz (Dresden) 173.

O.

Oldenberg, Karl 64, 80, 97, 102,
 145, 147, 230.
 Oncken, Hermann 145.
 Oppenheim, H. B. 25, 31.
 — (Berlin) 109, 197.
 v. d. Osten, M. 52.

P.

Paasche, Hermann 54.
 Palyi, Melchior 189, 238.
 Peters, Max 104.
 Pfirrmann (Berlin) 273.
 v. Philippovich, Eugen 61, 70, 71,
 75, 79, 80, 81, 86, 87, 88, 93,
 94, 95, 97, 103, 109, 119, 131,
 133, 134, 136, 144, 154, 162.
 Philippson (Berlin) 38.
 Piatschek (Halle) 167.
 Pierstorff, Jul. 82, 85, 91, 128,
 154, 193.
 Plaut, Th. 272, 273.
 v. Plener (Wien) 23, 24, 135.
 Pohle, Ludwig 72, 73, 93, 94, 95,
 97, 98, 101, 125, 143, 230.
 Polis (Hamburg) 100, 101.
 v. Posadowsky, Graf 132.
 Potthoff, Heinz 139, 162, 165,
 171, 173, 175, 278, 281.
 Prange, Otto 128, 225.
 Prévôt, R. 104.

Pribram, Karl 173, 210.
 Prince-Smith, John 2, 25.
 Prion, W. 206, 278, 280, 281,
 291.

Q.

Quarck, M. 68, 176.
 Quidde 85, 97.

R.

Rathenau, W. 162.
 Rathgen, Karl 79, 91, 92, 113,
 121, 124, 131, 138, 141, 142,
 157, 159, 162.
 Rauchberg, Heinr. 139.
 Ravenstein (Darmstadt) 83.
 Reif (Leipzig) 129.
 Reismann 64.
 v. Reitzenstein, Frhr. (Freiburg
 i. B.) 46, 47, 49, 51, 52, 56, 63.
 Rentzsch 64.
 Reusch (Wiesbaden) 148.
 Ritschl, Hans 200.
 Rocke (Hannover) 91, 92.
 Rodbertus, Johann Karl 2.
 Röpke, Wilhelm 229, 236.
 Roesicke (Berlin-Dessau) 85.
 Rößler, Const. 23.
 v. Roggenbach, Frhr. 11, 18, 23,
 40, 41, 43, 45, 59, 61, 62, 126.
 Roscher, Wilh. 2, 3, 4, 18, 23.
 Rosin, Heinrich 128.
 Roth (Chemnitz) 27.
 v. Rottenburg (Bonn) 84, 85, 109,
 113, 125.
 Rüstow, Alexander 185, 197, 222,
 232.
 — Hans-Joachim 222, 225, 232.

S.

Saenger, Conrad 192, 197, 210,
 213, 226, 270, 272, 278, 280,
 291, 294, 295.

Saitzew, Manuel 202, 203, 227,
 228, 229, 230, 231, 232, 271.
 Salin, Edg. 173, 191, 205, 217.
 Salz, Arthur 134.
 Schack, H. 217.
 Schäfer (Mannheim) 106.
 v. Scheel, Hans 2, 24.
 Schenkel (Karlsruhe) 105.
 Schiffer (Düsseldorf) 129.
 Schindler, Axel 230, 234, 236.
 Schlesinger (Wien) 206, 208, 236.
 Schmalenbach, Eugen 270.
 Schmöle, Jos. 157.
 Schmoller, Gustav, 2, 3, 4, 5, 6,
 11, 18, 21, 23, 25, 27, 30, 31,
 33, 34, 35, 36, 38, 39, 40, 43,
 52, 54, 61, 62, 63, 65, 66, 69,
 70, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80,
 83, 85, 87, 88, 92, 93, 97, 99,
 103, 104, 105, 109, 110, 111,
 113, 114, 115, 116, 120, 123,
 130, 131, 132, 135, 136, 137,
 139, 141, 143, 146, 147, 148,
 149, 151, 153, 154, 162, 251,
 254, 266.
 Schnapper-Arndt (Frankfurt) 57.
 Schneider (Wien) 198.
 Schönberg, Gust. Friedr. 2, 24, 51.
 v. Schoenebeck (Berlin) 195.
 Schoenlank, Br. 68.
 Schüller, Rich. (Wien) 194, 195.
 Schulte, Fritz 150.
 Schultze, Ernst 232.
 v. Schultze-Gaevernitz, G. 64, 74,
 97, 133, 205.
 Schulze, Julius (Mainz) 18, 23.
 Schumacher, Hermann 95, 96, 97,
 98, 104, 105, 106, 113, 131,
 138, 140, 144, 146, 148, 151,
 152, 165, 167, 168, 272, 278,
 281.
 Schumpeter, Jos. 145, 162.

Schwanhäußer (Nürnberg) 109.
 Schwarz, O. 154.
 Seedorf (Göttingen) 206.
 Seibt, Gustav 173.
 Seidel, Kh. 292, 294, 295.
 — (Schmiegel, Posen) 80, 82.
 Sering, Max 59, 68, 74, 75, 76,
 80, 97, 100, 118, 130, 140,
 144, 148, 149, 151, 187, 188,
 190, 191, 220, 221, 222, 226,
 232, 270, 291.
 Seyffardt, L. F. (Krefeld) 28, 39.
 Siebeck, Oskar 174, 175, 176.
 Siehr (Königsberg) 222.
 Siemering, Hertha 163.
 Sieveking, Heinr. 97, 236.
 Silverberg, Paul 205, 206.
 Singer, Kurt 208, 217.
 Sinzheimer, Ludwig 98, 99, 123,
 125, 129, 131, 143, 170.
 Soetbeer, H. 128.
 Somary, Felix 154, 171, 181, 189,
 203, 206, 238.
 Sombart-Ermsleben 18, 38, 39, 52,
 53, 62, 63.
 Sombart (Magdeburg) 82, 84.
 — Werner 66, 76, 80, 87, 90, 91,
 92, 98, 99, 100, 101, 102, 103,
 108, 117, 134, 147, 183, 184,
 185, 190, 192, 195, 203, 205,
 217, 226, 227, 228, 229, 237,
 270, 273, 277, 278, 282.
 Sonnemann (Frankfurt) 24, 38.
 Spann, Othmar 134, 145, 159.
 Spiethoff, Arthur 101, 102, 140,
 145, 149, 150, 191, 210, 213,
 217, 226, 227, 236, 270, 271.
 v. Spitzmüller, A. 186, 206.
 Spranger, Eduard 145.
 Stein (Duisburg) 106.
 — Philipp 125, 173.

v. Stein, Lorenz 127.
 Stephinger, L. 162.
 Stieda, Wilhelm 76, 87, 90.
 Stolper, Gustav 159, 162, 206.
 Stötzel (Essen) 64.
 Strauß (München-Gladbach) 53.
 Strigl (Wien) 209.
 Strutz, G. 154.
 Stucken, Rudolf 229, 236.
 Stürenberg (Leipzig) 50.
 v. Stumm, Frhr. 83, 132.
 Suchsland (Halle) 68.
 Sulzbach (Frankfurt) 197, 209.
 v. Sybel, Heinr. 5, 18, 23.
 Syrup, Friedr. 150.

T.

Tarnow (Berlin) 185.
 Teschemacher, Hans 281.
 Tiedemann (Mettmann) 18.
 Thalheim (Leipzig) 236.
 Thiel, Hugo 51, 56, 57, 61, 62, 63,
 65, 71, 73, 74, 75, 79, 80, 83,
 86, 95, 124, 131, 134, 137,
 145, 148, 154, 156, 162.
 Thieß (Offenbach) 80, 82, 122,
 144.
 Till (Bruck a. d. M.) 72.
 Tille, Alexander (Saarbrücken)
 109.
 Tönnies, Ferd. 84, 98, 169, 175,
 205, 226.
 Troeltsch, W. 125.

U.

Ulrich 80, 86.
 Umbreit, Paul 162, 163, 173, 186.

V.

Veit, Otto 236, 294.
 Vierkandt, Alfred 270.

Vleugels, Wilhelm 229.
 Voelcker, H. 112.
 Vogelstein, Th. 112, 161, 162, 163.
 Vogt (Berlin) 278, 291, 294.
 Voigt, Andreas 82, 86, 95, 98, 125.
 — Paul 82.
 Vorster, Julius 81, 84.

W.

Waentig, Heinrich 177.
 Wagemann, Ernst 150, 153, 182,
 190, 192.
 Wagner, Adolph 2, 17, 18, 20, 21,
 27, 28, 31, 69, 80, 83, 85, 86,
 87, 94, 118, 133, 135, 154,
 162, 230.
 Walb, Ernst 295.
 Walz (Heidelberg) 128, 129.
 Watteroth, Rich. 150.
 Weber, Adolf 173, 187, 218, 219,
 226, 227, 237, 270.
 — Alfred 87, 88, 89, 102, 104,
 108, 114, 124, 130, 139, 143,
 153, 174, 175, 186, 192, 205,
 209, 210, 213, 270.
 — Max 66, 67, 68, 69, 79, 87, 108,
 109, 113, 114, 115, 116, 117,
 118, 119, 120, 121, 129, 131,
 133, 134, 139, 140, 143, 145,
 147, 148, 155, 163, 165.
 Websky (Wüstewaltersdorf) 90.
 Wegner (Duisburg) 28.
 Weidinger (Regensburg) 158.
 Weigert, Max (Berlin) 27, 29, 30.
 Weigmann, Hans 291.
 Weiskirchner (Wien) 132.
 Weiß (Wien) 132.
 Welter, Erich 209.
 v. Wenckstern, Ad. 143.
 Wendland (Berlin) 128.

Wernicke (Berlin) 128.
 Weyermann, R. (Bern) 200.
 Wiedenfeld, Kurt 113, 270, 272.
 Wiener (Berlin) 17.
 v. Wiese, Leopold 145, 162, 175,
 270.
 v. Wieser, Frhr. 133, 134, 193.
 Wilbrandt, Rob. 112, 144, 145,
 146, 150, 156, 162, 170, 197,
 205, 224, 225.
 Wilhelmi (Berlin) 89.
 Wilken (Freiburg) 205, 206.
 v. Wilmowsky (Magdeburg) 126.
 Winkler, Wilhelm 197, 198.
 Winnig, August 150.
 Wirminghaus (Köln) 84, 86, 104,
 105, 106.
 Wissel, Rud. 150, 162, 232, 236.
 Wissner (Windischholzhausen) 63,
 69.
 v. Wittek, H. 159.
 Wittelshöfer (Wien) 81, 82, 85,
 94.
 Wöhler, O. 142.
 Wörrishofer (Karlsruhe) 88.
 Wolf, Julius 72, 173.
 Wolfers, Arnold 206.
 Wolff, Helmut 272, 273.

Z.

Zacher (Berlin) 80.
 Zahn, Friedr. 61, 90, 237.
 v. Zastrow (Berlin) 294.
 Zimmermann, Waldemar 124, 192,
 210, 216, 222, 223.
 Zuckerkandl, Rob. 81, 88, 193.
 Zweigert (Essen) 95.
 v. Zwiedineck-Südenhorst 106, 134,
 154, 192, 270, 281, 293, 294,
 295.

Verzeichnis der Schriften des Vereins für Sozialpolitik

Band 1–188

- Verhandlungen der Eisenacher Versammlung zur Besprechung der sozialen Frage am 6. und 7. Oktober 1872. Auf Grund der stenographischen Niederschrift von Heinrich Roller, Berlin, herausgegeben vom ständigen Ausschuß. Mit Referaten von Brentano über Fabrikgesetzgebung, von Schmoller über Arbeitseinstellung und Gewerkvereine, von Engel über die Wohnungsnot. (III, 267 S.) 1873. (Vergriffen.)
1. Zur Reform des Aktiengesellschaftswesens. Drei Gutachten, abgegeben von H. Wiener, Goldschmidt, Behrend. (V, 90 S.) 1873. M. 1.80
 2. Über Fabrikgesetzgebung, Schiedsgerichte und Einigungsämter. Gutachten, abgegeben von Jacobi, Bitzer, Gensel, L. F. Ludwig-Wolf, Tiedemann, v. Helldorf, R. Härtel, E. Websky, J. Schulze, J. F. H. Dannenberg, Neumann. (VI, 200 S.) 1873. M. 3.60
 3. Die Personalbesteuerung. Gutachten, abgegeben von E. Nasse, A. Held, J. Gensel, Graf von Wintzingerode, Const. Rößler. (V, 94 S.) 1873. M. 1.80
 4. Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik am 12. und 13. Oktober 1873. Auf Grund der stenographischen Niederschrift. (III, 200 S.) 1874. M. 3.60
 5. Über Alters- und Invalidenkassen für Arbeiter. Gutachten, abgegeben von F. Kalle, Zillmer, L. F. Ludwig-Wolf, J. Hiltrop, G. Behm, M. Hirsch. (III, 196 S.) 1874. (Vergriffen.)
 6. Über Beteiligung der Arbeiter am Unternehmergewinn. Gutachten, abgegeben von E. von Plener, Max Weigert, J. Neumann, J. Wertheim. (III, 47 S.) 1874. M. 1.—
 7. Über Bestrafung des Arbeitsvertragsbruches. Gutachten, abgegeben von F. Knauer, C. Roscher, G. Schmoller, F. W. Brandes, L. Brentano, Max Hirsch. (VI, 237 S.) 1874. M. 4.20
 8. Die progressive Einkommensteuer im Staats- und Gemeindehaushalt. Gutachten über Personalbesteuerung, abgegeben von Fr. J. Neumann. (VIII, 238 S.) 1874. M. 4.20
 9. Verhandlungen der zweiten Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik am 11. und 12. Oktober 1874. (V, 160 S.) 1875. (Vergriffen.)
 10. Die Reform des Lehrlingswesens. Sechzehn Gutachten und Berichte. (VII, 234 S.) 1875. M. 4.20
 11. Verhandlungen der dritten Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik am 10., 11. u. 12. Oktober 1875. (V, 228 S.) 1875. M. 4.20
 12. Die Kommunalsteuerfrage. Zehn Gutachten und Berichte. (IX, 302 S.) 1877. M. 6.—

13. Das Verfahren bei Enqueten über soziale Verhältnisse. Gutachten von G. Embden, G. Cohn, W. Stieda, J. M. Ludlow. (V, 64 S.) 1877.
M. 1.40
14. Verhandlungen der fünften Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik am 8., 9. und 10. Oktober 1877. (VII, 268 S.) 1878. M. 5.40
15. Das gewerbliche Fortbildungswesen. Sieben Gutachten und Berichte, veröffentlicht vom Verein für Sozialpolitik. (III, 160 S.) 1879. M. 3.20
16. Verhandlungen der sechsten Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik über die Zolltarifvorlagen am 21. und 22. April 1879 in Frankfurt a. M. (147 S.) 1879. M. 3.—
17. Gewerkvereine und Unternehmerverbände in Frankreich. Von W. Lexis. (VIII, 280 S.) 1879. M. 5.40
18. Die amerikanischen Gewerkvereine. Von H. W. Farnam. (V, 39 S.) 1879.
M. 1.—
19. Die Haftpflichtfrage. Gutachten und Berichte. (XV, 154 S.) 1880. M. 3.80
20. Das Erbrecht und die Grundeigentumsverteilung im Deutschen Reiche. Ein sozialwirtschaftlicher Beitrag zur Kritik und Reform des deutschen Erbrechts. Von A. v. Miaskowski. Erste Abteilung. Die Verteilung des landwirtschaftlich benutzten Grundeigentums und das gemeine Erbrecht. (V, 311 S.) 1882. M. 6.20
21. Verhandlungen der am 9. und 10. Oktober 1882 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins. (191 S.) 1882. M. 3.60
22. Bäuerliche Zustände in Deutschland. Berichte, veröffentlicht vom Verein für Sozialpolitik. Erster Band. (VI, 320 S.) 1883. M. 6.20
23. Bäuerliche Zustände in Deutschland. Zweiter Band. (VIII, 341 S.) 1883.
M. 6.20
24. Bäuerliche Zustände in Deutschland. Dritter (Schluß-) Band. (VIII, 381 S.) 1883. M. 7.20
25. Das Erbrecht und die Grundeigentumsverteilung im Deutschen Reiche. Von A. v. Miaskowski. Zweite (Schluß-) Abteilung. Das Familienfideikommiß, das landwirtschaftliche Erbgut und das Anerbenrecht. (VI, 476 S.) 1884.
M. 9.—
26. Die Arbeiterversicherung in Frankreich. Von M. v. d. Osten. (VIII, 177 S.) 1884. M. 3.60
27. Agrarische Zustände in Frankreich und England. Nach den neuesten Enqueten dargestellt von F. Freiherrn von Reitzenstein und E. Nasse. (X, 222 S.) 1884. M. 4.20
28. Verhandlungen der Generalversammlung von 1884 in Frankfurt a. M. (155 S.) 1884. (Vergriffen.)
29. Agrarische Zustände in Italien. Dargestellt von K. Th. Eheberg. (IX, 158 S.) 1886. M. 3.20
30. Die Wohnungsnot der ärmeren Klassen in deutschen Großstädten und Vorschläge zu deren Abhilfe. Erster Band. (XXI, 199 S. mit einem Plane.) 1886. M. 4.50
31. Die Wohnungsnot der ärmeren Klassen usw. Zweiter (Schluß-) Band. Mit 8 Steintafeln. (VIII, 388 S.) 1886. M. 8.60
32. Zur inneren Kolonisation in Deutschland. Erfahrungen und Vorschläge. (V, 229 S.) 1886. M. 4.80

33. Verhandlungen der Generalversammlung von 1886 in Frankfurt a. M. über die Wohnungsverhältnisse der ärmeren Klassen in Großstädten und über innere Kolonisation. (V, 139 S.) 1887. M. 2.80
34. Die Vorbildung zum höheren Verwaltungsdienst in den deutschen Staaten, Österreich und Frankreich. (VI, 203 S.) 1887. M. 4.—
35. Der Wucher auf dem Lande. Berichte und Gutachten. (XII, 354 S.) 1887. M. 6.80
36. Der Einfluß des Zwischenhandels auf die Preise auf Grund der Preisentwicklung im Aachener Kleinhandel. Von R. van der Borgh. (XII, 267 S. mit Tabellen.) 1888. M. 5.80
37. Untersuchungen über den Einfluß der distributiven Gewerbe auf die Preise. Berichte und Gutachten. (V, 200 S. mit 6 graph. Tafeln.) 1888. M. 4.60
38. Verhandlungen der Generalversammlung von 1888 in Frankfurt a. M. (V, 264 S.) 1889. M. 4.80
39. Die deutsche Hausindustrie. 1. Band: Literatur, heutige Zustände und Entstehung der deutschen Hausindustrie. Von W. Stieda. (VII, 158 S.) 1889. M. 3.20
40. Die deutsche Hausindustrie. 2. Band: Das nördliche Thüringen. Von H. Lehmann, M. Gau und E. Neubert. (XII, 137 S.) 1889. M. 2.80
41. Die deutsche Hausindustrie. 3. Band: Aus der Hausindustrie im südwestlichen Deutschland. (V, 124 S.) 1889. M. 2.80
42. Die deutsche Hausindustrie. 4. Band: Die Hausindustrie in Berlin, Osnabrück, im Fichtelgebirge und Schlesien. (X, 161 S.) 1890. M. 3.60
43. Die Landgemeinde in den östlichen Provinzen Preußens und die Versuche, eine Landgemeindeordnung zu schaffen. Von F. Keil. (XVIII, 217 und 110 S.) 1890. M. 6.40
44. Berichte über die Zustände und die Reform des ländlichen Gemeindewesens in Preußen. (XVI, 327 S.) 1890. M. 6.40
45. Arbeitseinstellungen und Fortbildung des Arbeitsvertrags. Berichte von E. Auerbach, W. Lotz und F. Zahn, herausgegeben und eingeleitet von L. Brentano. (VIII, 470 S.) 1890. M. 10.—
46. Arbeiterausschüsse in der deutschen Industrie. Gutachten, Berichte, Statuten, herausgegeben im Auftrage des Vereins für Sozialpolitik von M. Sering. (VI, 176 S.) 1890. M. 3.40
47. Verhandlungen der 1890 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins. (V, 288 S.) 1890. M. 5.—
48. Die deutsche Hausindustrie. 5. Band: Die Hausindustrie in der Stadt Leipzig und ihrer Umgebung. Von A. Lehr. (V, 130 S.) 1891. M. 2.40
49. Die Handelspolitik der wichtigeren Kulturstaaten in den letzten Jahrzehnten. 1. Band: Die Handelspolitik Nordamerikas, Italiens, Österreichs, Belgiens, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Schweiz. (XII, 645 S.) 1892. M. 11.60
50. Dasselbe. 2. Band: Die Ideen der deutschen Handelspolitik 1860 bis 1891. Von W. Lotz. (VIII, 210 S.) 1892. (Vergriffen.)
51. Dasselbe. 3. Band: Die Handelspolitik der Balkanstaaten (Rumänien, Serbien und Bulgarien), Spaniens und Frankreichs in den letzten Jahrzehnten. (VIII, 208 S.) 1892. M. 4.20
52. Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland. Herausgegeben von E. v. Philippovich. (XXXIII, 479 S.) 1892. M. 10.—

53. Die Verhältnisse der Landarbeiter in Deutschland. 1. Band: Die Verhältnisse der Landarbeiter in Nordwestdeutschland. (XXIV, 455 S.) 1892.
M. 9.—
54. Dasselbe. 2. Band: Die Verhältnisse der Landarbeiter in Hohenzollern, im Regierungsbezirk Wiesbaden, in Thüringen, Bayern, im Großherzogtum Hessen usw. (VI, 765 S.) 1892.
M. 14.40
55. Dasselbe. 3. Band: Die Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland. Von Max Weber. (XI, 891 S.) 1892.
M. 16.20
56. Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland. Von M. Sering. (IX, 330 S.) 1893.
(Vergriffen.)
57. Die Handelspolitik Englands und seiner Kolonien in den letzten Jahrzehnten. Von C. J. Fuchs. (VIII, 358 S.) 1893.
M. 6.40
58. Verhandlungen der Generalversammlung von 1893 in Berlin über die ländliche Arbeiterfrage und über die Bodenbesitzverteilung und die Sicherung des Kleingrundbesitzes. (V, 226 S.) 1893.
M. 4.80
59. Die englischen Landarbeiter in den letzten 100 Jahren und die Eingehungen. Von W. Hasbach. (XII, 410 S.) 1894.
M. 8.—
60. Über wirtschaftliche Kartelle in Deutschland und im Auslande. (XI, 256 und 326 S.) 1894.
(Vergriffen.)
61. Verhandlungen der am 28. und 29. September 1894 in Wien abgehaltenen Generalversammlung des Vereins. (V, 542 S.) 1895.
M. 10.—
62. Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland mit besonderer Rücksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Großindustrie. 1. Band: Königreich Preußen. Erster Teil. (XVIII, 459 S.) 1895.
M. 9.—
63. Dasselbe. 2. Band: Königreich Sachsen. Erster Teil. (VII, 424 S.) 1895.
M. 8.—
64. Dasselbe. 3. Band: Süddeutschland. Erster Teil. (VII, 572 S.) 1895.
M. 10.80
65. Dasselbe. 4. Band: Königr. Preußen. Zweiter Teil. (XIV, 562 S.) M. 10.80
66. Dasselbe. 5. Band: Königreich Sachsen. Zweiter Teil. (XIII, 624 S.) 1896.
M. 11.60
67. Dasselbe. 6. Band: Königreich Sachsen. Dritter Teil. (XI, 705 S.) 1897.
M. 14.40
68. Dasselbe. 7. Band: Königreich Preußen. Dritter Teil. (XII, 603 S.) 1896.
M. 11.20
69. Dasselbe. 8. Band: Süddeutschland. Zweiter Teil. (XI, 550 S.) 1897.
M. 10.80
70. Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland mit besonderer Rücksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Großindustrie. 9. Band: Verschiedene Staaten. Mitarbeiterverzeichnis, Orts- und Sachregister für Band 1—9. (XIV, 734 S.) 1897.
M. 15.—
71. Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Österreich mit besonderer Rücksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Großindustrie. (XXIX, 690 S.) 1896.
M. 14.40
72. Englische Auswanderung und Auswanderungspolitik im 19. Jahrhundert. Von K. Rathgen. — Einwanderung und Einwanderungsgesetzgebung in Nordamerika und Brasilien. Von R. Mayo-Smith und R. A. Hehl. (XI, 302 S.) 1896.
M. 6.20

73. Der Personalkredit des ländlichen Kleingrundbesitzes in Deutschland.
1. Band: Süddeutschland. (XVI, 414 S. mit 3 Tabellen in Folio.) 1896.
M. 8.—
74. Dasselbe. 2. Band: Mittel- und Norddeutschland. (VI, 456 S. mit 4 Tabellen
in Folio.) M. 10.—
75. Der Personalkredit des ländlichen Kleingrundbesitzes in Österreich. (XIV,
394 S. mit 5 Tabellen in Folio.) 1898. M. 8.—
76. Verhandlungen der vom 23. bis 25. September 1897 in Köln abgehaltenen
Generalversammlung. (IV, 456 S.) 1898. M. 9.—
77. Untersuchungen über die Lage des Hausiergewerbes in Deutschland.
1. Band. (XX, 520 S.) 1898. M. 10.—
78. Dasselbe. 2. Band. (X, 264 S.) 1898. M. 5.—
79. Dasselbe. 3. Band. (VIII, 303 S.) 1899. M. 6.20
80. Dasselbe. 4. Band. (VIII, 461 S.) 1899. M. 9.—
81. Dasselbe. 5. Band. Mit Register über Band 77—81. (XII, 353 S.) 1899.
M. 7.20
82. Untersuchungen über die Lage des Hausiergewerbes in Österreich. (LXXI,
339 S.) 1899. M. 8.60
83. Untersuchungen über die Lage des Hausiergewerbes in Schweden, Italien,
Großbritannien und der Schweiz. (VIII, 223 S.) 1899. M. 4.50
84. Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich. 1. Band:
Süddeutschland und Schlesien. (XX, 506 S.) 1899. M. 10.40
85. Dasselbe. 2. Band: Die Hausindustrie der Frauen in Berlin. (LX, 616 S.)
1899. M. 14.—
86. Dasselbe. 3. Band: Mittel- und Westdeutschland. Österreich. (VII, 550 S.)
1899. M. 11.20
87. Dasselbe. 4. Band: Gesetzgebung, Statistik und Übersichten. (VIII, 277 S.)
1899. M. 6.20
88. Verhandlungen der 1899 in Breslau abgehaltenen Generalversammlung
(über Hausindustrie, Hausiergewerbe, Entwicklungstendenzen im modernen
Kleinhandel. (V, 310 S.) 1900. M. 6.20
89. Eisenbahntarife und Wasserfrachten. Herausgegeben von W. Lotz. (XLIII,
498 S.) 1900. M. 10.80
90. Beiträge zur neuesten Handelspolitik Deutschlands. 1. und 2. Band.
(XI, 336 und VIII, 222 S.) 1900. 1901. (Vergriffen.)
92. Dasselbe. 3. Band: Zum Abschluß eines neuen deutsch-russischen Handels-
vertrags. Von P. Arndt. — Die Handelspolitik des Deutschen Reichs unter
Caprivi und Hohenlohe, 1890—1900. Von W. Lotz. (VIII, 218 S.) 1901.
M. 4.20
93. Beiträge zur neuesten Handelspolitik Österreichs. (IX, 314 S.) 1901. M. 6.20
94. Neue Untersuchungen über die Wohnungsfrage in Deutschland und im
Ausland. 1. Band. 1. Abteilung. (IX, 384 S.) 1901. M. 8.60
95. Dasselbe. 1. Band. 2. Abteilung. (VIII, 364 S.) 1901. M. 7.20
96. Dasselbe. 2. Band. (VIII, 302 S.) 1901. M. 5.80
97. Dasselbe. 3. Band. (VII, 327 S.) 1901. M. 6.40
98. Verhandlungen der Generalversammlung in München, 23., 24. und 25. Sep-
tember 1901, über die Wohnungsfrage und die Handelspolitik. (V, 476 S.)
1902. M. 9.—

99. Untersuchungen über die Lage der Angestellten und Arbeiter in den Verkehrsgewerben. Herausgegeben von Freiherrn v. Berlepsch. (XVI, 563 S.) 1902. M. 11.20
100. Die Schifffahrt der deutschen Ströme. Untersuchungen über deren Abgabenwesen, Regulierungskosten und Verkehrsverhältnisse. 1. Band: Mit Beiträgen von G. Bindewald, O. G. Giersberg, G. Seibt. Herausgegeben von G. Cohn. (IX, 342 S.) 1903. M. 7.40
101. Dasselbe. 2. Band: Geschichtliche Entwicklung der Rheinschifffahrt im 19. Jahrhundert. Von E. Gothein. (IX, 306 S.) 1903. M. 6.20
102. Dasselbe. 3. Band: Mit Beiträgen von W. Nasse, F. Schulte und A. Wirminghaus. (XII, 554 S.) 1905. M. 11.—
103. I. Die Lage der in der Seeschifffahrt beschäftigten Arbeiter. 1. Abteilung: Die wirtschaftliche und technische Entwicklung der Seeschifffahrt von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis auf die Gegenwart. Von E. Fitger. (XI, 141 S.) 1902. M. 2.80
103. II. Dasselbe. 2. Abteilung: Herausgegeben von E. Francke. (VII, 399 S.) 1903. M. 8.—
104. I. Dasselbe. 2. Band. 1. Abteilung. (VII, 614 S.) 1903. M. 12.60
104. II. Dasselbe. 2. Band. 2. Abteilung: Lage der in der österreichischen Seeschifffahrt beschäftigten Arbeiter. 10 Abhandl. (X, 248 u. 182 S.) 1904. M. 8.—

Band 105–112. Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff.

105. (I.) Textilindustrie. Mit Beiträgen von H. Potthoff, H. Sybel, K. Kuntze. (XVI, 321 S.) 1903. M. 6.80
106. (II.) Montan- und Eisenindustrie. Mit Beiträgen von O. Bosselmann, Th. Vogelstein, F. Kuh. (VI, 228 S.) 1903. M. 4.50
107. (III.) Maschinenindustrie von P. Steller. — Elektrotechnische Industrie von J. Loewe. — Schiffsbaugewerbe von R. Schachner. — Papierindustrie von F. Demuth. (VII, 283 S.) 1903. M. 5.80
108. (IV.) Verkehrsgewerbe. Mit Beiträgen von R. Schachner, Erler, Stubmann. (VI, 245 S.) 1903. M. 4.80
109. (V.) Die Krisis auf dem Arbeitsmarkte. Mit Beiträgen von J. Jastrow, A. Heinecke, R. Calwer, K. Singer, L. Cohn, Landsberg, W. Bloch. (XVI, 281 und 102 S.) 1903. M. 8.—
110. (VI.) Geldmarkt. Kreditbanken. Mit Beiträgen von F. Hecht, K. Helfferich, E. Loeb, A. Weber, A. Arnold, E. Heinemann, A. Levinger und R. Esser. (X, 560 S.) 1903. M. 11.40
111. (VII.) Hypothekenbanken. Immobilienverhältnisse. Baugewerbe. Mit Beiträgen von F. Hecht, E. Kritzler, J. Feig, H. Silbergleit, L. Maaß, R. Goldschmidt, A. Schuster. (XX, 420 S.) 1903. M. 8.60
112. (VIII.) Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff. in ihren Rückwirkungen auf die industriellen, Effekten- und Geldmarktverhältnisse Österreichs. (XV, 261 S.) 1903. M. 5.40

113. Verhandlungen der Generalversammlung in Hamburg 1903 über die Lage der in der Seeschifffahrt beschäftigten Arbeiter und über die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900ff. Mit Referaten von E. Francke, Pohlis, W. Sombart, F. Hecht, J. Jastrow. (VI, 318 S.) 1903. M. 6.20
114. Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland und Frankreich. Von A. Günther und R. Prévôt. (X, 276 S.) 1905. M. 5.40
115. I. Schiffsabgaben. Von Max Peters. Erster Teil. Die Rechtslage. (XII, Nachtrag und 339 S.) 1906. M. 6.60
115. II. III. Dasselbe. Zweiter und dritter Teil. Die wirtschaftliche Lage. Die verkehrspolitische Lage. (VIII, 340 S.) 1908. M. 6.80
116. Verhandlungen der Generalversammlung in Mannheim vom 25. bis 28. September 1905 über die finanzielle Behandlung der Binnenwasserstraßen. Mit Referaten von H. Schumacher und L. Wirminghaus, ferner über das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben mit Referaten von L. Brentano und E. Leidig, und über das Verhältnis der Kartelle zum Staate mit Referaten von G. Schmoller und E. Kirndorf. (VI, 446 S.) 1906. M. 8.60

Band 117–123. Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte

117. (I.) Königreich Preußen. 1. Band. Mit Beiträgen von H. Kappellmann, H. Dove, P. Lüddeckens, A. Glücksmann und H. Geffcken. (XIV, 300 S.) 1906. M. 6.20
118. (II.) Dasselbe. 2. Band. Mit Beiträgen von P. Fuß, F. Adler und P. Troje. (VIII, 209 S.) 1906. M. 4.20
119. I. (III.) Dasselbe. 3. Band. Erster Teil. Preußische Städte im Gebiete des polnischen Nationalitätenkampfes. Von Franz Zitzlaff, Fritz Vosberg, Karpinski. (XLVI, 202 S.) 1909. M. 4.40
119. II. (III.) Dasselbe. 3. Band. Zweiter Teil. Die Stadt Posen unter preußischer Herrschaft. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Ostens von Moritz Jaffé. (XIV, 453 S.) 1909. M. 9.—
120. I. (IV. 1.) Königreich Sachsen. Mit Beiträgen von G. Häpe, R. Heinze, L. Ludwig-Wolf und J. Hübschmann. (VI, 185 S.) 1905. M. 3.60
120. II. (IV. 2.) Königreich Württemberg. Von E. Springer. (VI, 113 S.) 1905. M. 2.40
120. III. (IV. 3.) Großherzogtum Baden. Mit Beiträgen von E. Walz, L. Landmann und J. Ehrler. (VI, 203 S.) 1906. M. 4.—
120. IV. (IV. 4.) Königreich Bayern. Mit Beiträgen von B. Stern und F. Morgenstern. (VI, 190 S.) 1906. M. 3.80
120. V. (IV. 5.) Die Hansestädte. Mit Beiträgen von G. Seelig und J. Bollmann. (VIII, 46 S.) 1907. M. 1.—
121. (V.) Die Schweiz. Mit Beiträgen von C. Escher, M. Huber, A. Im Hof, H. Fazy und A. Bandelier. (VI, 144 S.) 1906. M. 2.80
122. (VI.) Österreich. Mit Beiträgen von J. Redlich, L. Spiegel, L. Vogler, C. Horáček, O. Gluth, B. Kafka und C. Vogel. (VI, 142 u. 252 S.) 1907. M. 8.—
123. (VII.) England. — Frankreich. — Nordamerika. Mit Beiträgen von F. W. Hirst, H. Berthelémy, Frank J. Goodnow, Delos F. Wilcox. (XVIII, 228 und 300 S.) 1908. M. 10.80

- 124.** Die deutschen Arbeitgeberverbände von Gerhard Keßler. (XVI, 386 S.) 1907. (Vergriffen.)
- 125.** Verhandlungen der Generalversammlung in Magdeburg vom 30. September bis 2. Oktober 1907 über: 1. Die berufsmäßige Ausbildung der volkswirtschaftlichen Beamten, mit Referaten von K. Bücher und M. Behrend. 2. Die Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte, mit Referaten von E. Loening, E. Walz und K. Flesch. Mit einem Nachtrag über das Königreich Württemberg von E. Springer zu Band 120. II. (VI, 398 S.) 1908. M. 8.—

Band 126–127. Gemeindefinanzen

- 126.** (I.) System der Gemeindebesteuerung in Hessen, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen, Bayern, Sachsen, Preußen. Mit Beiträgen von Becker-Trüdinger, J. Ehrler, Eichelmann. Th. Kutzer, H. v. Nostitz, Ernst Scholz. (XII, 318 S.) 1908. M. 6.20
- 127.** I. (II, 1.) Einzelfragen der Finanzpolitik der Gemeinden. Mit Beiträgen von O. Landsberg, E. Mischler, W. Boldt, A. Pohlmann, Th. Kutzer. (VIII, 236 S.) 1910. M. 4.80
- 127.** II. (II, 2.) Die Gemeindefinanzstatistik in Deutschland. Ziele, Wege, Ergebnisse. Von Otto Most. (VIII, 274 S.) 1910. M. 6.—
- 127.** III. (II, 3.) Die Entwicklung und die Probleme des Gemeindeabgabewesens in den Städten und großen Landgemeinden der preußischen Industriebezirke. Von H. Lückner. (VIII, 44 S.) 1910. (Vergriffen.)

Band 128–130. Gemeindebetriebe. Neuere Versuche und Erfahrungen über die Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit in Deutschland und im Ausland. Herausgegeben von C. Johs. Fuchs

- 128.** (I.) Mit Beiträgen von P. Mombert, Th. Kutzer, H. Silbergleit, E. v. Dunker, L. Spiegel, J. Ehrler, E. v. Fürth, Lea Wormser, W. Weis, E. Mollwo, M. Spiegel, Ph. Stein. (XII, 440 S.) 1908. M. 9.—
- 129.** I. (II, 1.) Die Gemeindebetriebe Münchens. Von Ernst Busse. (VIII, 176 S.) 1908. M. 3.60
- 129.** II. (II, 2.) Die Gemeindebetriebe der Stadt Düsseldorf. Von Otto Most. (VIII, 164 S. und eine Karte.) 1909. M. 3.40
- 129.** III. (II, 3.) Die Gemeindebetriebe der Städte Magdeburg, Naumburg a. S., Frankfurt a. M. Von O. Landsberg, E. W. Schiele und Aug. Busch. (VI, 174 S.) 1909. M. 3.60
- 129.** IV. (II, 4.) Die Gemeindebetriebe Mannheims. Von Otto Moericke. (VI, 192 S.) 1909. M. 4.—
- 129.** V. (II, 5.) Die Gemeindebetriebe der Stadt Freiburg im Breisgau. Von Jos. Ehrler. (VI, 100 S.) 1909. M. 2.20
- 129.** VI. (II, 6.) Die Gemeindebetriebe der Stadt Remscheid. Von Bucerius. (VI, 60 S.) 1909. M. 1.20

129. VII. (II, 7.) Die Gemeindebetriebe der Stadt Leipzig. Von Paul Weigel. (VI, 155 S.) 1909. M. 3.20
129. VIII. (II, 8.) Die Gemeindebetriebe der Stadt Halle a. S. Mit Beiträgen von G. Goldstein, H. Wasmuth und P. Ochse. (VIII, 86 S., 2 Tafeln.) 1910. M. 2.—
129. IX. (II, 9.) Die Gemeindebetriebe der Stadt Königsberg i. Pr. Von G. Neuhaus. (VIII, 142 S., ein Stadtplan.) 1910. M. 3.—
129. X. (II, 10.) Die Gemeindebetriebe in den Städten, Kreisen und Landgemeinden des Oberschlesischen Industriebezirks. Von H. Lücker. (VIII, 82 S., ein Plan.) 1910. M. 1.80
130. I. (III, 1.) Die Gemeindebetriebe in Österreich. Die Städte: Prag, Wien, Brixen und Salzburg. Mit Beiträgen von C. Horaček, Karl Schwarz, K. T. Wächter, L. Bernard und Julius Sylvester. (VIII, 239 S. und zwei graphische Tabellen.) 1909. M. 5.—
130. II. (III, 2.) Geschichte der modernen Gemeindebetriebe in Italien. Von Gisela Michels-Lindner. (VI, 255 S.) 1909. M. 5.20
130. III. (III, 3.) Gemeindebetriebe in der Schweiz, in Belgien und in Australien. Von Eugen Großmann, Ernest Brees und Robert Schachner. (VI, 123 S.) 1909. M. 2.40
130. IV. (III, 4.) Gemeindebetriebe in Frankreich und England. Von H. Berthélemy und Douglas Knoop. (VI, 78 S.) 1910. M. 1.60
130. V. (III, 5.) Die Gemeindebetriebe in Ungarn. Von Emerich Basch. (VI, 176 S.) Mit einer Karte von Budapest. 1912. M. 4.50

-
131. Auswanderung und Auswanderungspolitik in Österreich. Von Leopold Caro (VIII, 284 S.) 1909. (Vergriffen.)
132. Verhandlungen der Generalversammlung in Wien vom 27. bis 29. September 1909. (VI, 638 S.) 1910. (Vergriffen.)

Band 133–135. Untersuchungen über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiter in den verschiedenen Zweigen der Großindustrie

133. (I.) Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie. Dargestellt an den Verhältnissen der „Gladbacher Spinnerei und Weberei“ A.-G. in München-Gladbach im Rheinland. Von Marie Bernays. (XXI, 417 S.) 1910. (Vergriffen.)
134. (II.) Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der Elektroindustrie, Buchdruckerei, Feinmechanik und Maschinenindustrie. Mit Beiträgen von Bieńkowski, H. Hinke, Cl. Heiß, J. Deutsch und D. Landé. (IX, 498 S.) 1910. (Vergriffen.)
135. I. (III.) Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der Automobilindustrie und einer Wiener Maschinenfabrik. Mit Beiträgen von Fritz Schumann und Richard Sorer. (IV, 257 S.) 1911. M. 5.40
135. II. (IV.) Das Leben der jungen Fabrikmädchen in München. Von Rosa Kempf. (XIV, 244 S.) 1911. (Vergriffen.)

135. III. (V.) Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der Lederwaren-, Steinzeug- und Textilindustrie. Mit Beiträgen von Max Morgenstern, Kar, Keck und Marie Bernays. (VIII, 389 S. und 14. Tab.) 1912. M. 8.40
135. IV. (VI.) Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie. Dargestellt an den Verhältnissen einer Luckenwalder Wollhutfabrik. Von Elise Herrmann. (IV, 63 S.) 1912. M. 1.60

Band 136–137. III. Untersuchungen über das Volkssparwesen

136. (I.) Herausg. vom Verein f. Sozialpolitik. (XVIII, 602 S.) 1912. M. 14.40
137. I. (II.) Herausgegeben vom Verein für Sozialpolitik. (VIII, 424 S.) 1913. M. 10.—
137. II. (III.) Herausg. vom Verein f. Sozialpolitik. (VI, 309 S.) 1913. M. 7.20
137. III. (IV.) Herausgegeben vom Verein für Sozialpolitik. (VIII, 373 S.) 1913. M. 8.60
137. IV. Untersuchungen über das Versicherungswesen in Deutschland. Herausgegeben vom Verein für Sozialpolitik. (V, 362 S.) 1913. M. 8.—

138. Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Nürnberg 1911. Zur Eröffnung. Von G. Schmoller. I. Fragen der Gemeindebesteuerung mit Berichten von Walter Lotz und Walter Boldt. II. Probleme der Arbeiterpsychologie unter besonderer Rücksichtnahme auf Methode und Ergebnisse der Vereinserhebungen. Mit einem Bericht von Heinrich Herkner. (VI, 216 S.) 1912. M. 4.50

Band 139–146. Untersuchungen über Preisbildung

Abteilung A: Preisbildung bei agrarischen Erzeugnissen. Herausgegeben von Max Sering.

139. I. Gebiete der intensiven Landwirtschaft. I. Die Preisbildung und Preisentwicklung für Vieh und Fleisch am Berliner Markte (für Schweine). Von Heinrich Gerlich. Mit zwei graph. Tafeln. (IV, 160 S.) 1911. M. 3.60
139. II. Gebiete der intensiven Landwirtschaft. II. Die Verteuerung der Lebensmittel in Berlin im Laufe der letzten 30 Jahre und ihre Bedeutung für den Berliner Arbeiterhaushalt. Von Gustav Brutzer. (V, 87 S.) 1912. M. 2.80
139. III. Gebiete der intensiven Landwirtschaft. III. Die Bewegung der Weizenpreise und ihre Ursachen. Von Louis Perlmann. (73 S.) 1914. M. 1.80
139. V. Gebiete der intensiven Landwirtschaft. V. Die Fleischversorgung der Stadt München. Von Walther Klose. Mit 5 graph. Darstellungen. (VII, 112 S.) 1914. M. 3.—
140. I. Milchwirtschaftliche Erzeugnisse. I. Die Milchversorgung der Stadt Karlsruhe, unter besonderer Berücksichtigung der Produktions- und Preisverhältnisse. Von Georg Berg. Mit einer Karte. (VIII, 168 S.) 1912. M. 4.—

140. II. Milchwirtschaftliche Erzeugnisse. II. Die Milchversorgung norddeutscher Städte und Industriegebiete. Mit Beiträgen von C. Meinert, Vollrath Thiele, Walter Schöne, A. Oeser und Wilhelm Arnoldi. (VIII, 560 S.) 1914. M. 12.60
140. III. Milchwirtschaftliche Erzeugnisse. III. Produktion, Absatz, Preisbildung von Molkereierzeugnissen. Beiträge von Eirik Jahn, Hübner, A. Geiger und Kurt Teichert. (V, 423 S.) 1915. M. 9.60
140. IV. Milchwirtschaftliche Erzeugnisse. IV. Die Milchversorgung in Württemberg. Von Otto Trüdinger. (IV, 127 S.) 1914. M. 3.20
140. V. Milchwirtschaftliche Erzeugnisse. V. Die gemeinnützige Milchversorgung in Deutschland. Mit Beiträgen von A. Witzenhausen und Kamp. (XII, 164 S.) 1914. M. 4.20
141. I. Gebiete der extensiven Landwirtschaft. I. Die landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse Argentinien. Von E. Pfannenschmidt. (V, 89 S.) 1913. M. 2.20
141. II. Gebiete der extensiven Landwirtschaft. II. Die Entwicklung der Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und ihr Einfluß auf die Preisbildung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Von Max Augstin. Mit einer Karte. (IV, 149 S.) 1914. M. 3.60
- Abteilung B: Preisbildung bei gewerblichen Erzeugnissen. Herausgegeben von Franz Eulenburg.
142. I. Preisbildung bei industriellen Rohstoffen und Fabrikaten. Deutschland, 1. Band. I. Buchdruck, unedle Metalle, Braunkohlen. Mit Beiträgen von Theodor Francken, Lothar Hertel, Johannes Schrader. (VIII, 251 S.) 1912. M. 5.40
142. II. Preisbildung bei industriellen Rohstoffen und Fabrikaten. Deutschland, 1. Band. II. Die Preisgestaltung im Druckereigewerbe. Von Carl Bertenburg. (VIII, 140 S.) 1912. M. 3.20
142. III. Preisbildung bei industriellen Rohstoffen und Fabrikaten. Deutschland, 1. Band. III. Unedle Metalle, Braunkohlen, Drahtweberei. Mit Beiträgen von H. Schrader, W. Czempin, G. Schwalenberg. (V, 286 S.) 1914. M. 6.40
142. IV. Preisbildung bei industriellen Rohstoffen und Fabrikaten. Deutschland, 1. Band. IV. Die Preisentwicklung der Baumwolle und Baumwollfabrikate. Mit Beiträgen von K. Apelt und Ernst Ilgen. (V, 161 S.) 1914. M. 3.80
142. V. Preisbildung bei industriellen Rohstoffen und Fabrikaten. Deutschland, 1. Band. V. Die Preisentwicklung in der Steinkohlengasindustrie. Von Walter le Coutre. (IV, 150 S.) 1914. M. 3.60
143. I. Preisbildung bei industriellen Rohstoffen und Fabrikaten. Deutschland, 2. Band. I. Ziegelpreise, Steinkohlenmarkt. Mit Beiträgen von G. Paschke und W. Bockhoff. (IX, 220 S.) 1914. M. 5.20
143. II. Preisbildung bei industriellen Rohstoffen und Fabrikaten. Deutschland, 2. Band. II. Steinkohlenpreise und Dampfkraftkosten. Von Manuel Saitzew. Mit 7 Diagrammen. (VIII, 429 S.) 1914. M. 10.—
143. III. Preisbildung bei industriellen Rohstoffen und Fabrikaten. Deutschland, 2. Band. III. Die Preisbewegung elektrischer Arbeit seit 1898. Von Gustav Siegel. (IV, 202 S.) 1914. M. 4.50

144. Preisbildung bei industriellen Rohstoffen und Fabrikaten. Ausland. I. Preisbildung bei gewerblichen Erzeugnissen in Belgien. Mit Beiträgen von De Leener, Max L. Gérard, L. Lobet, Ed. Mathus und P. Stévant. Im Auftrage des Vereins für Sozialpolitik herausgegeben von Ernest Mahaim. (XVIII, 349 S.) 1914. M. 8.—

Abteilung C: Kosten der Lebenshaltung. Herausg. von Franz Eulenburg.

145. I. Kosten der Lebenshaltung in deutschen Großstädten. I. Ost- und Norddeutschland. Erste Hälfte. Mit Beiträgen von F. Thieme, J. Hartwig, Fischer, J. Katz, F. Tägtmeyer, R. Herbst, R. Gohr, E. Neißer. (XI, 480 S.) 1914. M. 10.80
145. II. Kosten der Lebenshaltung in deutschen Großstädten. II. West- und Süddeutschland. Mit Beiträgen von M. Meyer, H. Haacke, A. Busch, K. Eichelmann, E. Hofmann, J. Schoelkens, W. Morgenroth, O. Most, F. Tägtmeyer. (V, 422 S.) 1914. M. 10.—
145. III. Löhne und Lebenskosten in Westeuropa im 19. Jahrhundert. (Frankreich, England, Spanien, Belgien.) Nebst einem Anhang: Lebenskosten deutscher und westeuropäischer Arbeiter früher und jetzt. Von Carl von Tyszka. (VIII, 291 S.) 1914. M. 7.20
145. IV. Kosten der Lebenshaltung in deutschen Großstädten. I. Ost- und Norddeutschland. Zweite Hälfte. Mit Beiträgen von E. Meyer-Pollack, H. Hennig, R. Fischer, R. E. May und R. Herbst. (V, 538 S.) 1915. M. 12.20
146. I. Untersuchungen über die Lebenskosten in der Schweiz. Mit Beiträgen von E. Ackermann, P. Groß, W. Kaufmann, Jakob Lorenz und A. Menzi. Im Auftrage des Vereins für Sozialpolitik herausgegeben von Stephan Bauer. (XXIII, 303 S.) 1917. M. 7.20
146. II. Lebenshaltung des Mittelstandes. Statistische und theoretische Untersuchungen zur Konsumtionslehre von Adolf Günther, mit einem Beitrag von Heinrich Neumann. (XII, 177 S.) 1920. M. 4.50

Band 147. Die Ansiedlung von Europäern in den Tropen

147. I. Deutsch-Ostafrika als Siedlungsgebiet für Europäer, unter Berücksichtigung Britisch-Ostafrikas und Nyassalands. (IX, 114 S.) 1912. (Vergriffen.)
147. II. Mit Beiträgen von Karl Sapper, D. van Blom und J. A. Netherburgh: Mittelamerika, Kleine Antillen, Niederländisch-West- und -Ostindien. (V, 171 S.) 1912. M. 4.20
147. III. Mit Beiträgen von Maurice S. Evans, Hardy und Karstedt: Natal, Rhodesien, Britisch-Ostafrika. (V, 162 S.) 1913. M. 3.80
147. IV. Britisch-Kaffraria und seine deutschen Siedlungen. Von Johannes Spanuth. Mit einer Karte. (IV, 82 S.) 1914. M. 2.20
147. V. Die deutschen Kolonisten im brasilianischen Staate Espirito Santo. Von Ernst Wagemann. Mit 14 Abbildungen und 2 Karten. (X, 151 S.) 1915. M. 4.50

148. Preisbewegung landwirtschaftlicher Güter in einigen Teilen Bayerns während der Jahre 1900 bis 1910. Mit Beiträgen von Michael Horlacher, Franz Hörenz, Jörgen Hansen, V. J. Fröhlich und einer Einleitung von Lujo Brentano. Mit zwei Karten. (XXI, 711 S.) 1914. M. 16.20
149. I. Der Einfluß der Golderzeugung auf die Preisbildung 1890 bis 1913. Herausgegeben von Arthur Spiethoff. I. Teil: Die allgemeine Preisbewegung 1890 bis 1913. Von Wilhelm Gehlhoff. (XVI, 450 S. mit Anhang von 16 Tabellen.) 1928. M. 16.20
(Bd. II erscheint nicht.)

Band 150–151. Untersuchungen über Konsumvereine

150. I. Die Konsumvereinsbewegung in den einzelnen Ländern. I. Die Konsumvereinsbewegung in Großbritannien. Von Theodor O. Cassau. (XXII, 230 S.) 1915. M. 5.40
150. II. Die Konsumvereinsbewegung in den einzelnen Ländern. II. Die Konsumvereine in Rußland. Von V. Totomianz. (70 S.) 1922. M. 1.80
150. III. Die Konsumvereinsbewegung in den einzelnen Ländern. III. Die Konsumvereine in Holland, Japan, Österreich und der Schweiz. Von G. I. W. C. Goedhart, S. Kuruma, S. Kaff und K. Pettermand. (VI, 83 S.) 1923. M. 2.20
150. IV. Die Konsumvereinsbewegung in den einzelnen Ländern. IV. Die Konsumvereinsbewegung in Deutschland. Von Theodor O. Cassau. (XII, 142 S.) 1924. M. 3.20
150. V. Die Konsumvereinsbewegung in den einzelnen Ländern. V. Die Konsumgenossenschaftsbewegung in Frankreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika. Von Ch. Gide und I. P. Warbasse. Der Internationale Genossenschaftsbund. Von V. Totomianz. Mit einem Schlußwort von R. Wilbrandt. (VI, 54 S.) 1924. M. 1.40
151. I. Monographien aus dem Konsumvereinswesen. I. Eduard Pfeiffer und die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung. Von Karl Bittel. (XI, 171 S.) 1915. M. 4.20
151. II. Monographien aus dem Konsumvereinswesen. II. Einkaufsvereinigungen auf dem Lande. Mit Beiträgen von M. Grabein, N. Feldmann, E. Köhler, K. Goebel. (VI, 111 S.) 1916. M. 2.80
151. III. Der Stand der Gesetzgebung über Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften in den wichtigsten Kulturländern bis Kriegsausbruch 1914. Von Ludwig Waldecker. (VIII, 162 S.) 1919. M. 4.20

-
152. I. Die geistigen Arbeiter. I. Freies Schriftstellertum und Literaturverlag. Herausgegeben von L. Sinzheimer. (XII, 479 S.) 1922. M. 10.80
152. II. Die geistigen Arbeiter. II. Journalisten und bildende Künstler. Herausgegeben von E. Francke und W. Lotz. (VI, 175 S.) 1922. M. 4.50
153. Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der Schuhindustrie und einem oberschlesischen Walzwerke. Mit Beiträgen von Richard Watteroth und Friedrich Syrup. (Untersuchungen über Auslese und An-

- passung [Berufswahl und Berufsschicksal] der Arbeiter in den verschiedenen Zweigen der Großindustrie. Neue Folge.) (VIII, 218 S.) 1915. M. 5.—
154. I. Kapitalbildung und Kapitalverwendung. I. Das Depositengeschäft der Berliner Großbanken. Von Gustav Motschmann. (XXI, 662 S.) 1915. M. 15.20
154. II. Kapitalbildung und Kapitalverwendung. II. Die Hypothekenbanken. Von Fritz Schulte. (XVIII, 508 S. und 1. Tab.) 1918. (Vergriffen.)
155. I. II. Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten. Herausgegeben von Heinrich Herkner. Drei Teile. 1916. I. u. II. Teil. (XIV, 403, X, 496 S.) (Vergriffen.)
155. III. Aussprache in der Sitzung des Ausschusses vom 6. April 1916 zu Berlin. (XII, 127 S.) M. 3.60
156. I. Die Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft. Herausgegeben von Heinrich Herkner. I. Mit Beiträgen von K. Diehl, H. Dietzel, E. Gothein, W. Lotz, P. Mombert und F. Somary. (VIII, 345 S.) 1917. (Vergriffen.)
156. II. Dasselbe. II. Mit Beiträgen von G. Cohn, F. Eulenburg, A. Günther, P. Homburger, E. Jaffé, O. Most, O. Schwarz und G. Strutz. (VI, 408 S.) 1918. M. 10.80
156. III. Dasselbe. III. Aussprache in der Sitzung des Ausschusses vom 17. April 1918 zu Berlin. (VIII, 138 S.) 1918. M. 4.20
157. II. Neue Beiträge zur Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft. Herausgegeben von Heinrich Herkner. II. Englische und preußische Steuerveranlagung. Ein Vergleich des englischen mit dem preußischen System der Einkommensbesteuerung (Quellenprinzip contra Empfängerprinzip). Von Heinrich Dietzel. (VIII, 62 S.) 1919. M. 1.80 (Bd. 157. I erscheint nicht.)
158. Wirtschaftliche Verhältnisse Deutsch-Österreichs. Herausgegeben von Michael Hainisch. Mit Beiträgen von L. Joas, M. Hainisch, A. Bachofen, P. Grünwald, H. Höfer, S. Strakosch, L. Mises und G. Stolper. (VIII, 171 S.) 1919. M. 4.50
159. Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Regensburg 1919 zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch-Österreich und zur Sozialisierungsfrage. Mit einem Nachruf auf Gustav Schmoller von Heinrich Herkner und einer Gedächtnisrede auf Eugen Philippovich von Michael Hainisch nebst Berichten von Lusensky, Stolper, Lederer, Vogelstein, Eulenburg und von Wiese. (VIII, 277 S.) 1920. M. 6.80
160. Die Reform der staatswissenschaftlichen Studien. Herausgegeben von J. Jastrow. (XII, 450 S.) 1920. M. 10.80
161. Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Kiel 1920 über die Reform der staatswissenschaftlichen Studien. II. Teil. (VIII, 260 S.) 1921. M. 6.40
162. Deutsch-Österreich. Neue Beiträge über seine wirtschaftlichen Verhältnisse. Herausgegeben von Gustav Stolper. Mit Beiträgen von G. Stolper, M. Sokal, F. Schmid-Dasatiel, H. v. Wittek, E. Leisching und J. Stradner. (VIII, 207 S.) 1921. M. 4.80

163. Die Zukunft der Sozialpolitik. Die Not der geistigen Arbeiter. Jubiläumstagung des Vereins für Sozialpolitik in Eisenach 1922. Mit Beiträgen zum 50jährigen Jubiläum des Vereins von L. Brentano, G. F. Knapp, L. Ludwig-Wolf und F. Boese. (VIII, 264 S.) 1923. M. 5.40

Band 164–169. Währung, Zahlungsbilanz und Stabilisierungsfrage.

Veranstaltet von K. Diehl und F. Somary

164. I. Gutachten, herausgegeben von E. Lederer. I. Valutafrage und öffentliche Finanzen in Deutschland. Von Walther Lotz. (VI, 118 S.) 1923. M. 2.20
164. II. Gutachten, herausgegeben von E. Lederer und M. Palyi. II. Die geldtheoretische und geldrechtliche Seite des Stabilisierungsproblems. Von Ludwig Mises und Franz Klein. (VI, 75 S.) 1923. M. 2.20
165. I. Geschichte der Stabilisierungsversuche. Herausgegeben von M. Palyi. I. Die Devaluierung des österreichischen Papiergeldes im Jahre 1811. Eine finanzgeschichtliche Darstellung nach archivalischen Quellen. Von Victor Hofmann. (VI, 231 S.) 1923. M. 5.40
165. II. Geschichte der Stabilisierungsversuche. Herausgegeben von M. Palyi. II. Pläne und Versuche zur Währungssanierung. Mit Beiträgen von E. Wilmersdoerffer, R. Kiliani, F. Gaertner und M. Braun. (VI, 165 S.) 1923. M. 3.80
165. III. Geschichte der Stabilisierungsversuche. Herausgegeben von M. Palyi. III. Das Papiergeld der französischen Revolution 1789–1797. Von S. A. Falkner. Aus dem Russischen übertragen von F. Schlömer. (VI, 121 S.) 1924. M. 3.20
165. IV. Geschichte der Stabilisierungsversuche. Herausgegeben von M. Palyi. IV. Währungsreform in der Tschechoslowakei und in Sowjet-Rußland. Mit Beiträgen von Alfred Amonn und M. v. Bernatzky. (VI, 74 S.) 1924. M. 2.—
166. I. Notenbankpolitik und staatliche Anleihepolitik in den österreich-ungarischen Nachfolgestaaten. Von Friedrich Steiner. (IV, 80 S.) 1924. M. 1.80
166. II. Die Politik der Reichsbank und die Reichsschatzanweisungen nach dem Kriege. Von Alfred Lansburgh. (IV, 54 S.) 1924. M. 1.20
166. III. Die wertbeständigen Anleihen in finanzwirtschaftlicher Betrachtung. Von Rudolf Stucken. (VI, 78 S.) 1924. M. 2.20
167. I. Probleme der deutschen Zahlungsbilanz. Herausgegeben von M. J. Bonn. I. Mit Beiträgen von Rudolf Meerwarth, Wilhelm Kißkalt und B. Karlsberg. (VI, 76 S.) 1924. M. 2.—
167. II. Probleme der deutschen Zahlungsbilanz. Herausgegeben von M. J. Bonn. II. Zahlungsbilanz und Lebensfähigkeit Österreichs. Von Friedrich Hertz. (IV, 64 S.) 1925. M. 2.20
168. I. Finanzwissenschaftliche Untersuchungen. Herausgegeben von W. Lotz. I. Steuerbelastung und Wiedergutmachung. Ein Beitrag zur Reparationsfrage. Von Wilhelm Gerloff. (VIII, 79 S.) 1924. M. 2.20
168. II. Finanzwissenschaftliche Untersuchungen. Herausgegeben von W. Lotz. II. Besteuerung und Geldentwertung. Von Arthur Cohen. (VI, 42 S.) 1924. M. 1.80

169. Geldentwertung und Stabilisierung in ihren Einflüssen auf die soziale Entwicklung in Österreich. Herausgegeben von Julius Bunzel. (VIII, 478 S.) 1925. M. 13.50
170. Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Stuttgart 1924. Theorie des Klassenkampfes. Handelspolitik. Währungsfrage. Auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben vom Vorstand. (VI, 328 S.) 1925. M. 10.—
Grundfragen der neuen deutschen Handelspolitik. Handelspolitische Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Stuttgart 1924. Sonderausgabe aus Band 170 der Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Mit Referaten von Sering, Chr. Eckert, Bernh. Harms und Georg Gothein. (110 S.) 1925. M. 320
171. I. Neue Grundlagen der Handelspolitik. Wissenschaftliche Gutachten. Herausgegeben von Franz Eulenburg. I. Teil: Deutschland. (VIII, 423 S.) 1925. (Vergriffen.)
171. II. Dasselbe. II. Teil: Ausland. (VI, 431 S.) 1925. M. 12.—
171. III. 1. Dasselbe. III. Teil: Weltwirtschaft I. (VIII, 316 S.) 1926. M. 9.—
171. III. 2. Dasselbe. III. Teil: Weltwirtschaft II. (IV, 100 S.) 1926. M. 3.—
172. Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Wien 1926. Krisis der Weltwirtschaft. Übervölkerung Westeuropas. Steuerüberwälzung. Auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben von Franz Boese. (VI, 363 S.) 1926. M. 12.40
173. I. Beiträge zur Wirtschaftstheorie. Herausgegeben von K. Diehl. I. Teil: Volkseinkommen und Volksvermögen. Wissenschaftliche Gutachten von Amonn, Colm, Schuster, Weyermann und Zizek. (VI, 156 S.) 1926. M. 5.60
173. II. Beiträge zur Wirtschaftstheorie. Herausgegeben von K. Diehl. II. Teil: Konjunkturforschung und Konjunkturtheorie. Wissenschaftliche Gutachten von Wolf, Liefmann, Wilken, Hahn, Altschul, Strigl, Röpke, v. Hayek, Singer, Morgenstern, Löwe. (VII, 370 S.) 1928. M. 13.50
174. I. Finanzwissenschaftliche Untersuchungen. Herausgegeben von W. Lotz. I. Teil. Mit Beiträgen von Rud. Goldscheid und Const. Miller. (64 S.) 1928. M. 2.—
174. II. Dasselbe. II. Teil: Finanzsteuern, Zwecksteuern und Zweckzuwendung von Steuererträgen. Eine finanztheoretische und finanzpolitische Studie von Karl Bräuer. (VIII, 84 S.) 1928. M. 3.20
174. III. Dasselbe. III. Teil: Die Auslandskredite in ihrer finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung. Wissenschaftliche Gutachten von Kuczynski, Mulert, Dupriez, Metz, Helander, Hirst, Griziotti, Federn, Palyi. (VII, 300 S.) 1928. M. 10.80
174. IV. Dasselbe. IV. Teil: Kapitalbildung und Besteuerung. Wissenschaftliche Gutachten von Singer, Hertz, Wolff, Ritschl, Kautsky, Spitzmüller, Sommer. (VII, 356 S.) 1929. M. 12.60
175. Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Zürich 1928. Wandlungen des Kapitalismus. Auslandsanleihen. Kredit und Konjunktur. Auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben von Franz Boese. (X, 408 S.) 1929. M. 14.40
176. I. Moderne Organisationsformen der öffentlichen Unternehmung. Herausgegeben von Julius Landmann. I. Teil: Die Aufgaben der öffentlichen

- Unternehmungen und ihrer Organisationsformen. Mit Beiträgen von Eckert, Heimann, Ritschl, Lohmann, Hoffmann, Paul, Ermer, Terhalle und Bloch. (XVIII, 406 S.) 1932. M. 15.—
176. II. Dasselbe. II. Teil: Deutsches Reich. Mit Beiträgen von Elsas, Wolff, Collorio, Neu, Bechtel, Lohmeyer, Napp-Zinn, Müller-Arnack, Zimmermann, Lengyel und Apfelstedt. (V, 621 S.) 1931. M. 26.—
176. III. Dasselbe. III. Teil: Ausland. Mit Beiträgen von Groß, Ellenbogen, Wißler, Griziotti, Jessen und Innis. (V, 279 S.) 1931. M. 12.—
176. IV. Dasselbe. IV. Teil: Reinerträge und Zuschußbedarf der öffentlichen Unternehmungstätigkeit. Von Bruno Moll. (VIII, 60 S.) 1931. M. 2.50
(Gesamtpreis des Bandes 176, I—IV M. 45.—)
177. I. Beiträge zur städtischen Wohn- und Siedelwirtschaft. I. Teil. Deutschland: Kritische Gesamtübersichten und allgemeine Probleme. Herausgegeben v. Waldemar Zimmermann. Mit Abhandlungen von Kruschwitz, Hertel, Wolff und Pribram. (XV, 272 S.) 1930. M. 10.—
177. II. Dasselbe. II. Teil. Deutschland: Die besonderen Probleme. Herausgegeben von Waldemar Zimmermann. Mit Beiträgen von Schulte, Steyrer, Schwan, Lubowski, Hünecke, Lübbert, Bechtel und Pfannschmidt. (VII, 427 S.) 1930. M. 15.30
177. III. Dasselbe. III. Teil. Wohnungsfragen in Österreich. Herausgegeben von Julius Bunzel. Mit Beiträgen von Hetzer, Ude, Reichel, Frank, Klang, Kautsky, Pfaundler und Bunzel. (IX, 178 S.) 1930. M. 6.75
178. I. Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in der Nachkriegszeit. Herausgegeben von Max Sering und Constantin v. Dietze. I. Teil: Deutsches Reich. Mit Beiträgen von Pechan, v. Bissing, Seraphim, Bechtel, Opitz, v. Dietze, Jessen, Rogge, Baumgartner, Fuchs, Zeltner, Heck und Brinkmann. (XI, 529 S.) 1930. M. 18.90
178. II. Dasselbe. II. Teil: Nachbarländer. Mit Beiträgen von Schmidt, Bürger, Schubert, Pauli, Drescher, Frost und Stockmann. (V, 443 S.) 1930. M. 16.20
178. III. Dasselbe. III. Teil: Die Anerbengesetze in den deutschen und außer-deutschen Ländern. Bearbeitet von Gustav Wagemann. (VII, 246 S. mit einer Karte.) 1930. M. 9.—
179. I. Untersuchungen über das Schlichtungswesen. Herausgegeben von M. J. Bonn in Verbindung mit Carl Landauer und Friedrich Lemmer. I. Teil: Einigungs- und Schiedsgrundsatz. Begriffliches, Kritisches und Positives zum Schlichtungsproblem. Von Walter Weddigen. (VII, 86 S.) 1930. M. 3.—
179. II. Dasselbe. II. Teil: Das Schlichtungswesen des Auslandes. Mit Beiträgen von Ekblom, Krüger, Neuling, Plaut, Porri, Pribram, Thal, Wehrle und Wlček. (VII, 264 S.) 1932. M. 11.—
180. I. Das Kartellproblem. Beiträge zur Theorie und Praxis. Unter Mitwirkung von Goetz Briefs, Arthur Feiler, Georg Jahn und Ludwig Mises herausgegeben von Emil Lederer. I. Teil: Beiträge von Halm, Notz und Schreier. (VIII, 130 S.) 1930. M. 5.40
180. II. Dasselbe. II. Teil: Das Kartellproblem im Lichte der deutschen Kartell-literatur. Von Arnold Wolfers. (VIII, 170 S.) 1931. M. 7.50
180. III. Dasselbe. III. Teil: Beiträge von Millner und Neu. (V, 80 S.) 1932. M. 3.—

181. I. Probleme der sozialen Werkspolitik. Herausgegeben von Goetz Briefs. I. Teil: Das Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung (Dinta). Von Peter C. Bäumer. (X, 164 S.) 1930. M. 6.30
181. II. Probleme der sozialen Werkspolitik. Herausgegeben v. Goetz Briefs. II. Teil: Der persönliche Umgang zwischen Führung und Arbeiterschaft im deutschen industriellen Großbetrieb (vom Standpunkt der Führung aus gesehen). Von Erich Sommerfeld. (VII, 147 S.) 1935. M. 4.80
181. III. Dasselbe. III. Teil: Grundfragen der betrieblichen Sozialpolitik. Von L. H. Adolf Geck. (VI, 83 S.) 1935. M. 2.50
182. Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Königsberg 1930: Adolf Weber und Ed. Heimann, Grundlagen und Grenzen der Sozialpolitik. — Sering, v. Dietze, v. Batocki, Deutsche Agrarnot. — W. Zimmermann, R. Wilbrandt, Hayek, Städtische Wohn- und Siedelwirtschaft. Auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben von Franz Boese. (VI, 360 S.) 1931. M. 13.50
183. I. Probleme der Wertlehre. Herausgegeben von Ludwig Mises und Arthur Spiethoff. I. Teil: Beiträge von Furlan, v. Gottl-Ottlilienfeld, Kromphardt, Liefmann, Mises, Morgenstern, Oppenheimer, Spann, Vleugels und Zeisl. (VII, 295 S.) 1931. M. 13.—
183. II. Dasselbe. II. Teil: Mündliche Aussprache über die Wertlehre im theoretischen Ausschuß des Vereins für Sozialpolitik 30. September 1932 in Dresden. (VII, 132 S.) 1933. M. 4.80
184. I. Die Beamtenbesoldung im modernen Staat. Herausgegeben von Wilhelm Gerloff. I. Teil: Beamtenbesoldung in Deutschland und Großbritannien. Beiträge von Völter und Finer. (VII, 177 S.) 1932. M. 7.50
184. II. Dasselbe. II. Teil: Beamtenbesoldung in Frankreich, Österreich und Italien. Beiträge von Perroux, Gruber, Pfandl und Griziotti. (VII, 255 S.) 1934. M. 9.—
185. I. Die Arbeitslosigkeit der Gegenwart. Herausgegeben von Manuel Saitzew. I. Teil: Sachverhalt und Problemstellung. Mit Beiträgen von Agthe, Saitzew und Wyler. (VII, 174 S.) 1932. M. 7.50
185. II. Dasselbe. II. Teil: Deutsches Reich. I. Mit Beiträgen von Berger, Ludwig, Neu, Niebuhr und Strauß. (VII, 201 S.) 1932. M. 8.40
185. III. Dasselbe. III. Teil: Deutsches Reich. II. Mit Beiträgen von Günther, Rüstow und Ungewitter. (VII, 212 S.) 1933. M. 9.—
185. IV. Dasselbe. IV. Teil: Die Schweiz. Von Fritz Mangold. (VI, 58 S.) 1934. M. 2.—
186. I. Die betriebliche Sozialpolitik einzelner Industriezweige. Herausgegeben von Goetz Briefs. I. Teil: Die betriebliche Sozialpolitik im Ruhrkohlenbergbau. Von Rudolf Schwenger. (IX, 244 S.) 1932. M. 9.50
186. II. Dasselbe. II. Teil: Die betriebliche Sozialpolitik in der westdeutschen Großeisenindustrie. Von Rudolf Schwenger. (VII, 182 S.) 1934. M. 7.20
186. III. Dasselbe. III. Teil. Die deutschen Betriebskrankenkassen. Von Rudolf Schwenger. (IX, 140 S.) 1934. M. 4.80
187. Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Dresden 1932: Deutschland und die Weltkrise. Im Auftrage des Vereinsvorstandes herausgegeben von Franz Boese. (V, 222 S.) 1932. M. 9.—
188. Geschichte des Vereins für Sozialpolitik. Im Auftrage des Liquidationsausschusses verfaßt vom Schriftführer Franz Boese. (VIII, 322 S. sowie vier Bildtafeln.) 1939. M. 15.—